



'Rote Karte' für ZL-Fraktion? Bilanzartikel S. 54

Jg. 9 Nr. 168 10.12.79

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

DM 2,-

Mit der SPD in den Atomstaat der '80er Jahre? Nein danke!

„Sicherheit für die 80er Jahre“ hieß das Motto des SPD-Parteitag der vergangenen Woche. Was da an „Sicherheit“ herauskam, läßt jedem kritischen Beobachter das kalte Grausen über den Rücken laufen:

— Die SPD bekennet sich bedingungslos zum weiteren Ausbau der Kernenergie. Die tödlichen Gefahren der Atomkraftwerke, der schwere Unfall von Harrisburg, die zurückliegenden Massenproteste der Demonstrationen in Hannover und Bonn gegen das Atomprogramm, all das hat die SPD und ihre Regierungspolitik letztlich unbeeindruckt gelassen.

— Die SPD bekennet sich bedingungslos zur Aufrüstung, sie hat sich bemüht, den Nachweis zu erbringen, daß sie nicht nur „regierungsfähig“ ist, sondern mehr noch, an der Regierung bereit ist, imperialistische Kriegspolitik im Rahmen der NATO zu unterstützen.

Damit hat die SPD wieder einmal den Beweis erbracht, daß sie eine Partei ist, die die Interessen der imperialistischen Bourgeoisie bestens vertritt.

...Daneben beherrschten Fragen der Taktik gegenüber dem „Protestpotential“ den Parteitag. Bei klarer Parteinahme für die Bourgeoisie rang die SPD darum, ihre erschlaffte Integrationsfähigkeit gegenüber diesem Potential zu erhalten und zu erneuern. Nur in diesem Zusammenhang spielte die Auseinandersetzung um einen CSU-Kanzler Strauß überhaupt eine Rolle auf dem Parteitag. Die SPD hat auch den Beweis erbracht, daß sie nicht in ernsthafter Gegnerschaft zu diesem Mann der Reaktion nach innen und außen steht. Die Angriffe auf Strauß waren rein taktisches Kalkül zur Erhaltung der Mehrheitsfähigkeit der SPD.

Die Debatte um die Stationierung nuklearer Mittelstreckenraketen

Mit 90 % der Delegiertenstimmen verabschiedete der Parteitag einen Antrag, der vorbehaltlos die Stationierung von 527 nuklearen Mittelstreckenraketen, der „Pershing 2“, in Westeuropa befürwortet, davon 200 auf dem Boden der BRD. Diese Diskussion hat zunächst im Zentrum der Parteitagsberichterstattung gestanden, von scheinbar größerer Bedeutung noch als die Kernenergie-debatte.

Bundeskanzler Schmidt hatte die Diskussion mit einem offensichtlichen Erpressungsmanöver begleitet, als er feststellte, „er sei besorgt über eine sich abzeichnende Entwicklung, die einen von dieser Linie abweichenden Parteitagsbeschuß möglich erscheinen lasse. Er könne einen solchen Beschuß als Bundeskanzler nicht mittragen“ (SZ, 3.12.). Dabei war die mehrheitliche Verabschiedung dieses Antrages nie ernstlich gefährdet.

Vielmehr ging es Schmidt und seiner Regierungsmannschaft darum, deutlich nach außen zu dokumentieren



„Keine neuen Kernwaffen – Verhandeln ja – Modernisieren nein“ – diese Transparent wurde am 24.11. in Utrecht von führenden Vertretern u.a. der Initiative „Stop de Neutronenbom“, der Pazifistisch-Sozialistischen Partei, der Radikaldemokraten, des Interkirchlichen Friedensrates und der Sozialdemokraten einer Demonstration gegen die Nato-Pläne mit rund 25.000 Teilnehmern vorgelegt.

Massenproteste gegen NATO-Pläne

Über 30.000 Menschen demonstrierten am 9.12. trotz strömenden Regens in einem kilometerlangen Zug durch Brüssel. Anlässlich der NATO-Ratstagung, die über die Aufrüstung der NATO mit neuen Atomwaffen beschließen will, die in den verschiedenen europäischen Ländern stationiert werden sollen, forderten die Demonstranten:

KEINE ATOMWAFFEN IN BELGIEN!
VERHANDLUNGEN JETZT!
FÜR EINE ATOMWAFFENFREIE ZONE IN EUROPA!
STOPP DEM RÜSTUNGSWETTLAUF!
KEINE NEUEN ATOMWAFFEN!

PERSHING II UND CRUISE MISSILE, ABBAU DER SS 20 UND ANDERER ATOMWAFFEN!

Aufgerufen hatte das belgische nationale Friedenskomitee, an dem über 40 Organisationen beteiligt sind. Starke Beteiligung gab es auch vor allem aus den Niederlanden und aus der BRD mit 4000 - 5000 Teilnehmern. Hierzulande hatte sich erstmals nicht nur das DKP-nahe „Komitee für Frieden und Abrüstung“ für die Demo eingesetzt, sondern selbst die Grünen, der BBU und viele andere hatten zum Protest gegen die NATO-Pläne aufgerufen. Auch in der BRD selbst kam es zu zahlreichen Protestaktionen.

(Berichte siehe Seite 2 und 3)

Liebe AK-Leser/innen, wenn die nächste Ausgabe des AK erst am 14. Januar herauskommt, so hat das mit der augenblicklichen „schwierigen Lage des KB“ nichts zu tun, sondern liegt schlicht am Kalender (Feiertage und KB-Kongreß am 1. Januar-Wochenende). Bis dahin alles Gute – und einen guten Rutsch,

AK-Redaktion



Wahlsieg der Rechten in Portugal

Die Parlamentswahlen am 2.12. brachten dem Rechtsbündnis **Alliança Democratica (AD)** rund 45% der Stimmen und die Absolute Mehrheit der Sitze im neuen portugiesischen Parlament. Zu diesem Rechtsbündnis hatten sich PSD (ehem. PPD, eine rechts-sozialdemokratische Partei), die CDS (Christdemokraten) und die bedeutungslose kleine PPM (Monarchisten) zusammengeschlossen. Dieses Rechtsbündnis war im Wahlkampf auch von den Faschisten des MIRE unterstützt worden; außerhalb des Bündnisses war nur die rechtsradikal-christdemokratische PDC geblieben, die mit 1,1% der Stimmen ihren Anteil gegenüber den Wahlen von 1976 verdoppeln konnte. Gegenüber 1976, als sie einzeln kandidierten, haben die drei Parteien des Rechtsbündnisses jetzt knapp 5% hinzugewonnen. Überdurchschnittlich gewonnen haben sie in der südlichen Hälfte Portugals, während sie im Norden - wo sie schon 1976 die absolute Mehrheit hatten - kaum dazugewannen oder sogar leicht verloren. Spektakulär sind besonders die rechten Zugewinne in den Wahl-Regionen von Lissabon, Setubal (Industrieregion) und Evora (nördliches Alentejo): 9 - 10,5%! Auffallend auch ein rechter Zugewinn um 8% in der Re-

gion von Faro (Algarve-Küste) früher eine Hochburg der sozialdemokratischen PS. Verlierer der Wahl ist die PS von Mario Soares, die von 35% auf etwa 27,5% abfiel und statt 106 nur noch 73 Parlamentssitze haben wird. Die PS hat damit eine Rechnung für ihre von der SPD-Spitze und vom internationalen Finanzkapital dirigierte volksfeindliche Politik bekommen. Besonders stark der Verlust in Lissabon: rund 12,5%.

Zufrieden äußerte sich die 'Kommunistische Partei (PCP)', die es vorgezogen hatte unter dem Namen APU (Alliança Povo Unido) anzutreten. Von 14,6% (1976) stieg sie jetzt auf 19%. Besonders auffallend sind die Zugewinne der PCP im 'schwarzen' Norden des Landes, wo sie ihre (bescheidenen) Anteile z.T. verdoppeln konnte - so etwa in der Region von Braga, wo sie jetzt fast 10% bekam (1976: 4,1). In Porto verbesserte sich die PCP von 8,4 auf 14,4%. Unterdurchschnittlich blieben die Zugewinne in Lissabon (von 21,8 auf 25,6) und in Setubal (von 44,3 auf 46,9). Stärkste der kleinen linken Gruppen wurde - wie schon 1976 - die UDP, die zur albanischen 'ML'-Internatio-

nale gehört. Von 1,7% (1976) auf nunmehr 2,2% gelang ihr ein netter Zugewinn, der u.a. den Stimmen des zugrunde gegangenen MES (1976 noch 0,6%) zu verdanken sein dürfte. In Lissabon (2,7%) langte es, wie schon 1976, wieder für einen Abgeordneten der UDP. In der Region Setubal konnte sich die UDP von 2,8 auf 4,0% verbessern; im Alentejo verlor sie Stimmen. Zweitstärkste wurde die MRPP mit 0,9% (1976: 0,7). 'Auffallend' sind vor allem ihre Zugewinne im Alentejo - 1,5% (1976: 0,4%) in Beja und 0,9% (0,3) in Evora. Die militänt antisowjetische, aber keineswegs klassenversöhnliche MRPP dürfte erheblich von der Nicht-Kandidatur der PCP/ML (chinesische 'ML'-Internationale, extrem klassenversöhnlich) profitiert haben; diese hatte 1976 immerhin 0,6% der Stimmen bekommen. Hingegen blieb die OCMPL, die sich ebenfalls um das 'Potential' der PCP/ML bemühte, unter 0,1%. Enttäuschend war das Ergebnis für die UEDS, eine vom früheren Landwirtschaftsminister Lopes Cardoso geleitete linke Abspaltung der PS: 0,7%. Zufrieden können die Trotz-kisten sein, deren PSR auf 0,6% kam, während die trotzkistischen Gruppen (LCI, PRT) 1976 nur 0,4% hatten.

kisten sein, deren PSR auf 0,6% kam, während die trotzkistischen Gruppen (LCI, PRT) 1976 nur 0,4% hatten.

AD wird nun eine Regierung bilden, die voraussichtlich von PSD-Chef Sá Carneiro geführt wird. Von dieser Regierung sind verstärkte Angriffe auf die ohnehin miserablen Lebensverhältnisse des Volkes und auf die demokratischen Rechte zu erwarten. Allerdings stehen nach der portugiesischen Verfassung schon 1980 Neuwahlen an (die jetzigen Wahlen galten nur als 'Zwischenwahlen') und die AD wird bis dahin versuchen, ihren Wahlsieg zu stabilisieren und Verhältnisse zu schaffen, die einen noch stärkeren Rechtsruck 1980 ermöglichen könnten.

„Nachrüstung“ in den Niederlanden abgelehnt

Am 7.12. haben sich die Abgeordneten im niederländischen Parlament nicht mehr aus, wie von der Regierung ursprünglich eingeplant, gegen die Stationierung modernisierter Atomraketen in den Niederlanden ausgesprochen, sondern gegen die „Nachrüstung“ insgesamt! Ein entsprechender Antrag der oppositionellen Sozialdemokraten (PvdA) und der Liberalen (D'66) wurde mit 76 gegen 69 Stimmen angenommen. Zehn christdemokratische Abgeordnete aus dem Regierungslager unterstützten den Antrag. Die christdemokratisch-rechtsliberale Regierung ist damit rücktrittsreif.

Diesem einsichtsvollen Handeln kritische Regierung ist damit rückim Parlament vorausgegangen war wochenlang vielfältiger und breit getragener Protest gegen die Nato-Pläne in den ganzen Niederlanden. Mehrfach erschienen halbe und ganze Zeitungsseiten lange Unterschriften-sammlungen unter Resolutionen gegen die Stationierung modernisierter Atomraketen in den Niederlanden bzw. gegen die „Nachrüstung“ insgesamt, viele örtliche und regionale Demonstrationen wurden durchgeführt. Frauen in Den Haag zogen im Schweigemarsh zum dortigen Parlament. Die größte dieser Protestaktionen fand am 24.11. mit rund 25000 Teilnehmern in Utrecht statt. „Keine neuen Kernwaffen - Verhandeln ja - Modernisieren nein“ hieß es auf dem Zug vorangetragenen Transparent. „Aktion! Aktion!“ war die meistgerufene Parole. Kundgebung und Demonstration in Utrecht wurden gemeinsam getragen vom Interkirchlichen Friedensrat (IKV), Pax Christi, der Initiative „Stop de Neutronenbom“ und den im Parlament vertretenen Sozialdemokraten (PvdA), Radikaldemokraten (FPR), Pazifisten-Sozialisten (PSF) und der sozialistischen KP (CPN). Besonders Bedeutung hat der Teilnahme der niederländischen Sozialdemokraten bekommen, deren Kundgebungsprecher, Ex-Premier Den Uyl, für ein „Moratorium“, eine Aussetzung des Nato-Beschlusses votierte, während diese bundesdeutsche Schwermetallpartei auf ihrem Parteitag („ohne Begeisterung“) einschränkungslos der Modernisierung des Nato-Waffen-Potentials zustimmte.

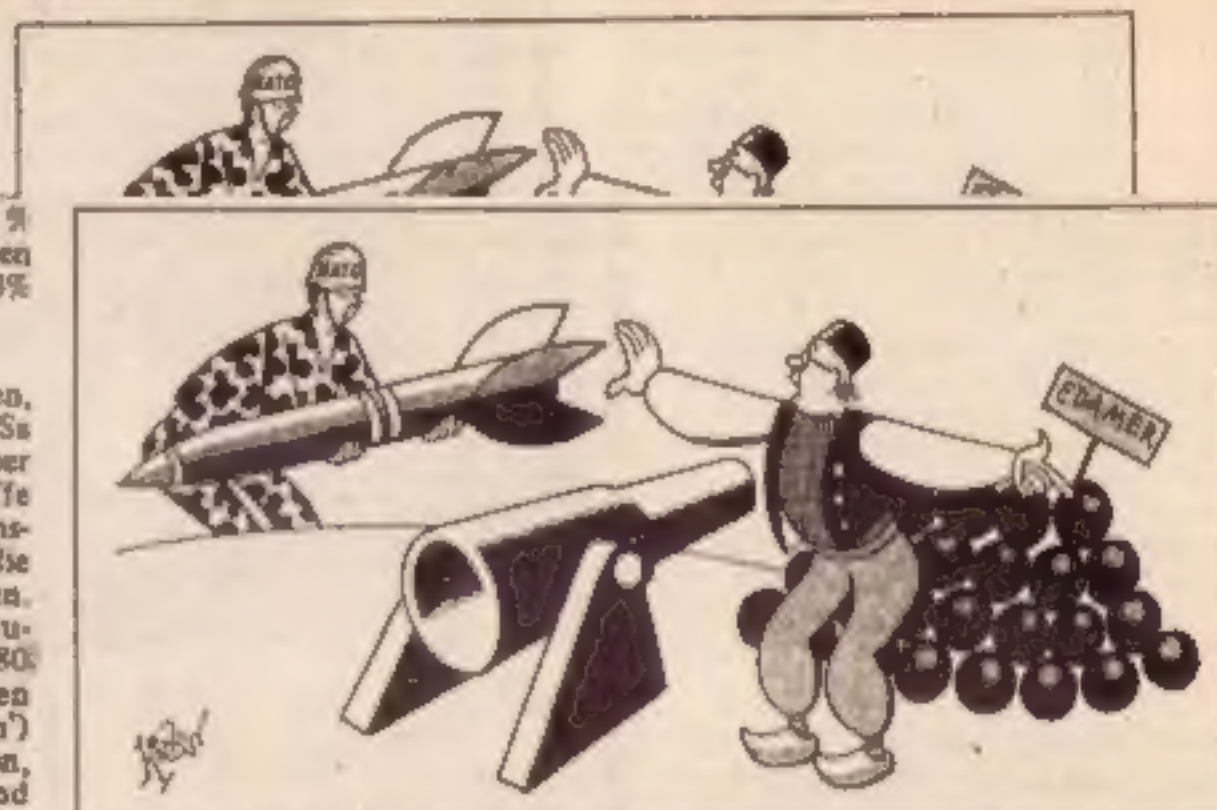
Der Aussteiger

Die NATO hat ihren Aussteiger. Holland wird das eurostrategische Konzept des Bündnisses nicht mehr mittragen; die Regierung muß vom Parlament hoffnungslos desavouiert, um Dispen-sa von der Raketenentscheidung der nächsten Woche bitten. Der Flurschaden, den die Anti-Kernwaffen-Bewegung und die Ohne-uns-Panathier in den Niederlanden angerichtet haben, läßt sich noch schwer abschätzen. Es ist der vielleicht tiefste Einbruch in die Kontinuität der gemeinsamen Verteidigungs-bemühungen der Allianz. Was da, flankiert von den Nicht-Kernwaffen-Trägern Dänemark und Norwegen, gegen die Nachrüstung, vor allem gegen den Stationierungsbeschluß ins Feld geführt wird, hat mit politischer Vernunft und realistischer Einschätzung der Abrüstungs-Chancen nichts mehr zu tun. Schlimmer noch: Das Parlament in Den Haag hat sein Nein bewußt und rück-sichtslos auf Kosten des Bündnisses gesprochen; als ob es denkbar wäre, im Schutz der Gemeinschaft zu leben, ohne die Risiken mitzutragen. Würden die anderen dem Beispiel Hollands folgen, müßte das atlantische Bündnis Konkurs anmelden. Damit ist nicht zu rechnen, aber der Verlust wird die Gesamtbilanz erheblich belasten. hem.

aus „Die Welt“, 8.12.79

Neben Den Uyl sprachen u.a. der Vorsitzende des Rates der Kirchen, Prof. Berkhof, der für den Fall, daß das Parlament sich den Nato-Plänen beuge, zu verstärktem Widerstand aus den Kirchen heraus aufrief. Ria Beckers (FPR) forderte für die Bürger das Recht, eine Steuerzahlung für die heutige Verteidigungspolitik zu verweigern. „Die Holländische Krankheit“ der Nato ist gefährlich“, sagte sich die „Welt“ (3.11.), „weil sie ansteckend wirken könnte“. Hoffen wir also auf eine gremierende Epidemie...! (nach „de Volkskrant“, 26.11., „Die Welt“, 8.12.)

Niederlande-Kommision



„Nein, danko, ich bleibe bei meiner konventionellen Neutralität“ ZEICHNER: HICKS / COPYRIGHT DE WIT

Zeichner Hicks - immer dabei: Früher Rassenhetze in der Nazi-Prese, heute Großmacht-Chauvinismus in Springers „Flaggschiff“ „Die Welt“ (8.12.1979)

5000 gegen NPD-Parteitag

Das Wochenende vom 8./9.12.79 in Ketsch bei Mannheim stand ganz im Zeichen antifaschistischer Mobilisierung gegen den dort stattfindenden NPD-Parteitag.

Nachdem es schon am Samstag morgen erste Auseinandersetzungen zwischen Antifaschisten und Polizei gegeben hatte, die den NPD-Delegierten den Zutritt zur Rheinhalle ermöglichte, sammelten sich mehrere tausend Antifaschisten am Samstag Vormittag auf einer DGB-Kundgebung dicht neben der hermetisch abgeriegelten Halle. Von dort zogen mehrere tausend Antifaschisten in einer Demonstration durch Ketsch, an deren Ende die VVN eine Kundgebung abhielt.

Am späten Nachmittag und Abend organisierte die SDAJ ein „Rock gegen Rechts“-Konzert.

Am Sonntag, 9.12.79 fanden zwei weitere Demonstrationen statt, die beide zum Ziel hatten, einen angekündigten Umzug einer „antikommunistischen Front gegen Kommunismus, Terrorismus und Reaktion“ im Anschluß an den Parteitag zu verhindern. Mehrere tausend Antifaschisten

der ganz kurzfristig angesetzten Demonstration von VVN und DKP. Als der Nazi-Umzug nicht stattfand, zogen beide Demonstrationen zur Rheinhalle und sorgten dafür, daß die NPD sich durch den Hinterausgang verkümmeln mußte.

Leider kam es auch dieses Mal nicht zu einem einheitlichen Vorgehen von VVN und Antifa-Komitees. Während letztere alle antifaschistischen Aktionen des Wochenendes unterstützten und speziell die Sonntags-Demonstration herausstellten, konnte sich die VVN nicht dazu entschließen, ihrerseits die Sonntags-Aktion der AE zu unterstützen; ganz kurzfristig setzte sie stattdessen eine zweite an.

Um die Vermietung der Halle hatte es im Vorfeld des Parteitags Auseinandersetzungen gegeben. Nach Bekanntwerden der klammheimlich erfolgten Vermietung an die NPD zog die Stadt Ketsch den Vertrag zurück. Vor Gericht allerdings bekam die NPD „natürlich“ wieder Recht. Auf dem NPD-Parteitag selbst kam es nicht zu der von vielen erwarteten



1000 bis 1500 Antifaschisten demonstrierten am 8.12. in Frankfurt gegen eine am gleichen Tag stattfindende Tagungsanstaltung der türkischen Faschisten („Graue Wölfe“). Die Teilnehmer der Demonstration, zu der ein breites Bündnis aufgerufen hatte (siehe Artikel in diesem ARBEITERKAMPF), waren in erster Linie türkische und leider nur wenige westdeutsche Kollegen. Die Demonstration wurde von massiven Polizeikräften, mit langen Knäpeln ausgerüstet, „begleitet“. Zu einem Zwischenfall kam es, als ein Demonstrant eine Fahne vor die Kamera von ständig filmenden Zivil-

Impressum

ARBEITERKAMPF

Herausgeber, Druck und Verlag: Verlag J. Reents, Lerchenstraße 75, 2000 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 06 oder 43 53 20; Redaktion Hamburg 43 53 46; V.i.S.d.P. H. Eckhoff/Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 55,- im Abuf, sonst PSchA Hamburg, 240595-203; Einzelpreis DM 2,-; erscheint 14tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt kein Entschädigungsanspruch. Auflage dieser Ausgabe: 10.000

Einem Teil dieser Auflage ist Prospektmaterial beigelegt.

Mit der SPD in den Atomstaat der '80er Jahre? Nein danke!

Fortsetzung von Seite 1

ren, daß sich die NATO-Bündnispartner auf eine unter sozialdemokratischer Regierung stehende Bundesrepublik verlassen können, die Befürworter des Ausbaus dieses imperialistischen Militärbündnisses ist und eine offensive nukleare Aufrüstung unterstützt.

Der SPD-Beschluß sollte außerdem außenpolitischen Druck auf die sozialdemokratischen Regierungspartner in den Niederlanden und Dänemark schaffen, die NATO-Aufrüstung hinzunehmen. Die Springer-Zeitung „Welt“ schrieb begeistert: daß mit diesem Beschluß „entscheidende Weichen gestellt worden seien, damit die noch zögernden Regierungen in Den Haag und Kopenhagen möglicherweise ihren Widerstand gegen die sicherheitspolitische Initiative aufgeben“ (6.12.).

Die SPD-Debatte war beherrscht von der unter NATO-Militärstrategen üblichen Terminologie, mit der die eigene Aufrüstung als Reaktion auf einen konstruierten Rüstungsvorsprung des Warschauer Pakts verdeckt wird. So geisterte der Begriff der „Nachrüstung“ durch den Raum, die „Raketenlücke“ mußte ebenso herhalten, wie es in der Vergangenheit eine angebliche „Panzerlücke“, eine „Bomber-“ und „Raketenunterlegenheit“ gegeben haben soll. Die Tatsache, daß jetzt nach der Einführung der „Cruise-Missile“, der „Neutronenbombe“ und der „Pershing 2“ das ganze noch als „realistischer Beitrag zur Abrüstung“ (Helmut Schmidt) verkauft werden kann und 90 % Zustimmung erhält, zeigt nur, wie weit nach rechts die SPD sich entwickelt hat.

Und die SPD-„Linke“, die von den Medien hochgespielt, angeblich das Projekt gefährdet? Sie hatte ihre Hauptsprecher im Bremer Henning Scherf und im Juso-Vorsitzenden Schröder. Auch diese beiden unterwarfen sich dieser „Abrüstungs“-Logik, indem sie in ihrem Initiativantrag forderten, den NATO-Beschluß zur Stationierung der Raketen so lange hinauszuzögern, wie Verhandlungen mit der Sowjetunion zur Begrenzung von deren „para-strategischen Systemen“ Aussicht auf Erfolg hätten. Diese „Linken“ stießen damit noch weit rechts vom Beschluß in den Niederlanden, auf jeden Fall eine weitere nukleare Aufrüstung zu verhindern, was sogar von Teilen der dortigen Christdemokratie unterstützt wird.

Willi Brandt, dem Leitbild der „Entspannungspolitik“, war es wieder einmal vorbehalten, die Logik des „kleineren Übels“ für die Kritiker in der SPD zu formulieren: „Nach reiflicher Überlegung bin ich für Antrag 11. Dies mit Begeisterung zu tun, würde auch mir schwerfallen. Wirklichkeitsfremd sei die Annahme, der Parteitag könne an diesem 3. Dezember den Beschlußmechanismus der NATO außer Betrieb setzen“. Den Bauchschmerzsozialdemokraten gab er dann zum Schluß wieder Hoffnung: „Bis zur Stationierung 1983 werden wir noch zwei Parteitage haben. Die SPD wird diesen Zeitraum wachsam begleiten. Es gibt keinen Automatismus“ („Welt“, 6.12.).

Die AKW-Debatte: Grünes Licht für weiteren Ausbau des Atomprogramms

Das einzige, was an dieser AKW-Diskussion wirklich „grün“ war, war das grüne Licht, das für mehr Atomkraftwerke gegeben wurde. Der mit 60 % gegen 40 % der Delegiertenstimmen verabschiedete Antrag sieht vor:

— Baugenehmigungen für neue AKWs können erteilt werden, wenn „eine erste Teilerrichtungsgenehmigung für ein integriertes Entsorgungszentrum erteilt oder eine Entsorgung bis zur Errichtung eines integrierten Entsorgungszentrums durch verbindliche Verträge sichergestellt worden ist oder daß der Bund und die Länder mit der Verwirklichung eines gemeinsamen Entsorgungskonzepts beginnen, das die Schaffung ausreichender Zwischenlagerkapazitäten mit der stufenweisen Realisierung einer sicheren Endlagerung verbindet“.

Eine Betriebsgenehmigung für ein AKW soll erteilt werden, „wenn die erforderlichen Zwischenlagerkapazitäten bereit steht und mit der Errichtung eines sicheren Endlagers begonnen ist“.

Diesen Beschluß nun nannte Willi Brandt höhnischerweise eine „Zwischenentscheidung, die auch die Möglichkeit des Aussteigens aus der Kern-

kraft nicht abschneidet“ (FR, 8.12.). Als ob Schmidt, Brandt und Co. auch nur im Traum an ein „Aussteigen“ denken würden. Dieser Beschluß bedeutet in Wahrheit: Volle Pulle voraus für das Atomprogramm!

— Selbst wenn eine erste Teilerrichtungsgenehmigung für das „Entsorgungszentrum“ noch nicht vorliegt, lassen die „Oder“-Formulierungen den weiteren Ausbau über „verbindliche Verträge“ (mit der WAA in La Hague) oder mit der Formulierung „mit der Verwirklichung ... beginnen“ zu. Gerade letzteres soll derzeit auf dem Wege der Rechtsprechung (Brokdorf-Prozeß) sehr weit ausgelegt werden, so daß bereits der Beginn der Probebohrungen in Gorleben als ein solcher „Beginn“ ausgelegt werden kann, wobei dann die Frage der Sicherheit völlig in den Hintergrund tritt. Gleichmaßen auslegbar sind die Formulierungen über die Erteilung einer Betriebsgenehmigung.

Die SPD ist mit ihrem neuen Beschluß noch hinter das Ergebnis des Hamburger Parteitags 1977 zurückgefallen. Erhard Eppler vermerkte in der Parteitagsdiskussion zu recht, daß noch 1977 „eine gesicherte Entsorgung zur Voraussetzung für den Bau weiterer Kernkraftwerke gemacht“ worden sei. „Jetzt, wo diese Bedingung nicht zu erfüllen sei, werde die Entsorgungshürde niedriger gehängt“ („Welt“, 7.12.). Man paßt sich halt an die Bedürfnisse der Atommafia an.

Der SPD-Beschluß findet logischerweise auch Zustimmung und Befürwortung bei den AKW-Betreibern. Die „Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke“ und das von der Industrie unterhaltene „Deutsche Atomforum“ haben die SPD-Beschlüsse begrüßt („FR“, 8.12.). Die CDU, die Abgrenzungsschwierigkeiten hat, kritisiert nicht etwa die Beschlüsse, sondern allein, daß die SPD zu viele Rücksichten auf die Kritiker (?) genommen habe. Insgesamt ist das Ergebnis dieses Parteitages ein weiterer Rechtsruck in der AKW-Frage. Dies ist insbesondere beim Gewerkschaftsflügel deutlich geworden. Er hat sich vorbehaltlos hinter die Schmidt-Linie gestellt, Schmidt wiederum hat sich mit Vorbehalten gerade auf deren Pro-AKW-Standpunkt gestützt: „Ich unterschreibe von A bis Z, was der DGB sagt. Die Kollegen haben es sich nicht leicht gemacht. Vetter nicht, Loderer und Hausen-schild nicht, Adolf Schmidt und alle anderen nicht“ („Welt“, 5.12.79). Demonstrativ hatten vor dem Parteitag 60 Sozialdemokraten aus Schles-

wig-Holstein, darunter führende Gewerkschafter wie ÖTV-Schwalbach und 14 Betriebsräte, ihre Unterstützung für die Schmidt-Linie erklärt. Springer's „Welt“ konstatierte mit Freude: „Deutlicher als in Hamburg vor zwei Jahren sprachen sich die Gewerkschaftsvertreter unter den Delegierten für den Leitantrag aus, gingen in der Befürwortung der Kernenergie zum Teil auch darüber hinaus“ (6.12.).

Der Eppler-Kurs: Sorge um die Integrationsfähigkeit

Die Zahl der wirklichen Kernenergie-Gegner auf dem SPD-Parteitag ist wesentlich kleiner, als es in der 60 : 40-Abstimmung zum Ausdruck kommt. Konsequenz gegen AKWs haben nur einige Jusos und der schleswig-holsteinische SPD-Vorsitzende Jansen gesprochen. Wesentlich größer war der Anhängerkreis um den baden-württembergischen SPD-Vorsitzenden Eppler. Eppler hatte mit Erfolg den größten Teil der Opposition auf seine Linie vereinigt, die vorsah:

— längerfristigen Ausstieg aus dem AKW-Programm, aber Anerkennung der derzeit geschaffenen Realitäten des Atomprogramms

— beschleunigte Entwicklung alternativer Technologien.

Auf jedem Fall machte Eppler entschieden Front gegen die harte Linie der konsequenten Ablehnung des Atomprogramms, da diese nicht „mehrheitsfähig“ sei. Insbesondere stritt Eppler dafür, daß der von den Kritikern in der SPD geforderte Exportstopp für Atomanlagen „nicht“ sei. Eppler's Kurs in der SPD ist typisch für „linke“ Sozialdemokraten. Es ist ein Kurs, der sich bemüht, dem Kapital nicht weh zu tun und einen Mittelweg zwischen offener Unterstützung der Atomindustrie und deren Ablehnung zu finden. Von bürgerlicher Seite ist Eppler daher, durch-

aus mit Wohlwollen, einerseits zum Führer der AKW-Gegner hochstilisiert worden, andererseits wird darauf hingewiesen, daß er seinen Kurs vor allem aus einer Hauptsorge heraus fährt: er sorgt sich um die Integrationsfähigkeit der SPD gegenüber den AKW-Gegnern und der sich herausbildenden grünen Partei. Die großbürgerliche FAZ weist darauf hin: „Hinter Eppler stehen auch viele, die sich als Kernenergie-Gegner politisch profilieren und so die Abwanderung zu den Grünen Listens verhindern wollen“ (8.12.). Schon vor dem Parteitag schrieb die FAZ: „In der Sache, nämlich der Kernenergie, sind sich die beiden Präsidiumsmitglieder der SPD (gemeint sind Schmidt und Eppler) manchmal trotz allem näher, als es die mit viel grüblerischer Emphase vorgebrachten öffentlichen Reden Epplers erwarten ließen“. Eppler habe „seine Opposition als Position einer Aufgangslinie für die Regierungspolitik parteilern“ vertreten („FAZ“, 28.11.). Ein offenes Wort!

Die SPD, Strauß und die Grünen/Alternativen

Schwer tat sich die SPD mit den Grünen/Alternativen. Der Verlust an Einfluß gegenüber dieser Bewegung, u.a. zum Ausdruck gekommen in verschiedenen Wahlerfolgen der Alternativbewegung, dürfte mit den neuen Parteitagsbeschlüssen nicht wieder rückgängig zu machen sein. Der Parteitag offenbarte dies Dilemma vor allem beim „Ring“ um den AKW-Beschluß. Dieses „Ring“ war rein taktisch bestimmt gegenüber dem Protestpotential, das sich von der SPD abzuwenden beginnt (so war bereits vor dem Parteitag klar, daß der Leitantrag zur Kernenergie eine Mehrheit bekommt). Die Linie der Parteispitze gegenüber den Grünen war deutlich und vereinheitlicht (in verschiedenen Varianten wurde sie von Schmidt, Brandt, Bahr und Koschnick vorgelesen): — Bahr rechnete vor, daß die Grünen bei ca. 4 % Stimmengewinn und selbst bei Verlusten für die CDU diese dann an die Regierungsmacht bringen könnten, wenn die FDP unter 5% bleibe. Die Formel der SPD-Führung lautet daher: Ernstnehmen der Grünen und ihrer Forderungen, vor allem „durch Stärkung des eigenen Ökologie-Flügels“ in der SPD („FR“, 5.12.). Der Eppler-Flügel wird daher auch weiter gehätschelt werden. Gleichzeitig aber verkündet die SPD eine Kampfschlacht an die Grünen: Wo die Grünen bei den Wahlen als Partei auftreten, sind sie unsere politischen Gegner“ (Schmidt, „FR“, 5.12.). Die grün/alternative Bewegung wird daher nach dem SPD-Parteitag verurteilt mit Einmütigkeit: „Der SPD konfrontiert sein“.

Als drohender Hammer gegenüber der innerparteilichen Opposition, vor allem aber gegenüber den Grünen und allen mit ihnen Sympathisierenden dient die Kanzlerkandidatur Strauß. Der SPD-Parteitag war gekennzeichnet durch eine äußerst friedliche Linie gegenüber Strauß. Zwar fand der SPD-Vorsitzende Brandt starke Worte gegen Strauß („politischer Umweltzerstörer von

Rechtsaußen“), wofür er sich nahezu einhellig Kritik von der gesamten bürgerlichen Presse einhandelte, doch war das die Ausnahme und diente ausschließlich der Einstimmung der Parteibasis auf Einheit und Geschlossenheit. Die Auseinandersetzung um Strauß spielte im weiteren keine Rolle — Kanzler Schmidt z.B. handelte sich Lob für seine „staatsmännisch-sachliche“ Kritik an Strauß ein, wobei positiv vermerkt wurde, daß Schmidt gegenüber seinem vorliegenden Redemanuskript eine Strauß-Kritik sogar noch entschärft hatte. Die sanfte Linke gegenüber Strauß darf angesichts der Parteitagskontroversen auch kaum verwundern. In den wichtigsten Sachfragen, Aufrüstung und Pro-AKW konnte sich dieser Parteitag gar nicht von Strauß absetzen, sondern mußte dies vielmehr gegenüber den Kritikern aus der Anti-AKW- und Friedensbewegung tun, in ungetrübter Übereinstimmung mit Strauß!

Nur in einem Punkt wurde Strauß noch einmal berührt: gegen die Grünen/Alternativen. Brandt rief ihnen gegenüber aus: „Objektiv habt ihr die Rolle übernommen, die man in der CSU-Zentrale einer vierten Partei zugesprochen hat“ („SZ“, 4.12.).

Für die Alternativbewegung ist es sehr wichtig, die Drohung von einem Kanzler Strauß sehr ernst zu nehmen, ist sie doch objektiv Wasser auf die Mühlen dieser Integrationsversuche. Umso wichtiger ist es zu erkennen, daß eine Alternative zu Strauß und Schmidt eine fortschrittliche Alternative sein muß. Eine Diskussion um die SPD-Beschlüsse bietet hierfür gute Anlässe. Sind es doch Parteitagsbeschlüsse, die JA sagen zum Wahnsinn des Atomprogramms und der Rüstung. Die SPD-„Linke“ hat damit eine deutliche Schlappe erlitten und ihr Verzicht, die fortschrittliche Bewegung enger an die SPD zu binden, dürfte durch diesen Parteitag nicht erleichtert worden sein. Andererseits werden diese Kräfte bemüht sein, die 40% Gegenstimmen zum Leitantrag zur Kernenergie in dem Sinne zu wenden: ablehnen, soweit sie sich schon, wenn wir jetzt kräftig bei der SPD mitmachen, werden wir bald „mehrheitsfähig“ (Eppler in der „FAZ“ vom 8.12.).

Die Rolle der „Linken“, speziell der Jusos, in der SPD hat unfreiwillig Kanzler Schmidt karikiert: gegenüber Strauß gestand er den Jusos zu, sich die „Köpfe über große Felsen heftig (zu) reden“, doch besser sei es, wenn sie sich verschiedenen sozialen Aufgaben (Arbeiterinnenbund, Rotes Kreuz) widmen würden. So z.B. sei es vorbildhaft, daß letzten Sommer „250 junge Menschen aus Hamburg ... jeder 14 Tage Sommerurlaub hergegeben haben, um die Halle Nordsee ... dafür zu bewahren, daß sie von der Nordsee völlig aufgefressen wird.“ („FAZ“, 6.12.). Schmidt: „Wenn

davor zu bewahren, daß sie von der Nordsee völlig aufgefressen wird.“ („FAZ“, 6.12.). Schmidt: „Wenn Jungsozialisten so etwas organisieren könnten, was meint ihr, was ihr für Ansehen gewinnen könntet. ... Ich habe mir immer vorgestellt, Sozialismus habe etwas mit Gemeinschaft zu tun. Und das muß man lernen.“

20.000 gegen Atomkurs der SPD

Höhepunkt der Aktivitäten gegen den SPD-Parteitag in Westberlin bildete neben einer Reihe von Veranstaltungen die Demonstration am 5.12.79, an der rund 20.000 Menschen teilnahmen.

Bemerkenswert daran ist vor allem, wer den Aufruf zur Großdemonstration gegen das Atomprogramm unterzeichnet hat: das politische Spektrum umfaßt die SEW-nahen „Aktionsgemeinschaften Demokraten und Sozialisten“ an TU und FU (ADS'en), weitere Studentenorganisationen, die Alternative Liste, die Zeitschrift „kritik“, den AK Umwelt und Energie der Jusos, den AK Umwelt der Humanistischen Union, die GEW im DGB/Westberlin, Juso-Hochschulgruppe an der TU, das SB, den Westberliner Landesverband und den Bundesverband der Jungdemokraten, die „KPD“, den SSB, den LBU, diverse Bürgerinitiativen und diverse Anti-AKW-Gruppen.

Der von diesem breiten Spektrum der Westberliner Linken unterzeichnete Aufruf enthält eine klare Absage an das gesamte Atomprogramm der Bundesregierung einschließlich Zwischenlagern, spricht sich gegen den Export atomarer Technologie aus, wendet sich gegen die Kriminalisierung von AKW-Gegnern und fordert die „sofortige Vernichtung sämtlicher Atomwaffen auf der ganzen Welt“. Bemerkenswert ist, daß die SEW an der Formulierung ausgetreten ist, daß Westberlin im „Falle einer Atomkatastrophe in Gorleben unmittelbar bedroht“ wäre, ebenso „wie von einem Strahlenunfall in den AKW's Magdeburg, Stendal und Rheinsberg in der DDR“. Die ADS'en haben dieser Aussage aber (wohl oder übel) zugestimmt!

Auch daß gewichtige Teile der Westberliner Jusos diese Klä-

berung zugestimmt. Auch daß gewichtige Teile der Westberliner Jusos diese klare und eindeutige Absage an das Schmidt'sche Atomprogramm mitunterzeichnet haben, ist hervorzuheben und sollte Schule machen ...

Starclub

Deutlicher als in den letzten Jahren manifestierte sich anlässlich des Westberliner SPD-Parteitags die Abwanderung der Linken von dieser Partei und der Verlust an Integrationsfähigkeit durch die SPD. Höhepunkt der Protestaktionen war die Massendemonstration von rund 20.000 am 5.12. gegen die Atom- und Rüstungspolitik der SPD. Aber schon vorher hatten verschiedene Großveranstaltungen in jeweils überfüllten Auditorien ein Bild von dieser Tendenz gegeben. Namhafte linksintellektuelle Starredner trafen dort zusammen, um ihre Lösung von der SPD und ihre Hinwendung zu den Grünen zu erläutern. Während solche Veranstaltungen in der Tat einen hohen Öffentlichkeitswert haben und in der Presse breit Erwähnung finden, ist andererseits kritisch zu hinterfragen, inwieweit bei solchen Gelegenheiten wirklich Orientierungen gegeben werden können. Allzu kurz kommt die linke Basis gegenüber dem „Garn“, allzu plakativ sind deren Äußerungen und viel zu wenig wird wirklich kontrovers diskutiert.

So besuchten am 23.11. 4000 Menschen eine Podiumsdiskussion zum Thema „Für und wider eine alternative Kandidatur gegen Schmidt und Strauß“. Juso-Chef Schröder bekannte sich dort zu einer Integration außerparlamentarischer Bewegungen in die SPD. Dies sei nämlich hilfreich für die Jusos, um linke Positionen in

ihrer Partei durchzusetzen. Den Grünen riet er, sich nicht durch kommunistische „Avantgardeparteien“ unterwandern zu lassen. Prof. Haug („Argumente“) setzte sich für eine breite Anti-Strauß-Bewegung ein, ließ aber offen, wie man sich ansonsten in der Wahlfrage verhalten solle. Petra Kelly (Europa-Grüne) übertrug mit der Forderung einer Identität von Ökologiefrage und Feminismus. Dem widersprach I. Strobl („Emma“), die dabei befürchtete, daß die Frauenbewegung über Bord geht. Rudi Dutschke unterließ zunächst seine einschlägig bekannten Attacken gegen die K-Gruppen und kritisierte stattdessen eine „Blockade der Diskussion“ durch den Bundesvorstand der Grünen. Dies könne von Sozialisten nicht hingenommen werden. Kunzelmann („KPD“) freute sich über diese „neuen Töne von Rudi“, merkte aber an, daß Dutschke selber ganz schön mitgemauschelt habe. Dafür lobte Dutschke die „KPD“, daß sie Stalin über Bord geworfen habe und nun Lenin anknabberte, während er den KB tadelte für seine Wahlpolitik in Bremen. Semler („KPD“) mochte dazu nichts sagen, bekannte aber, daß seine Partei in der Krise sei.

Ähnlich viele Besucher kamen auf eine vom SB initiierte Veranstaltung am 2.12., auf der die linke Prominenz noch hochkarätiger vertreten war.

Dort schilderte Holger Strohm die mörderischen Gefahren der Atomkraftwerke, während Willi Hoss vor der Computerisierung der Arbeitsplätze warnte.

Eppler warf ein, es sei richtig, unmenschenliche Arbeitsplätze durch Automatisierung zu besetzen und forderte Bahr auf, seine Kritik mehr auf die RGW-Länder zu konzentrieren. Bahr wies dies zurück, da diese Länder letztlich auch nur den Stempel der kapitalistischen Industrialisierung trügen. In bezug auf die SPD habe er sich immer noch nicht festgelegt, da man Strauß auf alle Fälle verhindern müsse, andererseits vier Jahre Schmidt „vier verlorenen Jahre“ seien. Auf alle Fälle bedürfe es einer Basisbewegung außerhalb der SPD, um auf diese überhaupt noch einwirken zu können. Eppler will nicht aus der SPD austreten, und Robert Jungk bekannte ebenso klar: „Wir werden uns nicht mehr betrogen lassen!“ S. Flögstedt („Courage“) schließlich meinte, das Selbstbestimmungsrecht der Frau stehe hinter der ökologischen Bedrohung der Existenz zurück und empfahl einen zweijährigen Geburtenstreich der Frauen. Am Ende wurde eine sehr konsequente Resolution an den SPD-Parteitag verabschiedet. Das Atomprogramm wie auch die Einführung der neuen NATO-Mittelstreckenraketen wurden darin klar abgelehnt.

Bunte-Liste-Versammlung Hamburg:

In der Sache einig?
Aber Eklat
bei den Vorstandswahlen!

Am 1./2.12. fand in kurzer Folge die dritte Vollversammlung der Bunte Liste statt. Diskussionsthemen sollten die Bundestagswahlen und die Strukturen der BuLi sein. Vorgesehen war außerdem die Neuwahl des Vorstandes. Zur Strukturen-Diskussion kam es jedoch nicht mehr. In der Sache wurden die Beschlüsse der bisherigen VVs eindeutig bestätigt, d.h. die Forderung nach einer gleichberechtigten Rolle der BuLi bei der Parteigründung im Januar. Zu einem Eklat kam es jedoch bei den Vorstandswahlen. Hintergrund hierfür waren grundverschiedene Auffassungen über die grüne Partei und die Frage, wie sich die BuLi dazu stellen soll. Zusätzliche Brisanz bekam die Auseinandersetzung durch die Fraktionierung im KB.

Die Ausgangslage

Die BuLi hatte auf ihren letzten beiden VVs (28.10. und 19.11.) jeweils Entscheidungen mit großer Mehrheit verabschiedet, die die Bereitschaft bekundeten, zusammen mit anderen bunt und alternativen Listen ein Bündnis mit den Grünen unter genau definierten Voraussetzungen (in programmatischer und organisatorischer Hinsicht) zu schließen. Andererseits gibt es innerhalb der BuLi eine Gruppe, die für den sofortigen Übertritt in die Grünen plädiert, noch vor dem alternativen Beratungskongress in Frankfurt. Im Vorstand ist diese Gruppe mit drei Personen vertreten, wovon zwei schon bei den Grünen eingetreten sind. (Ch. H. und M. Sch.)

Diese Vorstandsmitglieder hatten in den letzten Wochen wiederholt die Beschlüsse der BuLi missachtet und versucht, über ihre Vorstandsposition Zutrittsdienste für die Grünen zu leisten. Im ersten Fall geht es um einen Brief von Ch. H., die sie zu Unrecht „im Auftrag der BuLi-Vorstände“ an den Vorstand der Grünen geschickt hatte; darin kündigte sie an, „der zukünftigen Partei als gesamte Bunte Liste beizutreten“. Gleichzeitig fordert sie 200 Eintrittsformulare für die grüne Partei an.

Im zweiten Fall handelt es sich um ein Rundschreiben dieser drei Vorstandsmitglieder (nach der VV am 19.11.) Darin rufen sie zum sofortigen Eintritt in die Grünen auf, obwohl die BuLi-VV einige Tage vorher mit großer Mehrheit genau das obwohl die BuLi-VV einige Tage vorher mit großer Mehrheit genau das Gegenteil beschlossen hatte.

Der Brief wurde – scheinbar offiziell – mit dem BuLi-Stempel versehen und über den BuLi-Verteiler breit verschickt.

Diese Vorfälle, von den restlichen Vorstandsmitgliedern zwar intern kritisiert, aber nach außen gedeckelt, wurden vom KB in einem Flugblatt auf der BuLi-VV öffentlich gemacht.

In einer Reihe von Initiativen (insbesondere Frauen-Gruppen) waren ebenfalls darüber diskutiert worden und es lagen Protest-Erklärungen aus diesen Gruppen vor.

Bevor jedoch diese Kritiken vorgebracht werden konnten, wurde eine gemeinsame Erklärung des Vorstandes vorgelesen; außerdem nahmen die drei kritisierten Vorstandsmitglieder Stellung.

Im Vorstand war ein enges Bündnis zwischen den drei „Grünen“ Mitgliedern und der Gruppe um Jürgen Reents (ZL-Fraktion des KB) zustande gekommen, das jegliche Kritik abzublocken versuchte: Der Vorstand erklärte zum ersten Schreiben, daß es sich um ein individuelles Schreiben gehandelt habe, das nicht die Meinung des gesamten Vorstandes widerspiegeln.

Zum zweiten Brief erklärte der Vorstand lediglich, daß „berechtigt zu kritisieren“ sei, daß dieser Brief mit dem Absenderstempel der BuLi versehen war. Die Missachtung der Mitgliederbeschlüsse wurde vom gesamten Vorstand als „Recht auf freie Meinungsäußerung“ verteidigt. In ihren Erklärungen zum zweiten Brief sagten die drei „grünen“ Vorstandsmitglieder: sie seien davon ausgegangen, daß auf der VV am 19.11. nicht „problemorientiert“ diskutiert worden sei. Das Problem sei, daß der „grüne Zug“ am Fahren sei und die BuLi den Anschluss verpasse. Die VV vom 19.11. habe dieses Problem nicht erkannt und „falsche Beschlüsse“ gefaßt; das hätten sie „zurechtücken“ wollen. Echt basisdemokratisch!!!... Bis zu diesem Zeitpunkt war festzu-

stellen: Der Vorstand insgesamt distanzierte sich zwar vom Vorgehen einzelner Mitglieder, deckte aber den Bruch von Beschlüssen und die eigenmächtige Politik einzelner Vorstandsmitglieder als „freie Meinungsäußerung“.

Erst nach diesen Ausführungen kamen die Kritiker zu Wort. Eine Einsbüttler Frauengruppe erwartete „eine klare Distanzierung von diesem Vorgehen“ und hielt „eine Wiederwahl (der drei) zum Vorstand im Augenblick nicht (für) geeignet“. Eine Anti-AKW-Initiative forderte, „sich von diesem Vorgehen zu distanzieren oder ihre Funktionen im Vorstand niederzulegen“. Eine Lehrlingsinitiative kritisierte ebenfalls das Vorgehen und erklärte: „Das sollte bei der Neuwahl des BuLi-Vorstandes berücksichtigt werden“. Der KB hatte in seinem Flugblatt erklärt: „Wir sind der Meinung, daß die BuLi-Mitgliederversammlung Anspruch auf eine (selbstkritische) Erklärung des Vorstandes hat“, ohne die Frage von personellen Konsequenzen anzusprechen.

Der Vorstand reagierte auf diese Kritik mit einer massiven Verschärfung des Konflikts: Rundheraus sprach er den Initiativen das Recht zur Kritik, geschweige denn zu personellen Forderungen, ab.

Die Forderung nach Berücksichtigung dieser Kritik bei der Neuwahl des Vorstandes wurde als „Angriff auf das pluralistische Verständnis der BuLi“ bezeichnet. Es gehe den Kritikern um die „Liquidierung der BuLi“.

Gleichzeitig wurde erklärt, der Vorstand stelle sich „kollektiv zur Neuwahl. Sollte es dafür nicht die Zustimmung der Versammlung finden, würde er geschlossen zurücktreten. Dieses Vorgehen ist durchaus mit Praktiken bürgerlicher Parteien vergleichbar.“

Unter dem Eindruck dieses massiven Powers wurde schließlich mit knapper Mehrheit ein Antrag verabschiedet, der die Differenzen im Vorstand als lediglich „taktischer Natur“ bezeichnete. Danach forderte der Vorstand, noch am gleichen Abend die Neuwahl durchzuführen.

Diese sollte im Blockverfahren durchgeführt werden, wobei sie noch drei weitere (vom Vorstand vorgeschlagene) Kandidaten zugewählt werden sollten. Die VV-Mehrheit entschied jedoch, die Wahlen auf den nächsten Tag zu verschieben.

Die Debatte am nächsten Tag

Die Debatte am nächsten Tag begann mit einer weiteren Verschärfung durch den Vorstand: In einer gemeinsamen vorgetragenen Erklärung wurden alle Kritiker als Zerstörer des pluralistischen Gedankens der BuLi diffamiert.

Hieran entspann sich die gleiche Debatte wie am Vortag. Schließlich wurde die Erklärung mit knapper Mehrheit (220:210) mißbilligt.

Nach einer kurzen Beratungspause erklärte sich der Vorstand bereit, zwei neue Vertreter aus den Reihen der Kritiker aufzunehmen, bei einem Vorstand von neun Personen. Dies angesichts einer Situation, in der die Versammlung in zwei fast gleiche Teile „gespalten“ war. Nach wiederum langen Debatten erklärte der Vorstand sich schließlich bereit, vier Vertreter aus den Reihen der Kritiker aufzunehmen. Unter dem massiven Druck einer drohenden Spaltung akzeptierte die VV diesen „Kompromiß“ schließlich mit 240:210 Stimmen.

Vor den Vorstandswahlen waren einstimmig drei Resolutionen verabschiedet worden.

1. Ein Aufruf zum Frankfurter Beratungskongress, der die Vorstellungen der GLH unterstützt.
2. Ein Brief an den Vorstand der Grünen, in dem ein eigenständiges Delegationsrecht der BuLi gefordert wird.
3. Eine Kritik an der Informationspolitik der Grünen, die die Beschlüsse in Offenbach und die vorliegenden Programm- und Satzungsentwürfe nicht rechtzeitig veröffentlicht haben, so daß die Antragsfrist für Änderungsvorschläge nicht eingehalten werden kann.

Mit der einstimmigen Verabschiedung dieser Entschlüsse versuchte der Vorstand später, die Auseinandersetzung um die Vorstandswahlen auf eine reine Personalquerelle herunterzuziehen. Tatsache ist jedoch, daß es weiterhin grundsätzliche Differenzen darüber gibt, wie sich an der grünen Partei beteiligt wird. Während

die jetzige Vorstandsminorität in jedem Fall für einen massenhaften Eintritt bei den Grünen plädiert, beharrt der andere Teil auf den gleichberechtigten Basischarakter der neuzugründenden Partei.

Die BuLi und der KB

Insbesondere von der Gruppe um Jürgen Reents (ZL-Fraktion des KB) war die Parole ausgegeben worden, der KB betriebe hier „brutale Machtpolitik“ und wolle die BuLi spalten bzw. „liquideren“. Diese Version spiegelt sich dann z.B. auch in der „taz“ wieder.

Grundsätzlich ist dagegen festzustellen, daß solche Auseinandersetzungen wie innerhalb der BuLi in ähnlicher Weise in allen bunt und alternativen Listen laufen. Tatsache ist aber auch, daß sie anderswo nicht in dieser Schärfe und in dieser totalen Konfrontation ausgetragen werden. Dieser Teil ist tatsächlich den fraktionellen Auseinandersetzungen im KB geschuldet.

Man muß jedoch auch festhalten, daß die ZL-Fraktion vor dieser Auseinandersetzung mit der provokatorischen Behauptung hauiert, der KB wolle „aus der Wahlbewegung aussteigen“. Noch einen Schritt weiter ging die ZL-Fraktion auf der BuLi-VV, wo die Gruppe um Jürgen Reents behauptete, der KB habe zur Majorisierung seine Mitglieder „angekarrt“ und betriebe „brutale Machtpolitik“. Bei diesen Tiraden kam es dann auch zu rührenden Verbündungszeremonien mit der früheren „Kritik-Fraktion“ des KB, die schon zu den Grünen übergetreten ist.

Aber auch vor grimmigen Attacken auf die Basis der BuLi, auf kritische Stimmen aus den Initiativen, schreckte das Schutz- und Trutzbündnis im Vorstand nicht zurück. Mehrmals wurden die Versammlungsteilnehmer von Vorstandsmitgliedern in ausfallendem Ton beschimpft: sie täten nichts für die BuLi und ließen sich nicht blicken, während sich der Vorstand die Hacken wund laufe. Der Vorstand setze seine Gesundheit aufs Spiel und müsse sich dafür jetzt zum Dank auch noch Kritik anhören! – Ein Vertreter des Kinderhauses wurde von der Gruppe um Jürgen Reents angepöbelt, weil er auf Hinweis auf sonstige Belastungen seine Arbeit in einem Parlaments-Ausschuß (Einsbüttel) sonstigen Belastungen seine Arbeit in einem Parlaments-Ausschuß (Einsbüttel) aufgegeben hatte – ohne auch nur einen Gedanken daran zu verschwenden, daß gerade in dieser Zeit das Kinderhaus massive (und zeitraubende!) Auseinandersetzungen mit den Behörden austraten hatte.

Den BuLi-Frauengruppen, die gerade mit Aktivitäten zum Wahlkampf 1980 begonnen haben, wurde von der Gruppe um J. Reents vorgeworfen, sie täten doch sowieso nichts (als Antwort auf den Antrag, eine Frau aus den Frauengruppen in den Vorstand aufzunehmen!).

Der Mehrheit der Anwesenden wurde vorgeworfen, sie seien seit langem das erste Mal wieder auf einer BuLi-Mitgliederversammlung, wobei stillschweigend verschwiegen wurde, daß der Vorstand ein Jahr lang keine Mitgliederversammlung einberufen hatte. Und trotz einhelliger Aufforderung auf der Mitgliederversammlung am 28.10., den Rechenschaftsbericht des Vorstandes den Initiativen schriftlich vorzulegen, war dies bis Anfang Dezember immer noch nicht geschehen. Trotzdem wurde von den Mitgliedern gefordert, diesen Vorstand zu bestätigen. Das hat wohl wenig mit Basisdemokratie zu tun.

Schließlich wird von der Gruppe um Jürgen Reents auch in der weiteren Konzeption eine Abkehr von den Basisinitiativen angepeilt, die eigentlich die Träger der BuLi sein sollten. So wird plötzlich ein Zeitungskonzept „zur Diskussion gestellt“, nach dem die BuLi-Zeitung zur allgemein-politischen, überörtlichen Zeitung ausgebaut werden soll, bei der die Basisinitiativen wohl nur noch am Rande vorkommen sollen. Das Konzept „Jeder kann mitarbeiten“ soll zugunsten einer festen Redaktion mit Ressortverantwortlichen aufgegeben werden.

Daß mit einer derartigen Konzeption und Arbeitsweise Initiativen für die Mitarbeit bei der BuLi (bzw. ihrer Zeitung) gewonnen oder dauerhaft interessiert werden können, muß ernsthaft bezweifelt werden.

Modifizierung zum Frankfurter Alternativen-Kongress

Die Mitgliederversammlung der Bunte Liste Hamburg rief alle Mitglieder und Freunde der Bunte Liste sowie alle anderen alternativen Listen in der Bundesrepublik auf, zeitweilig zum Alternativen-Kongress am 14./15./16. Dezember in Frankfurt teilzunehmen, um dort zu einem politisch-programmatisch und organisatorisch gemeinsamen Vorgehen hinsichtlich des Gründungskongresses einer grün/alternativen Partei am 12. Januar 1980 in Karlsruhe zu kommen.

Die Mitgliederversammlung der Bunte Liste Hamburg unterstützt das von der GLH für diesen Treffen vorgelegte Konzept. Unstrittig ist, wie die Arbeitsgruppen thematisch gegliedert sein sollen. Wir unterstützen den Vorschlag der GLH, die Diskussion und Arbeit der ALs an der Gliederung des Demokratischen Alternativen-Programms zu orientieren. Insbesondere tritt die Bunte Liste Hamburg dafür ein, daß am Abend des 15.12.79 nicht eine zweite Podiumsdiskussionsveranstaltung stattfindet, sondern ein offenes Plenum, um die Ergebnisse der zuvor tagenden Arbeitsgruppen zu beraten. Dies entspricht unserer Vorstellung, daß dieser Alternativen-Kongress in erster Linie zum Meinungsaustausch unter den alternativen und buntten Listen mit der Absicht einer weitestmöglichsten Vereinheitlichung hinsichtlich des Karlsruher Kongresses dienen soll. Darüberhinaus muß dieser Kongress auch ein weiterer Schritt zur langfristigen, engeren Kooperation unter den alternativen Listen sein, für die die Bunte Liste Hamburg schon seit längerem immer wieder mit eigenen Initiativen und Vorschlägen eingetreten ist.

Abstimmungsergebnis: Ohne Gegenstimme angenommen bei 2 Enthaltungen



Nachfrage zu selbständigem Delegationsrecht der Alternativen

Die Bunte Liste Hamburg hat auf ihrer Mitgliederversammlung am 19.11.79 den Antrag beschlossen, „am Gründungskongress am 12.1.1980 mit Delegierten gemäß ihrer Mitgliederstärke vertreten zu sein.“ Gleiche Anträge wurden auch von der AL Westfalen, der GLH, der AL Bremen und der CDU gestellt.

Am 20.11.79 zitierte die „tagesschau“ August Haubelt, ALD-Vorsitzender und Bundesvorsitzender der GRÜNEN, mit folgenden Worten zu Delegierten: „Der Delegationsentscheid für den Gründungskongress bezieht sich auf die Mitglieder der SPD, Die Grünen und der Gruppen, die in dieser aufzubauenden Partei miteinbringen, und es geht um meine Meinung nach die AL Berlin absolut dazu, und ist entsprechend berechtigt, Mitglieder zu der Gründungsversammlung zu senden. Das ist meine Meinung und ich habe keine andere Meinung im Bundesvorstand gehört.“

Mit Schreiben vom 27.11.79 fragte der Vorstand der Bunte Liste Hamburg (Abschrift beim Bundesvorstand der GRÜNEN an, ob diese Äußerung von August Haubelt gegenüber der „taz“ die offizielle Vertretung der GRÜNEN sei, und ob es eine richtige Interpretation dieser Äußerung sei, wenn daraus eine Zustimmung zum selbständigen Delegationsrecht der Bunte und Alternativen für den Gründungskongress hergeleitet wird.

Diese Anfrage ist bislang vom GRÜNEN-Vorstand nicht beantwortet worden. Gegenüber der AL Westfalen hat Karl Kerschgen vom GRÜNEN-Bundesvorstand jedoch mit Schreiben vom 19.11.79 mitgeteilt: „Nach Absprache mit dem Bundeswahlleiter ist die juristisch sauberste und günstigste Form der Parteigründung für uns die Überführung der SPD, Die Grünen in eine Partei Die Grünen. Nach dem Parteiengesetz besteht außerdem das Einzelinitiativrecht. Deshalb können wir nicht auf der einen Seite Delegierte der umzuwandelnden SPD auf dem Gründungskongress haben und auf der anderen Seite Delegierte von anderen Organisationen, die nicht Mitglieder der GRÜNEN sind.“ Damit widerspricht Kerschgen der Äußerung von Haubelt. Ausnahmen ist möglich, obwohl uns keine offizielle Antwort auf die Anfrage des Vorstands der Bunte Liste Hamburg vorliegt, daß der Bundesvorstand der GRÜNEN den bunt und alternativen Listen das geforderte selbständige Delegationsrecht verweigern will.

Die Mitgliederversammlung der Bunte Liste Hamburg stellt dazu nochmals fest: Die beschlossene grün/alternative Partei ist nach unserem Verständnis ein neuer organisatorischer Zusammenschluß als die zur Europa-Wahl konstituierte „Sonstige politische Vereinigung DIE GRÜNEN“. Die grundsätzliche neue Qualität einer grün/alternativen Partei muß in der Einbeziehung der Bunte und Alternativen und sonstiger radikal-demokratischer Kräfte bei Aufrechterhaltung ihrer organisatorischen und politischen Selbstständigkeit liegen. Es handelt sich politisch also keineswegs um eine bloße organisatorische „Umwandlung“ der bisherigen SPD in eine Partei. Die von Kerschgen genannte „Absprache mit dem Bundeswahlleiter“, daß eine solche „Umwandlung“ die „juristisch sauberste und günstigste Form der Parteigründung“ sei, beinhaltet im übrigen ja auch, daß es ebenfalls eine juristisch mögliche Form der Parteigründung gibt. Das von einigen GRÜNEN immer wieder vorgebrachte Argument, man sei zu einer solchen Form der Parteigründung durch vorherige Eintritte in die SPD juristisch gezwungen, ist damit widerlegt.

Insbesondere wenn man wie bereits vorgebracht argumentiert, man sei zu einer anderen Form der Parteigründung durch vorherige Eintritte in die SPD juristisch gezwungen, ist damit widerlegt.

Die Mitgliederversammlung der Bunte Liste Hamburg fordert den Bundesvorstand der GRÜNEN dazu auf:

1. alle „Absprachen mit dem Bundeswahlleiter“ bekanntzumachen, d.h. insbesondere mitzuteilen, welche anderen juristisch möglichen Formen der Parteigründung und Kandidatur zu Bundestagswahl in diesen „Absprachen“ erörtert und vom Bundeswahlleiter genehmigt wurden;
2. mitzuteilen, ob von Seiten des Bundesvorstands der GRÜNEN überhaupt die Möglichkeit einer Kandidatur in Form eines Wahlbündnisses nach dem Muster der SPD juristisch geprüft wurde und welches Ergebnis diese Prüfung, sofern gesehen, erbracht hat;
3. dem alternativen und buntten Listen ein selbständiges Delegationsrecht zum Gründungskongress zuzugestehen.

Abstimmungsergebnis: Ohne Gegenstimme angenommen bei 1 Enthaltung



Resolution 2 auf Antrag des Vorstandes

Vernachlässigung der Informationspflicht

In der Schlussresolution des Offenbacher Kongresses vom 4. November 79 heißt es:

„Die Vorschläge und Dokumente des Offenbacher Kongresses werden sofort veröffentlicht, um allen Interessierten auf bestmöglicher Basis die Möglichkeit zu geben, die Programmkommission bis Anfang Dezember Vorschläge zu machen.“ Es ist uns bekannt, daß die Alternative Liste Westfalen sich in Schreiben an die Bundesgeschäftsstelle der GRÜNEN in Bonn angeboten hat, die technische Erstellung und bundesweite Verbreitung einer solchen Dokumentensammlung zu übernehmen. Diesbezüglich hat die AL Westfalen um Übersendung aller in der GRÜNEN-Geschäftsstelle vorliegenden Materialien gebeten. Mit Unterschrift von Karl Kerschgen hat der Bundesvorstand in einem Brief vom 19.11.79 kühl geantwortet: „Die für die Geschäftsstelle zuständigen Vorstandsmitglieder haben die Bundesgeschäftsstelle mit der Herausgabe der zum Programm eingebrachten Beiträge beauftragt, da die Sammlung in der Woche nach Offenbach nicht vollständig vorlag und ebenfalls in Bonn koordiniert werden mußte. Die vorliegenden Beiträge sollen als Anlage zu dem nächsten Bundesbrief, der ebenfalls in Bonn hergestellt werden muß, versandt werden. Mir ist nicht bekannt, daß nur die AL authentisch und autorisierter diese Zusammenstellung herausbringen könnte. Dies nehmen wir für uns mit gleichem Recht in Anspruch.“ Tatsache ist, daß eine solche von der Bundesgeschäftsstelle bzw. dem Bundesvorstand der GRÜNEN herausgegebene Zusammenstellung erst heute vorliegt, und die Möglichkeit für die Basis, zu Entwürfen oder Teilentwürfen für das Programm Stellung zu nehmen, wie es die Absicht der Offenbacher Schlussresolution ist, damit nicht gegeben ist. Die Programmkommission soll jedoch bereits am 7./8./9.12.79 tagen.

Die Mitgliederversammlung der Bunte Liste Hamburg verurteilt scharf die Vernachlässigung der Informationspflicht durch die Bundesgeschäftsstelle bzw. den Bundesvorstand der GRÜNEN als ernste Verletzung der Basisdemokratie.

Abstimmungsergebnis: Ohne Gegenstimme angenommen bei 3 Enthaltungen

Das Geschiebe um die Delegiertenfrage

Anfangen hat es in Offenbach: Während auf dem gemeinsamen Kongreß zwischen Grünen und Buntten relativ freimütig über die Fragen des Programms diskutiert wurde, hatte die „Sonstige Politische Vereinigung“ der Grünen (SPV) längst Fakten geschaffen. Die Partei soll ausschließlich durch eine Umwandlung der SPV (eine Konstruktion eigens für den Europawahlkampf) in eine Partei gebildet werden. Je 10 Mitglieder der SPV sollen dafür eine(n) Delegierte(n) zum Gründungsparteitag am 13.1.80 nach Karlsruhe entsenden. Das schuf auch prompt innerhalb der Buntten/Alternativen einen Chor, der erklärte, jetzt nichts wie rein in die Grünen, sonst sei man außen vor. Das weitere könne man später auch noch sehen, gegebenenfalls trete man halt wieder aus.

Nun ist dieses Vorgehen der Grünen, das die Möglichkeit der Ausgrenzung gegen Links schaffen soll, in jeder Beziehung wieder. Denn ein solches Vorgehen müßte innerhalb der Grünen satzungsmäßig festgeschrieben sein, sonst entbehrt es natürlich jeder (Partei-)rechtlichen Grundlage.

So hat sich Gruhl bemüht, mit dem Bundeswahlleiter da einiges „glättzubügeln“. Gruhl erklärte dem Bundeswahlleiter, man solle den Beschluß der Grünen von Offenbach als Satzungsänderung „interpretieren“. Ein Vorstandsmitglied der Grünen meldete dagegen immerhin „juristische Bedenken“ an (lt. Protokoll des Bundesvorstands der Grünen vom 17.11.79). Eine solche Satzungsänderung ließe sich in der Tat von jedem SPV-Mitglied mit Leichtigkeit anfechten.

Um das ganze Gebäude (einer nicht offenen Partei-Gründung) abzusichern, muß sich der grüne Vorstand darüberhinaus selber den Rang eines satzungsgebenden Gremiums genehmigen, was sogar einer bürgerlichen Parteiengesetzgebung Hohn spricht.

So wurde per Vorstand in NRW festgelegt, man müsse bis zum 10.12. — d.h. eine Woche vor Parteigründung in diesem Bundesland — Mitglied der Grünen sein, um an der Landesverbandsgründung teilnehmen zu können. Auch hier erhofft man sich, Bunte/Alternative aus dem Renglied der Grünen sein, um an der Landesverbandsgründung teilnehmen zu können. Auch hier erhofft man sich, Bunte/Alternative aus dem Rennen zu werfen. Für die Bundespartei-Gründung soll man bis zum 20.12. Mitglied der SPV werden, um noch für die Delegiertenwahlen berücksichtigt zu werden.

Die Buntten/Alternativen haben überall die Forderung erhoben, ebenfalls in gleicher Weise Delegierte entsenden zu können.

Kerschgens (AUD) antwortete daraufhin im Namen des grünen Bundesvorstands an die AL Westberlin (am 19.11.), es könnten nur Delegierte von der SPV entsandt werden. Als „Begründung“ wurde lediglich angegeben, daß dies „nach Absprache mit dem Bundeswahlleiter... die juristisch sauberste und günstigste Form der Parteigründung“ sei.

Wie windelweich diese Argumentation zur Abstützung grüner Ausgrenzungspolitik ist, kann man daran sehen, daß sich die rechten Grünen selber einen Tausel um Satzungsbeschlüsse des Vorstands scheren (der ja auch in keiner Weise lt. Parteiengesetz dazu befugt ist). So hat der Bundesvorstand ebenfalls beschlossen, daß Kreis- und Landesverbände nur auf der Basis der Einladung aller grünen Mitglieder einschließlich der Aktion 3. Weg und der FIU gegründet werden sollen. Grundlage der Abstimmungsberechtigung sei ein Mitgliedsausweis von der Bundesgeschäftsstelle (Protokoll der Grünen vom 17.11.).

Nun haben rechte Grüne häufiger nach eigenen Vorstellungen gegründet. In Westberlin wurde ein Landesverband im rechten Exklusivkreis aus der Taufe gehoben. In Bremen wurde der Landesverband mit einigen wenigen dazu berufenen BGLern ausgerufen. Öffentlich — wie es der Bundesvorstand verlangt — war die Sitzung ebenfalls nicht. In Münster gründeten die Grünen, die nicht bereit waren, auf Ortsebene mit der dortigen „Grünen Alternative“ zusammenzuarbeiten, schon im kom-

munalen Wahlkampf „ihren“ Kreisverband.

In Düsseldorf geschah vor kurzem das gleiche, sodaß es dort jetzt wie in Münster zwei Kreisverbände gibt. In Köln haben Teile der Grünen das gleiche vor.

Es geht sogar das Gerücht, daß der rechte, rassistische Grüne Wegener aus Bottrop schon die Grüne Partei in NRW mit Getreuen gegründet habe, um sich auf diesem Wege juristisch den Namen zu sichern. Gegen ihn soll deswegen der Ausschluß betrieben werden. Schaut man sich die Reaktionen des Bundesvorstands der Grünen auf dieses Treiben an, so zeigt sich, wie wenig die juristische Argumentation, die immer nach links hin angewendet wird, wirklich zieht. In der Öffentlichkeit wurde immer herausgestrichen, daß diese rechten Gründungen nicht rechtens seien bzw. „nicht anerkannt“ würden. Im Rundschreiben 4/79 an die grünen Mitglieder findet sich jedoch lediglich der A p p e l l, die vom Vorstand verkündeten Regeln „sollten beachtet werden.“ Die Gründungen müssen demzufolge der Landes- und Bundesgeschäftsstelle lediglich „mitgeteilt“ werden.

Besondere Furore hatte die Westberliner Landesverbandsgründung gemacht, die Gruhl mit dem dortigen Grünen Schöttler am Rande der Tagung des „Club of Rome“ abgesprochen haben soll, und die natürlich einen besonderen Affront gegen die AL Westberlin darstellt. Das ist deshalb peinlich, da in den AL-Gremien durchaus die Tendenz besteht, auf eigene Delegierte zu verzichten und den Grünen beizutreten.

Zwar erklärte August Hausleiter, er fordere vom Bundesvorstand einen Beschluß, nachdem die Grünen „sich nicht in der Lage“ sehen, den Landesverband anzuerkennen.

Gesehen ist das gleiche bislang auch nichts. Der Bundesvorstand teilte dem Landesverband (am 29.11.79) lediglich mit, er „behält sich die Nichtanerkennung des Landesverbandes Berlin bis auf weiteres vor“, ansonsten bittet er, über die „Vermittlungsgespräche“ mit der AL auf dem Laufenden gehalten zu werden. Es gibt offensichtlich vor der Parteigründung auch gar keine rechtliche Basis, um solche Gründungen verbieten zu können.

Mit diesen grünen „Satzungsbestimmungen“ wird bislang lediglich politischer Poker gegenüber den Bunt/Alternativen betrieben, in der Hoffnung, machtpolitisch damit durchzukommen, da die Alternativen/Buntten davon ja auch wenig verstehen.

Ähnlich unsinnig ist die Behauptung, Doppelmitgliedschaften seien „nach dem Parteiengesetz verboten“. Auch dies ist reine Einschüchterung und durch keinerlei juristische Grundlage belegt.

Neben diesen Tricks mit den Delegierten hat der Bundes-„Satzungs“-Vorstand für Karlsruhe einige weitere Spezialitäten ausgeheckt.

Nach Bundesvorstandsbeschlüssen soll für Karlsruhe schon die geplante Sitzung in Fragen des Antragsrechts vorweggenommen werden. Anträge sollen auf dem Gründungsparteitag lediglich Landes- bzw. Kreisverbände stellen dürfen, und das sogar nur bis zum 31.12. Die Grünen hoffen nach dem Motto „Freiheit liegt die Spielregeln ihrer Parteigründungen illegal festlegen zu können. Die Frage ist dabei, wie weit die Buntten/Alternativen dieses Spiel tatsächlich ohne Widerstand hinnehmen wollen.

Gerade angesichts der chaotischen Situation, die bei den Grünen herrscht, wo alle möglichen Verbandsgründungen unterschiedlich gelautet sind und unsicherbar wären, bleibt als einzige wirklich „saubere Lösung“, daß die Parteigründung am 13. Januar in Karlsruhe durch die A u s s e n d e vorgenommen wird, wobei man sich demokratisch darauf einigen sollte, daß stimmberechtigt wirklich nur diejenigen teilnehmen, die als Delegierte (nach dem vereinbarten Schlüssel 1:10) von solchen Gruppen ausgewiesen sind, die sich an dieser Partei beteiligen wollen.

Satzungskommission Ergebnisse

Am 1./2.12. bzw. am 8.12. fanden in Bonn bzw. Hannover die Treffen der (inzwischen ebenfalls grün-buntten) Satzungskommission statt, in der jeweils mit drei Stimmen AUD und GAZ vertreten sind, mit je zwei Stimmen GLU und GLSH und mit je einer Stimme die AL Westberlin, die BuLi Hamburg und die GLH. Zum Verfahren für beide Sitzungen wurde festgelegt, daß für jeden Vorschlag dafür/dagegen/oder Enthaltung gestimmt werden konnte. Abgestimmt wurden z.T. Alternativformulierungen, d.h. daß die Satzungskommission solche Alternativen vorlegte, die in ihr eine Mehrheit gefunden haben (so kommen z.B. die „Mehrheiten“ für und gegen UVB-Formulierungen zustande). Am 1./2.12. wurde die Präambel (kurze allgemeine Einleitung der Satzung) und die §§ 1 und 2 der Bundessatzung diskutiert:

Die Präambelvorschläge zur Satzung der Bunt/Alternativen (mit Unterstützung der AUD)

Die Partei (...Name) versteht sich als radikal-demokratische Alternative zu den bestehenden etablierten Parteien. Die Mitglieder der (...Name) kommen aus verschiedenen Erfahrungszusammenhängen, insbesondere aus Bürger- und Basisinitiativen. Sie sind während ihrer Arbeit zu der Überzeugung gekommen, daß es zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele einer Organisation bedarf, die sich u.a. an den Wahlen beteiligt und im Parlament vertreten ist, um getreu den Grundprinzipien ökologisch, gewaltfrei, basisdemokratisch und sozial — ihr vorrangiges Ziel, den Lebensschutz, zu verwirklichen.

Dabei machen wir uns keine Illusionen über die Bedeutung von Parlamentarismen, zumal unter den gegenwärtigen Verhältnissen. Sie (...Name) tritt nicht als Konkurrenz zu Bürger- und Basisinitiativen oder deren Zusammenschlüssen auf, sondern will ihnen das Parlament als zusätzliches Forum eröffnen. Dabei streben wir eine neue Form der Beteiligung der Bürger und ihrer Initiativen an politischen und parlamentarischen Planungs- und Entscheidungsprozessen an. Die betroffenen Bürger selber sollen in einem demokratischen Willensbildungsprozess ihre gemeinsamen Interessen bestimmen und durchsetzen.

(Hieran schließt sich der letzte Absatz des „Grünen“ Satzungsentwurfs an. Abschließend wird fortgefahren:)

(Hieran schließt sich der letzte Absatz des „Grünen“ Satzungsentwurfs an. Abschließend wird fortgefahren:)

Die Satzung orientiert sich am Prinzip der Basisdemokratie. Es gilt der Grundsatz, daß die zu einer sachgerechten Entscheidung befähigte unterste Ebene Trägerin der Entscheidungsgewalt sein soll.

DER „GRÜNE“ PRÄAMBEL-VORSCHLAG

Die Mitglieder der Partei „Die Grünen“ sind überzeugt, daß es zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele einer Organisation bedarf, die sich an Wahlen beteiligt und in den Parlamenten vertreten ist. Sie betrachten die parlamentarische Arbeit als ein Mittel unter anderen, getreu den Grundprinzipien — ökologisch, gewaltfrei, basisdemokratisch und sozial — ihr oberstes Ziel, den Lebensschutz zu verwirklichen.

Sie fühlen sich verpflichtet, stets für die Gesamtinteressen der Bevölkerung in allen Teilsphären und nicht für Gruppeninteressen tätig zu werden und bei allen Maßnahmen unter besonderer Berücksichtigung ökologischer Gesichtspunkte vorrangig auf die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen für alle Menschen und insbesondere auch für die kommenden Generationen bedacht zu sein.

Die Offenheit zum Gespräch mit allen Personen und Gruppen, die sich in ihrem Wirken und Handeln mit den oben genannten Grundprinzipien im Einklang bringen lassen, gehört zum Selbstverständnis der Partei. Die unterschiedlichen Motive der jeweiligen Engagements werden anerkannt und toleriert, um die Offenheit, Lebensnähe und Vielfalt der grünen politischen Alternative zu bewahren.

ZU § 1:

Der Vorschlag der Buntten/Alternativen, die zu gründende Partei „Grüne Alternative“ zu nennen, wurde mit 3 : 11 abgelehnt, es wurde zu

Protokoll gegeben, daß die Buntten/Alternativen dazu in Frankfurt noch einen Alternativ-Vorschlag einbringen zu wollen. Statt „Die Grünen sind eine Partei im Sinne des Grundgesetzes“ haben die Alternativen/Buntten vorgeschlagen „Im Sinne § 21 GG (Parteiengesetz)“.

ZU § 2:

Hier sah der ursprüngliche Satzungsentwurf der Grünen ein Verbot der Doppelmitgliedschaft vor (Unvereinbarkeitsbeschluß). Dagegen haben die Buntten/Alternativen vorgeschlagen: „Jeder Mann und jede Frau kann Mitglied der Grünen werden, wenn er/sie die politischen Ziele und das gemeinsame Programm der Grünen unterstützt und bei der Verwirklichung aktiv mitzuarbeiten bereit ist“ (Abstimmung: 7 : 5 mit den Stimmen der AUD).

Ausgerechnet Lippelt (GLU) schlug noch eine verschärfte Fassung gegenüber der vom Bundesvorstand der Grünen vorgeschlagenen vor: Danach kann Mitglied werden: „... jeder, der ... keiner anderen Partei oder politischen Organisation angehört, deren Ziele im Widerspruch zum Programm der Grünen steht. Bis zum 30.4.1980 ist eine Übergangsregelung für Organisationen möglich, die zur Auflösung bereit sind.“ Ausgenommen sind Wählergemeinschaften und Gruppierungen wie die AL Westberlin, die Laut Wahlgesetz je als Partei gegründet werden mußte. Lokale und persönliche Gegebenheiten sollen bei der Frage des Unvereinbarkeitsbeschlusses gegen Doppelmitgliedschaft berücksichtigt werden, d.h. nicht „dogmatisch“ angewendet werden. (Abstimmung: 5 : 2 (BuLi/GLH), bei 6 Enthaltungen).

Norbert Mann plauderte bereits aus, daß er sich dafür einsetzen wolle, daß der Bundesvorstand seinen Vorschlag zugunsten Lippelts zurückzieht.

Am 8.12. ist die Satzungskommission in ihrer Diskussion bis zum § 10 gekommen. Wie schon am Wochenende zuvor wurde vereinbart, die verschiedenen Alternativvorschläge zu verschiedenen Änderungsformulierungen zu den noch ausstehenden §§ 11 bis 14 sollen von den Kommissionsmitgliedern nachträglich bis zum 10.12. eingereicht und dann mit verschickt werden. Von den zahlreichen Änderungsvorschlägen wollen wir hier einige wichtige herausgreifen:

zu § 3: („Aufnahme von Mitgliedern“). Auf Anregung von Hausleiter (AUD) wurde folgende Formulierung anstelle der bisherigen gewählt:

zu § 3: („Aufnahme von Mitgliedern“). Auf Anregung von Hausleiter (AUD) wurde folgende Formulierung anstelle der bisherigen gewählt:

„1. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand des für den Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthaltsort zuständigen Gebietsvorstandes der jeweiligen untersten Ebene. Gegen die Zurückweisung eines Aufnahmeantrags kann der Bewerber bei der zuständigen Mitgliederversammlung Einspruch einlegen. Die Mitgliederversammlung entscheidet bei einfacher Mehrheit.“

2. Die Zurückweisung durch den Vorstand ist dem Bewerber gegenüber zu begründen.

3. Die Mitgliedschaft beginnt mit der Zustimmung zur Aufnahme.“

Holler (GLSH) forderte dagegen einen Kandidatenstatus: Erst nach einer dreimonatigen Anwartschaft (Mitglied ohne Stimmrecht!) soll über eine Aufnahme endgültig entschieden werden.

zu § 4: („Beendigung der Mitgliedschaft“). Mit 6:3:2 Stimmen wurde sich für eine Streichung von Absatz 3 ausgesprochen. Der Vorschlag des Vertreters der AL, wonach die jeweils zuständige Mitgliederversammlung Antragsrecht auf Ausschluß eines Mitglieds haben soll (§ 4, Abs. 4), wurde mit 3:8:2 abgelehnt.

zu § 5: („Rechte und Pflichten der Mitglieder“). Hierzu hat der Vertreter der AL beantragt, daß „jedes Mitglied das Recht (habe), an allen

Sitzungen von Arbeitsgruppen, Ausschüssen und Parteilorganen teilzunehmen“. Dieser Antrag nach Öffentlichkeit der Gremien — für die Bunt/Alternativen eine Selbstverständlichkeit — ist mit 4:9 Stimmen abgelehnt worden!

Gegen die Stimmen der Rechten (insbes. GAZ) wurde dagegen ein Antrag des BuLi-Vertreters mit 7:6 angenommen, der die Forderung nach mehr Autonomie erhebt:

„Jedes Mitglied hat das Recht, sich mit anderen Mitgliedern in Fachgruppen eigenständig zu organisieren. Dies gilt insbesondere für Frauen und Minderheiten.“

Für den Abs. 2 des § 5 (Pflichten der Mitglieder) wurde von dem BuLi-Vertreter die Streichung des Absatzes gefordert, in dem die Mitglieder auf Grundsätze und Ziele der Partei verpflichtet werden sollen. Bei den Bunt/Alternativen wird dies durch die Arbeit und Zielsetzung der einzelnen Basisinitiativen festgelegt. Auch diese Antrag wurde abgelehnt (3:7:2). Der Antrag auf Beibehaltung dieses Passus durch Holler (GLSH) wurde dagegen mit 9:1:2 Stimmen angenommen.

zu § 7: („Organe“). Auf Antrag des BuLi-Vertreters soll unter diesem Paragraphen ein Absatz 2 eingefügt werden: „Weitere Organe der Partei werden in den Landes- und Kreisverbänden festgelegt.“ Eine abgeschwächte Formulierung Manns (GLU/NRW) wurde dann mit 10:1:1 Stimmen angenommen: „Weitere Organe der Partei können gebildet werden“. Ein ausdrückliches Entscheidungsrecht der Kreis- und Landesverbände ist hiermit nicht formuliert.

zu § 8: („Die Bundesversammlung“). In einer Protokollnotiz wurde festgehalten, daß nicht jedes Vorstandsmitglied gleichzeitig ein Stimmrecht auf der Bundesversammlung besitzt: „Nach einheitlicher Meinung haben Mitglieder des Bundesvorstands und die Vorsitzenden der Landesverbände Rede- und Antragsrecht, was in der Geschäftsordnung geregelt wird.“

Für den Absatz 5 ist ein Ergänzungsantrag für einen Punkt 4 einstimmig angenommen worden, wonach eine außerordentliche Bundesversammlung auch „auf Antrag von einem Zehntel der Mitglieder oder der Kreisverbände“ einberufen werden muß.

Bei vier Enthaltungen stimmte die Kommission einer Erweiterung der Antragsrechte auf einer Bundesversammlung zu, wonach es jetzt unter Absatz 6 ergänzend heißen soll: „Orts- und Kreisverbände sowie 20 Mitglieder, die gemeinschaftlich einen Antrag stellen.“

zu § 9: („Der Bundesvorstand“). „Orts- und Kreisverbände sowie 20 Mitglieder, die gemeinschaftlich einen Antrag stellen.“

zu § 9: („Der Bundesvorstand“). „Orts- und Kreisverbände sowie 20 Mitglieder, die gemeinschaftlich einen Antrag stellen.“

zu § 9: („Der Bundesvorstand“). „Orts- und Kreisverbände sowie 20 Mitglieder, die gemeinschaftlich einen Antrag stellen.“

Auf Antrag des rechten Vertreters der Grünen/Saar wurde mit 6 gegen 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen das Rotationsprinzip bei der Wahl des Vorstands abgelehnt.

Für die Anzahl der Mitglieder des Bundesvorstands wurde festgehalten, daß jedes Bundesland mit einem Mitglied vertreten sein soll. In den Abs. 5 wurde mit 7 gegen 5 Stimmen eingefügt: „Mandatsträger der Partei im Bundestag oder der Landesparlamente können nicht Mitglied des Bundesvorstands sein.“

zu § 10:

In der ursprünglichen Fassung der Grünen heißt es, daß die Bestimmungen für die Bundesorgane „analog für die entsprechenden Organe der Landes-, Kreis- und Ortsverbände“ gelten, womit ein streng hierarchischer Parteaufbau abgesichert werden soll. Von daher sichert der mehrheitlich angenommene Vorschlag für einen Abs. 2 dieses Paragraphen („Die Kreis- und Landesverbände haben Programm-, Satzungs-, Finanz- und Personalautonomie“), keineswegs eins von den Buntten/Alternativen angestrebte Autonomie ab, da in dem darauf folgenden Satz eine Festschreibung auf den Abs. 1 dieses Paragraphen vorgenommen wird: „Programm und Satzung dürfen den Grundsätzen und Zielen der Partei nicht widersprechen.“

WAHL INFO
NR.1 DEZ.79

INHALT:

Frankfurter Beispiel Vorschläge zum Programm	6, 7, 9
Kernberichte und Resolutionen der BuLi-Hamburg-VV	8, 9
Weitere Berichte von Buntten und Alternativen	8, 9-10
Erfahrungen mit der Parteigründung der GRÜNEN	8, 9-10
Vermittlungsbereitschaft	8, 10-12
Program- und Satzungsänderungen	8, 12-16

Landesverbandsgründung der Grünen in Niedersachsen

Am 9.12. wurde in Niedersachsen der Landesverband der Grünen bei 250 Anwesenden und bei knapp 120 stimmberechtigten Delegierten (für 1200 Mitglieder, das entspricht auch der Mitgliederstärke der GLU) gegründet. Verschiedet wurde eine Satzung, der die grüne Satzungs-Präambel ohne Diskussion vorgelegt wurde. Es wurde ein Unvereinbarkeitsbeschluss bei Doppelmithgliedschaft in anderen Parteien in der Satzung verankert (60:50), während für eine Satzung ohne jeden UVB nur 38 Delegierte stimmten. Zusätzlich können die Kreisverbände einen Mitarbeiterstatus (auch für Gruppen) einrichten; allerdings auch mit der Hälfte der Mitglieder alle Gruppierungen ausschließen, die nicht „Grundsätzen“ und „Methoden“ der Grünen entsprechen. Ansonsten sollen Männer und Frauen gleichberechtigt in die Gremien gewählt werden. Die Kreisverbände entscheiden über

die Mitgliedschaft, die vorgesehene Einspruchsmöglichkeit des Vorstands wurde aus dem Entwurf gestrichen. Vorstandsitzungen sind öffentlich, verankert wurde auch das rotierende System bei Vorständen (2-fache Wiederwahl ist erlaubt).

Nur wenig Gedanken wurde sich von der GLU über ein weiteres Zusammengehen mit den Buntten/Alternativen gemacht. Als Mitglieder des GLU-Kreisverbandes Hannover erklärten, man habe beschlossen, sich für 2 Delegierte der Hannoveraner Buntten einzusetzen, wurde diesem Antrag einfach mit großer Mehrheit überhaupt jede Diskussion und Abstimmung verweigert. Als Vorstand wurden gewählt Josewski/Hildesheim Frau Holt/Stade und Langer von der GAZ. Schriftführer wurde Bading (aus Hannover), als Kassiererin gewann Frau Boldt aus der GAZ gegenüber Grete Thomas, die bisher die GLU-Kassiererin war.

Protestresolution

Auf der Bundesmitgliederversammlung der SPV „Die Grünen“, die am 3./4.11.79 in Offenbach stattfand, wurde mit 348:311 Stimmen ein Antrag abgelehnt, der ein Verbot von Doppelmithgliedschaften (=Unvereinbarkeitsbeschluss) forderte. Gegen dieses Votum der Mitgliederversammlung wird laufend verstoßen: sowohl der Satzungsentwurf der zentralen Satzungskommission der SPV „Die Grünen“ als auch der in der GLU Niedersachsen umlaufende Satzungsentwurf sehen Unvereinbarkeitsbeschlüsse vor. Die Musterfassung der zentralen Satzungskommission, der deshalb eine große Bedeutung zukommt, weil die zu verabschiedende Bundesatzung in den wesentlichen Teilen von den Unterghederungen der zukünftigen Partei zu übernehmen ist, geht sogar soweit, auch eine weitere Mitgliedschaft in „parteilichen Organisationen“ für unvereinbar zu erklären. Eine solche Klausel kann ohne weiteres auch auf die Mitgliedschaft in Buntten/Alternativen

Listen bzw. Wählerinitiativen ausgedehnt werden. Der künftige Bundesvorstand soll ferner unter bestimmten Bedingungen die Rechte erhalten, Verweise zu erteilen, Kreis- bzw. Landesvorstände des Amtes zu entheben und Gebietsverbände aufzulösen.

Wir müssen dazu feststellen:

1. Der vorläufige Vorstand bzw. die zentrale Satzungskommission ignorieren heute schon Abstimmungen der Mitgliederversammlung.
2. Dem noch zu wählenden Vorstand sollen Rechte zugestanden werden, die ihm eine Machtfülle verleihen, durch die er sich in keiner Weise mehr von den Vorständen der etablierten Parteien unterscheiden wird.

Wir nehmen aufgrund dieser Feststellungen an, daß der in dem Präambel-Entwurf enthaltene Teil zur Frage der Basisdemokratie in der Praxis ohne jegliche Bedeutung bleiben wird.

Darüberhinaus fehlen in dem Präambel-Entwurf präzise Aussagen gegen die Unterdrückung der Frauen

(insbesondere wird nicht die ersatzlose Streichung des § 218 gefordert) und gegen den Abbau demokratischer Rechte (z.B. Weg mit den Berufsverböten). Zu diesen Punkten haben wir - neben der Frage der Kernenergie - in unserem Kreisverband die meisten Aktivitäten entwickelt.

Aus den genannten Gründen sehen wir uns b.a.w. außerstande, hier im Ammerland für die Gründung eines Kreisverbandes der SPV „Die Grünen“ einzutreten. Am dem am 12./13.1.80 in Karlsruhe stattfindenden Gründungsparlament, auf dem sich diese Fragen endgültig entscheiden werden, wollen wir deshalb teilnehmen. Wir fordern gemäß unserer Mitgliederstärke die Anerkennung von zwei Delegierten.

Sitzung des KV Ammerland/GLU Niedersachsen am 5.12.79: Der Beschluss wurde einstimmig (8 Stimmen) angenommen.

Heinz Brandt: „Klassenkampf unvereinbar mit der grünen Idee“

Die Vertretung des Klassenkampfes ist mit der Mitgliedschaft innerhalb der grünen Partei unvereinbar; dies ist das Fazit der Ausführungen von Heinz Brandt, eines der führenden Theoretiker der Grünen, auf einer Podiumsdiskussion in Hamburg. Die Veranstaltung stand unter dem Motto: „Wollen wir das System verändern?“ Podiumsteilnehmer waren neben Heinz Brandt: Eberhard Bueb (2. GAZ-Vorsitzender in Bayern), Milan Horacek (CSSR-Emigrant, Freie Internationale Universität), Max Winkler (AUD-Bayern) und Holger Strohm (ehemaliger Kandidat der Buntten Liste).

Was die Sprecher sich tatsächlich unter Systemveränderung vorstellen, blieb, sehr zum Unmut der meisten Besucher, weitgehend im Dunkeln. Am konkretesten wurden nach Eberhard Bueb und Heinz Brandt. Ersterer propagierte unter der Devise „Small is beautiful“ die Hinwendung zu einem Wirtschaftssystem der Selbstversorgung, der „Kleinproduktion“ und dem Aufbau von kleinen, überschaubaren gesellschaftlichen Einheiten. Dies sei allerdings nur auf einem hohen technologischen Stand möglich und bei Ausgleicheung der bestehenden

Ungleichheiten zwischen Industrienationen und „Entwicklungsländern“. Er stellte in Frage, ob die grüne Partei schon so geschaffen sei, um radikale und demokratische Änderungen herbeizuführen und setzte sich in diesem Zusammenhang für mehr „Toleranz“ bei der Parteigründung ein. Heinz Brandt stellte die Frage in den Mittelpunkt, wie „die drohende Katastrophe zu verhindern sei“. Es gehe um Leben oder Tod und erst in zweiter Linie um die Veränderung des Systems. In erster Linie gehe es darum, daß der eine Mensch nicht des anderen Wolf sei, sondern im Gedanken der christlichen Nächstenliebe eine Änderung des menschlichen Zusammenlebens herbeigeführt werde. Es war schon etwas skurril, daß er, der sich selbst noch als Marxist bezeichnet, das Christentum als den ersten Versuch einer umfassenden Änderung des menschlichen Zusammenlebens pries.

In der Diskussion mit den Besuchern der Veranstaltung ging es dann im wesentlichen um folgende Fragen: Unvereinbarkeitsbeschlüsse in der grünen Partei; wie stellt sich die grüne Partei zu den Arbeiterforderungen und zum Klassenkampf; welches Verhältnis hat sie zu den

Bürgerinitiativen.

Alle Podiumsteilnehmer sprachen sich gegen formale Unvereinbarkeitsbeschlüsse aus, wobei von Heinz Brandt gleich die Einschränkung gemacht wurde, es solle ein 10-Punkte Katalog aufgestellt werden, den jeder anerkennen habe. Völlig flüchtig er aus, als es um die Frage des Klassenkampfes ging. Laut Satzung sollen alle Mitglieder auf die Vertretung eines Gesamtinteresses und gegen die Vertretung von Gruppeninteressen verpflichtet werden. Dies bedeutet natürlich ein inhaltlicher Unvereinbarkeitsbeschluss gegen alle Sozialisten.

Heinz Brandt beschimpfte die Klassenkampfvertreter als „Steinzeitideologen“ (ein Vokabular, das den AKW-Betreibern entliehen ist!); es gehe heute um die Frage „Leben oder Tod“; wer dies nicht einsehen wolle, könne nicht Mitglied der Grünen werden; die Grünen würden dafür sorgen, daß jeder, der, wie die „K-Gruppen“, die Vertretung des Klassenkampfes in die grüne Partei hineintragen wolle, ausgeschlossen werde. Die grüne Partei sei eine Ein-Punkt-Bewegung, die mit keinerlei anderen Fragen verwirrt werden dürfe.

Für diesen Beitrag erstete er schon als einziger Sprecher Buh-Rufe von dem sonst sehr höflichen Publikum. Dies brachte ihn aber kaum zum Nachdenken, sondern er steigerte seine Angriffe noch. Auf Nachfrage, wie es die grüne Partei mit dem „praktischen Widerstand gegen die AKWs“ halte (wie dies im Spontikreis immer genannt wird), beschimpfte er militante Teile der Anti-AKW-Bewegung als „Terroristen“. Das Sprengen von Strommasten der AKWs läge auf der gleichen Ebene wie die Krieschüsse der italienischen Terroristen. Noch weiter ging er als er sich im Namen der Grünen gegen jede militante Aktion aussprach; sie wollten Millionen gewinnen und das ginge nur auf absolut gewaltfreiem Weg.

Damit hatte er den Saal vollends

gegen sich, und zwar auch den Teil, der offenkundig Sympathien für die Grünen empfindet. Die anderen Sprecher gingen auf diese Fragen differenzierter ein. Sie sprachen sich für eine Zusammenarbeit mit allen Kräften der bunt-alternativen Bewegung aus. Keiner jedoch „wagte“ es, zu erklären, daß Heinz Brandt nicht repräsentativ für die Grünen sei.

Und so wird er weiterhin landauf landab reisen und den „Lebensschutz“ der grünen Partei auf den „Lebensschutz“ und den Erhalt der Gattung, bei Ausgrenzung sozialer und radikaldemokratischer Fragen, offiziell im Namen der Grünen propagieren. In diese Richtung herrscht oben die Toleranz, die gegenüber der Linken verweigert wird. Das ist sicherlich kein Zufall.

Willi Hoss: Von links in die Mitte?

Willi Hoss, Betriebsrat bei Daimler Benz, ausgeschlossen aus der IG Metall und Mitglied im Sozialistischen Büro (SB), tritt innerhalb der Linken

draußen bleiben sollten.“ Und in einer Fernsehsendung des Süddeutschen Rundfunks (4.12.) sprach er sich schon für das Verbot der Doppelmithgliedschaft aus; er sei der Meinung, „daß jemand, wenn er sagt, bei den Grünen ist er für basisdemokratische Arbeit, dann kann er nicht zugleich auf der anderen Seite in einer Partei sein, die dem demokratischen Zentralismus huldigt“ (Mitschnitt).

Willi Hoss: Von links in die Mitte?

Willi Hoss, Betriebsrat bei Daimler Benz, ausgeschlossen aus der IG Metall und Mitglied im Sozialistischen Büro (SB), tritt innerhalb der Linken als ein Repräsentant der linksoppositionellen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Er hat sich erstmals vor sechs Wochen in die Debatte um eine alternative Wahlbeteiligung zu den Bundestagswahlen eingeschaltet. Seitdem zählt er sich selbst offenkundig zu den Grünen. Und genau seit diesem Zeitpunkt hat er in wesentlichen Fragen bemerkenswerte Positionswendungen vorgenommen, die charakteristisch sind für die allmähliche Aufgabe linker Positionen bei Übernahme der grünen Ideologie.

1. Die Sache mit den K-Gruppen

In seinen ersten Äußerungen (Gespräch mit der „Jaz“ abgedruckt am 19.10) geht er von „schwerwiegenden Spannungen“ zwischen den Grünen und den Linken und Kommunisten aus. Er forderte jedoch, „daß beide Seiten bereit sind, aufeinander zuzugehen“. Am Ende eines solchen Prozesses sollte stehen, daß die Linke zeigt, „daß sie auf der Geschichte gelernt hat“, und die Grünen erkennen, „daß die Umweltprobleme im Kern Probleme ihrer eigenen bürgerlichen Gesellschaft sind“. Auch einen Tag später (am 20.10. auf einer SB-Tagung) setzte er sich damit auseinander, daß in der Ökologiefrage bürgerliche Kräfte die Führung inne hätten. Als Ausnahme hob er damit die Brokdorf III-Demonstration hervor, die wesentlich vom KB getragen worden sei.

In einem AK-Bericht hoben wir damals hervor, daß Willi Hoss keineswegs wie die „Jaz“ behauptet hatte, auf dieser Tagung identische Positionen wie Deutsche vertrat. Freilich die „Jaz“ hatte den besseren „Riecher“, was die folgende Entwicklung angeht.

Einen Monat später stellt sich für Hoss die Sache schon anders dar. In einem Gespräch mit der „FR“ (abgedruckt am 17.11.) antwortet er auf die Frage der Mitarbeit von Mitgliedern kommunistischer Organisationen: „Aus den oben genannten Gründen (Wachstumsfrage, traditionelle Arbeiterbewegung, Ann. AK) im Zusammenhang mit unserem Demokratiebegriff meine ich, daß sie

draußen bleiben sollten.“ Und in einer Fernsehsendung des Süddeutschen Rundfunks (4.12.) sprach er sich schon für das Verbot der Doppelmithgliedschaft aus; er sei der Meinung, „daß jemand, wenn er sagt, bei den Grünen ist er für basisdemokratische Arbeit, dann kann er nicht zugleich auf der anderen Seite in einer Partei sein, die dem demokratischen Zentralismus huldigt“ (Mitschnitt).

Daß hier wiederum ein prominenter Vertreter des SB für den Ausschluss organisierter Kommunisten aus der Wahlbewegung agitiert, erinnert in mancher Hinsicht an das Russell-Tribunal und dessen Organisation, wo ebenfalls einzelne führenden Köpfe des SBs diese Rolle übernommen hatten.

2. Die Sache mit den Arbeiterforderungen

Im „Jaz“-Gespräch vertrat Hoss noch die Ansicht, die Wählbarkeit der grünen Partei für Arbeiter „hänge davon ab, inwieweit deren Probleme und Forderungen in deren Programmatik auftauchen“ würden. Er wandte sich gegen Gruhl; dessen Vorstellungen seien jedoch nur zurückzudrängen, wenn sich die Arbeiterinitiativen selbst in die Diskussion einschalten würden. Man hätte erwarten können, daß sich Hoss gerade diese Aufgabe stellen würde, also den Forderungen der Arbeiter Nachdruck zu verleihen und die reaktionäre Verzichtsideologie als arbeitgeberfeindlich zu bekämpfen. Doch auch hier kam es anders, als man denkt. Schon in Offenbach vertrat er die Idee einer „neuen Arbeiterbewegung“, die sich von der Wachstumsorientierung frei machen müsse. Im schon genannten „FR“-Gespräch spielen diese Forderungen gar keine Rolle mehr. Dort heißt es auf entsprechende Fragen, von der Orientierung auf die Arbeiterklasse „müssen wir Abstand gewinnen“, neue Widersprüche würden eine „neue breitere Politik erfordern“.

Willi Hoss hat seine Mitarbeit bei den Grünen angekündigt. Man darf gespannt sein, wie er seine Rolle als Linker und als Vertreter der oppositionellen Arbeiterbewegung noch einsetzen wird, und welche linken und Arbeiterideen dabei noch über Bord gehen.

Neue Wege der Integration Die SPD und die bunt-alternativ-grüne Bewegung

Nach zehn Jahren Regierungstätigkeit ist Integrationskraft der SPD nach links arg zerschossen. Die Wahlerfolge der bunt-, alternativen und grünen Listen machen deutlich, daß ein organisierter Bruch mit der SPD begonnen hat und dies insbesondere innerhalb der Jugend. Dies hat innerhalb der SPD zu einem Diskussionsprozeß geführt, wie diese Partei ihre Integrationskraft zurückgewinnen kann oder welche anderen Wege es gibt, die Jugend an dieses System zu binden.

Einer der führenden Theoretiker in dieser Richtung ist der Westberliner Kultursenator Peter Glotz. Er geht davon aus, „daß eine erhebliche Minderheit der jungen Generation... in teils kritischer, teils aggressiver Distanz zu den Institutionen, teilweise zum Staat, je mehr noch zum Teil auch zur industriellen Zivilisation steht.“ Er warnt davor, sich darauf zu verlassen, daß sich diese Probleme im Arbeitsprozeß auflösen werden, denn „einer großen Zahl von ihnen fehlt eine innere Bindung an die Art von Demokratie, die wir für richtig halten.“

Glotz kommt dabei zu der Erkenntnis, daß mit dem normalen Instrumentarium der SPD die Integration nicht mehr zu schaffen ist; denn „eine erhebliche Anzahl der 18-25-jährigen kritisiert uns nicht etwa, weil wir unseren Idealen nicht konsequent genug folgen; sie haben vielmehr das Gefühl, daß wir mit ihnen gar nichts mehr zu tun haben, daß wir ihrer Bereitschaft, sich zu engagieren, überhaupt kein Ziel bieten“ (alle Zitate in der „FR“ vom 6.9.79).

Glotz selbst hat bisher kein umfassendes Integrationskonzept vorgelegt. Bekannt geworden ist er durch das Anbieten des „Dialogs“ an die alternative und Studentebewegung. Er empfiehlt der SPD, erst einmal das Gespräch mit den neuen Bewegungen zu suchen, um die SPD im ersten

Schritt als Gesprächspartner akzeptabel zu machen.

In dieser Richtung scheinen die Überlegungen innerhalb der SPD schon einige Früchte getragen zu haben. Selbst ein Technokrat wie der Forschungsminister Hauff kommt zu der Erkenntnis: „Es gibt eine neue APO... Sie ist auch die Suche nach neuen Lebensstilen, neuen zwischenmenschlichen Kontaktformen und Selbstfindung.“ Und völlig im Gegensatz zu der sonstigen Demagogie gegen angebliche „Maschinenstürmer“, „Technikfeinde“, „Zivilisationsgegner“ usw. schmeichelt er plötzlich dieser Bewegung: „Für mich ist es in der Tat beeindruckend, was etwa im Bereich der alternativen Gruppen innerhalb weniger Jahre geschaffen worden ist... Unabhängig von jeder Bewertung zeigt dies doch, daß unsere Gesellschaft versucht, kreative Antworten auf eine neue Situation zu finden.“ Es ist schon erstaunlich, zu welchen Verwandlungskünsten SPD-Politiker immer wieder fähig sind und mit welcher unverwundlichen Selbstverständlichkeit sie einerseits breite Teile der arbeitenden Bevölkerung gegen die oppositionellen Bewegungen aufzuheben versuchen, um sich gleichzeitig als Partner anzubieten. Auch für Hauff stellte sich aus den oben ausgeführten Betrachtungen die Frage, ob die SPD in den 80er Jahren „in gleicher Weise (wie Anfang der 70er Jahre, Ann. AK) ihre Dialog- und Integrationsfähigkeit unter Beweis stellen kann.“ (Zitate nach „Vorwärts“, 22.11.79).

Der SPD-Chef, Willi Brandt, hat sich über die politisch-theoretischen Fragen hinaus schon Überlegungen zur praktischen Seite dieser für die SPD und das kapitalistische System notwendige Integration gemacht. Er geht davon aus, daß dies nicht so einfach sein wird, wie gegenüber der APO, da die heutige Bewegung viel mehr in die Breite geht. Er schreibt

der SPD in diesem Prozeß eine „wichtige Rolle“ zu, aber er glaubt nicht, „daß sie (die SPD, Ann. AK) in der Lage sein wird, sich allein (Herv. AK) auszubilden als Partner derer, die es umtreiben.“ („Vorwärts“, 29.11.). Wenn die SPD dies nicht allein schaffen kann, muß also eine andere Organisation diese Rolle übernehmen. Da gegenwärtig nicht abzusehen ist, daß von der SPD eine eigene Organisation zu diesem Zweck aufgebaut wird, bleibt nur die grüne Partei. Um diesen Zweck zu erreichen, muß mit allen Registern gerechnet werden: von dem Versuch der politischen Beeinflussung über die Anbindung an die SPD bis hin zu direkten Infiltration von SPD-Politikern in diese Partei.

Die ersten Ergebnisse dieses Kurses sind heute schon sichtbar. So, wenn der grüne Olaf Dierke die Möglichkeit eines Verzichts der Kandidatur der Grünen offen hält; so die vielfältigsten Versuche, radikaldemokratische Positionen aus dem Programm herauszuhalten; so der Versuch, einen scharfen Trennungsstrich gegenüber der radikalen und revolutionären Linken zu ziehen, die immerhin in den vergangenen zehn Jahren ein wesentlicher Bestandteil der fortschrittlichen Opposition gewesen ist. In diesem Sinne muß auch das Auftreten eines Rudi Dutschke verstanden werden, der immer wieder die Gründung einer linkssozialistischen Partei als „verfrüht“ erklärt hat und nun plötzlich zu den aktivsten Verfechtern einer rein grünen Partei gehört; ebenso wie sein Freund Heinz Brandt, der immer wieder das „kleinere Übel“ propagiert hat und heute zu den schärfsten Antikommunisten innerhalb der Grünen zählt. Es ist wohl kein Zufall, daß dies allesamt ehemalige Unterstützer der Sozialdemokraten sind.

Vom roten Jochen zum grünen Steffen

Der „rote Jochen“, wie Jochen Steffen sich selbst gern bezeichnen ließ, ist aus der SPD ausgetreten. Nachdem er noch vor wenigen Wochen verkündet hatte, er wolle die SPD verlassen, wenn diese auf ihrem Berliner Parteitag „... mit Mehrheit (sich) für eine Zwischenlagerung von Atomfall entscheiden sollte“ (Interview mit „Quick“, zitiert nach „FR“, 24.11.79), veröffentlichte die „TAZ“ am 29.11. einen offenen Brief an den Landesvorsitzenden der SPD in Schleswig-Holstein, Jansen, in dem es lapidar heißt: „Kurz: Hiermit erkläre ich meinen Austritt aus der SPD“. Zur eigenen politischen Zukunft führt Steffen darin aus: „... ich habe nicht die Absicht, Mitglied der Grünen zu werden. Aber ich werde, soweit man als „Staatsbürger“ seine Meinung verbreiten kann, mit der sachlich erforderlichen Distanz bei der kommenden Wahl für sie eintreten“.

Steffen war 30 Jahre Mitglied der SPD und nahm in ihr nicht nur auf der Ebene der Landespolitik in Schleswig-Holstein führende Positionen ein. Steffen war nicht nur lange Jahre Landesvorsitzender der SPD in Schleswig-Holstein, Spitzenkandidat der SPD bei Landtagswahlen und „Oppositionsführer“ im Landtag. Er war auch lange Jahre Mitglied des Bundesvorstandes der SPD, Mitglied der sog. Strategiekommision und Vorsitzender der Grundwertekommission der SPD. Mit Steffen hat nicht nur ein als „prominent“ zu bezeichnender Sozialdemokrat die SPD verlassen, sondern auch jemand, der über Jahre zur engeren Führungsriege der SPD gehört hat. Er gehörte zu den strategischen Vordenkern in der SPD. Es lohnt sich, sich daran zu erinnern, daß die Konzepte der Reintegration großer Teile der APO in die SPD Anfang der siebziger Jahre auch die Handschrift Steffens trugen.

Steffen hat später, zeitlich etwa beginnend mit dem Aufschwung der Anti-AKW-Bewegung, die „Entwicklung „neuer Protestbewegungen“ aufmerksam verfolgt und in verschiedenen Kommentaren (vor allem in DAS DA-avant) auf die sinkende Integrationskraft der SPD hingewiesen. In seinem „Abschiedsbrief“ an Jansen erinnert er noch einmal ausdrücklich an die in der SPD-Führung in Schleswig-Holstein entwickelten Positionen zur „Zusammenarbeit“ mit der Bür-

an die in der SPD-Führung in Schleswig-Holstein entwickelten Positionen zur „Zusammenarbeit“ mit der Bürgerinitiativen-Bewegung. Er schreibt dort: „Wir meinten, im Kern stimmten sie (die Bürgerinitiativen) mit uns überein, in den anderen Punkten teilweise. Wir wollten die Frontstellung zwischen ihnen und unseren Repräsentanten abzubauen versuchen. Zumal sie „eigentlich“ in einem zentralen Punkt das gleiche wollen wie wir ... Wir haben nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß der „entscheidende Umweltschutzbewegung“ ein Raster der Bewertung zugrunde liegt, der dem Wertesystem humanistischer, demokratischer Sozialisten weitgehend entspricht. Immer wieder haben wir wiederholt, daß hier ein schwerer Bruch im sozioökonomischen Konsens auftreten müsse, der bei wachsendem Problemdruck Freiheit und Demokratie gefährden werde“ („TAZ“, 29.11.).

Der Versuch, die Bürgerinitiativen zur SPD zurückzuholen, ist für Steffen zumindest kurzfristig gescheitert. In Bezug auf die Grünen, die sich selbst als parlamentarischer Arm der Bürgerinitiativen begreifen, meint er deshalb: „Wenn heute die da unten nicht mehr wollen, was die da oben auch nicht mehr können, dann werden sie Grüne. Sie sind unmittelbar ein Ausdruck des Protestes. Mittelbar verkörpern sie ein neues, wenn auch selbst unklares Prinzip, miteinander zu leben. Sie haben also eine neue Strategie. Sie suchen nach dem verlorengegangenen Menschen, um ihn tatsächlich in einen noch nicht genau bestimmten Mittelpunkt zu stellen“ (DAS DA, 1/79). Weil die Grünen in diesem Sinne allgemeiner Menschlichkeitsphilosophie ihre Ideen der realen sozialdemokratischen Politik wirksam entgegensetzen können, wird die SPD Steffens Meinung nach weiter an die Grünen verlieren. „Je handfester und praktisch-politischer die Grünen die gallopiierende Entmenslichung und das Wüten gegen eine lebensfähige Natur stoppen, um so mehr werden sie in Wählerschichten der Sozialdemokratie vorstoßen“ (DAS DA, 1/79). Steffen befürchtet deshalb auch: „Der Konkurrenzkampf zwischen Grünen und Sozialdemokraten

um die Wählerstimmen wird zunehmend ihr Verhältnis bestimmen. Ein Vorgeschock war die Feststellung Egon Bahrs, die Grünen gefährdeten die Grundlagen der Demokratie“ (DAS DA, 1/79).

Trotzdem rät Steffen zu einer „vorsichtigen“ Politik der Grünen gegenüber der SPD. Die sachlich erforderliche Distanz, die er zu den Grünen in seinem Brief an Jansen propagiert, ist in DAS DA noch als verklausulierte Ablehnung einer Bundestagskandidatur formuliert. „Die Grünen täten gut daran, diesen Klärungsprozeß in der SPD vorsichtig zu behandeln. Einmal, weil ihre eigene Koalition von Gruhl bis Dutschke noch der wachsenden Selbstverständigung und der inneren Profilierung bedarf. Zum anderen, weil in der SPD selbst der Abmarsch auf prinzipielle Positionen der Grünen erst begonnen hat. Demen wird Schmidt den Marsch blasen. So benötigen die Grünen selbst noch Zeit. Und die Zeit arbeitet für sie. Wer in dieser Lage ist, der sollte sich auch Zeit nehmen...“

Endlich und nicht zuletzt: die kommende Bundestagswahl wird den politischen Konsolidierungsprozeß der Grünen vorerst unterbrechen. Die sogenannte Alternative Schmidt oder Strauß wird die mögliche Wählerschaft der Grünen spalten. Etliche werden sich sagen, solange die Grünen nicht stabilisiert sind, ist der Weg in ein autoritäres System mit schlechtem Gewissen besser, als der gleiche Weg mit gutem Gewissen. Für sich meint Steffen allerdings: „Ich werde zwar die SPD nicht wählen. Für mich ist die Grenze des Zumutbaren erreicht“ (DAS DA, 1/79).

Im Brief an Jansen spricht er die Grünen von dem Vorwurf, sie könnten Strauß zur Macht verhelfen, frei: „Es ist für mich unwahrscheinlich, daß der Kanzler die Wahl verliert“. Wenn er sie verlieren sollten, dann nicht wegen „der Grünen“. Dann würde er verlieren, weil die „wenig politisierten Personen, die um die Grenze „milder Armut“ herum existieren, nicht mehr für die Wahl der SPD zu motivieren sind. Das wäre dann eine Art „Gerechtigkeit“, die eine Folge mangelnder Solidarität ist“ (Iaz, 29.11.).

Das weitere Engagement des Neugrünen Jochen Steffen in der grünen

Das weitere Engagement des Neugrünen Jochen Steffen in der grünen Wahlbewegung ist demnach noch unklar. Mit seinen jüngsten Erklärungen hat er sich noch mehrere Wege offen gelassen. Klar dürfte allerdings sein, daß sich Steffen, wenn er sich in den grünen und alternativen Parteibildungsprozeß stärker einschalten sollte, sich nicht für eine grün-bunte Einheit unter Einbeziehung von Kommunisten und ohne Unvereinbarkeitsbeschlüsse einsetzen wird. Seine Vorstellung von einer grünen Partei reicht ausdrücklich nur von Gruhl bis Dutschke. In einer „Personenbeschreibung“ des derzeit in Österreich lebenden Steffen bescheinigt ihm der „Spiegel“ auch: „Der Staatssozialismus, der Sozialismus der leninistischen Eliten, hat den radikalen Demokraten stets mit kalter Wut erfüllt“ („Spiegel“, 3.12.79).

Steffens Austritt markiert sicherlich die wachsenden Schwierigkeiten der SPD und des bürgerlichen Parteiensystems mit der Wahlbewegung. Langfristig könnten ehemalige Spitzenkader der SPD wie Steffen für die SPD aber zum Gewinn werden, wenn diese Kräfte in der Wahlbewegung den Antikommunismus propagieren, sich mit den rechten grünen Positionen verbinden und sich gegen radikale und antikapitalistische Umwelt- und Gesellschaftskritik stemmen. Bekanntlich sind die „kleinen Steffens“ der Bremer Grünen um O.Dinne in diesem Sinne schon munter zugezogen. Auf dem SPD-Parteitag dominierten noch die Positionen, die eine scharfe Abgrenzung der SPD von den Grünen und Buntten als „Wahlkonkurrenten“ gefordert haben. Was aber, wenn eine grüne oder alternative Partei die 5 %-Hürde nimmt? Steffens ehemaliger SPD-Kollege Jansen denkt hier schon weiter: „Die Grünen werden nicht nur in Bremen stärker werden, wenn wir als Alternative nicht mehr akzeptiert werden.“ Und die Frage nach einer möglichen Koalition mit den Grünen beantwortet er schlicht: „Koalitionsfragen beantwortet ich auf jeder Ebene erst nach den Wahlen“ (DAS DA, 1/79).

Rai/Göttingen

Basisgruppen auf dem grünen Trip

Innerhalb der Basisgruppen-Fraktion in den Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS), einem Zusammenschluß linker studentischer Vertretungsorgane, Gruppen und Einzelpersonen, wird jetzt massiv für den Eintritt in „Die Grünen“ geworben. Am Wochenende 1./2.12. wurde von einem kleinen Kreis ein diesbezüglicher „Offener Brief“ im Namen der Basisgruppen verabschiedet, der zusammen mit Beitrittsformularen der Basisgruppen-Fraktion verschickt wurde.

Es ist gerade einen Monat her, daß die Diskussion um die Bundestagswahl 1980 und eine Beteiligung der Basisgruppen an einem Bündnis von Grünen, Buntten und Alternativen überregional begonnen wurde. Auf einem ersten Treffen unmittelbar vor dem Treffen der Grünen und Alternativen in Offenbach standen sich verschiedene Positionen gegenüber. Vertreten waren sowohl Positionen, die eher skeptisch gegen eine Wahlbeteiligung von Basisgruppen generell auftraten, Positionen, die eng aus der Mitarbeit in Buntten bzw. Alternativen Listen in Hamburg und Westberlin heraus argumentierten und solche, die gegen jede Blockbildung („Fraktionierung“) der Buntten und Alternativen und für sofortigen Eintritt und Mitarbeit bei den Grünen unter Akzeptierung der vorliegenden Präambel und Unvereinbarkeitsbeschlüsse eintraten.

Schon dieses Treffen war mit etwa 40 Teilnehmer/innen nicht gerade gut besucht. Es wurde eine Erklärung für das Treffen in Offenbach verabschiedet, in dem es u.a. heißt: „Die Basisgruppen unterstützen die Entwicklung einer politischen Alternative zu den herrschenden Parteien nach dem Prinzip Einheit in der Vielfalt. Sie verstehen sich als autonomer Zusammenschluß im Rahmen dieser Wahlbewegung, als Kräfte der Studentenbewegung, die den Kampf gegen die kapitalistische Hochschulreform im Kontext mit gesamtgesellschaftlichen Fragestellungen vorantreiben. ... Eine aktive Wahlunterstützung und die Mitarbeit in einer alternativen grünen Partei wird u.a. davon abhängen, wie es für sie möglich wird, ihre politischen Vorstellungen einzubringen und als selbstbestimmter Faktor in diesem Rahmen mitzuwirken.“

Schon vor Offenbach gab es unter den Teilnehmer/innen der Basisgruppen-Treffen Differenzen darüber, ob die Basisgruppen sich an der Ausarbeitung und Diskussion von Standpunkten der Buntten und Alternativen zu Programm und Struktur der alternativen Partei beteiligen sollten.

Von Seiten eines Kreises von Basisgruppierern um den Vertreter der Basisgruppen im Vorstand der VDS, Ali Schmeisser (Tübingen) herum wird im wesentlichen gegen eine „Spaltungsfahrer“ auf Seiten der Linken gewarnt. A.Schmeisser formulierte seinen Standpunkt im folgenden

Rundbrief: „Will man also überhaupt über Programm und Organisationsstruktur mitbestimmen, hilft kein Gemjammer oder demagogisches Gehetze, wie es offenbar von einem Teil der Linken weiter betrieben wird. Man muß halt schleunigst Mitglied werden und durch die Herausbildung eines linken Flügels an der politischen Entwicklung praktisch teilhaben.“ (BG-Rundbrief, 20.11.).

Inzwischen ist von der Herausbildung eines linken Flügels nur noch die Aufforderung zum schnellstmöglichen Eintritt bei den Grünen geblieben.

Am Wochenende 1./2.12. formulierte ein kleiner Kreis von Basisgruppen-Mitgliedern einen „Offenen Brief“ „mit dem Ziel, Genos/innen als Mitglieder für die GRÜNEN zu werben, um einerseits mit dem Gewicht von undogmatischen Linken drohende Spaltungsprozesse von Seiten rechter GRÜNEN und sektiererischer Linker zu verhindern.“ (BG-Rundbrief, 2.12.).

Auf der Rückseite des Rundbriefs ist ein Eintrittsformular für „DIE GRÜNEN“ abgedruckt, mit der Aufforderung, dies nachzudrucken und möglichst zahlreich einzutreten.

Entsprechend ist der „Offene Brief“ so abgefaßt, daß weder auf die programmatischen und Struktur-Fragen eines alternativen Wahlbündnis eingegangen wird, noch eine Kritik an dem Vorgehen rechter Grünen und/oder Forderungen der basisdemokratischen und linken Bewegung an das Wahlbündnis formuliert werden. Stattdessen erschöpft sich der „Offene Brief“ in der Aufforderung, bei den Grünen mitzumachen. „Als Basisgruppen fordern wir die oppositionellen Strömungen in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, die Frauen- und Bürgerinitiativenbewegung, die Jugend- und Lehrlingsbewegung und die außerparlamentarische Ökologie- und Alternativbewegung insgesamt auf, diesen Prozeß der Parteigründung mitzubeeinflussen...“

In Bezug auf die Auseinandersetzung in NRW wird der Schwerpunkt darauf gelegt, diejenigen, die einem vorschnellen und bedingungslosen Eintritt bei den Grünen noch kritisch gegenüberstehen, für „Die Grünen“ zu werben. „Wir sehen die Notwendigkeit einer breiten Mitgliederwerbung für die Grünen unter allen Kräften, die der bisherigen Programmatik und Organisationsauffassung kritisch gegenüberstehen ... Dies gilt auch (und besonders) für diejenigen Kräfte, die aufgrund lokaler alternativer Wahlbündnisse einem Eintritt in die Grünen skeptisch gegenüberstehen...“

Statt einer Stärkung der Positionen der buntten und alternativen Listen gegenüber der Politik rechter Grünen, die Parteigründung allein als ihre Sache durchziehen, werden hier die

buntten und alternativen Listen zum Verzicht auf ihre Eigenständigkeit aufgefordert. Entsprechend lehnt der Kreis der Basisgruppen, der hinter dem „Offenen Brief“ steht, den Versuch einer Einigung über die Buntten und Alternativen über ein gemeinsames Vorgehen gegenüber den Grünen als „Kritik von außen, die stets den Gedanken eines programmierten Spaltungsmanövers Nahrung gibt“ ab („Offener Brief“).

Sie kündigen an, daß die Basisgruppier aus NRW sich an dem Frankfurter Kongreß der Buntten und Alternativen nicht beteiligen werden, weil gleichzeitig in NRW die Gründung des Landesverbands der Grünen stattfinden soll. Außerdem sehen sie „die Gefahr, daß auf diesem Kongreß die Linke den notwendig breit angelegten Bündnischarakter verdrängen könnte und die notwendige Kompromißbereitschaft für den Gründungsparteitag der Bundespartei Die Grünen am 12./13.1.80 in Karlsruhe in Vergessenheit gerät. Deshalb werden wir auf diesem Kongreß dafür eintreten, daß im Sinne unserer Haltung die Mitgliedschaft aller Strömungen der Linken in den grünen Kreisverbänden vollzogen wird...“

An die Adresse der GLH, der AL Westberlin und der BuLi Hamburg gerichtet, die ein eigenständiges Delegationsrecht zur Gründung der grün-alternativen Partei fordern, heben die Verfasser des „Offenen Briefs“ warnend den Zeigefinger: „Wir weisen aber noch einmal darauf hin, daß ein formaler Streit um Delegiertenstimmen einem inhaltlichen Prozeß der Programm- und Organisationsfindung eher hinderlich wäre, als diesen im Gesamtinteresse voranzutreiben...“

Eine Position, die vorgibt, vom Standpunkt eines „Gesamtinteresses“ über den Dingen zu stehen und über „kleine Streitereien“ hinweg die wahren Verfechter der Einheit von Grünen, Buntten und Alternativen zu sein.

Eine Position, die dem Kreis der Basisgruppen denkbar schlecht zu Gesicht steht, denkt man/frau nur an das Vorgehen, angesichts mangelnder Diskussion innerhalb der Basisgruppen insgesamt über die Wahlbewegung jetzt im Eilverfahren das Gewicht der Stimme der Basisgruppen für die Mobilisierung zum bedingungslosen Eintritt in „Die Grünen“ in die Wahlschale zu werfen. Angesichts der mangelhaften Beteiligung der Basisgruppen an der Diskussion um die grün-bunte Einheit innerhalb der Basisgruppen als der Diskussion um die grün-bunte Einheit, angesichts der vorhandenen verschiedenen Strömungen innerhalb der Basisgruppen (Wahlboykott, Grüne und Bunte) die beileibe nicht auch nur ansatzweise ausdiskutiert sind, ist dieses Vorgehen nicht gerade ein Beweis für Basisdemokratie innerhalb der Basisgruppen.

Eine Genosin des
SSB/Hamburg

Die „KPD“ und die Wahlbewegung — Aktuelles aus NRW

Wer die gegenwärtige Politik der „KPD“ in der Wahlbewegung verstehen will, hat es schwer. Die Erleichterung algedienter Parteikader, daß auf die jahrelange rigide „Ausrichtung der Parteireihen“ seitens der Zentrale schon seit längerem verzichtet wird, ist so groß, daß man heute kaum noch zwei „KPD“ler findet, die sich einig sind. Oder so pausiert einem, daß derselbe Genosse heute das Gegenteil von dem vorbringt, was er gestern noch mit Überzeugung vertreten hat.

Der Kommentar des „Ständigen Ausschusses“ der „KPD“ zum Darmstädter Alternativentreffen (v. 3.11.) und der dort entwickelten Präambel, in dem „die Entschlossenheit, auf richtigen programmatischen Positionen zu beharren“ begrüßt wurde, hat für die praktische Wahlpolitik der „KPD“ — zumindest in NRW — keine Bedeutung. Ob der „Ständige Ausschuß“ selbst noch daran festhält, ist zweifelhaft. Zu vermuten ist, daß das einzige Grundprinzip der „KPD“-Wahlpolitik — sich von Fall zu Fall der jeweils herrschenden Stimmung anzupassen — auch vor der Parteileitung nicht haltmacht.

Der „KPD“-Standardbeitrag, der eigentlich auf keinem grün-buntten Wahltreffen fehlt, auf dem grüne Machtpolitiker Unvereinbarkeitsbeschlüsse und Abgrenzung nach links fordern, hat etwa folgenden Aufbau: Zunächst kommt eine ans Herz gehende Selbstkritik der früheren

sektiererischen Fehler der „KPD“, dann wird die Unzulänglichkeit der eigenen ideologischen Positionen (Stichwort „Marxismus in der Krise“) und die Lernfähigkeit der Partei betont. Die Linken fangen spätestens an diesem Punkt an, ungeduldig auf ihren Stühlen herumzuraschen, weil nach mehreren Minuten Redebeitrag immer noch kein Wort der Kritik am Abgrenzungskurs der grünen Macher gefallen ist. Aber dann kriegt der Parteiredner die Kurve und hängt noch folgende zwei Sätze (sinngemäß) an: „Seht ihr, ihr Grünen, die KPD hat aus ihrem Sektierertum gelernt. Macht ihr bitte nicht jetzt die gleichen Fehler, die wir jahrelang gemacht haben.“

Bei solcher Art der Selbstverleugung weiß man als Bunter (und Roter) buchstäblich nicht, ob man lachen oder weinen soll. Viele befüllt wohl eher eine tiefe Traurigkeit, zumal die „KPD“ gegenwärtig scharf von der grünen Unvereinbarkeitspolitik betroffen ist. Sowohl die Delegierte der Buntten und Alternativen von NRW in der Bundes-Programmkommission als auch einer der Vertreter in der NRW-Präambelkommission (beide „KPD“) werden vom grünen Bundesvorstand bzw. den Landesvorständen wegen ihrer „KPD“-Mitgliedschaft nicht akzeptiert.

Neben solchen peinlichen Auftritten wird der Ausverkauf linker Verhandlungspositionen gegenüber den Grünen aber auch aktiv von der „KPD“ mitbetrieben. So hatte der Landes-Koordinationsausschuß der

Grünen in NRW beschlossen, zur Gründung der grünen Landespartei am 15./16.12. nur die zuzulassen, die bis zum 10.12. in die SPV Die Grünen eingetreten sind; Mitglieder anderer Parteien und des KB dürfen nicht Gründungsmitglieder sein u.ä. Mit Stimmen der „KPD“ (u.a. NRW-„Wahlstrategie“ Thomas Luczak) wurde auf dem Münsteraner Treffen von Buntten und Alternativen in NRW dazu ein Beschluß gefaßt, der eine ziemliche Kapitulation vor dieser grünen Machtpolitik bedeutet: Falls der Landeskoordinationsausschuß der Grünen seine Beschlüsse nicht am 6.12. zurücknehme, sollten alle Buntten und Alternativen bis zum 10.12. in die SPV Die Grünen eintreten. Der einzige „KPD“ler, der auf dem Landestreffen gegen diese Empfehlung gestimmt hatte, war übrigens einen Tag später — „angesichts der neuen (?) Situation“ — auf der Mitgliederversammlung der Grünen Alternativen Liste Münster (GAL) plötzlich dann auch dafür. Den gemeinsamen Beschluß des grün-bunt-alternativen Vorbereitungstreffens am 21.11. in Waltpop: „Gründungsmitglied sollen nicht nur die Mitglieder der SPV sein können, sondern alle auf der Gründung Anwesenden, die sich als Gründungsmitglieder erklären wollen“ (zitiert nach „Rote Fahne“ vom 29.11.), hat für die „KPD“ schon wenige Tage später offensichtlich keine Verbindlichkeit mehr. Linke Blockbildung gegen rechte Erpressungsversuche ist nicht

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von S. 7

nach dem Geschmack der „KPD“. Anstatt wie in Westrop - die Bunt- und Alternativen zu mobilisieren und im „Block“ mit den Kooperationsbereiten Grünen die Machtpolitik zu isolieren - was allerdings nur über eine inhaltliche Konfrontation möglich ist - verlegt sich die „KPD“ auf den Weg des individuellen Eintritts in die SPV. Die Abstimmung darüber, ob der Gründungskongress in NRW für alle Bunt- und Alternativen geöffnet wird, soll allein den SPV-Mitgliedern vorbehalten bleiben.

Die Politik des vorbehaltlosen Eintritts in die Grünen wird von der „KPD“ auch in Bezug auf die Gründung der Bundespartei bevorzugt. Wo immer es einen grünen Kreisverband zu gründen gibt, ist die „KPD“ dabei. Das Münsteraner Beispiel ist für den Anpassungskurs der „KPD“ recht aufschlußreich: Unter Mitwirkung der „KPD“ wird am 23.11. ein grüner Kreisverband gegründet, ohne daß das vorher mit der GAL abgesprochen worden wäre. Der „KPD“-Ortschef wird in den Kreisvorstand gewählt. Nur auf Antrag eines anwesenden KB-Mitgliedes wird der Kreisverband verpflichtet, sich für ein Delegationsrecht der bunt- und alternativen Listen, u.a. der GAL, zum Karlsruher Gründungskongress einzusetzen. Die „KPD“ ist gegen Nennung der GAL und stellt einen Gegenantrag, der allerdings keine Mehrheit bekommt. Ebenfalls auf Antrag eines KB-Mitgliedes und gegen den Antrag der „KPD“ nimmt der Kreisverband folgenden Paragraphen in seine Satzung auf: „Dieser Kreisverband steht sich auf kommunalpolitischer Ebene durch die GAL vertreten. Es soll eine enge Zusammenarbeit stattfinden.“

Geradezu grotesk wurde die Situation auf der Mitgliederversammlung der GAL am 3.12. Vom KB wurde eine Resolution vorgelegt, in der das Verhältnis GAL/Kreisverband geregelt wird. Nach der Kritik an der unangenehmsten Gründung des Kreisverbandes werden in der Resolution für die GAL-Mitglieder Richtlinien für ihre Mitarbeit im Kreisverband festgelegt. Am Schluß wird auf die Bedenken der Bunt- und Alternativen gegenüber Masseneintritten in die grünen Kreisverbände hingewiesen und die Frankfurter Bundeskonferenz der Bunt- und Alternativen unterstützt. Eine teilweise wörtlich identische Resolution war schon von der

Bunt-Liste Bielefeld verabschiedet worden.

Um die Resolution vom Tisch zu bekommen, führten zwei „KPD“-ler unglückliche Eiertänze auf. Der eine argumentierte zunächst, er sehe es nicht ein, solche „Selbstverständlichkeiten“ überhaupt abzustimmen, außerdem falle die Resolution hinter bereits in der GAL vereinbarte Positionen zurück. Auf das Angebot, die Resolution um diese Punkte zu erweitern (die es allerdings bisher noch nicht genannt hatte), kam er in arge Verlegenheit. Sein Genosse (der aus dem grünen Kreisverband) versuchte, ihm aus der Patsche zu helfen, indem er „Nichtbefassung“ beantragte, weil die Resolution „abwegig“ sei. Für Nichtbefassung stimmten außer den beiden „KPD“-lern aber nur noch drei weitere GAL-Mitglieder (bei etwa 50 Anwesenden). Daraufhin versuchte die „KPD“, die Resolution nicht etwa zu erweitern - wie vielleicht einige naiverweise angenommen hatten - sondern beantragte mehrere Abschwächungen bzw. Streichungen, die aber keine Mehrheiten fanden. Z.B. sollten nach Meinung der „KPD“ die Sätze gestrichen werden: „Wir teilen die Bedenken bunter und alternativer Listen, voreilig massenhaft in die grünen Kreisverbände einzutreten. Die Beteiligung von Listenmitgliedern an der Gründung von Kreisverbänden greift der notwendigen gemeinsamen Entscheidung der Bunt- und Alternativen nicht vor.“ Die Resolution wurde dann aber doch mit einigen unwesentlichen Änderungen angenommen.

Auch „Selbstverständlichkeiten“, d.h. uralte Essentials der Bunt- und Alternativen, liegen der „KPD“ heutzutage schwer im Magen: Sie könnten ja die Einheit mit den Grünen gefährden. Die Politik der „KPD“ in der Wahlbewegung ähnelt in mancherlei Hinsicht der Politik der DKP in den Gewerkschaften: fortgesetzte Anbiederungsversuche nach rechts bei gleichzeitiger Denunziation linker Politik; Stillhalte- und Anpassungskurs bis hin zur Selbstverleugung, in der Hoffnung, dadurch weniger aufzufallen und sich nicht den Zorn der Mächtigen zuzuziehen. Daß die „KPD“ mit dieser Politik - ebenso wie die DKP in der Gewerkschaft - den Ast abägt, auf dem sie selbst sitzt und den Rechten ihren eigenen Ausschluß erleichtert, liegt auf der Hand.

Ein Genosse des KB/Gruppe Münster

Versuch eines Alleingangs in Westberlin

In der Alternativen Liste Westberlin betreibt eine kleine Gruppe von Noch-Alternativen und Schon-Grünen, die sich vor allem in der AG Bundestagswahlen der AL konzentriert, eine ganz rabiate Politik des sofortigen, massenhaften Eintritts in die Grünen. Diese Gruppe polemisiert offen gegen den Frankfurter Beratungskongress von Bunt-, Alternativen und Linken, bezeichnet eine „Einigung von Bunt- und Alternativen“ als „klassische Letztinstanzparade“, und setzt sich stattdessen für eine bewußte „Zusatzung“ der Widersprüche innerhalb der Bunt- und Alternativen Listen ein (Zitate aus einem Text-Entwurf von E. Hopfischek). Umgekehrt gilt ihnen z.B. das Bestehen auf einem Delegationsrecht der Bunt-/Alternativen für Karlsruhe als „Spaltung“. Versuch! Sie verhehlen auch nicht, daß sie den „Klärungsprozeß, der sich z.Zt. innerhalb aller linken Organisationen beobachten läßt“ (sprich: Auflösungstendenzen): „Ist es das?“ wollen. Diese Gruppe - obwohl zahlenmäßig nicht sehr stark - nimmt heute maßgeblichen Einfluß auf die Politik der AL Westberlin gegenüber den Grünen. Zwei nicht unbedeutende Mitglieder dieser Gruppe sind selber gar nicht mal besonders lange bei der AL (Klaus Wolachner, der von der Bremer BGL kommt, oder Manuel Bohn, ehemaliger Basisgruppenfunktionär und heute Redakteur der „lat“, die die AL im Westberliner Wahlkampf nicht gerade mit Freundschaften bedacht hat).

Daß diese Gruppe, die ganz eindeutig die Interessen der Grünen bei

der AL wahrnimmt (und nicht umgekehrt!), einen so wesentlichen und verhängnisvollen Einfluß auf die „Außenpolitik“ der AL nehmen kann, ist nur dadurch zu erklären, daß sie von der Westberliner „KPD“ offenbar als engster Bündnispartner angesehen wird.

Nach dem ursprünglichen Zeitplan der AL war vorgesehen, daß die AL ihre endgültige Entscheidung über ihr Verhalten gegenüber den Grünen erst nach einer Absprache mit den anderen Bunt- und Alternativen Listen fällt. Dieser Zeitplan ist auf Drängen der grünen Fraktion so verändert worden, daß die Mitgliederversammlung der AL am 13.12. - also einen Tag vor Frankfurt - stattfindet. Dort wollen Hopfischek, Bohn, Sellin usw. massiv für den Eintritt in die Grünen werben, da in Frankfurt „sonst nichts herauskommt“. Aber auch Johanna Mayr („KPD“) plädiert für den unmittelbaren, individuellen Eintritt in die Grünen, wobei sie nur noch die Bedingung stellt, daß dem künftigen Westberliner Landesverband der neuen Partei Autonomierechte in Bezug auf Programm, Satzung und Finanzen gewährt werden. Dies sollte der Bundesvorstand der Grünen als „Geste der guten Willens“ zugestehen, damit Kompromisse nicht nur „einseitig“ geschlossen werden. Gleichzeitig warnt sie vor einem „maximalistischen Standpunkt des „alles oder nichts““ (Zitate aus dem Einladungsschreiben der AL zur MVV).

Diese Polemik richtet sich gegen den (neben Hopfischek und Mayr) dratzen Verfahrensvorschlag, nämlich auf eigenen Delegierten der Bunt- und Alternativen zu be-

harren. Dies war auch die ursprüngliche Forderung der AL gewesen. Johanna Mayrs Vorschlag ist in mehrerer Hinsicht höchst zweifelhaft. Zunächst ist zu fragen, was eine Autonomie auf Landesebene tatsächlich wert ist, wenn linker Einfluß in der Bundespartei weitgehend ausgeschaltet wird. Zweitens ist zu überlegen, was eine entsprechende „Zusage“ des grünen Vorstands zum jetzigen Zeitpunkt bedeutet, da die Entscheidung über alle derartigen Satzungsfragen erst auf dem Gründungskongress gefällt wird, und etwaige Vorstandszusagen daher notwendig verbindlich bleiben müssen. Drittens aber, und das ist das Wesentliche: Die „KPD“ liebt offensichtlich mit „Berliner Lösungen“ und schätzt die Einigungsversuche mit den anderen Bunt-/Alternativen offensichtlich gering ein bzw. hat kein Interesse daran. Denn ein solcher Alleingang der AL (es wäre nicht der erste!) würde diese Einigungsbestrebungen zur Farce erklären. Johanna Mayrs „Bedingungen“ scheinen von der Absicht gezeichnet, endlich den schon länger geplanten Eintritt in die Grünen zu vollziehen. Vor diesem Hintergrund ist es kein Wunder, daß die grünen AL'er sich in ihren Aktivitäten durch nichts gebremst fühlen, sondern eine Offensive nach der anderen starten.

Die scheinbare Zustimmung der „KPD“ zu den Bemühungen einer Einigung von Bunt- und Alternativen am 3.12. in Darmstadt täuscht. Bei den Westberliner „KPD“-lern ist von Konsequenzen, die daraus zu ziehen wären, jedenfalls nichts zu spüren.

Bahro und/oder Kulturrevolution

Bahro und/oder Kulturrevolution

Einen schöneren Erfolg konnte es für die Initiatoren (u.a. Uring Fetscher) des Seminars „Ökonomie und Politik im real existierenden Sozialismus“ an der Frankfurter Uni nicht geben: dieses Seminar - noch zu Zeiten der Inhaftierung Bahros in der DDR - ins Leben gerufen, um sich mit Bahros Theorien auseinanderzusetzen und Solidarität mit ihm zu üben, hatte seine Abschlusssveranstaltung am 29.11. mit Bahro selbst!

Nun gab es bekanntlich vor Bahros Auftritt in Frankfurt etliche Statements von ihm zu allen möglichen Fragen: Grüne Partei, SPD, „real existierender Sozialismus“ etc.p.p. Daß Bahro sich früher auch mit China offenbar näher befaßt hat, war bis dato nur denjenigen bekannt gewesen, die in eben diesem Seminar etwas genauer hingehört hatten (u.u.). Wir wollten darüber mehr erfahren und stellten ihm am Anfang der offenen Diskussion die folgende, schriftlich formulierte Frage:

„Lieber Bahro, es ist schon etwas länger her - Du warst damals noch in DDR-Haft - als Rudi Dutschke an diesem Ort und in dieser Veranstaltungreihe einen Vortrag hielt. Dutschke erläuterte damals, warum er sich von Dir, wie auch von eigenen ehemaligen Vorstellungen abgrenzen müsse. Dazu zitierte er aus einer Urfassung Deiner „Alternative“, die ihm vorliege, die allerdings so nie publiziert worden ist. In diesem Manuskript sollst Du - nach Angaben von Dutschke - geschrieben haben, Mao sei die Alternative an Stalin gewesen. Dieser Bewertung der chinesischen Revolution und Kulturrevolution widersprach Dutschke.“

Wie wir Deinen Reden und Zeitungsinterviews der letzten Zeit entnehmen, scheintst Du diese Überlegung inzwischen selbst verworfen oder jedenfalls nicht weiterverfolgt zu haben. Schade ist es allerdings, daß dieser „Lernprozeß“ für uns Linke gar nicht nachvollziehbar ist bzw. wir mit fertigen Resultaten konfrontiert werden. Daher unsere Frage: - Stimmt es, was Dutschke über das ursprüngliche Manuskript der „Alternative“ hier in Frankfurt berichtet hat?

- Was hat Dich damals zu dieser Aussage bewegt, und weshalb hast Du sie inzwischen zurückgenommen? Hängt das mit dem Rechtsruck der chinesischen Poli-

tik nach Mao zusammen? Oder glaubst Du, daß man mit einer solchen Einschätzung - auch wenn sie richtig sein sollte - hier und heute einfach keinen Blumenstrauß gewinnen kann?

Wir fragen dies nicht nur, weil der Maoismus und die Kulturrevolution - also eine politische Linie, die von den heutigen chinesischen Machthabern gründlich liquidiert worden ist - unseren theoretischen Lieblingsgedanken, wie Du Dich mitunter auszudrücken pflegst, sehr nahe kommen.

Wir fragen auch, weil es grundsätzlich darum geht, wie wir die geschichtlichen Erfahrungen mit dem Sozialismus bewerten.

Für große Teile der alten APO war die chinesische Kulturrevolution der erste Versuch, eine bürgerliche Entartung des Sozialismus zu verhindern. Trotz des Scheiterns dieser Experimente - und dafür gibt es viele konkrete zu benennende Gründe, auch Fehler der Kulturrevolutionäre selbst - bleiben wir dabei, daß diese Erfahrung für alle Sozialisten ungeheuer wichtig ist.

Du sagst, der sowjetische wie auch der chinesische Sozialismus sei etwas, wofür wir „bei unserer westeuropäischen Zivilisation“ nicht wollen und nicht können. Was ist - Bibel her, auch andere Völker außerhalb des Abendlandes können auf eine beachtliche Zivilisation zurückblicken, die ihnen übrigens durch eben dieses „Abendland“ zerstört worden ist. Kurz und gut, diese sozialistische Vergangenheitsbewältigung ist uns ein bißchen zu pauschal, und die Kommune von Shanghai bringt uns - von einem revolutionären, marxistischen Standpunkt aus gesehen - immer noch mehr als (ausgerechnet!) das Neue Testament. Solidarische Grüße, KB/Gruppe Frankfurt.“

Hier nun Bahros Antwort auf der Veranstaltung: Tatsächlich habe die erste Fassung seines Buches von 1973 einen solchen Passus enthalten, er könne sich jedoch nicht mehr genau an die Formulierungen erinnern. „Damals nahm ich diesen Teil mit auf, da ich mich viele Jahre hindurch mit den Texten der chinesischen Kulturrevolution identifiziert“. Für ihn sei der Gedanke der Kul-

turrevolution allerdings nichts spezifisch Maoistisches, sondern eine grundlegende marxistische Idee.

Als Grund für die spätere Streichung dieser Aussagen in der „Alternative“ nannte er die sich abzeichnende innen- und außenpolitische Entwicklung Chinas, die seine Illusionen zerstört habe.

„Heute habe ich mir noch keine feste Meinung über China gebildet, da ich insbesondere seit Mao's Tod die Entwicklung nicht weiter verfolgen konnte“.

Erwähnenswert sind auch einige Aussagen Bahros zu Kambodscha. Nachdem er Pol-Pots Politik mit der von Hitler verglichen hatte, meinte er: „Ich bin heiföhrig darüber, daß das Pol-Pot-Regime - auch mit der Hilfe Vietnams - zerschlagen wurde“. Während er für seine grünen Maßhalten Appelle von der Hälfte der Zuhörer Applaus, von der anderen Pflöfz erntete, wurde seine kurze Stellungnahme zum Konflikt in Indochina vom Publikum verunsichert aufgenommen.

Als sich am Ende der Diskussion eine Frau zu Wort meldete und über Bahros Haltung zur Frauenfrage Näheres wissen wollte, schnitt er ein weiteres Mal die chinesische Kulturrevolution an: Zwar habe er viele Schwierigkeiten mit den Feministinnen und der Frauenpartei (mit der er sich tags zuvor in Münster offenbar angelegt hatte), über die Behandlung der Frauenfrage während der chinesischen Kulturrevolution könne er aber - bezugnehmend auf Broyles Buch - nur gutes sagen. Dies sei beispielhaft und er stehe voll dahinter.

Tatsächlich war es während der Diskussion zu allen anderen Fragen fast unmöglich, bei Bahro überhaupt ein Verhältnis zur chinesischen Kulturrevolution zu erkennen. Hier bekennt sich Bahro eher zu den Theorien der Euros, der Reformer des „Prager Frühlings“ oder ganz einfach der Sozialdemokraten.

Trotzdem wäre eine Diskussion mit Bahro über die Kulturrevolution sicher interessant und vielleicht stellt er auch irgendwann die herausgelassenen Textstellen aus der „Alternative“ der Linken zur Diskussion.

KB/Gruppe Frankfurt

Schwule und Lesben in der alternativen Wahlbewegung

Einen eher getrübtten Eindruck nahmen die aktiven Lesben und Schwulen in der AL Westberlin von deren letzten Veranstaltung mit nach Hause. Folgendes war passiert: Die Lesben und Schwulen stellten den Anwesenden (und das waren in der Mehrzahl sicher keine sexuell Diskriminierten!) ihr Programm vor. Darin forderten sie das Verbot der Diskriminierung der Homosexuellen in allen Lebensbereichen, die Wiederherstellung der Schwule und Lesben, die in den KZ's saßen (diese Forderung ist zweifellos brisant denn je, lehnte doch jüngst der Staatssekretär im Bundesfinanzministerium Hühner auf eine Anfrage des saarländischen SPD-Abgeordneten Hoffmann Wiedergutmachungsleistungen für Homosexuelle, die in KZ's saßen und heute noch leben mit der altbekannten Begründung, Homosexuelle seien keine typischen Opfer des Nationalsozialismus, ab), keinerlei Behinderung der Öffentlichkeitsarbeit schwuler und lesbischer Gruppen, das Recht Homosexueller, und hier ganz besonders lesbischer Frauen, Kinder zu adoptieren bzw. bei einer Scheidung ihre zu behalten. Schließlich - und hier lag der Haß im Pfeffer - die Aufhebung, d.h. rethorische Streichung der §§174-176. Kurz nachdem das Programm verlesen worden war, meldete sich eine „Nichtbetroffene“ zu Wort und meinte, der § 176 hätte doch auch etwas mit Kinderpornographie zu tun, und dagegen hätte sie was, also dürfte dieser Paragraph nicht gestrichen werden.

Die Abstimmung ergab schließlich eine knappe Mehrheit für die Beibehaltung des Paragraphen. Auch ein schnell von den Schwulen und Lesben ausgearbeiteter Kompromißvorschlag, wonach „Beziehungen zwischen Erwachsenen und Jugendlichen (sollen)“ wurde zwar mit knapper Mehrheit angenommen, innerhalb der AL gelten allerdings nur die Anträge als angenommen bzw. abgelehnt, für die sich große Mehrheiten finden. Als Mangel hierbei konnte deutlich die Desinformation weiter Teile der Anwesenden festgestellt werden, nur so wird dieses

Verhalten erklärlich. Um überhaupt das brennende Thema der Kriminalisierung sexueller Minderheiten zu erörtern, brüchelte man viel Zeit, diese hatten die Schwulen und Lesben in der AL jedenfalls nicht - nur ca. eine halbe Stunde. Natürlich sind auch wir der Meinung, daß gewaltsame Handlungen an Kindern ungeheuren Schaden anrichten, nur meinen wir, daß hierbei keinerlei Sondergesetzbestimmungen vonnöten sind. Und der § 176 stellt eine solche dar. Um Gewalttaten an Kindern zu ahnden, würde der § 223 b, der Mißhandlungen von Schutzbedürftigen oder der § 178, der sexuelle Nötigung erfasst, ausreichen. Die Schaffung des § 176 hatte ausschließlich die Kriminalisierung von „Kinder-mit-Erwachsenen-Sexualität im Auge, die gesetzliche Verfolgung der Pädastie.“

Damit nicht weiterhin Meinungen des sog. „gesunden Volksempfindens“ in der AL dominieren, wäre es vonnöten, Wissenschaftler, die bereits umfangreiches Arbeiten hierzu verfaßten, einzuladen, damit ein Umdenkungsprozeß stattfinden kann. Bis dahin und das dauert sicher noch einige Zeit, sollte den Schwulen und Lesben in der AL Westberlin das gleiche Recht wie in der BuLi-Hamburg zugestanden werden: Nur sie und niemand anders als die Betroffenen selber sollen und können ihre Forderungen bestimmen und im Programm verankern.

BRD/Westberlin: Auf Initiative einiger Schwestern aus Hessen und auf Vorschlag der Bunt-Liste Hamburg wird auf dem Kongress der Alternativen/Bunt-Listen am Wochenende in Frankfurt ein eigenständiger Arbeitskreis „Schwulen und Lesbenbewegung“ eingerichtet. Wir fordern alle Schwulen, Lesben, Pädasten, SM'ler und andere sexuell Diskriminierte auf, zahlreich zu erscheinen. Nur so kann einem Aufblühen der Schwulen- bzw. Lesben-Wahlbewegung die Weichen gestellt werden.

Kontakt: Rolf Stein 0611/440671 oder Joachim Schöner 06121/41943

AG Schwule und Lesben im KB

Die CSU Wahlkampfstrategie Akt 2: Strauß' Auftritte vor Funktionären



Nach Straussens Krawall-Auftritten in NRW und Bremen finden jetzt seit geraumer Zeit ausrichtende Veranstaltungen vor der engeren Gefolgschaft statt, die eine „solide Basis“ für den Wahlkampf 1980 schaffen sollen.

21.10. Offenbach: Strauß tritt vor 4000 Mitgliedern und Funktionären der Baden-Württembergischen CDU auf. „Von keinem Zwischenruf gestört“ (BZ) redet er fast zwei Stunden lang - im Saal saßen „nur Freunde“.

2.11. Kiel: Vor 1750 Kapitalisten sprach Strauß auf dem Unternehmertag des „Verbandes schleswig-holsteinischer Unternehmerverbände“ (AK 166).

23./24.11. Frankfurt: Unter dem Motto „Selbstverwaltung sichert Freiheit“ sprach Strauß vor der Bundesversammlung und dem Kongress der „Kommunalpolitischen Vereinigung“ der CDU/CSU.

24.11. Hannover: Gemeinsam mit dem auf der Strecke gebliebenen Albrecht und dem abgehalfterten Kohl trat Strauß auf dem „Deutschlandtag der Jungen Union in der Niedersachshalle“ an. Dieser Auftritt hatte zum einen die Funktion, Einheit zu demonstrieren, zum anderen, die JU auf Strauß-Linie zu bringen, denn gerade dort hatte es ja längere Zeit Schwierigkeiten gegeben.

Laut CSU-Wahlkampfleiter Zimmermann wird zur Zeit intensiv an der Wahlplattform gearbeitet, die Anfang 1980 erscheinen soll. Die „organisatorische Abstimmung und gemeinsame Planung der Parteiapparate von CDU und CSU“ sei in vollem Gange. Dazu das „Deutschland Ma-

garin“. „Helmut Schmidt setzte auf heillosen Zerstrittenheit im Lager der Union. Nun muß er erkennen, daß er Opfer seines eigenen Wunsches wurde. Strauß und Kohl ziehen an einem Strang und die Wahlkampf-Planer von CDU und CSU arbeiten reibungslos zusammen“. Strauß wird sich bei dieser „Zusammenarbeit“ kaum das Heft aus der Hand nehmen lassen: Bereits vor einem Monat wurde in Bonn ein CSU-Wahlkampfbüro eingerichtet und mit drei CSU-Kadern besetzt.

Der SPD droht Zimmermann ganz unverhohlen: „Bei jedem erneuten Diffamierungsversuch“ (gedacht wird dabei offensichtlich an die Benennung der Grenzregion der CDU/CSU zum Rechtsradikalismus und der Machenschaften des F.J. Strauß) „werden wir uns nicht lange mit der Verteidigung aufhalten. Politik und Personen der Bonner Koalitionsparteien, ihre über das demokratische Spektrum hinausreichenden Verpflichtungen bieten reichlich Anlaß zum Angriff“. Damit wird zum einen sicher auf den Dauerbrenner „SPD'ler als Agenten Moskau“ angespielt, aber sicher auch auf die zur Zeit gedrohte Kampagne „Nationalsozialisten = Sozialisten“.

„Die Unionsparteien bestimmen die Wahlkampfthemen“, verkündet die CDU/CSU. Der Wahlkampf soll „Antworten geben auf die Herausforderungen des beginnenden neuen Jahrzehnts“.

Die Chancen, die Bundestagswahlen zu gewinnen, hält Zimmermann für „besser denn je zuvor“.

Antifa-Kommission KB/Hamburg

Anti-Strauß-Demo in Hannover

Mit abschreckenden Strauß-Papp-Köpfen, leicht abgewandten Anti-AKW-Parolen („Ene-mene-miste, Franz-Josef in die Kiste...“), Liedern und Parolen protestierten am 24.11. ca. 2000 Menschen in Hannover gegen den „Besuch“ von F.J.S. in ihrer Stadt. Die Resonanz bei den Passanten war positiv, Flugblätter und Anti-Strauß-Aufkleber fanden großen Anklang.

Trotzdem kam nur schwer Stimmung in der Demonstration auf. Schuld war wohl einerseits die Tatsache, daß die Route weit ab vom Ort des Geschehens verlief, was auch ein Grund dafür war, daß Initiatoren und die „Szene“ kaum zu sehen waren. Ausnahme: ein Teil der Frauen-

gruppen beteiligte sich mit eigenem Transparent und Flugblatt, die „Frauen gegen §218“ machte einen Infostand, andere spielten Sketche.

Auch die Vorbereitungen hatten einige dunkle Flecke: Die DKP-dominierte „Anti-Strauß-Initiative“ sorgte - mit Rücksicht auf SPD und DGB - dafür, daß keine organisierten Linken als Erstunterzeichner veröffentlicht wurden. Doch die SPD-Prominenz fand einen anderen Vorwand, abseits zu bleiben: Die VVN hatte als Kontaktadresse fungiert, was die CDU gegen die SPD verwenden könnte. Während die SPD-Prominenz also ausstieg, blieben die Jusos dabei. Bei dieser Vorgeschichte sind 2000 Demonstranten für hanno-

versche Verhältnisse zwar nicht schlecht; daß damit große Teile der hiesigen Strauß-Gegner auf den Beinen waren, sollte sich allerdings niemand vormachen. Auch die DKP nicht, die auf der Schlusskundgebung mit „5000“ wiedermal die Beine einzeln gezählt haben muß - mindestens.

Erwähnenswert am Rande: Die Bunte-Liste-Initiative mobilisierte während der Demonstration mit einem Aufruf-Flugblatt zur Bunte/GLU-Veranstaltung, und die GLU verteilte ein (etwas lasches) Anti-Strauß-Flugblatt mit dem Aufruf, „grün“ zu wählen.

Zwei Genossinnen des KB Hannover

Grüner Aufwind für „Solidaristen“?

Das Zentralblatt der „Solidaristen“, „Sol“, widmet sich in seiner November-Nummer der Wahlituation und der Auseinandersetzung um ein grünes Wahlbündnis. Wie selten zuvor, wird hier von dieser Seite Klarheit gesprochen.

Es geht den „Solidaristen“ um die konsequente Wahrung ihres sogenannten „Dritten Weges“, was heißen soll: eines Operierens „zwischen den Fronten des Duells Schmidt-Strauß“. So sehr in der Mitte ist dieser Weg freilich nicht. Offenbar wittern die „Solidaristen“ gegenwärtig verstärkte Chancen, ihre Frontstellung gegen links anpreisen zu können: „Die Methoden der linksliberalen Pseudo-Kommunisten in den Buntten Listen sind ja inzwischen hinreichend bekannt geworden.“ (...) Es zeigt sich mit aller Deutlichkeit, daß das Selbstverständnis und die Zielsetzung der Grünen Bewegung im Gegensatz zur Buntten Bewegung unterschiedlich sind! (...) Das heißt, daß bei einem angenommenen Sprung über die 5%-Hürde durch Bunte Listen linksreaktionäre Gesellschaftsveränderungen als Hypothek auf ökologische Leistungen von der Bevölkerung bezahlt werden müßten (...).

Was die „Solidaristen“ den Buntten insbesondere ankreiden, ist deren Ablehnung brauner Umtriebe und „besonders in der Frage der zu erwartenden Konfrontation Schmidt-Strauß“ (...) eine einseitige linke Parteilinie“. Und weiter: „Außer-

dem würde eine linke Parteilinie, ein Rock gegen rechts, Strauß erst recht zum Siege verhelfen. Denn das große, immer noch ungenutzte Wählerpotential der fortschrittlich-konservativen Kräfte, organisiert in Turn-, Sport-, Wander- und Naturschutzvereinen, würde - abgestoßen durch das linke Image - wieder CDU/CSU wählen. Dieses volks- und staatsbezogene Potential gilt es für die verfassungskonforme Systemveränderung der Grünen Sache zu mobilisieren“.

Hintergrund für solche offenen Worte ist, wie es Lothar Penz (Bundesvorsitzender der „Solidaristischen Volksbewegung“ und GLU-Hamburg-Aktivist) in einem Schreiben an SVB-Mitglieder einschätzt (1.11.), „die sich abzeichnende neue Situation der Solidaristen innerhalb und außerhalb der Grünen Bewegung“. Laut Penz ist nämlich die Zeit, in der sie wegen ihres Rechtsextremismus selbst in grünen Kreisen schief angesehen wurden („verleumdende Angriffe der Roten Mafia der KB“) vorbei. Jetzt sei es an der Zeit, „alle originären Grünen Kräfte“ zu sammeln und dabei jene „trojanischen Pferde“ der Linken einzuschleusen, „die mit der Phrase 'Einheit in der Vielfalt' letztlich Steigbügelhalter für antiekoologische Systemveränderer sind“.

Zur taktischen Ausrichtung der „Solidaristen“ schreibt Penz: 1. Möglichst keine Führungsposition in einer grünen Sammelpartei anzu-

nehmen, sondern mehr im Stillen, „bei Gefahr im Verzuge“, die Weichen zu stellen.

2. Den bisherigen Namen „Solidaristische Volksbewegung“ aufzugeben, da er „im Hinblick auf unser Rollen-spiel irreführend“ sei. Im Gespräch sind neue Namen wie „Solidaristischer Bund“ oder „Bund deutscher Solidaristen“.

Beabsichtigt ist eine verstärkte Kaderarbeit der „Solidaristen“ in der grünen Szene. In diesem Zusammenhang wird die (Wieder-)Zusammenarbeit mit einer „Schwesterorganisation“ angekündigt: mit der „Sache des Volkes“, die auch, bekannt als „Nationalrevolutionäre Aufbauorganisation“, von sich reden macht. Auf einer derart „verbreiteten Organisationsbasis“ soll zukünftig die Propaganda der „Solidaristen“ unter Jugendlichen, Schülern, Studenten, Umweltschützern angekurbelt werden. Schließlich klinkt sich der Penz-Verein entschieden in die internationale „Solidaristen“-Szene ein, die beispielsweise einen „rumschen“ Verband einbezieht. Penz und Konsorten (zu erinnern ist an Behrens, Schaub/Pappe, Rudat - alle GLU-Hamburg - um einige der bekanntesten Namen zu nennen) wollen sich mit ihren internationalen Kampagnen 1980 zu einem ersten Kongress in Südtirol treffen, voraussichtlich in der Woche um den 17. Juni.

Antifa-Kommission/Hamburg

Tagung des „Witikobundes“: Mobilmachung für Strauß

Tagung des „Witikobundes“: Mobilmachung für Strauß

Ganz im Zeichen der Unterstützung von Strauß' Kanzlerkandidatur stand die Jahrestagung des „Witikobundes“ am 14.10.79 in Gießen.

Der „Witikobund“ ist hervorgegangen aus dem Kreis führender Nazi-Funktionäre der sudetendeutschen „Heimleipartei“ und entfaltet - ursprünglich als Geheimbund gegründet - vor allem in den Revanchistenverbänden seine Aktivitäten. Seine politische Vertretung hatte er anfangs vor allem in der FDP, seit Anfang der 70er Jahre immer mehr in CSU und CDU. Bis hin zur NPD geben die Kontakte des „Witikobundes“, der eine intensive Nachwuchsarbeit betreibt. Der „Witikobund“ ist eine der Nahtstellen zwischen christreaktionärem und neofaschistischem Lager.

Als seinen speziellen Beitrag zum Wahlkampf stellte der „Witikobund“ auf seiner Tagung die Unterstützung von „Bürgerinitiativen und ähnlichem zugunsten von Strauß“ in den Vordergrund.

Als Sprecher traten auf der Tagung hervor:

- Otto Habsburg; er propagierte im Arbeitskreis „Europas Völker und Volkgruppen“ das „Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands“ über ein „wiedervereinigtes Europa“;
- Dr. Walter Brand, ehemals Leiter der Kanzlei Henleins, der die ungeheure Vorarbeit der Paneuropa-Union“ (Chef: Otto Habsburg) herausstellte;
- Dr. Heinz Lange, ex-FDP-MdB, später CDU-Landtagsabgeordneter in NRW;
- Prof. H. Diwald, dessen „Geschichte der Deutschen“ wegen Verharmlosung der Nazi-Verbrechen starker Kritik ausgesetzt ist; Diwald plädierte für „Vollgrenzen nach dem Recht auf Selbstbestimmung“ und stellte die Frage, ob nicht auch



CSU-MdB und „Witiko“-Mitglied Walter Becher: „Wie in den vierziger Jahren sind wir gehalten, der Anarchie entgegenzutreten, bleiben wir aufgerufen, mit Rat und Tat, mit unserer Schaffenskraft in den täglichen Entscheidungen und als Wähler wie damals der Freiheit eine Gasse zu hauen.“ (Pflingten 1978 auf dem „Sudetendeutschen Tag“)

Österreicher Deutsche seien. (Für 1980 hat der „Witikobund“ Salzburg als Tagungsort vorgesehen);

- Siegfried Zoglmann, ehem. FDP, jetzt CSU-Wahlkampfmanager, ehem. HJ-Gebietsleiter in der besetzten Tschechoslowakei.

Unter den Gästen des „Witikobundes“ waren u.a. der Bundesvorsitzende des „VDA - Gesellschaft für deutsche Kulturbeziehungen im Ausland“, Hans Joachim Berendes, sowie der VDA-Landesvorsitzende von NRW, von Randow.

Bei der Bundestagswahl 1972 waren es u.a. die Kräfte um den

„Witikobund“, die die extrem anti-kommunistische und reaktionäre Propaganda der CSU/CDU mit organisierten, lange und Zoglmann (damals noch FDP) waren die beiden Zentralfiguren, die damals einen „kalten Putsch“ zur Ablösung der SPD/FDP-Koalition zu organisieren versuchten, indem sie über „National-liberale Aktion“ und „Deutsche Union“ eine Sammlungsbewegung für Strauß in Szene setzten. Für 1980 hat der „Witikobund“ auf seinem diesjährigem Kongress ein ähnliches Vorgehen beschlossen.

Antifa-Kommission/Hamburg

Kein Appetit auf Rotkäppchen?



Was er vom Kanzlerkandidaten der CSU hält, hat ein bayrischer Landwirt am Giebel seiner Scheune zum Ausdruck gebracht.

Eine fünf mal fünf Meter große Wandzeichnung zeigt den berühmtesten Landesherrn als bösen Wolf im Bett liegend, wobei Rotkäppchen fragt: „Warum hast Du so ein großes Maul?“ Eine gelungene Karikatur, würden die einen sagen.

Doch das Landratsamt sieht seinen obersten Chef in dessen Ehre gekränkt und Würde und Ansehen beeinträch-

tigt, weshalb der Scheunenbesitzer aufgefordert wurde, das Kunstwerk zu entfernen. Denn nicht einmal das Recht auf freie Meinungsäußerung erlaubt die Verschönerung am eigenen Haus.

Der Gutsbesitzer aber ist davon nicht so leicht zu überzeugen und intervenierte beim Verwaltungsgericht, dessen Entscheidung noch aussteht.

Der Rechts-Arbeitskreis der SPD-Landtagsfraktion will sich ebenfalls mit dieser „Vorstufe zur Zensur“ (wie sehen dann die Stufen aus?) befassen.

Lars Hennings

Dabeisein ist noch lange nicht NICHTS

Der Offenbacher Kongreß hat die Möglichkeit einer akzeptablen Wahlalternative 1980 erkennen lassen. Es wird nun darauf ankommen, aus der bisherigen Debatte zu praktischer Politik zu kommen. Denn die unterschiedlichen Positionen sind kaum noch klar herauszuarbeiten. Über sie wird im wesentlichen nur noch abgestimmt werden, das wird für die GRÜNEN zu der entscheidenden Frage ihrer Glaubwürdigkeit werden.

Um dem vorrangigen Ziel näherzukommen, mit einer akzeptablen Alternative Strauss zu verhindern (der vielbeschworene Wunsch, aus der Basisarbeit heraus die Alternative zu entwickeln, kann bis 1980 ohnehin

können (Gruhl). Offenbach hat mit der Ablehnung des taktisch ungenau dumm gestellten Antrages zur Unvereinbarkeit von B. Springmann einerseits, mit der sich abzeichnenden Duldung von Bahro, Harich, Hoss u.a. etlichen Linken, die bislang an der Wahlbewegung sich nicht beteiligten, Mut zum Engagement gemacht. Dies belegen Gespräche in Schleswig-Holstein. Es wird nun entscheidend darauf ankommen, diesen Prozeß zu fördern. Es geht weiterhin darum, auch den Lernprozeß der GRÜNEN selbst als solchen zu erkennen und ihm konstruktiv bei jenen Mitgliedern zu begegnen, die ihm aufgeschlossen sind, wie z.B. jenem Mitglied der GLU-Niedersach-

sene „Alternativpräambel“ ist tatsächlich die erst bundesweite inhaltliche Plattform für die gemeinsame Diskussion mit den GRÜNEN. An ihr ist sicher Kritik nötig, falsch ist es aber, sie als Mindestanspruch für die Zusammenarbeit mit den GRÜNEN zu interpretieren. Sie war der Kompromiß zwischen totaler Ablehnung der grünen Präambel und einem inhaltlich noch weniger aussagekräftigen Vorschlag. Die Alternativpräambel sollte in Offenbach zur Einleitung der Diskussion, keineswegs als Ultimatum verlesen werden, weil die anwesenden Buntten überwiegend von der Möglichkeit der Vereinigung ausgingen. Das wurde noch einmal deutlich, als kein Antrag am Abend, für den Fall der Verabschiedung eines Unvereinbarkeitsbeschlusses, den Diskussionsprozeß für eine alternative Organisationsstruktur bundesweit einzuleiten, als Provokation und indiskutabel zurückgewiesen wurde. Springmanns Truppe hat sich sogleich revanchiert — und die Alternativ-Grünen wursteln noch immer nebeneinander her!

Insofern stimme ich mit der Beurteilung der Lage durch das Leitende Gremium des KB (LG-Mehrheit, „Dabeisein ist noch lange nicht alles“, AK 166) weitgehend überein: eine Auflösung der buntten/alternativen Listen spräche allen bisherigen Ansprüchen einer weiter zu konsolidierenden Basisbewegung Hohn. Und wer hätte etwas dagegen, sich immer wieder der inhaltlichen eigenen Ausgangslage zu vergewissern. Falsch wird die Tendenz dieser Stellungnahme an zwei Punkten: erstens wird die Differenziertheit der GRÜNEN zu wenig berücksichtigt und zu pauschal sich nur an den konservativen Kräften dort orientiert. Zweitens wird zu wenig auf die bisherigen Diskussionen in den dem Anspruch nach radikal demokratischen Listen Bezug genommen. Daß die GRÜNEN zusätzlich formell durch ihre bisherige Arbeit im taktischen Vorteil sind, soll für die inhaltliche Frage zurückgestellt bleiben.

Bei aller Skepsis gegenüber der 348.311-Abstimmung — klar gegen K-Gruppen gestellt, hätte sie mutmaßlich schon ein anderes Ergebnis gehabt — wurde in Offenbach doch deutlich, daß die Linken mit ihren Forderungen, insbesondere bezüglich „Lohnabhängigkeit“, auf eine breite positive Resonanz stießen. Und die Feststellung, Bahro habe den „undogmatischen Linken“ die Position gestärkt, sollte Konsequenzen haben, die vernünftige undogmatische Diskussion neu zu intensivieren. Die Linken — das mußte auch Hoss (s.o.) entsprechend argumentativ aufnehmen — sind doch bislang wahrlich nicht dogmatisch aufgetreten — oder zieht sich jemand den Schuh an? Völlig unklar ist bislang, welche Wirkung der Kongreß innerhalb der grünen Listen gehabt hat. Einerseits sicher Ablehnung wegen der Linken, Bahro, Dutschke etc. (Fazit Steinburger Teilnehmer: wenn die Spaltung nicht kommt, haben die Kommunisten die Mehrheit), aber ob dort nicht auch demokratische Kräfte neu gestärkt in die Diskussion eingreifen werden? Darum: Lernprozeß der Wahlbewegung konstruktiv unterstützen, als wichtige Aufgabe einer linken theoretisch geschulten Fraktion in solidarischem und tolerantem Rahmen. Diesbezüglich kann der KB durchaus noch an Profil gewinnen, dies aber nur als Randbemerkung, die bezüglich des aktuellen Themas präventiv gemeint ist.

Der Beitrag der LG-Mehrheit ist in der allgemeinen Diskussion der alternativen Listen ein Rückschritt; er ist ja wohl nicht für die KB-interne Diskussion beschränkt geschrieben, sondern soll im „Umfeld“ wirken. In der Suche nach Einigkeit für große Ziele, Atomprogramm, Strauss etc. zwischen grünen ökologischen und buntten radikal demokratischen Gruppen wird plötzlich zur Minimalplattform erklärt, was die Ausgangssituation der einen Seite ist. Hier wird aber erstmal inhaltlich angegriffen, sondern in der Erwiderung gegen andere Vorwürfe wird Leuten, die entsprechend den bisherigen Diskussionen zwischen grün und bunt, zwischen diesen Positionen nach einer Grundlage für eine gemeinsame Weiterdiskussion grundlegender politischer Alternativen suchen, mit den „Gesetzen der Logik“ arrogant unterstellt, sie seien nicht Herr/Frau ihrer Sinne. Tatsächlich suchen sie nicht nach inhaltlicher „minimalistischer“ Plattform, sondern „degradierten

Prinzipien zum Verhandlungsgegenstand“. Die logische Replik: Von einer solchen Position aus ist ein Bündnis zwischen grün und bunt ohne Selbstaufgabe des einen oder anderen nicht möglich. Bislang war dies allein die Forderung rechter Ökologen. Soll ihnen nun kampflös das Feld geräumt werden, die sich dann umso mehr als „Arm der Ökologie- und Basisbewegung“ aufspielen werden? Die alternative Darmstädter Präambel als die Basis eines zu akzeptierenden Kompromisses festzulegen, wie es z.B. auf der BuLi-Versammlung vom 19.11. folgerichtig gefordert wurde, ist aus der Sicht der unmittelbar an der Parteigründung engagierten Menschen gleichbedeutend mit dem Verlangen, das Ergebnis der gemeinsamen Suche müsse zuvor schon festgelegt werden. Die unbedingt notwendige konstruktive Skepsis gegen die GRÜNEN, z.B. auch bezüglich der undemokratischen Satzungsanstrengungen der bisherigen Kommission, die jetzt aber auch um vier Bunte erweitert wurde (11.41), gerät allzu leicht in ihr Gegenteil.

In den vorläufigen Formulierungen muß gerade ein großer Spielraum für Variationen der Interpretation offenbleiben, um vorläufig tragbare Konflikte nicht zu überkleistern. Und um gerade auch unseren radikal demokratischen Partnern in den alternativen Listen, die bekanntermaßen vielfach stark reformistische Vorstellungen vertreten, die konstruktive Beteiligung an der Entwicklung einer neuen Partei nicht dogmatisch zu verbauen. Die z.T. dummdreisten Angriffe gegen eine ehemalige Kandidatin der BuLi, die sich bereits zum Beitritt bei den GRÜNEN entschlossen hat, auf der Vollversammlung am 19.11. haben deutlich werden lassen, wie dicht unter der linken Oberfläche ethischer Betrüger blöder Dogmatismus zu finden ist. Völlig zu Recht hat die Kollegin mit der Frage reagiert, ob denn nun in der BuLi ein Unvereinbarkeitsbeschuß aufgesetzt werde.

Es muß darum gehen, sich auf ein Bündnis dann einzulassen, wenn es nicht gegen die „Prinzipien“ der eigenen Politik gerichtet ist und ihr insgesamt gesehen nützen kann. Selbstverständlich muß die ersatzlose Streichung des § 218 erreicht werden, selbstverständlich muß der Ausbau der Atomenergie und des Atomstaates bekämpft werden und von den Interessen der Lohnabhängigen her die Politik entwickelt werden (vgl. Ökologie und Ideologie, in: Dann sieht die Landschaft anders aus, LDU 1979). Aber „kritische“ „Ökologie“ (die Landschaft anders aus, LDU 1979). Aber heute plötzlich detailliert die Forderung nach Aufhebung der „Antirassismusektzer“, die erstmals mit der Alternativpräambel in die Diskussion kam, zum Prüfstein des Ja oder Nein zu machen und die Struktur der von den GRÜNEN vorgeschlagenen Satzung dazu heranzuziehen, ist unredlich. Das hätte doch alles vor Monaten geschehen können, viel Arbeit wäre erspart geblieben. Und nun ausgerechnet am Beispiel Bahro und Dutschke scheinbar erschreckt vor der „Integrationskraft“ der GRÜNEN zu flüchten, wo die bisherige Diskussion der GRÜNEN selbst dies viel stärker problematisierte, ist bei so fähigen Leuten ebenso unglaubwürdig. Hier werden neue strategische Überlegungen mit zweifelhaften Mitteln eingeführt und nur zu leicht können die alternativen Listen dabei geopfert statt gestärkt werden.

Denn ähnlich wie Bahro den „undogmatischen Linken“ die Position stärkt, wirkt der kommunistische Bund in alternativen Listen konsolidierend, nicht nur inhaltlich. Nun wäre eine Stellungnahme, daß der KB sich zwar nicht aus der Wahlbewegung, aber aus der direkten Beteiligung seiner Mitglieder bei den GRÜNEN zurückzieht, für manche vermutlich entspannend. Aber wozu hätten wir uns dann solange und so unnachgiebig dafür eingesetzt, die wir

als „undogmatisch“ von den GRÜNEN eingeschätzt von ihnen geradezu gern als Beweis ihrer Liberalität eingenommen worden wären? (?) Angesichts der Stellungnahme der LG-Mehrheit, verstärkt durch die jüngsten Erfahrungen bei der BuLi, wächst meine Sorge, ein tendenzieller Rückzug aus der Bündnisdiskussion würde bedeuten, daß alle KB-Mitglieder ihre Arbeit entsprechend umorientierten. Ein solcher Schritt würde von den anderen Mitarbeitern dieser Listen kaum anders als „Verrat“ empfunden werden; verzweifelt, als es um die Wurst ging. Dies gilt gerade für jene, deren „Prinzipienfestigkeit“ noch nicht in jahrelanger politischer Erfahrung gereift ist. Dies Frohlocken hat bei den GRÜNEN sogleich begonnen, ihre im AK ja beschriebene Taktik könne so herum nun aufgehen. Durch solche Politik bekämen aber alle Linken, die mit dem KB zusammenarbeiten, auch nicht gerade eine bessere und glaubwürdigere Position. Insbesondere fiele aber für die weiteren Verhandlungen ein wichtiger Rückhalt weg. Was schon beklagt wird, der prinzipienlose Eintritt bei den GRÜNEN, wird für etliche die Konsequenz sein. Der äußerst wichtige und nicht nur den KB betreffende Kampf um den entscheidendsten Konflikt, den Unvereinbarkeitsbeschuß mit seinen über die grüne Partei hinausreichenden Implikationen, würde entscheidend geschwächt.

So sehr ich im Bremer Wahlkampf die Doppelkandidatur der AL Bremen gerade aus schleswig-holsteinischer Sicht unterstützt habe und noch immer die bundesweite Organisierung der Alternativen für äußerst wichtig halte, gerade auch vor der nächstgültigen Entscheidung um die GRÜNEN, so sehr unterstütze ich die Forderung, nicht vorschnell zu resignieren. Es muß nun die Diskussion neu entfacht werden mit jenen, die erst jetzt mobilisiert werden, die manche Erfahrung nicht mitgemacht haben und darum manche Abgrenzung heute nicht verstehen können. Diese Diskussion, selbstverständlich auf Verbesserung der grünen Alternative abzielend, muß offen bleiben und darf nicht durch „logische Lehrsätze“ gefährdet und belastet werden. Nicht die Wortexegese des Programms wird für das Ja oder Nein entscheidend, sondern im Endeffekt steht ein vorläufiges Ergebnis zur Entscheidung, eine Bundesliste von Kandidaten und konkrete Aussagen zu den momentan wichtigsten Fragen um die praktische Veränderung des Parteienspektrums. Wenn sich Fragen um die praktische Veränderung des Parteienspektrums gegen Schmidt und Strauß. Es geht um die Möglichkeit einer neuen Qualität der solidarischen Zusammenarbeit unter den fortschrittlichen Menschen. Und ob das zu erreichende Bündnis akzeptabel ist, sollte besser daran entschieden werden, ob z.B. oppositionelle Gewerkschaftslisten, ob überhaupt Leute wie Bahro und andere Linke sich beteiligen werden, und wie mit ihnen zusammen auf der Grundlage der alternativen Programmatik, Alternativpräambel etc. eine Basis der Interpretation und Zusammenarbeit zur weiteren Entwicklung möglich ist, trotz grundlegender Unterschiede über die jeweils zugrunde liegende linke Strategie zur politischen Veränderung.

Mit den GRÜNEN werden hoffentlich über die Bundestagswahl weit hinausreichende politische Veränderungen eingeleitet. Das gilt unabhängig von unserer direkten Beteiligung. Und es ist geradezu die Pflicht der prinzipienfesten orthodoxen Linken, in diesem Bereich der gesellschaftlichen Praxis mit allen Mitteln gegen die rechtskonservativen bis hin zu neonazistischen Kräfte zu mobilisieren und sie möglichst zu isolieren, gerade weil wir die theoretische Basis für uns in Anspruch nehmen, von der aus undogmatisches Handeln leicht fallen sollte.

20.11.1979, Lars Hennings



Plenum des Offenbacher Kongresses

Plenum des Offenbacher Kongresses

nicht erfüllt werden), sollten wir in Zukunft nicht mehr von einer Vereinheitlichung politischer Ansätze ausgehen, sondern die Kooperation alternativer und grüner Listen zu einer Bundeswahlliste handfest machen — unter welchem formellen Dach auch immer. Dies auch über eine grüne Parteigründung hinweg im Auge zu behalten, setzt Gelassenheit voraus. Und es wird zu entscheiden sein, was uns eine Anti-Strauss-Wahl wert sein kann.

Bisher war einer der entscheidenden Verbindungspunkte zwischen Linken und Rechten die 5 %-Klausel. Über entscheidende politische Differenzen der Flügel des alternativen Wahlspektrums bestand Klarheit. Deutlich genug wurde auf die „braune Gefahr“, die sich mit der Stärkung der GRÜNEN ergeben könnte, hingewiesen („Alternative oder Feigenblatt“, Hrsg. Bunte Liste Hamburg, 1978; „Dann sieht die Landschaft anders aus“, Hrsg. Liste für Demokratie und Umweltschutz, 1979, wo u.a. die formelle und programmatische Entwicklung in Schleswig-Holstein diskutiert wird; Jan Peters: „Tendenzwende: Wird aus grün braun?“, in: „Arbeiterkampf“ 166). Bisher galt unter den beteiligten Linken, zur Überwindung der 5 %-Klausel sei eine gemeinsame Liste mit allen Kräften, die noch als „demokratisch“ akzeptiert werden können, sinnvoll.

Wurde von den „Ökologen“ in der ersten Gründungsphase zur Abgrenzung nach links der Unvereinbarkeitsbeschuß noch unvermittelt durchgesetzt, im Sinne eines Existenzverlustes, haben sich seitdem dort die Kräfte vermehrt, die linke Positionen z.T. mittragen (vgl. die Materialsammlung der GLSH), bzw. die linke Programmatik inhaltlich zurückweisen wollen. „Dogmatischen Kommunisten“ soll nun mit der Wachstumsfrage der Garaus gemacht werden, weil diese einem Stop der heutigen Wachstumswirtschaft angeblich nicht zustimmen

sen, der solchen Lernprozeß bei sich auf der letzten Versammlung der Buntten Liste Hamburg am 19.11.1979 beschrieb und dafür nur Unhöflichkeiten erfuhr.

Das bedeutet einerseits, den Flugs der Kongreßentscheidung in Offenbach folgenden Vorstandsbeschuß der GRÜNEN laut und deutlich als eine Aktion der rechten Fraktion, die allerdings bislang diesen Verband nach außen repräsentieren kann, zu bekämpfen. Offensichtlich soll das „Bremer Modell“ landesweit wiederholt werden: erst lauthals „Abgrenzung von Kommunisten“ und Etablierung im bürgerlichen Mittelblock, und dann kurz vor der Wahl den lateressierten „undogmatischen Linken“, womit die kleinbürgerliche Linke gemeint wird, mit unverblüfflicher Streicheleinheit die Wahlempfehlung ablocken. Andererseits sollte klargestellt werden, daß individueller Eintritt objektiv opportunistische Wirkung hat, der diese Politik begünstigt und für die sich so entscheidenden Leute vorprogrammiert, daß sie die Jutos der GRÜNEN werden.

Denn muß mit solidarischer Kritik begegnet werden, um nicht die Arbeit der Linken noch im Nachhinein selbst zu diffamieren! Dies gilt auch für weitergehenden illusionären Opportunismus, wie er etwa in dem Interview zum Ausdruck kommt, das der Wortführer der nach ihm benannte gewerkschaftsoppositionellen Betriebsratsfraktion bei Daimler-Benz, W.Hoss, der „Frankfurter Rundschau“ (17.11.) gab. So verkürzt über den „Demokratiebegriff“ Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu akzeptieren, basiert offenbar auf alten Vorurteilen und schafft neue, stützt auch ganz allgemein die „Extremistenhatz“.

In Darmstadt wurde parallel zur grünen Offenbach-Veranstaltung endlich eingeleitet, was bislang sträflich vernachlässigt worden war: der Fraktionszusammenschluß bunter und alternativer Listen. Die dort beschlos-

Antwort

Lieber Lars,

es scheint, daß Du bei Deiner Kritik an unserer Erklärung von einigen Voraussetzungen ausgehst, die nicht oder zumindest nicht mehr zutreffen. Dazu ein paar Anmerkungen: 1. Der Offenbacher Kongreß habe die Möglichkeit einer akzeptablen Wahlalternative für 1980 erkennen lassen. Was die Diskussion in Offenbach — insbesondere am 4.11. — angeht, magst Du recht haben.

Was die (nackte) Basis bislang e, wie sie sich am Abend des 4.11. darstellte, betrifft, so war damals schon Skepsis angebracht. Immerhin hatten die Grünen beschlossen, die Buntten und Alternativen nicht an der Parteigründung teilnehmen zu lassen. In diesem Zusammenhang scheint Du den grünen Verbandsbeschuß (Verbot der Doppelmitgliedschaft in anderen Parteien) zu unterschätzen, wenn Du Dich auf die Feststellung

beschränkt, daß „die rechte Fraktion“ den grünen Verband „nach außen repräsentiert“. Diese Fraktion hat vielmehr die Macht bei den Grünen, und so geht nicht gerade sparsam mit diesem „Vorteil“ um. Kurz: In allen grünen Landesverbänden ist nach Offenbach ein folgenreiches „roll back“ eingeleitet worden, das der relativ offenen Diskussion auf diesem Kongress diametral widerspricht. Dies deutet darauf hin, daß die Grünen nach dem von Dir ebenso treffend geschilderten wie auch abgelehnten „Bromer Modell“ verfahren wollen. Ein relevanter Widerstand gegen diesen Kurs innerhalb der Grünen ist uns bisher leider nicht bekannt geworden.

2. Der KB tendiert dazu, diejenigen Bunt/Alternativen, die bei den Grünen eingetreten sind, unsozialistisch anzumachen („blöder Dogmatismus“, „Unhöflichkeit“). Der KB trennt sich gewissermaßen von alten Bündnispartnern und läßt diese bei den Grünen im Stich. Dies verstärkt aus die Tendenz zu „prinzipienlosen“ und „opportunistischen“ Entwürfen bei den Grünen. Du setzt Dich aber nicht mit der bedauerlichen Tatsache auseinander, daß der absolut überwiegende Teil derjenigen Linken,

die bei den Grünen eingetreten sind, maßgebliche Kernstücke der grünen Ideologie übernommen hat (Stichwort: „Überlebenskampf statt Klassenkampf“), und dies gegen die Bunt/Alternativen wendet. Dies macht eine Auseinandersetzung mit ihnen unumgänglich, auch wenn es sich dabei um „alte Bündnispartner“ handelt. Die (von uns keineswegs gewollte) Schärfe der Auseinandersetzung ist dem Umstand geschuldet, daß der Eintritt in die Grünen häufig nicht offen zur Diskussion gestellt wird, sondern gewissermaßen „hintenrum“, auf undemokratische Weise „organisiert“ wird. Was wir gerade von Seiten der linken Grünen an Behinderungen des von Dir so betonten bunt/alternativen Zusammenschlusses – z.B. Boykott und Diffamierung des bevorstehenden Frankfurter Treffens – erleben mußten, spottet jeder Beschreibung und verhöhnt sämtliche alternative und basisdemokratische Prinzipien, unter denen wir sonstzeit gemeinsam agiert sind.

3. Wir würden mit dem Darmstädter Alternativtext für eine Präambel „ultimativ“ verfahren. Von einer solchen Position aus sei „ein Bündnis zwischen grün und bunt ohne Selbstaufgabe des einen oder anderen nicht

möglich“. Damit gibst Du aber unsere Position nicht ganz richtig wieder. Wir haben nicht dazu aufgefordert, an dem Darmstädter Text unter allen Umständen auf Punkt und Komma festzuhalten. Wir haben es aber als dringende Aufgabe bezeichnet, zu diskutieren, welche minimalen Voraussetzungen erfüllt sein müssen für eine Unterstützung der grünen Partei durch die Bunt/Alternativen.

Bei einem Teil der Linken sind bisherige Grundsatzzpositionen derzeit in einem unkontrollierbaren Fluß begriffen. Dies gilt vor allem für die intellektuelle Prominenz. Dutschke, der noch vor einem Jahr engagiert den Klassenkampf verteidigte (anlässlich des Westberliner Bahro-Kongresses), predigt heute nahezu das Gegenteil. Hom paßt sich zunehmend den Grünen an, anstatt das Gewicht der gewerkschaftsoppositionellen Gruppen in diesen Prozeß einzubringen. Plogstedt meint, die Forderungen der Frauenbewegung müßten angesichts der ökologischen Bedrohung zurücktreten usw. Es ist klar, daß die Bunt/Alternativen Listen von derart rapiden Positionswechseln solcher „Autoritäten“ nicht ganz unbeführt geblieben sind.

„Selbstaufgabe“, wie Du schreibst, droht heute ganz gewiß nicht den Grünen, wohl aber den Bunt/Alternativen. Gegen diese Auflösungstendenzen halten wir es nach wie vor für richtig, einen Pflock einzuschlagen, eine Grenze zu ziehen, jenseits derer nichts mehr läuft. Es ehrt uns, daß Du uns zubilst, in den Bunt/Alternativen Listen „konsolidiert“ gewirkt zu haben. Genau darum geht es uns auch in der gegenwärtigen Situation. Wenn wir diese Konsolidierung wieder erreicht haben – und es zeichnen sich durchaus Fortschritte in dieser Richtung ab – können wir auch Impulse für die linken Grünen geben, auf sie stabilisierend einzuwirken, nicht aber dadurch, daß wir uns diesen Auflösungsstendenzen mehr oder weniger anschließen, um nicht „unhöflich“ zu wirken...

4. Es kommt auf eine „Wortexegese“ grüner Programmtexten nicht so sehr an. Wichtiger seien die späteren Kandidaten und deren konkrete Aussagen zu aktuellen Fragen. Dies zu verkünden, während das Programm noch in Arbeit ist, ist sicher nicht besonders klug. Zweitens: Wer sagt denn, daß die Linke bei der Nominierung grüner Kandidaten

besser abschneidet als in der Auseinandersetzung um das Programm. Eher sollte man realistischerweise das Umgekehrte annehmen. Drittens und vielleicht am wichtigsten: Ein alter Hamburger Bekannter, Uwe Knickrehm, derzeit Bundesvorsitzender des MSB (Studentenorganisation der DKP) prägte anlässlich einer Wahl im VDS einmal den denkwürdigen Spruch: „Gegenbenachteiligt kandidiere ich auf einem Stück Holz“. Dies war eigentlich noch nie unsere Position (Deine sicher auch nicht!). Derzeit ist viel und nicht zu Unrecht die Rede von der „Krise des Marxismus“ oder der „Krise der Linken“. Diese Krise würden wir selbst noch auf die Spitze treiben, ließen wir uns auf eine solche Politik ein. Diejenigen hätten dann in der Tat recht, die behaupten, uns ginge es nur um machtpolitische Positionen, nur um ein egoistisches „Hickhack“. Im Unterschied etwa zur „KPD“ ist die Krise des KB allerdings nicht so weit gediehen, als daß wir alles zur Disposition stellen würden, wofür wir in den letzten zehn Jahren gekämpft haben. So schnell geht uns nicht die Puste aus.

de., Red.

Kommunales Wahlrecht für alle Ausländer!

Seit den ersten Anwerbungen in den südeuropäischen Ländern sind nunmehr 25 Jahre vergangen. Die meisten der ausländischen Familien haben hier eine neue „Heimat“ gefunden; nur wenige von ihnen können zurück kehren, ihren Herkunftslandern haben sie und ihre Kinder sich entfremdet. Der westdeutsche Staat hat in keiner Phase der Arbeitsimmigration die erforderliche für die Integration der ausländischen Kollegen getan. Es wurde zu keiner Zeit ein angemessenes Sprachkursangebot eingerichtet, die staatliche Förderung der Sozialberatung kann nur mit Mühe eine Alibi-funktion ausfüllen. Die Ausbildung der ausländischen Kinder und Jugendlichen führt nach wie vor in die Sackgasse der Isolierung und Ghettoisierung, da geeignete Maßnahmen zur Aufhebung der Rassentrennung nicht ergriffen worden.

Dies alles wird nur dem sich hartnäckig haltenden Argument gerecht, daß die BRD sei kein Einwanderungsland und die „Reintegrationsfähigkeit“ der ausländischen Kollegen solle nicht dadurch verbaut werden, daß die Ausländer „eingedeutscht“ werden.

Die Ausländer sind in hohem Maß gewerkschaftlich organisiert. Sie haben wiederholt bewiesen – insbesondere in der Streikbewegung Anfang der 70er Jahre –, daß sie bereit sind, die deutschen Kollegen solidarisch zu unterstützen und zur Durchsetzung bestimmter Forderungen beizutragen.

Den ausländischen Kollegen ist es bisher jedoch kaum gelungen, sich auf breiter Ebene für die Durchsetzung ihrer speziellen Interessen zu organisieren. Dies liegt zum einen daran, daß durch das Ausländergesetz nicht genutzte politische Betätigung von der Ausweisung aus der BRD bedroht wird, zum anderen richten viele Ausländer ihr politisches Interesse und Engagement weiterhin auf ihre Heimatländer, weil sie die häufig wegen begründeter Hoffnungen haben, in diese Länder zurückkehren zu können. Ein weiterer Grund liegt darin, daß den ausländischen Kollegen im Gegensatz zu betrieblichen und gewerkschaftlichen Ebene auf politischer Ebene das Wahlrecht verweigert wird, denn für breite Bevölkerungsteile ist das Wahlrecht der erste Anstoß, sich mit seiner Situation politisch auseinanderzusetzen.

Die Forderung „Kommunales Wahlrecht für Ausländer“ wird seit Beginn der 70er Jahre immer wieder von den Ausländergruppen und Gruppen der Ausländerarbeit erhoben. Zwar wird damit die anzustrebende Gleichstellung im Wahlrecht mit der deutschen Bevölkerung nach lange nicht erreicht, ist jedoch die gegenwärtig realistische Ebene des Kampfes. Die Forderung „Kommunales Wahlrecht für Ausländer“ bedeutet also einen ersten Schritt in der Wahlfrage und einen Teil der Forderung zur Integration der Ausländer in der BRD. Die Integration der Ausländer wird erreicht durch entsprechende Maßnahmen in der sozialen Hilfe, durch die Abschaffung von diskriminierenden Bestimmungen im Ausländergesetz, im Arbeitsförderungs-gesetz, in der Praxis der Wohnungszuweisung etc. Solange sich hier nichts

ändert, wird das Kommunalwahlrecht auf das Alltagsleben der ausländischen Kollegen keine großen Auswirkungen haben.

Denn noch wäre ein erkämpftes Kommunalwahlrecht ein erster Durchbruch zu politischen Rechten und könnte auf Dauer zu einer kritischen Auseinandersetzung mit den politischen Bedingungen der Ausländergesetzgebung führen. Die ausländischen Kollegen zahlen die gleichen Steuern und Sozialabgaben wie die deutsche Bevölkerung, sie haben die selben Probleme mit Vermietern, Kapitalisten und in der Schule. Insofern kann die Vertretung der Ausländer in den kommunalen Parlamenten auch eine konkrete Unterstützung ihrer Interessen sein.

SPD: Grundsätzlich ja, aber...

Die SPD hat sich in der letzten Bundestagssitzung geäußert, daß „Ausländer, die sich mindestens 5 Jahre ohne Unterbrechung in einer Gemeinde aufhalten, in diesem Bundesland das aktive und passive Wahlrecht erhalten (sollen)“. Auch in dem SPD-Wahlprogramm zu den Europawahlen ist die Forderung nach der Gewährung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer enthalten.

In der Praxis stellt sich die Haltung der SPD zu dieser Frage jedoch nicht mehr so eindeutig dar.

Erstens ist insgesamt von Seiten der SPD kaum ein Finger gerührt worden, das Kommunalwahlrecht tatsächlich durchzusetzen und zweitens melden sich auch immer wieder Stimmen, die sich gegen dieses Recht aussprechen.

So setzt sich der Westberliner SPD-Innenminister Ulrich gegen die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer ein, mit dem Vorwand, daß sich niemand eine rechtsradikale türkische Partei bei den Kommunalwahlen wünsche. Die ganze Demagogie dieser Argumentation wird deutlich, wenn man sich vor Augen hält, daß die faschistische MHP ihre Gefährlichkeit ja nicht durch irgendeine hypothetische Parlamentsarbeit erhält, sondern durch den tagtäglichen Terror gegen die türkischen Kollegen, ohne daß wirksame Gegenmaßnahmen seitens des Innenministers ergriffen werden. Auch der SPD-dominierte Westberliner Senat kann sich nicht für die Einführung des kommunalen Wahlrechts erwärmen, weil angeblich dafür „politisch keine Chance“ bestehen würde. Er setzt sich als „Alternative“ dafür ein, Ausländervertretern beratende Stimme in parlamentarischen Ausschüssen zu geben („Berl. Stimme“, 27.10.). Seitdem sich der ehemalige Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Kuhn, in seinen insgesamt relativ „ausländerfreundlichen“ Kommissionsvorschlägen zur Integration der ausländischen Arbeitnehmer eindeutig für die Einführung des Kommunalwahlrechts ausgesprochen hat, scheinen sich jedoch vielerorts in den Ortsvereinen die „demokratischen“ Geister zu regen. Es bleibt abzuwarten, ob dies endlich zu praktischen Schritten der entscheidenden Parteigremien führt oder ob sich diese Vorschläge lediglich in der Liste der „Grundsatzklärungen“ einreihen



Stop für Richard von Weizsäcker vor einem West-Berliner Wahllokal. Ausländische Kollegen protestieren, daß sie nicht wählen dürfen.

Die Haltung der Gewerkschaften

Die Haltung der Gewerkschaften

Der DGB Bundesvorstand wendet sich in seinem Beschluß vom 7.2.1978 gegen die Einführung des Kommunalwahlrechts, da „die Bundesrepublik Deutschland nicht einseitig dieses Recht an Bürger anderer Staaten – auch wenn sie sich längere Zeit in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten – verleihen (sollte)“. Der DGB befürwortet dagegen eine Regelung im gesamtdeutschen Rahmen. Er befindet sich damit in Gesellschaft von CDU-Politikern, die z.T. auch einer gesamtdeutschen Regelung das Wort reden, die sich dann nur auf EG-Angehörige beziehen soll. Doch auch im DGB bestehen abweichende Ansichten, wie die des GEW-Landesverbandes Westberlin oder die des DGB-Kreisvorsitzenden Frankfurt, die das kommunale Wahlrecht für Ausländer fordern. Auch die DAG kann sich natürlich aus der Ablehnungsfront des kommunalen Wahlrechts nicht ausgrenzen. Der Münchner Bezirksleiter der DAG, Hündgen, stellte auf einer 1. Mai Veranstaltung seiner Organisation 1977 fest, das Wahlrecht müsse ausschließlich den Bürgern der Bundesrepublik vorbehalten bleiben, wobei unter Bürgern eben nur Deutsche gefaßt werden – also sind Ausländer Bürger 2. Klasse! „Es reicht ja völlig aus, daß ein Ausländer die Möglichkeit hat, nach mehrjährigem Aufenthalt in der Bundesrepublik die deutsche Staatsbürgerschaft und damit automatisch das Recht zum Wählen zu erwerben.“ Hündgen ist dabei sicher selbst bekannt, daß individuelle Hindernisse gegen einen Wechsel der Staatsbürgerschaft absolut nichts zu tun haben mit dem Bedürfnis, politische Rechte wahrzunehmen.

Beispiel Schweden

Vorbild für die Gleichstellung der

Ausländer im Wahlrecht ist die Gesetzgebung in Schweden, wo seit 1976

Ausländer im Wahlrecht ist die Gesetzgebung in Schweden, wo seit 1976 das kommunale und sogar das regionale Wahlrecht für Ausländer besteht. Nach den ersten Erfahrungen zu urteilen, bewirke die Wahlrechtsreform ein stärkeres Interesse am politischen Leben in Schweden unter den Ausländern, ohne daß dabei die nationale und kulturelle Identität aufgegeben wurde. Inzwischen hat sich der schwedische Gewerkschaftsbund dafür ausgesprochen, Ausländern das Wahlrecht für alle politischen Wahlen zu geben.

Auch in den Niederlanden besteht eine entsprechende Übereinkunft der relevanten Parteien und ein Antrag im Parlament, daß kommunales Wahlrecht für Ausländer einzuführen. Da die Durchsetzung des Wahlrechts jedoch eine Verfassungsänderung erforderlich macht, wird sich die Entscheidung hierüber noch hinziehen.

Diese Aktivitäten werden unterstützt durch entsprechende Beschlüsse von EG-Gremien, die auch für die BRD ihre Bedeutung haben sollten. So fordert etwa die Europäische Kommission in ihrem Aktionsprogramm zu Gunsten der Wanderarbeitnehmer und ihrer Familien vom 18.12.74, Ausländer unter bestimmten Voraussetzungen an den Kommunalwahlen bis 1980 zu beteiligen. Auch der Beschluß des Rechtsausschusses des Europäischen Parlaments von 1977 sieht vor, daß alle Bürger der Europäischen Gemeinschaft sich an Kommunalwahlen in ihrem Wohnort beteiligen können.

Das Ausländerkomitee Westberlin heftet seit einiger Zeit gute Beispiele, wie Ausländer und Deutsche gemeinsam aktiv für die Durchsetzung des Wahlrechts eintreten können. Mit Aktionen vor den Wahllokalen am Wahltag, einer Demonstration und einer informativen Broschüre macht es die Öffentlichkeit ständig auf dieses Thema aufmerksam. Ähnliche Ak-

tionsbündnisse müssen auch in anderen Orten geschaffen werden. Gerade in Hamburg stellen sich der Forderungsbündnisse müssen auch in anderen Orten geschaffen werden. Gerade in Hamburg stellen sich der Forderung nach Stimmrecht der Ausländer bei den Kommunalwahlen keine rechtlichen Hindernisse entgegen, weil hier die Landesverfassung dieses Recht für Ausländer nicht ausschließt.

Die Aufgabe der Linken in solchen Aktionsbündnissen muß sein, die Aktivitäten tatkräftig zu unterstützen ohne bei der Forderung nach kommunalem Wahlrecht stehenzubleiben, sondern sie im Zusammenhang stellen mit der Forderung nach der völligen sozialen und rechtlichen Gleichstellung von Ausländern und Deutschen.

Besondere Vorsicht sollte dabei den bürgerlichen Parteien gelten. Denn sollte eine rechtliche Möglichkeit der Wahlbeteiligung geschaffen werden, werden diese die ersten sein, die sich um die ausländischen Kollegen „kümmern“, um die Stimmen einzusammeln. Deshalb gilt gleichzeitig, daß das Wahlrecht nur Sinn hat, wenn die ausländischen Gruppierungen auch selbst kandidieren können und somit selbst ihre Interessen vertreten.

In der Bundesrepublik leben über drei Millionen Ausländer, was einem Ausländeranteil von etwa 7% entspricht. Fast die Hälfte aller Ausländer leben, wohnen und arbeiten seit mehr als sieben Jahren in der BRD. Ende der 50er Jahre wurde damit begonnen, täglich hunderte von Frauen und Männern für die westdeutsche Wirtschaft anzuwerben. Für die Kapitalisten waren sie ein entscheidender Faktor, die Produktion zu erweitern und die Kapazitäten auszubauen. Die westdeutsche Bevölkerung verdankt ihrem relativen Wohlstand in großem Maß den Arbeitsmigranten.

Ausländerkommission KB-Hamburg
Ein Genosse aus Salzgitter

Krebs aus der Spraydose

Unter der Einwirkung chemischer Substanzen wird, zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der amerikanischen National Academy of Science (Nationale Wissenschaftsakademie - NAS), doppelt soviel Ozon in der Erdatmosphäre abgebaut, wie man noch im Jahr 1976 angenommen und vorhergesagt hat! Nach den neuesten Messungen und Berechnungen dürften 16 Prozent der Ozonschicht in den nächsten 40 Jahren zerstört sein, wenn die Fluorkohlenwasserstoffe (FKW) „Freon“, „Frigen“ oder „Kaltron“ (so die Handelsnamen) weiterhin als Treibgase für Spraydosen (desweiteren in Kühlschränken, Reinigungsmitteln und Kunststoffen etc.) verwendet werden. Die Gefahr dieser Chemikalien besteht darin, daß es sich hierbei um reaktions-träge, chlorhaltige Verbindungen handelt, die bis zur Stratosphäre aufsteigen (diese liegt in 12 bis 60 km Höhe) und dort unter Einwirkung ultravioletter Strahlen chemische Verbindungen mit dem Ozon eingehen und auf diese Weise das Ozonmolekül zerstören. Ohne diese Ozonschicht wären auf Grund der stark veränderten Klimas Katastrophen unvermeidbar. Der Stu-

die zufolge, soll sich der Ozonanteil in der Stratosphäre bis zum Jahr 2020 um 16,5% vermindert haben, wenn die Fluorkohlenwasserstoffe (FKW) unvermindert in die Atmosphäre gelassen werden. Diese Minderung, so haben Wissenschaftler ausgerechnet, „zöge eine Vermehrung der Ultraviolett-Einstrahlung um 30 Prozent nach sich ... (was) ... eine Zunahme der Hautkrebs-erkrankungen um 60 Prozent bedeuten“ würde („Spiegel“ 48/79).
Trotz dieser Gefahren hält der Weltverbrauch an FKW unvermindert an bzw. steigt sogar kräftig. Allein durch Spraydosen wurden 1977 rund 700 000 Tonnen der FKW-Treibgase in die Atmosphäre versprüht. Insgesamt waren es bis Ende letzten Jahres 9,2 Mio. Tonnen! (ebenda).
Und dies ist „keineswegs notwendig“, wie die Bundesregierung in ihrem Umweltgutachten von 1978 sehr richtig feststellt. Eine entscheidende Alternative wäre, um den Bedarf an Spraydosen einzudämmen (der Anteil der kosmetischen Sprays beträgt in der BRD etwa 70% des gesamten Spraymarktes), die Rückkehr zu Omas Flakon mit dem altbewährten Pump-

zerstäuber. Während man in den USA und Schweden dazu übergegangen ist, durch gesetzliche Regelungen den FKW Verbrauch einzuschränken, versucht man in der BRD die Kapitalisten zur freiwilligen Aufgabe dieser Treibgase zu bewegen, indem man Spraydosen, die keine FKW-Treibgase enthalten, mit einem „Umweltschutze-“ (dies ist kein Witz!) versehen läßt. Und dies, obwohl der Bundesregierung die Gefahr dieser Chemikalien durchaus bewußt ist. In ihrem Umweltgutachten von 1978 heißt es hierzu: „Selbst bei einem plötzlichen 100%igen Produktionsstopp für FKW wird die Wirkung der bisher emittierten FKW ihr Maximum erst nach einem Jahrzehnt erreichen und danach mit einer Zeitkonstanten von fast 100 Jahren abklingen“ (Umweltgutachten der Bundesregierung, April 78, Drucksache 8/1938, S. 175).
Unter dem Hinweis, daß Meßverfahren, „Veränderungen der Ozonschicht durch FKW von natürlichen Schwankungen zu unterscheiden“ frühestens in 10 bis 15 Jahren möglich“ sind, darf in der BRD munter weiter produziert werden, denn „be-

weisen“ kann man es nicht. Stattdessen werden dicke Reduzierungsstrategien (natürlich im Rahmen der EG, um den eigenen Profit nicht zu schmälern) und Forschungsprogramme erstellt, die die luftchemischen Veränderungen und ihre biologischen Folgen ermitteln sollen.
Die Finanzierung wird, so das Umweltgutachten, international von der Europäischen Gemeinschaft und dem Militärbündnis NATO (!!) getragen, was bedenklich stimmen muß. Im Vietnam-Krieg waren nämlich solche geologischen Erkenntnisse zur Kriegsführung ausgenutzt worden, indem durch Flugzeugabwürfe Wolken mit Trockeneiswürfeln oder Silberjodidkristallen „gepflpft“ wurden, um damit künstlichen Regen auszulösen. Durch die Folgen fanden Tausende von Vietnamesen durch Hunger und Überschwemmung den Tod. Vielleicht fällt ja auch hier militärisch Interessantes ab.

AKW-Nein-Kommission

Weitere Giftgasfunde!

Rund 100 Büchsen mit dem hochgiftigen Kampfstoff Lost sind in einem Waldstück bei Grafenwöhr/Oberpfalz in zwei Meter Tiefe gefunden worden. Ein erster Hinweis über ein hier möglicherweise angesiedeltes Giftgaslager hatten die Behörden bereits im Sommer dieses Jahres erhalten, nachdem in einer Kiesgrube bereits zwei Lost-Büchsen gefunden worden waren.
Das Innenministerium brüstet sich derzeit damit, daß es aus „Sicherheitsgründen mit Erfolg gelungen (sei), das Bekanntwerden des Lagerorts zu verhindern“ („Süddeutsche Zeitung“ - „SZ“, 29.11.).
Die Tarnhaltung geht sogar so weit, daß selbst die Stadtverwaltung von Grafenwöhr nicht einmal den genauen Lagerort kennt und sich deshalb auch für nicht zuständig erklären kann. Der eigentliche Grund des Schweigens dürfte darin liegen, daß

die Kampfstoffexperten sehr fundig geworden sind, denn im zweiten Weltkrieg war hier eine der „Nebeltruppen“ stationiert, die auf Befehl Hitlers hier Gasübungen durchführte.
In Schlierling bei Regensburg hingegen war eine Geheimhaltung nicht gelungen. Hier sind bisher über 300 Giftampullen mit dem Kampfstoff S-Lost gefunden worden. Den für die Behörden entscheidenden Hinweis auf dieses Lager gab ein ehemaliger SS-Mann, der dort nach Kriegsende gemeinsam mit anderen Gefangenen defekte Gasgranaten ausgraben und entschärfen mußte („SZ“, 30.11.).
Noch im April 1945 hatten hier 6 Millionen (!) Kilogramm hochgiftiger Giftgasstoffe gelagert! Obwohl eine der bisher gefundenen Ampullen leer war, erklären die Behörden, daß für

die Bevölkerung keine Gefahr bestehe. Schlierlings Bürgermeister Kattenbeck meinte, wenn das Gift sich jemals im Grundwasser befunden hätte, „dann wären wir schon tot“ (ebenda). Von Schlierling wurden die Giftampullen an einem geheimgehaltenen Ort zur Vernichtung (?) gebracht.
Essen: Blaukreuz- und Gelbkreuzkampfstoffe sollen heute noch auf dem Gelände der Firma Olsberg in Essen-Katernberg vergraben sein. Dies hat zumindest die DKP in einem Flugblatt behauptet und somit die Behörden in einen „heilsamen Zugzwang“ so der Leiter des Ordnungsamtes, Meusinger, gebracht. An einem anderen Ort im Essener Stadler Kelling ist der Kampfraumdienst mittlerweile an die Arbeit gegangen. Ein Sprecher dieser Behörde gab jedoch zu, daß noch weitere Giftgas-

lager in Baldenay und Kray seien, deren „Gefährdungsgrad“ für die Essener Bevölkerung natürlich „minimal“ sei („faz“, 29.11.).
Auch im Fall Stolzenberg gibt es eine erwähnenswerte Überlegung der Politiker zu berichten. So haben die Luftbildaufnahmen ergeben, daß im Erdbereich des Stolzenberg-Geländes weitere Munition in Glasbehältern lagert, die noch aufwendigere Bergungsmaßnahmen erfordern. Um dieser kostenaufwendigen Räumungsprozedur zu entgehen, bestehen derzeit Überlegungen das verneigte Gelände mit einer dicken Betonschicht abzudecken, wobei ungeklärt ist, „ob die Glasbehälter diesem Druck unbeschadet überstehen können“ („Hamburger Regional-Anzeiger“ 22.1.).

AAW-Nein-Kommission

AKW Fessenheim: Apocalypse und Widerstand



Nach den Meldungen über Risse in Reaktortuben des AKWs Fessenheim und 24 anderer französischer AKWs (s. AK 167), hat sich zwischenzeitlich das Ausmaß dieser Gefahren in dramatischer Weise weiter offenbart.
Der französische Atomingenieur S. Etémard hat enthüllt, daß eine mögliche Folge der Harrisburg des Bersten des Reaktors sein könne.
Diese Aussage ist deswegen brisant, weil Etémard vier Jahre lang Sicherheitspezialist der französischen Reaktorbaufirma FRAMATOME war und im Sommer 1978 zu der Gruppe von Wissenschaftlern gehörte, die im Auftrag von FRAMATOME die möglichen Folgen der Harrisburg untersucht hatte. Nach der Studie des FRAMATOME-Experten könne bei einem Bruch z.B. eines angerissenen Druck-

behälterstutzens der Kern nicht mehr gekühlt werden, er würde schmelzen und durch Kontakt mit Kühlwasser würde er in einer Explosion den Reaktorkessel sprengen. Ein Super-GAU!
Der Bruch einer schadhafte Rohrbodenplatte - so Etémard sei beispielsweise schon nach drei bis fünf Jahren zu erwarten. Das Fessenheim seit 1977 in Betrieb ist, und bei einem schon laufenden Reaktor die möglichen Bruchstellen weder kontrolliert noch reparierbar sind, ist das Dreieckslager von einer solchen Katastrophe unmittelbar bedroht.
Aus dieser Überlegung heraus fanden sich 15 Umweltschutzgruppen spontan zu Aktionen zusammen. An der Freiburger Haushalte ging ein Aufklärungsflugblatt. Am 23.11. wurde Regierungspräsident Nothel-

fer ein Fragekatalog überreicht, in dem darauf hingewiesen wurde, daß das Land Baden-Württemberg als Eigner der Stromerzeugerfirma BADENWERK, das finanziell am AKW Fessenheim beteiligt ist, durchaus auch über die Staatsgrenze hinweg zur Stilllegung des Katastrophenreaktors beitragen könne.
Als am 29.11. Vertreter der Umweltschützer - Nothelfers Antwort auf den Fragekatalog im Regierungspräsidium abholten, versuchte der Herr sie zu veräppeln. Die Schäden seien „kein Grund zu akuter Gefahr“, er stünde aber „in einer Reihe“ mit den AKW-Gegnern.
Über 1000 Freiburger, die die Delegation vor das Regierungspräsidium begleitet hatten, fanden diese „Antwort“ unverschämte und zogen des-

halb in einer spontanen Demonstration durch die Innenstadt. „Nothelfer heißt er - uns beschleißt er“, war eine beliebte Parole. Die Polizei flankierte den Demonzug, grüßte jedoch nicht ein.
Die Umweltschützer wollen jetzt weiter „am Ball“ bleiben. Seit dem 29.11. steht täglich eine Mahnwache im Strahlenschutzanliegen vor Nothelfers Amtssitz und informiert die Bevölkerung.
Am 8. und 9. Dezember findet eine Expertentagung zum Thema „Freiburg im Falle eines atomaren Unfalls“ statt.
Man wird das Gefühl nicht los, daß Freiburgs Innenstadt in den „langen Samstagen“ der Vorweihnachtszeit dieses Jahr kaum zur Einkaufsdylle verkommen wird.

Informationen nach „Badische Zeitung“, 19.11.79

Ein Genosse aus Freiburg

Wird in Brokdorf bald gebaut?

Letzte Woche gingen in Schleswig die Gerichtsverhandlungen über den Weiterbau des AKW in Brokdorf zuende.
Immer wieder waren Beweisanträge der Kläger abgelehnt worden, ja die AKW-Betreiber hatten selbst die Klageberechtigung einiger Kläger angezweifelt, obwohl beim Katastrophenfall keineswegs nur die nähere Umgebung des AKWs betroffen wäre.
Das Gericht hat sich für „unbefangen“ erklärt und will nur noch „formal“ beurteilen, ob die AKW-Betreiber allen gesetzlichen Pflichten nachgekommen sind. Dazu werden dann die Gutachten der Reaktorsicherheitskommission und des TÜV herangezogen, von denen bekannt ist, für wen sie begutachten.
Schon in den nächsten Tagen kann also (ggf. unter Auflagen) der Weiterbau gerichtlich verkündet werden.

Aus bisherigen Kämpfen lernen um die künftigen zu meistern!



„Warum kämpfen wir gegen Atomkraftwerke?“

In dieser Broschüre werden die politischen Hintergründe und Absichten des Atomprogrammes untersucht. Autarkie und das Ziel zur Atomkraft zu avancieren, Export von Atomanlagen und Atomare Zusammenarbeit sind die Grundlage für das „Bombengeschäft“.
Zur politischen Bedeutung des Atomprogrammes gibt es keine vergleichsweise gründliche und umfassende Arbeit.
48 Seiten A4 DM 2.-



Brokdorf - ein Exempel

Wer der Meinung ist, daß die brutalen Polizeiverfahren auf die Demonstranten in Brokdorf, Grohnde und anderswo nur das Produkt einzelner, besonders verhetzter Spezialeinheiten oder Polizeioffiziere war, wird durch die Veröffentlichung der internen Dienstanweisungen mit dieser Broschüre eines besseren belehrt. Diese Broschüre ist nicht nur für alle AKW-Gegner wichtig, sondern für alle, die die Rechtsentwicklung in der BRD mit Sorge betrachten.
87 Seiten A4 DM 3,50-



Kalkar am 24.9.

Kalkar am 24.9.77

In Kalkar hat der Atomstaat seine Macht demonstriert. Trotzdem fand die bisher größte Anti-AKW Demonstration mit mehr als 50.000 Teilnehmern aus dem In- und Ausland statt.
Neben dem Textteil ist in der Broschüre eine 34-seitige Bildokumentation enthalten, in der die bisher größte bundesrepublikanische Polizeireaktion eindrucksvoll belegt ist.
64 Seiten A4 DM 3,50

Rund 1.500 Westberliner Beschäftigte des Gesundheitswesens warnen vor AKW's

In einer Anzeige, die im „Tagesspiegel“ und in der „TAZ“ zum Auftakt des SPD-Parteitages erschien, fordern viele im Gesundheitswesen Beschäftigte „Kein Bau und Betrieb von Atomkraftwerken und Wiederaufbereitungsanlagen.“ Westberlin ist vom AKW Rheinsberg (70 km entfernt, bereits im Betrieb) und vom AKW Magdeburg (DDR, 100 km entfernt, im Bau) umgeben. Die „mehr als 100-fach gefährlichere Wiederaufbereitungsanlage“ in Gorleben liegt nur 130 km weit weg, „eine Strecke, über die radioaktive Teilchen bei westlichen Winden leicht nach Berlin getragen werden können. Westwinde sind bei uns besonders häufig.“ Sie weisen dann auf die Gefährlichkeit der künstlich erzeugten Radioaktivität hin, die viel gefährlicher ist als die natürliche, „weil die künstlich erzeugten strahlenden Teilchen vom Körper aufgenommen und angereichert werden.“ „Radioaktive Teilchen werden schon im Normalbetrieb eines Atomkraftwerkes ständig freigesetzt und erst nach bei Störfällen. Unfälle wie in Harrisburg hätten in Berlin katastrophale Folgen. Berlin läßt sich nicht evakuieren.“

Der Schutz der Bevölkerung ist in keiner Weise gewährleistet:
- Es gibt keinen öffentlich bekannten Katastrophenplan
- Es gibt keine dafür ausgebildeten Ärzte und Krankenpflegepersonal
- Es gibt keine entsprechend eingerichteten Krankenhäuser
Die medizinisch mögliche Hilfe ist gering. Einmal erfolgte Strahlenschaden lassen sich nicht mehr rückgängig machen.

Wir erklären daher:
Atomkraftwerke machen krank. Die Verantwortung hierfür tragen allein die Betreiber und Befürworter dieser Anlagen aus Politik und Wirtschaft.

Unsere besondere Verpflichtung gegenüber Leben und Gesundheit der Berliner Bevölkerung zwingt uns zu der Forderung
Kein Bau und Betrieb von Atomkraftwerken und Wiederaufbereitungsanlagen

Wir appellieren an die politisch Verantwortlichen für West-Berlin, sich für unsere Forderung einzusetzen. Dieser Text wurde von rund 1.500 Beschäftigten aus dem westberliner Gesundheitswesen unterzeichnet und ist unter der Federführung des Marburger Bundes (Landesverband Westberlin) der Marburger Bund ist eine ständige Ärzte-Organisation

Auf einer Pressekonferenz erklärte ein Arzt: „Es gibt nur eine sinnvolle Prophylaxe (Vorbeuge), die Abschaltung aller Atomkraftwerke.“

Gleichzeitig wurde erklärt, daß mit der Unterschriftenaktion nur der Auftakt gegeben worden ist. Im Rahmen des Gesundheitstages 1980, der parallel zum 83. Deutschen Ärztetag in Westberlin stattfindet, sollen Veranstaltungen zur Atomnagar aus Medizinern stattfinden

Boehringer-Hamburg: Umweltverpester will auf Entschädigung klagen

Der seit März dieses Jahres in der Presse regelmäßig bedachte Umweltverschmutzer „Boehringer“ in Hamburg-Billwerder nimmt immer skurrilere Formen an. Hatte der Konzern im Juli die ersten Bauern für das Vermarktungsverbot, das gilt nicht für Kleingärtner, von HCH (Hexachlorcyclohexan) verseuchtem Gemüse mit dem Hinweis, dies sei kein Schuldgeständnis, für die vernichtete Ernte entschädigt - 20 Tonne Potree im Wert von 75.000 Mark mußten vernichtet werden - will das Unternehmen nun diese Summe von der Hansestadt Hamburg zurückkriegen! Hintergrund dieser neuerlichen Entwicklung ist die Tatsache, daß das Vermarktungsverbot für HCH-verseuchtes Gemüse von den Hamburger Behörden, nach Meinung der Bauern, völlig willkürlich erlassen wurde. So haben Nachforschungen der 18 betroffenen Landwirte ergeben, daß holländisches Gemüse auf dem gleichen HCH-Verseuchung einem Vermarktungsverbot nicht unterzogen wurde und heute noch weiter importiert werden darf! Die Bauern haben nun eine Klage gegen die Hansestadt erhoben, in der sie die Rechtmäßigkeit ihres Vermarktungsverbot prüfen lassen wollen, Boehringer (!) übernimmt hierfür die Gerichtskosten und hat im Gegenzug die klagenden Bauern dazu verpflichtet, auf weitere Regreßansprüche gegen das Unternehmen zu verzichten! Während es den Gemüsehauern bei diesem merkwürdigen Pakt mit ihrem Umweltvergifter um die Wiederherstellung des angeknacksten Rufes und somit um die Wettbewerbsfähigkeit geht, umwerben kommt aus diesem Gebiet das meiste Frischgemüse Hamburgs, spekuliert Boehringer darauf, bei einem positiven Prozeßausgang ihrerseits die Hansestadt zu verklagen, um die an die Bauern geleisteten Entschädigungszahlungen von der Stadt zurückzulordern! Mit anderen Worten: Boehringer als Verursacher der HCH-Verseuchung käme, ohne einen Pfennig zu bezahlen (lediglich ein Bußgeldverfahren läuft noch), aus dem Umweltskandal heraus

hat Strafanzeige gegen Unbekannt wegen Körperverletzung und Verstoßes gegen das Bundesemissionschutzgesetz - gestellt. Grund: in ihrer Muttermilch, die sie von einem verdichteten Handelschemiker untersucht ließ, wurden HCH-Isomere in einer Menge von 0,87 Milligramm pro Liter (bei einem HCH-Gehalt von 0,1 mg/kg nicht mehr verkauft werden darf! Der Rechtsanwalt erklärte in einer Presseerklärung hierzu, daß dieser Weg gewählt wurde, „weil die HCH-Emissionen des Chemiewerkes Boehringer die und ihr Kind in ihrer körperlichen Unversehrtheit beeinträchtigen und an der Gesundheit beschädigen!“

Gesundheitsschäden bei Boehringer-Arbeiter

Derzeit wird von der Behörde eine Untersuchung geleitet, in der geklärt werden soll, wie gefährlich technisches HCH ist. Bisher ist angenommen worden, daß lediglich Gamma-HCH gesundheitsschädlich sei. Das HCH führt neben Leber- und Nervenschäden zu Mißbildungen bei Ungeborenen und ist zudem noch krebserregend. Das Pflanzenschutzmittel „Lindan“, das gamma-HCH enthält,

war 1973 für den Inlandbedarf gesetzlich verboten worden und darf seitdem nur noch für den Export hergestellt werden (s. AK 150). Die gesetzlichen Auflagen hatten seinerzeit nur für diesen Produktionsteil der Anlage gegolten. Nun sollen der jetzige Leiter des gewerbeärztlichen Dienstes in Hamburg, Dr. Horst-Ludwig Bräunow und der Arbeitsmediziner der Universität Hamburg, Professor Lehnert, untersuchen, inwieweit gesundheitliche Schäden auch vom technischen HCH, ein Isomeren-Gemisch aus alpha, beta und gamma HCH, ausgehen. Dieses von der Arbeitsbehörde geleitete Forschungsprojekt, das an 60 Testpersonen die Hälfte von ihnen sind Boehringer-Mitarbeiter - durchgeführt wird, soll noch in diesem Jahr abgeschlossen werden. Bisher liegen hier noch keine Messergebnisse vor, jedoch lassen die im Rahmen der HCH-Untersuchungen gemachten Benzoltests schimmern. „Dabei stellte sich heraus, daß bei 95 % (!) der Beschäftigten aus den betroffenen Produktionsbereichen Phenolabscheidungen im Urin gefunden worden waren.“ (Gewerkschaftsreport, 11/79) Hierzu muß man wissen, daß Benzol in der Liste der krebserregenden Stoffe ganz oben steht und Umweltmessungen der Behörden im Fall Boehringer eine 15-fache Grenzwert-Überschreitung der TA-Luft ergaben. (Alle Informationen nach „Umschau am Abend“, NDR II, 19.11.)

AKW-Nein Kommission

Radioaktive Gefahr für Berlin

Beschäftigte im Gesundheitswesen warnen die Berliner Bevölkerung vor der Gefahr einer radioaktiven Verseuchung durch Atomkraftwerke

In der Umgebung Berlins ist ein Atomkraftwerk (Rheinsberg, 70 km entfernt, bereits im Betrieb) ein Super-Atomkraftwerk (Stendal/Magdeburg, 100 km entfernt) im Bau. In Gorleben ist eine mehr als 100-fach gefährlichere Wiederaufbereitungsanlage für atomaren Müll geplant. Die Probebohrungen dafür werden bereits durchgeführt. Gorleben ist nur 130 km von uns entfernt - eine Strecke, über die die radioaktiven Teilchen bei westlichen Winden leicht nach Berlin getragen werden können. Westwinde sind bei uns besonders häufig.

Wissenschaftlich steht fest: Es gibt keine unschädliche radioaktive Strahlung. Schon eine niedrige Strahlenbelastung kann zu erhöhter Krankheitsanfälligkeit, zu Leukämie oder anderen Krebserkrankungen, sowie genetischen Schäden führen, die oft erst nach Jahren bzw. Jahrzehnten sichtbar werden.

Die durch atomare Anlagen künstlich erzeugte Radioaktivität ist viel gefährlicher als die natürliche, weil die künstlich erzeugten strahlenden Teilchen vom Körper aufgenommen und angereichert werden.

Die Gefahr durch diese Radioaktivität muß deshalb besonders ernst genommen werden. Radioaktive Teilchen werden schon im Normalbetrieb eines Atomkraftwerkes ständig freigesetzt und erst nach bei Störfällen. Unfälle wie in Harrisburg hätten in Berlin katastrophale Folgen. Berlin läßt sich nicht evakuieren.

Der Schutz der Bevölkerung ist in keiner Weise gewährleistet:
- Es gibt keinen öffentlich bekannten Katastrophenplan
- Es gibt keine dafür ausgebildeten Ärzte und Krankenpflegepersonal
- Es gibt keine entsprechend eingerichteten Krankenhäuser

Die medizinisch mögliche Hilfe ist gering. Einmal erfolgte Strahlenschaden lassen sich nicht mehr rückgängig machen.

Wir erklären daher:
Atomkraftwerke machen krank. Die Verantwortung hierfür tragen allein die Betreiber und Befürworter dieser Anlagen aus Politik und Wirtschaft.
Unsere besondere Verpflichtung gegenüber Leben und Gesundheit der Berliner Bevölkerung zwingt uns zu der Forderung:
Kein Bau und Betrieb von Atomkraftwerken und Wiederaufbereitungsanlagen

Wir appellieren an die politisch Verantwortlichen für West-Berlin, sich für unsere Forderung einzusetzen.

Dieser Text wurde vom Vorstand des Landesverbandes Berlin des Marburger Bundes und rund 1500 Beschäftigten des Berliner Gesundheitswesens unterzeichnet, wobei in der heute im Berliner „Tagesspiegel“ erschienenen Anzeige nur ca. 1.000 Namen veröffentlicht werden konnten. Wegen „Adressenunleserlichkeit“ und der teilweise deutl. artikulierten Angst, selbst einen so harmlosen Text zu unterschreiben (s. letzte Rubrik).

Kontakt: Heute Hackelberg, Heilbronn-Str. 13, 1 Bln 30, Tel. 211 35 37

Vorname _____

Name _____

Beruf _____

Anschrift _____

Unterschrift _____

Ich bin an der Veröffentlichung meines Namens in dieser Anzeige interessiert

Unterschrift _____

Strafanzeige wegen Muttermilch-Versuchung

Eine Anwerberin, die ein sieben Monate altes Kind weihen will, ist mit einer Strafanzeige wegen Körperverletzung und Verstoßes gegen das Bundesemissionschutzgesetz - gestellt.

Sozialistische Gesellschaft und ökologische Kritik

- Bescheidenen Versuch einer Gegenüberstellung -

Gibt es eine „Übernahme bürgerlicher Fortschrittsfähigkeit“ im Ideen-Bereich des Marxismus-Leninismus? Dem Vorwurf an die Kommunisten aus ökologischer Sicht, den u.a. Ulrich in seinem Buch „Weltneue“ erhebt und der Genosse Pet, im AK 165 übernimmt, möchte ich hier einiges entgegenhalten.

So schreibt Ulrich: „Es gibt keine untere Grenze der Produktivkraftentfaltung, die den Sozialismus unmöglich macht, sondern eine obere Grenze.“ (1)

Ist also ein „Steinzeit-Sozialismus“ möglich? Engels hält dagegen: „Die Spaltung der Gesellschaft in eine ausbeutende und eine ausgebeutete, eine herrschende und eine unterdrückte Klasse war die notwendige Folge der früheren geringen Entwicklung der Produktion. Solange die gesellschaftliche Gesamtarbeit nur einen Ertrag befert, der das zur notwendigen Existenz aller Erforderliche nur um wenig übersteigt, solange also die Arbeit alle oder fast alle Zeit der großen Mehrheit der Gesellschaftsglieder in Anspruch nimmt, solange teilt sich die Gesellschaft notwendig in Klassen. Neben dieser ausschließlich der Arbeit frönenden Mehrheit bildet sich eine von direktproduktiver Arbeit befreite Klasse, die die gemeinsamen Angelegenheiten der Gesellschaft besorgt: Arbeitsteilung, Staatsgeschäfte, Justiz, Wissenschaft, Künste usw.“ (2). Auch der leninistische Tradition gewiß unverdächtige Herbert Marcuse bestätigte Engels: „Technischer Fortschritt ist objektive Notwendigkeit für den Kapitalismus sowohl wie für die Emanzipation. Letztere ist abhängig von einer Weiterentwicklung der Automation bis zu dem Punkt, wo die herrschende „Ökonomie der Zeit“ (Bahro) umgestürzt werden kann: freie, schöpferische Zeit als Lebenszeit.“ (3)

Wie soll auch das Volk an der sozialistischen Demokratie beteiligt werden, wenn alle 12 Stunden am Tag malochen? Unmöglich ist es nicht, aber schwierig. In der durch Krieg und Bürgerkrieg ins Mittelalter zurückgeworfenen jungen Sowjetunion mußte nicht nur die Bevölkerung bis zum Umfallen aushalten, sondern auch der Großteil der kommunistischen Kader wurde in der Produktion umschult. Die Möglichkeit, Diskussionen um die sozialistische Perspektive des Landes intensiv zu führen, hatten nur wenige, von jenen Aufgaben freigestellte Genossen. Dies erleichterte den Absonderungsprozess einer Führungsschicht von der Parteibasis und vom Volk.

„Theorie der Produktivkräfte“

Ein möglicher Umkehrschluß, daß bei entsprechend ausgereiften Produktivkräften die sozialistische Demokratie vom Himmel fällt, ist natürlich ebenso unsinnig. Die Art und Weise, wie unter Stalin und Hua modernisiert wurde und wird, fördert den gesellschaftlichen Klassendifferenzierungsprozess nämlich. Und Chruschows „Gulaschkommunismus“, der in jedem Jahr den Westen an Wohlstand und Produktionsvolumen ein-, bzw. gleich überholen wollte, hat eine der traurigsten Karikaturen sozialistischer Utopie und Menschlichkeit hervorgebracht: den „realen Sozialismus“.

Hier ist die bürgerlich-ökologische Kritik verständlich und angebracht. Der Adressat darf jedoch nicht Marxismus heißen, es ist der Revisionismus.

Die von ihm entwickelte Theorie der Produktivkräfte kennzeichneten die Genossen der Kulturrevolution folgendermaßen: „Die Wirtschaft ist wichtiger als die Politik.“ „Die Produktion soll an die erste Stelle gesetzt werden.“ (4) Heraus kam die realsozialistische „Tonnenökologie“, die ähnlich wie der Kapitalismus die Qualität einer Gesellschaft an ihren Pro-

duktionsquantitäten mißt.

Die Arbeiter von Shanghai hielten dem entgegen: „Wir wollen die Herren der Kasse sein und nicht die Sklaven der Tonnage.“ Die Menschen sollen also nicht mehr „Zubehör einer Maschine“ (Engels) sein. Die Entwicklung von Mensch und Gesellschaft hin zum kommunistischen Ideal steht im Mittelpunkt.

So lehnten Arbeiter in der Kulturrevolution die Einführung ausländischer Patente ab und wollten selber die Maschinen entwickeln und modernisieren. Dies mag kurzfristig unrentabler sein, baut aber die Entfremdung Mensch-Maschine ab. Gleichfalls wurde die Betriebsleitung durch Experten durch eine kollektive Betriebsführung zumindest ansatzweise ersetzt. Auch dies mag kurzfristig Produktionsrückgang bedeuten, befähigt aber mittelfristig die Arbeiter zur Leitung der Produktion.

In den Schulen wurde die Leistungsbeurteilung abgebaut. Revolutionäres Bewußtsein und sozialistischer mitmenschlicher Umgang zählte genauso viel wie technisches Wissen. „Die Politik hat notwendigerweise das Primat gegenüber der Wirtschaft. Anders argumentieren heißt das ABC des Marxismus verlernen“ (Mao).

Beim Aufbau des Sozialismus wurde dieser Leitsatz oft ignoriert bzw. als „Politik“ nur die tagepolitischen Kampagnen der Parteiführung angesehen, anstatt auch die kommunistische Weiterentwicklung der Gesellschaft und des Einzelnen. Dies gibt es genauer zu untersuchen für die sowjetische und chinesische Aufbauphase.

Quellen

- (1) Ulrich, Weltneue, S.102
- (2) Anti-Dühring, S.262
- (3) Marcuse, Die Angst des Prometheus in Neuen Forum 307/8
- (4) Die Beispiele und Zitate aus F.A. Schach Chinas sozialistischer Weg, Fischer-Verlag

Jä./KB-Gruppe Freiburg

Unruhe im Hamburger Hafen

Tarifrunde im Zeichen der Rationalisierung

Hamburg: Drei Tarifverträge laufen in diesem Jahr im Hafen aus: der Lohnstarif, der Rahmentarif (regelt die Arbeitsbedingungen) und der Eingruppierungstarif. Letzteren hat die Gewerkschaft ÖTV allerdings nicht gekündigt. Doch schon die Auseinandersetzung um die ersten beiden hat gereicht, große Unruhe unter den 4.300 Kollegen der IHILA, dem größten Hafenbetrieb der BRD, auszulösen.

Am 20. November erfuhren die Kollegen aus einem Flugblatt der ÖTV, daß diesmal nicht nur die Gewerkschaft, sondern auch die Unternehmer Forderungen aufstellen. Sie wollen die Arbeitsbedingungen im Hafen verschlechtern. Im einzelnen:

sollen Pflichtüberschichten zum Schichtwechsel nach der 2. Schicht - also ab 23 Uhr - eingeführt werden

die Verpflichtung auf 2 Schicht zu gehen, soll von jetzt 15% auf 38,9% im konventionellen und 33,4% im Containerbereich erhöht werden

die Verpflichtung zur Nachschicht soll auf 5,5% bzw. 16,7% in diesen Bereichen erhöht werden, statt bisher nur an einem Tag in der Woche

im Container-Bereich soll diese Regelung als Konti-Schicht (Besetzung rund um die Uhr, das Wochenende eingeschlossen) eingeführt werden

Diese Forderung nach Verschärfung der Arbeitsbedingungen findet vor dem Hintergrund einer Entwicklung statt, von der Ex-Wirtschaftssenator Kern (heute IHILA-Vorstandsvorsitzender) 1977 sagte, daß am Ende man „keinen traditionellen Hafenbetrieb mehr haben werde“. Zusammenlegung von einzelnen Schuppen zu Terminals, dabei „Freisetzung“ von Angestellten, Abbau der „Gangstärken“ (Anzahl der mit einer bestimmten Arbeit Befähigten), Abbau von Pausen, Abbau von Zulagen, Schließen „überholter“ Abteilungen, Umstellung im Großformat auf EDV, Versuch, bei den Handwerksbetrieben Akkord einzuführen.

Schließlich strich der Vorstand vor einem halben Jahr eine der Sozialleistungen, die in der Vergangenheit die IHILA und Generationen von Betriebsratsführern als „sozialer Vorseiter“ bezeichnet: das Erholungsheim Suedorf, in dem jeder IHILA-Kollege einmal in seinem Leben 14 Tage kostenlos Urlaub verbringen konnte.

Die Idee setzte sich durch, daß auch die Kollegen aus allen Nebenbetrieben am Burchardkai in der „Halben“ in der Kantine treffen und dort eine Protestversammlung abhalten.



Mittagspause am 20. November in der Kantine am Burchardkai

Die ÖTV-Führung wipelt ab

Den Protest gegen die Schließung des Erholungsheims orientierte die ÖTV-Führung auf die Aufsichtsratswahl. Die fand zwei Monate später statt und erklärte sich für nicht zuständig. Die Protestluft war damit erst mal raus.

Auch die Forderungen zum Rahmentarif orientierten sich mehr an den angeblichen Erfordernissen der „Wirtschaftlichkeit“, als an den Forderungen der Kollegen. Jede Forderung zum Abbau der Samstagsarbeit fehlte, dafür sollte die Einführung einer in Schichtplänen geregelten 3. Schicht dort, „wo es zur Sicherung der Arbeitsplätze notwendig sei“, enthalten sein. Die protestierenden ÖTV-Vertrauensleute erreichten, daß dies weggelassen wurde. Stattdessen wird jetzt die ersatzlose Streichung der Regelung zur 3. Schicht und eine Teilforderung zum Abbau der Samstagsarbeit aufgenommen. Statt der für den Hafen angeblich „unrealistischen“ Forderung nach der 35-Stundenwoche wurde die nach 6 Wochen Urlaub aufgestellt.

Am 22. Oktober eröffnete die ÖTV-Führung schließlich die Diskussion um die Lohnstarife mit einem Forderungsvorschlag von 8%. Eine Festgeldforderung wurde mit dem Hinweis darauf, sie führe zur „Entsolidarisierung“ (oho!), abgelehnt.

Die Kollegen kommen in Wallung

Das ÖTV-Flugblatt löste überall heftige Diskussionen aus. An vielen Schuppen bzw. Stellen fanden in der „Halben“ (Mittagspause) Versammlungen statt, auf der ein eigener Forderungsvorschlag festgelegt und der Vertrauensmann verpflichtet wurde diesen in der Vertrauensleute-Sitzung zu vertreten. Dabei kam es auch vor, daß der eine oder andere Vertrauensmann für eine Prozent-Forderung plädierte, aber von seinen Kollegen auf 250 DM mehr für alle festgelegt wurde, auf die sich Kollegen und Vertrauensleute verschiedener Bereiche verständigt hatten.

Am Container-Terminal Burchardkai (großter Terminal im Hafen) unterschrieben fast alle anwesenden Arbeiter und auch ein Teil der Angestellten eine Unterschriftenliste für 250 DM (etwa 600 Unterschriften). Die treuen Gefolgsleute der Gewerkschaftsführung sorgten allerdings für eine Polarisierung des im Jahr davor einheitlichen Willens für eine Festgeldforderung so daß die Abstimmung ob Festgeld oder Prozente auf der Vertrauensleute-Sitzung vom 14. November 34:34 I ergab.

Die Vertrauensleute-Lösung wette dies als Abgabe an die Festgeldforderung, obwohl die Abstimmung angezweifelt wurde, da noch nicht einmal die Anzahl der Abstimmungsberechtigten festgehalten worden war. Dann allerdings unterlag die Lösung mit ihrem 10%-Vorschlag. Die Mehrheit war für 12%.

Am 20. November erschien dann das Flugblatt der ÖTV mit der endgültigen Lohnforderung von 8,5% und zusätzlich dem Forderungspaket

gültigen Lohnforderung von 8,5% und zusätzlich dem Forderungspaket des Vorstands zum totalen Ausbau der Schichtarbeit. Das schlug ein wie eine Bombe. Teilweise ging es um eine Forderung der Gewerkschaft nach einer Ausweitung der Schichtarbeit.

Die Idee setzte sich durch, daß auch die Kollegen aus allen Nebenbetrieben am Burchardkai in der „Halben“ in der Kantine treffen und dort eine Protestversammlung abhalten.

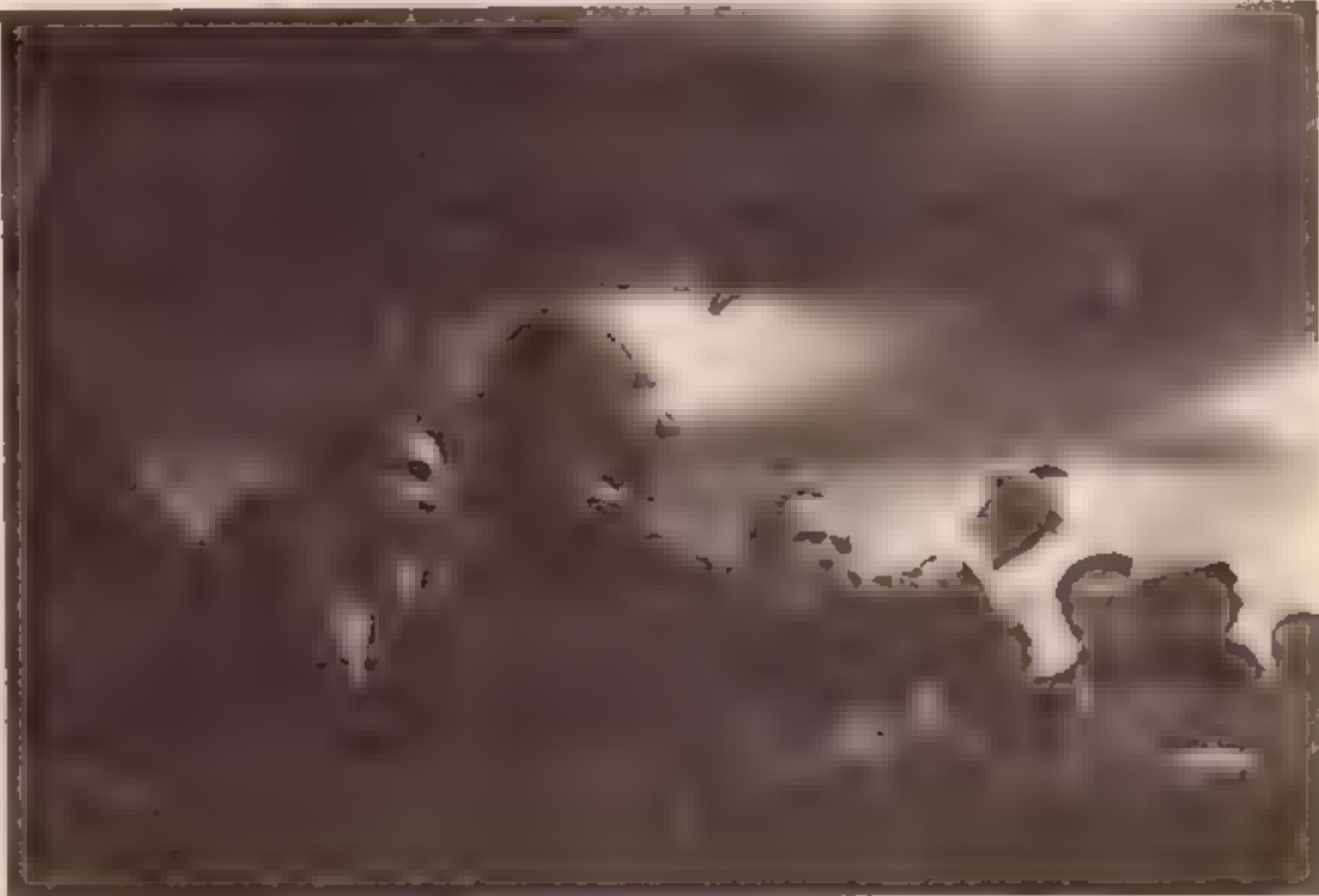


Mittagspause am 20. November in der Kantine am Burchardkai

Die ÖTV-Führung wipelt ab

Den Protest gegen die Schließung des Erholungsheims orientierte die ÖTV-Führung auf die Aufsichtsratswahl. Die fand zwei Monate später statt und erklärte sich für nicht zuständig. Die Protestluft war damit erst mal raus.

Auch die Forderungen zum Rahmentarif orientierten sich mehr an den angeblichen Erfordernissen der „Wirtschaftlichkeit“, als an den Forderungen der Kollegen. Jede Forderung zum Abbau der Samstagsarbeit fehlte, dafür sollte die Einführung einer in Schichtplänen geregelten 3. Schicht dort, „wo es zur Sicherung der Arbeitsplätze notwendig sei“, enthalten sein. Die protestierenden ÖTV-Vertrauensleute erreichten, daß dies weggelassen wurde. Stattdessen wird jetzt die ersatzlose Streichung der Regelung zur 3. Schicht und eine Teilforderung zum Abbau der Samstagsarbeit aufgenommen. Statt der für den Hafen angeblich „unrealistischen“ Forderung nach der 35-Stundenwoche wurde die nach 6 Wochen Urlaub aufgestellt.



Die Kollegen kommen in Wallung

brachte, schließlich eine Sitzung einzuberufen. Alles sollte aus beruflichem Munde erklärt werden, und so nahmen beide Hafensekretäre und der Hamburger ÖTV-Chef Horst Matthiesen persönlich daran teil. Die Stimmung unterschied sich allerdings nicht wesentlich von der Stimmung auf der Kollegen-Versammlung am Burchardkai. Die Vertrauensleute forderten eine unmissverständliche Stellungnahme der ÖTV zu den IHILA-Plänen. Matthiesen wurde das Versprechen abgerungen, daß im Rahmentarif keine Verschlechterungen abgeschlossen werden sollten. Auch eine schriftliche Information der Kollegen darüber mußte er versprechen. Andererseits deutete Matthiesen auch schon eine mögliche Hintertür an: man könne die Arbeitgeber natürlich nicht am Reden hindern und rausgehen aus einer Verhandlung könne man ja auch nicht einfach. Die Diskussion um die Aufstellung der Lohnforderung wurde zur Grundsatzfrage.

Um die Aufstellung der Lohnforderung wurde zur Grundsatzfrage in der Kollegenformalserie das Motto: Man muß sehen, was die Kollegen wollen und nicht immer in der Gewerkschaft. Mehrfach wurde Aufzeichnung darüber verlangt, welche IHILA mit welcher Organisation was für eine Forderung aufgestellt haben. Denn daß bei einer solchen genauen Prüfung keine 8,5% rauskommen würden, lag auf der Hand. Anstatt nun diese Zahlen vorzulegen, ließ Hafensekretär Rumpel die Kasse aus dem Saal. „Es gehe gar nicht um diese Zahlen. Die Garantie dafür, daß der Vorgang demokratisch war, liegt darin, daß die verantwortlichen Funktionäre gewählte Leute sind. Laut Satzung habe der geschäftsführende Hauptvorstand letzten Endes die Entscheidung und Verantwortung in der Hand, ein Imperatives Mandat (bei dem sich die Vertreter an den Willen ihrer Kollegen halten müssen) geben es nicht.“

Wofür diskutieren wir hier denn eigentlich? Ein Kollege stellte fest, daß die ÖTV-Führung, wenn sie sich in einem zu streuen Sinn an die Satzung hält, gar keine Diskussion in den Betrieben machen bräuchte. Auf diese Art und Weise mache die Gewerkschaftsführung aus Teilen der eigenen Gewerkschaft Kleinhirn.

Während die Versammlung zu diesen Worten Belfall klatschte, verstieg sich der ÖTV-Chef Matthiesen zu der Reaktion, daß diejenigen, denen das so nicht passe, ja aus der Gewerkschaft austreten könnten! Mit diesem groben und unsachlichen Einschüchterungsversuch konnte H. Matthiesen die Diskussion aber nicht abwürgen, sondern provozierte nur eine weitere Welle von Diskussionsbeiträgen, die die Kritik am undemokratischen Meinungsbildungsprozeß bestärkten. (zitiert aus „Alternative 35“)

Während die Versammlung zu diesen Worten Belfall klatschte, verstieg sich der ÖTV-Chef Matthiesen zu der Reaktion, daß diejenigen, denen das so nicht passe, ja aus der Gewerkschaft austreten könnten! Mit diesem groben und unsachlichen Einschüchterungsversuch konnte H. Matthiesen die Diskussion aber nicht abwürgen, sondern provozierte nur eine weitere Welle von Diskussionsbeiträgen, die die Kritik am undemokratischen Meinungsbildungsprozeß bestärkten. (zitiert aus „Alternative 35“)

Während die Versammlung zu diesen Worten Belfall klatschte, verstieg sich der ÖTV-Chef Matthiesen zu der Reaktion, daß diejenigen, denen das so nicht passe, ja aus der Gewerkschaft austreten könnten! Mit diesem groben und unsachlichen Einschüchterungsversuch konnte H. Matthiesen die Diskussion aber nicht abwürgen, sondern provozierte nur eine weitere Welle von Diskussionsbeiträgen, die die Kritik am undemokratischen Meinungsbildungsprozeß bestärkten. (zitiert aus „Alternative 35“)

Auf dem richtigen Weg

Die Rolle der „Alternative“ in diesen Auseinandersetzungen ist erheblich. Denn die Mobilisierung der Kollegen ist ein Prozeß, der mit dem „Vorwachen“ der Alternative Kollegen, daß man sich wehren kann und mit der kontinuierlichen Herausgabe einer Zeitung über jetzt vier Jahre, verbunden ist. Diese konkrete Arbeit führte zum Erfolg bei der letzten Betriebsratswahl, der Erfolg war wiederum Grundlage für weitestgehende Aktivitäten. Der Stand der Alternative-Kollegen im Vertrauenskörper war

früher z.B. sehr schwach, während heute des öfteren Alternative Kollegen in Sachfragen akzeptierte Sprecher für einen großen Teil, manchmal sogar die Mehrheit der Vertrauensleute sind. Am Burchardkai, wo die Alternative am stärksten verankert ist, haben die Kollegen an fast allen Dienststellen neue Vertrauensleute gewählt, die zum Schrecken der Alt-eingesessenen alle freundschaftlich und erfolgreich mit den Alternative-Kollegen zusammenarbeiten.

Die Schwächen began da, wo es darum geht, Neuland zu betreten. Das beginnt im eigenen Betrieb bei Kontakt zu interessierten Kollegen, die bisher nicht so im Blick waren. Vor allem aber gilt diese Schwäche gegenüber anderen Hafenbetrieben in Hamburg, Bremen u.a. Häfen. Weil dort der Stand der Auseinandersetzung niedriger ist, setzt auch die

ÖTV beispielsweise bei der Aufstellung der Lohnforderung dort viel eher ihren Willen durch und spielt dann die verschiedenen Betriebe gegeneinander aus.

Welch langer Weg noch bevorsteht, wurde ein paar Tage nach der Vertrauensleute-Sitzung klar, als die Kollegen zuerst in der „Morgenspost“, dann erst von der ÖTV erfahren, daß diese inzwischen schon eine neue Regelung zur oben erwähnten Forderung nach sechs Wochen Urlaub mit dem Unternehmer-Verband abgeschlossen hat (6 Wochen erst ab 40 Jahre, ansonsten zwischen 26 und 28 Tagen Urlaub).

Dies ist eine glatte Verarschung der Vertrauensleute, denen auf die Frage nach dem Verhandlungsstand gesagt worden war: wir wissen von nichts!

Hafenzeile/KB Hamburg

Tarif-Telegramm

Neue Forderungen.

Hamburg: Vertrauensleute AIG 175 DM oder 1,- DM/Stunde, mindestens 8 %, IGM-Jugend/OJA 170 DM 8 %, mindestens, Anbindung der Auszubildendenvergütung an die Facharbeiterlöhne, VK-Leitung Süß GmbH 250,-DM mindestens, 11 Monate Laufzeit, Wegfall der Lohngruppen 2 und 3, VK Biohm + Voss 11,5 %, Siemens Zentralniederlassung HH 13 %, mindestens 200,- DM, Laufzeit 11 Monate.

Bremen: VK Daimler-Benz 13 % mindestens 175,- DM, Hannover: IGM-Bezirksleitung Niedersachsen für das Metallhandwerk 10,5 %.

Bielefeld: VKs Güdemeyer und Thyssen-Rhein Stahl. 200,- DM oder 12 %.

Westberlin: IGM-Mitgliederversammlung Solox: 12 %, mindestens 200,- DM, Mitgliedervers. Berthold AG 13 %, mindestens 200,-DM, 100,-DM für Azubis, Streichung der Lohngruppen 1 und 2, VK AEG Hauptverwaltung: 200,-DM; VK-Leitung Beckum (Werk 1): 13 %, mindestens 225,- DM, Gillette VK 13 %, mindestens 200,- DM, VK DWM-Copeland 13 %, einmaliger Nachschlag 200,- DM.

Siegen: Vertreterversammlung Festgeld und Streichung der Lohngruppe 3.

Olpe: Vertreterversammlung. 9,5 %, mindestens 150,- DM, Kassel: Heizungsbau-Handwerk 8 % mindestens 175,- DM, Essen: Delgertenkonferenz IGM-Jugend: 170,- DM, mindestens 8 %.

Dortmund: VK-Vollversammlung der drei Hoesch-Hütten. 12 %; Köln: VK DIAC/Kolb: 12 %, mindestens 180,- DM, Vertreterversammlung. 10 %, mindestens 153,- DM, Neumünster: Pierburg Sockelbetrag 100,- DM plus 4,5 %.

Kreisheim: 1000 Vertrauensleute Opel. 250,- DM für alle, bezahlte Erholungszeiten.

Frankfurt: Betriebsrat Fa. Emde 170,- DM, mindestens 8 %; VK Braun AG (zwei Werke): 9,7 %, mindestens 150,- DM; VK Siemens (Zentralniederlassung). 150,- DM,

mindestens 9 %, VK Klusch & Co 13 %, mindestens 200,- DM, Tarifkommission Klimatechnik Hohen 8 %, mindestens 175,- DM, VK Hartmann & Braun (Werk Bockenheim): 150,- DM, mindestens 9 %, VK AEG (Forschung): 10 %, mindestens 200,- DM, VK Deutsche Carbon 13 % mindestens 200 DM, VK Adlerwerke: 11 % mindestens 1 DM/Std, VK ATE 230, DM Festgeld; Ortsjugendausschuß 1. und 2. Lohnjahr 90,- DM, 3. und 4. Lohnjahr 70,- DM.

Ludwigshafen: VK Fa. Wolpert 170 DM, mindestens 8 %, Traunreut: Mitgliederversammlung aller örtlichen Metall-Betriebe 10,8 %;

Konstanz: VK Computergesellschaft Konstanz 10 %, mindestens 170 DM, Augsburg: Vertreterversammlung 12 %, 12 Monate Laufzeit.

Nürnberg: VK Faun-Werke. 10 %, MAN: 11 %, Bosch, AEG-Kanis, Müller & Weigert. 12 %, Almetall 10 %.

Noch Nachschlag

Trotz der von den Gewerkschaftsführern zur Beruhigung der Kollegen vorverlegten Tariffdiskussion gibt es hartnäckige Kollegen, für die der Nachschlag noch nicht gestorben ist. Bei der Firma Mahle (Kolben und Zylinder) in Stuttgart-Bad Cannstatt haben über 500 Kollegen, Männer und Frauen, in drei Werken für mehrere Stunden gestreikt, um die Gesprächsbereitschaft ihrer Geschäftsleitung zu befeuern. Schon einige Zeit waren die von der Belegschaft geforderten Verhandlungen immer wieder verschleppt worden. Nachdem sich niemand von der Geschäftsleitung blicken ließ, gab es zunächst eine einstündige ergebnislose Verhandlung mit dem Betriebsrat. Die Kollegen bestanden aber darauf, daß sie der Betriebsleitung selbst ihre Meinung sagen wollten und setzten den Streik fort, bis schließlich doch jemand vorbeikam. Erst als unverzügliche Verhandlungen mit dem Gesamtbetriebsrat zugesagt wurden, gingen die Kollegen wieder an die Arbeit. Wir wünschen viel Erfolg!

Metall-Kommission

AEG-Sanierung vor dem Höhepunkt:

Großbanken übernehmen die AEG

Auf der Aufsichtsratsitzung der AEG am 3. Dezember wurden die Weichen für den letzten entscheidenden Teil der AEG-Sanierung gestellt. Nachdem bereits in diesem Jahr 6.000 Arbeitsplätze abgebaut worden sind, sollen nächstes Jahr weitere 13.000 folgen. Das Verwaltungspersonal soll umgehend um 20 % gekürzt werden. Darin noch nicht enthalten sind die Stilllegungs- und Personalabbaupläne für den Motorenbau und für Tochtergesellschaften der AEG, wie die Olympia-Werke, Hartmann + Braun und andere.

Weiterhin ist geplant, das Grundkapital der AEG erst herabzusetzen und dann wieder aufzustocken. Das geschieht so: Die bisherigen Aktionäre (vorwiegend Kleinaktionäre) bekommen für drei alte AEG-Aktien jeweils eine neue. Anschließend nimmt dann ein Bankenkonsortium unter der Führung der Dresdner Bank eine Kapitalaufstockung um 100 % vor. Damit sind dann die Banken die Mehrheitsaktionäre. Faktisch haben sie allerdings schon immer die Geschäftspolitik des AEG-Konzerns bestimmt und Millionen-Profiten dabei erzielt.

Daß der Vorstandsvorsitzende Cipa von der AEG seinen Rücktritt erklärte, wird von den bürgerlichen Zeitungen als große Überraschung angesehen. Daß dieser Schritt praktische Auswirkungen auf die weiteren Entlassungen haben wird, ist nicht anzunehmen, zumal er erst im August des nächsten Jahres gehen wird und bis dahin sein Sanierungskonzept durchgezogen haben will.

In einer ersten Stellungnahme nach der Aufsichtsratsitzung verurteilte Georg Benz, Mitglied des IGM-Vorstands, die Entlassungspläne und kündigte an, den Kampf dagegen aufzunehmen. Selbst der AEG-Vorstand erklärte, daß das Konzept nicht mit dem „Arbeitnehmer-Flügel“ abgestimmt sei.

Einen Tag nach den Beschlüssen demonstrierten die Beschäftigten des AEG-Werkes Esslingen. Sie sind nicht gewillt, die Reassurancen hinzunehmen und wollen endlich Klarheit darüber haben, was mit ihnen geplant ist.

Vorgeschichte: Wie kam es zur Krise?

Seit Anfang der sechziger Jahre hat der AEG-Telefunken-Konzern seinen Herrschaftsbereich immer mehr ausgeweitet. 1967 setzte der Konzern zum großen Sprung nach vorn an, um sich in Konkurrenz zu Siemens entscheidende Marktanteile zu sichern. Von 1967 bis 1973 kaufte der AEG-Vorstand, auf Beschluß des Aufsichtsrats, Anteile an 42 inländischen Unternehmen.

Das Geld hierfür kam aus Krediten der Banken. Die Finanzschulden des Konzerns stiegen von 877 Millionen DM 1968 auf knapp 3 Milliarden DM 1974.

Die Banken strichen dabei Millionen an Zinsen ein. 1967 zahlte der AEG-Konzern 67 Mio. DM Zinsen und 1973 bereits 318 Mio. DM an die Banken.

1970 wurde dann vom Aufsichts-

rat in dem vor allem die Vertreter der Banken (Dresdner Bank, Deutsche Bank, Commerzbank) sitzen, versucht, den Expansionsdrang der AEG etwas abzuschwächen, weil sich abzeichnete, daß die AEG diese Belastungen nicht ohne weiteres verkraften kann. Man setzte den alten Vorstandsvorsitzenden ab und als Vorsitzenden in den Aufsichtsrat, damit hatte er praktisch die Kontrollfunktion über den, der seine Geschäftspolitik korrigieren sollte.



1974 mit der allgemeinen Wirtschaftskrise in der BRD stockte auch bei der AEG der Absatz und damit die Profitentwicklung. Der AEG-Konzern war plötzlich nicht mehr in der Lage, seine bisherige, auf Expansion ausgelegte Geschäftspolitik beizubehalten. Der Konzern hatte 1974 einen Bilanzverlust von 286 Mio. DM und zahlte an seine Aktionäre keine Dividenden mehr aus. Weiterhin gezahlt wurden allerdings die Zinsen (1974 = 364 Mio. DM) an die Banken. Die Banken hatten auch keinen nennenswerten Aktienanteil, die Aktionäre waren rund 180.000 Kleinaktionäre. Dennoch bestimmten die Banken von jeher die Geschäftspolitik, da die Kleinaktionäre ihre Aktien bei den Banken deponiert haben und ihr Stimmrecht ebenfalls an die Banken übertragen.

Die Großbanken leiteten dann eine

rigorose Wendung ein: Vorstandsvorsitzender Ponto von der Dresdner Bank übernahm den Posten des Aufsichtsratsvorsitzenden im AEG-Konzern und setzte Herrn Cipa als ersten Besen im AEG-Vorstand ein.

Ab 1975: Die knallharte Sanierung beginnt

Cipa hatte erst drei Wochen zuvor,

ungen für die Übernahme von Gelsenberg-Mitarbeitern durch andere Unternehmen abgeschlossen“ (Cipa am 16.7.75 auf der Gelsenberg-Hauptversammlung).

Stellt sich so der Herr Cipa auch nächstes Jahr seinen Abgang bei der AEG vor?

Cipa organisierte als erstes die zentralen Entscheidungswege im Konzern neu. Alle wichtigen Kompetenzen

Anteils der Kraftwerks-Union an Siemens. Der AEG-Konzern hatte versucht, weiter im Milliarden-Geschäft der Atomkraftwerke mitzumischen, war aber nicht mehr in der Lage, die entsprechenden Investitionen dafür aufzubringen. Cipa hat lange versucht, andere Möglichkeiten zu finden (z.B. Verpfändung des AEG-Anteils an ein Bankenkonsortium). Das Aussteigen aus der Kraftwerks-Union zog dann einen Rattenschwanz hinter sich her: Siemens wurde praktisch der Alleinhersteller von AEWs und ließ auch die Unteraufträge an Siemens-Unternehmen erzielen. Dadurch verlor u.a. die Hartmann & Braun AG (AEG-Anteil 75 %) diverse Aufträge und führte Massenkündigungen durch.

Was will Cipa 1980 noch stilllegen und abbauen?

Neben den in letzter Zeit bekanntgewordenen Betriebsstilllegungen (siehe Kasten) sind offenbar weitere geplant, über die sich der Vorstand noch in Schweigen hält.

Die einzigen Bereiche, die ausgebaut werden und in die verstärkt investiert wird, sind die Energie- und Industrietechnik sowie die Nachrichtentechnik. In diesen Bereichen ist u.a. der Rüstungsanteil sehr hoch. Der AEG-Konzern ist einer der größten Rüstungskonzerne der BRD.

Im Bereich der Konsumgüter (Unterhaltungselektronik, Haushaltsgeräte) und auch bei bürotechnischen Geräten werden die einzelnen AEG-Produktionsstätten immer mehr zusammengefaßt. Das Produktionsprogramm wird auf einige Standardtypen beschränkt, die in durchrationalisierten Werken hergestellt werden sollen.

Bei Telefunken in Hannover (100 % AEG-Besitz) wird zur Zeit geplant, eine neue Fertigungstechnologie einzuführen, die bislang noch keine der deutschen Unternehmen der Branche hat. In drei Jahren soll dann Telefunken selbst gegenüber der japanischen Konkurrenz wieder wettbewerbsfähig sein. 2.500 Beschäftigte will Telefunken dafür entlassen. „Wird uns diese Möglichkeit der Investition genommen“, erklärte der Geschäftsführer von Telefunken, Hellmann, „dann müssen wir auf die Dauer die Produktion im Inland ganz aufgeben“.

Neben diesen „Produktionsaufhebungen“ werden weiter das Vertriebsnetz und die Verwaltungsstellen zusammengefaßt und verkleinert.

Metallkommission

Geplante Betriebsstilllegungen und Entlassungen im AEG-Konzern (Die Aufstellung ist nicht vollständig)

Werk II in Hannover
Alt-Kadun in Essen
Hartmann + Braun, Braunschweig
AEG-Tochter Turana, Spanien
Werk Esslingen
Werk Konstanz
Werk Seligenstadt

Stilllegung
Stilllegung
Stilllegung
Fertigungsstilllegung
Stilllegung
Massenentlassungen
Massenentlassungen

Weitere Entlassungen sind geplant:
Werk Belecke und im Werk Ulm
Olympia Büromaschinenwerke
20 Prozent des Verwaltungspersonals (2.200 Angestellte).

Die Bereiche Prozeßrechner und Produktservice werden aufgelöst und in eine neue Gesellschaft eingebracht, die der AEG-Konzern zusammen mit einem US-Hersteller aufbauen will.

Loderers Stahlmärchen

Fast 1.000 Beschäftigte der Mannesmann-Röhrenwerke aus den Düsseldorf Werken Hilden und Langenfeld demonstrierten in der letzten Woche gegen die Vernichtung von über 1.300 Arbeitsplätzen. Es war die dritte Protestaktion nach einem Warnstreik in Hilden und einem zweistündigen Streik zwei Wochen vorher von 1.000 Beschäftigten in Langenfeld.

Einer hat anscheinend noch nicht „mitbekommen“, was in der Stahlindustrie so abläuft. Treuerhitz behauptete der Vorsitzende der Gewerkschaft IG Metall, Eugen Loderer, auf einer Metallier-Jahresfeier in Dortmund am 12.11.: „Wir haben eine Bresche geschlagen in die Einheitsfront des Kapitals auf dem Felde der Arbeitszeitverkürzung“ („WdA“, 29.11.) Unter Bezugnahme auf den Stahlarbeiterstreik vom Jahresanfang behauptete Loderer, daß in diesem Jahr 33.000 Stahlarbeitsplätze mehr besetzt seien, als vor dem Stahlstreik, der „Belegschaftsabbau sei gestoppt“ („SZ“, 13.11.). Abgesehen davon, daß Loderers Zahlen zweifelhaft sind, unterschlägt er, daß die Tendenz anders ist. Die Stahlindustrie selber wetzt den vorübergehenden Rückgang des Belegschaftsabbau als konjunkturelle Unterbrechung. Der Konjunkturaufschwung in der BRD 1979 hat Mitte 1979 zu einer Erhöhung der Aufträge geführt (bei Walzstahl zeigten im Juli 1979: 5 Millionen Tonnen gegenüber 3,2 Mio. Tonnen im November 1977). Für 1980 wird ein Rückgang der Konjunktur erwartet. Die Planungen der Stahlkonzerne sehen daher auch anders aus, als Loderer behauptet.

Mannesmann ist nur ein Beispiel. Weitere, aktuelle sind schnell aufgezählt:

• In Dortmund, dem Ort von Loder-

ers Märchenerezählungen, sollen bei Hoesch die alten Siemens Martin-Hochöfen durch das Oxygen-Verfahren ersetzt werden. Hoesch selber gibt 1.300 Entlassungen an, die IGM Vertrauensleute fürchten mindestens 4.000 - 5.000 Entlassungen und haben sich bereits auf Kampf eingestellt. „Dortmund darf kein zweites Longwy werden“ heißt die Parole der IGM Vertrauensleutevollversammlung („Vorwärts“, 1.11.).

• In Oberhausen ist die Gutehoffnungshütte Sierkrade vollständig in den Besitz von MAN übergegangen. Rationalisierungsmaßnahmen am 7.000-Beschäftigten-Werk (vor Jahren waren es noch 2.000 mehr) sind bereits angekündigt.

• Ebenfalls in Oberhausen will Thyssen die von ihm aufgekaufte HOAG weiter reduzieren, bereits heute sind nur noch 6.000 von ehemals 12.000 beschäftigt.

• Mehrere tausend Entlassungen hat auch der ARBED-Konzern in seinen Werken vor allem im Saarland angekündigt (siehe auch AK 167).

Die Stahlrationalisierungs- und Entlassungswelle rollt. Der IGM-Vorsitzende aber verbreitet munter Märchen, um nachträglich die Niederlage im Stahlstreik in einen Sieg umzuwandeln.

Kommision Betrieb & Gewerkschaft



Protestdemonstration von Mannesmann-Arbeitern aus dem Düsseldorfer Werk Hilden

Kurzarbeit in der Automobilindustrie

Nach fast fünf Jahren „Hohekonjunktur“ steckt die Autoindustrie jetzt in der Krise. So stellt die bürgerliche Presse die Entwicklung jenenfalls dar. Faktisch ging die Produktion im Automobilbau 1974 — im „Krisenjahr“ der Autoindustrie also — lediglich um ganze 2,2 % zurück. Damals wurden die Massenentlassungen bei VW als eine „notwendige Anpassung der Produktionsstruktur an die veränderten Wettbewerbsbedingungen“ bezeichnet. Tatsächlich wurde aber auf neue Modelle mit rationalisierter Fertigung umgestellt, der ca. ein Drittel der Belegschaften, d.h. 50.000 Arbeitsplätze, zum Opfer fielen.

Trotz wachsender Nachfrage in der BRD wurde erst 1977 das Produktionsniveau von 1973 übertroffen. Dazu kam, daß im ersten Halbjahr 1979 der Exportanteil sogar gegenüber 1975 von 50,8 % leicht zurückging auf 48,1 %. Daß das Ergebnis im Unterschied zu anderen Branchen doch relativ gut ausfiel, hängt u.a. damit zusammen, daß im Jahr 1974, zur Zeit der sogenannten „Ölkrise“, sich viele mit Autokäufen zurückhielten. Der dadurch entstandene Nachholbedarf kommt seit Ende 1975 zum Tragen.

Die steigenden Produktionszahlen wurden aber nicht durch nennenswerte Neueinstellungen erzielt. Die Produktivitätssteigerung war das Ergebnis anhaltender Rationalisierungsmaßnahmen. 1976 wurden z.B. bei VW allein 60.000 Fahrzeuge durch Sonder-schichten produziert. 1978 hatte der Konzern nur noch zwei Drittel der Belegschaft von 1971. Bei Opel/Rüsselsheim wurde von 1973 auf 1975 insgesamt 15 Wochen kurzgearbeitet, und

10.000 Kollegen entlassen. Danach wurden auch hier Sonderrechten nachgegeben, anstatt Neueinstellungen vorzunehmen. Der Betriebsrat gab hierzu seine Zustimmung. Betriebsratsvorsitzender Heller wandte sich gegen eine „expansive Einstellungspolitik“, also gegen eine Vergrößerung der Belegschaft, um der mehr anfallenden Arbeit gerecht zu werden. Diese Sonder-schichten brachten den Opel-Kapitalisten in den letzten Jahren Unsummen an zusätzlichen Profiten.

Vor diesem Hintergrund ist auch die Mitte November abgeschlossene Betriebsvereinbarung bei Opel-Rüsselsheim zu sehen: Sie gilt bis zum 31.8.80 und beinhaltet, daß die Kollegen einen Zuschuß von 20 % zum Kurzarbeitergeld, das 68 % beträgt, erhalten, mindestens jedoch 55 DM pro Woche. Vorläufig waren von der Kurzarbeit, die erstmalig vom 25.11. bis 7.12.79 beantragt war, in der ersten Woche 16.000, in der zweiten Woche 20.000 Kollegen betroffen.

Auf einer Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 31.10. hatte die Geschäftsleitung laut Presse eine Kurzarbeit für den Rest des Jahres noch ausgeschlossen. Umso empört waren die Kollegen, als sie am 10.11. der Presse mitteilen mußten, daß genau am Tage der Wirtschaftsausschusssitzung die Kurzarbeit beantragt wurde. Wahrscheinlich hatte auch die Verletzung der Informationspflicht laut Betriebsverfassungsgesetz dazu geführt, daß die Geschäftsleitung der Betriebsvereinbarung zustimmte, ohne die der Betriebsrat nicht der Kurzar-

Fortsetzung nächste Seite

Gewerkschaften und AKW's

„IGM-Gesprächskreis für energiepolitische Fragen“

Nach dem „Gesprächskreis für Betriebsräte und Vertrauensleute der Rüstungsindustrie“ hat der Vorstand der IG Metall jetzt einen ähnlichen Gesprächskreis für energiepolitische Fragen eingerichtet. Diesem Gesprächskreis gehören ausschließlich Befürworter von AKW's an. Ziel dieses Kreises soll es sein, die Befürworter des weiteren Ausbaus des Atomprogramms in die Gewerkschaft zu integrieren. Gerade Betriebsräte aus Kernenergieunternehmen haben sich gern und wüßig als „pressure-group“ für ihre Unternehmensleitungen, die Energiekonzerne, einsetzen lassen. Sie initiieren von den Unternehmen finanzierte Pro-AKW Demonstrationen bei der KWU und waren die Motoren der Dortmunder Pro-AKW Kundgebung der Gewerkschaften vom November 1977. Diese Betriebsräte lobby war auch jüngst wieder aktiv, als die SPD-AFA ihren Kongreß abhielt, und als die DAG ihren Gewerkschaftskongreß veranstaltete (es wurden jeweils Demonstrationen organisiert).

Es versteht sich fast von selbst, daß der IGM-Vorstand einen Gesprächskreis der AKW-Gegner nicht ins Leben gerufen hat. Die AKW-Gegner müssen sich heute nach wie vor außer-gewerkschaftlich in Bürgerinitiativen oder im „Arbeitskreis Leben“ organisieren.

Dafür haben die AKW Befürworter genügend inhaltliche Unterstützung im IGM-Vorstand. Erst kürzlich erklärte Eugen Loderer, IGM-Vorsitzender: „Gegenwärtig sei es durchaus zu veranlassen, dem begrenzten Ausbau der Kernenergie unter strengen Sicherheitsbedingungen zuzustimmen und die notwendigen Entscheidungen möglichst bald zu treffen“ („FAZ“, 12.10.79). Der „Gesprächskreis zu energiepolitischen Fragen“ konnte daher auch in seiner ersten Stellungnah-

me sich „zur energiepolitischen Position der IG Metall“ öffentlich äußern. Neben gewunden vorgetragenen Sicherheitsbedenken ist dabei die Kernaussage: „Dennoch müssen bei realistischer Einschätzung auch in der Zukunft sowohl Kohle- wie auch Kernkraftwerke gebaut werden“ („Metall Pressedienst“). Für den Gesprächskreis beim Gewerkschaftsvorstand steht fest, „daß auch nach dem jetzt vorhandenen Kenntnisstand ein genereller Verzicht auf Kernenergie nicht möglich sein wird“. Natürlich geht der Kreis von der Behauptung aus, daß es um die Sicherung der Arbeitsplätze gehe. Er definiert seine Funktion allerdings offensiv pro-AKW: „Die IG Metall wird sich auch in Zukunft für eine rechtlich und fachlich tragfähige Risikofestlegung einsetzen, sie wird die Verwendung der Kernenergie dann ablehnen, wenn Risiken unzumutbar und unkalkulierbar erscheinen. Sie wird sich auf der anderen Seite dafür bemühen, daß zumutbare Risiken, die letztlich einmal endgültig zu beseitigen sein werden, auch durch die Arbeitnehmer und die Bevölkerung akzeptiert werden“ („Metall Pressedienst“).

Pro-AKW-Werbung in Gewerkschaftszertung

Über eine Seite aufgemacht wirbt die Atomindustrie in der zentralen DGB-Zeitung „Welt der Arbeit“ (29.11.79) für ihre Ziele. Natürlich, dem Medium angemessen, stehen die Arbeitsplätze im Mittelpunkt: „Atomkraft auf Eis gelegt: 130.000 Arbeitsplätze“ heißt es in der Schlagzeile. Zu Wort kommen in dieser Anzeige die Chefs der KWU und der Gutehoffnungshütte sowie der Elektrizitätswerke VEW und RWE. Tenor dieses Angstmachungsantrags: „Wenn nicht durch klare und schnelle politische Entscheidungen der Ausbau der Kernenergie und der Be-

stand der deutschen Kraftwerk-Branche gesichert wird, sind in der Bundesrepublik 130.000 bis 150.000 Arbeitsplätze in Gefahr“. Nicht zu Unrecht verspricht man sich etwas von dieser Werbung im DGB-Zentralorgan, argumentieren die DGB-Führer doch durchaus ähnlich.

Vetter auf Schmidt-Linie

Das Grußwort an den SPD-Parteitag benutzte der DGB-Vorsitzende Vetter, um seine Unterstützung für den Atomkurs von Helmut Schmidt zu verkünden. Vetter: „Niemand, der für eine radikale Abkehr von der Kernenergie plädiert, habe bisher schlüssig erklärt, wie die damit verbundenen Arbeitsplatzprobleme bewältigt werden können“ („FR“, 4.12.). Deshalb trat er dafür ein, „daß gegenwärtig nicht auf die friedliche Nutzung der Kernenergie verzichtet werden“ dürfe („Welt“, 4.12.).

Auch Niggemeier trommelt für Schmidt

„Jene SPD-Landesverbände, die beschließen haben, aus der Kernenergie auszusteigen, haben jedenfalls mehr zur Verunsicherung beigetragen, als der SPD als einer der Arbeitnehmerinteressen verpflichtete Partei lieb sein kann“ schreibt „einheit“-Chefredakteur Horst Niggemeier in der November-Ausgabe der IG Bergbau-Zeitung. Kündet der folgende Satz möglicherweise schon die Offenheit der IG Bergbau zur CSU an, oder soll er nur Druck machen, die SPD noch weiter nach rechts zu treiben? „Und CSU-Generalsekretär Stöber wird nicht müde, zu betonen, daß in der Kernenergie die CDU/CSU schon längst eine Position hat, die sich mit der des

DGB im wesentlichen deckt“. Ein Blick in das DGB-Aktionsprogramm -79 („Auf Kernenergie kann nicht verzichtet werden“) macht es schwer, Stöber zu widersprechen“.

Atomfizz bei AEG

13.000 Arbeitsplätze will AEG vernichten. Einer aber hat sich verdient gemacht „für die Interessen der Arbeitnehmer der AEG“: Hans Batz, freigestelltes Betriebsratsmitglied im Nürnberger AEG-Telefunken-Werk und SPD-Bundestagsabgeordneter. Für seine Verdienste erhielt Batz vom AEG-Chef Cipa (als „Arbeitsplatzkollateralschaden“) 1977 zweimal eine „Sonderzahlung“ von 10.000 und 12.000 DM. Bestechungsgelder nennt man so etwas normalerweise, nicht so Batz: „Weder ich noch die Partei sind durch Spenden korruptierbar“ („FR“, 23.11.79). Auch Cipa hat nicht bestochen, er „honoriert“, daß Batz sich durch sein „Engagement und ihren Einsatz für die Interessen unseres Unternehmens besondere Verdienste erworben“ hat (Brief von Cipa an Batz, „FR“, 23.11.).

Batz hat praktisch zwischen den AEG-Konzernherren und Regierungsmitgliedern vermittelt, um der AEG Aufträge zu verschaffen. Die AEG forderte er um Entgelt an, wie er behauptet, um Wahlkampfspenden für die SPD. Da laut Cipa Wahlkampfspenden nur zentral über den BDI vergeben werden, wurde das Ganze über Sonderzahlungen geregelt. Batz bekennt nun, daß er das gesamte Geld an die Partei geleitet habe. So oder so Der Vorfall wirft ein bezeichnendes Licht auf die mit dem AKW-Geschäft verbundenen Bestechungspraktiken gegenüber der Pro-AKW-Betriebsräte-Lobby und der SPD.

Batz ist übrigens noch Mitglied der IG Metall.

Kommunisten Betrieb & Gewerkschaft

Postgewerkschaft:

„Wahl von DKP-Mitgliedern verhindern“

Die Auseinandersetzung um „Extremisten im Öffentlichen Dienst“, speziell die Beschäftigung von DKP-Mitgliedern im Postdienst, wirkt jetzt auch voll in die Postgewerkschaft rein. Der Gewerkschaftsrat der DPG hat sich auf seiner letzten Sitzung damit befaßt und folgenden Beschluß gefaßt: „Die gleichzeitige Mitgliedschaft in der Deutschen Postgewerkschaft und der DKP ist vereinbar, solange Mitglieder der DKP sich innerhalb der Gewerkschaft nicht gegen die gewerkschaftlichen Ziele und Aufgaben betätigen“ („Welt der Arbeit“, 6.12.79).

So weit also alles in Butter? Nun, die DPG hat zwar noch einmal von einem Unvereinbarkeitsbeschluß gegen die DKP abgesehen, aber ihr Beschluß ist verbunden mit einer Verstärkung der antikommunistischen Hetze. Die Mitglieder der Gewerkschaft sollen „umfassend informiert“ werden, „damit sie sich mit den Zielen und Absichten der Kommunisten auseinandersetzen können“ („WdA“, 6.12.). Aber es wird nicht nur „informiert“, sondern „die menschenverachtende Zielsetzung dieser Ideologie (soll) erkennbar werden“. Das unmittelbare Ziel wird auch gleich mit angegeben: „Die Wahl von DKP-Mitgliedern und anderen Anhängern der kommunistischen Ideologie soll durch intensive Aufklärung und Bildungsarbeit verhindert werden“ („WdA“).

Der Wind gegen die DKP in den Gewerkschaften weht schärfer.

Chemie:

Chemie:

Keine Wahl gewerkschaftlicher Vertrauensleute im Betrieb

In zwei Chemiebetrieben, bei Bayer in Wuppertal Elberfeld und der Firma Wago-Gummierwerke in Kassel haben die Unternehmensleitungen die Wahl gewerkschaftlicher Vertrauensleute der IG Chemie unterbott. Die Unternehmensleitungen können sich dabei auf ein Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom Dezember 1978 stützen, das die Entscheidung über in die freie Wahl der Unternehmensleitung legt.

In beiden Firmen hat die IG Chemie die Wahlen in fahrigen Wahllokale vor den Betriebstoren vornehmen lassen. Bei Bayer ging das soweit, daß der Gewerkschaft unterstellt wurde, auf den firmeneigenen Zufahrtswegen diese Wagen zu parken, so daß z.B. Feldwege benutzt werden mußten (WdA, 29.11.).

Das Vorstandsmitglied der IG Chemie, Paul Plumeyer erklärte zu dem Vorgehen der Unternehmer: „Dies ist eine reine Willkürentscheidung mit dem gesellschaftspolitischen Ziel, den Einfluß der Gewerkschaften zurückzuführen“ („FR“, 29.11.). Das ist sicher richtig, allerdings umschreibt es nur einen Konflikt, der auch in der Chemiegewerkschaft selber ausgeht. Und zuletzt heftig in der IG Chemie am Patschkowski-Konflikt aufgebrochen war. Hintergrund dieses Konflikts

war eine Satzungsänderung, die es dem Vorstand erlaubte Vertrauensleute zu ernennen, falls diese wie es üblich verschwommen heißt, „aus technisch organisatorischen Gründen“ nicht gewählt werden können. So wurde denn auch in den großen Bayer Werken Leverkusen (Lerdagen und Dormagen Verfahren) Dies und gleichzeitig auch die Betriebe, in denen das noch aus der Zeit der Nazi-Herrschaft stammende System „betrieblicher Vertrauensleute“ existiert, d.h. Vertrauensleute werden von allen Kollegen nicht nur von den Gewerkschaftsmittgliedern gewählt. Das System herrscht heute zwar nur noch in 43 Chemiebetrieben, dafür aber in den meisten Großbetrieben, wie im Bayer-, BASF-, Schering- und Henkel-Konzern. Die IG Chemie hat sich in der Vergangenheit „vertrauensvoll“ damit arrangiert, allerdings ist es innergewerkschaftlich heftig umstritten. Es waren insbesondere die IG Chemie-Betriebsräte der Großbetriebe, die im Patschkowski-Konflikt auf der Satzungsänderung bestanden mit dem Ziel, das System „betrieblicher Vertrauensleute“ gleichzeitig ihre eigene Machtbasis zu erhalten. So wurden innerbetrieblich weiterhin „betriebliche Vertrauensleute“ gewählt, wobei diejenigen Kollegen, die gleichzeitig Gewerkschaftsmittglieder

sind, hinterher von den Gewerkschaftsvorständen zu gewerkschaftlichen Vertrauensleuten ernannt werden. Die Bayer-Werke Wuppertal und Brunsbüttel sind dabei eine Ausnahme im Konzern. In Wuppertal wurde bereits 1975 gewählt. Das Wahlverbot der Unternehmensleitung soll gleichzeitig eine massive Partei-nahme für den rechten Flügel in der Gewerkschaft durch diesen Druck soll erreicht werden, daß das betriebliche Vertrauensleutensystem erhalten bleibt. Der Bayer-Konzern-Vorstand spricht dies in einer Stellungnahme auch offen aus: „Ein Wahl-gewerkschaftlicher Vertrauensleute könne im Interesse einer größeren Vertrauensbasis der betrieblichen Vertrauensleute, also im Interesse der Gesamtbetriebschaft und damit des Betriebsfriedens, aber auch im Interesse einer Gleichbehandlung aller im Betrieb vertretenen Gewerkschaften

nicht zugestimmt werden“ („FR“, 30.11.).

In einem Rundschreiben an alle Vertrauensleute im Wuppertaler Bayer-Werk machte die Unternehmensleitung deutlich, daß die IG Chemie-Vertrauensleute „als Gesprächspartner nicht in Betracht kommen“ (WdA, 6.12.). Das Vorgehenweise und Argumentation der Bayer-Konzernherren läßt sich durchaus auf den CSU-Planen zur Zurückdrängung gewerkschaftlichen Einflusses in den Betrieben vergleichen. Für die Gewerkschaftsopposition in der IG Chemie sollten diese Vorkommnisse ein weiterer Anlaß sein, die Auseinandersetzung um die Abschaffung des Systems „betrieblicher Vertrauensleute“ im Hinblick auf den Gewerkschaftstag 1980 zu verstärken, wenn aus der IG Chemie keine gelbe Gewerkschaft werden soll.

Kommunisten Betrieb & Gewerkschaft

Frister sabotiert Kampf ums Streikrecht

Was wir schon im letzten AK andeuten, hat sich inzwischen bestätigt. Auf der Hauptvorstandssitzung am 12.11., einen Tag vor der Arbeitsniederlegung in Niedersachsen, Hessen und Hamburg, stellte Erich Frister einen Antrag, den Streik abzuheben. Aufgrund eines Urteils des Hamburgerischen Verwaltungsgerichts könne man die geplante Arbeitsniederlegung nun nicht mehr durchführen. Erst nach dem vehementen Widerstand anderer Teile des Hauptvorstandes erklärte sich Frister bereit auf diesen Antrag zu verzichten und begnügte sich mit einer Protokollnotiz, die dem Landesverband Hamburg vorschrieb, das Verwaltungsgerichtsurteil solle „nach Möglichkeit“ respektiert werden. Am folgenden Tag trat Frister dann auf der Streikveranstaltung im Hamburger Audi-max radikal auf und verteidigte die Arbeitsniederlegung als „zweifelslos angemessene Maßnahme“. Die Anwesenden wußten von Fristers vor-tägigen Kapitulation nichts, da sich Lemke auf der am Abend des 12.11. stattfindenden Vertrauensleute-versammlung wo er einen Bericht über die Hauptvorstandssitzung gab zu Fristers Vorgehen in Schweigen gehüllt hatte.

Auf der Sitzung des HV am 25.11. startete Frister dann den nächsten Versuch, die bürgerlichen Gerichte für die Abkehr von ihm selbst formulierten Anspruch auf eine Arbeitsniederlegung einzuspannen. Per HV-

Beschluß wurde der Hamburger Landesverband aufgefordert, gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Beschwerde einzulegen, obwohl von einer höheren Instanz kein für die Lehrer günstigeres Urteil zu erwarten ist, die Rechtssache hingegen festgeschrieben wird. Da aber auch der HV der Meinung war, daß ein höherinstanzliches Urteil bei späteren Auseinandersetzungen um das Streikrecht für Beamte schädlich sein könne, wurde beschlossen, daß der Hamburger Vorstand nur gegen das gegen ihn verhängte Zwangsgeld von 2.000 DM, nicht jedoch gegen das Streikverbot des Verwaltungsgerichtes Beschwerde einlegen solle.

Der Hamburger Landesverband sah jedoch auch hierin die Gefahr einer endgültigen Festsetzung des Streikverbotes und beschloß einstimmig, den HV-Beschluß nicht zu befolgen.

Nur einen Tag später beauftragte Frister dann einen Frankfurter Rechtsanwalt unter Umgehung des Vorstands des Landesverbandes gegen beide Teile des Gerichtsbeschlusses (Streikverbot und Zwangsgeld) Beschwerde einzulegen.

Das Ziel dieses Manövers ist offensichtlich: Durch weitere negative Gerichtsurteile wird es den GEW-Mitgliedern erschwert, mit politischen Mitteln das Streikrecht durchzusetzen.

Ein Hamburger Lehrerergone

Will die IG Metall eine Niederlage vor dem BAG?

In Hamburg wurde am 22. November der Fall eines Arbeiters vom Großen Senat des Bundesarbeitsgerichts (BAG) behandelt, dem vor fünf Jahren gekündigt worden war und dessen Weiterbeschäftigung die ganze Dauer über ungeklärt blieb. Das Verfahren war daher auch gegen die übliche Praxis der Nichtweiterbeschäftigung bei Kündigungen, deren Rechtmäßigkeit nicht geklärt ist, gerichtet. Solche Kündigungen können sich auf ein Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom Mai 1977 stützen, das der Unternehmensleitung ermöglicht, gekündigte Arbeiter sehr schnell aus dem Betrieb zu entfernen.

Als sich während des Verfahrens abzeichnete, daß das BAG negativ entscheiden würde und damit ein Urteil in die Welt setzt, das weitere Klagen vor unteren Gerichtsinstanzen erschwert, zog der Hamburger Rechtsanwalt Mueffert mit folgender Erklärung die Klage zurück: „Ich bin zu der Überzeugung gekommen, daß dieses Gericht in der Frage des Beschäftigungsrechts zu einer Entscheidung gegen die Mehrheit der Arbeitnehmer gelangen wird. Ich nehme daher die Beschäftigungsklage zurück“ (TAZ 5.12.).

Erstmalig ist nun die Reaktion der Fraktion der IG Metall auf diesen Fall. Ihr Vorstandsmitglied Jantzen kritisierte den Rechtsanwalt und seinen Mandanten. Durch das Zurückziehen der Klage sei Schaden entstanden. Jantzen will jetzt einen ähnlich gelagerten Fall vor dem BAG bringen, damit das „intensive Aktenstudium und die Vorbereitung der Richter auf diesen Prozeß wenigstens nicht umsonst“ war (TAZ, 5.12.).

Die Tatsache, daß das BAG in den letzten Monaten und Jahren zunehmend reaktionär rechtspricht, daß Arbeiter und gewerkschaftsfeindliche Teile daher herausgesparten haben Jantzen völlig unerwähnt. Stattdessen „hofft“ er, daß „ein Grundsatzurteil des Bundesarbeitsgerichts in die Richtung geht“, daß „eingekündigter Arbeitnehmer bis zur rechtskräftigen Entscheidung seiner Kündigungsschutzklage weiterbeschäftigt werden muß“ (FAZ, 1.12.79). Gut so, aber was wollen die Gewerkschaftsführer machen, wenn das BAG nun anders herum entscheidet, wie sich ja bereits andeutet? Dann sind die klagenden Arbeiter die Angeschossenen.



Bayer-Wuppertal. Wahl der gewerkschaftlichen Vertrauensleute vor dem Betrieb

Tarifpolitik — ein neuer Weg in der gewerkschaftlichen Jugendarbeit?

Seit einiger Zeit wird in der DGB-Jugend nach neuen Perspektiven in der Jugendarbeit gesucht. Angesichts der gescheiterten SPD-Reformpolitik ergeben sich für die Gewerkschaftsführer erhebliche Probleme — eine Orientierung auf SPD-Regierung und Verhandlungen im Bundestag wurde angesichts wozaldemokratischer Praxis zusehends schwieriger.

Auf der 2. Bundesarbeitsstagung der DGB-Jugend im Juni dieses Jahres (wir berichteten in AK 157 darüber) fand eine diesbezüglich geführte "Strategiedebatte" der DGB-Jugend schließlich ihren vorläufigen Höhepunkt.

Einge grundsätzliche Äußerungen auf dieser Konferenz waren auch durch das Scheitern der Berufsbildungsreform "hat mich ein Stück Staatsverdrossenheit breitgemacht." (Ulrich Mignon, IGM). Oder der inzwischen abgesetzte Bundesjugendsekretär Hawreluk: „Nach der Reform-Euphorie gegenüber dem Gesetzgeber jetzt nur noch auf die Tarifpolitik zu setzen", wäre falsch. „Wenn wir in wichtigen Fragen Brechen schlagen, dann sind das Initialzündungen für gesetzliche Regelungen." Allerdings: „Auch wenn wir Niederlagen im staatlichen Bereich einstecken, so dürfen wir ihn nicht aus unserer Reformperspektive entlassen." schließlich DGB-Vorsitzender H.O. Vetter: „Seit einigen Jahren wird auch im bildungspolitischen Bereich darüber diskutiert, wie tarifpolitische Strategien stärker ins Spiel gebracht werden können... Einen Durchbruch hat z.B. die IG Bau-Steine-Erden mit ihrem Abkommen über die Umlagefinanzierung zur Berufsbildung erreicht."

Trotz aller Enttäuschungen ist Vetter wie Hawreluk davon überzeugt, die Aktivitäten der Gewerkschaftsjugend auf staatliche Reformen zu orientieren. Da auf diesem Sektor

jedoch schon seit längerem Saure-Gurken-Zeit herrscht, versucht man auch im Hochjubiläum von "tarifpolitischen Erfolgen" am grünen Tisch. Interessant ist, daß von Vetter hier nicht der Manteltarifvertrag (MTV) für Auszubildende in Baden-Württemberg genannt wird, der eine Reihe wichtiger Fortschritte für Lehrlinge beinhaltet. Stattdessen führt er die Finanzierungsregelung beim Bau an, die im wesentlichen auf die Interessen der Bauunternehmer abgestimmt ist (siehe Artikel dazu).

Günter Heidorn von der DPG (Postgewerkschaft) nimmt hierzu wie folgt Stellung: „Ich sehe allerdings keinen entscheidenden Unterschied zwischen dem Ausbildungsplatzförderungsgesetz, das von vielen abgelehnt wird, und den von allen gelobten tarifvertraglichen Finanzierungsregelungen der Gewerkschaften GLF (Garten) und BSE (Bau). Denn auch in diesen Tarifverträgen werden alle Ausbildungsplätze unabhängig von der Qualität unterstützt. Die IG Metall will jetzt wohl ein Steuerungsinstrument schaffen, durch das sie sich qualitativ bessere, zukunftsichere Berufe unterstützen kann. Dieser Schritt wird aber noch einige Zeit lang dauern, da die Arbeitgeber diese Finanzierungsregelung in ihren Tabukatalog aufgenommen haben." (nach "Solidarität", 9 und 10/79).

Die Aufnahme in den "Tabukatalog" deutet unserer Meinung unzweifelhaft darauf hin, daß die Kapitalisten in Zukunft auch auf diesem Gebiet hart bleiben werden.

Im folgenden wollen wir zum einen die Finanzierungsregelung im Baubereich darstellen, zum anderen den Baden-Württemberg MTV für Auszubildende sowie entsprechende ÖTV-Forderungen. Weitere Verhandlungen über Manteltarifverträge für Auszubildende laufen u.a. noch bei der HBV und IG Metall auf regionaler Ebene.

Im Sommer 1973 wurde in Baden-

Württemberg der bestehende MTV gekündigt. Im Juni 1975 begann die ersten der über 40 Verhandlungstage. Im September 1978 wurde endlich abgeschlossen. Dazwischen lagen zahlreiche Aktivitäten der IG Metall-Jugend. Es wurde auf Jugendversammlungen über den MTV diskutiert, in verschiedenen Betrieben wurden Betriebsvereinbarungen über einzelne Punkte abgeschlossen, es gab Theaterstücke, Plakate und Info-Stände. In drei Städten haben Demonstrationen bei den Verhandlungen stattgefunden. Aber nicht zuletzt die traditionsgemäß besonders kampfstärke und relativ streikerfahrene Arbeiterschaft in diesem Bezirk hat zu einem „Verhandlungsklima" beigetragen, das schließlich zum Erfolg führte.

Die Kapitalistenverbände zeigten sich während der Verhandlungen in jeder Beziehung von der brutalen Seite. Das eine Mal veranlaßten sie die Polizei, den ganzen Tag das Verhandlungsort zu bespitzeln, das andere Mal hielten sie die Polizei, damit diese mit MP im Anschlag das Hotel räumten. Der Anlaß: 100 Kollegen waren gekommen, um sich über den Verhandlungsstand zu informieren. Die Kapitalisten sprachen von einem „Sturm von Rowdys" auf das Hotel.

Die wichtigsten Punkte des MTV

§8.1 ... „eine Pflicht zur Rückkehr" von der Berufsschule „in den Betrieb" besteht nur, „wenn noch eine betriebliche Ausbildungszeit von mindestens 1,5 Stunden möglich ist." Dies ist immerhin ein kleiner Fortschritt gegenüber dem Jugendarbeitsschutzgesetz, welches nach fünf Stunden in der Schule eine Rückkehr in den Betrieb vorschreibt.

§8.6 regelt die Bezahlung der Fahrtkosten zur Berufsschule durch den Kapitalisten.

§9.1 bestimmt, daß dem Auszubildenden spätestens drei Monate vor

Ende des Ausbildungsvertrages schriftlich mitzuteilen ist, wenn er nicht in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen werden soll. Die ursprüngliche Forderung lautete, daß bei Nichtübernahme Betriebsrat und Einigungsstelle nach § 76 des BetrVG eingeschaltet werden. Diese Forderung wurde von den Kapitalistenvertretern jedoch entschieden abgelehnt. In § 13.2.2 heißt es, daß „bei der Wahl der Beurteilungsgrundlage ... nur sachlich begründete und nachprüfbare Beurteilungsmerkmale Verwendung finden" sollen. Außerdem sollen die „Ergebnisse der Beurteilungsverfahren nicht zur Grundlage betrieblicher Prämiensysteme gemacht werden." Die Beurteilungsbögen rufen bekanntlich besonders deshalb immer wieder Kritik hervor, weil sie u.a. Dinge wie „Arbeitsinteresse", „Beitrag zum eigenen Arbeitsplatz", „Aufmerksamkeit" etc. beurteilen sollen. Den Kapitalisten geht es hier um die Spaltung der Lehrlinge.

In §14 heißt es zur Stufenausbildung: „dem Auszubildenden (ist) der Abschluß in der letzten Stufe der Ausbildung zu ermöglichen, unter der Voraussetzung, daß der Betrieb in dieser Stufe ausbilden kann und der Auszubildende die Abschlußprüfung der ersten Stufe bestanden hat." Sicherlich ist dies ein Erfolg. Die Kapitalisten haben über ihre guten Beziehungen in die Prüfungsausschüsse jedoch die Möglichkeit, Prüfungsanforderungen etc. zu erschweren, um schließlich auf diese Art und Weise auszuhebeln (nach Arbeitsmaterial der Bezirksleitung Stuttgart der IGM).

Wie die Kapitalisten den MTV

Bei einer Umfrage der IG Metall Ostverwertung Stuttgart kam heraus, daß nur 33 von 49 befragten Betrieben ihren Lehrlingen das Fahrgeld zur Berufsschule erstatten. Aber

nicht nur das. Auch bei der Stellung von Arbeitskleidung, bei der Benennung von Ausbildungsbeauftragten in den Betrieben, beim Beurteilungsverfahren für die Lehrlinge und sogar am vorgeschriebenen Ausbildungsplan selbst hapert es („Die Neue", 29.9.79). Ausbildungsleiter Walter Görg von Siemens, Mannheim, meint: „Ich lasse mich vom alten Beurteilungssystem nicht abbringen ... Schon deshalb nicht, um überhaupt noch Druck auf die Auszubildenden ausüben zu können." Bei den Motorenwerken in Mannheim sowie Herlan & Co in Karlsruhe mußten die Gewerkschafter die Bezahlung der Arbeitskleidung durchsetzen, indem sie T-Shirts mit IGM-Aufdruck verkaufen. Viele Betriebe sind außerdem nur bereit, Fahrtkosten zu zahlen, wenn die Lehrlinge über den Betrieb zur Berufsschule fahren, auch wenn das ein Umweg ist. Der Chef im Ausbildungs- und Personalwesen bei John Deere in Mannheim dazu: „Wir könnten zahlen, wenn wir wollten. Aber wir wollen nicht!" („ran", 9/79). Bei Bosch wird der Gesamtjugendvertreter gedroht: wenn der Beurteilungsbogen verschwinden soll, gibt es keine Prämie mehr (die Bosch-Prämie macht 20-30% der Ausbildungszugabe aus, das sind ca. 100-170 DM monatlich) („Rebell", 10/79).

Schon dieser kurze Überblick zeigt, daß allein die Existenz eines MTV noch keine Verbesserung bringt. Zumal neben den Kapitalisten ja auch viele Betriebsräte eine konsequente Ausnutzung bestehender rechtlicher Möglichkeiten behindern. Der MTV bietet jedoch eine günstigere Arbeitsgrundlage für aktive Gewerkschafter und Jugendvertreter

Jugendkommission KB-Gruppe Hamburg

Ausbildungsordnung: Initialzündung im Baubereich?

Seit dem 15.5.74 gibt es für die Bauwirtschaft eine neue Ausbildungsordnung. Diese sieht eine Stufenausbildung vor. Kernpunkte sind:

1. Gemeinsame Grundbildung im 1. Ausbildungsjahr mit 20 Wochen überbetrieblicher Ausbildung im Ausbildungszentrum und 20 Wochen Berufsschulunterricht.
2. Erster Berufsabschluß als Bau-Facharbeiter in den Fachrichtungen Hoch-, Tief- oder Ausbau nach zwei Jahren.
3. Gemeinsame Regelung für Industrie und Handwerk.
4. 37 Wochen der auf 33 Monate gekürzten Gesamtausbildungszeit als lehrjahrgemäßige Ausbildung.

Weit über die Hälfte der Ausbildungszeit stehen die Lehrlinge den Baukapitalisten also nicht mit ihrer Arbeitskraft zur Verfügung. Dies "trifft" den einzelnen Baukapitalisten deswegen besonders hart, weil in 54.547 von 59.589 Betrieben

weniger als 300 Beschäftigte im Betrieb (Stand Des 8X22) arbeiten. In kleinen Betrieben sind die Lehrlinge wesentlich stärker in den normalen Arbeitsprozeß integriert als in größeren.

Auf diesem Hintergrund eingetragene sich 1975 Gewerkschaft und Kapitalistenverbände über eine überbetriebliche Ausbildungsfinanzierung. Inzwischen werden 1,5% (seit 1.1.79; anfangs 0,5%) der Brutto Lohnsumme von den Betrieben in eine gemeinsame Kasse abgeführt. Aus dieser Kasse erhalten die auszubildenden Betriebe:

1. die gesamte tarifliche Ausbildungsvergütung zuzüglich Urlaubsgeld und 16% Zuschlag für Sozialabgaben für die ersten 16 Monate der Ausbildung.
2. Kosten für die überbetriebliche Ausbildung (Lehrgangskosten, Internatunterbringung).
3. Fahrtkosten zur überbetrieblichen Ausbildung.

Von Bauwirtschaft vertretene, weil diese Bauwirtschaft als einzige unter dem Aspekt der Schaffung von Ausbildungsplätzen gesehen. So Peter Hoepfer (IG BSE) auf der Bundesarbeitsstagung der DGB-Jugend: „Wir stellen heute fest, daß wir weit mehr als 25.000 Ausbildungsplätze zusätzlich durch diesen Tarifvertrag bekommen haben (...)"

Tatsächlich stiegen die Ausbildungszahlen erheblich. Von der Kasse wurden 1976 Leistungen für 37.234 Auszubildende erbracht, 1977 für 47.347 und 1978 stieg die Zahl auf 57.003 (5).

Diese Entwicklung kann aber nicht in erster Linie dem Tarifvertrag über die überbetriebliche Ausbildungsfinanzierung zugeschrieben werden, sondern es muß beachtet werden, daß auch die Kapitalisten momentan ein starkes Interesse an einer zunehmenden Ausbildung haben, die sie jahrelang vernachlässigt haben. Dazu kommt, daß von 1972 bis 1977 235.000 Facharbeiter (6) den Bau verließen, teils aus konjunkturellen Gründen aber auch wegen der mangelnden Bezahlung und der schlechten Arbeitsbedingungen. Deswegen herrscht in der Bauwirtschaft ein starker Facharbeitermangel.

Angesichts der expandierenden wirtschaftlichen Entwicklung im Bau

und die Baukapitalisten gezwungen, diese Facharbeiterlücke durch verstärkte Ausbildung zu schließen, da kaum ein ehemaliger Bauarbeiter der wachsenden Arbeitsplätze nachbessern. Bedingungen gescheit. Tatsächlich Bau zurückgeht, nicht zuletzt durch die Konkurrenz anderer Gewerkschaften. Es ist also festzustellen, daß der als "Durchbruch" bezeichnete Manteltarifvertrag für Auszubildende (MTV-A) nur zustande kommen konnte, weil die Forderungen der Gewerkschaft identisch waren mit den wirtschaftlichen Notwendigkeiten der Kapitalisten. Ähnlich ist die Situation im Landmaschinenbau, wo die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (IGGLF) ebenfalls einen MTV-A über überbetriebliche Ausbildungsfinanzierung abgeschlossen hat.

Um Erfolge im Sinne der Lehrlinge zu erreichen, die gegen die Interessen der Kapitalisten sind, bedarf es eines stärkeren Einflusses der Basis, wie dies beim MTV-A der IG Metall für Nordwürttemberg/Nordbaden der Fall war (8).

Auch im DGB ist Vetter Position unstritten. So sagte der damals noch nicht abgesetzte DGB-Bundesjugendsekretär Heinz Hawreluk auf der Bundesarbeitsstagung in seinem Referat:

„Einsachverständige wäre, inwieweit diese Modelle (dies MTV-A der IG BSE

und der GGLT, Anm. AK) für andere Gewerkschaften übertragbar wären. Die Kollegen der IG Bau-Steine-Erden werden mir nicht widersprechen, wenn ich feststelle, daß sie eine Situation vorfinden, daß auch die Arbeitgeber an einer Erhöhung ihrer Lohnunterstützung interessiert waren (...). Ähnliche Gewerkschaften müssen realistisch einschätzen, welches Kräftepotential die entwickeln müssen, um den Arbeitgebern einen derartigen Tarifvertrag abzutrotzen."

Oder aus einem Arbeitsgruppenbericht der Tagung: „Delegierte verschiedener Gewerkschaften waren darauf hin, daß die besonderen Bedingungen in beiden Branchen nicht ohne weiteres auf andere Bereiche übertragbar sind und deshalb anderen Gewerkschaften derart der Abschluß solcher Tarifverträge nicht möglich ist." (9)

Jugendkommission KB-Gruppe Hamburg

- Anmerkungen
- 1 Vgl. Papier des Bundesvorstands der IG BSE Abt. Jugend, zur Ausbildungssituation in der Bauwirtschaft für die Bundesarbeitsstagung der DGB-Jugend vom 15.10.79, S.4
 - 2 Vgl. ebd. S.1
 - 3 Vgl. Tarifvertrag über die Berufsbildung im Baugewerbe vom 7.2.79
 - 4 Solidarität 10/79, S.V
 - 5 Vgl. Anm. 1 S.7
 - 6 Vgl. Anm. 1, Anhang S.6
 - 7 Ein Drittel der Azubis im Bau hat den Sonderurlaub oder keinen Abschluß, 55% haben den Hauptschulabschluß, 13% Mittlere Reife oder Abitur. Vgl. FAZ, 20.8.79
 - 8 Siehe dazu den Artikel in diesem AK
 - 9 Arbeitsgruppenbericht der Arbeitsgruppe 1 (Thema Angebot, Struktur und Bedarf nach Ausbildungsplätzen) der DGB-Bundesarbeitsstagung, S.5

Berufsschulklasse kurz vor der Prüfung aufgelöst

Berlin. Eine Klasse des Blumen- und Zierpflanzenbaus wurde aufgelöst, weil die Klasse nur noch 9 Schüler hatte. Die Kollegen wurden in eine Anfängerklasse gesteckt. Und das kurz vor der Gehilfenkonferenz im Februar! Wie so die Prüfung vorbereitet werden soll, weiß keiner. Erklärung der Berufsschulleitung: Nach den Richtlinien soll keine Klasse mit weniger als 17 Schülern bestehen. ("ran" 12/79)

Jugendhilfe „privatisiert"

Die CDU/CSU propagiert seit eh und je „Sozialleistungen" zu beschneiden und „Öffentliche Dienste" zu „privatisieren" (Müllabfuhr, Post etc.). Jetzt ist die Westberliner SPD offenbar auch dabei. Mit Zustimmung der Bezirke will der Senator für Familie, Jugend und Sport die rechtliche Stellung der Familienhelfer ändern. Familienhelfer sind Sozialarbeiter (innen), die versuchen, in „Problemlagen" zu helfen und schlimmere staatliche Maßnahmen (Heimeinweisung z.B.) abzuwenden. Bisher waren diese Familienhelfer bei den jeweiligen Bezirken beschäftigt, als Honorarkräfte für 13 bis 22 DM pro Stunde. Dies hatte als Begleiterscheinung, daß keine oder kaum Beiträge zur Sozialversicherung u.ä. geleistet wurden.

Dies soll sich jetzt ändern, die Honorare sollen erhöht werden, um die Sozialabgaben zu finanzieren. Die Ar-

beitsverträge allerdings sollen nicht mit dem Bezirksamt geschlossen werden, sondern mit den Familien, in denen die Familienhelfer beschäftigt sind, direkt. Die Jugendämter wären nur noch dadurch im Spiel, daß sie den Familien die Kosten für die Familienhelfer ersetzen.

Dagegen wehren sich die betroffenen Sozialarbeiter (innen) natürlich. Durch das Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Verhältnis werde jedes Vertrauensverhältnis zerstört, im Ernstfall müßten Familienhelfer Ansprüche bei den Familien einklagen usw. Die rechtliche Begründung des Senats für die Reprivatisierung der Familienhilfe ist demgegenüber ein schlechter Witz. Nach dieser Logik könnte man auch verlangen, daß Erzieher in Kindergärten als „Freiberufler" Arbeitsverträge mit den Eltern der von ihnen betreuten Kinder schließen.



Zum Mutterschutzgesetz: Kritische Bilanz und neue Diskussion tut not!

Seit dem 1. Juli '79 ist das Mutter-schutzgesetz um den Mutterschafts-urlaub erweitert worden. Danach können berufstätige Mütter nach der Mutterschutzfrist zusätzlich einen 4-monatigen Mutterschaftsurlaub bean-spruchen. Für diese Zeit kann ein Höchstbetrag von 750 DM Lohn-oder Gehaltsersatz gezahlt werden. Darüberhinaus ist die Mutter für diese Zeit sozialversichert (Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung) und der Kündigungsschutz ist auf zwei Monate nach dem Mutterschafts-urlaub verlängert worden. Rund 300.000 arbeitende Frauen werden voraussichtlich diese Vorteile in An-spruch nehmen.

Die Nachteile, die den arbeitenden Frauen durch eine längere Unterbre-chung ihrer Berufstätigkeit entstehen, wurden schon lange vor der Verab-schiedung des Mutterschaftsurlaubs von den Kapitalisten diskutiert und angedroht. Der „Arbeitgeber“, Zeit-schrift und Sprachrohr der Kapitali-sten, drohte Konsequenzen für die Arbeitsmarktlage der Frauen an. In-sbesondere jüngeren Frauen würden weniger Arbeitsplätze angeboten. Außerdem könne man keinem „Un-ternehmen zumuten, aus wirtschafts-politischen Gründen“ einen Arbeits-platz 7 1/2 Monate freizuhalten, ins-besondere könnten Kleinbetriebe hier nicht mithalten. Stattdessen for-derten die Kapitalisten mehr finan-zielle Anreize, um das Frauen mit Kindern das Zuhausebleiben leichter zu machen. Ähnlich tat sich ja auch die CDU/CSU mit ihrem Erziehungs-geld für nicht berufstätige Frauen herum.

Die Auswirkungen der Nachteile sind bislang nur spärlich auszuwerten, da in den meisten Fällen nicht öffent-lich erklärt wird, daß jüngere Frauen, die noch Kinder kriegen könnten, nicht mehr eingestellt werden. Die FDP-Abgeordnete Edith Strumpf machte folgenden Fall in der „FR“ (8.8.79) öffentlich: „Im Hinblick auf das erweiterte Mutterschutzge-setz“, schrieb das Bonner Institut für Cytologie und Mikromorphologie ei-ner jungen Frau, würden Angestellte eines älteren Jahrgangs vorgezogen.“

Antrag der Hamburger Frauen-gruppe in der Druck und Papier an die Delegiertenversammlung zur Weiterleitung an den Gewerkschaftstag.

da in den meisten Fällen nicht öffent-lich erklärt wird, daß jüngere Frauen, die noch Kinder kriegen könnten, nicht mehr eingestellt werden. Die FDP-Abgeordnete Edith Strumpf machte folgenden Fall in der „FR“ (8.8.79) öffentlich: „Im Hinblick auf das erweiterte Mutterschutzge-setz“, schrieb das Bonner Institut für Cytologie und Mikromorphologie ei-ner jungen Frau, würden Angestellte eines älteren Jahrgangs vorgezogen.“

Antrag der Hamburger Frauen-gruppe in der Druck und Papier an die Delegiertenversammlung zur Weiterleitung an den Gewerkschaftstag:

Wir fordern die 29 Delegiertenver-sammlung auf, folgenden Antrag von uns zu unterstützen:

1. Die Erhöhung der Bezüge während des Mutterschaftsurlaubs auf einen Betrag, der sicherstellt, daß auch alleinerziehende Mütter ihr(e) Kind-(er) und sich selbst angemessen un-terhalten und ernähren können. Die-ser Betrag muß dynamisch sein, d.h. er muß an die Preisentwicklung ange-klungen und jährlich erhöht werden.
2. Erweiterung des Mutterschafts-urlaubes auf Elternurlaub
3. Erweiterung des Urlaubs auf ein Jahr, wie es auch in einigen Nach-barländern der Bundesrepublik schon eingeführt ist
4. Solidarität mit Ulrich Hofmann, der vor dem Gericht auf Gewähr-ung von „Vaterschaftsurlaub“ klagt.

Begründung

Seit dem 1.7.1979 ist das neue Mutterschaftsurlaubsgesetz in Kraft. Der jetzige Netto-Betrag von höchs-ten 750 Mark monatlich erlaubt es keiner alleinerziehenden Mutter, für die dieser Urlaub besonders nötig wäre, von dieser Regelung Anspruch zu nehmen, weil keine Mutter davon sich und ihr Kind ernähren kann. Verheiratete Ehepartner werden von diesem Gesetz begünstigt. Ferner sieht das Gesetz vor, daß nur Mütter von diesem „Urlaub“ Gebrauch ma-chen können, was die alte Rollenver-teilung — Frau als Mutter und Haus-frau und Mann als Ernährer — verfestigt. Wir finden es jedoch wichtig, daß auch die Väter nicht von der Kindererziehung ausgeschlossen wer-den. Auch halten wir es für notwen-dig, den Urlaub auf ein Jahr auszu-weiten, da gerade im 1. Lebensjahr ein Kind so viel Fürsorge und Zeit-aufwendung braucht, daß es für die Mutter oder den Vater einen doppel-ten Streß bedeutet, wenn sie auch noch berufstätig sind.

Wir unterstützen Ulrich Hofmann, der den Urlaub auch für Väter ein-klagt. Er erzieht seine Tochter, wäh-rend seine Frau als Lehrerin arbeitet und klagt vor dem Gesetzgeber, daß der Vaterschaftsurlaub für ihn aner-kannt wird.

Einstimmig angenommen

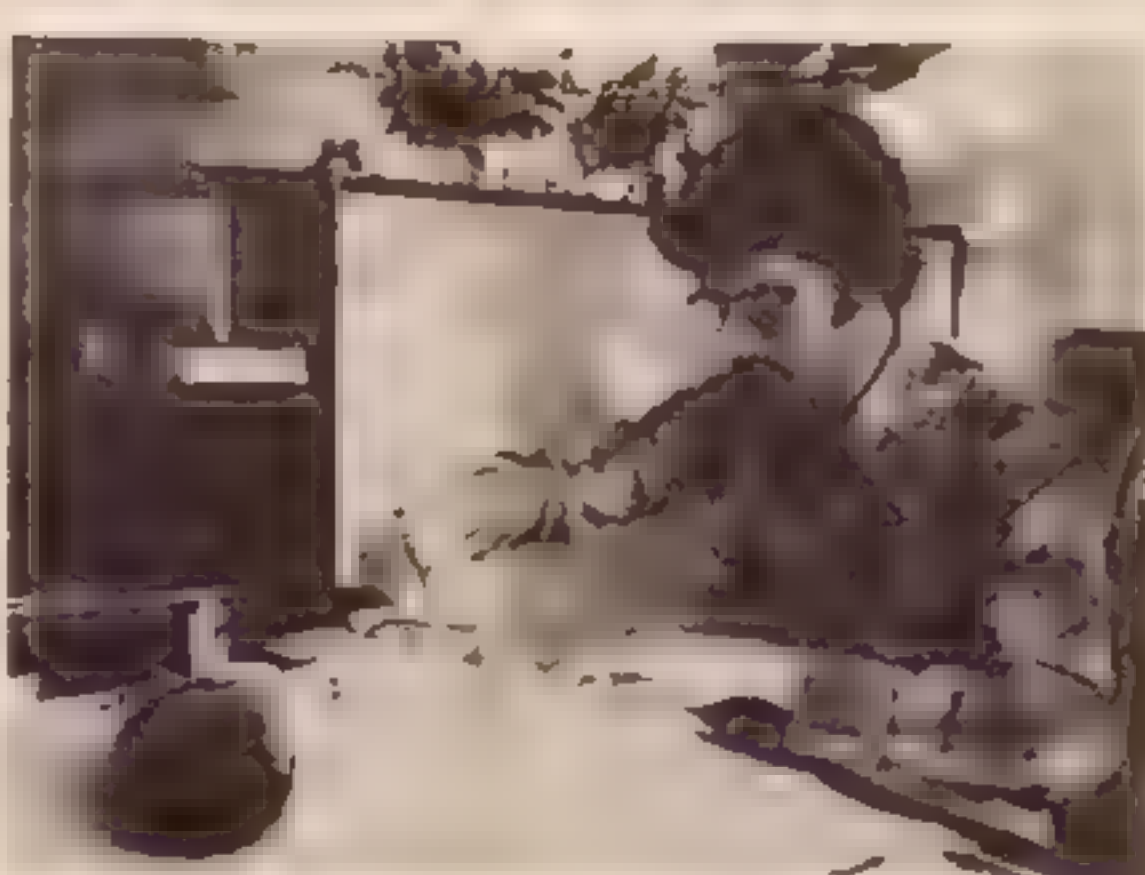
Ebenso hätte die Abgeordnete die Er-fahrung in Gesprächen mit „Arbeit-gebern“ gemacht, „daß öfter als frü-her Frauen im gebärfähigen Alter“ auf ihre Bewerbung ein „Nein“ ins Haus flatterte.“ Die Leiterin des Ab-teilung Frauen im DGB-Landesbezirk Hessen, Anneliese Tuchscher, erklä-te im DGB-Zentralorgan „WdA“: „Die Ankündigung aus dem Arbeitgeber-... die Beschäftigung von Frauen einzuschränken“ wegen des verlängerten Mutterschaftsurlaubs, sei familienfeindlich.“ („Welt der Arbeit“, 7.6.79) Es wird sehr wichtig sein, Erfahrungen zusammenzutragen und Forderungen zu erarbeiten bzw. alte Forderungen in Erinnerung zu rufen, um das unzureichende Mutter-schutzgesetz weiter in die Dis-kussion zu bringen. Wir wollen im weiteren einen ersten Anfang dazu machen und dabei besonders die ge-werkschaftliche Auseinandersetzung um den Arbeitsschutz für Mütter wei-ter zu diskutieren und Forderungen zu erheben.

Wo bleibt die kritische gewerkschaftliche Bilanz zum Mutterschutzgesetz?

Die verabschiedete Fassung des Mut-terschaftsgesetzes (und ihre Erweiter-ung auf den Mutterschaftsurlaub) vom Juli dieses Jahres bleibt weit hinter den ursprünglichen Forderun-gen der gewerkschaftlichen Frauen-ausschüsse, Frauenkonferenzen und Tagungen zurück. Davon ist allge-mein im DGB und seinen Einzelge-werkschaften nicht mehr die Rede, im Gegenteil. Immerhin haben die Frauen 18 Jahre für einen Mutter-schaftsurlaub die Auseinandersetzung geführt, haben enorme gesund-heitliche Lasten auf sich nehmen müssen, um die oben genannten Ver-besserungen zu erreichen. Nur ein Bruchteil der gewerkschaftlichen Forderungen ist von der SPD/FDP-Regierung übernommen worden. Schon bei der Vorlage der Gesetzes-initiative klang kleinlaut hier und da in Einzelgewerkschaften wie z.B. der IG Metall Kritik an „... die langjäh-rige Forderung nach einem Sonder-urlaub von 18 Monaten sei als wich-tiger gesellschafts- und sozialpoliti-scher Fortschritt“ zu sehen, „die Bundesregierung habe mit ihrem Ge-setzenwurf dieser Forderung nur teilweise entsprochen“ (Mitteilungen für Frauen, IG Metall 2/79). Das war

gen geführt, haben enorme gesund-heitliche Lasten auf sich nehmen müssen, um die oben genannten Ver-besserungen zu erreichen. Nur ein Bruchteil der gewerkschaftlichen Forderungen ist von der SPD/FDP-Regierung übernommen worden. Schon bei der Vorlage der Gesetzes-initiative klang kleinlaut hier und da in Einzelgewerkschaften wie z.B. der IG-Metall Kritik an „... die langjäh-rige Forderung nach einem Sonder-urlaub von 18 Monaten“ sei als „wich-tiger gesellschafts- und sozialpoliti-scher Fortschritt“ zu sehen, „die Bundesregierung habe mit ihrem Ge-setzenwurf dieser Forderung nur teilweise entsprochen“ (Mitteilungen für Frauen, IG Metall 2/79). Das war vor der Verabschiedung, inzwischen wird das Gesetz vor allem bejubelt. „Mit dem von der Bundesregierung vorgeschlagenem Gesetz zur Einfüh-rung eines Mutterschaftsurlaubs wird der inzwischen hundertjährige Mut-terschutz konsequenzorientiert wickelt.“ (DGB Frauen und Arbeit, 8/79). Eine der wichtigsten Forderungen des DGB zum Mutterschutz war, daß Mutter oder Vater einen 18-monatigen Urlaub für das Kind in Anspruch nehmen kann. Hierbei ist vor allem wichtig, daß der Vater auch für das Kind zuständig sein sollte (kann) und nicht wieder in der Rolle als Mutter einseitig die Belastung trägt. Davon kann heute keine Rede mehr sein, auch die Klage eines Vaters aus Ham-burg beim Bundesverfassungsgericht findet in den Gewerkschaftszeitungen keinen Niederschlag. Stattdessen eine neue Orientierung auf die Frauen. „Diese Mütter sollen für eine gewisse Zeit nach der Entbindung von der Doppelbelastung befreit werden und so in der ersten wichtigsten Entwick-lungsphase sich ganz ihrem Kind wid-men können“ („Quelle“ 7/8.79). Zwar ist es richtig und gut, daß brei-über das neue erweiterte Mutter-schutzgesetz aufgeklärt wird, schlecht ist allerdings, wenn die Gewerkschaf-ten nur einseitig von Vorteilen reden und unkritisch auf alte rückschrittl-iche gewerkschaftliche Positionen zu-rückfallen. Die doppelte Belastung der Frauen ist in den letzten Jahren vielfach diskutiert worden und hat zu neuen gewerkschaftlichen Forderun-gen und Positionen geführt. Erst 1975 hat der 10. ordentliche Bundeskon-gress des DGB diese Fragen diskutiert, und ist von der Formulierung „Mut-ter“ zu „Elternteile“ übergegangen.

Nicht viel anders sieht es mit dem Lohn-oder Gehaltsersatz aus 750 DM höchsten für die Zeit des Mutter-schaftsurlaubs liegt weit unter dem Existenz-Minimum. Eine alleinsten-dende Mutter wird sich genau überle-ben müssen, ob sie den Sonderurlaub in Anspruch nehmen kann. Darüber-hinaus ist wieder die Frau, die öko-nomisch abhängig wird vom Mann. 1975 forderte der DGB Lohn-oder Gehaltsersatz in Höhe des Arbeitslo-sengeldes für die Zeit des Mutter-oder Vaterschaftsurlaubs. Zwar ist



Die Elternteile sollen selbst entscheiden können, wer den Urlaub in Anspruch nimmt. Ein Hamburger Vater klagt für dieses Recht zur Zeit beim Bundesver-fassungsgericht, man/frau darf gespannt sein, wie die Entscheidung ausfällt.

auch hier nicht einzusehen, wieso nur die Höhe des Arbeitslosengeldes (68%) gefordert wurde, und damit vor allem die Elternteile die finanzielle Last tra-gen, und nicht der Kapitalist, der ja später den Nutzen hat. Trotzdem kommt die DGB-Forderung der Un-abhängigkeit der Frauen mehr entge-gen, als die jetzige Bestimmung. Aber auch hier scheint die offizielle Ge-werkschaftspolitik von alten Forder-ungen vorerst Abschied genommen zu haben.

Der Kündigungsschutz für die be-rufstätigen Mütter ist zwar auf zwei Monate nach dem Mutterschafts-urlaub verlängert worden, zeigt sich aber als sehr unzureichend. Denn ge-raude eine junge Mutter mit Kind ist dem Kapitalisten ein Dorn im Auge, ist doch gerade die Zeit, in der das Kind noch klein ist, diejenige, wo Krankheiten oder sonstige Probleme die Arbeitskraft der Mutter häufiger reduziert oder gar ganz ausfallen läßt. Ein Kündigungsschutz wäre daher für die gesamte Zeit des Kleinkindes — also mindestens drei Jahre — allemal angebracht.

Die Forderungen im DGB und den Einzelgewerkschaften müssen wieder in den Vordergrund

Seit nunmehr 8 Monaten gibt es eine Hausfrauengewerkschaft, die von der Kieler Pädagogik Dozentin Dr. Gerhild Heuer gegründet wurde. Eine beacht-liche Zahl von 4000 Mitgliedern (10% Männer) haben sich bundesweit zusammengeschlossen. Ende Oktober fand die erste Mitgliederversammlung mit 200 Hausfrauen und 30 Haus-männern in Holm bei Kiel statt. Die wesentlichen Forderungen der

Die Forderungen im DGB und den Einzelgewerkschaften müssen wieder in den Vordergrund

Das Forderungspaket zum Mutter-schutzgesetz ist umfangreich von den gewerkschaftlichen Frauen erarbeitet worden. Wir wollen hier wesentliche Teile wiedergeben.

Die Säuglingssterblichkeit liegt in der Bundesrepublik immer noch weit höher als in anderen Ländern Westeu-ropas: „So seien 1977 in der BRD noch 9022 Säuglinge bis zum Ende des ersten Lebensjahr gestorben, und 3.795 Kinder seien tot geboren. Demgegenüber lägen die Sterbesif-fer in Schweden fast um die Häl-fte niedriger“ (DGB: Frauen und Arbeit, 8/79). Gerade die arbeitenden Frauen sind durch Streik am Arbeitsplatz und mangelnde Zeit zur Vorsorge — Untersuchungen am Härterden betroffen. Maßnahmen zur Verhütung von Schwangerschafts-schwerden wie Sport u.a. werden am Wenigsten von berufstätigen Frauen wahrgenommen. Nicht erfüllt sind jahrelange gewerkschaftliche Forder-ungen zu diesem Problem.

- Herabsetzung der Arbeitszeit für werdende Mütter und stillende Müt-ter
- Verlängerung der Schutzfrist vor der Entbindung. Absolutes Beschäfti-gungsverbot während der Schutzfrist vor und nach der Entbindung auf je 10 Wochen.
- Absolutes Verbot für Akkord-und Fließbandarbeit während der (gesam-ten) Schwangerschaft.
- Sicherung des Durchschnittsein-kommens für werdende und stillende Mütter bei Kurzarbeit (DGB-Materia-lien: „Die Rolle der Frau in Wirt-schaft und Gesellschaft“).

Der Bundesfrauenausschuß der ÖTV ließ auf der 8. Bundeskonferenz einen Antrag zur Erweiterung des Mutterschutzgesetzes verabschieden. Eine Kritik an das Bundesministe-rium, das „nachlässig“ mit den For-derungen umgeht, wurde ebenfalls von den DGB-Frauen geteilt. Sie forderten eine Rechtsordnung „zur Einrichtung von Liegeräumen für werdende und stillende Mütter“ in den Betrieben. Die DGB-Frauen aus Hessen verabschiedeten einen Antrag, der besagt, daß „die Arbeitgeber, die

Der nachstehende Antrag wurde auf dem 10. Ordentlichen Bun-deskongress des DGB vom 25.-30.5.1975 vorgelegt!

Bez. Sonderurlaub nach der Mutterschutzfrist zur

Der 10. Ordentliche DGB-Bundeskongress einigte an der Forderung aus dem DGB-Programm für zu-berufstätige Frauen nach einer Sonder-Urlaub von 8 Monaten nach Ablauf der Mutterschutzfrist, die Zahl-ung eines angemessenen E. z. als ein öffentliches Mi-ssverständnis zu betrachten, da es sich um eine For-derung handelt, die in der Verfassung liegt.

Zur Pflege und Erziehung des Kindes ist auf An-trag ein Sonderurlaub bis zu 8 Monaten nach Ab-lauf der Mutterschutzfrist zu gewähren. Er kann wahrgenommen werden, wenn die Eltern in Anbetracht der Situation der beiden Elternteile erwarte-nd sind.

2. Der Sonderurlaub sei auf Antrag um weitere 18 Monate zu verlängern, wenn während seiner Dauer weitere Kinder geboren werden.

3. Während des Sonderurlaubes soll die Arbeitsver-hältnisse von Seiten des Arbeitgebers nicht ge-ändert werden. Dem Arbeitgeber darf durch den Sonder-Urlaub kein beruflicher und betrieblicher Nachteil entstehen.

4. Als Ausgleich für entgangenen Verdienst ist wäh-rend des Sonderurlaubes dem die Erhaltung und Pflege übernehmenden Elternteil ein Entgelt in Höhe des Arbeitslosengeldes aus Bundesmitteln zu ge-währen.

5. Für die Zeit des Sonderurlaubes werden die Be-züge für Pension, Krank- und Arbeitslosenver-sicherung aus Bundesmitteln übernommen.

6. Der zunächst für 18 Monate vorgesehene Son-derurlaub ist langfristig für 10 Jahre vorzusehen und danach auch in die langfristige Finanzplanung aufzunehmen.

Es kann es passieren, daß der Kapitalist die Lohnzulage nicht auf die Über-tatsächlichen Leistungen anrechnet (alle Zitate aus DGB-Materialien: „Die Rolle der Frauen in Wirtschaft und Gesellschaft“). Bleibt noch nachzu-tragen, daß die Hamburger Druck Frauen erste Aktivitäten zur weiteren Diskussion (siehe nebenstehende Re-solution) in Angriff genommen ha-ben.

Betrieb und Gewerkschaft

Hausfrauengewerkschaft: „Für die Anerkennung der Hausfrauentätigkeit...“

Seit nunmehr 8 Monaten gibt es eine Hausfrauengewerkschaft, die von der Kieler Pädagogik Dozentin Dr. Gerhild Heuer gegründet wurde. Eine beacht-liche Zahl von 4000 Mitgliedern (10% Männer) haben sich bundesweit zusammengeschlossen. Ende Oktober fand die erste Mitgliederversammlung mit 200 Hausfrauen und 30 Haus-männern in Holm bei Kiel statt. Die wesentlichen Forderungen der

„Deutschen Hausfrauengewerkschaft“ (DHG) wurden einstimmig verabschiedet. *Tatsächliche Anerkennung der Hausfrauentätigkeit als Beruf, Verbesserung der Altersversorgung der nicht berufstätigen Hausfrauen und Ausweitung der Krankenver-sicherung* (Husumer Nachrichten, 29.10.79).

Fortsetzung nächste Seite

Hausfrauengewerkschaft: „Für die Anerkennung der Hausfrauentätigkeit...“

Seit nunmehr 8 Monaten gibt es eine Hausfrauengewerkschaft, die von der Kieler Pädagogik Dozentin Dr. Gerhild Heuer gegründet wurde. Eine beacht-liche Zahl von 4000 Mitgliedern (10% Männer) haben sich bundesweit zusammengeschlossen. Ende Oktober fand die erste Mitgliederversammlung mit 200 Hausfrauen und 30 Haus-männern in Holm bei Kiel statt. Die wesentlichen Forderungen der

Fortsetzung nächste Seite

keine arbeit, doch arbeit
keine arbeit, um geld zu verdienen, aber arbeit, um die zeit tot zu schlagen
keine arbeit, um unter menschen zu sein, aber arbeit um allein, einsam zu sein
sinnlose arbeit!, sinnlose arbeit!
arbeit, um die tage schneller hinter sich zu bringen, arbeit, um die einsamkeit zu verdrängen
unbefriedigend!, unbefriedigend!
keine anerkennung! kein wort des lobes, alles selbstverständlich!
und noch tadel
arbeit, um den gewinn des ausbeuters zu vermehren, arbeit, um die arbeitskraft anderer zu regenerieren
scheißarbeit! scheißarbeit!
was aber gibt es sinnvolle arben?
gibt es sie überhaupt?
sie ist wichtig
wichtig nach anerkennung, nach lob
sie strängt sich an im haushalt
sie sorgt für frische wasche
saubere räume,
abwechslungsreiches essen
keiner bemerkt etwas
achtlos gehen sie über frisch geputzte böden
und verstreuen wieder ihren dreck
achtlos schaukeln sie liebevolles essen in sich hinein
und wünschen sich endlich wieder anderes
achtlos konsumieren sie frische wasche und machen daran herum
sie verstreuen achtlos alles von sich und lassen es liegen
achtlos, achtlos, achtlos!
sie stöhnen du hast es gut!
ich habe es gut!
wozu dann noch lob?
wozu dann noch anerkennung?
das ist doch alles selbstverständlich!
weiß du nicht wie gut du es hast?
nein!
ich will hier retraussess!
sie ist wichtig nach lob
wichtig nach Anerkennung
wichtig nach Zärtlichkeit
wichtig nach Liebe
wichtig nach Bestrafung
wichtig nach selbstzugelegtem Schmerz
wichtig nach Tränen
wichtig nach Tabletten
wichtig nach Alkohol
wichtig nach Selbsthaß

Brigitte Krummensee, Hamburg

Fortsetzung von Seite 20

Diskutiert wurde vor allem der weitere Aufbau der DHG. Mitglieder sollen geworben und Ortsverbände gegründet werden. Darüberhinaus sollen jetzt Mitteilungsblätter erstellt und verteilt werden. Darin wird beispielsweise erklärt, daß der Staat und nicht die Ehemänner Tarifpartner der Hausfrauen ist.

Die Frauen in der DHG verstehen sich als überparteilich und wollen zur nächsten Bundestagswahl 1980 vorerst zum Wahlboykott aufrufen und die Politiker nach ihren Taten und nicht nach Worten bewerten. Verstärkt wollen sie die Bundestagswahlen nutzen um ihre Forderungen bekannt zu machen.

Die DHG spricht vielen Hausfrauen aus dem Herzen und greift eine Reihe berechtigter Forderungen auf. Eine Hausfrau, die einen Vier-Personen-Haushalt führt, hat nach wissenschaftlichen Untersuchungen eine 48-Stunden-Woche. Die meisten Arbeitsunfälle sind bei den Hausfrauen zu verzeichnen. „Jedes fünfte Verkehrsunfall ist eine Hausfrau. 3.000 bis 4.000 Hausfrauen kommen jährlich bei Verkehrsunfällen ums Leben.“ (Hamburger Abendblatt, 9.2.79).

Die Versicherungen schätzen den Wert der Hausarbeit auf 3.000 DM maximal im Monat ein (so die Allianz). Hinzu kommt, daß die Hausfrauen nicht rentenversichert sind, und von daher einen sehr niedrigen Lebensunterhalt im

Alter zu erwarten haben. Hausarbeit wird auch von vielen Ehemännern nicht anerkannt, viele Frauen haben nicht einmal ein Taschengeld.

Die DHG will sich um all diese Probleme kümmern, dabei hat sie heute schon eine Reihe von Kontrahenten. Der DGB erkläre die DHG als „völlig überflüssig“. Auch Alice Schwarzer äußert sich negativ. „Es gibt ein echtes Bedürfnis, Hausfrauenarbeit als Beruf anzuerkennen“, aber auch sie befindet, der Begriff „Gewerkschaft“ wirke hier „ein wenig aufgeblasen“. Die Presse reagiert vor allem belustigt über die neue DHG: „Die DHG kann (bisher jedenfalls) noch keine Tarife abschließen, und wenn ihre Mitglieder mal wirklich zum Streik aufrufen, müßten sie doch damit rechnen, daß sie von ihren Ehemännern ausgesperrt würden. Oder?“ (Mopo, 26.7.79).

Eine Organisation die fortschrittliche Forderungen für die Hausfrauen stellt, die gerade auch diesen Frauen eine Möglichkeit bietet, gegen ihre Isolation zu kämpfen und weitergehende Forderungen entwickelt wie z.B. die Vergesellschaftung der Hausarbeit ist sicher zu begrüßen. Eine klare Aussage zur DHG ist heute sicher zu verfrüht und bedarf erstmal weiterer Informationen und Untersuchungen.

Kommunikation Betrieb und Gewerkschaft

Michelin-Betriebsräte

„rechtmäßig“ amtsenthoben

Anfang Dezember entschied das Landesarbeitsgericht Mannheim, daß der Betriebsratsvorsitzende des Karlsruher Michelin-Werks, Christ, und sein Betriebsratskollege Gether rechtmäßig ihres Amtes enthoben sind. Gegen die beiden hatte die Unternehmensleitung die Amtsenthebung beantragt, da sie im September 1978 den mehrtägigen Streik von 1200

Michelinarbeitern unterstützt hatten. Zwei IG-Chemie-Vertrauensleute waren deswegen gleich nach dem Streik entlassen worden.

Damit ist einmal mehr die Verpflichtung zur „vertrauensvollen Zusammenarbeit“ des Betriebsverfassungsgesetzes gegen fortschrittliche Betriebsräte eingesetzt worden.

Daimler-Benz:

Fristlose Kündigung gegen „Alternative“-Betriebsrat kommt nicht durch!

Wie der AK berichtete, war der Kollege Antonio Musio, ~~Wahlmitglied~~ Mitglied des Betriebsrats im Daimler-Benz-Werk Hamburg/Harburg auf der Liste der „alternative“ fristlos gekündigt worden, weil er angeblich die Wahrheit über einen Zeitnehmer gesagt haben soll. Er soll ihm nämlich einen Ausbeuter und Betrüger genannt haben. Die Betriebsratsmehrheit der IG Metall hatte der Kündigung ausdrücklich zugestimmt.

Der Rechtsvertreter von Daimler-

Benz erklärte im Arbeitsgerichtsprozeß am 6. Dezember, daß durch Toni der Betriebsrat erheblich gestört worden sei. Dem konnte aber auch der Richter nicht folgen und erklärte, daß Toni's „Verfehlung“ keine fristlose Kündigung rechtfertige. Da der Kollege aber nur fristlos kündbar ist, da er zum Zeitpunkt der Kündigung Betriebsratsmitglied war, wird Daimler-Benz und im Gefolge die Betriebsratsmehrheit - nicht durchkommen! Der Prozeß wird am 21.2.80 fortgesetzt.

Auch bei Daimler: Jagd auf Kranke

UTVX / TIEF T / AS

Herrn _____

In Hause _____

FAH _____

ZIN _____

Ihr Arbeitsverhältnis _____

Sehr geehrter Herr _____

Zu unserem Bedauern haben wir feststellen müssen, daß Sie wiederholt krankheitsbedingt gefehlt haben.

Bei den an unseren Betrieb und unsere Mitarbeiter gestellten Anforderungen wird die Beseitigung unserer Arbeitsplätze von noch größerer Bedeutung sein.

Anforderungen wird die Beseitigung unserer Arbeitsplätze von noch größerer Bedeutung sein.

Im Falle einer Fortdauer bzw. anhaltender Fehlhaftigkeit und damit verbundenen Dispositionsschwierigkeiten gehen wir weitere erhebliche betriebliche Störungen auf uns zukommen. Diese Störungen können unter anderem nur mit für Sie möglicherweise nachteiligen Konsequenzen behoben werden, die wir in Ihrem Interesse vermeiden möchten.

Bitte nennen Sie uns daher umgehend einen Termin, wann wir mit Ihnen in dem für Sie zuständigen Personalbereich (FAH oder ZIN) unter Hinzuziehung des Betriebsrates das obengenannte Problem erörtern können.

Nachachtungsvoll
Daimler-Benz Aktiengesellschaft D/BK

hitz
Rutz

Mit solchen frechen Einschüchterungsbriefen will Daimler-Benz dem Krankenstand zu Leibe rücken!

Die Werkleitung von Daimler-Benz Harburg zieht zur Zeit eine Kampagne gegen Kranke durch. Bisher wurde 120 Kollegen schriftlich vorgeworfen, daß durch ihre Krankheit „erhebliche betriebliche Störungen“ entstünden, die „mit für Sie möglicherweise nachteiligen Konsequenzen behoben“ werden müßten. Bereits in seinem Rundschreiben 44/78 hatte der Verband der Metallindustrie seine Mitglieder zu solchen Drohungen gegenüber den Arbeitern aufgefordert, um bei Kündigungen schon im Voraus juristisch verwertbare Aktennotizen über die Fehlzeiten der Kollegen zu haben.

Außerdem werden sogenannte „Sozialgespräche“ abgezogen, in denen die Kollegen durch geschickte Fragestellungen dazu gebracht werden sollen, dem Unternehmen mitzuteilen, welche Krankheiten sie haben und wie häufig diese in Zukunft auftreten werden.

Furchtbar ist die Haltung des Betriebsrates zu dieser Kampagne der Kapitalisten. Er „begrußt“ die einschüchternden Briefe, weil in den „klärenden Gesprächen“ angeblich festgestellt werden könne, ob der jeweilige Arbeitsplatz schuld an den Krankheiten sei. Nun ist es zumal gewerkschaftlich organisierten Kollegen nicht erst seit gestern bekannt, daß Schichtarbeit krank macht. Gegen die Schichtarbeit hört man aber noch keinen einzigen der altgedienten Betriebsräte in diesem Zusammenhang protestieren.

Mit dieser Haltung scheint auch die

Orterverwaltung der IG Metall nicht mehr einverstanden zu sein. Interessant ist es gerade in diesem Zusammenhang, daß bisher nur die Kollegen der „alternative“ die gewerkschaftliche Aufgabe, etwas gegen die Kampagne der Kapitalisten zu unternehmen, ernstnehmen und schon zwei Betriebsversammlungen diesem Thema gewidmet haben, während der VK sich in Schwärzen buht.

Liegen sechs Mitglieder der „alternative“ still nämlich gegenwärtig ein vor einem Jahr beantragtes Ausschlussverfahren aus der IG Metall. Daß sie aber die einzigen im Harburger Daimler-Werk sind, die überhaupt gewerkschaftliche Arbeit leisten, wurde im Untersuchungsverfahren überhaupt nicht berücksichtigt. Dem Vorstand wurde der Ausschluss wegen Kandidatur auf einer „gegnerischen Liste“ zur Betriebsratswahl empfohlen! Dieser Ausschluss würde im Augenblick nicht in die Situation der Harburger IG Metall passen. Denn schon auf der letzten Funktionärerversammlung wurde deutlich, daß sich ein zunehmender Wind gegen die altgedienten Betriebsräte entwickelt, der auch von der Ortsverwaltung mitgetragen wird.

Darum haben die „alternative“-Kollegen einen Brief an verschiedene VKs geschickt, um Unterstützung gegen ihren Ausschluss zu kriegen, der sich gegen die zur Zeit einzig gewerkschaftlich Aktiven bei Daimler richtet.

Betriebszelle Daimler-Benz, Harburg

Linker Arbeiter entlassen, um „drohende Gefahr von Hunderten Menschen abzuwenden“

Vor dem Bundesarbeitsgericht stand Ende November der Fall des Kältemonteurs Franz-Josef Grünen, Arbeiter im öffentlichen Dienst, zur Verhandlung. Die Mainzer Uni-Kliniken hatten Grünen vor 3 1/2 Jahren entlassen, weil er mit der „KPD“ sympathisierte. In erster Instanz erreichte Grünen vor dem Arbeitsgericht, daß seine Entlassung als „verfassungswidrig“ zurückgewiesen wurde. Das Gericht stellte fest: „Unstreitig hat sich Grünen an seinem Arbeitsplatz nicht politisch betätigt, das Arbeitsverhältnis wurde also durch die Weitschauung nicht konkret berührt“ (TAZ, 29.11.). Daher sei mit der Entlassung das Grundrecht der Meinungsfreiheit verletzt worden.

Der Mainzer Universitätspräsident Schneider zog daraufhin die Entlassung zurück. Nicht so das rheinland-pfälzische Kultusministerium, Kultusminister Vogel, heute Ministerpräsident, veranlaßte, daß Berufung eingeleitet wurde.

Die stand in zweiter Instanz vor dem Landesarbeitsgericht (LAG) zur Verhandlung. Dabei kamen schreckliche mögliche Greueltaten, die Arbeiter im öffentlichen Dienst begehen könnten, zur Sprache. Die Rechtsanwältin der Ankläger: „Was muß geschehen, um drohende Gefahren von Hunderten von Menschen abzuwenden? Wiegt ihr Sicherheitsbe-

dürfnis angesichts der greifbaren Möglichkeit der Gefahr für Leib, Leben, Freiheit und Gesundheit nicht stärker als das Recht der Meinungsfreiheit?“ Starke Worte - welche Gefahren gehen denn nun von Grünen aus? „Kälteanlagen können in ihrer Leistungsfähigkeit verändert werden. Hierbei kann Blut oder Blutplasma verändert werden. Falls die Unbrauchbarkeit nicht erkannt wird, kostet das Menschenleben.“ Weiter: „Durch Schalten der Aufzugsteuerung kann bewirkt werden, daß sich Schachtlüren öffnen, ohne daß dahinter der Fahrkorb steht. Hierdurch besteht Absturzgefahr in den Fahrtrichter.“ (aus TAZ, 29.11.).

So viele phantastische „Denkmotive“ über die Möglichkeiten des linken Arbeiters Grünen beeindruckten das LAG ganz offensichtlich. Es erklärte die Kündigung für rechtmäßig. Das Bundesarbeitsgericht nun zog sich Ende November fern aus der Affäre. Es stellte fest, daß der Streit wert des Verfahrens 131 DM zu niedrig angesetzt war, um eine Revision zuzulassen.

Grünen ist damit entlassen, gleichzeitig muß er die Prozeßkosten tragen und steht gerichtsnotorisch im Ruf, ein potentieller Massenmörder zu sein, wie die meisten Linken herzuheulen, glaubt man dem Arbeitsge-



2 Hamburg 13
Tel. 45 38 01

Der neue Peter-Paul Zahl:

„Die Glücklichen“

Reisbuch

DM 28,-

Ein neues geradezu unerhörtes Buchlein, dann viele Schwünke und Geschichten, die man in Schänken und Kommunen, Heimen, Straßenbahnen, Klein- und Großfamilien und Gefängnissen erzählen kann, die schweren, melancholischen Gemüter damit zu ermuntern.

Endlich erschienen
Alexandre Kollontai

Neue und bisher unbekannte Texte von A. Kollontai.

„Der Weiße Weg“

Erzählungen, Aufsätze, Kommentare
Verlag Neue Kritik

DM 24,-

Sie helfen, die Kontinuität und die Radikalisierung ihrer Vorstellungen zu einer sozialistischen Lebensweise und einer neuen, selbständigen sowjetischen Frau zu verstehen. Dabei werden kulturrevolutionäre Formen des Zusammenlebens und bürgerlicher Sozialität kritisiert.

Adalberto Lombi

„Im Irrsinnhaus“, Begegnung mit Herr Doktor, dies ist mein Leben.

Verlag Neue Kritik

DM 9,80

Geschichte einer psychiatrischen Zwangsweisung. Zeugnis der Anklage und des Kampfes gegen die Unmenschlichkeit psychiatrischer Gefängnisanstalten und die soziale Vergewaltigung der Frau.

Niederer heißt der Lebensgeschichte der Mary Jandson, welche im Alter von knapp 15 Jahren 1758 von Indianern entführt und fortan mit ihnen lebte bis zu ihrem Tod 1833.

Verlag Roter Stern

DM 19,80

Silvia Kontos

„Die Partei kämpft wie ein Mann“

Roter Stern

DM 25,-

Feministische Analyse der kommunistischen Frauenpolitik in der Weimarer Republik 1923 bis 1932.

Neu!

Doris Lessing

„Die Memoiren einer Überlebenden“

Govera

DM 26,-

Prophetische Beschreibung des stufenweisen Zusammenbruchs der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Verrückung, Plünderung, Raub und Mord werden zu alltäglichen Verhaltensweisen der „letzten Überlebenden“: beobachtet von einer 72-jährigen Frau aus dem Fenster ihrer Wohnung.



ICH KAUF IN
AB NICHT NUR
MEINE MEW...
oder, hasten literatur?

ÖTV-Manteltarifverhandlungen für Auszubildende

Die ÖTV hatte den seit dem 6.12.74 geltenden MTV-A zum 31.12.78 gekündigt. Nachdem sich die „öffentlichen Arbeitgeber“ anfangs beharrlich geweigert hatten, überhaupt zu verhandeln, kam es dann am 29.11.79 doch noch zum ersten Termin. Die „Arbeitgeber“ legten erwartungsgemäß kein verhandlungsfähiges Angebot auf den Tisch. Hauptforderungen der ÖTV für den MTV-A sind:

- Übernahme aller Ausbildungskosten durch den „Arbeitgeber“
- Übernahme aller ausgebildeten Jugendlichen in ein Arbeitsverhältnis, das dem erlernten Beruf entspricht
- Ausbildungsvertrag über alle Ausbildungsstufen bei Stufenausbildung
- Verkürzung der Probezeit auf einen Monat

- der Manteltarifvertrag muß auch für die Auszubildenden in der Krankenpflege gelten

Um wenigstens einen Teil der wichtigsten Forderungen durchzusetzen, ist es notwendig, daß zumindest die von der Bezirksjugendkonferenz vom 27.10.79 beschlossenen Aktionen durchgeführt werden.

- Veranstaltungen zu den Schwerpunktforderungen
- betriebliche Aktionen, wie z.B. Personal- und Personalteufelversammlungen
- Informationsveranstaltungen
- Bereichaktionen
- Durchführung eines Seminars Anfang 1980 zur Sammlung möglicher Kampfmaßnahmen und Aktionsformen, zur Klärung des Streikrechts für Auszubildende

Lehrlingskommission



Die Demonstration war erst der Anfang....

Urabstimmung beim NDR: Große Mehrheit für Streik!

Bei einer Beteiligung von weit über 80 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Mitglieder bei der am 6. und 7. Dezember durchgeführten Urabstimmung im NDR deutet alles auf ein geschlossenes Votum für Kampfmaßnahmen hin. Die endgültigen Ergebnisse liegen erst am Sonntagmittag (nach Redaktionsschluss des AK) vor.

Damit haben die NDR-Mitarbeiter noch einmal gezeigt, daß sie nicht gewillt sind widerstandslos die Zerschlagung des NDR und die damit verbundenen drohenden Verluste von Arbeitsplätzen hinzunehmen. Sie werden deshalb am 19. Dezember von 20.24 Uhr des Hörfunk- und Fernsehprogramms einstellen. Die hohe Wahlbeteiligung als auch das Ergebnis beim NDR werden eine positive Signalwirkung auf die noch kommenden Urabstimmungen in den übrigen Anstalten der ARD und des ZDF haben. Sollte auch dort sich eine Mehrheit von 75 Prozent aller RFFU-Mitglieder für einen Streik aussprechen, wobei die Ergebnisse aller Anstalten zusammengerechnet werden, dann werden bundesweit die vier Stunden Hörfunk- und Fernsehprogramm eingestellt werden. Die hohe Wahlbeteiligung als auch das Ergebnis beim NDR werden eine positive Signalwirkung auf die noch kommenden Urabstimmungen in den übrigen Anstalten der ARD und des ZDF haben. Sollte auch dort sich eine Mehrheit von 75 Prozent aller RFFU-Mitglieder für einen Streik aussprechen, wobei die Ergebnisse aller Anstalten zusammengerechnet werden, dann werden bundesweit die vier Stunden Hörfunk- und Fernsehprogramm eingestellt werden. Die hohe Wahlbeteiligung als auch das Ergebnis beim NDR werden eine positive Signalwirkung auf die noch kommenden Urabstimmungen in den übrigen Anstalten der ARD und des ZDF haben. Sollte auch dort sich eine Mehrheit von 75 Prozent aller RFFU-Mitglieder für einen Streik aussprechen, wobei die Ergebnisse aller Anstalten zusammengerechnet werden, dann werden bundesweit die vier Stunden Hörfunk- und Fernsehprogramm eingestellt werden.

Auch beim WDR in Köln herrscht Hochbetrieb. Die RFFU plant dort die Herausgabe von mehreren 10.000 Flugblättern, die vor den Betrieben verteilt werden sollen, um den „Kollegen die Aktion zu erklären“ (FR 7.12.). Bei den WDR-Mitarbeitern ist man sicher, die 75% Hürde zu überschreiten. Beim Süddeutschen Rundfunk (Stuttg.) bezweifeln nicht einmal Mitarbeiter außerhalb der RFFU (FR 7.12.), daß die 75% Ja-Stimmen erreicht werden. Beim Südwestfunk (SWF) Baden-Baden gehen die Mitarbeiter davon aus, daß „der Quorum geschafft werden könnte“ (FR 7.12.). Beim SFB (Sender Freies Berlin) hat sich auf den Mitarbeiterversammlungen niemand gegen den Streik ausgesprochen. Auch beim Hessischen Rundfunk ist die RFFU optimistisch, weiß aber darauf hin, daß das Ergebnis beim NDR selbst auf die „Befragungsmotivation“ einwirke.

Und wieder: Massive Angriffe auf das Streikrecht!

Kaum stand der Beschluß des Hauptvorstandes der RFFU fest, Mitglieder zur Urabstimmung über Kampfmaßnahmen aufzurufen und dem Vorschlag des 4. zünftigen „Demonstrationstreiks“ zuzustimmen, da rührten sich schon die seitdem bekannten Stimmen aus den Reihen der Unionsparteien.

Christian Schwarz-Schilling, Medien-Experte der CDU/CSU, erklärte schon den Aufruf der RFFU (nicht etwa erst die Aktion selbst) für „rechtswidrig“. Der Streik solle ja nicht aus arbeits- oder tarifrechtlichen Gründen stattfinden, was ja verboten

ist (FR 6.12.). Springer's „Hamburger Abendblatt“ behauptet: „Das Verbot des politischen Streiks schließt auch alle Versuche ein, politische Forderungen auf dem Umweg über einen scheinbar arbeitsrechtlich motivierten Streik durchzusetzen zu wollen. Es wäre also verboten, einen Streik zur Erhaltung der Arbeitsplätze beim NDR zu propagieren, nur um mit dieser vermeintlichen Forderung das politische Ziel einer Aufrechterhaltung der augenblicklichen NDR-Konstruktion durchzusetzen.“ (HA 29.11.79). In der Konsequenz hieße das Streikverbot in den Medien. Am liebsten ist ihnen wohl das Besondere, damit das „Funktionieren“ dieses für die Herrschenden wichtigen Propaganda-Instrumentes gesichert ist. Ganz in diesem Sinne folgen in Bayern schon erste Konsequenzen. Der Intendant des Bayerischen Rundfunks (BR) Reinhold Voth (CSU) hat in einem Hausrundschreiben den streikbereiten Mitarbeitern gedroht, „daß jeder den Bestand seines Arbeitsverhältnisses gefährdet, der sich an einem solchen unzulässigen Streik beteiligt“ (FR 8.12.). Voth kündigte gleichzeitig an, daß er einen Streik durch eine einstweilige Verfügung beim Arbeitsgericht unterbinden wolle. Inzwischen haben auch diesem Angriff die Intendanten des Saarländischen Rundfunks, des Süddeutschen Rundfunks, des Südwestfunks und des Hessischen Rundfunks angeschlossen. Die CDU/CSU-Intendanten-Runde hat mit Werner Henz vom Hessischen Rundfunk einen SPD-Mann gewonnen. „Sollte die einstweilige Verfügung dieses Ziel nicht erreichen, fordern die Intendanten ersatzweise die Aussetzung der Urabstimmung bis zu einer endgültigen Entscheidung über die Rechtmäßigkeit von Streikmaßnahmen“ (Hamburger Abendblatt 8/9.12.). Der Versuch, vor Gericht die Illegalität einer Urabstimmung und Streikaktion feststellen zu lassen, steht unseren Wissens bisher einmalig da. Die öffentliche Rechtfertigung für diesen Schritt erhalten die CDU/CSU-Intendanten dann auch noch durch die ARD und ihren Sprecher Henz, der schon am Dienstag erklärte, daß die Intendanten grundsätzlich der Meinung seien, daß es sich bei den Kampfmaßnahmen der RFFU um einen politischen Streik handle. (FR 5.12.79). Beim ZDF hat Intendant v. Hase in einem Hausrundschreiben den Streik für rechtswidrig erklärt. Außerdem diene er nicht dem Interesse des NDR (FR 7.12.79). Und ganz im Sinne der Schürung des „Volkszorns“ stellen die Intendanten fest, „daß die Mehrheit der Zuschauer und Hörer kein Verständnis für einen solchen Ausfall von Funk- und Fernsehprogrammen zeigen würde.“ (FR 5.12.79). Da trifft Springer wieder einmal ins Schwarze: „Nichts hören, nichts sehen, birds zahlen!“ (Hamburger Abendblatt, 8.12.79). Die DAG hat sich in die Phalanx der Hetzer gegen den Widerstand völlig eingereiht. In ihrem Aufruf „Nein zum Streik ja zur DAG“ vom 5.12. behauptet sie: „Alle Probleme liegen bisher noch im Bereich der politischen und juristischen Zuständigkeiten. Und wir sollen streiken? Oder geht es hier gar nicht um die Arbeitsplätze sondern um eine bestimmte (Medien-)Politik?“

Wie setztzeit die Druckarbeiter werden sich die Rundfunk- und Fernsehmitarbeiter auf eine massive Hetzkampagne einstellen müssen, die heute ihren Höhepunkt gewiß noch nicht erreicht hat.

Solidarität mit den kampfbereiten Kollegen/innen bei ARD und ZDF

KB Gruppe Hamburg

„Ich persönlich halte Begin für ein Schwein“

Diese Bemerkung war am 16.11. im bundesdeutschen(!) Fernsehen aus dem Munde eines Gastes der Life-Sendung „Jah nach neun“ vom Radio Bremen zu hören. Sie fiel im Zusammenhang einer Diskussion über „Terrorismus“, in der – wie zu erwarten – zum hunderttausendsten Male über die RAF hergezogen wurde. Ein einziger Gast der Snerkämpfer von der Goltz hatte den Mut, Gewalt und Terror als gängiges Mittel der Imperialisten aller Länder hinzustellen, wenn es darum gehe, Herrschaft zu sichern oder zu erobern. In diesem Zusammenhang sprach von der Goltz u.a. von Chile und von Israel – und da besonders von Begin, der unbestreitbar in den Gründerjahren Israels einer der schlimmsten Terroristen gegen die palästinensische Bevölkerung gewesen ist.

Die Reaktion auf diese Sendung war angesichts dessen, daß von der Goltz nur die Wahrheit erzählt hatte, erstaunlich, aber nicht überraschend. Zunächst einmal wurde auch bei

Begin entschuldigt. Außenminister Genscher offiziell für die Bundesregierung, Springer inoffiziell für das „deutsche Volk“. Bremens CDU-Chef Neumann sah, daß „den deutsch-jüdischen Beziehungen – großer Schaden“ zugefügt worden sei, ein israelischer Regierungssprecher betonte, daß „ein so niederträchtiges Benehmen“ vor Millionen Zuschauern ein Beweis dafür sei „welche Art von Menschen noch heute in Deutschland anzutreffen sind“ (Weser-Kurier, 21.11.).

Daneben werden seit der Sendung auch direkte Konsequenzgefordert. Die Moderatoren, Marianna Koch, Karl-Heinz Wöcker und Wolfgang Menge waren nämlich über die unvorhergesehenen Wahrheiten des Talk-show-Gastes offenbar dermaßen überrascht, daß sie ihn weder gleich festnehmen ließen oder ausschmücken, was von der israelischen Zeitung „Maariv“ gefordert (das Erschüttern sei, daß die Moderatoren „den Zirkus nicht sofort ein Ende machen“, lt. WK, 21.11.), noch wenig

stens sofort die Äußerungen „in entsprechender Form zurückgewiesen“ hatten, wie insbesondere von der CDU als „Selbstverständlichkeit“ gefordert (Weser-Report, 25.11.).

Für dieses „skandalöse Verhalten“ (CDU) sollen die Moderatoren entlassen werden (Weser-Report, 25.11.). Personelle Konsequenzen für „Jah nach neun“ Moderatoren? Für die CDU ginge damit ein Herzenswunsch in Erfüllung, denn schon seit Jahren kritisiert sie an der gesamten Sendung, daß von Zeit zu Zeit auch einmal kritische und unzensurierte Beiträge gesendet werden. Es wäre nur logisch, wenn neben stramm rechts ausgerichteten Moderatoren auch eine Abschaffung der Life-Sendungen generell gefordert würde, denn wer weiß schon, ob unter den eingeladenen Gästen nicht vielleicht doch einer ist, der seinen eigenen Kopf gebraucht....

KB/Gruppe Bremen

Der Gigant verlor 1. Prozeß

Der 1. konkrete Versuch des Springer-Verlages, G. Wallraffs neues Buch „Zeugen der Anklage“ aus dem Verkehr zu ziehen, ist gescheitert. Am 21.11. wies die 1. Zivilkammer des Landgerichtes Bochum den Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung zurück, der Kläger trägt die Kosten des Verfahrens.

Dieser, der BILD-Fotograf Kurt Gaeher, wollte verbieten lassen 1. Den Abdruck eines von ihm gehehmt geschossenen Fotos und 2. seine Bezeichnung als „Bild-A“ im Kapitel „Die Falle“ (Zu den Einzelheiten sei jedem das Buch noch einmal warmstens empfohlen).

Ansonsten schweigt der Gigant und versucht unter der Oberfläche einen Gegenangriff aufzubauen. So werden im Buch genannte Personen kostenlos Anwälte angeboten, flüchtige undichte Stellen in den Redaktionen gesucht. Ein Nachrichtenhandwerker der BILD, der sich weigert, gegen Wallraff gerichtlich vorzugehen, bekam

Drohanrufe, seine Haustür wurde beschmieret und eines Tages die Tür eingetreten. Einer der 3 Zeugen der Abhöraktion bekam Besuch. Man sagte ihm, es brauche keinen zu wundern, wenn seine Leiche im Rhein demnächst bei Leverkusen angespült würde (nach FR, 22.11. und Konkret, 12/79).

„Ich fordere eine Untersuchung über die Zusammenarbeit von Kleinkriminellen im Springer-Auftrag mit den Geheimdiensten und Justizbehörden der Bundesrepublik Deutschland“; so endet Wallraffs Buch. Was sich bislang zur Verwirklichung seiner Forderung getan hat, haben wir – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – unten zusammengetragen.

Meldungen zu BILD-Wallraff

Am 14.11. beschäftigte sich der Innenausschuß des Bundestages mit dem Abhörfall Wallraff. Der Staatssekretär im Bundespostministerium Elias bezeichnete einen „Zusatz als unmöglich, es müßte mit technischer Manipulation bei der Verbindung BILD-Redaktion Wallraff gerechnet werden. Er meinte jedoch, eine Zusammenarbeit von BILD und Postmitarbeitern sei auszuschließen.

Nach einer Untersuchung der Leistungen durch die Post auf Löt-oder

ähnliche Stellen und der Erstellung eines Gutachtens soll sich der Innenausschuß nochmals mit dem Fall beschäftigen (nach FR, 15.11.).

Die DJU in der IG Druck und Papier hat die Landesregierung von NRW und den Bundesinnenminister aufgefordert, die im neuen Wallraff-Buch erhobenen Vorwürfe aufzuklären. Gleichzeitig wird eine Aufklärung des Vorwurfs von Kripenbauer & Witsch verlangt, BILD habe Staatsschutz- und andere Behörden mißbraucht, um das Erscheinen des Buches zu verhindern (Druck und Papier, Nr. 23, 5.11.79).

Die „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen“ stellt die Frage, warum nicht unverzüglich ein Ermittlungsverfahren eingeleitet und mit allen zulässigen Mitteln, wie Hausdurchsuchungen, durchgeführt wurde. Weiter wird eine Auskunft über „Amtshilfe“ staatlicher Sicherheitsorgane verlangt. Die G 10 Kommission solle ihr Schweigen im Fall Wallraff endlich beenden (FR, vom 16.11.).

Der Preserat hat am 27.11. eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich mit den Arbeitsmethoden der BILD befassen soll. Bis zu einer Sonderentscheidung im Januar '80 soll sie Grundlagendmaterial erarbeiten, um ein Meinungsbild zu bekommen (nach FR, 28.11.).

Kurzmeldungen

Kurzmeldungen

Maulkorbparagraph 353c gestrichen!

Am 15.11. beschloß der Bundestag in Bonn mit den Stimmen aller Parteien den Maulkorbparagraphen 353c Absatz 1 zu streichen, nachdem mit bis zu drei Jahren Knast bestraft werden konnte, wer „geheimhaltungsbedürftige“ Schriften „oder deren wesentlichen Inhalt ganz oder zum Teil einem anderen mitteilt oder öffentlich bekannt macht und dadurch öffentliche Interessen gefährdet“.

Dieser Paragraph war von der Nazis eingeführt worden und kam erst in das Kreuzfeuer öffentlicher Kritik, als die Bundesanwaltschaft die Strafverfolgung nach 353c gegen den Journalisten Hans-Georg Faust aufnahm. Sie beschuldigte ihn, die Dokumente über den illegalen Lauschangriff des VS auf den ehemaligen Atomwissenschaftler Traube dem SPIEGEL zugespielt, und damit der Öffentlichkeit preisgegeben zu haben.

Die Einmütigkeit von CDU/CSU und SPD erklärt sich daraus, daß die Unionsparteien weiterhin mit dem Mittel der „Indoktration“, dem Zuspänscheln von Informationen zu ungünstigen der Regierungskoalition operieren wollen. Dazu mußte die mögliche Strafverfolgung nach 353c für weitere Informanten besetzt werden. Die Koalition hat von diesem Paragraphen kaum Gebrauch gemacht, und dort, wo sie gaubte (wie im Fall Traube/Faust) undichte Löcher stopfen zu müssen, hat sie sowohl die beschränkte Wirkung einer Strafverfolgung nach 353c erkennen müssen, als auch auf die Kritiker des demokratischen Spektrums Rücksicht genommen.

Streik bei der „Deutschen Welle“

Im Schatten der Auseinandersetzung um die Zerschlagung des NDR haben sich die tarifpolitischen Auseinandersetzungen innerhalb des bundes-eigenen Senders, der vornehmlich als außenpolitisches Propaganda-Organ der BRD-Imperialismus ins Ausland (vor allem in die RW-Länder) tendet, von der Öffentlichkeit unmerklich, dafür verschärft, daß die RFFU am 26./27. November zur Urabstimmung über Kampfmaßnahmen aufgerufen hat.

90,3 % der 622 Stimmberechtigten (bei 1400 Beschäftigten) stimmten für Streik!

Anlaß für die beschlossenen Kampfmaßnahmen ist die Drangsalierung des Intendanten Stegner (SPD), den im Mai '79 in Verhandlungen abgeschlossenen Manteltarifvertrag bis heute nicht unterschrieben zu haben.

Desweiteren versuchte Stegner, ein bereits neu vereinbartes und auch schon ausgezahltes Urlaubsgeld im Sommer dieses Jahres wieder einzuziehen zu lassen mit der Begründung, daß der Verwaltungsrat nicht zugestimmt habe. Diesem Verwaltungsrat gehören vornehmlich Mitglieder der SPD und FDP an.

Nachdem die Mitarbeiter der „Deutschen Welle“ ihre Kampfbereitschaft bekundet haben, hat sich die RFFU allerdings wieder auf einen Abwärtstakt bringen lassen. Über einen endgültigen Streikaufruf will die RFFU-Führung erst nach der Sitzung des Verwaltungsrates Mitte nächster Woche entscheiden. Auf dieser Sitzung wollen die Räte über den Manteltarifvertrag entscheiden...

Fortsetzung nächste Seite

machen würden, ob wir ihn schließlich im Prozeß verteidigen. Wir treten für das Recht auf eine mündliche Verhandlung ein, in der die Belastungen aufgetragen werden müssen und befragt werden können. Wir wenden uns energisch dagegen, daß — gerade wenn Polizeibeamte die Zeugen der Anklage sind — die Weichen im Vorverfahren gestellt sind und das Urteil nur die Reproduktion eines durch die polizeilichen Ermittlungen vorgefaßten „Vorurteils“ ist. Wir dürfen uns nicht zum Ermittlungsrichter über unseren Mandanten machen. Wir würden uns dazu machen, wenn wir zum allein entscheidenden Kriterium für die Übernahme eines solchen Mandats die Frage erheben würden: War er es oder war er es nicht?

Ich komme daher zu dem Ergebnis, daß wir als Anwälte mit sozialem und politischem „linkem“ Engagement in Vergewaltigungsprozessen Männer in der Regel nicht glaubwürdig, engagiert und konsequent verteidigen können, solange wir vorgeben, mit der Bewegung der Frauen für ihre Emanzipation zu sympathisieren. Von dieser Regel gibt es Ausnahmen, die ich beschreiben will. Mehr noch als diese natürlich sind denkbar.

III.

Ich verteidige das Recht, die Türken Ayva K., Zeynet D. und den nigerianischen Seemann Monima J. gegen den von Frauen erhobenen Vorwurf, von diesen Männern vergewaltigt oder sonst in ihrem sexuellen Selbstbestimmungsrecht verletzt worden zu sein, vertreten zu können.

1.) Zeynet D. arbeitete bei einer Hamburger Werft seit fast 10 Jahren. In die Werft schwimmt regelmäßig das einzige Atom-Schiff der BRD, die „Otto-Hahn“ zu Reparatur und Wartung ein. Am 26.7.1979 war das Schiff wieder einmal in der Werft. Die Stewardess des Schiffes, Erna K. verließ das Schiff gegen 18 Uhr und ging über die Werftanlagen zum Ausgang. Dabei soll sie ein Türke belästigt haben. Wegen ihrer Hilferufe verschwand der Mann. Die Firma kündigte das Arbeitsverhältnis mit Zeynet D. und schrieb:

„Gegen 18.40 Uhr haben Sie Frau Erna K. angefallen und unsittlich berührt ... Der herbeigerufene Werksschutz stellte und identifizierte Sie gegen 20 Uhr am Ausgang Wasserseite. Wir sehen uns aufgrund dieses Vorfalls veranlaßt, das mit Ihnen bestehende Arbeitsverhältnis wegen eines schweren Verstoßes wider die Sittlichkeit ... zu kündigen.“

Zeynet D., verheiratet, 2 Kinder

hat für den Kapitalisten 10 Jahre als Sandstrahler gearbeitet. Schlechte Arbeit konnte ihm nie vorgeworfen werden, den Meistern und der Geschäftsleitung war aber wiederholt unangenehm als ein ausländischer Arbeiter aufgefallen, der bei seinen Kollegen angesehen war, mehrfach gegen Arbeitsetze und Rationalisierung gesprochen hatte und bei den sozialdemokratisch orientierten Betriebsräten nicht beliebt war. 90% aller sog. verhaltensbedingten Kündigungen im Betrieb werden aus Anlaß, aus willkürlichem Anlaß ausgesprochen. Die wirklichen Gründe liegen regelmäßig woanders. Ist vielleicht glaubwürdig, wenn der Großkapitalist HDW wegen „schweren Verstoßes wider die Sittlichkeit“ gekündigt hat?

Zeynet D. sagt, der Vorwurf der Erna K. stimmt nicht. Er hat gegen die Kündigung beim Arbeitsgericht geklagt. Da der Vorwurf, wenn er stimmen würde, den Arbeitgeber zur Kündigung durchaus berechtigen könnte, wird im Prozeß Erna K. als Zeugin aussagen müssen. Ihre Situation im Prozeß wäre dann völlig identisch mit ihrer Lage in einem Strafprozeß. Es ginge in beiden Fällen um die Überführung des beschuldigten Mannes und um die Glaubwürdigkeit der Frau als Opfer und als Zeugin.

In diesem Konflikt — ich habe keinen Grund, meinem Mandanten zu mißtrauen — stelle ich mich auf die Seite des türkischen Arbeiters gegen den Kapitalisten, der für die Durchsetzung seiner Interessen sich des Mittels eines tatsächlichen oder vermeintlichen Eingriffs des Mannes in das sexuelle Selbstbestimmungsrecht einer Frau bedient.

2.) Ayva K. ist Türke und lebt seit 1971 mit seiner Familie in einem Hamburger Stadtteil unter deutschen und ausländischen Nachbarn. Im Dezember 1978 wird gegen ihn der Vorwurf der Vergewaltigung seiner deutschen Nachbarin, der Hausfrau Irene A. erhoben. In der von der Polizei geschriebenen Strafanzeige steht sich der Vorwurf so:

„Am 13.12.1978, um 22.34 Uhr, erhielt der Fm StW Peter 35/2 den Einsatz: „Lurper Weg ... seltlicher Streit auf der Fahrbahn“. Als wir am Einsatzort eintrafen, erwartete uns der Jurgen A. und teilte uns mit, daß seine Ehefrau vergewaltigt worden sei. Als Täter bezeichnete er den ebenfalls auf dem Gehweg anwesenden Herrn K. Zur Klärung des Sachverhalts begaben wir uns in die Wohnung der Herrn A. In der Wohnung wurde die Geschädigte Frau A. angetroffen und von mir zum Sachverhalt befragt. Frau A. teilte mit, daß sie seit ca. Februar 1978 von dem K. belästigt

wird. Im September 1978 sei sie dann gegen ihren Willen und Gegenwehr von dem K. im Flur ihrer Wohnung vergewaltigt worden ... von einer schriftlichen Vernehmung wurde abgesehen, da ihr das ganze Gespräch sehr peinlich war. Die Polizeibeamten nahmen K. den Paß weg. Männermoralität? Doch eher Ausländerfeindlichkeit. Im polizeilichen Protokoll der späteren Vernehmung der Frau A. heißt es u.a. „Auf Vorhalt, daß in der Anzeige des Herrn A. steht, daß seine Frau vergewaltigt wurde: Ich habe meinem Mann alles so erzählt, wie jetzt hier. Er meinte daraufhin, daß das ja praktisch schon eine Vergewaltigung ist.“

Ayva K. bestreitet seiner Nachbarin A. sexuell gegen ihren Willen zu nahe getreten zu sein. Ca. 1 Monat vor der Anzeige des Ehemannes A. und mehr als 2 Monate nach dem behaupteten Vergewaltigungsversuch hatte sich Frau A. noch bereit erklärt, das Baby der türkischen Familie tagsüber zu versorgen, und das in der folgenden Zeit auch getan. Man ging freundschaftlich miteinander um. Ayva K. hatte kleine Geschenke aus der Türkei mitgebracht, die deutsche Nachbarin half gelegentlich bei der Übersetzung von amtlichen Schreiben usw. Anfang Dezember 78 unterließ sich die Inhaberin eines Mühlgeschäfts in dieser Wohnung Frau H. mit Frau A. Dabei sagte Frau H. zu Frau A. der Türke habe im Geschäft ausgiebige Bemerkungen gemacht. Im Protokoll der Vernehmung der Frau A. steht dazu: „Herr H. hat den Türken K. dann am 12.12.1978, gegen Abend zur Rede gestellt und da hat er alles abgestritten. Er sagte mir, daß ich eine gute Nachbarin wäre. Herr H. hat ihm deutlich gesagt, daß er seine Frau und mich in Ruhe lassen soll, sonst würde was passieren.“

Was drei Tage später dann passierte, best. sich in der Aussage von K. so: „Auf der Straße stellte ich meinen Wagen ab. Dort traf ich Herrn A. und begrüßte ihn höflich. Herr A. schlug mir sofort mit einem Holzgummischlauch oder einem gummilähnlichen Gegenstand mehrfach auf den Kopf. Er traf mich dabei zweimal am Kopf, zweimal in den Augen und einmal an der Halsseite. Während dieses Vorfalls kam Herr H. hinzu. Herr A. zog nun Herrn H. dieses Schlauchstück.“

Von den deutschen Männern wird den diese Angaben weitgehend bestritten. Die treibenden Kräfte sind hier die beiden deutschen Männer groß, zur Selbstjustizneigung, eifersüchtig und besessen vom alleinigen Besitzanspruch auf die Ehefrau. In der polizeilichen Vernehmung sagte Frau A.

„Ich habe Angst vor meinem Mann. Er ist immer so aufbrauend.“ Die Vergewaltigungsanklage ist hier von Männern eingesetzt, um das Vorrecht auf die Frau zu verteidigen. Gestört erfahren wurde die Bedrohung wahrscheinlich durch ein Gefühl rassistischer Überlegenheit, die die Konkurrenzsituation als Demütigung erfahren ließ. Von der Bestrafung des Türken erwartet der Ehemann für sich Gerechtigkeit ohne Rücksicht auf die Situation seiner Frau.

3.) Monima J. ist ein nigerianischer Seemann. 1973 kam er erstmals in die BRD und wurde durch die Bremer Ausländerpolizei abgeschoben. Zur Abschiebung wurde er an Händen und Füßen gefesselt. Die Abschiebung war auf 4 Jahre befristet.

1979 reiste J. von der Schweiz wieder in die BRD ein. Ein Bekannter war mit 8.500,00 Dollar, von denen ein Teil J. gehörte, nach Hamburg gefahren, ohne daß J. den genauen Aufenthalt kannte. J. wollte seinen Landsmann suchen. Die Einreise von J. geschah legal, die Aufenthaltserlaubnis wurde ihm bis zum 3.10.79 befristet. Am 13.9.79 lernte J. auf St. Pauli eine deutsche Frau kennen, mit der er die Nacht in ihrer Wohnung verbrachte. Am Morgen des 14.9.79 wollte sie von ihm Geld. J. bot ihr 20,00 DM an, die sie als zu wenig ablehnte. Drei Tage später begegnete sich beide zufällig an einem Bahnhof. Die Frau war in Begleitung von Polizeibeamten und beschuldigte ihn einer Vergewaltigung, die er mit Schlägen gegen den Kopf der Frau durchgesetzt hätte. Der Haftrichter erteilte Haftbefehl in einem polizeilichen Vermerk v. 17.9.1979 heißt es u.a.: „Bezüglich der Verletzungen erklärte sie, daß ihre Wange geschwollen gewesen sei und auch deutliche Würgemale am Hals zu sehen gewesen seien. In ärztliche Behandlung habe sie sich nicht begeben. Eine Inaugenscheinnahme der Anzeigenden erbrachte keine Anhaltspunkte auf eine Verletzung. Es waren weder Schwellungen noch Hämatome noch Würgemale zu sehen.“

J. bestreitet den gegen ihn erhobenen Vergewaltigungsvorwurf. Gegen den Haftbefehl beantragte ich Haftprüfung. Die Staatsanwaltschaft widersprach einer Entlassung aus der Haft und wollte den Haftbefehl um einen angeblichen Verstoß gegen das Ausländergesetz erweitern. Am 9.10.79 hob der Haftrichter den Haftbefehl mangels Tatverdachts auf. Dennoch war J. damit kein freier Mann. Die Ausländerbehörde nahm J. in Abschiebehaft, der zuständige Richter für Freiheitsentziehung bestätigte die Haft, obwohl die Legitimation von J. für einen Aufenthalt bis zum 3.10.79

offenkundig war und er an einer rechtzeitigen Ausreise durch die Verhaftung am 17.9.79 gehindert war. Es entstand die absurde Situation, daß die Staatsanwaltschaft noch am 9.10.79 den Nigerman in Haft halten wollte, um der Gefahr zu begegnen, daß J. sich dem Strafverfahren durch Flucht entziehen könnte, und die Ausländerbehörde zur selben Zeit mit der Haft die Abschiebung sichern wollte. Das staatliche Unrecht, das J. in einem fremden Land, dessen Sprache und Gesetze er nicht kannte, widerfuhr, war eklatant. Am 14.10.1979 stellte die Staatsanwaltschaft das Ermittlungsverfahren gegen J. ein. Erst am 2.11.79 wurde die Abschiebehaft aufgehoben. Die Behörde gab schließlich zu, daß „hier etwas schief gelaufen sei.“

Angesichts dieses Maßes an staatlichem Unrecht, das sich mit Sicherheit auf der Grundlage von Rassismus und Ausländerfeindlichkeit in den staatlichen Behörden vollzogen hatte, war J. auch von uns zu verteidigen und seine Sache zu vertreten. Es war überall förmlich zu spüren, wie dem „wilden“ Afrikaner — tatsächlich ein kluger und sanfter Mann — die Qualität „Mensch“ mit dem Dünkel der weißen, imperialistischen Rasse abgesprochen wurde. Der Vertreter der Ausländerbehörde wollte bei einem gerichtlichen Termin darauf bestehen, daß J. während der Verhandlung gefesselt bleiben sollte. Wäre es hier zu einer Anklage gekommen, wäre ich wohl nicht aus der Verteidigung „ausgestiegen“.

In allen drei Fällen bin ich der Meinung, daß der „linke“ Anspruch mit der Verteidigung nicht nur vereinbar ist, sondern sie auch gebietet. Dogmatischer Feminismus demgegenüber muß mit „linker“ Politik nicht immer in Einklang stehen. Der Artikel in der „TAZ“ läßt nicht erkennen, ob er Ausnahmen von der dort vertretenen Regel zulassen will. Die Regel ist inzwischen auch mein Standpunkt. Wo die Vergewaltigungsanklage ausschließlich als die Form der Auseinandersetzung zwischen Mann und Frau erscheint, werde ich den Mann nicht verteidigen. Wird sie im wesentlichen als Mittel zur Durchsetzung von anderen, ablehnungswürdigen Interessen eingesetzt, gegen die wir auch mit anwaltlicher Tätigkeit Widerstand leisten wollen und sollen, so beanstande ich das Recht zu einer solchen Auslegung des sexuellen Verstoßes mit der Möglichkeit zu seiner Verteidigung und lehne ein kategorisches „Nein“ ab.

12.11.1979 Uwe Maelfert

Offene Antwort an die AG Frauen

Liebe Frauen —

es fällt mir schwer, auf Euren „Offenen Brief“ im AK 167 in sachlicher Form einzugehen, da er selber in rassistischem und unsolidarischem Stil abgefaßt ist. Er bemüht sich nicht, es zu tun, um eine faire Auseinandersetzung; warum habt Ihr Uwes Stellungnahme vom 12.11.79 nicht zusammen mit dem „Offenen Brief“ veröffentlicht? Bisher war es im AK guter Brauch, die kritisierte Position abdruckten. Tut das bitte. Platzgründe gelten hier nicht.

Was soll es heißen, wir stünden „auf der anderen Seite der Barrikade“? Welche Barrikade? Was soll der versteckte Boykottaufruf gegen unser Büro?

Ich habe in meinen zahlreichen Diskussionen über den „Offenen Brief“ kaum jemanden gesprochen, der für diese Art der Annäherung auch nur den Funken von Verständnis übrig hätte. „Entsolidarisierung“ fällt mir dazu ein. Letzten Endes werdet Ihr Euch mit dieser Praxis selber schaden, ich weiß inzwischen, daß z.B. eine Frau aus der BIFF nach genauer Kenntnis „meines“ Falles den „Offenen Brief“ nicht unterzeichnet hätte.

Ich will mich aber nicht an Euren Verstand von solidarischer Auseinandersetzung festbündeln, sondern auf die wichtigsten inhaltlichen Punkte — soweit sie nicht in Uwes Papier enthalten bzw. von Euch nicht erwähnt und — nochmal eingehen.

1. Im „Offenen Brief“ heißt es: „Bei dieser klaren Entscheidung, Euch in einem Vergewaltigungsprozeß auf die Seite des Unterdrückten zu stellen, macht Ihr es für Frauen unmöglich, uns Euch in Rechtsachen anzuvertrauen.“

Falsch. Ich habe mich schon vor meinem Prozeß am 14.11.79 entschieden, mich nicht auf die Seite des Unterdrückten zu stellen. In Uwes Stellungnahme vom 12.11.79 steht dazu: „Wo die Vergewaltigungsanklage ausschließlich als die Form der Auseinandersetzung zwischen Mann und Frau erscheint, werde ich den

Mann nicht verteidigen.“ Dies ist auch mein Standpunkt. Ismail K. wäre deshalb von mir nicht verteidigt worden und würde von Uwe auch nicht mehr verteidigt.

2. Zu meiner Verteidigung des türkischen Arbeiters schreibt Ihr: „Die Sache war von vornherein klar, daß Du, Hartmut, hier die Absicht hast, einem Unschuldigen zu seinem Recht zu verhelfen, kannst Du niemandem erzählen wollen.“

Ihr irrt auch hier die Sache war für mich nicht von vornherein klar und ich hielt es vor der Verhandlung für wahrscheinlich, daß gegen A.K. aus rassistischen Gründen eine falsche Anschuldigung konstruiert wurde.

Ich bin wegen meiner anwaltlichen Schweigepflicht nicht in der Lage, die Gründe hierfür öffentlich und im Detail darzulegen. Deshalb nur soviel — das wichtigste steht in Uwes Papier — die Zeugin selber hat A.K. nie der Vergewaltigung beschuldigt. In der Akte las ich: „Außerdem hatte ich auch Angst vor dem Türken, weil man ja weiß, daß Ausländer sind. Man hört soviel, daß die schnell mit dem Messer sind, da hatte ich eben Angst.“

Natürlich habe ich mir vor der Übernahme des Mandates überlegt, daß Frauen in aller Regel keine Vergewaltigungsvorfälle erfinden, weil sie sich nicht ohne Not den damit verbundenen entwürdigenden Prozeduren und Verhören durch Polizei und Justiz aussetzen.

In diesem Fall paßte die Regel aber nicht: nicht die Frauen hatten A.K. angezeigt, sondern Herr A., und zudem noch ca. fünf Monate nach der sexuellen Nötigung seiner Frau durch A.K., nachdem er den Türken mit seinem Hosengürtel verprügelt hatte.

Im Termin vom 14.11.79 wurde für mich allerdings ziemlich schnell klar, daß die Zeuginen die Wahrheit sagten und die Vorwürfe gegen A.K. nicht rassistische Konstruktionen waren.

Nur Ich kannte vor dem Termin

weder die Zeugin Frau A., noch Frau H. „Einen persönlichen Eindruck von der Glaubwürdigkeit der von ihnen und ihren Ehemännern erhobenen Beschuldigungen konnte ich mir erst durch die Hauptverhandlung verschaffen.“

Vorher hätte ich mich nur durch eigene Ermittlungen, womöglich mit Hilfe eines Privatdetektivs, informieren können.

Daß das nicht infrage kommt, dürfte klar sein.

Hier taucht natürlich die Frage auf, wie solche Irrtümer für die Zukunft vermieden werden können.

Ein wichtiges Kriterium zur Bestimmung von möglichen Ausnahmen wird die stärkere Berücksichtigung der allgemeinen Erfahrungen der Frauenbewegung sein müssen.

Das bedeutet, daß z.B. die Tatsachen, der Einfluß dritter Interessen etc. nicht nur aufgrund meiner individuellen Kenntnis des bestimmten Falles bewertet werden, es wäre z.B. sinnvoll, Literatur über Vergewaltigung heranzuziehen oder den Rat von Frauen einzuholen, die etwa durch Arbeit in Frauenhäusern oder Beratungsstellen über Erfahrungen aus der Kenntnis einer Vielzahl von Fällen verfügen.

„Mein“ Fall A.K. war hiernach keine Ausnahme. Ich ziehe aus dieser Erkenntnis jedoch nicht die Konsequenz, mir eine genaue Überlegung in den wenigen Ausnahmefällen durch ein kategorisches „Nein“ zu ersparen, solange, wie ich aufgrund der mir bis zum Termin zur Verfügung stehenden Informationen (unter Einbeziehung der o.g. Punkte) zu wenig über die konkrete Anhaltspunkte dafür habe, daß die Vorwürfe sexueller Straftaten Mittel zu einem von mir abgelehnten Zweck sind, würde ich die Verteidigung oder Vertretung übernehmen.

Ich stelle mich in diesen Fällen nicht auf die Seite des Unterdrückten, weil die Frau nicht als die Unterdrückte erscheint. Die Frau findet sich hier vielmehr in der Rolle nicht des Opfers des

Angeklagten/Mannes, sondern sie wird als Werkzeug anderer Interessen benutzt. Der Kampf geht dann gegen diese Interessen, nicht gegen die Frau. Der Fall des türkischen Arbeiters Zeynet D. ist ein solcher Fall: die Zeugin hat der Staatsanwaltschaft inzwischen mitgeteilt, daß sie auf die weitere Verfolgung der Angelegenheit keinen Wert mehr legt, HDW legt aber weiterhin Wert darauf, Z.D. loszuwerden.

Ich glaube, hieraus wird klar, daß es eine öble Unterstellung ist, Vergewaltiger, die von Euch verteidigt werden wollen, müssen wenigstens sagen, daß sie's nicht gewesen sind“ (Zitat aus dem Offenen Brief). Es müßte auch Euch klar gewesen sein, daß ein Mann nicht dadurch aus der Rolle des sexuellen Unterdrückten herauskommt, weil er diese Rolle ablegt.

3. Ich habe nicht vor, mich für einzelne aus dem Zusammenhang gerissene und im „Offenen Brief“ wiedergegebene Satzteile aus meinem mündlich und frei gehaltenen Plädoyer zu rechtfertigen. Deswegen beschränke ich mich insoweit auf eine grundsätzliche Bemerkung. Die Art, wie Ihr zitiert, unterstellt mir, ich hätte die Vorwürfe gegen A.K. ungenannt, also insbesondere in ihrer Bedeutung für die Frauen, heruntergespielt. Das habe ich selbstverständlich nicht.

Ich habe nicht auf irgendeinen allgemeinen „gesellschaftlichen Hinter-

grund“ verwiesen, um das Verhalten von A.K. im Sinne von „mildernden Umständen“ als „verständlich“ oder „erklärlich“ hinzustellen.

Der Straftatbestand der sexuellen Nötigung (einer von drei Vorwürfen gegenüber A.K.) enthält im Normalfall eine Mindeststrafe von einem Jahr Gefängnis. Zusammen mit den anderen beiden Vorwürfen hätte eine Verurteilung nach dieser Vorschrift also bedeutet, daß A.K. ohne Bewährung für mindestens ein Jahr in den Knast geschickt worden wäre. Das hätte bedeutet: Verlust der Arbeitsstelle, damit der Lebensgrundlage der ganzen Familie K., evtl. Ausweisung.

Eine solche Sanktion erschien mir keineswegs erforderlich, um K. unmaßstäblich klarwerden zu lassen, daß Frauen für ihn keine beliebig verfügbaren Sexualobjekte sind. Eine Knaststrafe auf Bewährung dürfte K. hinreichend klarmachen, daß er Frauen in Zukunft nicht zu belästigen hat.

Deshalb habe ich in meinem Plädoyer gesagt, daß der Fall A.K. als „milderer Fall“ anzusehen ist (Mindeststrafe, drei Monate Knast). Nur so gab es für A.K. die Möglichkeit der Bewährung. Das Recht jeder Frau auf Achtung ihrer Persönlichkeit verlangt nicht unbedingt, daß der angeklagte Mann auch im Knast einsteigt.

Hartmut Scharmer, 5.12.79



Hamburg-Eimsbüttel:

Den Chauvis schwillt der Kamm!

Im Bezirk Eimsbüttel hat die ZL ihre eindeutige Mehrheit (mehr als zwei Drittel). Insofern sind die dortigen Ereignisse sicher einigermaßen symptomatisch und lassen ahnen, wie die Praxis der ZL-Fraktion im Kampf gegen den Chauvinismus bzw. den Feminismus in der Organisation aussehen soll. Bezeichnend ist denn auch, daß die Frauenarbeit und vor allem die Frauenzelle - und dort natürlich die Genossinnen, die die Mehrheit positionieren - seit Ausbruch der Debatte unter einem dauernden Beschuß stehen.

Schon etwa Mitte Juli kam ein Genosse der Kerngruppe (KG) während der Diskussion um die Artikel von Ha. und K.L. (Göttingen) mit "neuen" Positionen zur Frauenarbeit auf den Markt, die er in einem Papier zusammenfaßte. Hier die wichtigsten Passagen: „Die Frauenpolitik befindet sich z.Zt. in der Sackgasse, und mit Frauenthemen läßt sich im Augenblick kein Hund hinter dem Ofen vorlocken. In der jetzigen Situation können sich die Frauen in anderen Bereichen als der Frauenpolitik besser qualifizieren. Eine Emanzipation/Stärkung der Frauen wird nicht nur durch eine spezifische Frauenpolitik/Frauenarbeit erreicht. Dies soll und darf nicht zur Auflösung der Frauengruppen u.a. führen, allerdings ist es durchaus zu diskutieren, andere Praxisfelder aufzugreifen (z.B. Ausländerarbeit, Filmclub). Hierzu möchte ich feststellen, daß die Frauengruppen außerhalb haben Frauengruppen im eigentlichen Sinne zu sein. Heute sind sie mehr nach innen gerichtete Selbsthilfungsgruppen. Sie zeichnen sich größtenteils durch Praxislosigkeit aus. Sie suchen ihre Emanzipation in der Selbstbefähigung... (Es) gilt... zu erkennen, daß eine Reihe von Arbeitsfeldern durch die Arbeit der Frauen...“

„...sie suchen ihre Emanzipation in der Selbstbefähigung...“ (Es) gilt... zu erkennen, daß eine Reihe von Arbeitsfeldern durch die Arbeit der Frauen...“

Es sollte nur noch angemerkt werden, daß es sich skurrilerweise bei dem Schreiber gerade um den Genossen handelt, der sich wenige Wochen später in einem Leserbrief in AK 161 empört beklagte: „Es scheinen die 'guten Sitten' nicht mehr gefragt. Wo ich geh und steh, wird der Knittel, der Frauenfeind entdeckt und mit allerlei anderen dummen Attributen belegt...“ (Seite 42, ein Mitglied der KG). Abgesehen von der maßlosen Übertreibung („Wo ich geh und steh“) bleibt nur zu fragen, ob der Genosse erwartet, daß derartige „Verbesserungsvorschläge“ künftig prämiert werden sollen? Wir lassen uns unser Recht nicht streitig machen, Frauenfeindlichkeiten auch beim Namen zu nennen!

Anfang Oktober wurde dann die Tatsache, daß die Frauenzelle sich fünf Wochen lang nicht getroffen hatte (aus Urlaubsgründen, Terminschwierigkeiten und einigen anderen Gründen) von einigen Genossinnen und Genossen der ZL-Fraktion des Bezirks zum Anlaß genommen, unsere Arbeit insgesamt in Frage zu stellen, da man/frau ja nicht anketten könne, wenn keine Termine stattfinden. Es war auch von einem „Mißtrauensantrag“ gegen uns die Rede. Wir erhielten nicht nur den „Auftrag“, schleunigst einen Termin anzuberaumen, sondern auch auf einer Frauenvollversammlung diesen „Skandal“ zu diskutieren. Die Empörung über unsere ausgefallenen Termine nimmt sich umso unerklärlicher aus, wenn man bedenkt, daß sie - mit einigen wenigen Ausnahmen - vor allem von Genossinnen und Genossen

vorgetragen wurde, für die die Unterstützung der Frauenarbeit in der Vergangenheit nur ein Lippenbekenntnis oder noch nicht einmal das war. Daß es sich eigentlich mehr um einen Versuch der Einschüchterung handelte und weniger um eine echte Kritik, wird auch daran deutlich, daß die Hauptkritikerin auf der dann anberaumten Frauenvollversammlung zu diesem Thema selbst nicht erschien und die anderen Genossinnen der ZL-Position ohne sie diesen Punkt lieber nicht diskutieren wollten.

Wenige Zeit später stellte die Anleiterin der Schwulen-Zelle Eimsbüttel im Namen ihrer Gruppe den Antrag, daß die männlichen Schwulen an der nächsten Frauen-Vollversammlung teilnehmen dürften, auf der über den Kampf gegen den Chauvinismus diskutiert werden sollte. Wir wiesen das zurück als Angriff auf unser Recht als Frauen im KB, um jederzeit ohne die Männer zusammensetzen, und als durchsichtigen Versuch, die Debatte unter uns Frauen von vornherein zu beeinflussen, da die Genossen der Schwulen-Zelle allesamt Anhänger der ZL sind. Obgleich es für satzungsgemäß gehalten wurde, diesen Antrag später schlichtweg abzulehnen, geht es nicht nach wie vor das Gerücht durch den Bezirk, die Schwulen-Zelle bestrebe auf ihrer I. Ordnung (Wir fordern die männlichen Schwulen hiermit auf, zu diesem Punkt Stellung zu nehmen).

Und schließlich dann wühlte sich auch der Anleiter der Debatte zu in die Angelegenheiten gegen uns, indem er ganz wie eine hochverehrte, eine Genossin stellvertretend als Keilen des Weib“ abzustempeln. In einem Papier, in dem zuvor allen Eimsbütteler Vertretern der LG-Mehrheits-Position allerlei Vorwürfe gemacht worden, ist er am Schluß zu einem be-

sonnenen Verbot aus: „Die...“

Dabei weiß der Genosse ohne Zweifel, daß er damit zu einem bekannten „Argument“ gegen Frauen gegriffen hat. Wenn wir uns am Arbeitsplatz oder in der Beziehung oder sonstwo gegen Annahmen zur Wehr setzen, bekommen wir zu hören. In dem Ton red ich nicht mehr mit Dir, wird erstmalig sachlich, wie nicht so zickig usw. und. Gemäß dem allgemeinen Vorurteil reagieren Frauen emotional und Männer rational, Frauen fallen leichter aus der Rolle und sind hysterisch. Bereits einmal vor etwa einem Jahr hatte der Genosse den Versuch unternommen, die Schwierigkeiten in der Frauenarbeit zur „Klimas“- oder „Ton“-Frage herunterzuspielen, als es darum ging, die Fehler in der Bezirksfrauenarbeit und damit auch die Fehler der Anleitung des Bezirks aufzuarbeiten. Damals wurde uns erklärt, das Übliche im Frauenbereich sei, „treten, kratzen und beißen“, kurz: „ein einmaliger Katastrophenklima“ (allein die Wortwahl ist interessant: Männer boxen und prügeln wenigstens noch).

Der Genosse sah sich denn auch nicht in der Lage, seinen Mißgriff einzusehen und zurückzunehmen, sondern schmückte in einer Antwort an das LG die Angriffe gegen die Genossin noch mit etlichen aus der Luft gegriffenen Behauptungen aus, für die er nicht einmal den Versuch eines Belegs unternahm.

Diese Beispiele mögen ausreichen, um zu zeigen, wie die ZL-Anhängerschaft in Eimsbüttel den „Kampf“ gegen die Entsolidarisierung im KB führt. Wir wollten sie den Genossinnen und Genossen nicht vorenthalten.

Genossinnen der Frauenzelle Eimsbüttel



Chauvinistische Grauzonen im KB Frankfurt?

„Mein Bauch gehört mir“, „Ob Kinder oder keine, entscheiden wir alleine“, „Für das Selbstbestimmungsrecht der Frau“ - mit diesen Parolen gehen Frauen und auch Männer in letzter Zeit wieder verstärkt auf die Straße, um gegen die Diffamierungskampagne seitens Kirche und Reaktion und für die Abschaffung des § 218 zu kämpfen.

Diese Parolen dürften auch innerhalb unserer Organisation verankert sein - sollte Frau zumindest annehmen. Doch was ich in den letzten drei Wochen erlebte, ließ mich erkennen, daß auch hier wieder die altbekannte Trennung zwischen Privat und Politisch vollzogen wird: Was wir politisch fordern, gilt noch lange nicht im privaten Beziehungsbereich!

Als ich vor einigen Wochen erfuhr, daß ich schwanger war, stürzte mich das in schwere Konflikte. Einerseits hätte ich sehr gern das Kind bekommen, einige äußere Bedingungen hätten mir das ermöglicht. Auf der anderen Seite gab es schwerwiegende Gründe dagegen: Vor allem meine Wohnsituation. Die nächsten zwei Wochen diskuterte ich mit mehreren Freund/innen über meinen Konflikt, u.a. auch mit meinem Freund, einem Genossen.

Mit ihm versuchte ich als erstes die Herangehensweise an dieses Problem abzuklären, indem ich ihm klar machte, daß grundsätzlich ich die Entscheidung über das Ob und Wie eines Kindes allein treffen müßte und von ihm so viel Unterstützung wie für ihn möglich dann in der Realisierung des Entschlusses erwarten würde.

Etwas konkretisiert auf meine/unsere Situation hieß das heißt: Ich lasse mich von keinem anderen Menschen in meine Entscheidung einmischen. Ich werde mich selbst um die Realisierung meines Entschlusses kümmern. Ich werde mich um die Realisierung meines Entschlusses kümmern.

Mutter, auch wenn ich nicht bereit war, mit ihm zusammenzuziehen, wie es seinen Vorstellungen entspräche.

Mann eine solche Unterstützung verweigert werden. Wenn ich darauf bestehen würde, solche Entscheidungen allein zu treffen, müßte ich mich halt damit abfinden, sie auch allein durchzuführen.

Wohlbemerkt: Es ging mir nicht darum, mich nicht mit ihm darüber auszusprechen. Im Gegenteil! Ich erzählte ihm alles, was mich in der Situation beschäftigte, fragte ihn nach meiner Meinung usw. Jedoch gehe ich nicht an der Tatsache vorbei, daß das Problem der Kindererziehung und somit auch der Verhütung/Abtreibung immer noch hauptsächlich Sache der Frauen ist, immer noch - bzw. gerade jetzt wieder verstärkt - Mittel ist, uns Frauen klein zu halten, und davon bin ich auch betroffen, das kann ich nicht in einer „alternativen“ Beziehung aufheben.

Ganz abgesehen davon sah es auch in den zwei Wochen des Hin-und-Her Überlegens in unserer Beziehung gar nicht so alternativ aus. Ich war diejenige, die allein oder mit einer Freundin zum Sozialamt, Pro Familia und anderen Stellen marschierte, um Informationen über staatliche Unterstützungsgelder u.ä. für ledige Mütter einzuholen. Zum Arzt und zur Voruntersuchung in der Klinik ging mein Freund nur auf mein Fragen hin mit. Von allein ist er nicht auf die Idee gekommen.

Als ich mich nach zwei Wochen zu einer Abtreibung entschlossen hatte, ging es mir ziemlich schlecht: Psychisch, weil ich diese Entscheidung sehr ungern getroffen hatte, und physisch hatte sich das natürlich auch schon zusammen mit der inzwischen weiter fortgeschrittenen Schwangerschaft niedergeschlagen: Ständige Übelkeit, Müdigkeit, Gereiztheit usw. Einen Tag vor der Abtreibung wurde ich in meinem Entschluß total unsicher, überlegte in der einen Minute, einfach nicht zur Abtreibungstermin hinzugehen, in der nächsten wieder, schnell die Schwangerschaft loswerden zu wollen. Mein Freund bekam das alles mit und versuchte, sich mit mir darüber auszusprechen.

Als dann aber spät abends noch Freundinnen aus M. anriefen und mir erzählten, daß sie gerade eine große Wohnung gefunden hätten, sie dort mit einer Frauen-Kinder-WG einzuziehen würden und ich auf jeden Fall mitziehen könnte, war's aus: Mich

traf dieses „Angebot“ natürlich genau an meinem wunden Punkt, und ich drehte fast durch vor lauter widersprüchlichen Gedanken, Gefühlen und Eindrücken. Mein Freund jedoch drehte sich kaum zu mir um und wertete sich konstant, mit mir über diese Möglichkeit zu diskutieren. Der Grund (den ich mir denken mußte, genannt hat er ihn nicht); Für ihn wäre die Beziehung aus, wenn ich nach M. ginge. Eine Beziehung auf Entfernung ist außerhalb jeder Diskussion für ihn. Also hat er - so mirint er - nichts mehr mit mir und dem potentiellen Kind zu tun, wenn ich nach M. abdampfe. Da ich schon früher überlegt hatte, nach M. zu ziehen, hielt er dieses Telefongespräch für eine Art abgekartetes Spiel, machte mich dementsprechend in einem aggressiven Ton an und boendete das „Gespräch“ mit der Bemerkung, ich brauchte ihm am nächsten Morgen ja nur zu sagen, wohin er mich bringen sollte, in die Klinik oder zum Bahnhof.

Die nächsten Stunden waren die reinste Hölle. Es war mitten in der Nacht, am nächsten Morgen sollte ich um 7:30 Uhr in der Klinik sein. Ich wußte nicht, wie ich durch meinen Wut an Gedanken durchkommen sollte, konnte um diese Zeit keinen mehr anrufen - nebenan schlief mein Freund und weigerte sich, mir zu helfen. Schließlich entschied ich mich dafür, in die Klinik zu fahren, inzwischen mit einer ordentlichen Portion Angst vor dem Eingriff.

Allerdings hatte ich gedacht, daß mein Freund mir in dieser Situation wieder meine Hilfe zur Verfügung stellen würde, da er wissen mußte, wie ich mich fühlte. Andererseits war die Abtreibung ja eine falsche Entscheidung, die ich mir selbst angetan hatte. Ich hatte mir selbst angetan, daß ich mich selbst angetan hatte. Ich hatte mir selbst angetan, daß ich mich selbst angetan hatte.

chen davon, ob einem die jeweiligen Gedanken, Entscheidungen und Aktivitäten des/der anderen immer ganz passen. Was ist das für eine ungeliebte...“

Wieder ist alles...“

Situationen darüber zu diskutieren bereit bin, so nicht in der Situation einer Frau, die gerade eine Schwangerschaft bzw. Abtreibung vor oder hinter sich hat. Da ist ganz egal, wie, warum und wieso sie sich für die Abtreibung bzw. Schwangerschaft entschieden hat. In dem Moment braucht sie jedwede Unterstützung von Leuten, die sie gern und/oder mit ihr zu tun haben, vor allem von dem Mann, von dem sie schwanger geworden ist.

Völlig egal ist dabei auch, wie die Beziehung im Moment gerade aussieht, oder ob die Frau in den letzten drei Wochen sich womöglich nicht ganz „korrekt“ verhalten hat. Es bleibt dabei: Während der Abtreibung, Schwangerschaft tritt das alles in den Hintergrund, ist nur wichtig, daß der Frau mit fünfmal soviel Zärtlichkeit, Fürsorge und Unterstützung begegnet wird wie normalerweise.

Aber ich hatte weit gefehlt, wenn ich auf Unterstützung von meinem Freund gehofft hatte. Er machte sein Versprechen vom Vorabend wahr. Er brachte mich zur Klinik - aber das war auch alles. Wie ein Taxifahrer fuhr er mich hin, ohne mit mir zu reden, setzte mich an der Klinik mit einem kurzen „Tschüss“ ab und fuhr wieder zurück, um sich, wie ich hinterher erfuhr, ins Bett zu legen. Ich dagegen erlebte die nächsten 4 Stunden wie einen Alptraum: die unfreundliche Atmosphäre in der Klinik, Übelkeit, ständige Versuchung, einfach abzuhaufen, im Wartezimmer zusammen mit hochschwangere Frauen - nichts hätte ich in dieser Situation dringender gebraucht als jemanden an meiner Seite, der/die meine Hand gehalten, mit mir geredet hätte.

Ziemlich gerädert kam ich nach 4 Stunden endlich in den OP, worum ich auch noch hatte kämpfen müssen. Eigentlich hatten sie den Eingriff für den nächsten Tag vorgesehen und daher sollte ich ihren Vorstellungen nach einen Tag noch in der Klinik warten. Nach kurzem Hin und Her (einen Tag warten hätte ich nicht mehr ausgehalten) fand sich dann doch ein Arzt.

Abends kam mein Freund vorbei, sehr kühl und reserviert. Ich dagegen fühlte mich wie ein Häuflein Elend und wollte nur in den Arm genommen werden. Aber da lief nichts.

Am nächsten Tag kam er überhaupt nicht vorbei.

Ausgerechnet mußte in der Situation auch noch passieren, daß die Ärzte gepöbelt hätten, ein beträchtlicher Teil der Schwangerschaft in der Gebärmutter „vergessen“ worden war und mein Körper dementsprechend am zweiten Tag mit Fieber und starken Schmerzen reagierte.

Aber selbst das konnte meinen Freund nicht dazu bewegen, seine Haltung zu ändern. Als ich mich am dritten Tag endlich dazu aufraffen konnte, ihn wegen seines Verhaltens am Montag und seines Nichtkommens am Dienstag zu kritisieren, rechtfertigte er sein Verhalten mit der Erklärung: „Dadurch, daß ich mir die Möglichkeit, mit den Frauen in M zusammenzuziehen, erschaft überlegt hätte, hätte ich ihn aus dem Entscheidungsprozeß ausgeschlossen. Insofern könnte ich mich auch nicht hinstellen und „unbegrenzt“ Unterstützung von ihm verlangen. Das „allgemein notwendige“ Maß an Solidarität hätte er mir schon entgegengebracht, indem er mich zur Klinik gefahren hätte. Auf meine Frage, wa-

rum er mich da nicht mal in den Arm genommen hat, antwortete er nur kurz, er könne mir ja nicht jeden Wunsch von den Lippen ablesen. Erst im nachhinein und in Gesprächen mit der Frauengruppe, die ich viel zu spät eingeschaltet hatte - wurde mir klar, daß sein Verhalten mich nicht nur in meinen Gefühlen für ihn verletzt hat, sondern, viel schlimmer, (und auch der Grund, warum ich mich so defensiv verhalten hab' und ihn nicht bei solchen Frechheiten aus dem Krankenzimmer rausgeschmissen hab'), mich in den ganzen meissen Gefühlen, die Frau wegen einer Abtreibung hat - also Schuldgefühle - bestärkt anstatt entlastet hat!

Die nächste Woche besuchte er mich zwar jeden Tag, blieb aber weiterhin im „allgemein notwendigen“ Rahmen der Solidarität. Während der ganzen 10 Tage im Krankenhaus hat er mich keinmal in den Arm genommen, hat keinmal nachgefragt, wie ich die beiden Eingriffe psychisch verkraftet, er hat bis heute nicht seine Haltung zurückgenommen.

Als ich entlassen wurde, gab's

dann den letzten Knall

Während des ersten Gesprächs zu Hause (3 Stunden nachdem ich mir von zwei Klinikärzten noch etliche Unversämtheiten sagen lassen mußte, weil ich mich weigerte, mir die Pille verschreiben zu lassen), fragte ich meinen Freund, ob er sich schon Gedanken zu unserer Verhütung gemacht hätte. Als ich nach einigen ironisch-ausweichenden Antworten von ihm sauer wurde, erklärte er mir, daß er dazu nichts sagen würde, solange ich nicht mich eindeutig zu meinen Überlegungen, nach M zu ziehen, äußern würde. Noch deutlicher: Er wird überhaupt nicht mit mir schlafen, bevor nicht klar ist, daß ich in Frankfurt bleibe (anscheinend ist damit auch kein Grund mehr vorhanden, mich über Verhütung Gedanken zu machen).

Ich konnte das überhaupt nicht fassen. Da habe ich gerade 10 Tage Krankenhaus hinter mir, eine verpfuschte Abtreibung, die ich eigentlich nicht gewollt hatte, hab' immer noch Schwierigkeiten, nachts nicht von Kindern u.ä. zu träumen, hab' u.a. wegen des langen Krankenha-

aufenthalts große finanzielle Probleme, mach' mir Gedanken über Verhütung, also darüber, wie ich nicht nochmal in so eine Situation komme und das einzige, was er dazu sagt ist, daß das nicht seine Sorgen seien, auch damit müßte ich allein fertig werden, solange ich mich nicht eindeutig für Frankfurt entscheiden würde.

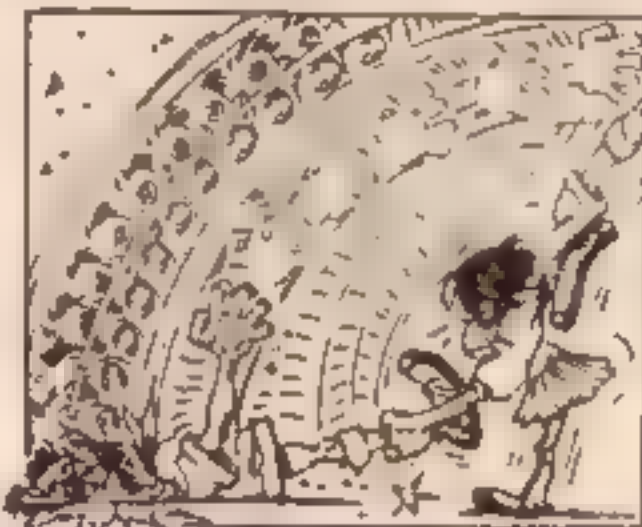
Soweit zum Verlauf. Daß ich in den 10 Tagen mich sehr schwach gefühlt und dementsprechend defensiv diskutiert habe, dürfte für viele Genossinnen nachvollziehbar sein. Jetzt, nachdem ich das Ganze mit einigen Freundinnen diskutiert habe, wird mir meine Berechtigung, das Verhalten des Genossen „an die große Glocke zu hängen“, noch mal deutlich, zumal selbst unter Genossinnen anfangs Unsicherheit herrschte, was Selbstbestimmung für die Frau eigentlich bedeutet und ob der Genosse nicht in einigen Punkten zu verurteilen sei.

Zu „verstehen“ ist das Verhalten des Genossen sicherlich, denn es ist für uns Frauen ja nichts Neues, in dieser frauenfeindlichen Gesellschaft

mit Erpressung anstatt Unterstützung, mit Fremdbestimmung anstatt Selbstbestimmungsrecht, M.Bachtung anstatt einfacher Menschenachtung konfrontiert zu werden. Aber es sollte unsere erste Aufgabe sein, dieses chauvinistische Verhalten, diese stinkbürgerliche Moral und reaktionären Unterdrückungsmechanismen zu bekämpfen und Genossen, die solche Standpunkte beziehen, mit Kritik und Diskussion nicht zu verschonen. Selbstbestimmung für die Frau heißt tatsächlich Selbstbestimmung, heißt, daß weder Kirche, Staat oder Institutionen, noch Freund, Ehemann oder sonst jemand uns vorschreiben kann, was wir zu tun oder zu lassen haben, ob, wie und warum wir Kinder kriegen!

Für das Selbstbestimmungsrecht der Frau - selbstverständlich auch in K.B-Betten!!!

Eine Frankfurter Genossin mit Unterstützung der KB-Frauengruppe Frankfurt



Frauen zum Bund - Ja bitte?

Mit ihrer Haltung zu den Plänen einer Dienst- und Wehrpflicht für Frauen hat es die vaterländische „KPD“ erwartungsgemäß schwer.

In der „Roten Fahne“ vom 30. 8. erschien hierzu ein Kommentar, in dem dargelegt wurde, daß zwar die Hintergründe dieser Pläne zu verurteilen seien, daß aber die Forderung „Frauen aus Gewehr sinnvoll, ja sogar notwendig“ sei, falls mal das Vaterland verteidigt werden müsse. Freidlich sei die Bundeswehr „die Armee eines imperialistischen Staates“ ziemlich ungeeignet, den Frauen militärische Grundkenntnisse und nützliche politische Bildung beizubringen.

„Andererseits sei es aber auch falsch, „die Frauen von vornherein von militärischer Ausbildung auszuschließen und sie im Falle einer Aggression zu mehr oder weniger hilflosen Opfern zu machen“.

Dem „Frauenarbeitskreis der KPD in Bremen“ war das noch nicht klar und weitgehend genug. In der „Roten Fahne“ vom 16. 11. protestierten sie gegen das Argument, daß die Bundeswehr für eine militärische Ausbildung der Frauen „ziemlich ungeeignet“ sei. Dann müsse das, so argumentierten die „KPD“-Leuten zu Recht, doch auch für die Ausbildung von Männern bei der

Bundeswehr gelten, die aber von der „KPD“ doch befürwortet werde. Schlimm sei nicht eine mangelnde Eignung der Bundeswehr für die militärische Ausbildung, sondern schlimm sei, daß die bisherigen Pläne keine Ausbildung von Frauen „an der Waffe“ vorsehen. Es sei für die Frauen deshalb nötig, „aus dem Staat eine militärische Ausbildung zu erkämpfen“. In diesem Fall wäre es dann auch richtig, für eine Wehrpflicht für Frauen anzutreten, damit die Frauen „in einem Verteidigungskrieg gegen eine ausländische Aggression“ (die bekanntlich nur von der Sowjetunion ausgehen kann) auf dem Posten sind

Das Problem, sich als Mann sterilisieren zu lassen Noch ein Erfahrungsbericht

Das Verhütungsproblem in unserer Beziehung und schließlich der Artikel von K zu seiner Sterilisation im AK haben auch mich dazu gebracht, meine Sterilisation anzugehen. Ich las das Buch von Norbert Ney und ging dann zu Pro Familia in Frankfurt, wo ich mich - auch wegen der „Adressen“ - beraten lassen wollte. Nachdem mich die Ärztin dort recht ausführlich über die medizinische Seite informiert hatte, ging es an die Erforschung meiner Gründe für die Sterilisation. Dazu muß ich sagen: Ich bin 26 und wir haben eine 3 1/2-jährige Tochter. Seitdem sie da ist, bin ich zuhause und betreue sie. Ich weiß also, wovon ich rede, wenn ich sage, daß ich kein Kind mehr will. Außerdem erläuterte ich ihr unser Verhütungsproblem. Dazu gehört auch, daß unsere Tochter zunächst einmal nicht gewollt, sondern eine „Pillen-Panne“ war. Die Argumentation der Pro Familia-Ärztin bel darauf hinaus, Zweifel an meiner Entscheidung in mir zu wecken. Beispiel: Ich hätte dadurch, daß ich Hausmann bin, nun schon so viele „Vorleistungen“ in unsere Beziehung eingebracht. Wenn ich nun auch noch das Verhütungsproblem übernehme, könne das vielleicht einmal dazu führen, daß das alles bei mir umkippe und ich alles „hinschmeißen“ würde. Konkret würde dies bedeuten, daß sich eigentlich meine Frau (A.) sterilisieren lassen müsse: sie sei sozusagen „am Zug“. Ich erhielt trotzdem eine Liste von 6 Ärzten.

Das nächste Problem bestand darin, von der Krankenkasse die Kostenübernahme für die Sterilisation zugesichert zu bekommen. A. ruft ihre Kasse an und fragt nach. Man sagt ihr sehr schnell eine Kostenübernahme zu. A. ruft noch einmal an, und es stellt sich heraus, daß gemeint war, sie wolle sich sterilisieren lassen. Als nun klar ist, daß es um meine Sterilisation geht, ist auf einmal alles viel schwieriger: auf jeden Fall müsse sie erstmal ein Attest vorlegen, daß sie keinerlei Verhütungsmittel verträgt, und ob es dann genehmigt würde, könne nicht garantiert werden.

Jetzt geht es darum, einen Arzt zu finden, der mich sterilisiert. Ich gebe zu einem Urologen, der uns von einem fortschrittlichen Frauenarzt genannt wurde (er stand nicht auf der Pro Familia Liste). Das Ganze ist ein totaler Renfall, und er lehnt es schließlich ab, meine Sterilisation zu machen. Erstens sei ich zu jung, vor allem Dingen aber müsse sich A. ebenfalls sterilisieren lassen. Sie ist nämlich älter (31)

als ich und könne „in ein paar Jahren“ sowieso keine Kinder mehr kriegen. Jedenfalls sei ich länger zeugungsfähig als A., gebärfähig und damit bester bei mir die größere Wahrscheinlichkeit, daß ich es mir einmal anders überlegen und die Sterilisation rückgängig machen würde. Er behauptet, die Sterilisation der Frau sei heute vom Risiko der des Mannes gleichzusetzen. Meinen Einwand, ob er es dann nicht wichtig finde, daß die Männer mehr zur Verhütung tun, und in einer Beziehung zu einer anderen Frau würde mal A.'s Sterilisation gar nichts nützen, interpretiert er so um eine Sterilisation sei nicht dazu da, „zahlreiche Liebschaften“ zu fördern. Eine Sterilisation sei ein schwerwiegender Eingriff in ein „hohes menschliches Gut“, so daß ihr „wirklich ernsthafte“ Absichten zugrunde liegen müßten. Ich hatte den Eindruck, daß die unheimlich „hohe Moral“ dieses Arztes auch etwas damit zu tun hat, daß die Sterilisation auf Krankenschein und nicht gegen bar vorgenommen werden sollte (die Kassen zahlen nicht so gut dafür).

Beim nächsten Arzt (der auf der Pro Familia Liste stand), zeigte es sich, daß es auch anders geht. Nach einer eingehenden Information über die Endgültigkeit der Sterilisation und den Ablauf des Eingriffs etc. machte ich einen Termin aus, an dem ich nun um ein „hohes Gut“ immer werden sollte.

Zum Schluß noch ein paar Bemerkungen: Neben zwei oder drei positiven Beiträgen tauchte das Thema „Sterilisation“ auch bei den Göttinger Leserbriefen (Hs./Kl. AK 156) auf. „Ist es die hohe Zeit für Sterilisationsdebatten?“, wurde dort gefragt. In der Logik von Hs./Kl. ist die Sterilisation von Männern ein privates Problem, weitgehend unpolitisch und wenig für Veröffentlichungen im AK geeignet. Dagegen liede sich viel sagen und ist auch schon gesagt worden. Und auch meine Erfahrungen zeigen doch, daß die Sterilisation von Männern gegen die verschiedenen Vorbehalte und Widerstände durchgesetzt werden muß (ganz zu schweigen vom Widerstand bei uns selbst). Ich vermag jedenfalls nichts Privates und Unpolitisches daran zu entdecken. Die Reaktion gerade auch der Pro Familia Ärztin zeigt, daß die Propagierung der Sterilisation bei Männern auch zu unseren Aufgaben gehört.

H., Frankfurt

Arbeitstreffen in Darmstadt zum

„Mit hoffnungsvollen Grüßen“ hatten wir (2 Frauen) zu einem Treffen zum § 218 am 16. 11. in Darmstadt eingeladen. In unserer Einladung schrieben wir, daß wir uns die gegenwärtige Hetzkampagne von Kirchen, Politikern, Medien, die mit allen Mitteln versuchen, die „Reform“ des § 218 zurückzuschrauben, nicht gefallen lassen wollten. Wie wir uns so wirkungsvoll wie möglich dagegen wehren können, wollten wir gemeinsam mit Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen, die zu diesem Thema arbeiten, oder daran interessiert sind, besprechen.



Wir waren positiv überrascht, als 20 Menschen kamen. Neben Einzelpersonen waren da eine Frau von Pro Familia, ASF-Frauen, Juso-Vertreter, eine Frau der Demokratischen Fraueninitiative (DFI), Frauentreffen der Fachhochschule, Frauenzentrum DA, eine Frau vom Kommunistischen Bund.

Nach einem Informationsaustausch über die Abtreibungsmöglichkeiten in den verschiedenen Bundesländern (und speziell in Darmstadt) und die weitere Problematik (z.B. emotionale Betroffenheit der Frauen, staatliche Moral), überlegten wir, wie wir dazu zusammenarbeiten können. Wir gründeten eine § 218-Arbeitsgruppe, die sich über jede(n) weitere(n) Mitarbeiter(in) freut. Wir wollen uns bei Aktionen gegenseitig unterstützen und Informationen austauschen. In nächster Zeit stehen konkrete Arbeiten an, die sich aus dem am 9./10. 11. in Frankfurt stattgefundenen § 218-Kongreß ergeben haben. Dort wurde ein Tribunal zum § 218 beschlossen, zu dem die Vorbereitungen in der ganzen BRD laufen. In ungefähr 3 Wochen werden die Unterschriftenlisten zum Tribunal da sein. Wir werden uns dazu wieder treffen, um die Unterschriftensammlung gemeinsam anzugehen.

Eine Darmstädter KBlerin und eine Frau aus der § 218-Gruppe



2 1/2 Jahre

Emma

Versuch einer Bilanz

Vor einigen Monaten begann im KB eine Auseinandersetzung um die sogenannte „Grauzonen des Feminismus“ in der KB-Frauenpolitik bei der von Seiten der Kritiker (Minderheitsströmung der „Zentrumslinie“) mehr pauschal der Vorwurf erhoben wurde es gebe im KB einen „Waffenstillstand“ mit dem Feminismus ohne daß dies auf die konkrete KB-Frauenpolitik und konkrete Erscheinungsformen des Feminismus bezogen wurde. Von der Mehrheit der KB-Frauen wurde diese Kritik darum als Stimmungs- und Stimmungsmache gegen die Frauenpolitik zurückgewiesen.

Der folgende Artikel ist dagegen Teil des Versuchs die heutige Frauenbewegung im Konkreten zu untersuchen. Gegen das abgelebene Abgrenzungsgeschwätz!

Auf welchen Feminismus beruft sich „Emma“?

In der jüngsten Debatte wurde größtenteils mit einem sehr grob skizzierten Bild differenziert zwischen „liberalen“ und „radikalen“ Feminismus.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

In Abgrenzung von der Etikettierung „gegen Männer“ und Feministinnen für Alice Schwarzer schreibe ich die für Frauen kommenden Aufgaben ohne Männer zu denken.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

ausgefallen, und es wäre ungerecht, sie pauschal mit dem vorgefassten Urteil Typisch Schwarzer zur Seite zu legen. Neben der Kritik am Personenkult von Alice Schwarzer wird wohlwollend das breite Themenspektrum hervorgehoben, „ohne antihomonistische Lehensregeln, die wir vorausbehalten“ bei einem Schwarzer-Projekt eigentlich erwartet hatten. (AK 98, Febr. 79)

Einige Monate später wird der „Emma“-Besuch durch die gemachte Konzept-Durchhaltephase. Zum einen ist die keine Frauenzeitung, die sich an eine spezielle Leserschaft richtet wie z.B. die „Leibnizpresse“. Andererseits richtet sich „Emma“ durch eine breitere, lockere Themenauswahl Leserinnen die nicht unbedingt in Frauengruppen organisiert sind oder bereits zum Umfeld der Feministinnen zu zählen sind. (...) Alles in allem ist „Emma“ eine Frauenzeitung, die durch gemachte Informationen und Unterhaltung bringt mit dem Ziel, das „weibliche Selbstgefühl“ zu stärken. (AK 104, Mai 79)

Wiederum, in der nächsten Ausgabe, wird die „Emma“-Debatte durch die gemachte Konzept-Durchhaltephase.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Aber Vorsicht: die Gewerkschaftspolitiker arbeiten oft gegen uns! (März 78) Häufig wird behauptet, daß männliche Gewerkschaftler bzw. Betriebsräte eher gegen aufmüpfige Frauen arbeiten als sie zu unterstützen und z.T. direkt mit der Geschäftsführung zusammenarbeiten. (Letzte Frauenbewegung, März 78) mangelnde Unterstützung für Putzfrauen durch Gewerkschaften und SPD/März 77, Aug. 78 mangelnde Rechtsberatung durch die IG Metall in einem Kündigungsschutzprozeß Aug. 79) Im Vordergrund der Artikel stehen also die besonderen Bedingungen der Ausbeutung von Frauen und die mangelnde Solidarität der männlichen, z.T. aber auch der weiblichen Kollegen, aus Angst und Uninformiertheit. Erst an zweiter Stelle stehen Fragen der Doppelbelastung der Heim- und Berufstätigen als Entsprechung der Fallbezogenheit der Artikel werden von „Emma“ jeweils konkrete Forderungen unterstellt zu ziehen was geradezu überbundenem Artikel 8 zu Folge der Mädchenbewegung stehen nur ein Artikel 10, 11 und 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.

Wiederum, in der nächsten Ausgabe, wird die „Emma“-Debatte durch die gemachte Konzept-Durchhaltephase.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

wenden der Schwerpunkt der Artikel liegt darauf, daß die Frauen die Verklärung durch Kindererziehung und Haushalt ablehnen sollen und das Recht auf ein eigenes Leben haben, gegen die Ideologie von der aufopferungsvollen Mutter bzw. der „minderwertigen“ kinderlosen Frau.

Frauen und SPD

Die SPD wird sowohl hinsichtlich ihrer Politik als auch ihres innerparteilichen Umgangs mit Frauen als frauenfeindlich bzw. „Männerpartei“ bezeichnet. Die Kritik der offiziellen SPD-Politik z.B. des Aktivierungsprogramms für Frauen“ von Antje Huber, ist dabei aber untergeordnet gegenüber dem Aspekt der Stellung der Frauen selber in der SPD. Den Fall der ehemaligen Frankfurter Jung-Vorstands Dorothea Vorbeck, die abgehoben wurde, mit dem sie sich stärker für Frauenkämpfe einsetzt, betrachtet „Emma“ als „Lehrstück“ für die Frauen, die „Kraft in Männerpartei investieren“ (April 78). Bei dem Versuch der AS) Schließung Heften eine offensivere Frauenpolitik zu machen und mit der Aufhebung der „Kraft in Männerpartei“ zu kämpfen, wird die SPD als „Männerpartei“ bezeichnet.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Stellungnahme von Alice Schwarzer zur Frauenpartei gegen die die grundsätzliche Bedenken hat die Möglichkeiten des außerparlamentarischen Kampfs seien noch nicht ausgeschöpft es mangle aber an Strategien „zur systematischen Durchsetzung von Forderungen“ und dann liegt die Verlockung der Idee einer Frauenpartei im ansehn kritisiert sie die handwerkliche Gründung der Frauenpartei und ihr neues Programm, zudem bezieht sie die Gefahr, daß eine Frauenpartei gegen radikale Teile der Bewegung ausgespielt werde.

Die Meinungsbildung zur Frage Wahlboykott oder Beteiligung scheint bei „Emma“ also noch nicht abgeschlossen zu sein, aber sie wollen am Ball bleiben, denn die „Emma“-Redaktion buchtet sich als Anlaufstelle für Fraueninitiativen zur Wahl an. Ob sich entgegen der früher wohlwollenden Berichterstattung über die Beteiligung von Frauen an Bundestagen jetzt eher die Wahlboykott-Linie durchsetzt, wird sich zeigen.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Feministinnen für die Abschaffung der patriarchalen Gesellschaft.

Die „liberalen“ Feministinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die „radikalen“ Femin

GEGEN PHILISTERTUM UND STÜMPEREREI TEIL 2

Die Antwort auf unsere Artikelreihe „Die Schwulenbewegung und die Linke“ und „Gegen Philistertum und Stümpererei“ (AK 165 und 166) die sich Pe. schwules Mitglied des SSB Hamburg und We. schwuler Ex-Kader des KB unter der Überschrift „Die Klassiker nicht auf den Knien liegend lesen“ (AK 167) haben einfallen lassen, zeigt einmal mehr wie wichtig unsere Artikel gewesen sind. Wesentliche Aussage unserer Artikelreihe war es, daß es in der Sexfrage eine „offene Flanke gegenüber alter bürgerliche Ideologie gibt, die ständig in die Linke „hineinschwappt“. Möglich wird dies, weil es in der Sexfrage eine „Lücke“ im Gebäude des Marxismus gibt und eine materialistische Kritik der jetzigen Liebesverhältnisse fehlt. Wir haben in unseren Artikeln aufgezeigt, daß die Klassiker „jene Lücke“ im Gebäude des Marxismus durchaus gesehen haben und die Notwendigkeit entsprechender Untersuchungen benannt haben. Als Grund dafür, daß „die kommunistische Bewegung traditionell auf dem Gebiet der Persönlichen teilweise ziemliche Sonnen- zum mindesten aber schwere Lückierungen begangen hat“, haben wir ein traditionelles Philistertum der Linken und ein Herumstümpern an der sexuellen Frage angegeben. Im KB hat sich dieses Herumstümpern an der sexuellen Frage vornehmlich an den unwissenschaftlichen Äußerungen verschiedener Genossinnen zur S/M Frage festgemacht und ihrem opportunistischen Schweigen auf unsere Frage, was mit dem S/M-tern geschehen soll. Wir traten für eine Aktionseinheit auch mit S/M-tern ein und fordern die Genossen, die sich gegen die S/M-ler ausgesprochen haben, noch mal auf, die in unserem Artikel „Gegen Philistertum und Stümpererei“ aufgestellten Fragen konkret zu beantworten. Die Genossin B. aus Münster drückt sich in ihrem Leserbrief (siehe diesen AK) ebenso um die Beantwortung dieser Frage, wie es vor ihr andere getan haben. Es ist auch bezeichnend, daß die schwulen Kritiker unserer Artikelreihe mit keinem Sterbenswörtchen auf die S/M-Frage eingehen. Es ist ja eben offensichtlich viel leichter, in den Seelen der toten Klassiker rumzuwühlen, als ganz konkret auf die Erfordernisse in der lebenden Schwulenbewegung „hier und heute“ einzugehen. Auch die drücken sich um eine Antwort auf die Frage, was mit dem S/M-tern geschehen soll. Sie äußern sich ebenfalls nicht zu dem „Philistertum und der Stümpererei“ im KB und machen gemeinsame Sache mit jenen die S/M tabuieren möchten. Es ist bezeichnend, daß sich diese schwulen Kräfte jetzt mit der programmatischen Forderung an die AG Schwule wenden in „Marxismus und Psychoanalyse“ zu machen. Hier werden bereits die „Keimformen“ einer neuen Schwulenpolitik sichtbar, die wir in der von den Genossen umrissenen Inhalten als unbrauchbar für eine fortschrittliche Schwulenpolitik ansehen. (Unabhängig davon, daß die Freud'sche Psychoanalyse auch fortschrittliche Momente enthält, sofern Freud vom Kopf auf die Füße gestellt wird.) Es ist ebenfalls bezeichnend für den neuen Stil, der in der Schwulenpolitik sich anzubahnen droht, daß Schwulenpolitik vom KB aus an den marxistischen Positionen vorbeigeht wie sie in dem wichtigen Band „Tuntenstreit“ des Rosa Winkel Verlages sowie an dem ebenfalls dort erschienenen Band „Zur materialistischen Analyse der Schwulenunterdrückung“ vorliegen. Diese Veröffentlichungen sind den schwulen Kritikern der AG Schwule (ZL-Fraktion) bekannt. Daß sie daran vorbeigehen, sie verschweigen, läßt uns einen „Kunstschein“ schließen, der nicht danach fragt, „Wie können Tanten Sozialisten sein?“, sondern die Anpassung an die vorherrschende „Diktatur der Normalität“ im KB betreibt. Auch durch das Schweigen der Genossen zur S/M-Frage.

Ziel des Artikels „Die Klassiker nicht auf Knien liegend lesen“ ist es, die AG Schwule aus der ZL-Fraktion herauszubrechen: „Die AG Schwule muß raus aus der ZL-Fraktion. Hier und heute! Jetzt sofort!“ (We/Pe.). Weil die ZL-Fraktion in der Polemik der KB-Mehrheit als „ML-lig“ und „dogmatisch“ dargestellt wird, werden auch wir als Dogmatiker denunziert. Das Schweigen der Mehrheits-Schwulen zur S/M-Diskussion ist jedoch mehr als „beredt“. Es gibt einen Aufstand der Homophilen im KB. Wir, die bisherige AG Schwule, wird nicht aus der ZL-Fraktion rausgehen. Wir leben Minderheiten!

„Marxismus und Psychoanalyse“ — Ein Versuch

In ihrem Beitrag „Die Klassiker nicht auf den Knien liegend lesen“ behaupten We./Pe., die Klassiker wären „in der Frage der Sexualität die meiste überwiegend stümperhafte Philisterei“. Die „Lücke“ war bereits in ihren Köpfen. Im gleichen Atemzug geben sie der AG Schwule richtungsweisende Tipps für ihre Weiterarbeit: „Es müßte Aufgabe gerade (!) einer AG Schwule sein, zu untersuchen, warum (!) diese Lücke konnte“. Als „Denkanstoß“ verworfen We./Pe. auf die Psychoanalyse Freud'scher Erfindung. Nun denn, untersuchen wir mit Hilfe der Psychoanalyse, warum die Lücke bereits „in den Köpfen“ war und warum die Lücke in den Köpfen „bestehen bleiben konnte“.

Werner und Peter aus Frankfurt (vgl. Leserbrief in diesem AK) können uns da bereits weiterhelfen. Sie stellen fest: Schon die Klassiker hatten „ihre Probleme mit der eigenen latenten Homosexualität“. In Anwendung der von We./Pe. geforderten Verbindung von Marxismus und Psychoanalyse haben die Frankfurter Genossen also bereits festgestellt, daß die Verletzung des Tabus Homosexualität für „alle“ Menschen „eine Verführung bedeutet, die sie aggressiv abwehren müssen. Die Stärke der Aggressivität, mit der diese Abwehr betrieben wird, deutet auf den Grad der Empfänglichkeit für die Verführung.“ Letzteres ist eine wesentliche Aussage der Psychoanalyse. Der Zusammenhang zwischen „Verdrängung“ und „Bewußtmachung“. Zunächst aber noch einige Hinweise zur Psychoanalyse, damit sich unsere unvorbelasteten Leser/innen in dieses „Denkmodell“ einfinden können. Die Psychoanalyse ist, wie man leicht aus einem Lexikon erfahren kann, „eine Methodik der Diagnostik und Therapie geistiger Störungen“. Freud, der diese Methodik entdeckte, sah die Ereignisse der Kindheit als bestimmend für das erwachsene Leben an. Die Psychoanalyse muß dem „Patienten“ jenen subjektiv nicht wahrgenommenen Zusammenhang zwischen (z.B.) verdrängter Homosexualität und Schwulenhass (Homophobie) bewußt machen, um ihn von seiner „geistigen Störung“ zu heilen. Weht sich der „Patient“ gegen diese Bewußtmachung (ist er aggressiv), „so gilt der Widerstand als wichtiges diagnostisches Indiz der Krankheit“ (Hornemann, Stichwort: Perversionen, Lex.d.Liebe, S.1070). Soweit zum Rüstzeug für die folgenden, nicht immer verblissen ernst zu lesenden Passagen.

Nun zurück zur „Lücke“. Werner und Peter aus Frankfurt schreiben: „Auch die Klassiker unterliegen der Tabuisierung (des eigenen latenten

Homosexualität bzw. generell der Homosexualität — Anm. AG Schwule), denn die kloffende Lücke, die sie zwar erkannt haben sollen, aber nicht aufgegriffen haben, entstand doch nicht nur aus Zeitgründen und deshalb, weil der Kampf um die Behauptung und Festigung des jungen Sowjetstaates (Lenin's wettlauf truglicher war, sondern dahinter steckten wohl auch ganz reale Ängste.“

Halten wir also fest: Die Lücke entstand nicht „nur“ aus Zeitgründen, sondern Lenin hatte „auch“ Angst vor der eigenen latenten Homosexualität. Wir müssen annehmen, daß sich Lenins Form des Widerstands gegen die Bewußtmachung dieses Zusammenhangs in politischen „Aktivitäten“ niederschlug, denn der Mann war ja, wie wir alle wissen, enorm aktiv. Und getrieben von der Angst vor seiner latenten Homosexualität setzte er seine ganze Kraft ein zur „Festigung des jungen Sowjetstaates“, statt sich um die „Lücke“ „in“ seinem Kopf zu kümmern. We./Pe. aus Hamburg lassen unter Anwendung der Dialektik zwischen Marxismus und Psychoanalyse folgende Einsicht:

„Genau das (die Festigung des jungen Sowjetstaates — Anm. AGS) hat sich aber vor der Geschichte als falsch erwiesen.“ Wir behaupten: Dies ist die „mutigste“ Aussage, die jemals im ARBEITERKAMPF getroffen worden ist. We./Pe. gehen aber noch weiter. Ohne Festigung des jungen Sowjetstaates „kein Stalinismus, keine Schwulenverfolgung in der Sowjetunion, d.h. keine „furchterliche Überspitzung der Lenin'schen Thesen bei Makarenko und Gorki.“ (We./Pe.). So weit ist es mit dem KB gekommen. Die Hoden werden jetzt runtergelassen! Was obzöhl!

Behalten wir aber weiter die Frage im Auge, „warum“ die „Lücke“ „in den Köpfen der Klassiker“ bestehen bleiben konnte. Wir haben bereits Werner und Peter gelernt, daß bei „allen Menschen zu jeder Zeit“ die Abwehr des „eigenen latenten Homosexualität“ „unvermeidbare Quelle“ „eines Schwulenhasses“ ist. Was bedeutet dies im Falle Friedrich Engels und seiner „gehässigen Polemik gegen die Schwulen“? (We/Pe.) Begreifen wir also die „gehässige Polemik Engels gegen die Schwulen“ als „geistige Störung“ in Form einer Homophobie d.h. der neurotischen Furcht, seinen „Trous-de-cul“ (Arsch) hinhalten zu müssen, der Psychoanalyse folgende Fragestellungen nach dem Grund für die Lücke im Kopf: Was für ein Verhältnis hatte Engels zu seinem Vater, wie sah seine Beziehung zur Mutter aus? Hat er sich im Dunkeln gefürchtet? Hatte er Angst vor Schlangen (Achtung: Penisymbol!), Kröten, Spinnen, Kühen und Kangurus? Wie lange hat sich der kleine Friedrich in die Hoden geschissen? War die Reinheitsdressingur saftig, andogmatisch und

keimformartig, oder rigide und ml-lig? Hat der kleine Friedrich jemals seine Eltern beim Bumsen beobachtet? Wenn ja, war lag oben? Das alles sind wichtige Fragen, um herauszufinden, warum die Lücke da war. Wir empfehlen in diesem Zusammenhang auch den Lesern die „Lücke“ in der „Lücke“ zu lesen. (Anm. AGS: „Lücke“ ist ein „Lücke“ und „Lücke“ ist ein „Lücke“.)

Da Engels „gehässige Polemik“ auf Widerstand schließen läßt, kann Homophobie auch wuchern, wie stark Engels „geistige Störung“ war. Daß sich diese „geistige Störung“ auf seinen wissenschaftlichen Erkenntnisprozeß niederschlug, ist doch eindeutig: Er war achtschwer „unfähig“, die Schwulen/Lesben/Sexfrage zu stellen, weil ihm die Homophobie das Gehirn verklebte.

Mit Hilfe der Psychoanalyse kann man aber noch weitere interessante Feststellungen machen. Die im folgenden Angesprochenen mögen uns unsere „Aggressivität“ verzeihen, weil wir als AG Schwule entsprechend der Psychoanalyse in neurotischer Angstabwehr handeln und im Grunde nichts dafür können, wenn wir folgenden Zusammenhang aufdecken. Daß z.B. Kt. und E. (Kulturkommission) eine so „gehässige Polemik“ gegen die S/M-ler veranstalteten, ist nach der Logik des Widerstandsbegriffs der Psychoanalyse bei Freud nur Ausdruck davon, daß beide „latente“ S/M-ler sind und aus reiner Angstabwehr auf die AG Schwule dreschen, die gegen die sexuellen Unveränderlichkeitsbeschlüsse auftritt. In Wirklichkeit wollen Kt. und E. auch am Folterbänken und Peitschen aufgehen. Liebe Genossen, macht den beiden das mal klar — und wenn sie euch dann ein paar knallen, sagt ihnen: „Da haben wir den Widerstand! Ihr seid als latente S/M-ler entlarvt!“

Schwule — eine Minderheit?

Wurden We./Pe. sich in der Schwulenbewegung und ihrer Entwicklung auch nur ein wenig auskennen, dann müßte ihnen doch das „gebrochene“ Verhältnis zwischen den fortgeschrittenen Teilen der Bewegung und der Psychoanalyse aufgefallen sein. Die psychoanalytischen Denkansätze Freuds u.a. haben in der deutschsprachigen Schwulenbewegung bei der Erarbeitung marxistischer Positionen in der Schwulenfrage nie eine relevante Rolle gespielt. (Im Gegensatz z.B. zu der sehr stark psychologisch ausgerichteten französischen Bewegung des „homosexuellen Verlangens“).

Die fortschrittlichen Teile der bisherigen Schwulenbewegung konnten deswegen mit dem Programm

PROTEST!

Protestresolution

Die Anwesenden Genossinnen und Genossen des „Zentrums“ vom 28.11.79 verurteilen die Beurlaubung der AG Schwule und des Gen. A. (Wedel).

Wir betrachten es darüber hinaus als einen Skandal, daß die Beurlaubung ohne Konsultation mit den Genossen der AG Schwule ausgesprochen worden ist und ihnen die Beurlaubung durch das Protokoll der LG-Sitzung mitgeteilt worden ist.

Der im Protokoll der LG-Sitzung angegebene Grund für die Beurlaubung („Mißachtung von LG-Beschlüssen“) in Form einer „offenen Provokation“, weil die Genossen eine Beschwerde/Anfrage seit dem 15.10. nicht beantwortet haben, erscheint uns dermaßen absurd und an den Haaren herbeigezogen, daß mit dieser Beurlaubung weitere Genossen, die sich eindeutig zur „ZL-Fraktion“ zählen, eingeschüchtert und mundtot gemacht werden sollen.

Wir fordern den Abdruck dieser Protestresolution im Arbeiterkampf.

Anwesende des Zentrums vom 28.11.79

Anmerkung:

Wir weisen in diesem Zusammenhang noch einmal auf den „Struktur-Vorschlag für ein neues KB-Statut“ (siehe UW 25) hin, der u.W. unter der Federführung von LG-Genossen ausgearbeitet worden ist.

Dort heißt es unter Punkt III Artikel 4 (Aufnahmebedingungen und -Formalitäten sowie Erziehungs- und Strafmaßnahmen):

„Bei den Richtlinien für Erziehungs- und Strafmaßnahmen sollte besondere Gewissenhaftigkeit verlangt und ein genauer Modus für Prüfungsverfahren festgelegt werden. Dem angeklagten/beschuldigten Mitglied ist ein Widerspruchsrecht zu garantieren.“

Betrachtet man obigen Vorgang, werden solche Struktur-Vorschläge die derzeit in der Organisation diskutiert werden sollen, um im Januar 80 auf dem 1. KB-Kongress ein Statut vorzubereiten zu können, bereits im Vorwege hinfällig.

Zur 'Beurlaubung' der AG Schwule

Die AG Schwule wurde am 28.11. vom LG 'beurlaubt'. Grund dieser 'Beurlaubung' ist, daß die AG Schwule bis zu diesem Zeitpunkt eine Anfrage/Beschwerde wegen 'Gerichtspolitik' unbeantwortet gelassen hatte. Diese Anfrage/Beschwerde war erstmals am 15.10. an die AG Schwule gerichtet worden. Ein Mitglied der ZL (LG-Minderheit) hatte es übernommen, sich um Beantwortung der Anfrage/Beschwerde zu kümmern. Trotz mehrmaliger Nachfragen ließ die AG Schwule sechs Wochen vergehen, ohne zu antworten. Durch 'Beurlaubung' der AG Schwule bis zur Klärung der Sache soll zum Ausdruck gebracht werden, daß derartige 'gute Sitten' (ZL-Jargon) nicht zur Gaspielenheit im KB werden sollten.

Es ist vornehmbar, daß die Genossen der AG Schwule ihre 'Beurlaubung' nur in der „TAZ“, in der linken Schwulen-Presse u.a. als Ausdruck der richtigen Schwulenfeindlichkeit des KB-„Mehrheitsblocks“ zu verkaufen versuchen. Sie seien, so wird es dann wohl heißen, „durch administrative Maßnahmen von der politischen Diskussion ausgeschlossen“ worden.

Richtig ist aber das Gegenteil: Gerade weil die AG Schwule sich der Minderheitsposition der ZL im KB zurechnet, wurde in diesem Fall länger als üblich mit einer 'Disziplinarmaßnahme' gezögert. Gerade weil die AG Schwule Widerspruch zur Mehrheit hat, wurde durch die 'Beurlaubung' weder die Mitarbeit der AG Schwule am AK noch ihre politische Zusammenarbeit mit den anderen schwulen Genossen im KB (so organisierte die AG Schwule am 8./9.12. eine Schwulen-VV im KB) in Frage gestellt. Wer trotzdem das Märchen von der „administrativen Kastration aus politischen Gründen“ glauben will, mag es tun.

„Marxismus und Psychoanalyse“ wenig anfangen, weil nach dem verhassten Freundlichen „Denkmodell“ des „Widerstand“ gegen die „Neurom Homosexualität“ (als Abweichung von der „Normalität“) bereits die Tatsache, daß sich Schwule organisierten, Ausdruck der Krankheit war.

Die Freud'sche Perversionstheorie konnte und kann für fortschrittliche Schwule kein positiver Denkanstoß sein.

Es ist auch nicht so, als ob uns zu Beginn der Schwulenbewegung Anfang der 70er Jahre jene Stellen von Engels und Lenin nicht bekannt gewesen sind. Im Gegenteil! Sie wurden von den homophilen Kadern der diversen ML-Strömungen, die es damals gab, permanent gegen uns in der Schwulenbewegung organisiert. Schwulen ins Feld geführt, um uns aus der Schwulenbewegung in diese diversen Sektoren reinzulocken: „Arbeitst erst am Hauptwiderspruch, nicht erst am Nebenwiderspruch!“, hieß es damals. (Engels hatten wir übrigens vor einigen Monaten selbst im AK ausführlich zitiert.)

tiert!

Da wir nicht in den bestehenden Sumpf integriert werden wollten, haben wir über den theoretischen Weg, den wir zu unserer Befreiung als Schwule einschlagen mußten, sehr gestritten. Dieser Streit ging quer durch alle linken Fraktionen in der „Homosexuellen Aktion West-berlin“ (HAW), der damals wichtigsten linken Schwulenorganisation. Was uns Linke damals verband, war die gemeinsame Ausgrenzung aus unseren (hetero-)politischen Gruppierungen, in denen wir sonst arbeiteten oder mit denen wir sympathisierten. Aus diesem linken „Ghetto“ konnten wir uns nur freikämpfen, wenn wir einen marxistischen Weg heraus aus dem „Ghetto“ aufzeigen konnten, mit dem wir dann die Philister und die Stümper an der Sex/Schwulenfrage konfrontieren mußten.

Die wichtigsten Ergebnisse dieses Streits um den marxistischen Weg in unserer Frage liegen im „Tuntenstreit“ gedruckt vor. (Ein anderes Papier zur Frage „Warum Schwule

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 30

Unterdrückung werden" ist lediglich als Manuskript vorhanden). Es ist schon sehr traurig, daß sich We/Pa. nicht zumindest auf diesen Tutenstreit beziehen, wenn sie mit ihren „Denkmodellen“ an die Öffentlichkeit kommen. Warum verschweigt ihr den Tutenstreit? Nur heraus damit in den AK!

Hauptanliegen der Kevi-Fraktion in der HAW war es, den Nachweis zu führen, „daß die zusätzliche Unterdrückung der Homosexuellen im Zuge einer Verschärfung und Nivelierung eines allgemeinen Drucks im Kapitalismus notwendig (!) im Rückzug begriffen ist, daß die bürgerliche Gesellschaft selbst (!) objektive Bedingungen für die Integration der homosexuellen Minderheit in einem von besonderen Widersprüchen gekennzeichneten Prozeß hervorbringt; es soll nachgewiesen werden, daß die Integration der Homosexuellen nicht im Widerspruch zu den kapitalistischen Produktionsverhältnissen steht; weiterhin soll auf einige Tatsachen hingewiesen werden, daß die Tendenz zur Enttabuisierung der Homosexualität und zur rationaleren Auseinandersetzung mit diesen Formen abweichenden Verhaltens belegen“ (Graß/Stegitz. Homosexuellenunterdrückung in der bürgerlichen Gesellschaft, in Tutenstreit, S. 42).

Graß/Stegitz kamen zu dem Ergebnis, „daß die Sonderunterdrückung der Homosexualität kein Wesensmerkmal der kapitalistischen Gesellschaft ist; daß dieses aus vor-kapitalistischen Epochen überkommene Phänomen in den Anfängen des Kapitalismus durchgängig und mit weiterer Entwicklung mehr und mehr nur noch sporadisch und reduziert anzutreffen ist; daß also die Diskriminierung der homosexuellen Verhältnisse – bedingt durch den Kapitalismus immanente Faktoren in einem Angleichungsprozeß dieser besonderen an die allgemeine Unterdrückung der Ausgebeuteten, die nach anderen Kriterien als dem der sexuellen Orientierung differenziert ist, aufgelöst wird...“ (ebd. S. 66).

Fazit: Die dem Kapitalismus immanente ökonomischen Faktoren arbeiten angeblich für die Schwulen, die dann nur noch gegen die leicht bekämpfbaren Rest Vorurteile kämpfen müssen: „Da die Illusionen der Homosexuellen und die Borniertheit ihres Kampfes doppelt determiniert sind – durch den Fortschritt im Abbau der zusätzlichen Homosexuellenunterdrückung durch objektive Veränderungen im Kapitalismus u. a. d. durch den Fortschritt im Abbau der antihomosexuellen Vorurteile bei Sozialisten – bezieht eine zentrale Aufgabe homosexueller Sozialisten darin, ihre Selbstverleugung zu überwinden und die antihomosexuellen Vorurteile, die Angewohnheiten und Tabus der heterosexuellen Genossen (Genossinnen) wurden mal wieder vergessen – Ann. AG Schwule) offensiv zu kritisieren. Dies wird ihnen jedoch nur in dem Maße gelingen, wie die Rückhalt in einer breiten Homosexuellenbewegung finden.“ (ebd. S. 67 Punkt 4).

Wie wir leben werden, machten die Revi-Schwulen grundsätzliche Fehler. Als praktische Konsequenzen dieser Einsichten bildete sich in der HAW eine „Gruppe Nebenwiderstand Sexualunterdrückung“ (GNS) (HAW Jargon: Gruppe Norm-Schwule). Die Revi-Schwulen hatten sich genau jene Ideologie zurechtgezimmert, mit der sie als Schwule aus ihrer Partei ausgegrenzt wurden. Ein prominenter Ex-Mitglied dieser „Gruppe Norm-Schwule“, mittlerweile eines besseren belehrt, sagte uns kürzlich: „Diese Anpassung hat nichts gebracht!“ Sie konnten nichts bringen, weil man einen kleinen

nicht melken kann. Der Gruppe, die in Rudimenten noch heute existiert, ist es in all den Jahren nicht gelungen, den SEW/DKP-Vorständen auch nur eine fortschrittliche Stellungnahme zur Schwulenfrage abzurufen (Nach dem Erscheinen von Günter Amendts neuem „Sexbuch“ sind die Revi-Schwulen jetzt wieder zu einem Hoffnungslauf angetreten und aus den Startlöchern gehüpft. Es wird beim Hüpfen bleiben.)

Wie können „Tuten“ Sozialisten sein?

Entscheidender Fehler der „Gruppe Norm-Schwule“ in der HAW war es, daß sie die Homosexuellen als Minderheit mit „abweichendem Sexualverhalten“ begriff. Unter der Überschrift „Wie können Tuten Sozialisten sein?“ konterten Hoffmann/Marwitz/Runze gegen den Revi-Ansatz und polemisierten gegen die „Minderheit in den Köpfen der Mehrheit“. „Es ist nicht neu, daß die empirisch vorfindbaren Arten von Sexualität je nach Meßergebnis quantifiziert und kategorisiert werden; können wir doch schon Marquis de Sade als denjenigen vorstellen, der sich um die Kategorisierung bürgerlicher Sexualität verdient gemacht hat. In diesem Sinne führen Graß/Stegitz die Tradition fort, wenn sie Sexualität in Mehr- und Minderheit, in Hetero- und Homosexualität auflösen.“ (Tutenstreit, S. 77). Es geht also für Sozialisten nicht an, einfach die bürgerlichen Einstellungen von Normalität und Unnormalität (gesund und krank) zu übernehmen, sondern es gilt, die sexuelle Frage insgesamt zu stellen: „Dann zuallererst muß doch von allem begriffen werden, daß die Unterdrückung der Schwulen kein Spezialfall, sondern Ausdruck der allgemeinen Unterdrückung der Sexualität ist. Dies ist das entschei-

dende Bindeglied zwischen Schwulen und Sozialisten.“ (Ebd., S. 80). Die „allgemeine Unterdrückung der Sexualität“ oder, wie die AG Schwule es nennt, „Die Diktatur der Normalität“, steht also im Vordergrund einer Gemeinsamkeit zwischen Schwulen/Lesben und Sozialisten. Diesen Zusammenhang haben leider auch We/Pa. nicht begriffen, wenn sie uns unterstellen: „Vorsichtshalber habt ihr in Eurem Beitrag die Schwulenfrage gleich sorgfältig ausgelassen.“ Bereits in diversen Artikeln hat die AG Schwule immer wieder betont, „daß die Frage der Schwulenunterdrückung nicht losgelöst von der allgemeinen Sexualunterdrückung und diese wiederum mit der allgemeinen Unterdrückung im Kapitalismus verbunden gesehen werden muß.“ (AG Schwule: Sind Schwule eine Minderheit?, in: Schwule Rechte jetzt!, S. 40). Wenn ihr „nur“ auf die Schwulenfrage starrt und nicht gleichzeitig auch auf die Lösung der gesamten „Sexual- und Ehe-Frage“ (Lenin) als Teil der großen Sozialen Frage orientiert, dann werdet ihr im Sumpf landen. Schwule werden zu Homophilen, wenn sie diesen Zusammenhang mißachten: Sie werden bis in alle Puppen eine um Toleranz bettelnde Minderheit bleiben, wenn sie die „Normalität“ der sich als „normal“ empfindenden Mehrheit nicht radikal in Frage stellen! Nicht der Homosexuelle ist pervers, sondern die Gesellschaft, in der er lebt. „Eine homosexuelle Veranlagung“ im Unterschied etwa zu einer heterosexuellen Veranlagung gibt es ebenso wenig, wie eine „Veranlagung“ – also eine genetisch bedingte Entwicklungsdisposition – zum Hilfsarbeiter, Generaldirektor oder Zuhälter.“ (zit. nach Tutenstreit, S. 77).

Hoffmann/Marwitz/Runze weisen im Kapitel „Das Gewaltverhältnis zwischen Mann und Frau verursacht die Stigmatisierung der Schwulen“ darauf hin, daß der Gegensatz maskulin/feminin oder viel ja auch eine den Schwulen in Frage des Mann und der Frau zugeordnete Eigenschaft ist. Der Gegensatz maskulin/feminin ist aber nicht in den Gegensatz männlich – weiblich einzuordnen ist, als „widernatürlich“ abgestempelt wird. Die Verfasser des Aufsatzes „Wie können Tuten Sozialisten sein?“ geben damit der gesamten Schwulenfrage eine repressivste Einschätzung in der

Behandlung der Ehefrage: „Letztlich, und diese Aufgabe ist nur kollektiv zu lösen, kann die Erklärung der Unterdrückung der Homosexualität als wesentliches Moment jeder auf Klassenkämpfung beruhenden Gesellschaft nur geleistet werden, wenn wir uns über eine Aufarbeitung der verschiedenen Produktionsweisen und den mit ihr korrelierten Familienformen und damit zugeordneten sexuellen Normkatalog annähern.“ (Ebd., S. 85).

Hier liegt der Weg nach vorn, worüber Mehrheitschwulen, und nicht um Herumstochern in der Schwulenangst von Engels. Hier findet ihr auch die Erklärung dafür, warum die AG Schwule z.B. mit den ZL-Frauen zusammen die Kritik an den sexistischen „Peridontischen Betroffenheits Tyrannen“ einer Frau Jansen-Jureit führten (vgl. AK 164 und dieser AK) und führen werden. Der Angriff der Jansen-Jureit auf die marxistischen Frauen ist auch ein Angriff auf die marxistischen Schwulen, daher wehren wir uns auch gemeinsam. Es war doch Engels und nicht eine Jansen-Jureit oder andere „neue Philosophen“, der in der „Aufarbeitung der verschiedenen Produktionsweisen und den mit ihr korrelierten Familienformen“ bahnbrechende Fragestellungen aufwarf und beantwortete.

Deswegen schreiben wir in „Die Schwulenbewegung und die Linke“. „Engels legte mit seinem Spätwerk „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“ Grundlagen für eine materialistische Kritik der Liebesverhältnisse und gab wichtige methodische Hinweise für weitere Forschungen zu dieser Frage.“ (Wir schreiben dies nicht, weil wir die Halbgötter in Rot auf Knien liegend lesen, ihr Schnuckelchen, sondern weil wir eine „Kritik der feinsten Liebesverhältnisse“ dringend brauchen!) Wer freilich nur auf die antischwulen Stellen in Frieda Engels Ursprung starrt, der verliert den „Roten Laden“ (schöne Färbung! Wahrlich, das ist eine Weisheit, die man nicht leicht in der Hand eines Schwulen findet). Eine Herangehensweise, die die Linke, nur ein Schritt, ist, scheint allerdings, daß ihr den schon getan habt. Na, denn kommt man schon.

AG Schwule (ZL-Fraktion) und eine lesbische Genossin (ZL-Fraktion)

„Das unerhörte Schweigen der Schwulen“

Eine Broschüre an „Schwule, die sich zwar gegenüber Unregelmäßigkeiten zu erkennen geben, aber nicht in ihrer täglichen Umgebung offen auftreten“ eine Broschüre also an die Millionen Schwulen in heterosexueller Umgebung, die sich nicht zeigen können.

wurde. Seit ein bis zwei Jahren steht die Selbstunterdrückung als vorrangig zu bekämpfendes Übel bei Teilen der Schwulenbewegung hoch im Kurs. Nicht so sehr die von Seiten der Gesellschaft und des Staates ausgeübte Repression, sondern die eigene Repression wird angegriffen.

der bundesrepublikanischen Schwulenbewegung – die verstärkten Überfälle auf Schwule in Parks, Schlagen in schwulen Cafés, Kanzlerkandidatur des erklärten Schwulenhassers F.J. Strauß haben oft im

„Das unerhörte Schweigen der Schwulen“

Eine Broschüre an Schwule, die sich zwar gegenüber Unregelmäßigkeiten zu erkennen geben, aber nicht in ihrer täglichen Umgebung offen auftreten – eine Broschüre also an die Millionen Schwulen in heterosexueller Umgebung, die sich nicht zeigen können. Andrew Hodges und David Hutter im Jahre 1974. Drei vorläufige Texte 1. die Übersetzung dieser Kritik an der Selbstunterdrückung heraus.

Die Autoren waren Mitglieder der „Gay Liberation Front“, die sich zum Beginn der 70er Jahre in London bildete. Ebenso wie die GLF in den USA waren ihre Ziele, ein schwules Selbstbewusstsein zu schaffen („Gay Pride“) und die bisher in ihren „Verstecken“ lebenden Homosexuellen für alle sichtbar werden zu lassen („Raus aus den Verstecken, rein in die Straßen“). Geleitet wurde u.a. von der Black-Panther-Bewegung, daß neben den Aktionen gegen die Unterdrückung durch Staat und Gesellschaft auch der Kampf gegen die daraus folgende Selbstunterdrückung geführt werden muß.

Andrew und David zählen ausführlich auf, welche breite Verhaltenspalette von Homosexuellen aufgebaut wird, um lebenslang im Verborgenen sich sicher fühlen zu können. Das Lachen über Schwulenwitze, die Pseudo-Ehe, die Abgrenzung von Tuten, der schwule Dichter, der am laufenden Band Bücher über heterosexuelle Ehe-dramen u.ä. schreibt. Dagegen setzen sie die Aufforderung, aus der Defensive in die Offensive zu gehen, zum Schwulen zu stehen – und das nicht nur als Homophiler, der bis auf seine sexuelle Vorliebe fürs gleiche Geschlecht sonst genauso wie die anderen ist. Gerade das schamhafte Verschweigen z.B. der Promiskuität, pädastischer oder sadomasochistischer oder wie auch immer „abweichender“ sexueller Wünsche ist genauso Ausdruck von Selbstunterdrückung.

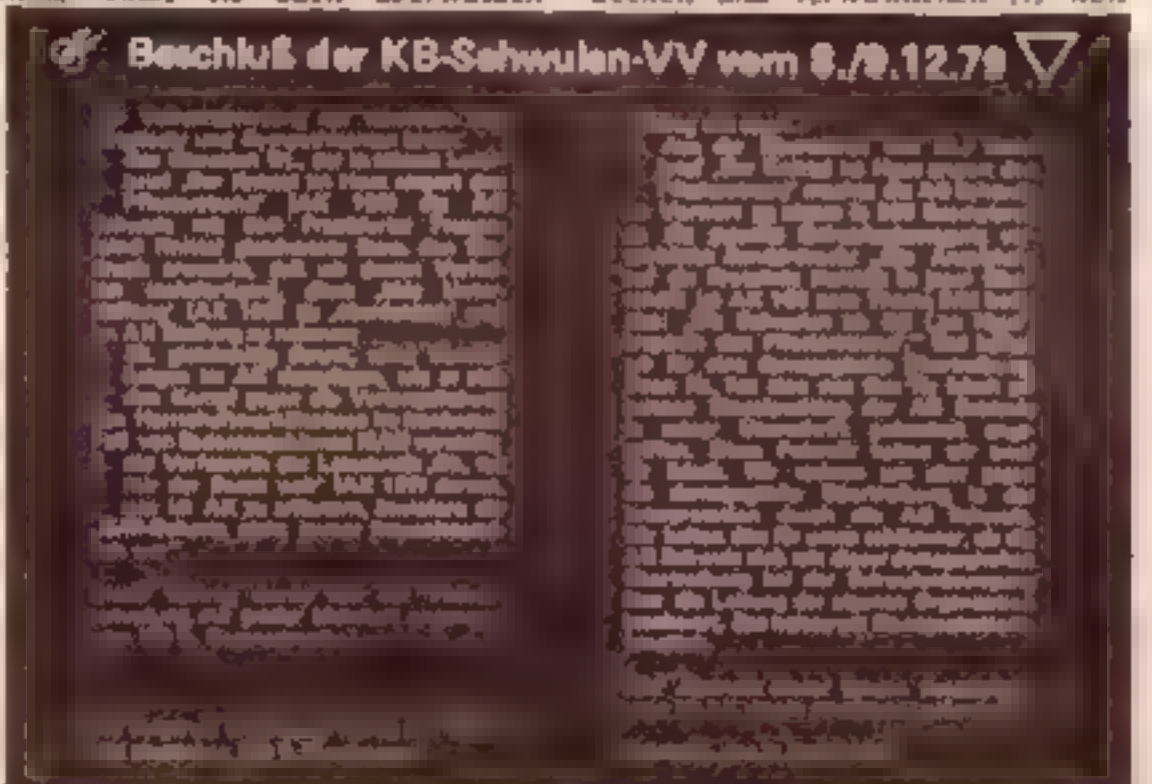
In diesem Sinne ist die Broschüre sicher wertvoll für Schwule im Coming Out, wenngleich uns die von der „Homosexuellen Aktion Hamburg“ herausgegebene Broschüre „Schwulsein heißt sich wehren“ von Rosa von Braunschweig wegen ihrer klaren Gliederung, ihrem ausführlichen Eingehen auf die von den Homosexuellen übernommenen Vorurteile und ihrem Zusammenhang zur bundesdeutschen Schwulenbewegung mindestens ebenso wertvoll erscheint.

Bei der Besprechung der englischen Broschüre können wir nicht außer acht lassen, zu welchem Zeitpunkt die Übersetzung publiziert

wurde. Seit ein bis zwei Jahren steht die Selbstunterdrückung als vorrangig zu bekämpfendes Übel bei Teilen der Schwulenbewegung hoch im Kurs. Nicht so sehr die von Seiten der Gesellschaft und des Staates ausgeübte Repression, sondern die eigene Repression wird angegriffen. Der Verlust ging dabei der zwingende Zusammenhang zwischen Unterdrückung und Selbstunterdrückung, wobei letzteres immer nur Folge des ersteren sein kann.

Obwohl die Broschüre dies auch an einzelnen Stellen klarstellt, her vornehmend ist aber mehr die Hoffnung, „daß wir, insoweit wir Handlanger unserer eigenen Unterdrückung sind, sie auch überwinden

der bundesrepublikanischen Schwulenbewegung – die verstärkten Überfälle auf Schwule in Parks, Schlagen in schwulen Cafés, Kanzlerkandidatur des erklärten Schwulenhassers F.J. Strauß haben oft im Vordergrund. Der Verlust ging dabei der zwingende Zusammenhang zwischen Unterdrückung und Selbstunterdrückung, wobei letzteres immer nur Folge des ersteren sein kann. Obwohl die Broschüre dies auch an einzelnen Stellen klarstellt, her vornehmend ist aber mehr die Hoffnung, „daß wir, insoweit wir Handlanger unserer eigenen Unterdrückung sind, sie auch überwinden



können.“ Mehr noch: daß wir die „Selbstunterdrückung ... hier und jetzt an der Wurzel packen und ausreißten“ können. Logisch zwar, daß man/frau etwas lassen kann, was man/frau – selbst macht, logisch aber nur bei isolierter Betrachtung der Selbstunterdrückung. Es ist etwa so, wie wenn man den Frauen ihre Unterdrückung als eigenes Werk unterstellt, weil sie als Mutter schreibend in der Kindererziehung häufig die strengsten Vertreter einer Rollenfixierung auf männlich und weiblich sind.

Die Broschüre unterstützt in der jetzigen Situation also die Tendenz, Fehler und damit Lösungsmöglichkeiten bei sich selbst zu suchen, während das Original zu einer Zeit geschrieben wurde, als dieser Faktor meist völlig außer acht gelassen wurde. Glücklicherweise gibt es in der letzten Zeit eine Gegen Tendenz in

nen“ solange Illusionär, wie die Basis unserer Selbstunterdrückung, die gesellschaftliche Repression, nicht aufgehoben ist.

Trotz dieser Kritik ist die Broschüre geeignet, manch unbewußte Form der Selbstunterdrückung aufzu decken und so dem beliebten Satz „Ich fühle mich nicht unterdrückt“ eine ganze Reihe von Argumenten entgegenzusetzen.

Andrew Hodges, David Hutter: „Das unerhörte Schweigen der Schwulen“. Verlag Rosa Winkel Westberlin DM 6,50

Rosa von Braunschweig: „Schwulsein heißt sich wehren!“, Homosexuelle Aktion Hamburg c/o Th. Grossmann, PF 302046, 2000 Hamburg 36, DM 3,50

AG Schwule (ZL-Fraktion)

Leserbrief

Widerlich und geschmacklos – Na klar!

Zitat: „In der Ortsgruppe Münster des KB wurde bereits die Forderung kein Sit in KB und auch nicht an dersewo“ gestellt und „spielerisch“ ein entsprechender Plakettentwurf entworfen. Das finden wir widerlich und geschmacklos! Wehren wir den Anfängen!“ (AG Schwule im AK 166).

Widerlich und geschmacklos finde ich eure bewußten Verflüchtungen und faulsticken Lügen (Und das gleich zweimal im gleichen Atemzug). Wehren wir den Anfängen, kann ich leider nicht mehr sagen, da diese Vorgehensweise ja mittlerweile Methode bei ZL-Anhängern hat (wovon ich bzw. Münster seit mehreren Jahren schon zum zweiten Mal betroffen bin/ist...).

Was ihr betreibt, ist Stimmungsmache und versuchte Bauernfängerie. Ich muß sagen, so ein unsolidarisches Verhalten habe ich bisher noch nicht in unserer Organisation erlebt, und ausgerechnet ihr wollt uns aus der Krise führen – da kann frau/man ja nur übel werden... Ich habe nicht nur eine Stinkwut auf euch, dazu mischt sich auch ein Gefühl der Hilflosigkeit, denn was soll frau/man noch machen bei soviel Boswilligkeit, die – und das ist das Hauptproblem für mich – einfach nicht aufhört! Ein böses und bedachtes Wort in Wut kann ich ja verstehen, aber bei euch ZL'ern ist das ja Methode, und das macht mich nicht nur wütend und hilflos – das macht mir auch Angst. Nicht Angst vor euren beschissenen Machtpoker, sondern vor eurer Verantwortungslösung, mit der ihr versucht, Kräfte zu treiben zwischen Mitgliedern unserer Organisation!

Nun konkret zu eurer Lügegeschichte mit dem „Plakettentwurf“. Auf einem GAL-Treffen saß ich neben unserem schwulen Sympo, dabei malte ich auf seinen Block o.g. Spruch: Die Ortsgruppe Münster lernt Spruch und Text erst durch den AK kennen! Wenn es von mir eine ernst gemeinte Forderung gewesen wäre, hätte ich darüber mit dem schwulen Genossen diskutiert, bei Diskussion in der Ortsgruppe gefor-

desten Brief an die AG Schwule oder den AK geschrieben. Schüchtern war ich noch nie.

Als der Genosse die Zeichnung sah, war er wie ich geschrockt. Ich sagte ich sah dazu auch wenn ich nicht allzu viel über S/M weiß, meinte aber, genügend Informationen darüber zu besitzen, um mir eine Meinung dazu bilden zu können. Aufgrund dieser Äußerung bet er um den Abdruck des Mao-Zitates („Wer eine Sache nicht studiert hat, hat kein Recht, mitzureden“...), Unser Genosse fragte mich noch, ob ich was dagegen hätte, wenn er die Zeichnung nach Hamburg schicken würde – ich hatte nichts dagegen. In seinem Begleitbrief beschrieb er korrekt die Situation, in der das Ganze entstand. Jen war als G (AG Schwule) im empört über den Vorfall ansetzt, versuchte unser Genosse ihn noch zu beschwichtigen und meinte, das sei von mir doch nicht so ernst gemeint gewesen... Trotz der korrekten Information aus Münster wird meine einzige Unterjochung der gesamten OG untergejubelt und das Ganze noch zu einem „spielerischen“ (das Fragezeichen hätte ich euch auch klatschen können), „Plakettentwurf“ hochgejubelt. Bei Clara, wo nehmt ihr nur soviel Dreistigkeit her? (...)

Was steckt hinter meinem Spruch?

Für mich hat S/M nichts mit alternativer, empfehlenswerter oder wünschenswerter Sexualität zu tun. Im Gegenteil. Ich hinterfrage diese Form der Sexualität genauso wie den Wunsch einer Frau, von ihrem Freund vergewaltigt zu werden (Und wenn ich das zur Diskussion stelle, tabuisiere ich das nicht, wie ihr es Kt. unterstellt). Ich kann dieses Verhalten, das für mich Symptome einer kaputten Gesellschaft darstellt, nur noch erklären und verstehen, aber das heißt nicht, daß ich das unterstütze im Gegenteil! Und gerade im KB möchte ich kleinbürgliche und oder sexuelle (u.a.) „Einschränkungen“ be-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 31

kämpfen - wo hab' ich denn sonst noch so 'ne Chance?

Für mich ist es zwar ein Traum Eine Organisation ohne Frauenfeinde, ohne S/M'ler, ohne Fixer, ohne Selbstmordkandidaten usw. - allerdings wollte ich nicht durch Rauschmittel oder üble Aufnahmeverfahren zu dieser Utopie gelangen, sondern wäre es nicht toll, wenn wir so eine Politik machen könnten, daß diese Menschen mehr Freude am Leben bekommen, ein anderes Bewußtsein, eine andere Perspektive, neue Lebensinhalte ... Ziel: Lust ohne Quäl, Lust am Leben, Lust von und mit Genoss(inn)en, Lust an der politischen Arbeit!

Ich weiß, das sind Trümereien - aber das hilft mich nicht davon ab, es Stück für Stück zu versuchen! Und der erste Schritt sind Diskussionen darüber, Infragestellung unseres momentanen Lustgewinns (sei's durch Konsum oder in der Sexualität) Das hat mit Unvereinbarkeitsbeschlüssen nichts zu tun!

Wenn ich gegen die Diskriminierung von Schwulen/Lesben kämpfe, heißt das noch lange nicht, daß ich alles akzeptiere, was sie (oder Heteros) praktizieren. Ich habe den Eindruck, daß eine verhängnisvolle Solidaritätswelle unter den Schwulen (bzw. AG Schwule) mit den S/M'lern läuft. (In eurem Artikel schmeißt ihr nämlich laufend Schwule und S/M'ler durcheinander) - nach dem Motto: Erst werden S/M'ler verfolgt, dann Schwule, d.h., daß eine Auseinandersetzung oder Ablehnung von S/M mit einer Schwulenbeziehung gleichgesetzt wird. Da macht ihr es euch doch zu leicht!

Ihr sagt, frau/man soll der bürgerlichen Tabuierung nicht aufpassen. Klar, aber wenn ich die bürgerlichen Tabus, die bürgerliche Moral oder Sexualität ablehne, heißt das für mich nicht, daß wir ohne unsere, ohne eine eigene, neue Moral, Tabus, Sexualität sind! (Tabus) z.B. als Schutzmaßnahme hier fehlt uns auch 'ne eigene Sprache) Und mit neu meine ich nicht den Blödsinn, den Bornemann in eurem Zitat verbrät.

Zitat: „Wir schreiben niemandem vor, wie er/sie ihre/seine Lust im Bett erlebt oder zu erleben hat, solange keine Gewalt angewendet wird“. Da macht ihr es euch aber leicht! Ist Gewalt nur, wenn etwas gegen meinen Willen geschieht? Wir sind doch so manipuliert, daß wir teilweise unsere Bedürfnisse gar nicht kennen oder entdecken. Ist es keine Gewalt, wenn ich aufgrund meiner verinnerlichten Frauenrolle meinen Freund aufforder, Frauenrolle meinen Freund aufforder, mich zu vergewaltigen? Das ist Gewalt, die uns in unsere Köpfe und Bäuche geimpft worden ist, so schlimm ist das, daß wir schon „freiwillig“ andere auffordern, uns Gewalt anzutun. Ihr tut, als ob das alles freie Entscheidungen seien.

Viele Menschen sagen: Was wollen diese unzufriedenen Kommunisten nur. Die sollen uns in Ruhe lassen, wir sind doch zufrieden, uns geht es gut. Und der S/M'ler sagt: Ich bin zufrieden, laßt mich in Ruhe, und die Frau, die sich vergewaltigen läßt vom Freund, sagt's auch. Aber es ist doch unsere Aufgabe, den „goldenen Käfig“ bewußt zu machen, zu hinterfragen.

Zitat: „Jeder Mensch hat seine eigene Sexualität. Solange das nicht respektiert wird, gibt es keine Grundlage für eine fortschrittliche Sexualpolitik“. Ja, was heißt denn respektieren? In dem Moment, wo ich bestimmte Sexualpraktiken hinterfrage, hakst es doch schon bei euch aus. Daß man die Menschen respektieren kann und hinterfragen, ist auch annehmend neu?

Aber was der bürgerliche Bornemann bringt, geht mir wirklich zu weit: Sexualität entspricht ansehnend für ihn weitgehend einer „sadomasochistischen Dialektik“, unten liegen setzt er gleich mit masochistischen Tendenzen und unterordnet. Meine Güte, wie billig. Er akzeptiert, was vielleicht weitgehend der Fall ist, und liefert gleich noch für 'ne kaputte Sexualität 'ne Theorie. Und ihr setzt dem auf

Na, wenn das so ist, wie Bornemann meint, wollen wir es so behalten?

Beatrice, Münster



Leserbrief Leserbrief Leserbrief Leserbrief

In der Einleitung zu ihrem Artikel „Die Schwulenbewegung und die Linke“ legen die Genossen der AG Schwule ihre Absicht dar, einige der traditionellen Sünden bzw. schweren Unterlassungen der kommunistischen Bewegung auf dem Gebiet des „Persönlichen“ (hier besonders der Schwulen) darzustellen. Der Artikel, der dann folgt, wird diesem Anspruch in keiner Weise gerecht: Zwar werden in den Klassikern zaghaft eben solche Lücken aufgezeigt, jedoch nur, um sie sofort mit dürftigen Entschuldigungen wieder zuzukleistern (mindestens fünfmal wird das Argument „keine Zeit“ angeführt). Es ist vor allem zu bestreiten, ob sich diese Zitate Lenins etc. überhaupt auf die Schwulenfrage beziehen lassen, da es sich in ihnen immer um die allgemeine Formulierung „Ehe und Sexualität“ dreht und noch dazu bei Lenin und Engels eindeutig schwulenfeindliche Zitate finden lassen. Aber es darf hier auf keinen Fall um das gegenseitige Auspielen von Zitaten gehen; stattdessen ist wohl eine nähere Betrachtung der historischen, sozialen und psychologischen Hintergründe zu diesem Phänomen nötig.

Wenn es die Linke bis heute nicht verstanden hat, sich mit der Schwulenfrage auseinanderzusetzen, dann liegt es wohl nicht daran, daß sich Marx, Engels und Lenin zu ihrer Zeit nicht damit auseinandergesetzt hätten (aus welchen Gründen auch immer), sondern doch vielmehr daran, daß bei einer Diskussion über Sexualität sich jeder Einzelne betroffen und „bedroht“ fühlen muß, weil automatisch seine eigene Sexualität hinterfragt wird. Wer aber Schwierigkeiten hat, mit seiner Sexualität umzugehen, wird der Diskussion über Homosexualität so lange wie möglich ausweichen, denn darüber läßt sich nicht so abstrakt und distanziert diskutieren wie etwa über irgendwelche Herrschaftssysteme. In der heutigen Zeit, wo es sich außer den Reaktionen keiner mehr erlauben kann, Schwule wegen ihrer Sexualität offen zu attackieren und zu diffamieren, ist die repressive Toleranzhaltung die bequemste, sicherste, aber auch eine distanzierte und gefährliche Haltung nicht nur der Linken.

Thomas Leithausen schreibt in seinem Vorwort zu Martin Dannerkes „Der Homosexuelle und die Homosexualität“: „Denn Homosexualität un-

terliegt einem besonderen Tabu, von dem alle Menschen zu jeder Zeit betroffen sind und dessen Verletzung für sie eine Verführung bedeutet, die sie aggressiv abwehren müssen. Die Stärke der Aggressivität, mit der diese Abwehr betrieben wird, deutet auf den Grad der Empfindlichkeit für die Verführung. Die Ambivalenz der Verfolger der Homosexuellen, ihre eigene latente Homosexualität, ist die unversteigbare Quelle dieses Hasses“ (p. 11). Auch die Klassiker unterlagen dieser Tabuisierung, denn die klaffende Lücke, die sie zwar erkannt haben sollen, aber nicht aufgreifen haben, entstand doch nicht nur aus Zeitgründen und deshalb, weil der „Kampf um die Behauptung und Festigung des Sowjetstaates“ (Lenin) weitaus dringlicher waren, sondern dahinter stecken wohl auch ganz reale Ängste. Wollen wir doch die Klassiker nicht als unfehlbare, makellose, von jeglicher Sexualverflechtung befreite Wesen darstellen (sowohl sie auf dem Gebiet der bürgerlichen heterosexuellen Sexualaufklärung und -enttabuisierung Beachtliches geleistet haben) und ihnen zugestehen, daß auch sie ihre Probleme mit der eigenen latenten Homosexualität hatten, vor allem, wenn man sich überlegt, wie zu jener Zeit die Kirche das Zepter schwang und an offene Sexualdiskussionen nicht oder kaum zu denken war. Dennoch muß vor allem Lenin die Schwulenunterdrückung und der gerade begonnene Schwulenkampf gegen Unterdrückung und Diskriminierung bekannt gewesen sein, und daher ist es ihm schon vorzuziehen, sich mit dem konkret aus einandergerissen zu haben. „Das die Erkenntnisprozesse bei einer derart verborgenen Sache, wie der Sexualität, wesentlich komplizierter verlaufen, als die Analyse offen zu Tage tretender Herrschaftsverhältnisse“, ist wohl richtig, aber nicht aus einzige Entschuldigung anzuerkennen. Häuten die Paragraphen gegen Abtreibung, Ehescheidung und Homosexualität in den vier Jahren in der SU so leicht wieder eingeführt werden können, wenn zuvor eine Diskussion darüber gelaufen wäre, zumindest sich Lenin einmal konkret dazu geäußert hätte? Ist es der AG Schwule nicht aufgefallen, daß sie immer wieder die Zeitgründe für das Nichtbeschäftigen der Klassiker mit der Schwulenfrage anführt, dann aber die rückläufige Entwicklung in der SU nicht mit einem

Wort kommentiert oder hinterfragt?

Es ist schon verständlich, wenn die AG Schwule über eine Seite lang Krampfhaft versucht, in Zitaten und Äußerungen Beweise hervorzukramen, daß den Klassikern die Schwulenproblematik bewußt gewesen war (sie aber deren Behandlung immer wieder „aus Zeitgründen“ aufschoben), nicht außer Lücken findet und dann den Linken ankredet, „auf Seiten der Schwulenbewegung die Resignation und Abwendung vom Marxismus verstärkt [zu] haben und sie spontanen Ideologien ausgeliefert [zu] haben“ (hoch!). Abgesehen davon, daß die Schwulenbewegung nie marxistisch gewesen ist, wird mit solch einem Satz die Bedeutung von Homosexualität den Schwulendemos in Bremen, Berlin und Stuttgart, die Mitarbeit von Schwulen in internationalen buntsten Listen und BLs als gänzlich unbedeutend abgetan (und ist es nicht der AK, seines Zeichens Zeistung einer kommunistischen Organisation der vielen Schwulenzeitungen zu finden?). Durch Schwulen allein wird dann nun mal nicht gleich Kommunismus und es ist den diversen linken Gruppierungen und Organisationen ohne Abstriche vorzuwerfen, daß sie sich in der Vergangenheit um Schwule und Lesben einfach nicht gekümmert, sie stattdessen oft später (getreu Lenin) vertrieben oder durch ihr Dogmatismus abgeschreckt haben. Es muß um so mehr die Politik der Schwulen im KB sein, aufzuzeigen, daß das Schwulsein der Einzelnen kein isoliertes Problem darstellt, sondern gesamtgesellschaftlich zu sehen ist. Mit allen klassiker-Zitaten jedoch, die im Grunde nichts zur Schwulenfrage aussagen, locken wir keine Katze hinter dem Ofen vor. Wäre es nicht angebrachter, eine offene Diskussion über neu erschienenen Bücher (wie z.B. M. Dannerkes „Der Homosexuelle und die Homosexualität“) zu führen, die dann in die Schwulengruppen mit hineingetragen werden kann? Auch G. Hochquiemer wäre ein wertvoller, ausführlicher Zitiert und diskutiert zu werden als Vertreter der Auffassung: „Alle Männer haben [zu] machen“ - solche Ausgrenzungen wären weitaus ergebiger für die Schwulenbewegung und den einzelnen Schwulen, als die Lücken in Marx', Engels' und Lenins Schriften und Äußerungen aufzudecken.

Werner und Peter, zwei schwule Genossen aus Frankfurt

Beatrice aus Münster schreibt uns zum SM Teil unserer Artikelserie einen empörten Brief, weil wir die Freiheit besessen hätten, einen spielerischen Plakettentwurf („SM

Nein danke!“ usw.) der gesamten Ortsgruppe Münster anzulegen. Sie selbst sei die Urheberin. Bis hierher können wir B's Wort verstehen und entschuldigen uns für die Verwechslung. Nun geht's aber weiter - und nun, liebe SM-Genossen in Münster, des KB, die ihr euch nicht zutraut, paßt auf. „Als der Genosse die Zeichnung sah, war er ziemlich geschockt. Ich sagte, ich steh dazu, auch wenn ich nicht allen viel über SM weiß, meinte aber, genügend Information darüber zu besitzen, um mir eine Meinung dazu bilden zu können.“ Lernprozesse sind wohl auch nach unserem eigentlich sehr eindeutigen Artikel bei dir und anderen nicht gefragt. Das gesunde Volksempfinden (denn woher hast du deine mageren Informationen über SM - wenn nicht aus irgendwelchen Pornos?) ist offensichtlich stärker als der Wille zur Klarheit im Kopf. Es ist schon ein starkes Stück, daß du dich einfach weigert, nachzudenken und zu lernen, und dazu noch auf dieser Weigerung dein sexuelles Weltbild aufbaut und verbreitest.

„Ich kann dieses Verhalten, welches für mich Symptome einer kaputten Gesellschaft darstellt, mir noch erklären und verstehen, aber das heißt nicht, daß ich der Unterstützung - im Gegenteil! UND gerade im KB möchte ich kleinbürgerliche und/oder sexuelle (u.a.) Fehlströmungen bekämpfen - wo hab ich denn sonst noch so 'ne Chance?“ Und graut es vor diesem KB/AAO oder KB/Leum People in deinem Kopf.

Woher nimmst du überhaupt das Recht, Leuten mit einer anderen Sexualität als der deigenen Vorschriften zu machen? Außerdem haben wir einen ganz großen Fehler im Vergleich von kleinbürgerlichen und/oder „sexuellen“ Fehlströmungen kleinbürgerlichen Bewußtseins in unseren Reihen, das z.B. auch in der Auffassung besteht, kann, kleinbürgerliche Spießmoral im KB den Stempel „sozialistisch“ aufzudrücken und als Keimformel hochzuheben und damit zu allem Überfluß auch noch Politik zu machen, werden wir natürlich bekämpfen. Aber wir werden bestimmt nicht, wie du das vielleicht vorhabst, irgendwem Vorwürfe darüber machen, wie er im vielleicht vorhat, irgendwem Vorschriften darüber machen, wie er im besten seinen Organismus zu kneten hat. Du kannst du bist in die Träume der Genossen und Genossinnen gehen und rumwühlen in einem warmen Sumpf von sogenannten Perversionen. Wir haben im KB wahrhaftig was anderes zu tun, als mit unseren Genossinnen und Genossen Psychoanalyse zu betreiben und unsere eigene kaputte Psyche zum Nabel einer neuen Moral zu machen.

„Wäre es nicht toll, wenn wir so eine Politik machen könnten, daß diese Menschen mehr Freude am Leben bekommen, ein anderes Bewußtsein, eine andere Perspektive, neue Lebensinhalte. Ziel: Lust ohne Quäl, Lust am Leben, Lust von und mit Genossinnen, Lust an der politischen Arbeit!“ Ja, setzt du etwa ein revolutionäres Bewußtsein mit einer in deinem Sinne chemisch gereinigten Sexualität gleich? Du wirfst uns unsere Solidarität mit SM'ern vor, wohlgemerkt Leute, die ihre Auffassung von Sexualität nicht - im Gegensatz zu dir - als der Weisheit letzter Schluß verbreiten, sprichst in diesem Zusammenhang sogar von einer „verhängnisvollen Solidaritätswelle“ unter den Schwulen nach dem Motto „erst werden SM'ler verfolgt, dann Schwule“ usw. Aber sicher, Beatrice, denn von Leuten, die von Ausgrenzung und Ablehnung ihnen nicht genehmer Menschen reden, führt leider eine gerade Linie zu Leuten, die diese Menschen letztendlich ausrotten wollen, und uns als sexueller Abweichler gleich mit

„wenn ich die bürgerlichen Tabus, die bürgerliche Moral und/oder Sexualität ablehne, heißt das für mich nicht, daß wir ohne UNSERE, ohne eine EIGENE, eine NEUE Moral, Tabus, Sexualität sind!“ Nach deinen genauen Ausführungen über deine Vorstellungen von sauberer Sexualität, können wir eigentlich keinen Unterschied zwischen deiner und der herrschenden bürgerlichen Moral feststellen, auch wenn du noch so oft die Stempel UNSERE, EIGENE, NEUE draufdrückst.

Eine lesbische Genossin im KB (ZL-Fraktion, noch nicht beurteilt)

„Are we not men?“ ist der Titel eines Lieds der „new wave“-Gruppe „Davy“. Die Überschrift hätte ich auch ganz passend gefunden für meinen zweiten Anlauf in Sachen S/M (Vgl. „eine Frankfurter Genossin“, AK 150) - obwohl ich bestimmt nach den Vorstellungen der AG Schwule „kein Mitspracherecht“ habe (AK 166).

Tabus waren bei den sogenannten „Naturvölkern“ kulturelle Gebote, bestimmte Personen, Tiere, Pflanzen und Gegenstände zu meiden - das heißt, sie als unantastbar und unverletzlich zu erklären. Und mir scheint, nach Lektüre des Artikels im AK 166, ebenso bei den Genossen der AG Schwule ein Tabu zu existieren, sobald die Sprache auf S/M kommt. Es ist doch einigermaßen befremdend, daß Menschen, die ansonsten auch eifrig für das „jennistische Koputieren-Ziehen“ einsetzen, die argwöhnisch jeder kleinen und kleinsten Blume des Feminismus im KB nachgehen, in ihrem eigenen Bereich das Subjektive hochjubeln.

Eingeleitet wird der Artikel im AK 166 mit einer sehr hegenden Reihe an pauschalen Demagogien. So sollen die Ausführungen von KI in seinem Artikel „Der Knittel im Haus erspart den Pfisterstrand“ (AK 150) „in der Praxis die Folge haben, daß sexuelle Unvereinbarkeitsbeschlüsse im KB durchgeführt werden“.

Überhaupt würde ein „frontaler Angriff gegen die Schwulenbewegung und einzelne Schwule gestartet“, denn angeblich seien S/M'ler/innen und Faschisten in einen Topf geworfen worden ... KI und wohl auch E. (Kulturzeile) und auch ich, würden quasi den Leistungsdruck „von links“ an der Bettfront einführen wollen, behauptete die AG Schwule in AK 166 „Nicht die Lust, nicht der Spaß an der Bettfront wird dann zum Kriterium, sondern das stramm revolutionäre Bewußtsein, jetzt auch im Bett und nicht nur anderswo. Das Ergebnis: lauter verklemmte Leute“.

Ist das „linker Leistungsdruck“, wenn Frauen sich über ihre Objektrolle, über die Ignoranz der meisten Männer im Bett beschweren? Ist das „linker Leistungsdruck“, wenn wir

„mehr als den „machbaren Spaß“ haben wollen“ ist das „linker Leistungsdruck“, wenn wir, auch in der Sexualität, für gleichberechtigte Beziehungen eintreten?

Oder was meint die AG Schwule mit diesem Absatz? Eure Argumentation ist die: Es gibt S/M auf der Welt (sag bloß!), weil's ihn gibt, entspricht er also augenscheinlich Bedürfnissen (tolle Erkenntnis!) - und: Bedürfnisse des Menschen sind unantastbar! Und sofern die Menschen bei der Befriedigung ihrer Bedürfnisse - in welcher Form auch immer - Spaß haben, ist die Sache okay.

Irgendwo wird zwar geschrieben: „Die Frage nach dem Zusammenhang von psychischem, d.h. nicht sexuellem S/M und Gewalt ist die Frage nach den sozialen Folgen einer verdrängten Sexualität in der bürgerlichen Klassengesellschaft“, das ist aber auch schon wieder alles.

Eine naive Frage: Wer hat denn die Folterbänke und ähnliche Repressionsinstrumente entdeckt eingeführt und benutzt? Die „Klassenfeinde“ oder wir bzw. die S/M'ler/innen? Ist es nicht so, daß in den USA eine recht breite S/M-Strömung existiert, mit ausgeprägtem Männlichkeitswahn, und auf der anderen Seite, daß in Kulturen wie im alten Indien, wo die freie Liebe herrschte, S/M nicht existiert?

Außerdem stört mich eine umplizierte These der AG Schwule: Die Schwulenbewegung sei per se links bzw. fortschrittlich, und sie sei auch per se frauenfreundlich. Das stimmt weder in der Geschichte noch stimmt es heute. War etwa der römische Diktator Cäsar „fortschrittlich“? War die griechische Gesellschaft zu Zeiten Plato etwa besonders frauenfreundlich? Gibt es nicht Faschisten, die auch schwul waren? Zum Beispiel Wagner? Zum Beispiel der Nazi Kobab? Ist nicht bei manchen das Schwul-Sein mit einer großen Frauenverachtung gekoppelt, die ja auch bei den linken Schwulen in der Form der Annahme gegenüber den sogenannten „Heteros“ eine Abwandlung findet? Weiß sie aus dem Schwul-Sein, was für mich erstmal „nur“ eine bestimmte Sexualitätsform ist, eine Ideologie machen?

Mich, als Frau, würde zudem eine Einmischung der AG Lesben dazu interessieren. Außerdem noch zu zwei weiteren Fragen: Pädophilie und S/M in der Lesbenbewegung. Bislang habe ich nur Männer dazu gehört.

Die Frage der Gewalt ist natürlich kein „Privileg“ der S/Ms. Gewalt, das ist banal, beherrscht unser ganzes System, auf allen Ebenen wird manipuliert, fremdbestimmt und entfremdet, ausgebeutet, unterdrückt. Die Frage ist aber, wie wir, als Kommunist(inn)en, dagegen kämpfen wollen. Ich möchte, daß bestimmte Sachen, die heute uns und anderen Spaß machen, einem nicht mehr Spaß machen. Meine Moral ist nicht: „Alles, was Spaß macht, ist gut und richtig.“ Und hätte noch ein ganzes Volk daran Spaß! Ich halte nicht S/M'ler/innen für „perverse“ oder „krank“ - die so Gesellschaft halte ich für pervert, mit der habe ich einen Unvereinbarkeitsbeschluss!

Schließlich zu meinem damaligen Hinweis „Faschisten, Spaß und Folter“. Dieser Hinweis war in dem Sinne unpassend, als (makabre Logik) kein Lustverhältnis zwischen Folterern und Opfern existiert (obwohl vor einigen Jahren eine italienische Regisseurin sich nicht geschämt hat, auch dies zu problematisieren). Allerdings ist eure Antwort verblüffend: Wo bitte schön ist es System, daß Faschisten, wo es „zu offensichtlich“ sei, von ihrem widerlichen Job abgesetzt werden? Im Gegenteil ist es doch so, daß weiß jeder und jede Antifaschist(in), daß, ob in Chile oder unter dem NS-Regime sexistische Folterungen gerade an Frauen immer an der Tagesordnung sind - und diese ekelhafte Figuren, wenn sie Ratten in die Vagina von chilenischen Frauen stecken, wenn sie sie zu mehreren vergewaltigen, denken sie bestimmt nicht dabei an das Wirtschaftsprogramm von Pinochet oder ähnliches.

Faschismus ist nicht nur ein Apparat - Faschismus ist auch Ideologie, die sich auf alle Lebensbereiche erstreckt, es gibt dabei nicht nur eine faschistische Ästhetik, sondern auch eine faschistische Sexualität.

E., KB/Gruppe Frankfurt

Fortsetzung von Seite 33

packen und abhauen. D.h., bei der Bekämpfung solcher Unsitten sind wir weit stärker auf die Bereitschaft der Genoss(innen) zum Eingestehen von Fehlverhalten angewiesen. Die vorgeschlagene Regelung läßt mehr Spielraum für im Einzelfall wirkende Maßnahmen.

Die Befürworter(innen) einer Regelung, die für körperliche Gewalt Beurlaubung vorsieht, argumentieren demgegenüber, daß sich solche Argumente auch für den Chauvi finden lassen, der eine Frau schlägt. Man solle das ganze nicht von der Situation der Erwachsenen, sondern der der Kinder betrachten. Körperliche Gewalt sei der schärfste Ausdruck der Unterdrückung von Kindern. Kinder seien wehrlos als Frauen. Deshalb sei hier die Beurlaubungsregelung dringend geboten.

Die Mehrheit der Arbeitskonferenz sprach sich für die vorgeschlagene Formulierung aus; die Kritiker(innen) wollen einen Alternativvorschlag machen und begründen: *Dessenungeachtet sei angekündigt, daß die Vertreter beider Positionen es ernst meinen damit, daß k.B. und körperliche oder psychische Mißhandlung und Vernachlässigung von Kindern zwei Sachen sind, die einander ausschließen!*

Was hat das noch mit Politik zu tun?

Auf diese Frage kam angesichts dieser Diskussionen (die nicht die einzigen auf der Arbeitskonferenz waren, alle Thesen wurden diskutiert) ein Genosse, teilweise von einem weiteren unterstützt:

Seiner Meinung nach ist das Anprangern der gesellschaftlichen Kinderfeindlichkeit, der Mißstände, das öffentliche Aufstellen von Forderungen an den Staat politisch. Die Dis-

kussion um die Veränderung in der Organisation bzw. von Eltern sei zwar wichtig, aber eben nicht politisch. Entsprechend fand sich im Bericht aus der Stadt, aus der der Genosse kommt, viel über die „politische Arbeit“ in den Kinderinitiativen, nicht über die Verhältnisse der Elterngenoss(innen), ihrer Kinder und deren Probleme (es soll da keine geben!).

Dieser Ansicht wurde zweifach widersprochen. Ein Genosse bewertete es schon als Politikum, Kinder zu haben und so zu erziehen, wie wir es wollen. In weiteren Beiträgen wurde herausgestellt, daß sich aus der Tatsache, als Genosse/in Kinder zu haben, eben einiges ergibt, z.B. der Einsatz für die Lösung der damit verbundenen Probleme in der Organisation („Keimformcharakter“). Der Kontakt mit anderen (linken) Eltern, insbesondere Frauen, die Kinder allein großziehen und sich trotzdem um Politik kümmern wollen. Die Arbeit in der Kinderinitiative, Kindererziehung ist eben ein politisches Problem.

Eine andere Position, nicht durchgängig im Gegensatz zur eben beschriebenen, verwahrte sich gegen die Unterteilung „politisch/unpolitisch“. Diese diene nach aller Erfahrung gerade in der Kinderfrage dazu, die „nicht politischen Fragen“ zu weniger wichtigen zu degradieren bzw. Versäumnisse auf diesen Gebieten (Kindererziehung) mit dem Hinweis auf die hohe Politik zu relativieren. („Er vernachlässigt zwar sein Kind, aber hat ein sehr hübsches Flugblatt zur Demo xy geschrieben“).

Wie gesagt, dies sind nur einige Anmerkungen zur Diskussion auf der Arbeitskonferenz, die ebenfalls in diesem AK abgedruckten Thesen bieten sicherlich noch erheblich mehr Diskussionsstoff für eine hoffentlich fruchtbare Debatte.

Kinderkommission Hamburg

Westberlin: Ausländische Schüler dürfen nicht zur Schule gehen!

Eine Umfrage der GEW Berlin bei den Bezirksämtern hat ergeben, daß in der Stadt ca. 700 ausländische Schüler seit Beginn dieses Schuljahres nicht zur Schule gehen können, sondern auf Wartelisten geführt werden. Diese Zahl ist sehr unvollständig, da so stark betroffene Bezirke wie Wedding und Neukölln keine Zahlen zur Verfügung gestellt haben. Außerdem gibt es eine hohe Dunkelziffer von schulpflichtigen ausländischen Schülern, die aus Angst vor Ausweisung etc. nicht angemeldet sind.

Zwischen dem 24.10. und dem 6.11.79 hat sich der Westberliner Senat auf einer „Clausurtagung“ zur Frage der Ausländerintegration unter anderem mit diesem Problem beschäftigt und folgende „Grundsätze“ beschlossen.

a) — Die ausländischen Kinder und Jugendlichen in Bezirken außerhalb ihres Wohnbereiches zu „beschulen“
b) — Durch Novellierung des Berliner Schulgesetzes oder Uminterpretierung der bestehenden Gesetze ausländische Jugendliche, die zwei Jahre oder später nach Absolvierung ihrer heimatischen Schulpflicht erstmals in die Bundesrepublik einreisen, von der Schulpflicht hier zu entbinden (Landespressekonferenz Berlin, Aktuelles der Woche, 8.11.79).

Die Westberliner Schulen werden derzeit von etwa 30.000 ausländischen Schülern besucht, die meisten sind Grund- und Hauptschüler. Der Westberliner Senat erklärt die katastrophale derzeitige Situation mit einem starken Zustrom von „Zustiegern“. Das sind Schüler, die nach der Lockerung des Verbots für ausländische Jugendliche ihren Eltern in die Bundesrepublik nachgezogen sind.

Die Gruppe schreibt über sich selbst: „Die Theaterwerkstatt Hannover ist eine freie Theatergruppe, die seit nunmehr drei Jahren in Hannover und darüber hinaus Theater macht. Die Gruppe wurde von Schauspielern gegründet, die zusammen an der Schauspielabteilung der Staatlichen Hochschule für Musik und Theater Hannover studiert und gearbeitet haben.“

Bisherige Produktionen

Darüber spricht man nicht (Kinderstück)
Stadt der Tiere (Kinderstück)
Kein schöner Land (Erwachsenenstück) ein Stück über die BRD
Was heißt hier Liebe (Jugendstück)

Materialien zum Jugendstück „Was heißt hier Liebe?“

Zusammengestellt von der „Theaterwerkstatt Hannover und interessierten Lehrern“ (vielleicht auch Lehrern?)

Die Materialien behandeln Beiträge zum Verhältnis zum eigenen Körper zur Oranie, Rollenverhalten, Träume (Utopisten!), schwul-lesbisch, Erwachsene und Sexualität, Verhütung, und zur Zensur, die vor diesem Stück auch im Land des Strahlmanns nicht halt machte (s.a. AK 166).

Trotz allem, das Stück kommt auch in Niedersachsen weiter gut an, wie einige abgedruckte Leserbriefe (u.a. von Pro Familia) und Artikel beweisen. Die Materialien sind zu beziehen über die

Was heißt hier Liebe (Jugendstück).

CSU-„Bevölkerungspolitik“ immer verrückter

Während die Bundesregierung schon dabei ist, dem Geburtenrückgang in der BRD positive Aspekte abzugewinnen, werden die Vorschläge von Seiten der CDU/CSU zur „Geburtenankurbelung“ zunehmend verrückter.

Bayerns Kultusminister Hans Meier schlägt auf dem Münchner „Zukunfts-Kongreß“ der CSU vor, die Höhe der Rente von der Kinderzahl abhängig zu machen. „Wie wäre es“, so der Minister, „wenn wir die Familie mit einer bestimmten Größe als Normalfall zugrundelegen würden? Wenn wir die Familie mit zwei oder drei Kindern gleich 100 Prozent setzen?“ Im Rentenalter angelangt wür-

den diese Familienväter bzw. -mütter die normale, volle Rente bekommen, bei mehr Kindern gäbe es mehr, bei weniger oder gar keinen Rentenabzüge. Das ist kein Witz, das hat der tatsächlich vorgeschlagen! („Welt“, 17.11.).

Genauso wenig ein Witz ist die Maßnahme, die sich der Bürgermeister von Coburg in Oberfranken ausgedacht hat. Er hatte jedem Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung zehn Tage Sonderurlaub versprochen, wenn er 1979 die Geburt oder Zeugung eines Kindes nachweisen kann. Vier Mitarbeiter konnten bisher („TAZ“, 19.11.).

„Heute das Kindergeld — morgen die Renten“

Unter diesem Motto rief das multinationale Kindergeld-Komitee, ein Zusammenschluß von Spaniern, Portugiesen, Türken, Griechen, Jugoslawen und Italienern, am 17.11. zu einer Kindergeld-Demonstration gegen die Diskriminierung von Ausländerkindern und für gleiches Kindergeld für Ausländer und Deutsche auf. Über 1500 Menschen beteiligten sich. Galt bis 1975 noch die Regelung, daß in der BRD lebende Ausländer auch für ihre in der Heimat lebenden Kinder das gleiche Kindergeld bekamen wie die Westdeutschen, wurde diese Regelung zum 1.1.1979 von der Bundesregierung aufgehoben. Betroffen sind ab diesem Stichtag alle nicht der EG angeschlossenen Länder. Betroffen sind davon auch diejenigen, die schon 15 Jahre in der Bundesrepublik leben

So sieht die neue Staffelform des Kindergeldes für Ausländer aus:

Für das 1. Kind 10 DM anstatt 50 DM
2. 25 DM 100 DM
3. 60 DM 200 DM
4. 60 DM 200 DM
5. 70 DM 200 DM

Begründet wurde diese drastische Sparmaßnahme der Bundesregierung mit den geringeren Ausgaben/Lebenshaltungskosten der in den Heimatländern lebenden Kinder. Diese Maßnahme brachte im Jahre 1979 dem Staat 107 Millionen DM „Einsparungen“. Und wie das Kindergeld-Komitee richtig feststellte: Ausländer bleiben in der BRD „Menschen zweiter und dritter Klasse“.

Ausländerkommission/KB-Hamburg

jetzt gar nicht die Mühe, das Herausreißen der ausländischen Schüler aus ihrem Wohnbereich mit Raumangel erklärt unumwunden; „Der Senat strebt an, daß keine Schule von mehr als 50 % Ausländern besucht wird“ (s.o.).

Offensichtlich sieht der Senat seine „Integrationspolitik“ dort als gefährdet an, wo Ausländer in der Mehrheit sind, und stellt dazu noch einmal in den „Leitlinien“ fest: „Die hohe Zahl der Ausländer, ihre räumliche Konzentration, ihre kulturelle Distanz und ihre zunehmende Aufenthaltsdauer mit den daraus erwachsenden Anforderungen rufen bei Teilen der deutschen Bevölkerung Angst vor Überfremdung hervor.“ (s.o.).

Die GEW Berlin hat zu diesen „Grundsätzen“ eine Presseerklärung veröffentlicht, in der es zu diesem Punkt heißt: „1. Schon die Nichtbeschulung dieser ausländischen Kinder und Jugendlichen seit 9 Wochen stellt eine gravierende Verletzung des Berliner Schulgesetzes dar.“

2. Die angestrebten Maßnahmen können nur als Fortsetzung der Verletzung des Rechts auf Schulbesuch angesehen werden.

a) Die Beschulung ausländischer Kin-



der und Jugendlicher in fremden Bezirken bedeutet die Mißachtung des Rechts auf Schulbesuch im eigenen Wohnbereich (Schulgesetz, § 8, Abs. 3).

Wir fordern den Senat von Berlin auf, alle Schüler sofort in ihrem Wohnbereich zu beschulen.

— Die notwendigen Materialien und Finanzmittel zur Verfügung zu stellen.

— weitere ausländische und deutsche Lehrer und Erzieher einzustellen.

Punkt b) — „Befreiung“ ausländischer Schüler von der Schulpflicht, bedeutet folgendes: In der Türkei gibt es eine Schulpflicht von nur 7 Jahren, während in Westberlin gerade die 10-jährige Schulpflicht eingeführt wurde. Mit einer solchen Maßnahme würde sich der Senat Kosten und Mühe ersparen, tausende türkischer und jugendlicher anderer Nationalitäten überflüssig zu qualifizieren. Es ist nicht bekannt, ob dabei berücksichtigt werden soll, ob diese Schüler den Besuch eines Gymnasiums abschließen etc. abgeben

Schüler den Besuch eines Gymnasiums, einer Realschule etc. abgebrochen haben, um ihren Familien in die Bundesrepublik zu folgen.

Damit trägt der Senat zum einen

der Tatsache Rechnung, daß bisher so schlecht wie nichts für ausländische Schüler getan wurde; 48 % von ihnen erreichten z.B. im Bezirk Tiergarten 1977 keinen Hauptschulabschluß („Tsp.“ vom 2.3.78).

Zum anderen muß aber überhaupt bezweifelt werden, ob ein Interesse an einer Ausbildung dieser Jugendlichen besteht.

Die Stichtagsregelung (nach der Jugendliche von einem bestimmten Geburtsdatum an nicht in die BRD und Westberlin einreisen dürfen), wurde nämlich nicht etwa aus humanitären Erwägungen gelockert, sondern weil in einem Bereich, der durch besonders mühe Arbeitsbedingungen und Bezahlung gekennzeichnet ist, Arbeitskräftemangel bestand: dem Hotel- und Gaststättengewerbe. „In einer gemeinsamen Pressekonferenz des Hotel- und Gaststättengewerbes und der für diesen Bereich zuständigen Gewerkschaft kündigte gestern ein Sprecher des Bundesarbeitsministeriums in Bonn an, daß innerhalb der nächsten 4 Wochen die Stichtagsregelung „aufgehoben“ wird“ („Tsp.“ vom 9.2.79). Damals schrieb die „FR“ vom 22.3.79 in einem Kommentar: „Mit diesem Beschluß wird ... eine industrielle Reservearmee von rund 40.000 Frauen (gleichzeitig wurden die Bestimmungen für nachziehende Ehefrauen geändert, Art. d.V.) und 10.000 Jugendlichen mobilisiert und in die wirtschaftlich gewünschte Richtung gelenkt. Die Frauen und Jugendlichen müssen sich nämlich mit dem begnügen, was ihnen von den Arbeitsämtern zugeteilt wird. ... Das Hotel- und Gaststättengewerbe in Bayern und die Apfelbauern im Hamburger Alten Land, denen durch den Anwerbe- und Arbeitsstopp die billigen Saisonarbeiter ausgegangen waren, können dank des gesellschaftspolitischen Beschlusses in Bonn wieder aufatmen. Und die Jugendlichen? Jeder deutsche Lehrstellenhelfer wird ihnen vorgezogen, bestätigte das Arbeitsministerium. Das ist kaum überheblicher Zynismus gegenüber den ausländischen Mitbürgern.“ In Westberlin wird dieser Zynismus gewarnt: noch überboten: Die Jugendlichen dürfen nicht einmal mehr zur Schule gehen, sondern sollen möglichst billig und schnell ihrer unqualifizierten Bestimmung zugeführt werden!

In ihrer Presseerklärung stellt die GEW Berlin dazu fest: „Die angestrebte Entbindung eines Teils der ausländischen Jugendlichen von der Schulpflicht betrachten wir nicht nur als einen schwerwiegenden Gesetzesbruch, sondern auch als einen Eingriff in die Persönlichkeitsbildung der heranwachsenden Jugendlichen. Die GEW Berlin fragt, wie die bekundeten Integrationsabsichten des Senats mit diesen weiteren und verschärfen Diskriminierungen ausländischer Arbeiterkinder zu vereinbaren sind.“

„diesen weiteren und verschärfen Diskriminierungen ausländischer Arbeiterkinder zu vereinbaren sind.“

Eine Genossin aus West Berlin

„Wir haben Gesetze auszufüllen...“

und „nicht Wohlfühlen zu erfüllen“, so der Referent der Abteilung Jugend, Sport im Westberliner Bezirksamt Tiergarten, Tappert, angesprochen auf den ablehnenden Bescheid an zwei Wohngemeinschaften, die Pflegeanträge zur Aufnahme von Kindern und Jugendlichen in ihre WG's stellten. Diese beiden Wohngemeinschaften, die aus sechs Sozialarbeitern, Sozialpädagogen und Sozialpädagogen bestanden, hatten Anfang des Jahres eine Fabriketage in Mombi gemietet, um mit den Kindern und Jugendlichen, die entweder aus Randgruppen oder gestörten Familienverhältnissen kamen, zusammenzuleben. Aber das paßt nicht in den Rahmen des Jugendwohlfahrtsgesetzes, auf das die Bürokraten zurückgriffen und be-

schieden, daß nur „Familienpflege“ die rechte Unterbringung für „Minderjährige außerhalb des Elternhauses“ sei. „Diese Pflegeform orientiert sich auch innerhalb der Ersatzfamilie an dem allgemein geltenden Familienbegriff, der besagt, daß die Familie die Gesamtheit der durch Ehe und Verwandtschaft verbundenen Personen umfaßt“. Und die „vom Gesetz geforderte Familienpflege sei innerhalb einer Wohngemeinschaft, deren erzieherisches Konzept es ist, eine Gemeinschaftserziehung von mehreren Kindern durchzuführen, nicht gewährleistet“ („Tagesspiegel“, 26.10.).

Natürlich geht es dem Bezirksamt nicht darum, die pädagogischen Fähigkeiten der Pflegepersonen in Frage zu stellen, sondern lediglich darum,

ob „die vom Gesetz geforderte Pflege innerhalb der Wohngemeinschaft gewährleistet sei“.

Wohngemeinschaften, die auch noch „Gemeinschaftserziehung“ betreiben, passen nicht ins staatliche Konzept der Kleinfamilie. Pech für die Kinder. Nun darf lediglich ein Kind, für das der Vater die Einwilligung gegeben hat, in einer WG leben. Da müssen die WG's schon Antrag auf Förderung eines „sozialpädagogischen Sondermodells“ stellen. Was damit alles an Kontrolle und Eingriffen seitens der Behörden verbunden wäre, läßt sich denken. Die WG's haben gegen diesen Besch. Widerspruch eingelegt bzw. Klagen

Daneben geschätzt!

Im Artikel „Auch in der Kinderfrage mehr Keimform bitte“ im AK 166 haben wir zum Vergleich der „Familienverhältnisse“ um KB mit dem Bundesdurchschnitt geschrieben. „Dieser Durchschnitt verzeichnet höchstens 30 % Kinder mit allein stehendem Elternteil (ledige Mütter, Kinder aus Scheidungen)“.

Auch wenn wir damit nur eine Obergrenze angeben wollten, haben wir um einiges zu hoch geschätzt. Wie das bayerische Sozialministerium errechnen ließ, beläuft sich die Zahl der unter 18 Jahre alten Kinder alleinerziehender Elternteile in der Bundesre-

publik auf 1.200.000 Millionen, das sind ca. 8,5 % der Kinder. 92 % davon leben bei der Mutter (zum Vergleich noch mal die Verhältnisse im KB: 67,5 % Kinder alleinerziehender Elternteile, 36,8 % davon bei der Mutter). Für unsere Fehlschätzung bitten wir um Entschuldigung.

Noch einige zusätzliche Informationen über die Lage alleinstehender Mütter, die aus den gleichen Berechnungen stammen und die besonderen Schwierigkeiten dieser Eltern aufzeigen. 56 % von den alleinerziehenden Müttern sind berufstätig, weit mehr als unter den verheirateten Frauen. 42

% von ihnen haben keine abgeschlossene Schulbildung, sind entsprechend besonders oft von Entlassungen bedroht bzw. betroffen. Unterhaltszahlungen von den Vätern ihrer Kinder erhalten 52 %; steht zu hoffen, daß der Rest den Staat zur Kasse bitten (Unterhaltsvorschußkassen). Aus der Kenntnis dieser Kassen allerdings befürchten wir, daß das nicht der Fall ist (alle Zahlenangaben nach „FR“ vom 28.11.79).

Kinderkommission KB/Hamburg

„Gewerkschaftliche Orientierung“ aufs Abstellgleis

Das sog. „gewerkschaftlich-orientierte“ Bündnis - der MSB Spartakus (Studentenverband der DKP), der Sozialistische Hochschulbund (kann sich immer noch nicht zwischen SPD und DKP entscheiden) und ein Teil der Jungsozialisten bezeichnet sich gerne als konsequentesten Vorkämpfer studentischer Interessen. In der Praxis jedoch beweisen diese Organisationen, daß sie gar nicht Willens sind, diese Formel vom konsequenten Kampf mit Inhalt zu füllen. Ihr Eingreifen an den Hochschulen insbesondere dort, wo sie größeren Einfluß besitzen, trägt immer wieder dazu bei, daß diejenigen, die für schlechte Studienbedingungen und politische Unterdrückung verantwortlich sind, relativ ungeschoren davonkommen. Um also Konfrontation der Studentenbewegung mit den Herrschenden zu vermeiden, wiegeln diese Verbände vorhandene Aktionsbereitschaft ab, studentische Forderungen bleiben dementsprechend weitestgehend unerfüllt.

Dies soll ausführlicher am Beispiel der Universität Hamburg behandelt werden, da sich die „Gewerkschaftliche Orientierung“ hier dieses Semester besonders darin hervorgetan hat, Empörung der Studentenschaft ins Leere laufen zu lassen.

Recht große Empörung herrschte an der Universität, nachdem der ASiA ein vertrauliches Schreiben aus der Univerwaltung veröffentlicht hatte aus dem ersichtlich wurde, daß die Verwaltung Daten über Studenten an den Verfassungsschutz weitergibt (s. AK 165 und 166). Die Uni-Vollversammlung war so gut besucht wie schon lange nicht mehr. Mit großer Mehrheit wurde dort eine Besetzung des Hauptgebäudes der Universität beschlossen sowie ein einseitiger Warnstreik. Eine Woche später füllten erneut an die 3000 Student/innen das Audimax, als der Uni-Präsident Fischer-Appelt seinen Bericht zu dem aufgedeckten Spitzel-Skandal vorlegen wollte etwa die Hälfte begab sich an das anschließende Demonstration. Ansehen hatte sich die Handlungsgeheuerin nicht halb der Studentenschaft verschaffen. Und trotzdem gibt es heute nicht das kleinste Zugeständnis seitens des Uni-Präsidenten oder der Behörde. Ganz im Gegenteil: die Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz wird nicht nur in provokierender Weise gerechtfertigt, Fischer-Appelt hat für die Zeit des Streiks sogar Polizei an die Hochschule beordert, um Reaktionen den Streikbruch zu ermöglichen.

Man muß feststellen, daß der Fischer-Appelt hat für die Zeit des Streiks sogar Polizei an die Hochschule beordert, um Reaktionen den Streikbruch zu ermöglichen.

Man muß feststellen, daß der ASiA, getragen von Jungsozialisten, Sozialistischem Hochschulbund (SHB) und MSB für diese Entwicklung einen wesentlichen Teil der Verantwortung trägt.

Besetzung mit Mietvertrag

Erst kurz vor der Uni-Vollversammlung übernahm der ASiA nach langem Zögern den Vorschlag der Linken, das Hauptgebäude, die Spitzelzentrale, zu besetzen, doch nicht, - wie sich später zeigen sollte - weil er es als seine Aufgabe ansah für weitgehende Maßnahmen gegen die Bespitzelung einzutreten, sondern aus Angst, die Kontrolle über die Protestaktion zu verlieren. Mit einem Trick vernichtete der Uni-Präsident der Besetzungsaktion die Spitze abzubauen. Er ließ dem ASiA eine Überlassungsverfügung zustellen, bis zum nächsten Morgen um acht Uhr war es also den Studenten genehmigt, die Flure des Hauptgebäudes zu nutzen. Kein ungeschickter Schachzug, denn wen sollten die Studenten am Abend und in der Nacht stören? Einige Linke haben den Vorschlag gemacht, sich nicht an den von Fischer-Appelt gesetzten Spielraum zu halten, sondern die Besetzung länger aufrechtzuerhalten. Denn sie sollte nicht nur einen rein symbolischen, sondern auch einen praktischen Charakter haben, den Verwaltungsbetrieb zumindest für einige Stunden lahmlegen. Das allerdings ging sowohl den Jusos als auch dem MSB zu weit. Zahlreiche Ausreden wurden angeführt, um ein möglichst frühzeitiges Verlassen des Gebäudes zu begründen. Insbesondere wurde in der Diskussion als „Argument“ ins Feld geführt, es sei schädlich, sich im Hauptgebäude zu „isolieren“, es käme vielmehr darauf an, noch mehr Kommilitonen zu informieren und an die Fachbereiche zu gehen. Im übrigen wollte man sich nicht von Fischer-Appelt die Besetzung kaputt machen lassen.

Es ist völlig unangebracht, Besetzung und Öffentlichkeitsarbeit gegeneinander auszuspielen. Erstens wäre auch am Mittag noch Zeit genug gewesen für eine intensive Informationsarbeit, und zweitens würde sich die Lahmlegung des Verwaltungsbetriebes durch eine Besetzung sicherlich wie ein Lauffeuer an der Unirumpfen und sehr viel Aufmerksamkeit erregen. Tatsächlich ging es dem ASiA nicht um eine breite Öffentlichkeitsarbeit, sondern darum, eine Konfrontation mit der Verwaltung bzw. der Behörde zu verhindern.

„Noch mehr Kommilitonen einbeziehen“

Eine Woche später legte der Uni-Präsident seinen Bericht über die Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz 3000 Kommilitonen im Audimax der Uni vor. Einen Bericht, der vieles verschleierte und verschweigte, der aber trotzdem enthüllte, daß das Ausmaß der Bespitzelung noch weit größer ist als bis dahin bekannt war. Verschiedene Linke Gruppen, u.a. der SSB, hatten auf einer Vorbesprechung, an der 400 Student/innen teilnahmen, den Vorschlag gemacht, Fischer-Appelt nicht einfach mit einigen Buß-Rufen davonkommen zu lassen, sondern ihm klare Forderungen verbunden mit einem Ultimatum zu stellen. Fischer-Appelt sollte die Namen derjenigen herausgeben, deren Daten bisher an den Verfassungsschutz weitergeleitet wurden. Damit sollte den Betroffenen die zum nicht geringen Leid verurteilt zu werden haben die Möglichkeit einer Entschädigung geschaffen werden. So erklärte Uni-Präsident sich weigerte dieser Forderung innerhalb einer bestimmten Frist nachzukommen sollte eine Uni-Vollversammlung einberufen werden, die über die Lahmlegung des gesamten Hochschulbetriebes, einschließlich der Verwaltung, berät.

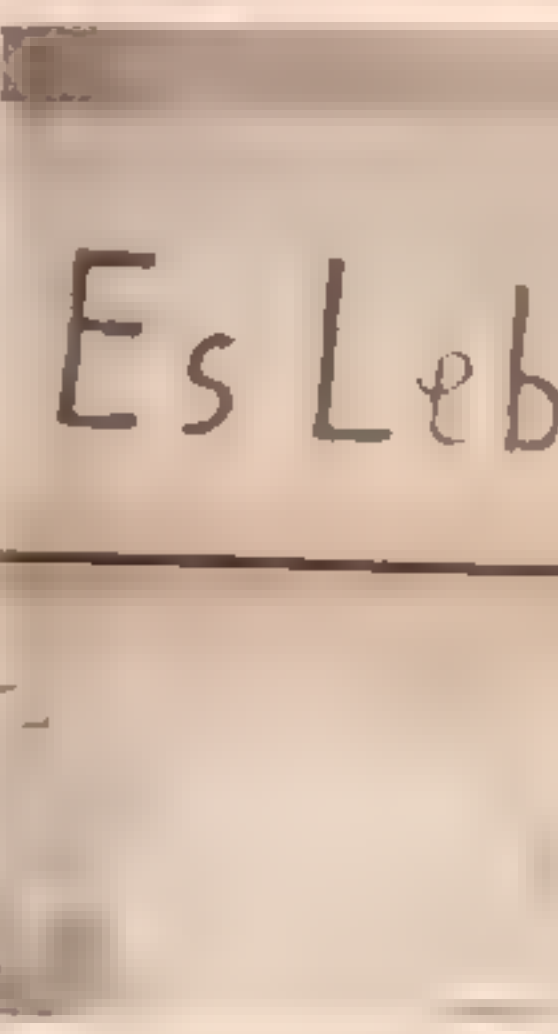
Während der Uni-Vollversammlung am 10.12.79 wurde der Forderung innerhalb einer bestimmten Frist nachzukommen sollte eine Uni-Vollversammlung einberufen werden, die über die Lahmlegung des gesamten Hochschulbetriebes, einschließlich der Verwaltung, berät.

Ein schlechter Witz angesichts der best besuchten Vollversammlung seit Semestern. Es braucht wohl nicht noch einmal betont zu werden, daß Verbreiterung der Bewegung und Durchführung wirkungsvoller Aktionen nicht gegeneinander stehen. Im Gegenteil ist die Gefahr gegeben, daß eine Bewegung im Sande verläuft, wenn keine Maßnahmen ergriffen werden, die tatsächlich auf die Durchsetzung von Forderungen abzielen.

Die Aktivitäten gegen die Bespitzelung, auch die Besetzung, sind dank des Eingreifens des MSB - über einen symbolischen Charakter nicht hinausgegangen. Sie haben keinen Druck erzeugt, allenfalls dazu beigetragen, den Skandal etwas mehr ins Licht der Öffentlichkeit zu rücken. Dies alleine reicht jedoch nicht aus. Will die Studentenschaft wenigstens einen Teil ihrer Forderungen durchsetzen, müssen ihre Maßnahmen einen praktischen Charakter haben, den normalen Hochschulbetrieb effektiv behindern. Die Basis für derartige Aktionen ist in der Bewegung an der Hamburger Uni dieses Semester durchaus vorhanden.

Die Gefahr, daß die Bereitschaft zum Widerstand verpufft, ist allerdings groß, da MSB und Jusos ihre Machtposition im ASiA nutzen, sie unter Kontrolle zu halten. Ihre Vorschläge beschränken sich auf die Verabschiedung allgemeiner teilweise radikal klingender Protestresolutionen und auf die Aufstellung von Forderungskatalogen, die in zahlreichen Go-Ins und Run-Outs den Verantwortlichen übergeben werden - bis die viel beschworenen Massen keine Lust mehr haben, sich wegen unsinniger Rennerien ständig neue Schuhsohlen zu kaufen. Überlegungen, wie die Erfüllung der aufgestellten Forderungen erzwungen werden kann, werden mit den dümmsten Argumenten abgelehnt. Nichts

schwebt der MSB sogar - wie während der Besetzung geschehen - eine ganze Nacht lang Wache vor den Räumen des Präsidenten, um zu verhindern, daß empörte Studenten sich Einblick in die Akten verschaffen, ohne vorher lange um Erlaubnis zu fragen. Daß die Besetzung, die nur noch mit den größten Bedenken als tatsächliche Besetzung zu bezeichnen ist, überhaupt mit Einwilligung des ASiA durchgeführt wurde, ist weniger seinem Einsatz für wirkungsvolle Aktionen zu verdanken, als vielmehr seiner Angst, die Kontrolle über die Bewegung zu verlieren. Und das ist ein seiner Hauptanliegen, den Widerstand in den von Jusos und SPD-Senat erlaubten Bahnen zu halten. Erklärt sich dieses Verhalten der Jusos recht einfach aus ihrem Partei zusammenhang, so hätte doch manche/r vielleicht noch etwas mehr vom MSB erwartet. Doch ausgerechnet die Vertreter dieses Verbandes haben sich an vorderster Front für die Ablehnung weitergehender Aktionen stark gemacht. Rücksichtnahme auf die Jusos als ihre wichtigsten Bündnispartner wiegt eben schwerer als konsequentes Bemühen um die Durchsetzung studentischer Interessen.



Trotz seiner „Lernschritte“ konnte es sich der MSB bei den Psychologen nicht verkneifen, mißliebige Parolen wie Chaos (siehe Pfeil) überzumalen.

Trotz seiner „Lernschritte“ konnte es sich der MSB bei den Psychologen nicht verkneifen, mißliebige Parolen - wie Chaos (siehe Pfeil) - überzumalen.

„Wir lassen uns nicht provozieren“

Das Uni-Präsidium hat zu Beginn des Streiks Polizei angefordert, um rechten Professoren und sog. „studienwilligen Kommilitonen“ zu ermöglichen, ihre Veranstaltungen aus den bestreikten Bereichen auszulagern und unter Polizeischutz im Hauptgebäude der Uni durchzuführen. Geht es heute noch „nur“ darum, Reaktionen den Streikbruch zu ermöglichen, so kann es schon in einem der nächsten Semester das Ziel sein, einen Streik durch den Einsatz von „grünen Besatzern“ gänzlich zu verhindern. Deshalb wäre es notwendig gewesen, das Vorgehen des Präsidiums mit direkt gegen den Polizeieinsatz gerichteten Aktionen zu beantworten. Der SSB hat den Vorschlag gemacht, auf einer Uni-Vollversammlung über Maßnahmen in diesem Sinne. Über die Ausweitung des Streiks auf alle Bereiche und die massenhafte Aufstellung von Streikposten vor dem Hauptgebäude zu diskutieren. Doch der ASiA sieht das anders. „Bei dem geplanten Polizeieinsatz und den anderen Repressalien handelt es sich um reine Provokation. Mit ihnen soll -wollt eine gewalttätige Auseinandersetzung, eine Eskalation an der Uni herbeigeführt werden, um dann im nachhinein trümpfend die eigenen Befürchtungen als „gerechtfertigt“ und den Einsatz der „Ordnungsmacht“ an der Uni als notwendig hinstellen zu können.“ Es soll hinterher heißen, der ASiA hätte die berechtigten Aktionen der Studenten für einen Schaukampf mit der Polizei genutzt, um „das System zu entlarven“ (Flugblatt der Landes-asi-Konferenz MSB/Juso-Mehrheit).

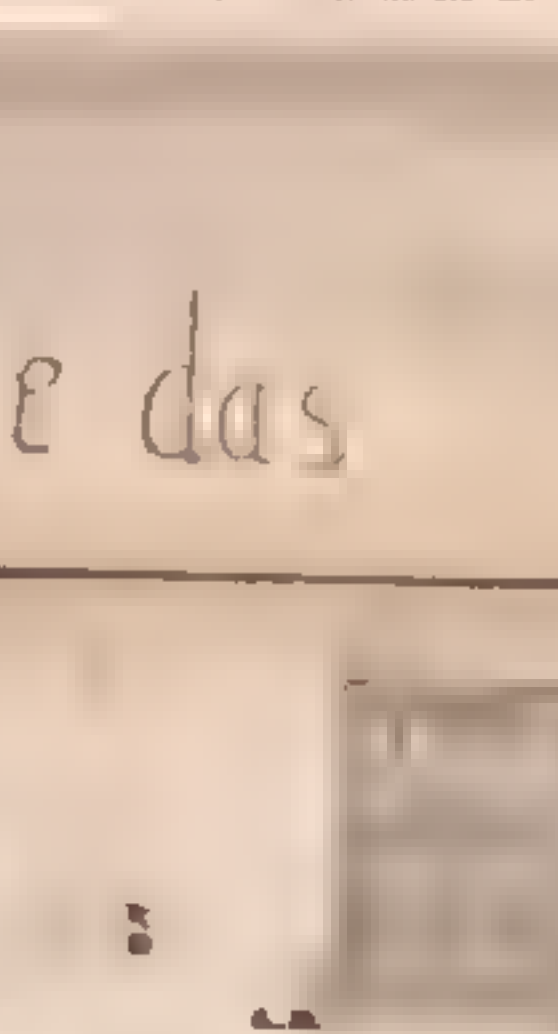
Diese Einschätzung hegt voll daneben. Der Polizeieinsatz ist kein reines Provokationsmanöver, er hat einen ganz bestimmten Zweck nämlich, den Rechten einen möglichst weiten Spielraum für Streikbruch und Kränkungen studentischer

Aktivitäten zu verschaffen. Präsidium und Wissenschaftssenator warten nicht auf Gewalttätigkeiten, sie hoffen vielmehr darauf, daß sie durch den Polizeieinsatz die einheitliche Durchführung des Streiks verhindern können, ohne daß dadurch in der Studentenschaft breite Empörung entsteht. Zu dieser Hoffnung haben sie allen Grund, denn der „gewerkschaftlich orientierte“ („GO“) ASiA leitet aus seiner Einschätzung folgende Konsequenzen ab: „Darauf (auf die Provokation Ann AK) werden wir aber nicht hereinfallen. Wir sind keine nützlichen Idioten für Fischer-Appelt. Provokation und Springer-Schmutzblätter, die beide nur darauf warten, über die Studenten herfallen zu können.“ (ebenda). Es drängt sich der Verdacht auf, daß die Einschätzung des Polizeieinsatzes extra dazu gemacht ist, um eine Rechtfertigung für seine Nichtbeachtung daraus abzuleiten. Und was der ASiA mit diesen Argumenten noch nicht erreicht hat, wird mit purer Angstschütterei nachgeholt. Alle, die überhaupt über praktische Schritte gegen den polizeilichen Streikbruch diskutieren, werden als „Provokateure“ diffamiert, denen es um die „

und Probleme anstellt. Stattdessen mußten doch tatsächlich einzelne MSBler/innen auf der VV die Rolle eingeschüchterter und ängstlicher Kommilitonen spielen.

Der MSB appellierte allerdings nicht nur an die Urängste, sondern auch an den gesunden Menschenverstand, der „Endkampf“ (gemeint ist der Semesterboykott) sei noch nicht angesagt, die Studentenschaft müsse einen „langen Atem“ bewahren (MSB-Flugblatt). Dies berücksichtige das „GO“-Konzept, welches regelmäßig in jedem Semester 1-2wöchige Streiks oder Aktionstage vorsieht (Dazu, daß dieses Konzept zwar den Politikern einen langen Atem verschafft, die Studentenbewegung allerdings langsam daran zu ersticken droht, weiter unten.) Der MSB brachte also einen Gegenvorschlag: Statt Semesterboykott, zwei Wochen Streik, Go-In zum Uni-Präsidenten und eine „Anackige Demo“. Dies sei „radikaler und verspricht mehr Erfolg“ (ebenda).

Zum Erstaunen des MSB zeigte sich eine solide Mehrheit der Studenten jedoch bereit, trotz der Risiken einen Semesterboykott durchzuführen. Der Vollversammlung folgte ein



Trotz seiner „Lernschritte“ konnte es sich der MSB bei den Psychologen nicht verkneifen, mißliebige Parolen wie Chaos (siehe Pfeil) überzumalen.

Trotz seiner „Lernschritte“ konnte es sich der MSB bei den Psychologen nicht verkneifen, mißliebige Parolen - wie Chaos (siehe Pfeil) - überzumalen.

willkürliche Auseinandersetzung mit der Polizei“ geht. Damit wird leicht jeder Widerstand gegen die Staatsgewalt entworfen.

Schon einmal, im Wintersemester 77/78, hielten sich die „grünen Besatzer“ während eines Streiks an der Uni auf. Schon damals konnten sie relativ ungestört ihrer Aufgabe, das Hauptgebäude zu „schützen“, nachgehen. Wird sich die Linke von Jusos und MSB weiterhin durchsetzen, so wird in Zukunft der Einsatz von Polizei zu den ganz normalen universitären Gepflogenheiten in Hamburg gehören.

„Endkampf“ ist noch nicht angesagt

Schon am zweiten Semestertag hatten sich am Psychologiebereich annähernd 600 Kommiliton/innen, ca. 50% der dort eingeschriebenen, an einer Vollversammlung zusammengefunden, um über einen Boykott des gesamten Semesters zu beraten. Der MSB hatte sich einiges einfallen lassen, um diesen Beschluß zu verhindern. Sein behebtestes Argument, man müsse erst mal noch mehr Studenten einbeziehen, wurde natürlich zuerst aus der Tasche gekramt. Die Vertreter des MSB wurden nicht müde, die gut besuchte Versammlung immer wieder zu ermahnen, sie möge doch Rücksicht auf die Nicht-Anwesenheit nehmen. Niemand wäre bis dahin - nicht einmal die Jusos oder der MSB - auf den Gedanken gekommen, einen Streikbeschluß angesichts einer so gut besuchten Vollversammlung von denjenigen abhängig zu machen, die nicht erschienen sind. Nun, was tut man nicht alles um einen unliebsamen Plan zu durchkreuzen? ... Man kann z.B., wie es der MSB versucht hat, die Angst vor möglichen Folgen eines solchen Boykotts schüren. Von einer „marxistischen“ Organisation hätten wir erwartet, daß sie konkrete Überlegungen anstellt, um die Risiken



Trotz seiner „Lernschritte“ konnte es sich der MSB bei den Psychologen nicht verkneifen, mißliebige Parolen wie Chaos (siehe Pfeil) überzumalen.

Trotz seiner „Lernschritte“ konnte es sich der MSB bei den Psychologen nicht verkneifen, mißliebige Parolen - wie Chaos (siehe Pfeil) - überzumalen.

„selbstkritisches“ Flugblatt des MSB er habe „gelernt“, der Semesterboykott sei doch „die richtige Aktion“. Die selbsternannten Vorreiter der Studentenbewegung bemühen sich seitdem auf ihrem lahmen Gaul namens „Opportuno“ doch noch an die Spitze des Zuges zu spüren.

Wir müssen bezweifeln, daß der MSB hier einen echten Lernschritt vollzogen hat, verfolgt er doch an anderen Bereichen wie an und je sein traditionelles Streik- und Aktionstage-Konzept.

Streik- und Aktionstage: Viel Tradition und wenig Kampf ...

Alle Jahre wieder steht nicht nur Weihnachten vor der Tür. Mit der gleichen Sicherheit läßt sich seit dem Sommersemester 1976 auch voraussagen, daß die VDS (Dachverband der Asten in der BRD) Streik- bzw. Aktionstage beschließen werden, die dann an zahlreichen Hochschulen - zumindest auf dem Papier - auch stattfinden. Mit absoluter Sicherheit läßt sich ebenfalls voraussagen, daß jeder dieser Streikstage als kämpferische und von Erfolg gekrönte Aktion in die Geschichtsschreibung der „Gewerkschaftlichen Orientierung“ eingehen wird. Raten dürfen die Studenten nur noch, wie viele dieser Tage es nun dieses Mal geben soll - drei Tage, eine Woche oder gar zwei? Dieses Semester haben die VDS eine Woche Streik für alle Lehrstudenten angesagt.

Doch nicht nur die Situation an der Hamburger Uni läßt diese Streiks immer mehr als Polit-Show der „Gewerkschaftlichen Orientierung“ mit tragikomischem Charakter erscheinen. Die Beteiligung sinkt kontinu-

Fortsetzung von Seite 35

terlich von Semester zu Semester, nur noch wenige wollen sich mit diesem Streik identifizieren.

Von kläpferischer Stimmung ist wenig zu spüren, die bestreikten Bereiche erwecken den Eindruck einer Fete, zu der die geladenen Gäste nicht erschienen. Nur riesige Wandzeitungen von den letzten Unruhmäßen gemalt, und einige Kommilitonen, die sich wenigstens mal an den Buchertischen informieren wollen, weisen auf den Streik hin. Zahlreiche Veranstaltungen, darunter auch sehr wichtige und interessante, müssen sich mit 50 bis 80 Teilnehmern begnügen. Diese Situation steht im Widerspruch zu der vorher durchgeführten Urabstimmung, an der sich immerhin ca. 33% der Studenten beteiligten, von denen sich 80% für einen Streik aussprachen. Ein deutliches Anzeichen dafür, daß ein beträchtlicher Teil der Studentenschaft mit den herrschenden Zuständen unzufrieden ist.

Aber auch die Unzufriedenheit mit der Durchführung dieser Streikta-ge wird von Semester zu Semester größer. Die Streiks sind heute kein Kampfmittel mehr, sie sind verkommen zu einem Ritual, zu einer schlechten Tradition, mit der gebrochen werden muß. Sie sind inzwischen in das normale Um-Geschehen, in den Lehrplan jedes Seminars eingepaßt. Es wundert, daß sie noch nicht im offiziellen Vorlesungsverzeichnis ausgewiesen werden.

Zwei wesentliche Mängel weist diese Streiktradition auf:

1. Die Streiks haben keinen be-sonderen Anlaß, sie sind keine Reaktion auf einen konkreten Angriff und verfolgen kein bestimmtes Ziel. Sie werden ein halbes oder ein Jahr vorher vom MSB und anschließend von der VDS beschlossen und richten sich ganz allgemein gegen die miserable Situation. Solchen schlimmsten Ausdruck findet dies in dem Urabstimmungstext der den Lehrentudentinnen dieses Semesters vor dem Streik vorgelegt wurde fast sämtliche Forderungen die sich eine demokratische Bewegung nur ausdenken kann werden dort als Streikgründe zur Abstimmung gestellt. Eine Auswahl der wichtigsten Forderungen:

- Keine Stellenstrichungen!
- Sofortige Streichung der Regelstudienzeit!
- Eine neue Lehrprüfungsordnung ohne Leistungsdruck mit freier Wahl des Prüflings ohne obligatorische Leistung, mit echter Studienfreibildung!
- Sofortige Studienreform am Fachbereich!
- Einstellung aller Lehrer, Verkürzung der Arbeitszeit!
- Einstellung aller Lehrer, Verkürzung der Arbeitszeit und Senkung der Klassenfrequenz!
- Keine Diskriminierung der Frauen!
- Kostendeckende Ausbildungsförderung!
- Novellierung des Hochschulrahmengesetzes! Kein Ordnungsrecht für gesellschaftliche Vereinigungen der Verfassten Studentenschaft mit politischem Mandat für Mitbestimmung in den Gremien!
- Inne Besetzung, Rücktritt von Fl.-r-Appell! Beendigung der Berufs-mispraxis!

Fehlt eigentlich nur noch die Forderung gegen den Bau von Atomkraftwerken, aber am besten hätte das ganze auch zusammengefaßt werden können: Alles Scheiße, wir streiken! Mit anderen Worten, die Begründung für einen politischen Generalstreik. Allerdings, die Zeit der massenhaften Generalstreiks ist noch nicht angebrochen. Notwendig (und möglich!) ist es heute, an konkreten Fragen mit einem konkreten Ziel zu mobilisieren. Ein Beispiel dafür bietet der Semesterboykott der Psychologie-Studenten in Hamburg, die sich mit ihrer Aktion auf die Forderungen nach einer materiellen Absicherung ihres Studiums und eine Verbesserung ihres Studienplans konzentrieren. Demgegenüber läßt die „Gewerkschaftliche Orientierung“ aktuelle Angriffe nicht selten unbeantwortet mit dem Hinweis auf den für einen späteren Zeitpunkt geplanten bundesweiten Streik. So hat der AstA der Hamburger Uni die sofortige Mobilisierung gegen den aufgedeckten Verfassungsschutzskandal nur sehr halbherzig betrieben, um die Kräfte für den geplanten bundesweiten Lehrstreik „aufzuheben“. Wie die Situation deutlich zeigt, hat dies nicht zu einer stärkeren, sondern zu einer De-Mobilisierung geführt.

2. Wen stören diese langfristig angelegten Streikta-ge eigentlich noch? Kaum jemanden. Sie streuen keinerlei Sand ins Getriebe des normalen Univeritätslebens, sie üben dementsprechend keinen Druck aus. An politischen Aktivitäten beteiligen sich in dieser Zeit nur wenige. Der Verwaltungsbetrieb läuft ungestört weiter. Die Rechte können ihren Lehr- und Lernbedürfnissen unter Polizeischutz ungehindert nachgehen. Insbesondere die letztere Tatsache, daß die Polizei, ohne auf massi-

ven Protest zu stoßen, an der Hochschule ein- und ausgehen kann, zeigt, daß es heute nicht mehr um die konsequente Durchsetzung einer beschlossenen Kampfmaßnahme geht, sondern daß der Streik nur noch einen reinen Demonstrationscharakter hat. Das einzige, was er noch bewirkt, sind einige Meldungen in der Presse. Viele schöne Worte, zu Taten wird dadurch niemand gezwungen.

... doch der Erfolg steht fest!

Weder Erfolglosigkeit noch gähnende Leere der bundesweit bestreikten Hochschulen können jedoch einen Teil der Jungsozialisten und des MSB von ihren Jube-rufen abbringen.

Wo keine Identifikation mit diesem Streik da ist, wird sie eben herbeigeschrieben. Beschlüsse von „gewerkschaftlich orientierten“ ASten müssen als Beweis für die breite Basis herhalten. Aktionen einzelner Fachschaftsräte und MSB-Gruppen werden zu Aktionen „der Studenten“ umgedichtet. Mit einigen bunten Bildern garniert ergibt das dann einen „Aktionspiegel“ in den „roten Blättern“ des MSB der den Eindruck eines massenhaften Kampfes an den Hochschulen erwecken soll. Dazu in sensationaler Aufmachung Erregungsmeldungen über die Reaktionen von Brandt und anderer schamhafter Sozialdemokraten, die ihr Verständnis für die Probleme der Studentenschaft kundgetan haben. Als größter Erfolg und Beweis für die Richtigkeit der bisherigen Strategie gilt seit einiger Zeit die geplante Streichung der Zwangsstudienzeit aus dem Hochschulgesetz. Die Erkenntnis, daß diese Streichung nur erfolgt um Regelstudienzeit und eine Studienreform gegen die Interessen der Studenten besser durchsetzen zu können, kann den Jubel in der „gewerkschaftlich orientierten“ Presse nicht schmälern.

Es geht nicht um Überlegungen, wie tatsächlich breite Teile der Studentenschaft zu einem Kampf für ihre Interessen mobilisiert werden können. Welche Kampfmittel eingesetzt werden müssen, um Urden-gegen da zu setzen. Es geht um die gewerkschaftliche Orientierung überhaupt nicht um Kampf, sondern um eine bloße Demonstration des Protestes.

Auf diese Art und Weise wird erstens der Spielraum für die Herrschenden ihre Vorstellungen an den Hochschulen durchzusetzen erweitert. Zweitens wird die Politisierung und Widerstandsbereitschaft in der Studentenschaft zunehmend verringert. Denn wer will schon an Aktionen teilnehmen, die keine weitere Auswirkung zeigen, als einige halb-sche Photos in der bürgerlichen Presse und den „roten Blättern“?

Studentenschaft zunehmend verringert. Denn wer will schon an Aktionen teilnehmen, die keine weitere Auswirkung zeigen, als einige halb-sche Photos in der bürgerlichen Presse und den „roten Blättern“?

Schluß damit!

Die Linke hat sich bisher äußerst defensiv verhalten und mangels Alternativen trotz ihrer Bedenken immer wieder für die traditionellen Streik- und Aktionstage gestimmt. Es ist höchste Zeit, diesem Konzept mit eigenständigen Vorschlägen und Aktionen offensiv gegenüberzutreten. Es müssen nicht nur die Kern-fragen der Unzufriedenheit in Diskussion an der Basis, in den Seminaren herausgearbeitet, sondern Widerstandsmaßnahmen mit dem Ziel der Durchsetzung konkreter Forderungen diskutiert werden. Das Mittel des Streiks kann hierbei durchaus eine sinnvolle Aktion sein, denkbar z.B. im Kampf gegen die Überfüllung der Seminare: Überfüllte Seminare beginnen so lange nicht mit ihrer Arbeit, bis eine räumliche und personelle Lösung gefunden ist.

Weiterhin muß dafür gesorgt werden, daß aktuelle Angriffe, wie die Bespitzelung und der Polizeinsatz, sofort und in angemessener Schärfe beantwortet werden. Die Vorschläge, die dieses Semester an der Hamburger Universität entwickelt wurden, weisen u.E. in die richtige Richtung. Sie können allerdings nur zum Erfolg führen - und hier liegen bisher die wesentlichen Mängel -, wenn die verschiedenen linken Gruppen sich um ein geschlossenes Auftreten bemühen und ihre zum Teil noch vorhandene resignative Haltung überwinden. Unzufriedenheit und auch Widerstandsbereitschaft in der Studentenschaft sind da, es kommt allerdings darauf an, was wir daraus machen. Nicht die Studentenbewegung ist tot, sondern das traditionelle „GO“-Streikkonzept hat sich totgelaufen!

SSB/Hamburg

Das Paar der Saison: Jusos und Spontis!

Frankfurt. Wieder so eine maßlose Übertreibung des KB, wird vielleicht manche(r) unserer Leser(innen) angesichts dieser Überschrift denken. Fr sie irr! Anlaß für die Wahlen zum Stadtschülerrat (SSR) - Vorstand im Frankfurt intervenierten die Spontis, Pflasterstrand und Tageszeitung massiv zugunsten der Frankfurter Jusos und gegen den KB.

Am 18.11. hatten im Frankfurter SSR Wahlen stattgefunden. Über raschend nicht zuletzt für den KB selbst) setzte sich dabei mit knapper Mehrheit eine KB-Kandidatin gegen die bis dahin im SSR dominierenden Jusos - Schüler und deren Kandidaten durch. Hintergrund dieses Ergebnisses war eine spontane gewachsene Opposition gegen die Juso-Politik gewesen, die darin bestanden hatte, den SSR lediglich zu verwalten und als Sprungbrett für den SPD-Nachwuchs zu nutzen, eigenständigen Schülerratsaktionen dagegen wenig Raum und keine Unterstützung zu gewähren. Peter Feldmann als bisheriger SSR-Sprecher war zum (negativen) Aushängeschild dieser zunehmend unheilvollen Politik geworden. Als Nachfolger präsentierten Feldmann und die Juso - Fraktion Bernd M., der um Unterschied zu Feldmann immerhin an den Frankfurter Jusos gegen rechts - Aktivitäten teilgenommen hatte, dem aber die Mehrheit der Schülervorteil aufgrund der Erfahrungen mit der Juso-Politik kräftiges Mißtrauen entgegenbrachte. Schon der Verlauf der Sitzung ließ deutlich werden, daß die Jusos diesmal nicht in der Mehrheit sein würden, sondern daß die Kritik ihrer bürokratischen Stellvertreterposition überhand nahm. Aber die Jusos hatten Glück. Nach der Auszählung der Stimmen stellte sich unpopulär heraus, daß mehr Stimmen abgegeben worden waren, als überhaupt Schülervorteil anwesend waren. So konnten sie eine Wiederholung der Wahl für die nächste SSR-Sitzung erreichen. Wer hier manipuliert hat, ist nicht schwer zu erraten: der Wahl-schreiber war einbrennend mit Juso-besetzter Feldmann war „geputzt“, Wahlleiter, und damit waren eigentlich alle Voraussetzungen gegeben.

Um der Juso-Straf-maßnahme eine Regel im SSR vorzuschreiben bildete sich daraufhin ein Bündnis von Falken, KB-Schüler(innen), SPD und Unorganisierten. Ein Aktionsprogramm wurde erarbeitet,

das die Verteidigung der Gesamtschule, Kampf gegen die Bildungsmissstände, Widerstand gegen Angriffe auf SV - Rechte, Schülerzeitungszensur und Mautkorberlasse sowie „Stopp Strauß!“ enthielt. Die KB-Schüler(innen) brachten außerdem ein

- AKW-Kriegerkraft
- Antifaschismus
- Kriegsdienstverweigerung
- Rock gegen Rechts an die Schulen
- Unterstützung bunter alternativer Listen
- Kampf der Botschaftigung von Frauen in Schule und Ausbildung

Diese Vorstellungen konnten im Haus des Jusos jedoch nicht durchgesetzt werden.

In dieser Situation setzte sich das Frankfurter Sponti-Zentralorgan „Pflasterstrand“ mit beiden Anschlägen in die Juso - Scheiße und publiziert einen reißerischen Anti-KB-Artikel, aufgemacht mit prächtigen Spontis-Kalavern und unterzeichnet von eben jenem Bernd M., der es an dieser Stelle allerdings sorgfältig vermied auf seine SPD-Mitgliedschaft hinzuweisen! Gerade der KB, der ja einen linken Anspruch habe, hieß es im „Pflasterstrand“ habe „Machtpolitik“ betrieben, es sei dem KB um Postengehen Schüler sein funktionslos und in die Statistenrolle gedrängt worden. „Nach Mafra - Art“ hätten „das LG des KB“ und „der Bundesvorsitz der SDJ“ (!) auf konspirativen Treffen die Posten verteilt. (Wie der AK inzwischen in Erfahrung bringen konnte, waren darüber hinaus Vertreter der chinesischen Botschaft, sowie des sowjetischen Jugendverbandes Komsovol bei diesem Treffen anwesend.) Das Besondere an diesem Artikel war dabei gar nicht mal, daß er im „Pflasterstrand“ erschien, sondern daß er pikanterweise von einem Juso selber verfaßt worden war. Dies sprach sich dann doch in der Szene herum. Da dieser Umstand die Glaubwürdigkeit der beiden Partner nicht gerade erhöht hat, verlor diese Juso-Machtpolitik etwas an ihren Reizen. Die Nase von Juso-Lesern, die Jusos endlich nicht, den Streik gekurten „Unterabhandlungen“ mit seinen „im Pflasterstrand veröffentlichten“ Vorstellungen“ weiter warmstens zu unterstützen (Zitate aus der Frankfurter Juso-Schülerzeitung). Wenn Bernd M. nicht gewählt würde, sei „die SV-

Arbeit auf Stadtebene für ein Jahr am Arsch“ (im Landesschülerrat verfüge die Jusos immer noch über sichere Mehrheiten und sind auf derlei Tricks nicht angewiesen).

Nun - Jusos und Spontis können aufatmen. Bernd M., der noch am 24.10. auf einer Parteiveranstaltung für die SPD war, präsentierte sich auf der nächsten SSR-Sitzung am 26.11. als astreiner Unorganisierter und „Lohnhänger“ und erhielt bei der Wiederholung der Wahl tatsächlich eine Mehrheit - freilich weniger aufgrund besserer Argumente, sondern eher aufgrund der Tatsache, daß die Jusos alles herangekarrt hatten, was heranzukarrten war.

Der größte Stoßaufleger kam von der „Taz“. Sie schen geradezu von einer Zentralsitzung befreit zu sein. Der Versuch des KB, „seine Kandidatin in den Posten der SSR-Sprecherin zu hieven, ist im zweiten Anlauf mißlungen.“ Der „Sprecher einer unorganisierten Hausen“ (SPD) habe die Wahl gewonnen, der KB habe, befragt vom „nomenannten breiten RCK-Bündnis“, vergeblich versucht den SSR für seine Zwecke zu übernehmen. Aber mit seinen „naiven Anfänge - Diskussionen“ habe der KB die Spontis vergrault (und in die Arme der SPD getrieben). Die Falken hätten auf „falsche Pferd“ gesetzt (anstatt wie üblich auf die SPD??). Zum Glück sei „der Marsch des KB durch die Frankfurter Institutionen“ gesoppt. Der Autor, der dies schreibt (in der „Taz“ vom 29.11.), weiß in der Sache bescheid. Als lang-jähriger Stadtjugendring-Funktionär kennt er im Gegensatz zum KB die Frankfurter Institutionen (und zwar von innen). Die Jusos sind froh, daß sie „ihren“ angestammten Posten behalten und die „Taz“ ist froh, daß die Frankfurter Institutionen „sauber“ bleiben - nur weiter so!

Für die KB-Schüler(innen) ist die so konstatierte sicher nicht die Schlechteste. Sie zeigt doch, daß eine konsequente linksradikale Opposition gegen Juso und Spontis entwickelt werden muß. Dies ist wahrnehmbar sogar einfacher, wenn man frau bei den schwachen Kräften, die wir derzeit in der Schulerarbeit haben - nicht auch noch mit soch ehrenwerten Ämtern belastet ist.

KB/Gruppe Frankfurt

Die Losung heißt: Greift zu!

Hausbesetzungen als Maßnahme gegen die eklatante Wohnungsmisere machen Schule. Nach der Besetzung der Augenklinik in Göttingen und leerstehender Häuser in Bremen und Frankfurt, haben Wohnungsmisere in Mainz und Tübingen Anfang Dezember ebenfalls zur Selbsthilfe gegriffen.

Mainz. Etwa 30 Studenten haben am 2. Dezember ein Haus in der Mainzer Altstadt besetzt. Während in Mainz etwa 3000 Familien oder Allein-stehende auf der Suche nach einer Wohnung sind, wird gleichzeitig in der Altstadt vorhandener Wohnraum im Zuge der sogenannten Stadt-sanierung vernichtet. Das besetzte Haus ist im Besitz des Landes und steht unter Denkmalschutz. Trotzdem soll es einer Polizeidienststelle Platz machen. Die Besetzer haben ihre Aktion auf drei Tage begrenzt. Sie protestieren gegen die künstliche Verknappung von Wohnraum und fordern stattdessen eine ausreichende Anzahl von finanziell tragbaren Wohnungen und mehr Wohnheimplätzen.

Tübingen. Ein seit 14 Monaten leer stehendes Haus besetzten Studenten, Schüler und Lehrlinge in Tübingen. 300 Studierende hatten sich in dieser Stadt mangels Unterkunft wieder exmatrikulieren. Nach Bekanntgabe der Aktion auf einem Konzert der „3 Tornados“ machten sich sofort 500-800 Leute auf und feierten noch bis zum Morgen in dem besetzten Haus. Zur Zeit tagen täglich zahlreiche Gruppen dort. Es bestehen laut „Taz“ sogar Chancen, daß die Besitzer in dem Haus unter bestimmten Bedingungen wohnen bleiben dürfen. (Informationen nach „Taz“, 3.12.79).

„Für Musikstudenten besonders interessant...“ Seine einmalige Chance wittert ein Wohnwagenhändler in Bochum. In

dem stattdessen eine ausreichende Anzahl von finanziell tragbaren Wohnungen und mehr Wohnheimplätzen. Tübingen. Ein seit 14 Monaten leer stehendes Haus besetzten Studenten, Schüler und Lehrlinge in Tübingen. 300 Studierende hatten sich in dieser Stadt mangels Unterkunft wieder exmatrikulieren. Nach Bekanntgabe der Aktion auf einem Konzert der „3 Tornados“ machten sich sofort 500-800 Leute auf und feierten noch bis zum Morgen in dem besetzten Haus. Zur Zeit tagen täglich zahlreiche Gruppen dort. Es bestehen laut „Taz“ sogar Chancen, daß die Besitzer in dem Haus unter bestimmten Bedingungen wohnen bleiben dürfen. (Informationen nach „Taz“, 3.12.79).

„Für Musikstudenten besonders interessant...“ Seine einmalige Chance wittert ein Wohnwagenhändler in Bochum. In

dem stattdessen eine ausreichende Anzahl von finanziell tragbaren Wohnungen und mehr Wohnheimplätzen. Tübingen. Ein seit 14 Monaten leer stehendes Haus besetzten Studenten, Schüler und Lehrlinge in Tübingen. 300 Studierende hatten sich in dieser Stadt mangels Unterkunft wieder exmatrikulieren. Nach Bekanntgabe der Aktion auf einem Konzert der „3 Tornados“ machten sich sofort 500-800 Leute auf und feierten noch bis zum Morgen in dem besetzten Haus. Zur Zeit tagen täglich zahlreiche Gruppen dort. Es bestehen laut „Taz“ sogar Chancen, daß die Besitzer in dem Haus unter bestimmten Bedingungen wohnen bleiben dürfen. (Informationen nach „Taz“, 3.12.79).

„Für Musikstudenten besonders interessant...“ Seine einmalige Chance wittert ein Wohnwagenhändler in Bochum. In

dem stattdessen eine ausreichende Anzahl von finanziell tragbaren Wohnungen und mehr Wohnheimplätzen. Tübingen. Ein seit 14 Monaten leer stehendes Haus besetzten Studenten, Schüler und Lehrlinge in Tübingen. 300 Studierende hatten sich in dieser Stadt mangels Unterkunft wieder exmatrikulieren. Nach Bekanntgabe der Aktion auf einem Konzert der „3 Tornados“ machten sich sofort 500-800 Leute auf und feierten noch bis zum Morgen in dem besetzten Haus. Zur Zeit tagen täglich zahlreiche Gruppen dort. Es bestehen laut „Taz“ sogar Chancen, daß die Besitzer in dem Haus unter bestimmten Bedingungen wohnen bleiben dürfen. (Informationen nach „Taz“, 3.12.79).

„Für Musikstudenten besonders interessant...“ Seine einmalige Chance wittert ein Wohnwagenhändler in Bochum. In

dem stattdessen eine ausreichende Anzahl von finanziell tragbaren Wohnungen und mehr Wohnheimplätzen. Tübingen. Ein seit 14 Monaten leer stehendes Haus besetzten Studenten, Schüler und Lehrlinge in Tübingen. 300 Studierende hatten sich in dieser Stadt mangels Unterkunft wieder exmatrikulieren. Nach Bekanntgabe der Aktion auf einem Konzert der „3 Tornados“ machten sich sofort 500-800 Leute auf und feierten noch bis zum Morgen in dem besetzten Haus. Zur Zeit tagen täglich zahlreiche Gruppen dort. Es bestehen laut „Taz“ sogar Chancen, daß die Besitzer in dem Haus unter bestimmten Bedingungen wohnen bleiben dürfen. (Informationen nach „Taz“, 3.12.79).

„Für Musikstudenten besonders interessant...“ Seine einmalige Chance wittert ein Wohnwagenhändler in Bochum. In

dem stattdessen eine ausreichende Anzahl von finanziell tragbaren Wohnungen und mehr Wohnheimplätzen. Tübingen. Ein seit 14 Monaten leer stehendes Haus besetzten Studenten, Schüler und Lehrlinge in Tübingen. 300 Studierende hatten sich in dieser Stadt mangels Unterkunft wieder exmatrikulieren. Nach Bekanntgabe der Aktion auf einem Konzert der „3 Tornados“ machten sich sofort 500-800 Leute auf und feierten noch bis zum Morgen in dem besetzten Haus. Zur Zeit tagen täglich zahlreiche Gruppen dort. Es bestehen laut „Taz“ sogar Chancen, daß die Besitzer in dem Haus unter bestimmten Bedingungen wohnen bleiben dürfen. (Informationen nach „Taz“, 3.12.79).

„Für Musikstudenten besonders interessant...“ Seine einmalige Chance wittert ein Wohnwagenhändler in Bochum. In

dem stattdessen eine ausreichende Anzahl von finanziell tragbaren Wohnungen und mehr Wohnheimplätzen. Tübingen. Ein seit 14 Monaten leer stehendes Haus besetzten Studenten, Schüler und Lehrlinge in Tübingen. 300 Studierende hatten sich in dieser Stadt mangels Unterkunft wieder exmatrikulieren. Nach Bekanntgabe der Aktion auf einem Konzert der „3 Tornados“ machten sich sofort 500-800 Leute auf und feierten noch bis zum Morgen in dem besetzten Haus. Zur Zeit tagen täglich zahlreiche Gruppen dort. Es bestehen laut „Taz“ sogar Chancen, daß die Besitzer in dem Haus unter bestimmten Bedingungen wohnen bleiben dürfen. (Informationen nach „Taz“, 3.12.79).

„Für Musikstudenten besonders interessant...“ Seine einmalige Chance wittert ein Wohnwagenhändler in Bochum. In

dem stattdessen eine ausreichende Anzahl von finanziell tragbaren Wohnungen und mehr Wohnheimplätzen. Tübingen. Ein seit 14 Monaten leer stehendes Haus besetzten Studenten, Schüler und Lehrlinge in Tübingen. 300 Studierende hatten sich in dieser Stadt mangels Unterkunft wieder exmatrikulieren. Nach Bekanntgabe der Aktion auf einem Konzert der „3 Tornados“ machten sich sofort 500-800 Leute auf und feierten noch bis zum Morgen in dem besetzten Haus. Zur Zeit tagen täglich zahlreiche Gruppen dort. Es bestehen laut „Taz“ sogar Chancen, daß die Besitzer in dem Haus unter bestimmten Bedingungen wohnen bleiben dürfen. (Informationen nach „Taz“, 3.12.79).

„Für Musikstudenten besonders interessant...“ Seine einmalige Chance wittert ein Wohnwagenhändler in Bochum. In

dem stattdessen eine ausreichende Anzahl von finanziell tragbaren Wohnungen und mehr Wohnheimplätzen. Tübingen. Ein seit 14 Monaten leer stehendes Haus besetzten Studenten, Schüler und Lehrlinge in Tübingen. 300 Studierende hatten sich in dieser Stadt mangels Unterkunft wieder exmatrikulieren. Nach Bekanntgabe der Aktion auf einem Konzert der „3 Tornados“ machten sich sofort 500-800 Leute auf und feierten noch bis zum Morgen in dem besetzten Haus. Zur Zeit tagen täglich zahlreiche Gruppen dort. Es bestehen laut „Taz“ sogar Chancen, daß die Besitzer in dem Haus unter bestimmten Bedingungen wohnen bleiben dürfen. (Informationen nach „Taz“, 3.12.79).

„Für Musikstudenten besonders interessant...“ Seine einmalige Chance wittert ein Wohnwagenhändler in Bochum. In

dem stattdessen eine ausreichende Anzahl von finanziell tragbaren Wohnungen und mehr Wohnheimplätzen. Tübingen. Ein seit 14 Monaten leer stehendes Haus besetzten Studenten, Schüler und Lehrlinge in Tübingen. 300 Studierende hatten sich in dieser Stadt mangels Unterkunft wieder exmatrikulieren. Nach Bekanntgabe der Aktion auf einem Konzert der „3 Tornados“ machten sich sofort 500-800 Leute auf und feierten noch bis zum Morgen in dem besetzten Haus. Zur Zeit tagen täglich zahlreiche Gruppen dort. Es bestehen laut „Taz“ sogar Chancen, daß die Besitzer in dem Haus unter bestimmten Bedingungen wohnen bleiben dürfen. (Informationen nach „Taz“, 3.12.79).

„Für Musikstudenten besonders interessant...“ Seine einmalige Chance wittert ein Wohnwagenhändler in Bochum. In

dem stattdessen eine ausreichende Anzahl von finanziell tragbaren Wohnungen und mehr Wohnheimplätzen. Tübingen. Ein seit 14 Monaten leer stehendes Haus besetzten Studenten, Schüler und Lehrlinge in Tübingen. 300 Studierende hatten sich in dieser Stadt mangels Unterkunft wieder exmatrikulieren. Nach Bekanntgabe der Aktion auf einem Konzert der „3 Tornados“ machten sich sofort 500-800 Leute auf und feierten noch bis zum Morgen in dem besetzten Haus. Zur Zeit tagen täglich zahlreiche Gruppen dort. Es bestehen laut „Taz“ sogar Chancen, daß die Besitzer in dem Haus unter bestimmten Bedingungen wohnen bleiben dürfen. (Informationen nach „Taz“, 3.12.79).

„Für Musikstudenten besonders interessant...“ Seine einmalige Chance wittert ein Wohnwagenhändler in Bochum. In

einem Schreiben an den AstA der Ruhruniversität preist er die zahlreichen Vorteile seiner „komfortabel ausgestatteten Wohnwagen an „100%ig winterfest“, mit allen Schikanen versehen, noch dazu äußerst kommunikationsfördernd, denn „bei Zusammenstellung von mehreren Wohnwagen ist die Voraussetzung für ein Gemeinschaftsleben und gegenseitige Hilfeleistung gegeben.“ Und weiter „Für Musikstudenten besonders interessant, da keiner Angst nimmt, wenn geprobt werden muß.“ Und das Ganze sehr preisgünstig. Nur 100 bis 200 Mark braucht jeder im Monat zu zahlen bei 23 Personen in einem Wohnwagen bis zu 7m Länge, wobei natürlich „jedem sein Intimbereich gewährleistet wäre“. Es gibt wohl nichts, woraus ein erfindungsreicher Kapitalist nicht noch Geld schlagen könnte.

SSB Hamburg

Uni-Präsident läßt schlagen und spitzeln

Die Auseinandersetzungen zwischen dem AstA der Uni Marburg und der Universitätsschulverwaltung. In diesem Fall ging es um eine Veranstaltung, die der AstA gemeinsam mit dem Berufsverbotskomitee durchführen wollte. Der AstA beantwortete das Raumverbot mit einem GO-IN, um das Raumverbot zu durchbrechen und sich einen entsprechenden Raum zu nehmen. Bei diesem GO-IN kam es zu Rangeleien zwischen den Studenten und Univeritätsbediensteten, nachdem der persönliche Referent des Uni-Präsidenten mit einer Sofortbildkamera Aufnahmen von protestierenden Studenten gemacht hatte, auf deren Verlangen aber die Herausgabe der Bilder verweigert wurde („FR“, 5.12.).

Im Anschluß an diese Auseinandersetzungen erteilte der Uni-Präsident zwei AstA-Mitgliedern Hausverbot. Außerdem sollen, so bestätigte Uni-Präsident Kröll auf „Anfrage“, Strafanzeigen gegen beteiligte Stu-

denten gestellt werden („FR“, 5.12.). Mit dieser unmittelbaren Form der Repression scheint sich die Univeritätsleitung noch nicht zufrieden zu geben. Ende letzter Woche wurden aus dem Raum der Fachschaft Erziehungswissenschaften sämtliche Unterlagen einer Urabstimmung für Protestaktionen gegen die Schulmisere geklaut. Da weder das Türschloß zerstört noch Geld oder Wertgegenstände entwendet worden sind, fragt sich der AstA berechtigterweise, wer denn Interesse an solchen Unterlagen habe, besonders, weil sämtliche Namenslisten mit den Namen der Kommilitonen, die sich für Urnennungen bereit erklärt hatten, mit verschwunden sind. Es wäre nicht das erste Mal, daß solche Unterlagen in vertraulicher Zusammenarbeit mit Staatsschutzorganen zur Denunzierung von Kommilitonen benutzt werden.

SSB Hamburg

den gestellt werden („FR“, 5.12.). Mit dieser unmittelbaren Form der Repression scheint sich die Univeritätsleitung noch nicht zufrieden zu geben. Ende letzter Woche wurden aus dem Raum der Fachschaft Erziehungswissenschaften sämtliche Unterlagen einer Urabstimmung für Protestaktionen gegen die Schulmisere geklaut. Da weder das Türschloß zerstört noch Geld oder Wertgegenstände entwendet worden sind, fragt sich der AstA berechtigterweise, wer denn Interesse an solchen Unterlagen habe, besonders, weil sämtliche Namenslisten mit den Namen der Kommilitonen, die sich für Urnennungen bereit erklärt hatten, mit verschwunden sind. Es wäre nicht das erste Mal, daß solche Unterlagen in vertraulicher Zusammenarbeit mit Staatsschutzorganen zur Denunzierung von Kommilitonen benutzt werden.

Na endlich: Nazi-Hof
„Gut Barenbräucker“ geschlossen!



Na endlich: Nazi-Hof „Gut Barenbräucker“ geschlossen!

Par Ordnungsverfügung hat die Stadt Kamen das berüchtigte JN-Landeszentrum „Gut Barenbräucker“ geschlossen. „Gut Barenbräucker“ war seit Jahren Ausgangspunkt zahlreicher neofaschistischer Provokationen in- und außerhalb NRW's. Das Nazi-Zentrum und die von ihm aus operierende „Harting-Bande“ hatten u.a.

durch einen Überfall auf ein Kamerteam aus der CSSR internationale Publizität erreicht. Nach diesen Ereignissen sah sich die Stadt Kamen endlich genötigt, rechtliche Schritte einzuleiten. Im Juni wurde der Hof von der Kriminalpolizei durchsucht. Als Ergebnis wurde jetzt erklärt, „daß in Teilen des landwirtschaftlichen Betriebes eine Nutzungsänderung vorgenommen worden ist, die aus baurechtlichen (!) Gründen nicht

hingenommen werden kann“ (Stadt-direktor Bönker, nach „WAZ“ vom 5.12.) Man sei zu der Erkenntnis gelangt, daß das Gut „von seiner ganzen Einrichtung her offensichtlich überörtlichen Schulungszwecken“ der Neonazis diene. „Die Zahl der Schlafzimmer und sanitären Anlagen reicht für die mehrtägige Unterbringung großer Gruppen“ (alle Zitate aus „WAZ“, 5.12.).

Harting, Bewirtschafteter des Gutes und NPD-Bezirksbeauftragter, kann gegen die Ordnungsverfügung Widerspruch beim Oberkreisdirektor einlegen. Im Falle der Ablehnung seines Widerspruchs könnte Harting vom Verwaltungsgericht klagen.

Auch wenn eine „baurechtliche“ Begründung für die Schließung des Nazi-Hofs herhalten muß, so ist dies dennoch zumindest als Teil-erfolg antifaschistischer Aktivitäten zu werten: Seit dem Überfall der „Harting-Bande“ auf eine VHS-Veranstaltung mit dem jüdischen Romanautor Hirschfeld haben Gewerkschaften, Antifa-Arbeitskreise, Junos, Falken u.a.m. immer wieder auf die Existenz und Bedeutung von „Gut Barenbräucker“ hingewiesen. Im Mai dieses Jahres hatte ein eindrucksvolles Spektrum antifaschistischer Kräfte gegen den Nazi-Hof und seine Bildung durch die Stadt Kamen demonstriert.

Antifa Kommission NRW

„Hansa“-Bande
im
Kreis
Pinne-
berg



v.l.: Christian Worch, unkl., unkl., Henning Wickhorst, Chris Baumann, unkl.

Seit Anfang des Jahres treibt ein Teil der „Hansa“-Bande im Kreis Pinneberg ihr Unwesen. In Bokel, einem kleinen Dorf nordwestlich von Barmstedt, haben Tibor Schwarz (20) und Christian Worch (23), die Nachfolger von Michael Kühnen, eine neue Bande aufgebaut. Die Bande hält regelmäßig „Wehrsportübungen“ in den umliegenden Wäldern ab (u.a. in Hasselbusch, Rantzauer Forst nahe Bokel).

Doch die Bande übt nicht nur – mit Überfällen, Mordanschlägen, Einbrüchen und Verwüstungen verbunden – ein Klima der Angst.

Am 11.8.79 schlugen und stachen die Banden-Mitglieder Henning Wickhorst (17) und Chris Baumann (15) in Westerhorn (b. Bokel) einen Tankwart nieder – er hatte in einem Strafverfahren gegen sie ausgesagt. Dem Bruder des Schwerverletzten schlugen sie anschließend mit einer Bierflasche vier Zähne aus. („Elmsdorfer Nachrichten“ (EN), 15.8.)

Einen besonderen Haß hat die Bande auf den Verkaufsleiter W. Jonitz, denn er hat inzwischen über 30 Anzeigen gegen die Nazis erstattet. Ergebnis: In der Nacht zum 17.9. wurde sein Wochenendhaus total verwüstet. (Direkt daneben ist eine Kiesgrube, in der die Bande ihre Kameradschaftsabende abhält). Zuvor schon waren in die Außenwände des östlichen SS-Ruhens und Drohungen eingeritzt worden. Einmal schüttelten Mitglieder der Bande seiner Tochter Sand ins Gesicht, einmal wurde Jonitz selbst von 15 Mann überfallen. Die Zahl der Einbrüche und Sachbeschädigungen kann er gar nicht mehr zählen.

Nicht nur in Bokel/Hörnerkuchen, wo die Bande ihren festen Stützpunkt haben, auch in anderen Orten des Kreises sind die Neonazis aktiv.

In Bramstedt wurden vor einiger Zeit die Scheiben im DKP-Zentrum eingeschlagen. In Elmsborn, wo Schwarz und Worch und andere „Hansa“-Faschisten sich öfter aufhalten, wurden im Juni in der Einkaufsstraße und verschiedenen Stellen der Stadt über 30 „NSDAP/AO“-Aufkleber verklebt. Anfang Juli drohten unbekannte Nazis dem Organisator einer alternativen Stadtrundfahrt (im Rahmen einer Antifa-Woche – u.a. zum KZ Neuengamme), daß „keiner den Bus

lebend verlassen würde.“ (EN, 7.7.)

In Hörnerkuchen überfiel die Bande einen Landjugendball. („Hamburger Morgenpost“, 30.11.)

Der Baumann-Hof

Das Zentrum der Bande ist der Baumann-Hof in Bokel. Vater Baumann saß bis vor kurzem wegen krimineller Delikte im Knast. Inwieweit er sich dem Treiben anschließt ist nicht klar. Seine beiden Söhne Chris und Jörg (17) gehören zu den Führern der Bande. Etwa drei – vier weitere Mitglieder wohnen offenbar ebenfalls auf dem Hof. Die Verbindung zu der Hamburger Nazi-Unit über Tibor Schwarz: Er ist Baumanns Stiefsohn. Seit Anfang des Jahres gehen er und Worch regelmäßig auf dem Hof ein und aus.

Und die Behörden?

Am 17.8. erklärte das Innenministerium: „Von einer festen Nazigruppe, die kriminelle Taten begeht und paramilitärische Übungen organisiert, sei der Polizei nichts bekannt.“ (EN, 18.8.)

Am 27.9. meinte das Ministerium, man „vermute“ eine kriminelle Nazi-Bande in Bokel, der Einfluß eines (?) Mitglieds der „ANS“ („Hansa“-Bande) sei „nicht auszuschließen“. Aber: „Wegen des jugendlichen Alters der Verdächtigen“ finde eine „gezielte Beobachtung durch den Verfassungsschutz“ nicht statt! („Pinneberger Tageblatt“, 27.9.)

Inzwischen „wächst die Angst vor den Neonazis“ im Norden des Kreises Pinneberg, wie die „Elmsdorfer Nachrichten“ schreiben. Ein Bürgermeister aus dem Raum Bokel faßte die Stimmung vor Ort zusammen: „Es muß wohl erst einer umgebracht werden.“ (EN, 6.10.)

Auch der nicht gerade linkslasti-

ge Gemeinderat von Bokel sah sich Anfang Oktober genötigt, an die Behörden zu appellieren, den kriminellen Treiben der „Hansa“-Bande ein Ende zu bereiten.

Dennoch laufen die beiden Messerstecher Wickhorst und Baumann noch frei herum. Die Leiter der Bande, Worch und Schwarz, können ungestört (und leider mit Erfolg) weitere Jugendliche für die Bande rekrutieren.

Den neuesten „Erkenntnisstand“ der Polizei verkündete das „Pinneberger Tageblatt“ am 19.11.: „Nach Angaben der Polizei trägt die Jugendbande in Bokel zwar nationalsozialistische Embleme, verfolgt jedoch keine politischen Ziele.“

Am 24.10. hatte es noch geheißen: „Die Behauptung einiger Anwohner, die Jugendlichen seien mit schwarzen Uniformen und Koppeln, auf denen NS-Embleme angebracht seien, bekräftigt, konnte nach Auskunft der Polizei nicht bestätigt werden.“

Die in Hamburg monatlich praktizierte Verhandlung der „Hansa“-Bande wiederholt sich nun also im Kreis Pinneberg!

Antifaschistische Aktivitäten

Auf Initiative von DKP und SDAJ versammelten sich am 18.11. etwa 400 Antifaschisten zu einer Protestkundgebung in Bokel. Zuvor hatten 150 Bürger aus den Kreisen Pinneberg einen Aufruf unterschrieben, in dem das Verbot aller Nazi-Aktivitäten und die Auflösung der Bande gefordert wird.

In bekannter Parteiladenmanier hatte die DKP keinen Versuch unternommen, eine breitere antifaschistische Aktionseinheit aufzubauen – obwohl z.B. der „Verband Christlicher Pfadfinder“ erst im Juni in Elmsborn eine antifaschistische Woche durchführte und die „Lute für Demokratie und Umweltschutz“ kürzlich eine Anfrage bezüglich der Bande verfasste. Des Zusammentragens aller Fakten über diese Bande und der Aufbau einer Aktionseinheit stehen jetzt auf der Tagesordnung.

KB/Gruppe Pinneberg

Antifaschistische Aktion

Achtung
Wiking-Jugendlager
in der Rhön!

Vom 27.12.79 bis zum 1.1.80 will die neonazistische „Wiking-Jugend“ in der Rhön ein Treffen abhalten. Organisierte Antifaschisten sollten die Augen offenhalten, da die „Wiking-Jugend“ schon früher unter Tarnnamen wie „Westdeutscher Sing- und Spielkreis“ sich Aufnahme bei Jugendherbergen und Campingplätzen erschleichen konnte. Urlauber in der Rhön sollten nicht vergessen, antifaschistische Materialien mitzunehmen.

Neumünster:
Große Demonstration
gegen die HIAG

Aufgerufen von einem breiten antifaschistischen Bündnis demonstrieren am Samstag Nachmittag 400 Menschen in der Neumünsteraner Innenstadt gegen das am selben Abend stattfindende „Jubiläumfest“ der Waffen-SS HIAG Kreuzverband Neumünster. Am Vormittag wurden Flugblätter verschiedener Organisationen, von den Junos bis zur „Volksfront“ (eine neue KPD/ML-Filiale) verteilt. Eine eindrucksvolle Idee hatte die Naturfreund Jugend: Begleitet von Trommeln bewegten sie sich mit bleichgeschnittenen Gesichtern in grauen Umhängen aneinandergekettet durch die Innenstadt. Betetigt an den Aktionen waren: VVN und Stadtjugendring ab Initiatoren, sowie SPD Junos, DAP, KB, Demokratische Bewegung, DGB Jugend, „Volksfront“, Antifaschistische Gruppe Neumünster...

Anträge auf Verbot der Veranstaltung wurden von der Verwaltung abgewiesen. Die SPD kündigte daraufhin politische Schritte ihrer Bundesratsfraktion an, um der HIAG „den rechtlichen Boden für weitere Auftritte zu entziehen“. Die Aufforderung der SPD, sich an der Demo zu beteiligen, wurde von ihren Mitgliedern nur sehr spärlich befolgt.



NPD/JN-Kundgebung
in Hannover verhindert

Eine „Große Offensive für Niedersachsen“ hatte die NPD/JN am Ende des Bückeburger Prozesses gegen die „Hansa“-Bande angekündigt. Eine der Stationen sollte am 1.12. in Hannover sein.

Für denselben Tag hatte die „Selbstorganisation der Zivilisten, die sich gegen den Kriegsspielzeug-angenehm“ (SÖZDL) eine Aktion gegen die NPD-Jugend angekündigt. Nach besserer Hannoveraner Tradition wurde diese antifaschistische Aktion von der NPD/JN dagegen erlaubt.

Unter dem Schutz von einigen Antifaschisten und zahlreichen Passanten, die den Platz besetzten, führte die SÖZDL ihren Stand trotzdem durch. Zwar mischten sich einige NPD-Jugendler unter das Publikum (u.a. J. Nowald, „NSDAP“-Kader, im Garbsen-Prozess zu einem Jahr Knast ohne Bewährung verurteilt). Sie versuchten es jedoch erst gar nicht sich aufzubauen. Diskussionen, Sketche der SO und Flugblätter der Antifa AG sorgten für die Information der Passanten. – Ein kleiner Erfolg!

Antifa Kommission, Hannover

Unna/
Kamen

Unna 4.11.78



Neue
Prozesse

Mit den Verhandlungen gegen die Antifaschisten Jürgen Wegner und Rolf Müller, werden die „Antifa-Prozesse“ im Raum Unna/Kamen am 11.12. fortgesetzt. Gegenstand der zahlreichen Prozesse sind die provokativen Auftritte der NPD/JN-NRW („Harting-Bande“), am 4.11. des vergangenen Jahres.

Anlässlich der Nazi-Kundgebungen war es zu schweren Zwischenfällen gekommen. Ein brutaler Knüttel Einsatz der massiv zum Schutz der Neonazis aufmarschierten Polizei, sorgte für bundesweite Publizität („Stern“, Konkret).

Den beiden am 11.12. vor Gericht stehenden Antifaschisten wird Körperverletzung, Widerstand gegen die

Staatsgewalt sowie Störung einer genehmigten Versammlung vorgeworfen. Es ist hier also mit einigem für die Angeklagten zu rechnen. Eine Protesterklärung gegen die, besonders vor dem Hintergrund des in dieser Gegend seit Jahren unbeschadet wütenden Neofaschismus, skandalösen Prozesse, unterzeichnet u.a. von K. Thüsing, H.M. Broder, H. Wielek u.a.m., fordert neben der Einstellung der Prozesse auch zur finanziellen Unterstützung der angeklagten Antifaschisten auf (siehe AK 166). Hier noch einmal die Nummer des Spendenkontos:

Stadtparkhaus Kamen,
Friedhelm Schaumann,
Konto-Nr. 807800,
Bankleitzahl 443 513 80

Antifa-Kommission KB/NRW

Stoppt die „Grauen Wolke“

Deutsche und Ausländer gemeinsam gegen Faschismus



Stoppt die
„Grauen
Wolke“

Zu bestellen ist die Dokumentation zu einem Preis von 4,- DM beim: Initiativkomitee gegen türkische Faschisten, Lungen-scheidstraße 3, 1000 Berlin 62.

Dokumentation des Terror der „Grauen Wolke“ in Westfalen

Wolke: Faschismus
in Westfalen
Antifaschistische Aktion

Neonazis vor Gericht

Gegen den JN-Landesvorsitzenden und stellvertretenden NPD-Landesvorsitzenden von NRW, Heinrich Gerlach, hat die Staatsanwaltschaft Dortmund ein Ermittlungsverfahren nach § 130 eingeleitet.

Es geht dabei um eine von Gerlach am 4.11.78 in Kamen gehaltene Rede. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen folgendem Zitat aus der Rede Gerlachs: „Viermal standen die Türken vor Wien, viermal hat sich das deutsche Volk gegen diesen Türkenansturm gewehrt - heute sind sie mitten unter uns. Deutschland, speziell Westdeutschland, soll zersetzt werden von negativen und antisozialen Menschen und Menschenrassen.“

Gerlach mußte sich deswegen bereits vor einem Göttinger Gericht verantworten, das jedoch „Volksverhetzung“ und „Rassenhetze“ als nicht erwiesen ansah.

Mit der Einleitung des Ermittlungsverfahrens reagiert die Staatsanwaltschaft jetzt auf einen in der lokalen Presse veröffentlichten Leserbrief eines Kameraner Antifaschisten, in dem dieser auf die Inhalte der Reden Gerlachs und des NPD-Bundesvorstandsmitgliedes Dröse, sowie auf das Nicht-Aktiv-Werden der staatlichen Organe in dieser Sache hinwies. Den Satz Dröses auf derselben Kundgebung, daß es sich beim Kommunismus um eine Krankheit handle, „ansprungen den kranken Gehirnen von Judenbuben und Faulenzer“, hielt der Staatsanwalt allerdings nicht für „ermittlungswürdig“.

Antifa-Kommission NRW

Im März dieses Jahres, als nach „Holocaust“ neofaschistische Aktivitäten spürbar zunahmen, machte ein Fernsehteam des WDR ein Interview in Westberlin mit zwei Jugendlichen und einem Erwachsenen, die sich vor der Kamera als „Kampfgruppe Großdeutschland“ bezeichneten und Forderungen nach Aufhebung des NS-Verbots und „Juden raus“ erhoben. Dabei waren sie schwer bewaffnet und trugen Hakenkreuzsymbole auf dem Kamm mit. Unterstützt von einer Gruppe von Neonazis, die sich ebenfalls in der Gruppe befanden, wurden sie von der Polizei verhaftet.



Einhardt Werner (der Dicke) und Edgar Geim (ganz rechts) am 25.2.1978 in Hamburg-Lurup. Im Hintergrund: Frank Stubbemann.

Einhardt Werner (der Dicke) und Edgar Geim (ganz rechts) am 25.2.1978 in Hamburg-Lurup. Im Hintergrund: Frank Stubbemann.

Lischka-Prozeß in Köln:

Erster Entlastungszeuge

— ein verurteilter Nazi-Mörder!

Gleich mehrere „Bomben“ platzten am 10. und 11. Verhandlungstag im Kölner Prozeß gegen die drei wegen Morddeportation französischer Juden angeklagten SS-Männer Lischka, Hagen und Heinrichsohn.

So belasteten zwei Franzosen am 10. Verhandlungstag den Angeklagten Heinrichsohn, (immer noch CSU-Bürgermeister in Bürgstedt/Kreis Mittenberg). Sie berichteten, Heinrichsohn sei immer dann mit Vorliebe in das Lager gekommen, wenn der Abtransport von Kindern anstand, und beschrieben ihn als besonders sadistischen SSler. Die Zeuginnen konnten Heinrichsohn zudem anhand alter Fotos identifizieren.

Als der „Entlastungszeuge“ Anton Söllner (ehemals Aufseher im Lager Drancy im Rang eines SS-Scharführers) am Tag darauf behauptete, von Kinderdeportationen nichts gewußt zu haben, ließ Serge Karsfeld, Nebenkläger in diesem Prozeß, die nächste Bombe hochgehen. Er erklärte, Söllner sei bereits in Frankreich wegen seiner „Tätigkeit“ im Lager Drancy zum Tode verurteilt! Er dürfe daher nicht Zeuge sein. Dann verließ Karsfeld, zusammen mit zahlreichen französischen Zuschauern, den Gerichtssaal.

Der Vorsitzende Richter Faßbender bezeichnete das als „Sabotageakt“ gegen das Verfahren. Bei der nächsten „Störung“ werde er den Saal räumen lassen.

Im Anschluß an die so entstandene Verhandlungspause schilderte der Pariser Mediznprofessor George Weilers die Zustände im Lager Drancy. Auch er betonte, daß sich im La-

ger viele Kinder ohne Eltern befunden hätten.

Gegen Ende dieses Tages nahmen die Staatsanwaltschaft und der Nebenklagevertreter Kaul zu einem formaljuristischen Einstellungsentwurf des Lischka-Verteidigers Millinger Stellung.

Das Gericht behielt sich eine Entscheidung über den Einstellungsantrag bis zum übernächsten Termin vor.

Am 13. Verhandlungstag sagten weitere ehemalige NS-Größen aus der ehemaligen SD-Befehlshaber der Niederlande, Wilhelm Harster, und sein „Judenreferent“ Wilhelm Zoepf. Die beiden waren im Jahre 1962 in München zu 15 bzw. 9 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Sie erklärten, zunächst auch geglaubt zu haben, die verschleppten Juden (aus den Niederlanden) würden zur Zwangsarbeit verschleppt, sie hätten dann aber bald bemerkt, daß es getötet worden waren. Wärtlich sagte Harster dazu: „Definitiv Beschuldigt gewußt hätten aber wohl nur die Teilnehmer der Wannsee-Konferenz. Von der habe ich erst 1946 gehört“.

Antifa-Kommission Westberlin

Ein Prozeß gegen die Nazis Carlos Bague und Einhardt Werner lief am 29.11. in Hamburg. Beide waren wegen Verherrlichung von Gewalt, Aufstachelung zum Rassenhaß und Verunglimpfung der BRD angeklagt. Sie hatten am 7.2.79 im Strafjustizgebäude ein Flugblatt gegen die Fernsehserie „Holocaust“ verteilt, für das „Hansa“-Nazi Edgar Geim verantwortlich war.

Am 29.11. waren insgesamt 7 Zeugen geladen. 5 Antifaschisten, die Anzeige gestellt hatten, und zwei Faschisten, Frau Geim und Thies Christophersen.

Es war unglaublich, wie die Justiz (in diesem Fall Richter Bogatzki) den Faschisten die Möglichkeit einräumte, sich lang und breit darüber auszulassen, daß es nie Vergangen gegeben habe. „Zeugen“ wie Prof. Faurisson (Uni Lyon), Prof. Rasmann, Richard Harwood, Prof. Butz u.a. sollten vorgeladen werden - allesamt selbst Nazis.

Die Staatsanwaltschaft beantragte für Bague 120 Tagesstrafe zu 50 DM (6.000 DM) und für Werner 140 Tagesstrafe zu 25 DM (3.500 DM). Mit 3.000 DM für Bague und 1.000 für Werner blieb das Urteil hinter diesem Antrag zurück, nämlich sei, daß die beiden ein Flugblatt nicht selbst verfaßt hätten.

H. Sympathisantin des KGB



Einhardt Werner (der Dicke) und Edgar Geim (ganz rechts) am 25.2.1978 in Hamburg-Lurup. Im Hintergrund: Frank Stubbemann.

Einhardt Werner (der Dicke) und Edgar Geim (ganz rechts) am 25.2.1978 in Hamburg-Lurup. Im Hintergrund: Frank Stubbemann.

Lischka-Prozeß in Köln:

Erster Entlastungszeuge

— ein verurteilter Nazi-Mörder!

Gleich mehrere „Bomben“ platzten am 10. und 11. Verhandlungstag im Kölner Prozeß gegen die drei wegen Morddeportation französischer Juden angeklagten SS-Männer Lischka, Hagen und Heinrichsohn.

So belasteten zwei Franzosen am 10. Verhandlungstag den Angeklagten Heinrichsohn, (immer noch CSU-Bürgermeister in Bürgstedt/Kreis Mittenberg). Sie berichteten, Heinrichsohn sei immer dann mit Vorliebe in das Lager gekommen, wenn der Abtransport von Kindern anstand, und beschrieben ihn als besonders sadistischen SSler. Die Zeuginnen konnten Heinrichsohn zudem anhand alter Fotos identifizieren.

Als der „Entlastungszeuge“ Anton Söllner (ehemals Aufseher im Lager Drancy im Rang eines SS-Scharführers) am Tag darauf behauptete, von Kinderdeportationen nichts gewußt zu haben, ließ Serge Karsfeld, Nebenkläger in diesem Prozeß, die nächste Bombe hochgehen. Er erklärte, Söllner sei bereits in Frankreich wegen seiner „Tätigkeit“ im Lager Drancy zum Tode verurteilt! Er dürfe daher nicht Zeuge sein. Dann verließ Karsfeld, zusammen mit zahlreichen französischen Zuschauern, den Gerichtssaal.

Der Vorsitzende Richter Faßbender bezeichnete das als „Sabotageakt“ gegen das Verfahren. Bei der nächsten „Störung“ werde er den Saal räumen lassen.

Im Anschluß an die so entstandene Verhandlungspause schilderte der Pariser Mediznprofessor George Weilers die Zustände im Lager Drancy. Auch er betonte, daß sich im La-

Antifa-Kommission NRW

Meldungen vom Polizeistaat

Bundeseinheitliche Führungsstäbe

Bei allen Innenministerien des Bundes und der Länder, sowie auf unteren Führungsebenen des Polizeiparates, sollen Führungsstäbe mit Lagezentren nach einheitlichem Muster errichtet werden. Dabei drängt die Polizei jetzt darauf, nicht wie bisher nur in Ausnahme-Situationen (Großveranstaltungen, Entführungen, usw.) Stäbe einzuberufen; vielmehr sollen sie ständige Einrichtungen werden.

Den Versuch einer Bilanz über den Aufbau solcher Stäbe unternimmt Polizeidirektor G. Berndt von der Polizei-Führungs-Akademie Münster in der Novemberausgabe der Fachzeitschrift „Die Polizei“.

Führungsstäbe der Polizei haben die Aufgabe, Informationen zu sammeln und zu verarbeiten, um den verantwortlichen Polizeiführer zu beraten und Entscheidungen vorzubereiten, wenn der Verantwortliche nicht in der Lage ist, fundierte Entscheidungen zu treffen.

Der Aufbau von Stäben mit Lagezentrum geht auf Beschlüsse der ständigen Konferenz der Innenminister der Länder und des Bundes (IMK) zurück, ausgehend vom „Programm Innere Sicherheit“. Teil II (Feb. 1974) wurde 1975 die Einrichtung ministerieller Lagezentren von der IMK beschlossen, und die Polizeidienstvorschrift 100 (PDV 100) von 1976 enthält Richtlinien für die Stabarbeit. Entsprechend den Vorschlägen des „Höcherl-Berichts“ (der die „Fahndungsspannen“ während der Schleier-Fahndung untersuchte, vorgelegt am 31.3.78) veranlaßte dann die IMK die Entwicklung eines Modells eines Führungsstabes bereits am 29.8.78 beriet die IMK ein solches Modell und verabschiedete Grundsätze zur Bildung „einheitlicher Führungsstäbe in der Polizei“. Danach besteht ein Stab (mindestens 77 Personen mit einem Bedarf von 20 Räumen) aus mindestens drei Berater-Gruppen, nämlich dem „Stabsbereich 1“ (Einsatzzentrale mit Lagezentrum), dem „Stabsbereich 2“ (Fahndungszentrum) und dem „Stabsbereich 3“ (Verwaltung).

Dem Leiter sind außerdem besondere Berater (z.B. Psychologen) und Verbindungsbeamte (z.B. zur Justiz) beigeordnet.

Bisher haben in der Zeit vom Juni 1978 bis März 1979 6 Bundesländer Bestimmungen für die Errichtung von Führungsstäben erlassen (Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Schleswig-Holstein, NRW und Hamburg). Diese Landesbestimmungen sind jedoch in einigen Punkten uneinheitlich und erschweren somit eine „reibungslose Zusammenarbeit“. Berndt hierzu: „Eine wirklich reibungslose und effektive Zusammenarbeit ist zwischen Stäben verschiedener Länder jedoch nur dann zu erreichen, und nicht nur innerhalb eines Landes, wenn die Struktur auch hier einheitlich ist.“ Gemessen an diesem Ziel haben

die Beschlüsse der Länder und der PDV 100 noch mehrere „Unzulänglichkeiten“. Zunächst weist Berndt auf die Notwendigkeit eines 4. Stabsbereiches - Öffentlichkeitsarbeit hin, der von der IMK vernachlässigt worden sei. Berndt begründet die Notwendigkeit damit, daß einem Stab eine Reihe von Aufgaben zufallen, die eine herkömmliche Pressestelle nicht leisten könne.

1. Presseankünfte aus polizeitaktischer Sicht erarbeiten
 2. Zielorientierte Auswertung der Medien und Kontrolle der von der Polizei veranlaßten Durchsagen in den Medien
 3. Verbreitung von „Hintergrundinformationen“ für die Polizeikräfte
- Außerdem bemängelt Berndt, daß in einigen Ländern für die Kriminalpolizei und die Schutzpolizei verschiedene Führungsstäbe gebildet wurden. Ziel dagegen sei, den Stab immer wieder von dem gleichen Personalkreis zu besetzen, um so auf Führungsebene die Trennung zwischen Kripo und Schutzpolizei aufzuheben und darüberhinaus eine Austauschbarkeit der Beamten zu erreichen.

Bisher sind Stäbe durch Ausgliederung von Personal aus dem alltäglichen Dienst besetzt worden. Dies sei - so Berndt - ungünstig, da bei länger andauernden Alarmierungen die abgeordneten Beamten für den normalen Dienstbetrieb ausfallen und so dort eine Lücke entsteht.

Außerdem seien die Polizisten bei gelegentlichem Einsatz im Stab nicht ausreichend in Übung, denn für Stabarbeit sei im Polizeialltag sonst nicht übliches Maß an Kooperation erforderlich.

Mit diesem Geflecht von Führungsstäben mit Lagezentrum sollen die Bande zwischen den Landespolizeien enger geknüpft werden, vor allem aber werden alle Landespolizeien enger an das BKA angebunden, ähnlich wie es während der Schleier-Fahndung praktiziert wurde.

Antifa-Kommission Hamburg

Zollfahndung wird ausgebaut

Unbeeindruckt von dem im Juli dieses Jahres vom SPIEGEL (30/79) enthaltenen Einzelheiten über die umfassende Schnüffeltätigkeit des bundesdeutschen Zolls hat jetzt das Bundesfinanzministerium ein neues Programm zum weiteren Ausbau des Zollfahndungsapparates vorgelegt.

Das Programm sieht die Schaffung von zusätzlich 15 neuen Spezialrupps für Kfz-Durchsuchungen an Grenzübergängen und die Bildung weiterer mobiler Einsatzgruppen von Zollfahndungs- und Kripobeamten vor.

Mit Hinweis auf die derzeit laufende Rauschgiftkampagne von BKA und BMI kündigte Staatssekretär Haehner vom Finanzministerium außerdem eine Verschärfung der bisherigen Postüberwachungspraxis durch Zollstellen an.

Mit Hinweis auf die derzeit laufende Rauschgiftkampagne von BKA und BMI kündigte Staatssekretär Haehner vom Finanzministerium außerdem eine Verschärfung der bisherigen Postüberwachungspraxis durch Zollstellen an.

Foltermethoden wieder zulässig - Ein Urteil des Bundesgerichtshofs

Ein Mordverdächtiger hatte 38 Stunden nicht geschlafen und wurde dann bis tief in die Nacht hinein verhört. Eine Belehrung über sein Aussageverweigerungsrecht fand nicht statt. Nicht einmal der Grund seiner Festnahme wurde genannt. Daß er hier noch nicht gefragt habe, wurde ihm nachträglich auch noch als Belastungsmoment ausgelegt. Während des Verhörs wurde er auf die Gefahr eines Selbstmordes hingewiesen. Die Bullen führten ihm aus ihrer „Berufserfahrung“ plastische Fälle vor Augen, die so beendet hätten. Er wurde zudem angelegt, daß er durch Indizes bereits überführt sei. Schließlich bot man ihm noch das „Geschaft“ an, wenn er jetzt gestehe, werde man für ihn das beste rauskochen, obwohl die Bullen wissen, daß sie darüber gar nicht befinden können. Als alles noch nicht half, drohten die Bullen, die Vernehmung in die Hände älterer Kollegen (mit GESTAPO-Erfahrung!) zu legen, die nicht soviel Nachschicht kennen würden.

Dazu muß man wissen, daß die Psychiater den Verdächtigen für einen „krankhaft kooperativen Menschen“ hielten, der Schwierigkeiten und Auseinandersetzungen auswich, wo es nur ging, der in diesem Zustand alles tat, um den Beamten entgegenzukommen.

Insofern müßte eigentlich alles klar sein. Das war es auch für die Schwurgerichtskammer beim Landgericht Freiburg. Es verwurte diese „Ausage“ für sein Urteil nicht und sprach den Angeklagten frei. Das Gericht berief sich zu Recht auf das Grundgesetz und § 136a Strafprozeßordnung, wo es heißt: „Die Freiheit der Willensentscheidung und Willensbetätigung des Beschuldigten darf nicht beeinträchtigt werden durch Mißhandlung, durch Ermüdung, durch körperlichen Eingriff, durch Verabreichung von Mitteln, durch Quälerei, durch Täuschung oder durch Hypnose... Die Drohung mit einer unzulässigen Maßnahme und das Versprechen eines gesetzlich nicht vorgesehenen Vorteils sind verboten. Das Verbot... gilt ohne Rücksicht auf die Einwilligung des Beschuldigten...“

Die Staatsanwaltschaft ging gegen dieses Urteil in die Revision beim Bundesgerichtshof (BGH) und hatte Erfolg. Der BGH erklärte in einem skandalösen Rundumschlag oben beschriebene Verhörmethoden für rechtmäßig. Damit hat er natürlich zugleich den Bullen einen Freibrief für deren Verhörmethoden ausgestellt. Offenkundig ist nach seiner Meinung erst Folter im Sinne des § 136a StPO erfüllt, wenn der Beschuldigte auf die Streckbank geschallt wird.

Die Verteidiger haben nun Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingelegt.

Das Bundesverfassungsgericht wird nun erstmalig zum Folterverbot Stellung nehmen müssen. (Informationen aus „Die Zeit“ vom 9. Nov. 79)

Ein Kieler Genosse

Daß der Zoll bei Postkontrollen nicht nur nach Rauschgiftschmugglern fahndet, sondern darüberhinaus gezielt den Schriftverkehr von registrierten „Verfassungsfeinden“ kontrolliert und daraus gewonnene „Erkenntnisse“ an den Gewerkschutz und andere Institutionen weiterleitet, ist durch die SPIEGEL-Recherchen vom Juli eindeutig belegt.

Unabhängig von den neuen Ausbauplänen stehen zur Zeit Experten des Kölner Zollkriminalinstituts (ZKI) am Aufbau des vollinternen EDV-Systems „INZOLL“, das Daten über Straftaten und Ordnungswidrigkeiten aus Ermittlungen des Zolls rückwirkend bis 1975 erfassen soll.

Eine Weitergabe von „Inzoll“-Daten an Dritte sei ausgeschlossen, die allgemeinen Löschungsvorschriften, wie sie z.B. für das Bundeszentralregister gelten, würden deshalb „Inzoll“ nicht betreffen (SZ, 28.11.)

Betrachtet man allerdings die bisherige „Amtshilfe“-Praxis zentraler Zollinstanzen, so scheint die Behauptung vom rein „verwaltungsinternen“ Gebrauch solcher Unterlagen wenig glaubhaft.

Zwischen dem Zollkriminalinstitut und den Polizeibehörden gibt es schon seit den frühen 50er Jahren, d.h. mit der Übernahme der Leitung des ZKI durch Dr. Ludwig Franzheim (einem ehemaligen Mitarbeiter von Admiral Canaris in der Abteilung Ausland/Abwehr des OKW) einen regen gegenseitigen Austausch von Kartendaten.

Es ist deshalb auch davon auszugehen, daß „Inzoll“ nach Fertigstellung direkt in das BKA- und Landespolizeicomputerverbund und der Fahndungsdatei „PIOS-Heroin“ mit einbezogen wird. Ein Einfließen von „Inzoll“-Daten in die zentralen Polizei-Computer wäre dann von außen her kaum noch kontrollierbar.

Antifa-Kommission Göttingen

CDU/CSU fordert Legalisierung der „Wanzen“-Praktiken

Ende November hat der CDU/CSU-Politiker Karl Miltner für die Nachrichtendienste eine „eindeutige Rechtsgrundlage“ gefordert („Welt“, 23.11.). Die bislang illegalen Lauschaktionen sollen legalisiert werden. Die Befürworter einer solchen Gesetzesinitiative behaupten: „Kein Nachrichtendienst der Bundesrepublik wäre wegen der damaligen Reaktionen in der Öffentlichkeit derartige Aktionen“ („FR“, 22.11.). Die einzige Möglichkeit diese Lauschaktionen zu legalisieren besteht in der Einschränkung des Grundgesetzes, in diesem Fall des Art. 13 (Unverletzlichkeit der Wohnung). Gefordert wird, „analog zum Gesetz über die Einschränkung des Post-, Brief- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10 Unverletzlichkeit der Wohnung) Gefordert wird, „analog zum Gesetz über die Einschränkung des Post-, Brief- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10 Grundgesetz) ein eigenes Gesetz über die Zulässigkeit von Lauschmitteln zu entwickeln“ („Welt“, 23.11.)

Antifa-Kommission Hamburg

1984 in Darmstadt

Am 3. November ging ich mit meiner Tochter spazieren. Nachdem von uns ein Fußgängerüberweg vorschriftsmäßig überquert wurde, winkte mich ein Polizist aus einem Streifenwagen, der direkt vor der roten Ampel gewartet hatte, zu sich. Völlig ahnungslos und keiner Schuld bewußt ging ich hin.

Zu meinem grenzenlosen Erstaunen deutete der Polizist auf meine Brust, auf der eine Plakette „Antifaschistische Aktion - Stopp! Strauß“ angeheftet war, und meinte, diese sei laut einem Urteil vom Amtsgericht Darmstadt zu beschlagnahmen.

Nun wollte er noch wissen, ob ich noch mehr hätte und wo bzw. bei wem ich die Plakette gekauft hätte. Da ich diese Fragen nicht beantworten konnte, wurden meine Person und ich von einem Beamten abgeführt. Ich wurde in eine Polizeiwache gebracht, wo ich mir einen Anwalt aussuchen konnte. Der Anwalt erklärte mir, daß ich eine Beschwerde über diese Beschlagnahme beim Polizeirevier abholen. Was ich am nächsten Tag auch gemacht habe. Die von mir geforderte Einsicht in das Urteil konnte die Revierpolizei mir nicht gewähren, da sie selber nur soweit ich sehen konnte, eine kurze Anweisung mit dem entsprechenden Adressen hatten (Aktenzeichen AG Darmstadt 25 CS 817/79). Dafür war auf dieser Anweisung jedoch ein recht großer Verteiler zu erkennen sowie eine Fotokopie der besagten Plakette.

Dieser Vorfall macht für mich deutlich, wie zu Recht ich mich Ansocher getragen habe. Schon bevor Strauß an der Macht ist, setzt er den Polizeiparagrafen und die Justiz für sich ein, um nach mißliebigen Meinungen zu fahnden.

Ein AK-Leser

Freiheit für Herbert Soffel!

Am 20.11. verurteilte die Frankfurter Strafkammer unter Richter Lehr Herbert Soffel zu achteinhalb Jahren Knaat. Der Prozeß gegen ihn ist eines von mehreren Verfahren gegen den Frankfurter Gefangenerrat. (Der Gefangenerrat wurde in der Öffentlichkeit bekannt, als er den Mannheimer Gefängnisbrand aufdeckte.)

Gegen Herbert wurde aber am 4.10. die Anklage wegen Verstoßes gegen § 129 (Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung in diesem Fall soll das der Gefangenerrat sein) fallengelassen. Verknackt wurde er jetzt wegen Bandendiebstahl mit Schußwaffengebrauch, an dem er angeblich beteiligt gewesen sein soll. Eine bereits abgeessene Haftstrafe von 4 Jahren aus dem Jahre 76 und ein halbes Jahr U-Haft wurden einbezogen. Das heißt, Herbert soll erst nach 4 Jahren wieder rauskommen. Aber diese 4 Jahre kann Herbert nicht durchlaufen, er ist lebensgefährlich krank!

Herberts „Krankengeschichte“ – Geschichte seiner Haftbedingungen

Sofort nach seiner Verhaftung im August 1978 saß Herbert in Einzelisolation, das heißt bekanntlich 23 Stunden allein auf der Zelle und Einzel„frei“stunde, also überhaupt kein Kontakt mit anderen Gefangenen. Lockerungen dieser extremen Situation, wie gemeinsame Freistunden oder Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen gab es für Herbert nur, wenn Gutachter oder sogar Knaatärzte ihn wegen seiner schweren Nierenerkrankung für haftunfähig erklärten oder seine Integration in den Normalvollzug forderten. So lag in der Zeit von 1975 bis 1978 mindestens acht in diese Richtung gehende Gutachten vor. Am 23.78 stellt Prof. Dr. Schumacher fest: „Es ist ... glaubhaft, daß besondere und einschneidende Haftbedingungen (Isolierhaft, Kontaktsperre etc.) sich gerade bei ihm in einschneidender Weise psychovegetativ ... auswirken.“ Und Dr. Pförtner erklärt schon 1.4.76: „Der Untersucher stellt fest, daß der Patient wegen bisher ungeklärter rez. auftretender Makrodelirien haftunfähig ist...“. Die Reaktion der Anstaltsleitung Herbert wird zwangsweise in das Knaatkrankenhaus Kassel verlegt, wo er mit einem schützenden Katheter behandelt wird. Herbert erstattet Strafanzeige, später erfährt er, daß das Ermittlungsverfahren eingestellt worden ist.

Sobald Herbert im Knaat Widerstand leistet, verschärfen sich seine Haftbedingungen sofort. Im Dezember 1975 kommt er wegen angeblicher Rädelsführerschaft bei einem Sitz- und Hungerstreik der Gefangenen in Frankfurt wegen „Selbstmord eines Gefangenen wieder in völlige Einzelisolation. Das gleiche passiert im Mai 1976 noch einmal, jetzt wegen angeblicher Rädelsführerschaft bei einer Knaat-Demo zum Tode Ulrike Meinhofs. Verschärfend kommt noch hinzu, absolutes Besuchsverbot und Zwangsverlegung von Frankfurt nach Schwalmstedt. Dort wollte der Knaatstar nicht die Verantwortung für seinen Gesundheitszustand übernehmen – Herbert wird zwangsweise in das Knaatkrankenhaus Kassel verlegt, wo er in einer Camers-Silenz gesteckt wird! Der behandelnde Arzt in Kassel ist Dr. Degenhardt, der Arzt, der Andreas Baader in einem Hungerstreik als „Behandlungsmethode“ drei Tage das Wasser entzogen hatte. Konsequenterweise verweigert Herbert die Behandlung und erreicht durch eine Dachbesteigung seine Verlegung nach Schwalmstedt.

Diese Reihe von Repressionsmaßnahmen: Zwangsverlegungen, Totalisolation, Besuchssperre usw. läßt sich beliebig fortsetzen. Nach einer eigenen Aufstellung Herberts vom 13.5.78 ist er in der Zeit vom 6.8.75 bis 31.5.78 vierzehn mal verlegt worden, 22.414 Tage in Einzelisolation, 179 Tage in Totalisolation (Gemeinschaftsfreistunden) und lediglich elf Tage im Normalvollzug (mit Einschränkungen wie körperliche Durchsuchungen usw.). Diese Haftformen wurden legitimiert durch die Anklage Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, manchmal war sogar von Rädelsführerschaft die Rede.

In der Zeit des „Deutschen Herbstes“ 1977 war Herbert wie die anderen politischen Gefangenen der Kontaktsperre unterworfen, das heißt absolut kein Besuch weder von Verwandten noch von Anwälten, kein Radio, keinerlei Kontakt nach draußen oder zu anderen Gefangenen. Um so wahnwitziger ist es jetzt, daß der Staatsanwalt die Anklage nach § 129 kurzerhand fallenläßt mit der lapidaten Begründung: Herbert sei nicht Gründungsmitglied des Frankfurter Gefangenerrates und auch nur anderthalb Monate dabei gewesen. Das war aber der Justiz seit 4 1/2 Jahren bekannt, trotzdem hat sie die verschärfte Haftbedingungen Herberts gerade mit diesem Paragraphen begründet. Und diese Haftbedingun-

gen sind dafür verantwortlich, daß sich sein Gesundheitszustand zusehends verschlechtert hat!

Herbert ist lebensgefährlich krank!

Als Herbert das erste Mal am 4.5.79 Haftverschonung bekam, damit er sich in der Universitätsklinik Frankfurt behandeln lassen konnte, schwelte er bereits in unmittelbarer Lebensgefahr der Hämoglobinegehalt im Blut hatte sich weit unter normal verringert, was möglicherweise auf eine schwere innere Blutung schließen ließ. Das Verfahren gegen ihn war mittlerweile am 28.5.79 eröffnet worden. Gegen Herbert wurde trotz seiner Krankheit weiter verhandelt. Das Gericht ging so weit, ihn mit dem Rollstuhl in den Saal zur Verhandlung bringen zu lassen, mehrmals war er nur eine halbe Stunde verhandlungsfähig, sogar in der Klinik wurde verhandelt – nur um eine Einstellung des Verfahrens zu verhindern.

Am 19. Juni erklärt das Gericht Herbert mit Hilfe der Gutachter Schwedes und Prüll wieder für haftfähig – er muß zurück in den Knaat. Die Gutachter haben für den stän-

digen Blutverlust Herberts keine Erklärung, sie unterstellen ihm kurzerhand, er habe sich seine Krankheit „selbst zugefügt“. Das Gericht greift diesen Ball dankbar auf und schließt ihn nach § 213 StPO für die Dauer des Verfahrens aus, weil er nur be-schränkt verhandlungsfähig sei und „der Angeklagte seine Verhandlungsfähigkeit vorsätzlich und mit vollem Bewußtsein, also schuldhaft herbeigeführt hat.“ Eine Aussetzung des Verfahrens, von den Verteidigern Herberts beantragt, komme nicht in Betracht, denn es „ist zu erwarten, daß der Angeklagte versuchen wird, sich auch einer späteren Hauptverhandlung mit allen Mitteln zu entziehen.“ Angeblich soll sich Herbert Blumenwasser oder alten Urin injiziert haben und um Fieber zu erzeugen, Seife und Zahnpasta gegessen haben.

Is ist ein Zynismus sondergleichen, wenn Herbert jetzt auch noch die Verantwortung für seine Krankheit von denjenigen in die Schuhe geschoben wird, die für seine Haftbedingungen und damit auch für seinen schlechten Gesundheitszustand in Wirklichkeit verantwortlich sind. Als Beleg, daß Herbert ja nur simuliert soll hierbei dienen, daß er von der Klinik aus Urlaub erhielt als es ihm wieder besser ging. Die Passage in der Begründung für den Ausschluss Herberts aus dem Verfahren ist wirklich unfassbar angesichts seiner schweren Krankheit.

Im übrigen vermag das Gericht die häufige und lange Abwesenheit des Angeklagten aus der Uniklinik nur so zu verstehen, daß der Angeklagte nicht wirklich organisch krank ist und vor sondern daß er die oben beschriebenen Krankheitsbilder

selbst manipulativ herbeigeführt hat, um die Durchführung der Hauptverhandlung und den weiteren Vollzug der Untersuchungshaft gegen sich zu verhindern. Wäre er nämlich tatsächlich so leidend gewesen, wie er behauptet hat, hätte er die ganze Zeit seiner stationären Behandlung zur Heilung und Rekonvaleszenz benutzt, statt ausgiebige Reisen zu unternehmen.“

Am 25.9.79 wird Herbert wieder unter akuter Lebensgefahr in das Stadtkrankenhaus Kassel verlegt und der Haftbefehl außer Vollzug gesetzt. Währenddessen wird der Prozeß ohne sein Beisein über die Bühne gezogen und Herbert am 20.11. zu 8 1/2 Jahren verurteilt!

Freiheit für Herbert Soffel!

Nach 4 1/2 Jahren Isolationshaft kann eine Behandlung nur Erfolg haben, wenn Herbert endgültig freigelassen wird. Bei einer erneuten Inhaftierung würde er binnen kürze wieder in eine lebensgefährliche Situation kommen.

Es ist dringend notwendig, daß für Herbert genau die gleiche Solidarität geleistet wird, die Werner Hopps das Leben gerettet hat. Daß Werner frei ist, ist nur mit Hilfe seiner Freunde und Verwandten und dem engagierten Einsatz vieler Ärzte, Rechtsanwälte und Journalisten erreicht worden. Die gleiche Unterstützung kann für Herbert lebensrettend sein!

Freiheit für Herbert Soffel!
Westberliner Antirepressionskommission

„Mich packt der Ekel“
Zum Prozeß gegen Astrid Proll

Verfassungsschutzbeamte und Bundesmänner sich gegenseitig auf die Füße getreten haben als Astrid Proll am 10.2.1972 während einer Fahndungsaktion ihren „zweifachen Mordversuch“, wegen dem sie jetzt vor Gericht steht, unternommen haben soll. Nachdem am 7.11.79 durch einen Eklat des Bundesinnenministeriums an die Vorsitzende Richterin zum ersten Mal von einem bis jetzt geheimgehaltenen Bericht zweier Kölner VS-Beamten die Rede war, die als Zeugen des Geschehens „von Schauern der Angeklagten nichts ge-

hört“ (Entwicklung ab die darauf geschlossen läßt, daß das Gericht die letzten 7 Jahre Hetze gegen Astrid - 4 1/2 Jahre Knaat, Totalisolation im Toten Trakt, Haftentlassung wegen schwerer Erkrankung, Flucht und Exil leben in England - jetzt, da die Mordanklage geplatzt ist, juristisch und politisch nicht völlig unbegründet schein lassen will. Der Ton im Gerichtssaal ist erheblich scharfer geworden, die Zuschauer werden sehr viel genauer durchsucht und kontrol-

„Mich packt der Ekel“
Zum Prozeß gegen Astrid Proll

Verfassungsschutzbeamte und Bundesmänner sich gegenseitig auf die Füße getreten haben als Astrid Proll am 10.2.1972 während einer Fahndungsaktion ihren „zweifachen Mordversuch“, wegen dem sie jetzt vor Gericht steht unternommen haben soll. Nachdem am 7.11.79 durch einen Eklat des Bundesinnenministeriums an die Vorsitzende Richterin zum ersten Mal von einem bis jetzt geheimgehaltenen Bericht zweier Kölner VS-Beamten die Rede war, die als Zeugen des Geschehens „von Schauern der Angeklagten nichts gesehen und gehört“ haben („FR“, 8.11.79), fand die „FR“ jetzt heraus, daß auch zwei Mitarbeiter des hessischen VS „dem damals im Westend tätigen Beobachtungsstrupp“ angehört („FR“, 23.11.79).

Auch diese Beamten verfielen einem Bericht über die von ihnen gemachten Beobachtungen. Daß dieser Bericht bis heute noch nicht bekannt ist, begründet das hessische Innenministerium freudig mit der Aussage, der Verfassungsschutz sei schließlich „nicht Teil der Ermittlungsbehörde. Es sei allein Sache des Gerichts, die beiden Beamten als Zeugen zu befragen.“ („FR“, 23.11.). „Dabei ließ es sich im ersten Prozeßverfahren vor 5 Jahren, eine Zeugnisaussage sei nicht notwendig, die beiden Beamten hatten keinerlei Beobachtungen gemacht.“ („FR“, 23.11.).

Beobachtungen im Interesse der Verantwortlichen, die für ihre Diffamierungen gegen Astrid als „Terroristin“ und „Mörderin“ diese konstruierten „gezielten Schüsse“ auf die beiden Westberliner Verfassungsschutzler brauchten, haben die beiden hessischen Beamten sicher nicht gemacht, denn daß der zweifache Mordversuch erstunken und erlogen ist, kann inzwischen selbst die „FAZ“ nicht mehr verheimlichen, die schon spekuliert, daß den Verantwortlichen der Abbruch des ersten Prozeßverfahrens lieber war, „als durch Vorlage der Verfassungsschutzberichte die Anklage zu erschüttern und Mißtrauen gegen die Behörden zu bestärken.“ („FAZ“, 17.11.79).

Jetzt kommt es darauf an, die „verwundende“ Rolle von Mitarbeitern des Verfassungsschutzes als Zeugen („FR“, 23.11.) vollends aufzudecken. Die Verteidiger kämpfen zur Zeit darum, daß sämtliche inzwischen bekanntgewordenen VS-Beamten (wer weiß, wie viele tatsächlich da waren!), zu Zeugnisaussagen in der Öffentlichkeit vor Gericht geladen werden!

Mahler und Ruhland als Zeugen

Währenddessen läuft der Prozeß in

Prozeß gegen Brigitte Heinrich
Entlastungszeuge im Gerichtssaal verhaftet

Am 19.11. kam es im Karlsruher Landgericht zur Verhaftung des „Tatzeugen“ Peter Egloff. Der Schweizer Peter Egloff hatte gemeinsam mit zwei weiteren Schweizern 1973 behauptet, Brigitte Heinrich sei an einem Transport von Tretninnen aus der Schweiz in die Bundesrepublik beteiligt gewesen.

Aus diesen Aussagen „konstruierte“ die Anklagebehörde den Vorwurf der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung, da Brigitte diese Tretninnen angeblich an eine RAF-Nachfolgeorganisation weitergegeben habe.

Um diese Version der Staatsanwaltschaft zu stützen, wurde dem Zeugen Egloff freies Geleit nach Karlsruhe zugesagt „entsprechend dem Europäischen Übereinkommen in Rechtssachen“ („FR“, 27.11.). „Die einschidige Bestimmung dieser Übereinkunft (Art. 12) verbietet es ausdrücklich, daß ein Zeuge wegen Handlungen verfolgt und in Haft genommen werden darf, die vor seiner Abreise begangen wurden.“ („FR“, 27.11.79).

Am 19.11. kam alles anders. Egloff erfüllte nicht die ihm zugewiesene Rolle als Hauptentlastungszeuge – sondern sagte vor Gericht aus, daß Brigitte Heinrich nichts mit dem Transport der Tretninnen aus der Schweiz in die BRD zu tun gehabt habe.

Er kenne Brigitte Heinrich aus einem ganz anderen Zusammenhang. Und zwar sei er zweimal mit ihr an der „grünen Grenze“ gefahren, um einen Weg auszukundschaften, auf dem oppositionelle Perser in die Schweiz einreisen könnten. Versuche des Richters Egloff in Widersprüche zu verwickeln scheiterten.

Die einzige Abweichung zu seinen früheren Aussagen besteht darin, er früher abgestritten hat, Br-

igitte Heinrich zu kennen. Dies erklärte er damit, daß er seinerzeit Repressalien durch den SAVAK befürchtet habe und er den Widerstand gegen das Schah-Regime damit unterstützt hat.

Nachdem Egloff seine Aussage beendet hatte, ordnete Oberstaatsanwalt Ems die Festnahme wegen „Verdacht auf Falschaussage“ an, der Hafttrichter erhielt am 20.11. Haftbefehl. Am 22.11. stellte Verteidiger Heldmann im Zusammenhang mit der Verhaftung von Egloff zwei Be-



weisanträge zur Begründung des Verjachts der Befangenheit der Richter nämlich daß 1. die Festnahme von Egloff bereits zu Beginn der Sitzung vorbereitet war, und 2. der Oberstaatsanwalt diese Festnahme nicht aufgrund eigener Feststellungen getroffen hat. Oberstaatsanwalt Ems sei dazu als Zeuge zu vernahmen.

In einer Erklärung des ASTA der Frankfurter Universität, die auf einer Vollversammlung von etwa 1000 Studenten einstimmig ange-

nomen wurde heißt es: „Weil seine BKA-Bütel nicht in der Lage waren, die zusammenge-schusterten Lügen der Anklageschrift und die infamen Vorverur-teilungen äußeren Umständen des Prozes-ses, gegen die auch der Präsi-dent der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt, Prof. Dr. Hartwig Kelm mit seiner Unter-schrift protestierte, noch einmal im Gerichtssaal zu begründen, mußte der Justisapparat zu diesen mehr als nur mittelalterlich zu nennenden Methoden des „Modell-Deutsch-land“ greifen.“

Die Bundesanwaltschaft, vertreten durch Oberstaatsanwalt Ems, sagt Brigitte Heinrich ist schuldig.

Der Zeuge Peter Egloff sagt aus Brigitte Heinrich ist unschuldig.

1. Sofortige Aufhebung des Haftbefehls

2. Sofortige Einstellung des Verfahrens

3. Sofortige Freilassung von Peter Egloff

(nach TAZ 23.11.79)

Bleibt nur noch hinzuzufügen, daß die Verhaftung Egloffs und der skandalöse Verstoß gegen ein Europäisches Abkommen in der bundesdeutschen Presselandschaft kaum erwähnt wurde, geschweige denn Empörung hervorrief. In „Terroristen-Prozessen“ ist offenbar auch dieser eklatante Rechtsbruch erlaubt?

Die nächsten Prozeßtermine sind vorgesehen für den 6.12.79, 12.12.79, 12.2.80, 12.3.80, 12.4.80, 12.5.80, 12.6.80, 12.7.80, 12.8.80, 12.9.80, 12.10.80, 12.11.80, 12.12.80, 12.1.81, 12.2.81, 12.3.81, 12.4.81, 12.5.81, 12.6.81, 12.7.81, 12.8.81, 12.9.81, 12.10.81, 12.11.81, 12.12.81, 12.1.82, 12.2.82, 12.3.82, 12.4.82, 12.5.82, 12.6.82, 12.7.82, 12.8.82, 12.9.82, 12.10.82, 12.11.82, 12.12.82, 12.1.83, 12.2.83, 12.3.83, 12.4.83, 12.5.83, 12.6.83, 12.7.83, 12.8.83, 12.9.83, 12.10.83, 12.11.83, 12.12.83, 12.1.84, 12.2.84, 12.3.84, 12.4.84, 12.5.84, 12.6.84, 12.7.84, 12.8.84, 12.9.84, 12.10.84, 12.11.84, 12.12.84, 12.1.85, 12.2.85, 12.3.85, 12.4.85, 12.5.85, 12.6.85, 12.7.85, 12.8.85, 12.9.85, 12.10.85, 12.11.85, 12.12.85, 12.1.86, 12.2.86, 12.3.86, 12.4.86, 12.5.86, 12.6.86, 12.7.86, 12.8.86, 12.9.86, 12.10.86, 12.11.86, 12.12.86, 12.1.87, 12.2.87, 12.3.87, 12.4.87, 12.5.87, 12.6.87, 12.7.87, 12.8.87, 12.9.87, 12.10.87, 12.11.87, 12.12.87, 12.1.88, 12.2.88, 12.3.88, 12.4.88, 12.5.88, 12.6.88, 12.7.88, 12.8.88, 12.9.88, 12.10.88, 12.11.88, 12.12.88, 12.1.89, 12.2.89, 12.3.89, 12.4.89, 12.5.89, 12.6.89, 12.7.89, 12.8.89, 12.9.89, 12.10.89, 12.11.89, 12.12.89, 12.1.90, 12.2.90, 12.3.90, 12.4.90, 12.5.90, 12.6.90, 12.7.90, 12.8.90, 12.9.90, 12.10.90, 12.11.90, 12.12.90, 12.1.91, 12.2.91, 12.3.91, 12.4.91, 12.5.91, 12.6.91, 12.7.91, 12.8.91, 12.9.91, 12.10.91, 12.11.91, 12.12.91, 12.1.92, 12.2.92, 12.3.92, 12.4.92, 12.5.92, 12.6.92, 12.7.92, 12.8.92, 12.9.92, 12.10.92, 12.11.92, 12.12.92, 12.1.93, 12.2.93, 12.3.93, 12.4.93, 12.5.93, 12.6.93, 12.7.93, 12.8.93, 12.9.93, 12.10.93, 12.11.93, 12.12.93, 12.1.94, 12.2.94, 12.3.94, 12.4.94, 12.5.94, 12.6.94, 12.7.94, 12.8.94, 12.9.94, 12.10.94, 12.11.94, 12.12.94, 12.1.95, 12.2.95, 12.3.95, 12.4.95, 12.5.95, 12.6.95, 12.7.95, 12.8.95, 12.9.95, 12.10.95, 12.11.95, 12.12.95, 12.1.96, 12.2.96, 12.3.96, 12.4.96, 12.5.96, 12.6.96, 12.7.96, 12.8.96, 12.9.96, 12.10.96, 12.11.96, 12.12.96, 12.1.97, 12.2.97, 12.3.97, 12.4.97, 12.5.97, 12.6.97, 12.7.97, 12.8.97, 12.9.97, 12.10.97, 12.11.97, 12.12.97, 12.1.98, 12.2.98, 12.3.98, 12.4.98, 12.5.98, 12.6.98, 12.7.98, 12.8.98, 12.9.98, 12.10.98, 12.11.98, 12.12.98, 12.1.99, 12.2.99, 12.3.99, 12.4.99, 12.5.99, 12.6.99, 12.7.99, 12.8.99, 12.9.99, 12.10.99, 12.11.99, 12.12.99, 12.1.00, 12.2.00, 12.3.00, 12.4.00, 12.5.00, 12.6.00, 12.7.00, 12.8.00, 12.9.00, 12.10.00, 12.11.00, 12.12.00, 12.1.01, 12.2.01, 12.3.01, 12.4.01, 12.5.01, 12.6.01, 12.7.01, 12.8.01, 12.9.01, 12.10.01, 12.11.01, 12.12.01, 12.1.02, 12.2.02, 12.3.02, 12.4.02, 12.5.02, 12.6.02, 12.7.02, 12.8.02, 12.9.02, 12.10.02, 12.11.02, 12.12.02, 12.1.03, 12.2.03, 12.3.03, 12.4.03, 12.5.03, 12.6.03, 12.7.03, 12.8.03, 12.9.03, 12.10.03, 12.11.03, 12.12.03, 12.1.04, 12.2.04, 12.3.04, 12.4.04, 12.5.04, 12.6.04, 12.7.04, 12.8.04, 12.9.04, 12.10.04, 12.11.04, 12.12.04, 12.1.05, 12.2.05, 12.3.05, 12.4.05, 12.5.05, 12.6.05, 12.7.05, 12.8.05, 12.9.05, 12.10.05, 12.11.05, 12.12.05, 12.1.06, 12.2.06, 12.3.06, 12.4.06, 12.5.06, 12.6.06, 12.7.06, 12.8.06, 12.9.06, 12.10.06, 12.11.06, 12.12.06, 12.1.07, 12.2.07, 12.3.07, 12.4.07, 12.5.07, 12.6.07, 12.7.07, 12.8.07, 12.9.07, 12.10.07, 12.11.07, 12.12.07, 12.1.08, 12.2.08, 12.3.08, 12.4.08, 12.5.08, 12.6.08, 12.7.08, 12.8.08, 12.9.08, 12.10.08, 12.11.08, 12.12.08, 12.1.09, 12.2.09, 12.3.09, 12.4.09, 12.5.09, 12.6.09, 12.7.09, 12.8.09, 12.9.09, 12.10.09, 12.11.09, 12.12.09, 12.1.10, 12.2.10, 12.3.10, 12.4.10, 12.5.10, 12.6.10, 12.7.10, 12.8.10, 12.9.10, 12.10.10, 12.11.10, 12.12.10, 12.1.11, 12.2.11, 12.3.11, 12.4.11, 12.5.11, 12.6.11, 12.7.11, 12.8.11, 12.9.11, 12.10.11, 12.11.11, 12.12.11, 12.1.12, 12.2.12, 12.3.12, 12.4.12, 12.5.12, 12.6.12, 12.7.12, 12.8.12, 12.9.12, 12.10.12, 12.11.12, 12.12.12, 12.1.13, 12.2.13, 12.3.13, 12.4.13, 12.5.13, 12.6.13, 12.7.13, 12.8.13, 12.9.13, 12.10.13, 12.11.13, 12.12.13, 12.1.14, 12.2.14, 12.3.14, 12.4.14, 12.5.14, 12.6.14, 12.7.14, 12.8.14, 12.9.14, 12.10.14, 12.11.14, 12.12.14, 12.1.15, 12.2.15, 12.3.15, 12.4.15, 12.5.15, 12.6.15, 12.7.15, 12.8.15, 12.9.15, 12.10.15, 12.11.15, 12.12.15, 12.1.16, 12.2.16, 12.3.16, 12.4.16, 12.5.16, 12.6.16, 12.7.16, 12.8.16, 12.9.16, 12.10.16, 12.11.16, 12.12.16, 12.1.17, 12.2.17, 12.3.17, 12.4.17, 12.5.17, 12.6.17, 12.7.17, 12.8.17, 12.9.17, 12.10.17, 12.11.17, 12.12.17, 12.1.18, 12.2.18, 12.3.18, 12.4.18, 12.5.18, 12.6.18, 12.7.18, 12.8.18, 12.9.18, 12.10.18, 12.11.18, 12.12.18, 12.1.19, 12.2.19, 12.3.19, 12.4.19, 12.5.19, 12.6.19, 12.7.19, 12.8.19, 12.9.19, 12.10.19, 12.11.19, 12.12.19, 12.1.20, 12.2.20, 12.3.20, 12.4.20, 12.5.20, 12.6.20, 12.7.20, 12.8.20, 12.9.20, 12.10.20, 12.11.20, 12.12.20, 12.1.21, 12.2.21, 12.3.21, 12.4.21, 12.5.21, 12.6.21, 12.7.21, 12.8.21, 12.9.21, 12.10.21, 12.11.21, 12.12.21, 12.1.22, 12.2.22, 12.3.22, 12.4.22, 12.5.22, 12.6.22, 12.7.22, 12.8.22, 12.9.22, 12.10.22, 12.11.22, 12.12.22, 12.1.23, 12.2.23, 12.3.23, 12.4.23, 12.5.23, 12.6.23, 12.7.23, 12.8.23, 12.9.23, 12.10.23, 12.11.23, 12.12.23, 12.1.24, 12.2.24, 12.3.24, 12.4.24, 12.5.24, 12.6.24, 12.7.24, 12.8.24, 12.9.24, 12.10.24, 12.11.24, 12.12.24, 12.1.25, 12.2.25, 12.3.25, 12.4.25, 12.5.25, 12.6.25, 12.7.25, 12.8.25, 12.9.25, 12.10.25, 12.11.25, 12.12.25, 12.1.26, 12.2.26, 12.3.26, 12.4.26, 12.5.26, 12.6.26, 12.7.26, 12.8.26, 12.9.26, 12.10.26, 12.11.26, 12.12.26, 12.1.27, 12.2.27, 12.3.27, 12.4.27, 12.5.27, 12.6.27, 12.7.27, 12.8.27, 12.9.27, 12.10.27, 12.11.27, 12.12.27, 12.1.28, 12.2.28, 12.3.28, 12.4.28, 12.5.28, 12.6.28, 12.7.28, 12.8.28, 12.9.28, 12.10.28, 12.11.28, 12.12.28, 12.1.29, 12.2.29, 12.3.29, 12.4.29, 12.5.29, 12.6.29, 12.7.29, 12.8.29, 12.9.29, 12.10.29, 12.11.29, 12.12.29, 12.1.30, 12.2.30, 12.3.30, 12.4.30, 12.5.30, 12.6.30, 12.7.30, 12.8.30, 12.9.30, 12.10.30, 12.11.30, 12.12.30, 12.1.31, 12.2.31, 12.3.31, 12.4.31, 12.5.31, 12.6.31, 12.7.31, 12.8.31, 12.9.31, 12.10.31, 12.11.31, 12.12.31, 12.1.32, 12.2.32, 12.3.32, 12.4.32, 12.5.32, 12.6.32, 12.7.32, 12.8.32, 12.9.32, 12.10.32, 12.11.32, 12.12.32, 12.1.33, 12.2.33, 12.3.33, 12.4.33, 12.5.33, 12.6.33, 12.7.33, 12.8.33, 12.9.33, 12.10.33, 12.11.33, 12.12.33, 12.1.34, 12.2.34, 12.3.34, 12.4.34, 12.5.34, 12.6.34, 12.7.34, 12.8.34, 12.9.34, 12.10.34, 12.11.34, 12.12.34, 12.1.35, 12.2.35, 12.3.35, 12.4.35, 12.5.35, 12.6.35, 12.7.35, 12.8.35, 12.9.35, 12.10.35, 12.11.35, 12.12.35, 12.1.36, 12.2.36, 12.3.36, 12.4.36, 12.5.36, 12.6.36, 12.7.36, 12.8.36, 12.9.36, 12.10.36, 12.11.36, 12.12.36, 12.1.37, 12.2.37, 12.3.37, 12.4.37, 12.5.37, 12.6.37, 12.7.37, 12.8.37, 12.9.37, 12.10.37, 12.11.37, 12.12.37, 12.1.38, 12.2.38, 12.3.38, 12.4.38, 12.5.38, 12.6.38, 12.7.38, 12.8.38, 12.9.38, 12.10.38, 12.11.38, 12.12.38, 12.1.39, 12.2.39, 12.3.39, 12.4.39, 12.5.39, 12.6.39, 12.7.39, 12.8.39, 12.9.39, 12.10.39, 12.11.39, 12.12.39, 12.1.40, 12.2.40, 12.3.40, 12.4.40, 12.5.40, 12.6.40, 12.7.40, 12.8.40, 12.9.40, 12.10.40, 12.11.40, 12.12.40, 12.1.41, 12.2.41, 12.3.41, 12.4.41, 12.5.41, 12.6.41, 12.7.41, 12.8.41, 12.9.41, 12.10.41, 12.11.41, 12.12.41, 12.1.42, 12.2.42, 12.3.42, 12.4.42, 12.5.42, 12.6.42, 12.7

Hamburger „Stammheim“-Prozeß: Auch im Urteil die harte Linie

Nach acht Verhandlungstagen wurde im 90a-Prozeß gegen Maria, Mirca und Birgit am 6.12. das Urteil gesprochen. Zweimal vier Monate und einmal drei Monate auf Bewährung (auf vier Jahre). Dazu jeweils 2.400 DM Geldbuße, zu zahlen an die Witwen- und Waisenkasse der Polizei. Das Urteil ist genauso skandalös wie der Prozeß selbst es war.

Zur Erinnerung angeklagt waren die drei Frauen, weil sie ein Flugblatt verteilt hatten, in dem in Zusammenhang mit den „Selbstmorden“ in Stammheim geschrieben wurde: „Wir glauben nicht an die staatlich verordnete Selbstmordthese, sondern sind der Meinung, daß die drei Gefangenen vom Staatsschutz ermordet worden sind.“ Außerdem wird in dem Flugblatt vom „Lügengebäude des Staates“ um die Haftbedingungen in Stammheim und vom Staat als Unterdrückersystem gesprochen, wodurch sich der Staat ebenfalls verunglimpft fühle.

Polizeiüberfall, Schikanen statt Wahrheitsfindung

Auftakt des Prozesses machte ein Polizeiüberfall im Gericht mit anschließendem Haftbefehl gegen die Angeklagten (siehe AK 165).

An den folgenden Verhandlungstagen ließen die Provokationen durch das Gericht nicht nach. Kein einziger Beweisantrag wurde von Richter Graue zugelassen. Und Beweisanträge hat die Verteidigung eine Menge gestellt. Die Stammheimer Ermittlungsakten sollten beigegeben werden, um die Ereignisse vom 18.10.77 aufzuklären zu können, die Rolle der Geheimdienste am 18.10. sollte behandelt werden. Gutachten zu den Haftbedingungen sollten beigegeben werden, Irmgard Möller sollte zu den Vorgängen am 18.10.77 befragt werden usw. Alles Anträge die Fakten gebracht hätten, die die offizielle Version anders als in Frage gestellt hätten. Ein solches Verbot war ein Verstoß gegen die Grundrechte.

So mochten die Richter gewisse Ablehnungsformeln gegen die Beweisanträge waren („Ohne Bedeutung für das Verfahren“), so einseitig waren seine Schikanen, Rügen, Ermahnungen, Drohungen mit Ordnungsmitteln gegen Angeklagte, Anwälte und die Öffentlichkeit. Es wurde durchgängig in der „Abstellkammer“ Raum 192 verhandelt, in dem die Menge der Besucher nicht hineinkam. Daß Prozeßbesucher vom Staatschutz beim Betreten des Gerichtsgebäudes fotografiert wurden, störte Richter Graue nicht. Die Anwälte wurden fotografiert, störte Richter Graue nicht. Die Anwälte beim Sprechen zu unterbrechen und andere kleinere Schikanen gehörten zur Tagesordnung.

Ordnungshaft für die Angeklagten

Einen Höhepunkt setzte Richter Graue noch am vorletzten Verhandlungstag, als er die drei angeklagten Frauen zu einem Tag Ordnungshaft verurteilte. Die Angeklagten sahen keine Möglichkeit mehr, sich zu verteidigen, nachdem alle Beweisanträge abgelehnt und die Beweisaufnahme abgeschlossen war. Mit folgender Erklärung wollten sie den Gerichtssaal verlassen: „Von Anfang bis Ende haben Sie, Herr Graue, sich geweigert, sich überhaupt mit dem Hintergrundmaterial zu den Vorfällen in Stammheim auseinanderzusetzen. Daß Sie jetzt auch Irmgard Möller, die einzige Überlebende von Stammheim, nicht als Zeugin vernehmen wollen, ist der Höhepunkt. Wir sehen deshalb keinen Sinn mehr in weiteren Versuchen, uns hier zu verteidigen.“

Als die Angeklagten sich nicht mehr auf die Anklagebank setzen wollten, wurden sie einen Tag in Ordnungshaft genommen.

Am letzten Tag: Verhandlung ohne Angeklagte und ohne ihre Anwälte

Aus dem gleichen Grund erschienen die Angeklagten am nächsten Verhandlungstag nicht. Da die Verteidiger verhindert waren (was das Gericht schon beim Festlegen dieses Termins wußte), wurde der Prozeß durchgezogen. Das Plädoyer der Staatsanwaltschaft, die Urteilsfindung und die Urteilsbegründung dauerten zusammen eine knappe Stunde.

Der Staatsanwalt ging in seinem Plädoyer nicht auf die Stammheimer

„Selbstmorde“ ein, sondern baute alles darauf auf, daß die BRD als Unterdrückungssystem bezeichnet wurde. Da die Angeklagten sich nicht vom Inhalt des Flugblattes distanzieren hätten und sich mit diesen Sachen auseinandersetzen würden, hätten sie in „böswilliger Absicht“ und „wider besseren Wissens“ die BRD verächtlich gemacht. Wider besseres Wissen, weil den Angeklagten die Ermittlungsergebnisse der Staatsanwaltschaft zu Stammheim bekannt gewesen wären. Außerdem hätten sie gewußt, daß die Anwälte Müller und Newerla wegen Waffenschmuggels nach Stammheim angeklagt waren angeblich Beweis für „Selbstmord“.

Der StA führte weiter aus, daß in diesem Staat Kritik ja erlaubt (sogar erwünscht!) sei, und die drei Frauen nicht wegen einer Kritik angeklagt seien, sondern wegen der Form. Die Anwälte hätten in ihren Beweisanträgen schließlich bewiesen, daß man Kritik auch sachlich vortragen könne. In dem Flugblatt sei durch die Form und die Art und Weise eine besonders massive und gravierende Verunglimpfung der BRD begangen worden. Da unter soll man (soll wohl verstehen) daß „erlaubte Kritik“ an diesem Staat in Form von Beweisanträgen vorgebracht werden muß.

Der StA-Anwalt versuchte dann noch durch die Persönlichkeit der Angeklagten ihre Unentschiedenheit herauszustellen, und „begründete“ damit seine Forderung nach vier Monaten Haft bei Maria und Mirca und drei Monate bei Birgit, alles auf Bewährung.

Urteil im Western Stil

Maria, Mirca und Birgit waren in dem Plädoyer des Staatsanwalteurs zu Urteilsfindung gebracht, er war ca. fünf Minuten. Aber getreu seinem bisherigen Verhandlungsstil, trug Richter Graue noch dicker auf als der StA. Auf „erlaubte Kritik am Staat“ ging er gar nicht näher ein, an diesem Staat sei nichts kritikwürdig. „Es gab hier noch nie so einen freiheitlichen Staat, wie diesen, es gibt überhaupt keinen freiheitlicheren Staat als die BRD.“ Deshalb müsse man eine Verunglimpfung hart bestrafen, sonst „gäbe sich der Staat selbst auf“, „gäbe sich der Staat selbst auf“.

Ob und wie die Angeklagten die „Verunglimpfung“ der BRD tatsächlich begangen haben, ließ Richter Graue unerwähnt. Zur Feststellung ihrer Schuld reichte ihm allein die Beurteilung ihrer Person(en) aus (das Verhalten vor Gericht, ihr Lebenslauf gegen sie wegen ähnlicher „Delikte“ laufende Ermittlungsverfahren, ihr „Kontakt zu Mitgliedern der Terrorzelle“). Die Angeklagten seien sogar selbst „Randfiguren der Terrorzelle“, das schon lasse ihre böswillige Haltung gegenüber diesem Staat erkennen. Um eine konkrete Beurteilung einer möglichen konkreten Straftat scheint es diesem Richter schon längst nicht mehr zu gehen.

Richter Graue rechtfertigte sich noch einmal seinen Verhandlungsstil. Die Prozeßöffentlichkeit sei keine Öffentlichkeit im Sinne des Gesetzes, sie sei vielmehr „sympathisierend, agitierend und saboteurend“. Angeklagte und ihre Anwälte hätten die Prozeßbesucher „bestellt“, um ihn unter Druck zu setzen — das könne ihn aber gar nicht beeindrucken. Ein Lehrstück von Demokratieverständnis eines westdeutschen Richters!

Der Prozeß und das Urteil sind ein skandalöser Beweis dafür, wie dieser Staat sich selbst die „Terroristen“ schafft, mit denen er dann den Abbau rechtsstaatlicher Grundsätze zur Aufrechterhaltung von „Sicherheit und Ordnung“ legitimiert.

Um die Prozeßkosten zahlen zu können und um eine evtl. Berufungsverhandlung bestehen zu können, brauchen Maria, Mirca und Birgit Unterstützung.

Ihr Spendenkonto bei der Haspa, Hamburg:
1044/757407 Concordia Jarowoy
IKAB/Hamburg

Prozeß gegen Siegfried Haag

Seit Juli '79 wird in Stammheim der zweite Teil des Verfahrens gegen Siegfried Haag verhandelt. Der erste Teil des Prozesses war gegen Siegfried Haag, Roland Mayer und Sabine Schmitz gemeinsam geführt worden. Danach S. Haag zu 14 Jahren R. Mayer zu 12. beide wegen drei Banküberfällen, Autodiebstahl und „Rädelsführerschaft in einer terroristischen Vereinigung“ — und S. Schmitz zu knapp drei Jahren verurteilt wurden.

Beim jetzt abgetrennten Teil des Verfahrens gegen S. Haag geht es darum, Siegfried eine Beteiligung an der Aktion in der Stockholmer Botschaft „nachzuweisen“. Als Kronzeugen dafür sollen Speitel und Egloff dienen (Egloff für den Vorwurf des Waffentransports aus der Schweiz).

Von ein Anwalt zum Rädelsführer aufgebaut wird

Siegfried war der letzte Anwalt von Andreas Bader, nachdem alle anderen Anwälte durch das Verteidigerausschließgesetz (Verbot der Mehrfachvertretung) ausgeschlossen waren. Er wurde dann am 9. Mai 1975 festgenommen, weil er angeblich Waffen aus der Schweiz in der BRD geschmuggelt haben soll. Nach dem ersten Haftprüfungsantrag wurde er zunächst wieder freigelassen, sollte aber auf Betreiben von Bundesanwalt Lampe wieder verhaftet werden.

In dieser Situation ist Siegfried untergetaucht, und zwar nach dem Tod von Holger Meins, mit der Begründung, in einem Staat, in dem Gefangene zu Tode kommen, und Anwälte keinen Schutz mehr für ihre Mandanten bieten können, wolle er seine Freiheit nicht demütigen bedrohen lassen. Sein Mandant Andreas Bader führte von Abtauchen zurück auf die Kriminalisierung der Anwälte.

In der Presse war das natürlich anders zu lesen. Gemäß der Theorie, die Anwälte würden sich von den RAF-Gefangenen in Stammheim instrumentalisieren lassen, hieß es, Haag habe als letzter die Befehle von Andreas Bader empfangen und stünde jetzt unter fürchterlichem „Leistungsdruck“. In der Folgezeit wurde er als „Rädelsführer“ für alles aufgefasst, was es gab. Mal hieß es, er sei „Chef“ der „Revolutionären Zellen“, mal „Kopf“ der RAF, und zum Schluß, er habe die „Haag-Mayer-Bande“ aufgebaut und von Kurenkampfe mit der RAF gehabt. Die „Haag-Mayer-Bande“ ist eine reine Konstruktion, wenn man bedenkt, daß Siegfried sich in seinem Prozeß zur RAF bekannt hat. Diese Konstruktion macht es aber möglich, der Öffentlichkeit ein Bild von Rechtsanwälten vorzuführen, nach dem diese vorzusagen den Teil der „linken Intelligenz“ repräsentieren. Der sich nicht auf die „gute alte Liebesheute des Genz“ repräsentieren, der sich nicht auf die „gute alte Liebesheute des Terrorismus“ beschränkt, sondern sel-

ber „Banden“ gründet usw. usf. Daß Leute mit so einem Beruf — wenn sie schon mal RAF-Gefangene verteidigen — natürlich Waffen in Kasse und Gerichtsställe schleusen, kann ohne jeden Beweis behauptet werden, tatsächlich ist Siegfried der einzige Anwalt, der untergetaucht und zur RAF gegangen ist.

Pech mit den Kronzeugen

Mit den Kronzeugen klappt es in diesem Prozeß nicht so richtig. Volker Speitel hatte seinerzeit (als er selbst noch im Knast war) erklärt, Haag habe ihn angewiesen, die Botschaft in Bern auszukundschaften. Später habe man sich dann für die Stockholmer Botschaft entschieden. Inzwischen — so seine Aussage im Haag-Prozeß — erinnert sich Speitel jedoch, mit Haag „nur so allgemein geredet“ zu haben. D.h. Speitel belastet Haag nicht mehr wegen Stockholm, nachdem im Müller/Newerla-Prozeß zutage gekommen ist, daß Speitel selbst in die Stockholm-Aktion verwickelt war.

Speitel ist weder seiner Ladung zum Fantasia Prozeß noch der zum Haag Prozeß in der letzten Woche nachgekommen, und hat stattdessen durch seinen Anwalt erklären lassen: „Ich baue mir im Ausland eine neue Existenz auf. Meine Befürchtung, daß ich zu jedem nur denkbaren Verfahren als Zeuge vor Gericht geterrt werden soll, um mich vor die Filinte zu bekommen, bestätigt sich.“ („TAZ“ vom 26.11.).

Statt der Zeugenansage Speitels ereignete sich so Siegfrieds Verteidiger Hans Joachim Weider, ein „bisher einmütiger Vorgang. An die Stelle der Hauptbelastungszeugen Volker Speitel tritt der Verfasser und Vertreter der Anklage Bundesanwalt Lampe. Der Ankläger selbst wird zu seinem wichtigsten Zeugen, Ankläger und Zeuge in einer Person.“ („TAZ“ vom 26.11.).

Lampe sagte also an Speitels Stelle als „Zeuge“ aus, und zwar der, was ihm Speitel alles erzählt haben soll.

Lampe Anklage gegen Haag, wegen „Beihilfe zum Mord“ und „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung“ stützt sich auf Aussagen von Speitel, der erklärt hat, er habe Haag ausgenutzt, daß Haag in der Stockholm-Aktion war.

Außerdem gab es in der Gefangenen vom Kommando (Hagen Meins), die für die Stockholm-Aktion verantwortlich waren, im Haag-Prozeß erklärt, daß es unmöglich sei, daß ein Rechtsanwalt in einer illegal arbeitenden Gruppe mitarbeitete.

Noch schwieriger sieht es mit dem „Kronzeugen“ Egloff aus. Egloff ist einer der drei Schweizer Zeugen, die Brigitte Heinrich belastet hatten. Einer der drei Schweizer Zeugen, die Brigitte Heinrich belastet hatten. Ebenso hatte Egloff, während er

selbst in der Schweiz in Haft war, Haag wegen Waffenschmuggels aus der Schweiz in die BRD belastet. Diese Waffen sollen angeblich für die Stockholmer Aktion gewesen sein.

Inzwischen hat Egloff im Brigitte-Heinrich-Prozeß erklärt, daß seine belastende Aussage von damals nicht stimmt, sondern daß er die nur deshalb gemacht habe, weil er unter Druck gestanden habe. Inzwischen wurde Egloff wegen angeblicher Falschaussage im Prozeß gegen Brigitte Heinrich verhaftet, weil er erklärte, er habe seine damaligen belastenden Aussagen nur unter Druck gemacht (siehe nebenstehenden Artikel). Zu einer Aussage im Haag-Prozeß dürfte er auf diese Weise nicht mehr kommen. Offenbar sind die Anklagebehörden sehr empfindlich, wenn sich ein „Kronzeuge“ der Anklage so unversichert und auffällig als Entlastungszeuge der Verteidigung entpuppt!

Statt Prozesse mit Kronzeugen künftig Sicherungsverwahrung?

Wenn es mit „rechten Dingen“ zugeht, dürfte Siegfried Haag nur fünf Jahre kriegen — das hatte gleich nach Siegfrieds Verhaftung selberzeit der „Spiegel“ geschrieben. Wer aber so zum „Rädelsführer“ aufgebaut wird, der soll auch lebenslanglich hinter Gitter. So basteln Bundesanwaltschaft und Richter Fischer daran, am Beispiel Siegfried Haag die Sicherungsverwahrung einzuführen.

Anklage und Prozeß wurden so aufgebaut, daß die juristischen Voraussetzungen für die Sicherungsverwahrung (Übrigens ein Paragraph aus der Nazi-Zeit) erfüllt werden:

— aus einem Prozeß wurden zwei Verfahren gemacht
— das erste Urteil erging wegen drei Straftaten

Voraussetzung zur Verlängerung der Sicherungsverwahrung ist nämlich, daß der Angeklagte mehrmals vorbestraft ist oder drei vorläufige Straftaten begangen hat, zu einer Freiheitsstrafe von mindestens drei Jahren verurteilt ist, und „die Gesamtwürdigung des Täters und seiner Taten ergibt, daß er infolge eines Mangels an erheblichen Straftaten für die Allgemeinheit gefährlich ist.“

Die Bundesanwälte Lampe und Bern hat haben Antrag auf Anwendung des SV Paragraphen gestellt und das Oberlandesgericht Stuttgart (5. Senat) hat am 3.8.79 Siegfried die psychiatrische Zwangsuntersuchung angedroht, wenn er sich nicht freiwillig durch einen Psychiater zur Vorbereitung eines Gutachtens zur Sicherungsverwahrung untersuchen läßt.

Eine Genosin aus

Fine Genosin aus Baden-Württemberg

Mal was anderes: „De Schnüss“ darf Polizei-„Brutalität“ aufdecken

Die Bonner Stadtzeitung „De Schnüss“ wurde in einem Berufungsprozeß vom Vorwurf der Beleidigung der Polizei freigesprochen. Das Gericht sah nicht nur ein berechtigtes Interesse der Öffentlichkeit an der Auseinandersetzung mit polizeilichem Handeln, sondern sprach auch massive Kritik an der „völlig unmöglichen Härte“ polizeilicher Übergriffe aus.

M. Kramer als verantwortlicher Redakteur von „De Schnüss“ war in erster Instanz wegen Beleidigung in einem Artikel über einen Polizeieinsatz verurteilt worden. Berichtete hatte das Blatt über die „züglerische“ Zerstörung eines KBW-Büchertisches bei einem Einsatz am 1. Mai und über die Auflösung einer angeblichen „Gegendemonstration“, bei der festgenommene Bürger an Haaren gezogen, an Geschlechtssteile getreten und „absichtlich“ mit dem Kopf gegen ein Polizeifeld geschlagen wurden.

Auf 600,- DM Geldstrafe lautete das Urteil in 1. Instanz, weil die Berichterstattung einseitig und tendenziös gewesen sei und das, obwohl Amtsrichter Haase feststellte, daß der „tatsächliche Kern“ der meisten Behauptungen erwiesen sei. Für diesen Beweis sollte Kramer allerdings auch noch einmal 20.000,- DM zahlen — zum großen Teil setzte sich dieser Gerichtskostenbetrag nämlich aus Aufwendungen für Zeugen und Ver-

handlungsgebühren für 62 Zeugen zusammen, die zu den Vorwürfen befragt wurden.

Staatsanwalt Dettmann vermochte auch in der 2. Instanz nicht zuzubilligen, daß es in der BRD von Kommunisten besetzte Polizisten gehe. Diese von der Verteidigung gegebene Darstellung des Sachverhalts verstöße gegen die „Denkgesetze“, daß sich ein Beamter nicht mitwürgen in eine Schikane einlasse.

Als besonders wichtig für das Recht auf Meinungs- und Pressefreiheit kam es da nur herausgestellt werden, wenn sich der Bonner Richter in dem Berufungsverfahren diesen staatsanwaltschaftlichen „Denkgesetzen“ nicht unterordnete. Er sah die von „De Schnüss“ gegebene Berichterstattung in den meisten Punkten

für erwiesen an, dort, wo es „tendenziosen Übertreibungen“ gebe, seien sie im Rahmen der „Wahrnehmung berechtigter Interessen“ noch gerechtfertigt. Vergessen werden sollte allerdings nicht, daß die Praxis in den meisten deutschen Gerichtssälen so aussieht, daß das Vorgehen der Polizei nicht ins Licht der Öffentlichkeit gezogen wird, und kritisiert werden darf, entweder, weil die Polizeibeamten sich untereinander durch Falsch Aussagen decken (so im Prozeß gegen „De Schnüss“ gerichtlich festgestellt), oder weil Beweisanträge zu einzelnen Akten von Polizeibeamten nicht zugelassen werden. (Quellen AK Nr. 151, „FR“ vom 20. und 24. November 1979)

IKAB



Leserbrief: Werner Schlegel an Erich Fried

Lieber Erich Fried

I
Des Unmenschens Etymologie

Immer öfter beinahe schon täglich lese ich in der Zeitung irgendwo feuert irgendwelche uniformierten Maschinengewehr- oder Maschinenpistolensalven ab in die demonstrierende Menge

Salve — Heil
Dir begrüßt sein du! bedeutet das

W/Sch

II

Warum diese Selbstzürnerung als Leitmotiv? Du wirst es wissen, am Schluß des Briefes.

Vorweg: Spät wurde Deine Antwort im AK 165 veröffentlicht, was ich bedaure. Für mich allerdings war dies mit ein Grund nun auch mit meiner Antwort noch zu warten. Jede Art von Zensur, egal welche Motive für sie angeführt werden, ist nur ein Grauel. Hinter der — zunächst Nichtveröffentlichung Deiner Antwort vermutete ich Zensur; beabsichtige das bei einem nächste Woche stattfindenden Besuch zu klären. (P.L. vom Recent-Verlag). Nichts, gar nichts hatte mein langes Schweigen also zu tun mit einer Verurteilung von Dir. Wie kam ich dazu? Woher nähme ich das Recht? Positionen, Handlungen, Verhaltensweisen eines Menschen zu kritisieren ist e i n e s. Darob den ganzen Menschen zu verurteilen anders. Unzulässig anderes, meine ich, solange das zu kritisierende nicht für eine generelle Grundhaltung des betreffenden Menschen steht. Du generell repressives Denken und Handeln zu unterstellen, lag mir fern, da ich in der Tat viele der von Dir erwähnten Veröffentlichungen (putative Ermordung E. v. Dyck etc.) kenne und — damit auch den Verfasser — schätze Gerade deshalb aber schien mir eine öffentliche — Kritik an Deinen Äußerungen in Sachen Roth contra linke Mathisapologeten, alias Rabehl und Co., nötig. Weil Du Dich damit auf die — mit Recht! — gerade von Dir wieder und wieder kritisierte Ebene des „mieses Spiel“ begabst, der nicht nur keine „unheimlichen Ähnlichkeiten“ mit dem der rechten, sondern vor allem auch den Methoden stalinistischer Zwangsüberzeugung und „volksgelückung“ nicht verhehlen kann. (Ein Stil der — dies am Rande — es FJS und Konsorten auszeichnet macht, triumphierend die rotbraune Gleichung zu verbreiten!). Damit aus Eingemachte

III

III

Wir werden Sie erziehen, Herr Zahl, und wenn wir Sie zerbrechen!
(BR Hörner/Wert)

Wer wie Zahl andere und ich „inside the company“ exauert, durch die vailam bekannten Haftbedingungen von Herolds Gnaden mehr zum unteren zum Überleben sich gezwungen sieht, weiß, Goldwiners Feststellung ex Cathedra (Brief an PPZ, „TAZ“ v. 29.6.79), „niemand will Sie vernichten“ — gemeint waren die Gefangenen aus der Guerilla —, ist schlicht Unfug; zeugt zumindest von mangelnder Bereitschaft Fakten zu akzeptieren. Holger Meins ist nicht zufällig verhungert, Siegfried Hauser wurde nicht zufällig transportunfähig nach Stammheim geflogen. Werner Hoppe wurde weder zufällig, noch aus Sicherheitsgründen, an den Rand des Todes gebracht. Nicht zufällig wurde gegen Herbert Soffel (vgl. bitte „TAZ“ v. 9.11.) über vier Jahre lang mit Rebmanns 129er Knebelkette ermittelt, damit Knast im Knast von dem Isolationshaft nur ein Aspekt ist! — legitimiert, um diesen Anklagepunkt nunmehr saug- und klanglos fallen zu lassen. Nachdem Soffel zum wiederholten Male in Lebensgefahr schwelgte, von neutralen Gutachtern erneut für haftunfähig erklärt wurde und, am entscheidendsten, seine Gesundheit (Nieren) irreparabel ruiniert ist. Die Leute könnte beliebig verlagert werden. Mit Fakten, nichts als Fakten.

Da von fehlendem Vernichtungswillen zu reden, blauäugig aus der Ferne, ist mehr als Unfug, ebnet letztlich ungewollt diese in x Fällen manifestem Vernichtungswillen die Bahn. Sage keiner, hysterisiertes Sicherheitsdenken! Dem setze ich das Beispiel W/Sch entgegen. Haftbedingungen wie bekannt, nachzulesen im An-

hang meines neuen Buches. A b e r : Alle „Sicherheitsmaßnahmen“ gelten nicht für die 7 1/2 Stunden täglicher Knastarbeit. Seit Juni 1977, unterbrochen durch Kontaktsperre, danach dreimonatige Arbeitsverweigerung, da ich nicht bereit war, tagsüber mich an eine Druckmaschine zu stellen, wochenlang, während zur gleichen Zeit — nach dem 18.10.77 — nachts durch Zellenüberbeleuchtung und Sichtkontrolle in 5-Minutenabstand Schlaf entzogen wurde; Seit Juni 1977 also arbeite ich in der Knastdruckerei. Buchdruck, Heidelberger Tegel. Ebenso lange steht noch nicht einmal drei Meter von mir entfernt ein Knaster (20 J) mit Benzin, ein weiterer mit ebenfalls hoch feuergefährlichem Walzenreinigungsmittel. Genügend Material, um nicht nur in der Druckerei ein Feuerwerk loszulassen, hätte ich die Absicht

Für den Weg von und zur Arbeit entfällt die sonst bei jedem Schritt bisher übliche Begleitung durch zwei Beamte.

In x Beschwerden, Briefen aus JM NRW, Anträgen auf gerichtliche Entscheidung, wurde von mir und meinen RAs auf den obigen Sachverhalt hingewiesen. Wer nun annimmt, die Knaster seien schleunigst entfernt, weggeschlossen, ich besser be- und überwacht worden, irt. Nichts von alledem!

Merke: Knastarbeit dient dem Profit von „Vater“ Staat, geht noch einmal vor Repression. Das kennen wir doch von gewissen „Arbeitslagern“, nicht? Es genügt ja die totale Einschränkung im sonstigen Knastleben, besonders der zerstörerischen Rhythmus fünf Tage pro Woche 7 1/2 Stunden mit Mitgefangenen zusammen, dann zwei Tage 23 allein im Schlafsaal (Umschlußsperre, keine Teilnahme an Freizeitgruppen seit Schleyer), um das Zerstörungswerk zu Ende zu führen.

Soweit zur Sicherheitshysterie, die angeblich allein für den Knast im Knast verantwortlich zeichnet, und dem fehlenden Vernichtungswillen.

lichen, entstehen. Niemals aber auf Kosten anderer!

IV

„Wenn Sie gewisse Kontakte aufgeben würden, wird Ihr nächster Urlaubsantrag sicher wohlwollen betrachtet!“

Ein Herr aus dem JM NRW vor kurzem unter vier Augen zu mir

Was hat das alles mit der Auseinandersetzung Mahler/Zahl, Roth/Mahler, usw. zu tun? Viel, sehr viel!

Mahler hat auf Kosten anderer sich seine Freiräume — und mehr als das! — verschafft!

Es gibt ein Gedicht von Brecht („Eisen“), in dem es heißt: „Doch was da aus Holz war/bog sich und blieb“. Nichts anderes meinte ich mit „Alternative II“. Karl-Heinz Roth warnte neulich davor, Genossen(sch)en anzuzeigen, die nicht Eisen sondern Holz sind, und letzteres sehr bewußt. Erne berechnete Warnung! Wer trotz aller Repression immer noch bei offenen Türen sein Glas Bier trinken kann, hat leicht Märtyrertum fordern (Märtyrer braucht diese Linke nicht), sondern lebendige, handlungsfähige und handlungsbereite Menschen!

Mahler aber ist weder Eisen noch Holz, nicht Fleisch noch Fisch, sondern der Lehm, mit dem er warf und — wenn gewisse Gerüche vom Gehauptreffen Bundesinnenphilister/Mahler zutreffen — noch immer werfen will!

Mahler leugnete den Knast im Knast, leugnete vor allem seine Folterwirkung. Dazu hat Zahl genug gesagt. Allerdings: Was er sagte, enthielt den Vorwurf des bewußten Verrats, der Kausalität. Nun sind Umstände wie das „Spiegel“-nde Pamphlet, Urlaub, obwohl entgegen den offiziellen Äußerungen gesetzliche Voraussetzungen, nach dem Strafvollzugsgesetz nicht erfüllt waren, Erklärungen zur 2/3-Entlassung, obwohl darüber wiederum II Gesetz einzig die zuständige Strafvollstreckungskammer angeht, von

Leuten wie Rabehl und Co. das Recht, ihm Haftpsychose zu unterstellen? Wer gibt Dir das Recht zu fordern, der AK hätte solche Positionen nicht zu veröffentlichen?

Dagegen und nur — zunächst mal — dagegen wandte ich mich! Ist da der Vergleich mit Dissidenten-Psychiatrie nicht angebracht?

Nicht Dein Angriff auf Roth an sich störte, nein, entsetzte mich. Die Art und Weise des Angriffs war's. Für mich Zeichen, daß auch Du langsam infiziert wirst vom rapiden Niedergang linker politischer Kultur in diesem Lande (den Du ja andererseits selbst konstaterst!), dessen hervorstechendstes Merkmal der Gebrauch des Wörterbuchs des Unmenschens ist. Das Abwürgen inhaltlicher Auseinandersetzung durch haßbesetzte Schläge unter die Gürtellinie, das Polemisieren ohne Analyse (die Roth, wenn auch in maximiertem intellektuellem Abstraktionsgestus, detailliert leistet; damit sich die Grundlage für seine Polemik erschließt!), last not least der monologische Dialog, dessen Ritus die Argumente anderer nur anhören läßt, um eben diesem Ritus (pseudo)sozialistischer Auseinandersetzung äußerlich gerecht zu werden (Beispiel par excellence: Ansedebatte im KB!); all dies sichtbare Zeichen der Agonie.

Selbstzerfleischung — ein in der Tat zu psychologisierendes Zeichen! — als psychosomatische Reaktion auf einen übermächtig scheinenden Repressionsapparat? Übermächtig auch und gerade, weil die Linken nur Kinder ihrer Väter sind, damit geschlagen mit einem der deutschen Grundübel 150 %ige Standpunkte zu beziehen? Sicher, die ersparen mühsame Erkenntnisprozesse, ersparen vor allem Zweifel. Zweifel aber bedeutet Unsicherheit. Die Kinder von Marx/Schleyer und Coca-Cola, gut deutsch wie sie nunmal alle sind, seit Generationen, fürchten nichts mehr denn Unsicherheit und offene Fragen. Da sind sie ihren Vätern nicht nur ähnlich, da übertreffen und überholen sie diese linkerhand!

ist, andererseits x Fakten, nicht zuletzt die Untersuchungsergebnisse wissenschaftlicher Isolationsforschung, ihn längst widerlegen?

Keine Frage; reagierten Rabehl und Co. — wie Zahl mir schrieb auch noch geschulchtfälschend; er wird's wissen, besser als ich, der ich nicht aus der 68er-Generation stamme, sie nur noch am Rande erlebte — so hektisch-hysterisch, weil betroffene Hunde nun mal bellend?

Nein, nichts davon bei Dir, weil es, wie Deine Roth-Polemik zeigte, nicht um Bild, in Dein Bild paßt. Ein Bild, daß viele Farben enthält, die ich nicht anders sehen der Wahrheit der Verzweifeln, deren „Avantgardebewußtsein“ Scheißerei — egal, wer zuerst schoß! — mitten unter Passanten zuläßt. Einverständnis, mehr müßens kritisiere, an deren Integrität niemand grundsätzlich zweifeln kann Einverständnis auch mit den „zahllosen anderen Aufgaben“, die auf der Tagesordnung zu stehen hätten

Und einverständnis, voll und ganz, vor allem mit dem, was nicht auf der Tagesordnung steht; die politische Revolution durch den bewaffneten Kampf

Einverständnis — und deshalb kritisierte ich, würde es wieder tun. Für alles, was auf der Tagesordnung steht, mit jedem Tag mehr unter den Nägeln brennt — von FJS, der nicht die Gefahr ist, sondern das, was er vertritt, was sich hinter ihm bürst, ganz zu schweigen — brauchen wir Genossinnen, die sich freihalten können vom schwarz-weiß-Denken, von Selbstzerfleischung, von 150 %igen Positionen, freihalten aber zentraler von der Angst vor offenbleibenden Fragen. (Ein Beispiel: Stammheim. Ich glaube an Mord. Aber ich weiß es nicht, denn wissen heißt, beweisen können!)

Was aber Mahler und die Gehirn-wäsche angeht, er tut mir leid. Er hatte im falschen Moment die falschen Freunde, was auch meint. Es ist nicht allen Verdacht von Zahl, Roth und anderen, nicht der Gehirn-wäsche zum Opfer gefallen, auch Aus und gerade Verdacht unserer Freunde „draußen“ ist's. Derjenigen, für die wir anderen nicht Objekte waren und sind, brauchbar, benutzbar, einsetzbar als Schachfiguren zur Untermauerung der jeweils verteilten Positionen, Aibfiguren, sondern Menschen, Genoss(in)en, Freunde und Freundinnen.

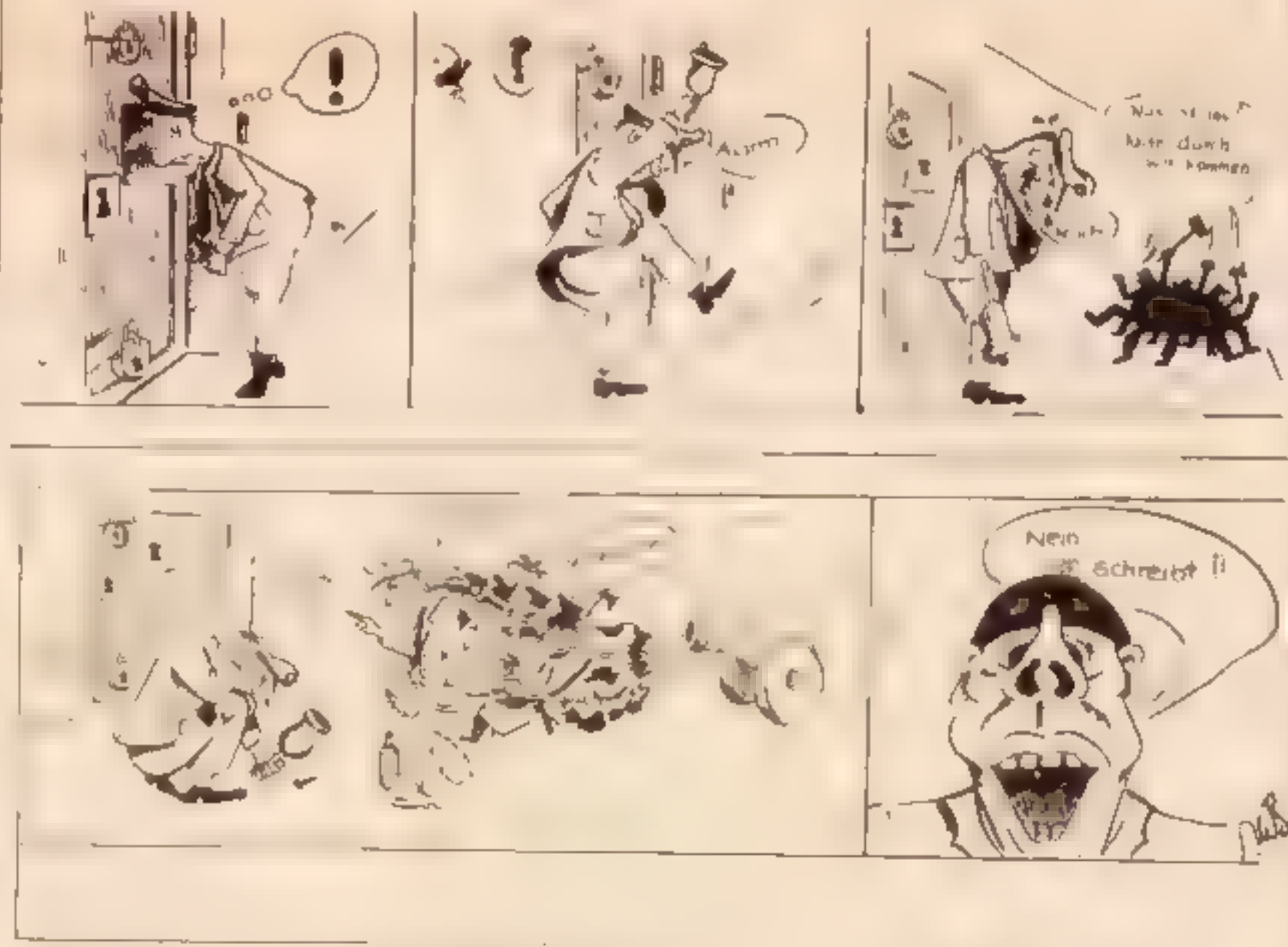
Mir persönlich scheint dies die wichtigste Erkenntnis aus dem „Fall“ Mahler. Ich will sie Dir mit einer Randepisode — aber nicht am Rande — belegen. Eine sehr bezeichnende Episode! Vorgestern schrieb mir ein Kollege, nach der öffentlichen Auseinandersetzung Zahl/Mahler/Roth habe der Rotbuchverlag sein Angebot, daß Mahler dort arbeiten könne, zurückgezogen. „mit dem Argument, sie könnten Käufer verlieren, sobald diese Sache bekannt sei.“

Ein Zeichen mehr für die verkommene poetische Kultur der Linken. Nicht Mahlers Verhalten, sondern das Argument „Käuferverlust = Geldverlust“ war entscheidend. Kommen wir überflüssig. Nicht nur Mahler scheint Opfer der permanenten Gehirn-wäsche des Systems an uns allen zu sein

Freiheit & Glück!
Kein Knast im Knast!

Anmerkung der Redaktion

Werner hat, wenn er schreibt „Hinter der — zunächst — Nichtveröffentlichung Deiner Antwort vermutete ich Zensur“, tatsächlich ein Erichs Brief zunächst nicht bei uns eingetroffen. Wo er verloren ging, wissen wir nicht.



Ein Mitgefangener von Werner hat diese Zeichnung gemacht

Wer tagtäglich konfrontiert ist mit dem Knast im Knast, seiner Repression, Einschüchterung, Lähmung, wer an sich selbst die psychosomatischen Folgen beobachten kann, wissenschaftlich exakt (bei mir unter anderem konstanter Gewichtsverlust, seit zwei Jahren diagnostizierte chronische Kofitis, mit entsprechenden regelmäßigen Anfällen), hat nicht nur ein Recht, gegen diesen Vernichtungswillen von Herold und Co. anzukämpfen, sondern vor allem die Pflicht, daraus Schüsse zu ziehen. Einer davon lautet: Entweder du schwärst ab, gibst klein bei oder du wirst physisch und psychisch zerstört.

Alternative: Im Einzelfall entsteht durch Öffentlichkeitsarbeit von vielen (siehe PPZ, Hoppe, Soffel) genügend Druck, daß die andere Seite partiell zurücksteckt.

Alternative II: Sich ohne Prestige seiner prinzipiellen Positionen so weit zu „beugen“, (Astid Proff als Beispiel), daß minimale Bewegungsfreiräume, die das Unterleben ermög-

abhängige Richter, zu entscheiden hat (mir wurden bereits drei Urlaube verweigert. Trotz Befürwortung Anstalt, trotz erfüllter gesetzlicher Voraussetzungen; trotz angebotener Sozialburgschaft von der PEN Vizepräsidentin I. Drewitz, zahlreichen Kollegen und Freunden, last not least, obwohl ich „nur“ noch anderthalb Jahre bis Endstrafe zu „verbüßen“ habe), Freigängerstatus usw. in der Tat geeignet, einen solchen Verdacht zu nähren.

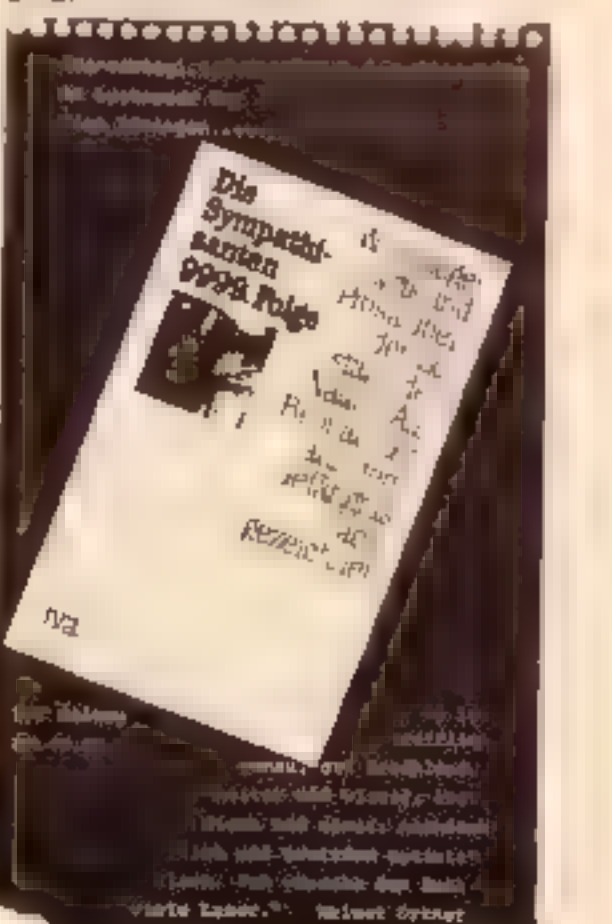
Trotzdem kann und will ich PPZ hier in der Beurteilung nicht folgen, ohne — wie er — Mahler persönlich zu kennen. Vielmehr stimme ich K.H. Roth zu: Mahler fiel der dritte, von mir vorher bewußt nicht erwähnten, Alternative zum Opfer. Gehirn-wäsche! und genau das hat Roth konstatiert. Auch, wer wie dazu beitrug, damit Mahler, das Opfer, mißbrauchend, statt ihm zu helfen

Was, frage ich Dich, ist daran „Gehirnwäsche“, Irrsinn des Geschopfs und ähnliches? Selbst wenn Roth in allen Punkten ganz hätte, was ich bezweifle, wer gibt

Du erwähnest Dein Mahler gewidmetes Gedicht. Noch eines gibt's von Dir (mein friedliches Lieblingsgedicht!), daß vor der Angst von denen, die keine Zweifel kennen, spricht

Aber mit Deiner 150 %igen Konstatierung Rothscher „Gehirnwäsche“ bist Du diesem deutschen Übel, der Grundlage menschenfeindlicher Intoleranz, selbst zum Opfer gefallen. Keine Frage: Könnte Roth nicht Recht haben, Mahler, Opfer von Gehirn-wäsche sein und damit eben zuallererst Opfer, dem solidarisch zu helfen ist, was immer er auch mit seiner Unterstützung von Mahlers — fortgesetzt von Baum und Konsorten — Dissolidarisierungskampagne anrichtete. Und er reichte! Die Verwirklichung des Betongrabs Hochsicherheitstrakt geht auch zu Mahlers Lasten! Er segnete die damit einmal mehr ins archaische verlagerte Perversion herrschender Rechtsstaatlichkeit, Folter und Isolierung leugnend, ab.

Keine Frage: Warum tut er das, wenn's denn nicht bewußter Verrat



Keine Berufsausbildung für Kommunisten

Am 20. November wurde in Braunschweig der Berufsverbotsfall von Jutta B.-P. vor Gericht verhandelt. Sie hat ab WS 70/71 bis SS 74 in Braunschweig an der PH Geschichte und Kunst studiert. Ihre Bewerbung vom Juli 74 ist im Okt. 74 abgelehnt worden. Im Sept. 75 kam es zu einer Anhörung vor der interministeriellen Anhörungskommission, wobei ihr folgendes „vorgeworfen“ wurde: 1. Sei sie 1971 im Sozialistischen Aktionsteil (mit KSB (KBW)lern) tätig gewesen. 2. In der „KVZ“ vom 3.10.79 sei sie zitiert worden, daß sie an der Schule als Lehrerin die KVZ verkaufen wolle. 3. Dazwischen war sie zu einer mündlichen Anhörung vorgeladen worden, die sie jedoch ablehnte, da ihr keine schriftlichen Angaben vorher gemacht wurden. Dies hatte sie auch in mehreren KBW-nahe Zeitungen veröffentlicht und eine Broschüre über ihren Fall erstellt.

Die interministerielle Anhörungskommission kam zu dem Schluß, daß die Zweifel an ihrer Verfassungstreue nicht begründet seien. Trotzdem erhielt sie im Mai 76 wieder einen Ablehnungsbescheid. Eine einstweilige Anordnung gegen diesen Bescheid wurde abgelehnt, woraufhin sie im Januar 78 die Klage vor dem Verwaltungsgericht einreichte. Diese wurde jetzt, im Nov. 79, verhandelt.

Der Prozeß verlief folgendermaßen: Jutta B.-P. wurde als Zeuge in eigener Sache vernommen. Nach ausführlichen Befragungen zu ihrem Lebenslauf wurde es interessant. Die Vertreter des Regierungspräsidenten hatten zwar keine neuen Erkenntnisse, meinten aber, daß sie sich nicht genügend distanzieren hätte und auch heute keine andere Einstellung hätte. Wovon Distanz und Einstellung zu was ließen sie offen. Den Richter interessierte am meisten, warum sie damals ihren Fall öffentlich gemacht hatte. Sie begründete dies einmal mit ihrer persönlichen Betroffenheit zum zweiten mit ihrer Empörung über das Verfahrensweise, d. h. mit dem großen Interesse an der Öffentlichkeit an der Frage Berufsverbote (sie verkaufte 450 Broschüren über ihren Fall) zum vierten damit, daß sie die Bewegung gegen die Berufsverbote stärken wollte und andere nicht dem weiter bestehenden Laster

nichtsausfall an der Schule, wo sie hätte Unterricht erteilen sollen. Sie bestritt jedoch eine Mitgliedschaft im KBW. Dann ging weiter mit dem Grundgesetz. Ob sie denn Kritik an Grundgesetz und Beamtenrecht hatte und wenn ja, wie sie dies durchsetzen wolle. JBP ging mit dem gerade aktuellen Beispiel des Lehrerstreiks auf die Frage ein, ob sie Mitglied der GEW und würde sich zum Beispiel in diesem Rahmen für das Streikrecht der Lehrer einsetzen. Man wollte der Richter wissen, wie sie denn gewährleisten wolle, daß sie im Vorbereitungsdienst, oder als Beamten auch wirklich sich an das Beamtenrecht halte, oder „wie wollen Sie gewährleisten, jederzeit für die FDGO einzutreten?“ Sie führte dazu ihre Arbeit in einem Kindergarten und bei „Arbeit und Leben“, der Bildungsvereinigung des DGB-Niederachsen an, wo sie das Vertrauen aller Mitarbeiter genießt. Das schärfte sie waren die Anwälte der Regierungspräsidenten. Im Verfahren sagten sie keinen Ton und ihre ablehnende Begründung war schlicht Gesinnungsterror. Sie wiederholte nochmal, daß Jutta B.-P. nicht auf der FDGO stehe und unterstellte der Klägerin, daß „sie nicht hinter ihren Aussagen stehe“, also daß sie lüge.

Am Nachmittag erhielt sie den Bescheid des Gerichtes. Die Landesregierung wird verpflichtet, sie in den Vorbereitungsdienst einzustellen. Eingestellt wird sie wohl trotzdem nicht.

Verhandlung der Klage der Brigitte M. Göttingen, z.Z. wohnhaft in Hannover gegen das Land Niedersachsen auf Einstellung in den Vorbereitungsdienst. Verhandlung am 20.11.79

Brigitte M. hat ab WS 71/72 bis 74 in Göttingen an der PH studiert und hat sich seit 1974 erstmalig als Lehrerin z.A. beworben. Im Dez. 74 wurde eine „Routine-Antrag“ bei der Verfassungsschutz gestellt und im März 75 erhielt sie eine Ablehnung. Am 9.9.75 hatte sie eine Anhörung, „da die Zweifel an ihrer Verfassungstreue nicht ausgeräumt“ konnten. 1977 wurde sie als Lehrerin in D.L. und in Göttingen

Einstellung in den Vorbereitungsdienst

Zum Ablauf der Verhandlung zu erst wurden die „verfassungsfeindlichen Verfehlungen“ aufgezählt: 1. Sie sei Mitglied des MSB, 2. sie habe 72/73 und 74 auf der MSB-Liste zum Studentenparlament kandidiert, 3. sie sei 73 im MSB-Akta als Sozialreferent tätig gewesen, 4. sie sei 1972 mit einer MSB-Gruppe in Magdeburg gewesen, 5. sie habe Mitgederwerbungen des MSB besucht, 6. sie habe sich an einer Demo gegen das NHC beteiligt, 7. sie habe an einem SDAJ-Kongreß teilgenommen. Die Vertreter der Landesregierung hatten nichts Neues zu bieten und wußten auch nicht, ob sie noch MSB-Mitglied sei. Daraufhin wurde Brigitte M. als Zeugin in eigener Sache vernommen.

Die Vorwürfe 1.-3. bestätigte sie als richtig und berechnete über ihre Arbeit als Sozialreferent. Sie habe sich um wohnungsuchende Studenten gekümmert und eine Kinderbetreuung für Studierende und alleinstehende Mütter organisiert. Sie habe sich also gerade dafür eingesetzt, Mangel der Verfassungswirklichkeit zu beseitigen.

Auf die Punkte 4.-7. wurde nicht eingegangen, da der Richter sie als nicht gerichtsverwertbar bezeichnete. Abschließende Fragen waren, ob sie noch MSB-Mitglied sei und wie sie gewährleisten wolle, daß sie sich in Zukunft „verfassungstreu“ verhalte. Erstes verneinte sie und ansonsten sei sie mehr als verfassungsloyal. Sie habe in ihren Aktivitäten gezeigt, daß sie sich gerade um die Verwirklichung des GG bemüht habe. Die staatlichen Vertreter unterstellten ihr erstmalig gar kein Interesse an einer Einstellung, da sie ab Ende 75 bis zur Anstellung des Prozesses sich auf mehrere Aufforderungen hin nicht gemeldet habe. Außerdem wäre die politische Zielsetzung des MSB eben doch nicht auf der FDGO zu vereinbaren und die Klägerin hatte die Zweifel an ihrer Verfassungstreue nicht ausgeräumt können. Außerdem habe sie die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes (Punkt 4.-7.) nicht bestritten.

Der Ausgang des Prozesses ist noch nicht bekannt. K.B. Gruppe Braunschweig

Läuft Gscheidle Amok?

Ausgerechnet im direkten Wirkungsbereich der Bundesregierung, die Anfang des Jahres nach fast einjähriger „Liberalisierungs“kampagne mit großem Pomp neue Richtlinien in Sachen Berufsverbote verabschiedete, wird mit geradezu galoppierender Geschwindigkeit die Berufsverbotepraxis ausgeweitet.

Bei Bahn und Post, beides Unternehmen in Bundeshoheit, gibt es inzwischen 50 „Fälle“ von Berufsverbotsmaßnahmen, von denen allein 14 seit dem Sommer dieses Jahres eingeleitet wurden. In allen „Fällen“ werden die stereotypen Vorwürfe der DKP-Mitgliedschaft erhoben, und das ausgerechnet von der Seite, die vor Verabschiedung ihrer neuen Richtlinien vor der Öffentlichkeit einen wahren Eieranz aufführte, um zu begründen, daß ihr bei der Fassung neuer Richtlinien die Hände durch das Bundesverfassungsgerichtsurteil vom Mai 75 auf Engste gebunden seien. Doch gerade dieses Urteil, so reaktionär es insgesamt ist, legte fest, daß der Vorwurf der Mitgliedschaft beispielsweise in der DKP nicht ausreicht, um jemanden aus dem Staatsdienst zu entlassen.

Was bei Bahn und Post z.Zt. durchgezogen wird, liegt völlig auf der Linie dessen, was Minister Kurt Gscheidle im Juni letzten Jahres in einem Stern-Interview sehr offen vertrat: „Ein Beamter, der aktives Mitglied der DKP ist, fliegt.“ Dieser einfach-griffige Grundsatz des Herrn Gscheidle hat z.B. solche konkreten Formen angenommen.

Der fast weltberühmte Lokomotivführer Rudi Röder mußte 1977 aufgrund internationaler Proteste zum Lebenszeitbeamten ernannt werden. In diesem Jahr wurde ein neuerliches Disziplinarverfahren eingeleitet, weil Röder auch danach für die DKP aktiv blieb, indem er u.a. für den Würzburger Stadtrat kandidierte.

Ethwenig seit 28 Jahren im Postdienst tätig und seit 20 Jahren Beamter auf Lebenszeit, wurde Hans Dietz zunächst straflos gelassen und anschließend mit einem Disziplinarverfahren überzogen. Ähnlich erging es dem 48-jährigen Bundesbahnhauptkreditär Hans Schulz.

Weil er als DKP-Mitglied ins Marburger Stadtparlament gewählt wurde und obwohl Marburgs Oberbürgermeister Hanno Drechsler dem als „unzulässige Kandidatur“ einen Riegel setzte, wurde Dietz in die Stadtverwaltung übernommen. Das hessische Mandatssicherungsgesetz schreibt vor, daß „niemand gehindert werden“ darf, „sich um ein Mandat ... in einer kommunalen Vertretungskörperschaft zu bewerben, es anzunehmen oder

auszuüben“. Und wer gewählt ist, darf dadurch keine „Benachteiligungen am Arbeitsplatz“ erfahren.

Diese Berufsverbotskampagne der Bundesregierung ist natürlich auf die Dauer ein auch in der bürgerlich-liberalen Öffentlichkeit und der SPD selber nicht zu erklärender Widerspruch zu den „Liberalisierungs“versprechen. Und so ist es nicht verwunderlich, daß inzwischen breite Kreise protestieren. Die interessanteste Zurechtweisung mußte Gscheidle dabei kürzlich von Partei „genossen“ erfahren. 23 sozialdemokratische Abgeordnete des Europäischen Parlaments haben in einem gemeinsamen Brief an Gscheidle beklagt, daß in seinem Zuständigkeitsbereich „keineswegs“ die von der SPD beschlossene „Liberalisierung“ der Berufsverbotepraxis umgesetzt werde. Doch dieser „Protest“ scheint nicht gerade dem demokratischen Gewissen der Briefeschreiber entspringen zu sein, sondern sie weisen ausdrücklich darauf hin, daß sie im Europäischen Parlament häufig von ausländischen Parlamentarierern auf diese Geschichten angesprochen würden. Zu den Unterzeichnern des Briefes gehören solche Spezialdemokraten wie Karl Hauenschild, Katharina Focke, Rudi Arndt und Hedemarie Wiczorek-Zeul. Inzwischen scheint auch Gscheidle (was ja offensichtlich eine Verkleinerungsform für „gescheit“ ist) kaputt zu haben, daß er mit seinen Berufsverbotsboten das „liberale“ Image der SPD etwas zu sehr strapaziert hat. Gegen den Stuttgarter Fernmeldeamtmann Hans Meister, dem Mitgliedschaft und Tätigkeit in der DKP vorgeworfen wurde, hat er das förmliche Disziplinarverfahren zurückgezogen, weil „kein Nachweis habe geführt werden können, daß der Betroffene nicht verfassungstreu sei“.

Doch wenn ein Minister sich mal zu einem solchen Schritt durchringt, gibt es in diesem Land ja immer noch die neutralen Gerichte, die dann die Diskretion besorgen können. In diesem Fall fußt die Bundesdisziplinarrichtung Hans Rudolf Claussen sein rechtsstaatliches Herz schlagend: Er widerspricht förmlich der angekündigten Einstellung des Disziplinarverfahrens. Damit wird es gegen Hans Meister doch zu einem Disziplinarverfahren kommen. Man kann gespannt sein, wie diese Oberberufsverbote auch bei dieser Gelegenheit zeigen werden, wie sie es ja in gewagten Prognosen schon oft bei anderen Fällen angekündigt haben.

Die Bundesdisziplinarrichtung Claussen hat die Berufsverbotepraxis in ihrer über ein halbes Jahrhundert hinweg stehenden Weisheit klar zumachen, wie sehr sie in ihren „liberalen“ Absichten durch die Gerichte, die ja nun einmal unabhängig sind, behindert werden?

Berufsverbotskommission

Auch bei dieser Gelegenheit zeigen sich die Bundesdisziplinarrichtungen Claussen und die Berufsverbotepraxis in ihrer über ein halbes Jahrhundert hinweg stehenden Weisheit klar zumachen, wie sehr sie in ihren „liberalen“ Absichten durch die Gerichte, die ja nun einmal unabhängig sind, behindert werden?

Berufsverbotskommission

NRW: Ab 1. Januar ist das Erklärungsmodell in Kraft

In NRW gab es im Frühjahr dieses Jahres eine Kontroverse zwischen SPD und FDP um die sogenannte Abschaffung der Regelanfrage beim Verfassungsschutz. Neben der von der SPD vorgeschlagenen ersatzlosen Streichung der Regelanfrage ging es um zwei Kompromißlösungen — das

Schulbereichs Unna beworben. Er einer Zusage erhielt er im Januar 79 eine Einladung zu einem Anhörungsgespräch beim Regierungspräsidenten in Arnsberg. Hier wurden ihm unter anderem folgende Fragen gestellt: „Kennen Sie Brakdorf?“, „Kennen Sie Grohnde?“, „Haben Sie schon mal was von dem Arbeitskreis Umwelt in Münster und von der Umweltzeitung Grünes Blatt gehört?“ (taz v. 23.11.79).

Diese sogenannten Begründungen sprechen ihre eigene Sprache. Uwe K. hat hiergegen Klage eingelegt. Daß dieses Beispiel nicht für sich allein steht, zeigt die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen die Gymnasiallehrerin Dorothea F. durch das Oberschulamt in Freiburg. Die Lehrerin hatte sich am 14.10.79 zusammen mit einer Gruppe ihrer Schüler an der Anti-AKW-Demo in Bonn beteiligt. Die teilnehmenden Schüler wurden inzwischen alle von der Schulleitung verurteilt und verwandt. Der Lehrerin wurde jeder private Kontakt zu ihren Schülern untersagt. Schüler und Eltern erwägen inzwischen rechtliche Schritte gegen das Oberschulamt.

NRW: Ab 1. Januar ist das Erklärungsmodell in Kraft

In NRW gab es im Frühjahr dieses Jahres eine Kontroverse zwischen SPD und FDP um die sogenannte Abschaffung der Regelanfrage beim Verfassungsschutz. Neben der von der SPD vorgeschlagenen ersatzlosen Streichung der Regelanfrage ging es um zwei Kompromißlösungen — das sogenannte Latenmodell und das Erklärungsmodell. Bei dem Latenmodell sollte der Bewerber unterschreiben, daß er einer Liste von vorgegebenen sogenannten verfassungsfeindlichen Organisationen nicht angehört. Bei dem Erklärungsmodell, das nun ab 1.1.80 in Kraft tritt, muß der Bewerber eine Erklärung abgeben, mit der er sich verpflichtet, keine Bestrebungen zu unterstützen, die gegen die FDGO gerichtet sind. Sollte sich im Nachhinein herausstellen, daß er doch Mitglied einer vom VS als verfassungsfeindlich gekennzeichneten Organisation ist, so wird dies als arglistige Täuschung bewertet und führt umgehend zur Entlassung. Letztendlich wird hier unter dem Deckmantel einer Liberalisierung eine Verschärfung der Berufsverbotepraxis eingeführt, bleibt doch einem Mitglied einer linken Organisation nichts anderes übrig, als die Mitgliedschaft abzustreiten, da es sonst von vornherein weg vom Fenster ist. Wird seine Mitgliedschaft bekannt, so braucht nicht erst ein langwieriger Prozeß stattfinden, in dem eventuell auch noch die Gesamtpersönlichkeit des Bediensteten beurteilt werden müßte, sondern der Tatbestand der Täuschung ist klar und damit auch die Entlassung. Damit ist dann das Land NRW endlich aus der Klemme, in der es sich seit einiger Zeit befindet. In letzter Zeit haben nämlich in NRW einige Arbeitsgerichte Urteile gefällt, die das Land zur Einstellung von Berufsverboteopfern verpflichteten. Das Land NRW ist diesen Urteilen trotz Androhung von Zwangsgeldern in vielen Fällen nicht nachgekommen.

Wie sich später herausstellte, war der Anlaß für diese Anhörung ein anonymes Brief, der dem Regierungsdirektor zugegangen ist. In diesem Brief wird Uwe K. vorgeworfen, an den besagten Demonstrationen teilgenommen zu haben, offen zu Gewalt aufgerufen zu haben und an vorbereitenden „konspirativen Sitzungen“ teilgenommen zu haben. Es muß vermutet werden, daß dieser Brief und auch ein zweiter Brief vom VS selbst geschrieben wurde. Da nun aber anonyme Briefe nicht Gegenstand von Vorhaltungen sein können, wurde bei der Überprüfung von Uwe K. noch ein Kaufhausdiebstahl von ca. 40 DM aufgetobt, der etwa zwei Jahre zurückliegt.

Im Juni erhielt Uwe K. die Ablehnung des Einstellungsantrages und im August wurde auch sein Widerspruch abgelehnt. Für die Urteilsbegründung mußte schließlich der Diebstahl herhalten: „Ein Diebstahlsdelikt ... ist eine schwerwiegende Entgleisung dieser offensichtliche Charaktermangel läßt die erforderliche Eignung ermangeln ... Der Mangel charakterlicher Eignung ergibt sich weiterhin aus der Art ihrer Teilnahme an den gewaltsamen Demonstrationen von Brakdorf.“ Weiter heißt es hier: „Soweit Ihr Mandat an der Demonstration in Grohnde teilnahm, hat er bestritten, einen Schneidbrenner durch die Polizeilabwehr gebracht zu haben. Wenn diese Einlassung auch nicht widerlegt werden kann, so bleibt doch auch in diesem Fall ein erheblicher Verdacht bestehen.“

Diese sogenannten Begründungen sprechen ihre eigene Sprache. Uwe K. hat hiergegen Klage eingelegt. Daß dieses Beispiel nicht für sich allein steht, zeigt die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen die Gymnasiallehrerin Dorothea F. durch das Oberschulamt in Freiburg. Die Lehrerin hatte sich am 14.10.79 zusammen mit einer Gruppe ihrer Schüler an der Anti-AKW-Demo in Bonn beteiligt. Die teilnehmenden Schüler wurden inzwischen alle von der Schulleitung verurteilt und verwandt. Der Lehrerin wurde jeder private Kontakt zu ihren Schülern untersagt. Schüler und Eltern erwägen inzwischen rechtliche Schritte gegen das Oberschulamt.

Bielefeld/NRW.
DKP-Mitglied gewinnt Berufsverbotsprozeß

Der Diplomvolkswirt Jan P. sollte wegen seiner DKP-Mitgliedschaft nicht als Assistent an der Bielefelder Universität eingestellt werden. Das Bielefelder Arbeitsgericht erklärte dieses Berufsverbot für unrechtmäßig und verpflichtete das Land NRW zur Einstellung des Klägers. In der Urteilsbegründung heißt es: „Die Frage nach der Parteizugehörigkeit steht im Widerspruch zum Grundgesetz.“, „Das Gericht bestätigte vielmehr ausdrücklich die Legalität der DKP und meidet „grundsätzliche Bedenken“ gegenüber der Praxis von Behörden an, der DKP Verfassungsfeindlichkeit zu unterstellen“ (UZ v. 20.11.79).

Das Land NRW hat gegen dieses Urteil keine Berufung eingelegt, womit dieses rechtskräftig ist und Jan P. neu eingestellt werden muß. Zu diesem Fall hat es laut „UZ“ heftige in- und ausländische Proteste gegeben.

Berufsverbotskommission
KB/Gruppe Hamburg

Im „Fall“ Gingold und Krone: Revision abgelehnt!

Das Bundesverwaltungsgericht in Wiesbaden hat einen Antrag auf Zulassung von Revision in den Fällen der Lehrerin Sylvia Gingold und des Bundesbahningenieurs Werner Krone abgelehnt. Mit dieser Zurückweisung durch das höchste Gericht bleibt das Urteil des hessischen Verwaltungsgerichtshofes in Kassel aus dem Jahre 1977 in Kraft. Das Urteil bedeutete Berufsverbot. Zwar konnte im Falle Gingold erreicht werden, daß sie einen befristeten Angestelltenvertrag im Rahmen von Teilzeitarbeit (!) bekam, doch das Urteil gestattete es den Behörden, S. Gingold jederzeit aus dem Staatsdienst zu entlassen, weil sie angeblich nicht auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung steht. Werner Krone ist bereits vor zwei Jahren entlassen worden. Damit hat das höchste Verwaltungsgericht, wie unsere Instanzen auch, weiterhin an einer ausserst restriktiven und reaktionären Berufsverbotepraxis fest, ihr zufolge wird allem Liberalisierungsgerede über die Vorrangigkeit der Beurteilung des dienstlichen Verhaltens, allem Gerede über das Abwägen der Gesamtpersönlichkeit und damit selbst das Bundesverfassungsgerichtsurteil von 1975 zum Trotz ein Bewerber weiterhin allein wegen seiner Mitgliedschaft in z.B. der DKP nicht verbeamtet.

Hamburg: Wider Erwarten hat der Hamburger Senat nun doch vor ca. zwei Wochen die Entlassungsvor-

gung sowie die Berufung gegen das positive Urteil des Hamburger Verwaltungsgerichts im Berufsverbotsfall Thomas Erdner zurückgenommen. (Wir berichteten bereits in AK 166 ausführlicher über diesen Fall.) Diese Rücknahme ist besonders deshalb als Erfolg im Kampf gegen die Berufsverbote hervorzuheben, weil die Aufhebung dieses Berufsverbots gegen eine starke Hetzkampagne von rechten SPDlern, CDU'ern und der Springer-Presse durchgesetzt werden mußte.

Baden-Württemberg. Trotz positiver Gerichtsentscheidungen warten die beiden Lehramtsanwärter Heimit K. und Rainer H. noch immer auf ihre Einstellung in den Schuldienst. Gemäß dem Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts war beiden vor dem Landesarbeitsgericht bestätigt worden, sie mußten trotz des Vorwurfs der DKP-Mitgliedschaft zumindest ihre Ausbildung beenden dürfen. In beiden Fällen verfährt die Behörde jedoch nicht gemäß den Urteilen, sondern versucht, vor dem Landesarbeitsgericht in Kassel die Einstellung doch noch zu verhindern. Selbst wenn die Behörde dort nicht erfolgreich sein sollte, hat sie doch zumindest eine jahrelange Verzögerung der Einstellung und damit eine jahrelange Arbeitslosigkeit der Betroffenen erreicht (s. „Stern“, Nr. 48, 22.11.79).

Berufsverbotskommission, Hamburg

Münster: Berufsverbot für AKW-Gegner

Uwe K. hatte sich für den Schuldienst im Grund- und Hauptschulbereich des

Die neue Aufrüstung der Nato erhöht die Kriegsgefahr!

Die jüngsten Beschlüsse der „Nuklearen Planungsgruppe“ der Nato nach Einführung neuer atomarer „Mittelstreckenraketen“ vom Typ „Pershing II“ und den „Cruise Missiles“ in Westeuropa leiten eine neue und gefährliche Eskalation des atomaren Wettbewerbs ein. Denn keineswegs handelt es sich bei diesen Waffen um „Grauzonenwaffen“, sondern um die Einführung strategischer Interkontinentalraketen auf dem Boden Westeuropas, mit denen rund 20% des sowjetischen Militär- und Industriepotentials zerstört werden können. (FR, 5.5.79). Der Imperialismus begründet die Einführung dieser neuen Atomwaffen mit einer angeblichen „Wiederherstellung des militärischen Gleichgewichts“ – die müsse deshalb „nachstritten“.

Tatsache ist hingegen, daß der Imperialismus – vor allem auf dem Territorium der BRD – zusätzliche Raketen- und Atomwaffen zur militärischen Bedrohung der Sowjetunion einführt und damit ihre einseitige militärische Überlegenheit weiter ausbaut. Schroff ausgedrückt, wäre eine „Wiederherstellung des Gleichgewichts“ seitens der Nato nur denkbar, wenn auf dem Boden der DDR atomare Langstreckenraketen stationiert wären, die die USA erreichen könnten.

Hintergrund dieser neuen Maßnahmen des Imperialismus ist – und hier wird die ganze Heuchelei der angeblichen „Entspannung“ seitens der Kräfte der Reaktion deutlich – noch vor der Ratifizierung der neuen SALT-II-Verträge durch den amerikanischen Kongreß eine neue Phase der militärischen Eskalation einzuleiten, mit dem Ziel, eine deutliche militärische Überlegenheit herzustellen und der erklärten Absicht, nicht „nachzurufen“, sondern die Sowjetunion „tot“ zu rufen. Dahinter steht das Ziel, daß die Imperialisten davon ausgehen, daß die SU selbst diesen Kurs auf Dauer gar nicht weiter durchhalten können. Schon jetzt zeichnet sich ein deutliches Zurückbleiben der SU ab und wird durch die jüngst gefaßten Beschlüsse noch verschärft. Die in diesem Zeitraum gefallenen Vorschläge Breshnaws sind die (vorgelassenen) Versuche, dieser neuen militärischen Eskalation Einhalt zu gebieten.

Die Einführung neuer strategischer Waffensysteme in Westeuropa sind das neueste Ergebnis der sogenannten „Abrüstungsverhandlungen“ (SALT-II), es wird damit erneut belegt, daß der Imperialismus zur Täuschung und Täuschung der eigenen Bevölkerung die „Entspannung“ versucht: nach SALT-I haben die USA ihre Interkontinentalraketen erheblich modernisiert und ausgebaut, nach SALT-II wird die Modernisierung ihrer Interkontinentalraketen fortgesetzt und zusätzlich die „westeuropäische Karte“ gespielt.

Diese weitere Steigerung der aggressiven Pläne des Imperialismus fallen in eine Zeit, wo der US-Imperialismus sich nicht vom „Vietnam-Schock“ erholt hat und zunehmend wieder die Rolle eines Weltgendarmen übernimmt. Die geplante Aufstellung einer „Engelfreserve“, die unverhältnißmäßigen Kriegsdrohungen gegenüber den Ländern des Nahen Ostens, die inszenierte „Kuba-Krise“ vor wenigen Wochen machen deutlich, daß der US-Imperialismus sich wieder stark genug glaubt, ihre „globalen Interessen“ in der Welt durchzusetzen. In diesem Zusammenhang prophezeien die Imperialisten immer mehr „das Ende der Entspannung“ und eine Hinwendung zur Politik des Kalten Krieges. Damit erhöht der Imperialismus deutlich die Gefahr eines Dritten Weltkrieges.

Auf der anderen Seite ist erfreulich zu verzeichnen, daß die neuesten Aufrüstungsbeschlüsse der Nato auf zunehmenden Widerstand der demokratischen Friedensbewegung in den westeuropäischen Ländern gestoßen ist. Damit wachsen auch die Chancen, eine breite Abwehrfront gegen das Wettrennen aufzubauen, deren Ziel es ist, für reale Abrüstungsmaßnahmen einzutreten.

Der Hintergrund der Nato-Beschlüsse

Die „Sicherheit Westeuropas“ – so die Imperialisten – sei dadurch gewährleistet, daß neben einer konventionell überlegenen Nato-Streitmacht der „atomare Schirm“ der USA die zusätzliche atomare Abschreckung garantiere. In der Tat verfügen die USA seit Jahrzehnten über das „Forward Based System“ in Westeuropa – bestehend aus „Polaris“-U-Booten und Hunderten von Kampfflugzeugen. Außerdem sind in Westeuropa 7 000 - 10 000 Atomsprenkkräfte und rund 2 200 Trägersysteme vorhanden – also ein „Mittelstreckenpotential“, das allemal für Angriffe gegen die Sowjetunion gerichtet ist. Mittelstreckenraketen, die auf westeuropäischem Boden stationiert sind und eine Reichweite bis in die SU hinein besitzen, gab es in der Tat seit 15 Jahren nicht – und nie hat der Imperialismus darüber ein Gejammer über eine militärische Unterlegenheit angestellt. Tatsache ist weiterhin, daß vor 1963 Mittelstreckenraketen in Westeuropa vom Typ „Jupiter“ und „Tow“ stationiert waren; diese Waffensysteme wurden im Rahmen von Vereinbarungen mit der SU im Rahmen der damaligen Kuba-Krise (1962) von den USA abgezogen. Die Einführung von „eurostrategischen Waffen“ sollte zunächst allerdings eine angebliche Nato-Unterlegenheit „ausgleichen“, die durch die Einführung der sowjetischen SS-20-Mittelstreckenraketen und des „Backfire“-Bomber entstanden sei. Die imperialistische Propaganda stilisiert die SS-20 als reinste „Wunderwaffe“ etc. hoch und argumentiert mit einer nun vorhandenen „Lücke“. Schauen wir uns diese angebliche „Lücke“ mal etwas genauer an.

Da sind zunächst einmal die taktischen Kampfflugzeuge; hier ergibt sich – neben der bekannten qualitativen Überlegenheit der Nato – auch schon eine leichte quantitative Überlegenheit von 7 261 : 7 230 (1). Die Anzahl der Marineflugzeuge, d.h. der Kampfflugzeuge, die von „segestützten“ Trägern wie Flugzeugträgern aus starten können, beträgt bei der NATO 1 751 gegenüber 770 des Warschauer Paktes (1). Bei der Anzahl der Atomsprenkkräfte ergibt sich eine Nato-Überlegenheit von 7 - 10 000 in Westeuropa gelagerten Atomwaffen gegenüber nur etwa 3 500 auf Seiten der Sowjetunion (2). Doch nun zu den Waffen der sog. „Grauzone“, d.h. zu den diversen Trägerraketen und Abschußvorrichtungen für eben diese atomaren Sprengköpfe. Das westdeutsche „Weißbuch“ des Verteidigungsministeriums beschreibt die Funktion dieser Grauzonenwaffen wie folgt: „Die nukleartaktische Komponente soll als Mittelstück der Brücke zwischen der konventionellen und der nuklear-strategischen Komponente alle Elemente der Abschreckung verbinden“ (3).

Für die 7 - 10 000 in rund 100 europäischen Lagern (in der BRD allein 5 000 Atomsprenkkräfte) untergebrachten Sprengköpfe besaß die Nato im Jahre 1975 ca. 3 200 Trägersysteme – die Sowjetunion hingegen nur ca. 800! (4). Außerdem ist hierbei noch eine Unterstellung wichtig – und zwar in der Reichweite. Allgemein wird eine

Unterteilung in Trägersysteme mit Reichweiten unter 100, unter 1 000 und über 1 000 km vorgenommen, wobei nur letztere den „eurostrategischen“ Waffen zuzurechnen sind, da sie sowjetisches Territorium erreichen können. Selbst das „Weißbuch“ der BRD von 1979 konstatiert eine Überlegenheit der taktisch-nuklearen Potentiale unter 1 000 km. Dazu gehören 680 Feldhaubitzen vom Kaliber 155 mm, 250 Haubitzen Kaliber 175 mm, 330 Artilleriegeschosse vom Kaliber 203 mm (ebenfalls Haubitzen) sowie knapp 1 000 „Lance“-Raketen, die im übrigen auch Neutronenbomben abschießen können. Die Reichweiten liegen zwischen 16 und 32 km bei den Haubitzen und ca. 130 km bei dem „Lance“-System. Hinzu kommen noch 425 Raketen des Typs „Pershing II“ mit einer Reichweite von rund 800 km. Für diese Trägersysteme stehen rund 4 000 Atomsprenkkräfte unterschiedlichen Kalibers zur Verfügung (5).

Die Sowjetunion besitzt hingegen über Kanonenhautitzen M 55 (203 mm), Granatwerfern (240 mm) und die sog. Frog-Raketen (Reichweite ca. 70 km). Den 425 Pershing II Raketen stehen nur 100 sowjetische Raketen vom Typ SS-12 (Reichweite bis 800 km) gegenüber (6).

Das BRD-Weißbuch von 1979 stellt selbst dazu fest, daß die Nato „Vorteile ... bei nukleartfähiger Rohartillerie“ besitzt. Außerdem wird die Überlegenheit benannt bei der Feststellung, daß „bei den nuklearen Waffensystemen mit Reichweiten unter 1 000 km die Überlegenheit der ...“

Waffensystemen mit Reichweiten unter 1 000 km die Überlegenheit der Nato hinsichtlich einzelner Waffensysteme abnimmt“ (7). Doch nun zum eigentlichen Streitobjekt, nämlich der atomaren Trägersysteme mit einer Reichweite von über 1 000 km. Die Sowjetunion verfügt über völlig veraltete Mittelstreckenraketen von den Typen SS-4 und SS-5, die 1949 eingeführt wurden (8). Ihre Anzahl wird mit rund 500 - 600 (9) angegeben. Im Westen besitzen lediglich Frankreich und England Mittelstreckenraketen größeren Kalibers. Der „Westen“ hat – wie schon eingangs erwähnt – bislang auf die Wiedereinführung von „eurostrategischen Waffen“ verzichtet, da die USA über ihr „Forward Based System“ – also ihrer Jagdbomberflotte, ihrer Flugzeugträger, den Polaris-Raketen und ihrer Abschußbasen auf westeuropäischem Boden über genügend „Abschreckung“ verfügt. Zudem handelt es sich bei der Jagdbomberflotte um nuklear-strategische Systeme, die natürlich „flexibel“ auch zu nuklear-taktischen Waffen eingesetzt werden können, da die Bezeichnungen „taktisch“ und „strategisch“ auf die Reichweiten der Trägersysteme beziehen.

Als Antwort auf diese Überlegenheit hat die Sowjetunion 1977 damit begonnen, die SS-20 sowie den „Backfire“-Bomber einzuführen, um ihre veralteten Systeme abzulösen. Damit hat die SU im wahren Sinne des Wortes sich gerüstet, ohne damit jedoch ein militärisches Gleichgewicht, geschweige denn Überlegenheit zu besitzen!

In Nato-Kreisen wird denn auch gar nicht so sehr die SS-20 „an sich“ kritisiert, sondern vor allem dessen

Beweglichkeit, d.h. eine militärische Ortung und Zerstörung ist damit in Gefahr geraten (10).

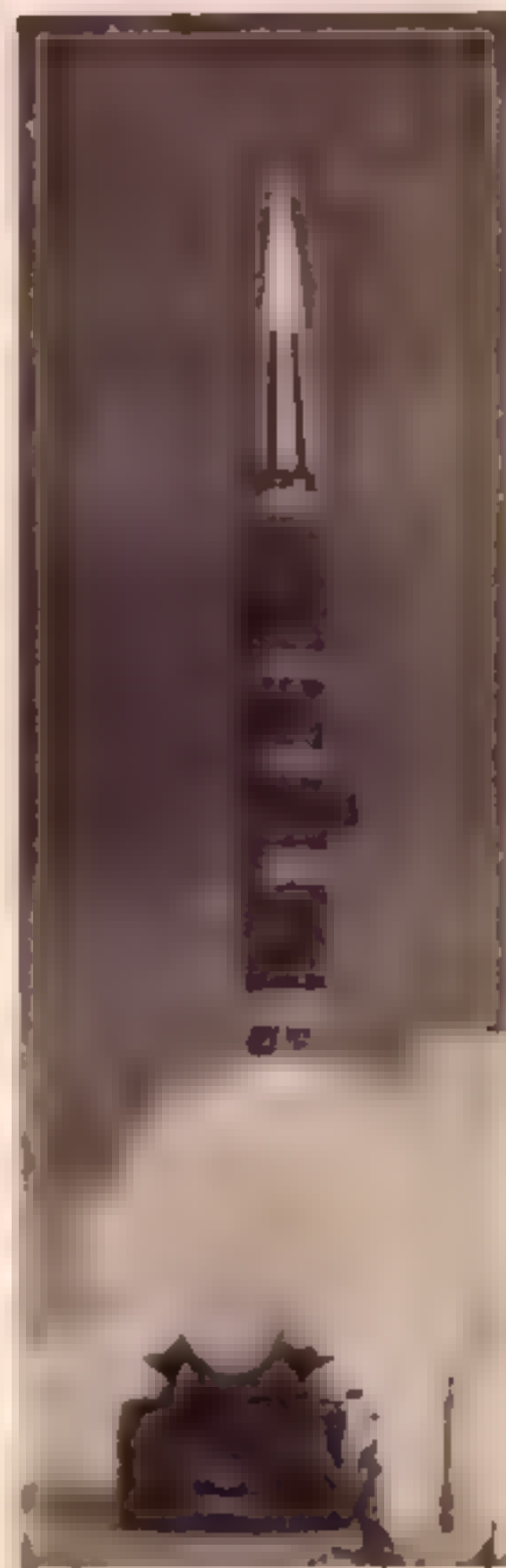
Nach unterschiedlichen westlichen Angaben soll die SU bislang zwischen 70 (11) und 120 (12) dieser SS-20 fertiggestellt haben sowie ca. 100 „Backfire“-Bomber (13). Angaben Kanzler Schmidt zufolge („FAZ“) vom 16.11.79 kommen pro Jahr 50 neue SS-20 und 30 neue „Backfire“-Bomber hinzu, so daß – nach Adam Riese und nicht nach den Horrordaten bürgerlicher Nachrichtenagenturen – frühestens 1988 die geplante Ersetzung der SS-4/5 durch die SS-20 (Stückzahl ca. 600) abgeschlossen sein wird! Angesichts des amerikanischen „Forward-Based-Systems“ versucht die SU also, mit diesen SS-20-Raketen und den „Backfire“-Bombern überhaupt erst ein annäherndes Gegengewicht (vom Gleichgewicht noch gar nicht zu reden!) zu bilden, über das sie bislang noch gar nicht verfügt hat!

In diesem Zusammenhang ist es geradezu ein Hohn und blanke Demagogie, wenn die Nato nun nach einer „Nachrüstung“ begründet mit einer angeblichen „Raketenlücke“ ruft. Die Einführung von 108 „Pershing II“ Raketen (Reichweite ca. 1 600 km) und von 464 Marschflugkörpern Cruise Missile – gegen die es keine Abwehrmittel gibt, die also jeden Radargürtel unterlaufen und eine präzise Treffsicherheit besitzen (Reichweite 2 400 - 2 800 km) – stellen damit eindeutig eine militärische Eskalation und eine klare militärische Überlegenheit der Nato sicher.

Diese neuesten aggressiven Pläne der

Diese neuesten aggressiven Pläne des Imperialismus werden mit dem Argument einer „Lücke“ begründet. Ein Trick, der bei den Imperialisten nicht neu ist. Vor rund 20 Jahren berief sich der damalige Präsident Kennedy auf eine angebliche „Raketenlücke“, um mit einem 6-Milliarden-Dollar-Programm die Zahl der Interkontinentalraketen von 200 auf 600 zu steigern! Kennedy berief sich dabei auf angebliche Geheimdienstinformationen, die sich nachher in Luft auflösten!

Ein weiterer Propagandaschwindel ist, daß die beschlossenen „Modernisierungen“ seitens der Nato die ja keine „Modernisierungen“ darstellen, sondern das Potential von nuklear-strategischen Waffensystemen auf dem Boden Westeuropas ausdehnen! – als „Antwort“ auf die SS-20 gedacht seien. Die Nato-Pläne nach Einführung „eurostrategischer“ Waffen reichen schon einige Jahre zurück, die SS-20 dient somit nur als großangelegter propagandistischer Vorwand. So erklärte Verteidigungsminister Apel, daß „regionale Duplitäten, Ungleichgewichte bei nuklearen Mittelstreckenpotentials für Europa geradezu strategische Bedeutung gewinnen“. „Strategische Stabilität gewinnen“ darf nicht nur zwischen den Weltmächten gelten, sondern muß auch in und für Europa hergestellt und gewahrt werden“ (14). Mit anderen Worten, Westeuropa selbst soll eine stärkere nuklear-strategische Rolle gegenüber der Sowjetunion spielen, global gesehen die nukleare „Abschreckung“ auch auf Westeuropa verlagern. Daß damit die atomare Bedrohung wächst, wird schon allein daran deutlich, daß die



War hier wohl „nachzurufen“?

Interkontinentalraketen vom Boden der USA aus der SU aus gestartet 25 Minuten dauerte die erste längere Versuchsdauer voran. Die Pershing II jedoch erreicht sowjetisches Territorium bereits in ganzen 4 Minuten. (15)

Es darf außerdem nicht übersehen werden, daß in Westeuropa knapp 1000 „Lance“-Raketen bereitstehen – für die Neutronenbombe! Die USA haben den Einsatz und Bau der Neutronenbombe als „saubere Gefechtsfeldwaffe“ bislang nur „ausgesprochen“, nach Aussagen imperialistischer Militärexperten wäre die Neutronenbombe als „Gefechtsfeldwaffe“ übergeraden die „ideale Ergänzung“ zu den eingeführten „eurostrategischen“ Waffen! Auch hier halten sich die Imperialisten also noch eine „Option“ weiterer militärischer Eskalation und Aggression offen!

SALT-II und SALT-III

SALT-II und SALT-III

Die USA haben es bei den SALT-II-Verhandlungen stets abgelehnt über ihre atomaren Potentiale in Westeuropa die ja auch zu den strategischen Waffen gehören – mit sich handeln zu lassen. Es kündigt sich aber für SALT-III an, daß nun auch die europäischen Atomwaffen zur

Diskussion stehen sollen, nachdem sich die beiden Großmächte über Anzahl und Ausbau ihrer strategischen Systeme weitgehend geeinigt haben. Aber schon bei SALT-II kamen die „eurostrategischen“ Waffen zur Sprache, vor allem wollte die SU die Einführung der Cruise Missile in Westeuropa verhindern. Herausgekommen dabei ist, daß die Imperialisten bis 1983 diese Systeme nicht einführen (wohl aber entwickeln!) dürfen – dann darfs also losgehen!

Intern machen die Imperialisten auch deutlich, daß es dabei gar nicht um eine „Neutralisierung“ der SS-20 usw. geht. „Man muß hier sagen, daß die Frage neuer weitreichender TNF (Theatre Nuclear Forces“, also „Grauzonenwaffen“, Anm. d. Red.) durchweg unter dem Gesichtspunkt einer Minderung der mit dem SS-20 Aufwuchs entstandenen Disparität gesehen werden ist, während es letztlich darum geht, wie erstens ein hinreichend unverwundbares, weitreichendes Potential erhalten, wie zweitens eine strategische Flexibilität geschaffen werden kann“ (16).

Und im Zusammenhang zu SALT-III heißt es „SALT-III-Verhandlungen werden nach ... SALT-II möglich sein. Sie sind wegen einer Regelung der nuklearen Mittelstreckenprobleme auf der Basis annähernder qualitativer Parität für die europäischen Allianzmitglieder von spezifischer Bedeutung. Daher wird es sich als ratsam erweisen, einen Entschluß zu fassen und gestützt auf diesen in einer günstigeren Ausgangslage in Verhandlungen mit der Sowjetunion über die Begrenzung der Mittelstreckenwaffen einzutreten“ (17).

Da ist es also heraus! Der atomare Poker der Nato soll – bisher auf die Interkontinentalraketen der USA und der SU auf ihren Territorien beschränkt – unter Einbeziehung der nuklearen Potentiale in Europa fortgesetzt werden, wobei die Nato sich erst einmal ein ordentliches Potential an „Verhandlungsmasse“ aufbaut, um sich wie schon bei SALT-I und SALT-II – bei den nächsten „Abrüstungsverhandlungen“ ihre Aufrechterhaltung vor aller Welt besichtigen zu lassen und unter dem Deckmantel eben dieser Verträge sich die berühmten „Optionen“ offenzuhalten. Damit ist eine neue Phase des Wettrennens eingeleitet und geschickt in Gang gesetzt worden.

Die Abrüstungsvorschläge Breshnaws...

Am 6. Oktober machte KPDSU Generalsekretär Breshnew seine sog. „Berliner Friedensinitiative“. Sie beinhaltet erstmals eine einseitige Geste an die Nato, „die Stärke der sowjetischen Truppen in Mitteleuropa ... zu reduzieren. Innerhalb der nächsten zwölf Monate werden bis zu 20 000 sowjetische Militärangehörige, 1000 Panzer sowie eine bestimmte Anzahl anderer Militärtechnik vom Territorium der DDR abgezogen“ (18). Diese einseitige Maßnahme ist eine andere Maßnahme vom Territorium der DDR abgezogen“ (18). Diese einseitige Maßnahme ohne von der Nato in Form von Gegenleistungen honoriert zu werden verdient Anerkennung und ist nur zu begrüßen.

Eigentlicher Kern der „Friedensinitiative“ sind jedoch die Mittelstreckenraketen. Die SU ist bereit, Fortsetzung nächste Seite

Die wichtigsten rüstungstechnologischen Neuerungen der USA und UdSSR seit 1945

Waffensystem	Jahr der Einführung	
	USA	UdSSR
Atomombe	1946	1950
Wasserstoffbombe	1953	1954
Langstreckenbomber	1953	1957
Mittelstreckenraketen (MRM)	1953	1959
taktische Nuklearwaffen	1953	1954
Interkontinentalraketen (ICBM)	1955	1957
Atom-U-Boote	1956	1962
U-Boot-Raketen, unterwasserabgeschossen (SLBM)	1959	1968
Anti-Raketen-Kalotten (ABM)	1960	1961
ICBM mit Feststoffantrieb	1962	1969
Raketen mit Mehrfachsprengköpfen (MRV)	1964	1972
Raketen mit mehrfachen, einzeln lenkbaren Sprengköpfen (MIRV)	1970	1975
Marschflugkörper, neue Generation (Cruise Missile)	1976	--
Raketen mit mehrfachen, nachträglich noch einzeln steuerbaren Sprengköpfen (MARV)	1985	--

Aus „FR“ vom 28.11.1978

Fortsetzung von Seite 44

„die Anzahl von Kernwaffenträgern mittlerer Reichweite, die in den westlichen Gebieten der Sowjetunion stationiert sind, im Vergleich zum heutigen Stand“ zu verringern. Das „selbstverständlich nur unter der Voraussetzung, daß in Westeuropa keine zusätzlichen Kernwaffenträger mittlerer Reichweite stationiert werden“ (19).

Es geht also darum, daß die SU bereit ist, ihre SS-20 zu reduzieren bzw. die laufende Produktion dieser Waffen einzustellen, wenn die Nato dafür auf die Einführung der „Pershing-II“ und den Cruise Missiles verzichtet. Völlig unangenehm ist Breshnew also das amerikanische atomare Potential in Westeuropa, ebenso die Mittelstreckenraketen Großbritanniens und Frankreichs. Diese „Friedensinitiative“ erkennt damit also eine atomare Überlegenheit bei gleichzeitigem Verzicht auf die SS-20 als Gegengewicht an.

Angesichts der allseitigen militärischen Überlegenheit in allen Waffengattungen der Nato (konventionell, taktisch- und strategisch-nuklear) ist dieses Angebot Breshnews an den Westen relativ uneigennützig.

Sie zielt klar darauf ab, eine weitere Stufe der militärischen Eskalation aufzuhalten. Dabei spielt keine so große Rolle, ob dies aus wirklichen Abrüstungswillen geschehen ist, oder aber einfach der Erkenntnis Rechnung getragen wird, daß die SU mit den USA nicht Schritt halten können.

Gerade der „BRD-Imperialismus“ bewies einmal mehr angesichts der Tatsache, daß auf dem Boden dieses Landes alle 108 „Pershing“-Raketen stationiert werden sollen und vom Boden der BRD aus damit Nuklearwaffen gegen die Sowjetunion zum Einsatz kommen können – ihre besondere Aggressivität. Die BRD war es, die die amerikanischen atomaren Entscheidungen „begrüßte“ und ihre Dislokierung (Truppenverschiebung) auf alle Nato-Partner forderte. Die BRD war es auch, die auf der Tagung der „Nuklearen Planungsgruppe“ der Nato die Niederlande kräftig unter Druck setzte und den Holländern „schwere Konsequenzen“ (Apel) im Falle einer negativen Entscheidung androhte.

Daß damit gerade auch die nukleare Komponente der „Abschreckung“ des Stoßkeils gegen die Staaten des Warschauer Paktes, eben die BRD, mit der Einführung dieser neuen Waffen erheblich gestiegen ist, sollte jedem Kriegsgegner und Antimilitaristen hinreichend klar sein. Obgleich die BRD selbst keine Verfügungsgewalt über diese Waffen erhält, so ist doch die BRD strategisch bedeutend aufgewertet worden.

Angesichts der bedeutenden militärischen Aufrüstung und damit der erhöhten Gefahr eines Dritten Weltkrieges wird es immer dringlicher, dem Widerstand dagegen zu verbreitern und zu entfalten. Die zahlreichen Proteste aus den westeuropäischen Ländern und die Abrüstungskampagne in den osteuropäischen Staaten – in der DDR haben bislang rund 7 Millionen Menschen die

„KPD“ zur „Grauzonenrüstung“

Ebenso wie die bürgerliche Presse versucht auch die „KPD“ seit geraumer Zeit die Leserschaft ihrer „Roten Fahne“ mittels der Behauptung einer „sowjetischen Überlegenheit“ im Bereich der sogenannten eurostrategischen Atomwaffen auf die kommende NATO-Aufrüstung positiv einzurichten. Da sich jedoch selbst durch eine Sachanalyse auf der Basis allein westlicher (!) Zahlen und Fakten eine derartige Behauptung („sowjetische Überlegenheit“) nicht belegen läßt, bleibt der „KPD“ nur noch das Mittel der Verdrehung und der Lüge.

Einige Beispiele
In der „RF“ vom 16.11.79 auf der ersten Seite zitierte und berichtete die „KPD“ u.a. aus einem Interview, das „Der Spiegel“ mit den Westexperten der KPD-SU, Falin und Sagladin, gemacht hatte: „Sagladin und Falin haben im 'Spiegel' nicht widersprochen, als ihnen vorgeworfen wurde, daß jeden zweiten Tag eine neue SS-20 - Atomrakete mit der 50-fachen Sprengkraft der Bombe von Hiroshima in Stellung gebracht wird.“ Eine bewußte Lüge der „KPD“, denn tatsächlich ist im „Spiegel“-Interview direkt auf die entsprechende Behauptung zu lesen: „Falin: Die Argumentation der Nato entspricht nicht den Realitäten“ (Siehe „Spiegel“ vom 3.11.79). Fast alle westlichen Quellen geben von einer jährlichen Produktionsrate von ca. 50 SS-20 aus, und nicht von ca. 180, wie es „Spiegel“ und „KPD“ behaupten.

Ein weiteres Beispiel aus der „RF“ vom 22.2.79: „Mit der Backfire und der sowjetischen Boden-Boden-Rakete vom Typ SS-20 (von der SS-20 soll es bereits 600 geben) haben die sowjetischen Streitkräfte in Mitteleuropa eine vielfache Überlegenheit.“ Daraus ist wohl richtig, daß die Zahl 600 relativ häufig mit der SS-20 im Zusammenhang gebracht wird. Allerdings als höchste angelegte Planzahl! Heute streiten sich die westlichen Geister, ob die SU 70 oder (maximal) 120 Raketen des Typs SS-20 stationiert hat (siehe Artikel dazu). Aber mehr noch, selbst wenn die SU bereits 600 SS-20 stationiert hätte, könnte man immer noch nicht von der westlichen

Überlegenheit sprechen, wie es die „KPD“ getan hat.

Bemerkenswert sind die Randbemerkungen, die die „KPD“ häufig macht, wenn sie mit bestimmten Zahlen u.ä. operiert. Auf die eben beschriebene Angabe über die „600 SS-20“ folgt im gleichen Artikel: „Nun, das kann man nicht beweisen (...) Dennoch sollte man die Zahlen zur Kenntnis nehmen!“ („RF“, 22.2.79). Oder in einem anderen Artikel, im gleichen Zusammenhang (Kräftevergleich mittels Zahlen und Fakten):

„Wir können freilich solches Material nicht exakt überprüfen“ („RF“, Nr. 16/79, S.11).

Nun ist es in der Tat schwierig, Zahlen etc. über die Rüstung „exakt“ zu überprüfen. Allerdings bringt die „KPD“ häufig das Kunststück fertig, die (wohl nur selten unter treibenden) westlichen Zahlen über die SU-Rüstung noch zu überbieten! Ein weiterer „Trick“, den die „KPD“ anwendet, um von westlichen Instituten veröffentlichte (Horror)Zahlen glaubwürdig zu machen, war in der „RF“ 16/79 nachzulesen. Dort wird schlagend behauptet, daß Zahlen, Daten, etc. zum Kräftevergleich, die vom Londoner „Internationalen Institut für Strategische Studien“ (IISS) veröffentlicht werden, seitens der DDR „nie bestritten, geschweige denn widerlegt worden“ seien. Gleichzeitig beschreibt die „KPD“ das IISS als „wichtigste Quelle“ für Kräftevergleiche, auf die sich „nahezu alle militärwissenschaftlichen Veröffentlichungen außerhalb des Warschauer Paktes“ beziehen, und in der eine „ganze Reihe internationaler Wissenschaftler“ mitarbeiten. Der „RF“-Leser bekommt so den Eindruck, als handle es sich beim IISS um ein sehr seriöses Institut, welches sogar von der DDR anerkannt werde.

Das ist, wie jeder der sich ein wenig mit dieser Materie auskennt, weiß, ein horrender Unwitz. Die „KPD“ selbst sagt es auch selber besser. Das IISS ist ein offizielles NATO-Institut. In führenden Positionen arbeiten hohe ehemalige NATO-Generäle und NATO-Politiker. Der Direktor des IISS, Bertram, ist selbst innerhalb der NATO einer der größten Einseitiger und Schatzmacher.

An anderer Stelle, in der „RF“ vom 22.2.79 wird der genannte Bertram vom IISS auf einmal als Direktor des Stockholmer SIPRI vorgestellt und somit als „Vertreter der Sozialdemokratischen Entspannungslinie“ nach dem Motto zitiert: „so gar Entspannungspolitik geben zu, daß die SU überlegen ist...“.

Die „KPD“ greift gezwungenermaßen zu diesen Mitteln der Verfälschung und der Lüge, weil es eine „sowjetische Überlegenheit“, wie sie die „KPD“ ihrem Anhang glauben zu machen versucht, nicht gibt. Mehr noch: Der Griff zu diesen Methoden ist praktisch das Eingeständnis der „KPD“-Führer, daß es nicht um „sowjetische Überlegenheit“ geht. Deshalb ist es heute allemal gerechtfertigt, nicht mehr von Vaterlandsverteidigern, sondern von lupenreinen promilitaristischen Kriegstreibern bei der „KPD“ zu sprechen. Die folgenden „Gedanken“, die auf einer entsprechend herbeigekochten „sowjetischen Überlegenheit“ basieren, zum Thema „30 Jahre NATO“ stammen nicht etwa aus einer Militärzeitschrift der NATO oder aus ähnlichen Organen, sondern aus der „RF“ vom 12.4.79.

In Europa die Auflösung der NATO oder den Austritt der Bundesrepublik aus ihr zu fordern, bedeutet – objektiv Unterstützung der sowjetischen Hegemonialpolitik. Die eigentliche Frage ist nicht: Nato ja oder nein, mit oder ohne Amerika, sondern: Soll sich Europa gegen den sowjetischen Hegemonismus verteidigen? (...) Ein Verteidigungswille Europas setzt eine eigenständige Politik und einen Zusammenschluß der westeuropäischen Länder voraus. Aber es schließt ein gleichberechtigtes Bündnis mit den USA ebenso wenig aus, wie eine Zusammenarbeit mit China und der übrigen Dritten Welt gegen den sowjetischen Hegemonismus. (3).

Und dies bedeutet ...: Im Rahmen der NATO eine Anleihe für eine wirksame Verteidigung und gegen Appasement und Entfaltungspolitik zu unterstützen sowie die Interessen der USA an einem nichtsozialistischen Westeuropas für die Interessen Europas zu nutzen.



464 dieser „Crane-Missile“ sollen die westeuropäischen Nato-Staaten erhalten

Im Gegensatz dazu wurde es Imperialismus nicht im Interesse fallen, solcherart Abrüstungsvorschläge zu unterstützen. Allerdings wie erwartet – klangen Breshnews Vorschläge in Ohren der Imperialisten wie Schall und Rauch und wurden abesamt scharf zurückgewiesen.

...und die Antwort der Nato

US-Präsident Carter antwortete denn sogleich, daß „dieser Vorschlag nichts so konstruktiv, wie er beim ersten Blick aussieht“ sei. „Es sei der Versuch Breshnews, die Bereitschaft der Verbündeten zu schwächen, sich ausreichend zu verteidigen. Die SU habe zwar ... einige ihrer veralteten Mittelstreckenraketen der Muster SS-4 und SS-5 in Osteuropa abgegeben. Doch ersetzen diese nicht ständig mit den modernen, beweglichen SS-20“ (20).

Selbst Carter gesteht also ein, daß die SU ihre Mittelstreckenraketen reduziert hat, aber der Buhmann SS-20 muß dafür herhalten, daß die von den USA beschlossene „Modernisierung“ zügig vorangetrieben wird.

BRD-Außenminister Genscher meinte zur „Friedensinitiative“, sie komme einem „Verzicht des Westens gleich“ und die „östliche Überlegenheit“ wäre festgeschrieben. (21) CSU-Zimmermann ging noch einen Schritt weiter und erklärte demagogisch, daß die „Reduzierungsangebot Breshnews wesentlich niedriger ausgefallen sei als erwartet werden konnte“. Die Nato könne „wieder in eine Phase politischer und militärischer Erpressungsversuche geraten“ (22).

Außerdem jammern die Imperialisten, daß die SU einen „Keil“ in die „Verbündeten“ treiben und die Allianz schwächen wolle.

Pershing-II-Rakete bereits in Entwicklung

Nach einem Bericht der in der Schweiz erscheinenden „Internationalen Wehrrevue“ hat der amerikanische Verteidigungsminister Brown die Entwicklung der „Pershing-II“-Rakete bereits im Dezember 1978 freigegeben, federführend bei der Erprobung der neuen atomaren Mittelstreckenrakete, die ausschließlich auf dem Territorium der BRD stationiert werden

soll, ist der amerikanische Rüstungskonzern „Martin Marietta Aerospace“, der Forschungsgelder in Höhe von 360 Millionen US-Dollar erhält. Bis 1981 beauftragt sich der Etat für die „Pershing-II“ auf 1,57 Milliarden Dollar. Auf dem Versuchsgelände White Sands in den USA wurden nach Angaben dieser Zeitschrift bereits fünf Versuchstarts durchgeführt.

Abbildung zeigt die Entwicklung der „Pershing-II“ Rakete. Es geht hier nicht nur um den Kampf gegen das atomare Wettrüsten seitens der USA und der SU – sondern es geht darum, den Aufbau eines strategischen Atomwaffenpotentials in Westeuropa! Dieser neuen Qualität muß entgegenbegegnet werden!

- Anmerkungen
1. D. Lutz, „Die Rüstung der Sowjetunion“ (1978), S. 88/89
 2. Lutz ebenda
 3. „Weißbuch 1978/79“, S. 62
 4. Lutz S. 145-149
 5. Lutz S. 145-149. Die Angaben stützen sich hauptsächlich auf westliche Quellen, u.a. den Angaben des Stockholmer Instituts für Friedensforschung (SIPRI).
 6. Lutz S. 145-149
 7. „Weißbuch 1979“, S. 108
 8. Lutz S. 149
 9. Lutz S. 149 und auch andere westliche Quellen wie z.B. „Zeit“ vom 9.2.78
 10. So u.a. Pauls (Westdeutscher Nachrichtendienst) in „Europäische Wehrkunde“ 5, 78 S. 219 ff.
 11. „Stern“ 31.10.79
 12. Nato-Oberbefehlshaber Schmückle im „Spiegel“ vom 8.10.79, S. 188
 13. Siehe u.a. „Wehrkunde“ 10/79. Insgesamt schwanken die Angaben über die bereits fertiggestellten „Backfire“-Bomben in westlichen Veröffentlichungen zwischen 100 und 150.
 14. „Europäische Wehrkunde“ 12/78, Seite 504.
 15. Falin und Sagladin (SU) im „Spiegel“ vom 3.11.79
 16. „Europäische Wehrkunde“ 7/79, Seite 329
 17. Siehe Anmerkung 10
 18. Nach „FAZ“ vom 8.10.78 und „Neues Deutschland“ vom 7.10.78
 19. Siehe Anmerkung 18
 20. Nach „FAZ“ vom 11.10.79
 21. Nach „FR“ vom 10.10.79
 22. „FR“ vom 10.10.79

Was lange währt ...

„In der Bundesrepublik dauern die Bemühungen zur Achtung der militärischen Spielregeln bereits länger als 30 Jahre. Es begann mit einer Eingabe der Sozialistischen Jugend „Die Falken“ an den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestags. Gegen nur wenige Stimmen verabschiedete der Bundestag am 23. Juni 1950 eine Entschließung. In der die Bundesregierung aufgefordert wurde, Herstellung und Vertrieb von Kriegsspielen jeglicher Art in dem Gebiet der BRD zu verhindern.“ Diese Aufforderung wurde damals von weiten Teilen der Bevölkerung getragen. Die CDU-Abgeordnete Dietz erklärte in der Debatte: „Nicht nur aus der sozialistischen Jugendbewegung, auch aus der Jungen Union und Kreisen der Frauen und Mütter sind uns zahlreiche Zustimmungserklärungen zugegangen. Ein junger Abgeordneter namens Franz Josef Strauß wirkte ebenfalls für ein generelles Verbot doch 29 Jahre später – als Ministerpräsident von Bayern – ist er anderer Meinung. „Ich würde es heute nicht mehr tun.“ („Welt der Arbeit“, 27.9.79).

Mit dieser Ignoranz steht Strauß allerdings nicht alleine da. Auch die Bundesregierung erklärte in ihren Antworten auf entsprechende parlamentarische Anfragen 1975, 1976 und 1977, daß sie keineswegs beabsichtige, die Verbreitung von Kriegsspielen (KSZ) gesetzlich zu unterbinden. Und das, obwohl der Protest immer noch eine beträchtliche Breite aufweist. „Der Friede der Welt hängt schon im Kinderzimmer an“, heißt es in einem Aufruf des Münchener Erzbischof Ratzinger („SZ“, 30.11.78).

NRW Justizministern Donnepp (SPD) stellte fest, „daß diese Nachfrage nach KSZ nicht auf einem inneren Bedürfnis beruhe, vielmehr würden in vielen Bereichen Bedürfnisse erst mit Mitteln der Werbung geweckt“, und warnte „vor der Hinführung von Phantasie und Verhalten der Kinder zu Aggression und Zerstörung durch KSZ“ („FR“, 7.11.78).

Der Spielzeughandel-Einzelverband verabschiedete eine Erklärung, „kein KSZ mehr zu kaufen und zu vertrei-

ben“. Die Händler sollten „aggressive Werbung und Verpackung im Bereich des Modellbaus ablehnen“ („SZ“, 17.11.78). Das Internationale Kinderhilfswerk „Terra des Hommes“ appelliert an „alle Eltern und Erzieher, Kindern kein KSZ zu schenken“, denn „KSZ wecke Aggressionen“ („HNA“, 11.11.78). „Für ein Verbot von Kriegsspielen, bei denen an Automaten mit einem Lebewandgegner tödliche Duell ausgetragen und ganze Landschaften bombardiert werden können, hat sich der Vorsitzende der bayerischen FDP-Landtagsfraktion H. Jäger ausgesprochen“ („FR“, 7.3.79).

Diese Liste ließe sich mühelos noch um einiges verlängern. Hinzuweisen wäre aber noch auf eine große Zahl von Anti-Kriegsspielzeug-Aktionen, die jedes Jahr in vielen Städten stattfinden. So haben z.B. letztes Jahr über 200 Göttinger Bürger und Organisationen in einer halbsaisonalen Anzeige im „Göttinger Tageblatt“ („GT“) gegen KSZ protestiert. Die meisten dieser Appelle haben jedoch eines gemeinsam: sie richten sich an „alle Eltern und Erzieher“. Sicherlich haben diese bei der Erziehung zu einem kritischen Verhältnis gegenüber Waffen und Krieg eine sehr wichtige Aufgabe. Solange aber durch kriegsverherrlichende und gewaltbeschönigende Werbung und nach wie vor ungenügende historische Aufklärung der Kinder bei diesen der Reiz des Kriegsspiels gefördert wird, muß das Bemühen der Eltern und Erzieher ein hoffnungsloses Unterfangen bleiben. „Bei den 5-11 Jährigen sind kriegerische Spiele am beliebtesten und ein Kind kann schnell zum Außenseiter werden, wenn es nicht mitspielt“ („GT“, 20.12.78). Eine böse Zwickmühle für alle Eltern, sollen sie falls die Isolierung ihrer Kinder von den Spielkameraden in Kauf nehmen oder dann doch lieber – zahnknirschend – dem „kindlichen“ Kriegsspiel zusehen?

Für ein gesetzliches Verbot von KSZ!

Ähnlich sinn- und erfolglos scheinen

die Aufforderungen an die Hersteller und Händler zu sein, „die Herstellung und den Verkauf durch Selbstbeschränkung und Selbstkontrolle einzudämmen“ (Justizminister Vogel, „FR“, 4.10.78). Ein außerordentlich schizophrener Appell muß der Minister doch gleich im Anschluß feststellen, daß KSZ „auf dem Spielwarenmarkt bereits mit 12% (!!) vertreten ist“. Welcher Hersteller und welcher Laden wird sich dieses doch außergewöhnlich lukrative Geschäft freiwillig entgehen lassen? Aber Vogel weiter: „In der geschichtlichen Perspektive lassen sich sagen, daß KSZ stets bewußt (!) und gezielt dazu verwendet worden sei, Kinder möglichst früh in die Kriegskunst einzuführen oder ihnen die Unauverlässlichkeit kriegerischer Auseinandersetzungen nahezubringen“.

KSZ laufe „den Wertentscheidungen der Verfassung zuwider“. Große Worte, aber Taten? Warum er den noch, „bei aller Besorgnis nicht an ein gesetzliches Verbot für den Vertrieb von KSZ denke“ (alles FR, 4.10.78) liegt einfach daran, daß auch von der SPD der Krieg als eine kalkulierte „Fortführung der Politik“ angesehen wird, an die sich auch Kinder gewöhnen müssen. Bestände doch sonst die Gefahr, daß die Rate der Kriegsdienstverweigerer noch steigt.

Ein besonders trauriges Kapitel...

stellt die Auseinandersetzung um NS-Spielzeug dar (Modelle mit Hakenkreuzen, Hitler-Figuren, KZ-Modellbauwerke, ...). Obwohl in § 86a des Strafgesetzbuches klar und deutlich die „Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“ mit „Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren oder mit Geldstrafe“, bedroht ist hat sich die Justiz bisher mit der Anwendung dieses Paragraphen sehr schwer getan. Eine kleine, äußerst unvollständige Auswahl

Fortsetzung nächste Seite

Zweite Europäische Soldatenkonferenz



Vom 2. - 4.11. wurde in Putten (Niederlande) die Zweite Europäische Soldatenkonferenz der European Conference of Conscript Organizations (ECCO) durchgeführt. Ein Beobachter dieser Konferenz, Mitglied der sozialistischen Soldatenorganisation Bond voor Dienstplichtigen sendte uns den folgenden Bericht:

Die erste Konferenz der ECCO fand am 17./18.3.79 in Malmö statt. Sie war auf Initiative der skandinavischen Organisationen der Wehrdienstpflichtigen zusammengerufen worden, die schon seit 1974 regionale Treffen veranstalteten. Ursprünglich hatte diese erste Konferenz auf europäischem Niveau in Danemark veranstaltet werden sollen, fand aber dann, da der dänische Verteidigungsminister die Konferenz verbot, in Schweden statt.

Die Malmöer Konferenz gab eine Erklärung heraus, in der es u.a. hieß: „Durch die ganze Geschichte hin sind die Soldaten sich nur auf den Schlachtfeldern begegnet. Vor diesem Hintergrund ist es ein historisches Ereignis, daß Vertreter von Wehrdienstpflichtigen aus neun Ländern Europas in der Lage gewesen sind, einander in Frieden zu treffen, in einer Atmosphäre der Freundschaft und Solidarität, um gemeinsame Probleme und mögliche Formen der Zusammenarbeit zu besprechen.“

Dies ist der Beweis für uns, daß Wehrdienstpflichtige nicht länger als Instrumente der Aggression gebraucht werden wollen.

Wehrdienstpflichtige müssen als Instrumente der Aggression gebraucht werden wollen.

Wehrdienstpflichtige müssen als Bürger in Uniform angesehen werden. Darum wird ihrer Diskriminierung ein Ende gemacht werden müssen. Der Wehrdienstpflichtige muß wie jeder Bürger behandelt werden. Insbesondere wollen wir bekräftigen, daß alle Wehrdienstpflichtigen in jedem Land das Recht haben müssen, legale gewerkschaftsähnliche Organisationen zu bilden, um ihre Interessen wahrzunehmen.“

In Malmö wurde beschlossen, den Austausch von Gedanken und Erfahrungen fortzusetzen und dazu eine zweite Konferenz zu organisieren.

An dieser Konferenz - ECCO 2 - in Putten nahmen teil aus:

- Finnland Suomen Vuorokautiset RY
- Schweden Vårpliktiga Arbetsgrupper
- Dänemark Forretningsudvalget for Værnepligtige Menige Forsvarsmænd, Landskildsmænds Udvalget for (P - Korpsets Menige
- Norwegen Landsudvalget for Tjenestemenn

- Niederlande: Vereniging van dienstplichtige militairen (VVDM)
- Belgien: Vereniging van Vlaamse Dienstplichtige Militairen (VVDM België)
- Frankreich: Information pour les Droits du Soldat (IDS)
- Spanien: Union Democratica de Soldados (UDS)
- Schweiz: Soldatenkomitee Zürich Als Gäste (mit Sprech- aber ohne Stimmrecht) waren u.a. vertreten:
- BRD: Soldatenkomitee aus Hamburg, Regensburg und München, als Beobachter Vertreter des (DKP-orientierten) ADS
- Niederlande, als Beobachter die sozialistische Soldatenorganisation Bond voor Dienstplichtigen (BVD)
- Chile: Vertreter der vor dem Pinochet-Regime geflüchteten Wehrdienstpflichtigen

Den unterschiedlichen Bedingungen ihrer Länder entsprechend ist der Charakter dieser Organisationen sehr verschieden.

Die skandinavischen Organisationen wurden von den jeweiligen Verteidigungsministerien gegründet, um über ein System von Vertretern in den einzelnen Armeeteilen mögliche Unruhen unter den Soldaten und die Bildung unabhängiger Gewerkschaften zu verhindern. Diese Organisationen werden zwar von den Regierungen subventioniert, unter den Soldaten besteht aber eine starke Strömung, sich mehr in die Richtung einer Gewerkschaft hin zu entwickeln, die schwedische Organisation hat Anfang dieses Jahres hierzu einen formellen Beschluß gefaßt. Die niederländische Vereinigung von dienstpflichtigen Militärs (VVDM) ist eine legale Massengewerkschaft mit etwa 18.000 Mitgliedern und unabhängig von der Regierung. Die Führung besteht aus Mitgliedern diverser linker Parteien und Unabhängigen.

Die französischen und spanischen Organisationen sind illegal, weil es in diesen Ländern den Soldaten verboten ist, Gewerkschaften zu bilden. Trotzdem hat die spanische UDS Massenharakter, es sollen rund 10.000 Mitglieder sein. Die französische IDS ist wiederum mehr antimilitaristisch orientiert, ebenso wie die Schweizer und die westdeutschen Gruppen.

Im Mittelpunkt der Konferenzdiskussion stand ein umfangreiches Forderungsprogramm (mit mehr als 40 Punkten) für eine zu gründende europäische Wehrdienstpflichtigen Organisation. Die Besprechung dieses Programms kostete soviel Zeit, daß für die Diskussion der Organisationsfrage nur noch wenig Raum blieb.

Namentlich die schwedische Organisation wollte schon jetzt zur Bildung einer starken permanenten Organisation auf internationalem Niveau mit regelmäßigen Publikationen und Statuten kommen, die internationale Öffentlichkeitskampagnen führen und die europäischen Wehrdienstpflichtigen auf den verschiedenen Ebenen vertreten lassen. Andere Organisationen, hierunter besonders die niederländische VVDM, waren der Auffassung, daß die Zeit hierfür noch nicht reif sei. Sie wollten erst untersuchen, welches die Gemeinsamkeiten der verschiedenen Organisationen sind und wollten also die Diskussion um das Programm führen.

Als die Mehrheit den Standpunkt einnahm, erst auf einer der nächsten Konferenzen die Organisationsfrage diskutieren zu wollen, erbat die Delegierten von der schwedischen Organisation so sehr, daß sie den weiteren Verlauf der Diskussion faktisch boykottierten. An den Abstimmungen über einzelne Teile des Programms und Änderungsvorschläge beteiligten sie sich nicht mehr. Allerdings stimmten sie dann für die Annahme des Programms, als dies insgesamt zur Abstimmung stand.

Zur Organisationsfrage erklärte die Mehrheit der Konferenz auch in Abgrenzung zum Gründungsleiter einiger teilnehmender Organisationen, in der Abschlusssitzung „ECCO-2 muß als erster Schritt gesehen werden auf dem Weg zu einer besseren Koordination, in der Abschlusssitzung „ECCO-2 muß als erster Schritt gesehen werden auf dem Weg zu stabileren Formen der Koordination, auf der nächsten Konferenz werden nach der Diskussion in den nationalen Organisationen Vorschläge bezüglich der Organisationsstrukturen gemacht werden.“

Weiter beschloß die Versammlung, die Konferenzen künftig jährlich mit diesen Zielsetzungen durchzuführen.

Erfahrungsaustausch zwischen den teilnehmenden Organisationen, Förderung der Zusammenarbeit, Freundschaft und Solidarität der Wehrdienstpflichtigen Europas, Förderung der Diskussion über eine friedliche Entwicklung in Europa.

Vertretung der Interessen der Wehrdienstpflichtigen für Organe auf nationalem und internationalem Niveau.

Zur Vorbereitung der nächsten Konferenz wurde eine vierköpfige Leitung gewählt, sie hat u.a. zur Aufgabe:

Organisation von Solidaritätskampagnen und Unterstützung von Wehrdienstpflichtigen-Organisationen in den verschiedenen Ländern.

Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Untersuchung der Beziehungen zwischen den Gewerkschaften von Wehrdienstpflichtigen und Berufsarbeitern und der Entwicklung in Richtung auf Berufsarmeen.

Herausgabe einer Vierteljahresschrift.

Als kleines Zugeständnis an die schwedische Organisation wird diese Leitung von einem Koordinationskomitee kontrolliert werden, das aus je einem Vertreter der Länder besteht, die zur nächsten Konferenz im Mai 1980 zusammenkommen werden.

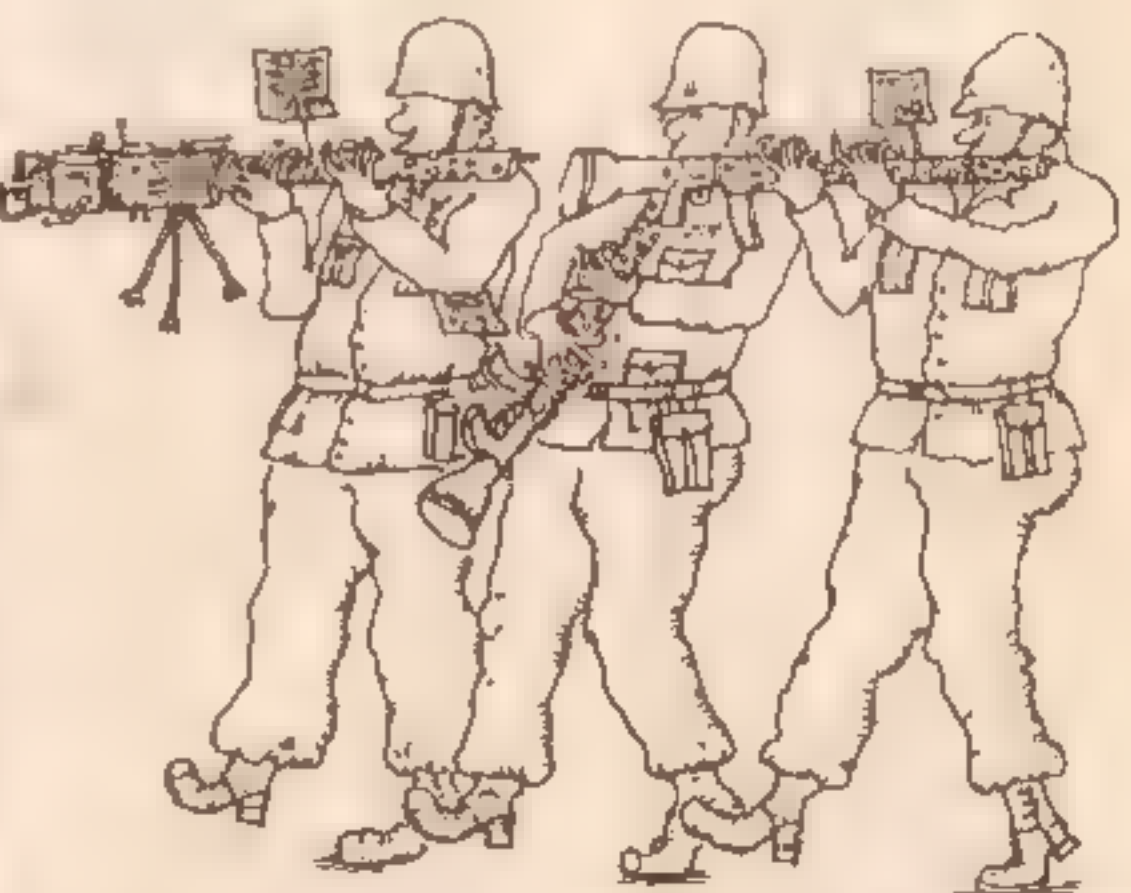
Die Teilnehmer von ECCO-2 erklärten ihre Solidarität mit den Soldaten im chilenischen Militär, die sich der Pinochet-Diktatur widersetzen. Die Konferenz protestierte gegen die Verfolgung des französischen Soldaten Gilles Buis, Mitglied von IDS und FEK (Lehrergewerkschaft), der wegen der Verletzung eines Studenten verurteilt wurde. Sie wies die Konferenz ausdrücklich ebenso gegen die Verurteilung des spanischen Soldaten Alfredo Perez, Mitglied von UDS, der wegen Verbreitung von UDS-Propaganda vom Kneipat zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt worden ist.

Abschließend noch ein Wort zur „Einladungspolitik“ auf der Konferenz.

Namentlich die Zusammenstellung der französischen Delegation hat große Probleme gemacht. Diese bestand nur aus Mitgliedern von IDS, die wie ihre Delegierten selbst freiwillig eingeschrieben - nur einen Teil der französischen Soldatenbewegung vertritt. Die Folge war, daß sich auf der Konferenz noch zwei weitere französische Delegationen anmeldeten, eine des Komitees Soldats en Lutte und eine der regionalen Komitees aus der Bretagne und Ostfrankreich. Diese Abordnungen wurden von der Konferenzleitung mit der Begründung, daß sie sich nicht vorher angemeldet hätten, nicht zugelassen. Ebenso wurde ihnen zugestanden, ihre Sache in einer kurzen Erklärung auf der Konferenz darzulegen. Nach vielem Hin- und Hergerede „durfte“ schließlich am letzten Abend eine Erklärung der regionalen Komitees an die Konferenzteilnehmer verteilt werden, zusammen mit einem Kennzettel von

Mit einer starken Mehrheit hat die Konferenz die französische Solidaritätsbewegung keinen Dienst erwiesen. Es wird nun eher schwieriger sein, die verschiedenen Strömungen an einen Tisch zu bringen.

Ein Beobachter der Konferenz vom Bond voor Dienstplichtigen



Fortsetzung von Seite 45

- Frankfurt der Oberstaatsanwalt lehnt ein Ermittlungsverfahren ab, da es sich um eine gezielte Verbreitung von NS-Kennzeichen um ihrer selbst willen handelt. Es gebe um die „originalgetreue Wiedergabe von Modellen für Sammlerzwecke“. („FR“, 17.1.79)

- Bielefeld ein Verfahren wird wegen „sehr geringer Schuld“ eingestellt. („FR“, 21.2.79)

- Karlsruhe das Landgericht billigt die Beschlagnahme von NS-Spielzeug, denn das Hakenkreuz stellt „das wohl markanteste Zeichen der damaligen nationalsozialistischen Gewaltherrschaft dar und steht auch heute für jeden unbefangenen Bürger als deutliches Zeichen nationalsozialistischen Gedankengutes bzw. einer entsprechenden Bewegung“. („FR“, 15.1.79)

- Kleve 12.000 DM Geldstrafe für den Geschäftsführer einer Firma, die englische Bausätze mit NS-Emblem ausgeliefert hatte („GT“, 31.10.79)

- Ein (vorläufiges?) Ende dieses Skandals setzte der Bundesgerichtshof mit einem „Grundsatzurteil“, demzufolge „die kommerzielle Massenverbreitung von Kinderzeitschriften mit Hakenkreuzen und anderen NS-Emblemen verboten“ ist („FR“, 27.4.79). Achten wir nun darauf, daß zumindest dieses Teilverbot auch tatsächlich eingehalten wird!

Von der Wiege bis zur Bahre...

So erfreulich und erstrebenswert ein generelles Verbot von KSZ auch wäre, so sollte nicht vergessen werden, daß dieses nur ein kleines Steinchen eines umfangreichen Mosaiks betreffen würde. Findigen Managern und Verkaufsstrategen ist es inzwischen gelungen, ein ganzes Netz von

KSZ zu knüpfen (für jede Altersstufe und jede Interessenslage), aus dessen Maschen es kaum noch ein Entkommen gibt. Außer den diversen Spielzeugpanzern und -soldaten, Gewehren, Pistolen und Uniformen für die Kleinen, Modellbausätzen für die Größeren, Quartetts mit Kriegswaffen des 2. Weltkriegs, gibt es auch für die „reifen“ Erwachsenen „Gesellschaftsspiele“, in denen z.B. die Besetzung von Ostfeldern, der Geheimdienstgesteuerte Staatsstreich („Spiel der Nationen“) oder der „Atomkrieg um Würzburg“ simuliert werden können. Die neuesten Knüller stehen in den Spielbänken „Seewolf II“ hat seine zwei Seerohre händig ausgefahren. Taucht ein Schiff im Fadenkreuz auf, so genügt ein Knopfdruck: Der Torpedo zieht seine Bahn, trifft meist ins Ziel. Die Explosion, stereo und hochdröhnend, klingt fast so echt wie damals, als die Bombenbrände furchtbare Wirklichkeit waren.

„FR“, 26.6.78) Einzelteile des „GT“ „In den Höhlen proben Youngster den Krieg“ (9.8.78). Und auch die Bundeswehr mischt munter mit beim Kriegsspiel: In über 350 BW-Fan-Clubs mit über 2500 Mitgliedern, begleitet von der vom Streitkräfteamt herausgegebenen Infopost (Auflage 50.000!), „trainieren“ Jugendliche

... Hier sind die Deutschen und da der Feind. Die Luftunterstützung versteckt sich hinter dem alten Blockhaus, zwei Mann bleiben hier zur Feindbeobachtung. Generalstabsbesprechung im BW-Fan-Club. In einem alten Steinbruch in der Nähe von Ulm spielen Schüler und Auszubildende Krieg. In ausgedienten BW-Klamotten. Parke, leichtem Kampfsack, Kuppel, Knobelbecher aus dem Second-Hand-Schop und mit der Infopost im Tornister ist der Zweifrontenkrieg „um-Um-herum“ das schönste Freizeitvergnügen („FR“, 26.8.78)

Begleitend dazu eine Unmenge gewalt- und kriegsverherrlichender Fernseh- und Kinofilme sowie entsprechende „Literatur“. Durchaus beachtlich auch hier die Fürsorge und Kinderfreundlichkeit des Staates. Der „Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften“, u.a. zuständig für „verrohend wirkende, zu Gewalttätigkeiten, zu Verbrechen oder Rassenhaß anreizende, den Krieg verherrlichende und verharmlosende Schriften“ gelang es im Zeitraum von 1960-1979 z.B., die stolze Zahl von 12 (zwölf!) Landserheften auf den Index zu setzen.

Um diesen Schund, der letztlich an Gefährlichkeit dem Kriegsspielzeug in nichts nachsteht, muß sich noch viel mehr „gekümmert“ werden. Und das nicht nur zur Weihnachtszeit!

Ein Genosse aus Göttingen

Peru:

Lehrerstreik und Vorbereitung der Linken auf die Wahlen 1980

Die Niederlage der Lehrer in ihrem über drei Monate langen Streik hat die Notwendigkeit eines Zusammengehens der Linken in den aktuellen Massenaktionen und vor allem in Bezug auf die Wahlen im nächsten Jahr noch einmal deutlich gemacht.

Durch den ergebnislosen Abbruch des Lehrerstreiks besteht einerseits die Gefahr von Resignation und Entschlechterung innerhalb der Massenbewegung, er hat aber andererseits zu neuen und verstärkten Anstrengungen der linken Kräfte beigetragen, um ein gemeinsames Vorgehen und eine gemeinsame Kandidatur bei den Wahlen 1980 zustande zu bringen.

Zu den Bedingungen des Lehrerstreiks

Der Streik der Lehrer im vorigen Jahr hatte einige Zugeständnisse von der Regierung durchsetzen können, die aber gar nicht oder nur teilweise eingehalten wurden. So wurde zwar bis Januar 1979 eine regelmäßige Lohnerhöhung als Ausgleich für die Inflation gezahlt, ab Januar wurden diese Zahlungen aber stillschweigend eingestellt. Die zweite Forderung, Anerkennung der Lehrgewerkschaft SUTEP wurde bis heute nicht eingebracht, die SUTEP ist nach wie vor illegal (die stärkste politische Kraft innerhalb der SUTEP ist Patria Roja, eine chünisch-orientierte ML-Partei, allerdings relativ „dogmatisch und „gemäßigt“).

In diesem Jahr wurde der Streik mit den gleichen Forderungen ausgerufen. Zusätzlich wurde die Freilassung von 200 SUTEP-Funktionären verlangt, die im Februar wegen „Subversion“ verhaftet worden waren. Der Streik 1979 fand aber unter erheblich ungünstigeren Bedingungen statt als im vorigen Jahr.

Die Massenbewegung befand sich im Abschwung, während der Streik 1978 auf dem Höhepunkt stand. Die Regierung war nicht bereit, die Forderungen zu erfüllen.

Die Regierung streikte die Forderungen der Internationales Wahlrechtskommission und hat selbst wenn sie wollte, keinen Spielraum zur Gewährung von Lohn-erhöhungen.

Im vorigen Jahr fand der Streik kurz vor den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung statt. In einer Situation also, wo die Regierung es möglichst vermeiden wollte, sich durch brutale Repressionsmaßnahmen weiter zu diskreditieren.

In diesem Jahr hatten die Militärs kaum Interesse an der Aufrechterhaltung einer demokratischen Politik, weil sowieso die Geschäfte 1980 an eine zivile Regierung übergeben werden sollen. Vielmehr kam es den Militärs darauf an, auf keinen Fall einen Erfolg der Streikbewegung zuzulassen, um der Massenbewegung nicht neuen Auftrieb zu geben.

Am 3. September die Führungen fast aller revolutionären und reformistischen Organisationen in einen gemeinsamen Hungerstreik traten, war der Höhepunkt der Lehrerkämpfe bereits überschritten, und die Streikfront begann langsam abzubrockeln. Abgesprochen innerhalb der Linken war, die Lehrer mit einem 48stündigen Generalstreik zu unterstützen, der aber an der revisionistischen KP scheiterte. Die KP beherrscht den gewerkschaftlichen Dachverband CGTP und damit die Strukturen und den Apparat, der für die Ausrichtung und Durchführung des Generalstreiks notwendig ist. Die KP argumentierte mit der fehlenden Streikbereitschaft der Basis, eine Einschätzung, die möglicherweise nicht völlig aus der Luft gegriffen war, andererseits aber von fast der gesamten Linken Perus verurteilt wurde.

Der Streik mußte dann am 30. September abgebrochen werden, weil die Lehrer nach drei Monaten ohne Gehalt einfach nicht mehr überleben konnten (Die SUTEP verfügt als nicht anerkannte Gewerkschaft lediglich über Spendenaufkommen und ist natürlich nicht in der Lage Streikgelder zu zahlen).

Außerdem schreckte die Regierung vor den brutalsten Mitteln nicht zurück. Über 30 Streikende kamen bei den Kämpfen ums Leben,

Hunderte wurden verletzt und verhaftet und sitzen z.T. noch heute in den Gefängnissen (wie die gesamte Führung der SUTEP), Tausende von Lehrern wurden entlassen, Hausdurchsuchungen und Bespitzelungen waren auf der Tagesordnung. Die Tatsache, daß die Lehrer trotz dieser Bedingungen über drei Monate gestreikt haben, zeigt den ungeheuren wirtschaftlichen Druck, unter dem die Massen in Peru stehen und auch ihre Kampfbereitschaft.

Vorbereitung auf die Wahlen 1980

Nach der Beendigung des Lehrerstreiks setzte die Linke verstärkt ihre Anstrengungen für ein einheitliches Vorgehen zu den Wahlen 1980 fort. Zu den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung 1979 hatten drei linke Wahlbündnisse kandidiert und insgesamt über 30 % der Stimmen bekommen, die UDP (bestehend vor allem aus der kommunistischen Organisation Vanguardia Revolucionaria, der Minenarbeitergewerkschaft, verschiedenen kleineren Organisationen und der Bauerngewerkschaft CCP - erhielt 1978 vier Sitze), die VOCEP (ein Zusammenschluß trotzkistischer Organisationen unter Führung von Hugo Blanco zwölf Sitze) und die PCP (revisionistische KP gemeinsam mit einigen verbündeten Organisationen, PCP sechs Sitze PSR - sechs Sitze).



Hugo Blanco (PRT)

Diese drei Blöcke sind in Lateinamerika bekannt.

Hugo Blanco (PRT)

Diese drei Blöcke sind im Laufe des letzten Jahres weitgehend in Bewegung geraten.

1) Die UDP wird unterstützt von fünf MIR-Organisationen (alle Abspaltungen vom MIR der 60er Jahre, der von de la Puente gegründet worden war und durch seine Guerillakämpfe 1965 einen Namen hatte). Diese fünf MIRs haben sich kürzlich wieder vereint und unterstützen einheitlich die Kandidatur des UDP Kandidaten Barrantes. Zur UDP gehört außerdem die PC-Mayoria (eine linke Abspaltung von der revisionistischen KP, die vor allem Einfluß unter den Minenarbeitern hat).

Der trotzkistische Block FOCEP ist weitgehend zerfallen, nachdem Hugo Blanco eine eigene Partei, die PRT, aufgemacht und die FOCEP verlassen hat.

2) Die Reste der FOCEP - gemischt von dem bekannten Gewerkschaftler Ledezma - gehören jetzt unter dem Namen FOCEP-Independiente (unabhängige FOCEP) zum Bündnis der revisionistischen KP. Zu diesem Block gehört außerdem die PSR - Rodriguez, eine Partei, die sich aus Anhängern des ehemaligen Präsidenten Velasco Alvarado (der 1968 das peruanische Reformmodell eingeleitet hatte) zusammensetzt. Präsidentschaftskandidat dieses Blocks ist Jorge del Prado, der langjährige Generalsekretär der KP. Seine Kandidatur wurde auf dem VII. KP-Kongreß Anfang November gegen einigen Widerspruch beschlossen. Die Parteiführer hätten es vorgezogen, sich noch nicht auf einen Kandidaten festzulegen, um für die Verhandlungen mit anderen Organisationen offener zu sein und die Möglichkeiten für eine Einigung auf einen Präsidentschaftskandidaten der gesamten Linken nicht einzugrenzen. Del Prado selber äußerte in einem Interview mit „Marka“, daß seine Partei für eine Zusammenarbeit in einer Front auch mit Trotzkisten und Maoisten offen sei. Entscheidend sei allein, daß man sich über den



„Eltern und Lehrer: Gemeinsam werden wir siegen.“

„Hauptfeind“ einige. Eine Zusammenarbeit mit allen Kräften, die im US-Imperialismus (und nicht im sowjetischen Sozialimperialismus) den Hauptfeind sehen, sei möglich, während er gleichzeitig eine Zusammenarbeit mit der APRA abgelehnt hat (APRA ist die nationalrevolutionäre Bewegung, die zur Zeit die Militärregierung mitunter ihrer IWF-Politik unterstützt, für die Wahlen aber als die sozialdemokratische Alternative aufgebaut wird). Inwieweit sich durch diese Aussagen neue Verhandlungsmöglichkeiten mit der revolutionären Linken ergeben, bleibt abzuwarten. Die bisherige Praxis der KP (teilweise Zusammenarbeit mit der APRA in der Verfassungsgebenden Versammlung, Ablehnung beim Lehrerstreik, jahrelange „kritische Unterstützung“ für die Militärjunta) läßt jedenfalls einen Vertrauensvorschuß nicht gerechtfertigt erscheinen.

3) Ein dritter, neu entstandener Block nennt sich UNIR (Union der revolutionären Linken), dazu gehören Patria Roja (MIR, die in der

Lehrer stark sind) und die

Lehrer stark sind

Lehrer stark sind

Lehrer stark sind

Lehrer stark sind

Lehrer stark sind

Lehrer stark sind

Lehrer stark sind

Lehrer stark sind

Lehrer stark sind

Lehrer stark sind

Lehrer stark sind

Lehrer stark sind

4) Ohne Anschluß an einen Block und zur Zeit die Trotzkisten, insbesondere die PRT von Hugo Blanco, der jede Zusammenarbeit mit „Patronen und Generälen“ ablehnt und als Kapitulantentum verurteilt. Mit den „Generälen“ ist vor allem die PSR (Anhänger des ehemaligen Präsidenten Velasco) gemeint. Die Patrones steht die PRT in der FENATRACA, eine kleinbürgerliche Organisation von Händlern, Kaufleuten aber auch Bauern, die vor allem in Puno stark ist. Um die Einbeziehung



Alfonso Barrantes (UDP)

Alfonso Barrantes (UDP)

Alfonso Barrantes (UDP)

Alfonso Barrantes (UDP)

Alfonso Barrantes (UDP)

Alfonso Barrantes (UDP)

Alfonso Barrantes (UDP)

Alfonso Barrantes (UDP)

Alfonso Barrantes (UDP)

Alfonso Barrantes (UDP)

Alfonso Barrantes (UDP)

Alfonso Barrantes (UDP)

Alfonso Barrantes (UDP)

Kräften (wie PSR und FENATRACA) haben aber zu seiner relativen Isolierung innerhalb der Linken geführt und Skepsis hervorgerufen, ob er tatsächlich der Kandidat sein kann, der die gesamte Linke repräsentiert. Die UDP hat inzwischen Alfonso Barrantes als Präsidentschaftskandidaten aufgestellt, der als Rechtsanwalt und Vertreter der Gewerkschaften gegenüber der Regierung einen Namen hat. Barrantes hat jedoch erklärt, daß er an seiner Kandidatur keinesfalls festhalten werde, wenn sich die Linke mehrheitlich auf einen anderen Kandidaten einigen kann. So hat die UDP auch ihre Veranstaltungen und Versammlungen, die jetzt überall im Land durchgeführt werden, für Sprecher anderer Organisationen geöffnet. Die Kandidatur von del Prado (von der KP) erscheint allerdings die Einigung auf einen gemeinsamen Kandidaten erneut.

D.h. im schlechtesten Fall werden drei Vertreter der Linken zur Präsidentschaft kandidieren (Barrantes, Blanco, del Prado). Eine Annäherung zwischen den beiden Blöcken UNIR und UDP scheint jedoch noch nicht völlig ausschließt ein Zusammenschluß aller drei Blöcke, ein Wahlblock der Revisionisten/Referenten ist aber sehr unwahrscheinlich.

Und schließlich sollte man auch die Gefahr nicht aus dem Auge verlieren, daß die Militärregierung den gesamten „Demokratisierungsprozeß“ verzögert, die Wahlen möglicherweise verschiebt, um ihr Schock- und Verelendungsprogramm zunächst mit militärischer Autorität weiter zu vertiefen. Hier ist die größte Wachsamkeit der Linken notwendig. (Informationen aus: „Marka“ Nr. 128 bis 132 und „Amauta“, 25.10.79, 8.11.79, 15.11.79).

Lateinamerikakommunikation und Peru-Gruppe HH

Wer hat die Macht in Bolivien?

Zu den sich überstürzenden letzten Ereignissen in Bolivien (vgl. AK 166/167) führt die Boliviengruppe Hamburg eine Informationsveranstaltung durch.

- Welche Interessengruppen werden durch die putschistischen Militärs vertreten? Welche Kräfte werden von der neuen Regierung Lidia Quevela repräsentiert? Welche konkreten Widersprüche werden in der bolivianischen Bourgeoisie ausgetragen? Wie sind die Chancen der Volkskräfte, eine demokratische Entwicklung durchzusetzen?

Diavortrag Referat - Diskussion Essen Getränke - Musik

Samstag, 15.12.79 um 20 Uhr Katholische Studentengemeinde (KSG), Rentzelstr. 17 Veranstalter: Grupo Bolivia Hamburg



Jorge del Prado (KP)

Iran - ein Pulverfaß

Fünf Wochen nach der Besetzung der US-Botschaft in Teheran durch islamische Studenten ist eine Lösung immer noch nicht abzusehen. Sowohl die islamischen Studenten als auch Khomeiny haben bis zuletzt immer wieder unmissverständlich erklärt, daß mit einer Freilassung der Geiseln nur bei der Auslieferung des Schah an den Iran zu rechnen sei.

Die kompromißlose Haltung der Besetzer und ihre Unterstützung durch Khomeiny haben ihnen nicht nur in der iranischen Bevölkerung breite Sympathie eingetragen und den Haß gegen die US-Imperialisten verstärkt, Demonstrationen und Botschaftsbesetzungen in anderen Ländern des Nahen Ostens können Zeichen für den Beginn einer neuen antiamerikanischen Bewegung in diesen Ländern sein.

Allerdings haben die Botschaftsbesetzung und die massiven wirtschaftlichen, politischen und militärischen Drohungen durch die USA die innenpolitischen Widersprüche Irans nur kurzfristig zurückgedrängt. Das Referendum über die Verfassung der Islamischen Republik, das nach dem Willen der Machthaber im Windschatten des hochgeputzten Antiamerikanismus möglichst ohne größeren Widerstand der Verfassungsgegner durchgezogen werden sollte, hat alle Widersprüche schlagartig wieder aufbrechen lassen. Protestdemonstrationen und bewaffnete Auseinandersetzungen, besonders in den Minderheitsgebieten, Boykott des Referendums durch die nationalen Minoritäten und eine insgesamt niedrige Wahlbeteiligung sind ein deutliches Zeichen dafür, daß eine breite Opposition der Errichtung einer neuen Diktatur im Namen des Islam entgegensteht.

Tagung des UN-Sicherheitsrates

Auf Initiative des UN-Generalsekretärs Waldheim wurde der UN-Sicherheitsrat einberufen, um eine Lösung des Konflikts Iran-USA herbeizuführen. Die iranische Regierung nahm allerdings nicht, wie ursprünglich einmal angedeutet, an der Sitzung teil. Der gerade ernannte Außenminister Sani Sadr wurde vor allem wegen der von ihm befürworteten Teilnahme an der Sitzung des Sicherheitsrates und der angeblich zu kompromißbereiten Haltung gegenüber den USA (Bau Sadr hatte wiederholt Anstrengungen für eine Verhandlungslösung gemacht) durch den Direktor des Rundfunks und Fernsehens, Ghoibzadeh, abgelöst.

Dieser Amtswechsel bedeutet nicht so sehr einen Wechsel in der Außenpolitik Irans - nach anfänglich harten Worten zeigte sich auch Ghoibzadeh kompromißbereit -, er ist vielmehr Ausdruck der Rivalitäten und Widersprüche unter den derzeitigen Machthabern, die bis in die Islamische Republik Partei Khomeinis hineinreichen. Ghoibzadeh ist inzwischen auch unter Beschuß aus den eigenen Reihen geraten, u.a. da er andeutete, daß demnächst einige der Geiseln freigelassen würden, die nicht unter Spionageverdacht stehen.

Außerdem hatte er den Beschluß des UN-Sicherheitsrates „ab Schritt in die richtige Richtung“ bezeichnet, da er keine Verurteilung Irans enthielte. Der UN-Sicherheitsrat hatte einstimmig die sofortige Freilassung der Geiseln verlangt, hatte aber sowohl die USA als auch Iran aufgefordert, „angesichts der herrschenden Situation

äußerste Zurückhaltung an den Tag zu legen.“ In der Resolution wurden Iran keine Sanktionen angedroht („Frankfurter Rundschau“, 6.12. und 7.12.79). Die iranische Regierung erhielt zunächst fünf Tage Bedenkzeit, um zu der Forderung der Freilassung aller Geiseln Stellung zu beziehen. Khomeiny lehnte die Resolution nur einen Tag, nachdem der frischernannte Außenminister Ghoibzadeh sie ausdrücklich begrüßt hatte, ab. Die Resolution sei ein „Komplot des US-Geheimdienstes und der SAVAK“. Die Bevölkerung sollte aus Protest dagegen auf die Dächer ihrer Häuser steigen und „Gott ist groß“, „Tod dem welt hungerigen amerikanischen Imperialismus“ rufen. Khomeiny appellierte an die Bevölkerung „Amerikas Schmutz in den Staub (zu) drücken“ und „alle wirtschaftlichen, militärischen und kulturellen Beziehungen zu den USA zu zerreißen“ („FR“, 8.12.79).

Wirtschaftliche Sanktionen und militärische Drohungen gegen Iran

Während die Resolution des Sicherheitsrates relativ „milde“ gehalten ist - wahrscheinlich mit Blick auf die antiamerikanischen Protestaktionen in vielen Staaten des Nahen Ostens, so z.B. in Pakistan, Bangladesch und Libyen (in Tripolis wurde am 2.12. die US-Botschaft gestürmt und in Brand gesetzt) und die relativ breite Sympathie, mit der die Bevölkerung dieser Länder die kompromißlose Haltung Khomeinis betrachtet, weil sie selbst die Unterdrückung und Ausbeutung durch den Imperialismus jahrzehntelang ertragen mußte - schlagen die USA unverändert harte Töne an.

Militärische Maßnahmen gegen den Iran sind weiter in Vorbereitung, die seit längerem geplante weltweite Einsatztruppe der USA (110.000 Mann) soll jetzt aufgestellt werden, der Kongreß gibt den „Widerstand“ gegen erhebliche höhere Militärausgaben auf. Nachdem zuvor schon von Seiten der US-Regierung ein Boykott gegen iranische Erdöl verhängt, der Nachschub militärischer Ersatzteile gestoppt und alle Outhaben des iranischen Staates auf amerikanischen Banken eingefroren worden waren, haben inzwischen mehrere amerikanische Banken gerichtliche Verfügungen erreicht, die mit der Begründung, Iran sei mit Rückzahlungen von Krediten in Verzug, die Beschlagnahme iranischer Outhaben ermöglichen sowie Betreibungen einfordern. Spektakuläres Beispiel war die Pfändung der iranischen Beteiligung bei der Firma Krupp durch die Morgan Guaranty Trust Co.

„Nein“ zur Verfassung

„Nein“ zur Verfassung

Unmittelbar nach der Botschaftsbesetzung, ihrer offiziellen Unterstützung durch Khomeiny und der sich anschließenden breiten antiamerikanischen Bewegung um Iran, äußerte ein Mitglied des Revolutionärs, daß damit 90% der inneren Probleme Irans gelöst seien.

Tatsächlich hat es bestenfalls so etwas wie eine Atempause für die derzeitigen Machthaber gegeben. Besonders der Widerspruch zwischen der Zentralgewalt und den Minoritäten ist durch das Referendum über die Verfassung der Islamischen Republik mit aller Schärfe wieder aufgebrochen. An



den Protesten gegen die Verfassung haben sich besonders die Aserbeidschaner beteiligt, die bisher in die Auseinandersetzungen zwischen dem Khomeiny-Regime und die Autonomie und Demokratie fordernden Minderheiten (Kurden, Turkmenen, Araber, Belutschen) nicht einbezogen waren.

Knapp drei Monate lang hatte die sogenannte Expertenversammlung, die Ende Juli „gewählt“ worden war, und vor allem aus Anhängern Khomeinis und der von ihm befürworteten theokratischen Republik bestand, den Verfassungsentwurf überarbeitet. An den Wahlen zur Expertenversammlung hatten sich noch verschiedene bunte Gruppen, u.a. die Volksfedayin beteiligt.

Die jetzt erarbeitete Verfassung wurde von mehr als 20 politischen Organisationen und Parteien - von den linken und revolutionären Organisationen bis zu extrem rechten, weltlich orientierten Parteien - abgelehnt. Befürworter der vorliegenden Verfassung waren - neben der Islamischen Republik-Partei Khomeinis - lediglich die „Islamische Bewegung des iranischen Volkes“ („Djama“, Initiatorin der Botschaftsbesetzung, fortschrittliche moslemische Gruppe), die „Partei für die Befreiung des Iran“ (Bazargan) und - in dieser illustren Gesellschaft - die revisionistische, moskautreue Tudeh-Partei, die gleich an drei aufeinanderfolgenden Tagen ihre neu erworbene Religiosität und Loyalität Khomeiny gegenüber durch die immer gleichlautende Überschrift ihres Parteiprogams „Mardom“ unterstrich: „Wir sagen ja“.

Alle übrigen Parteien und Gruppen riefen, aus unterschiedlichen Erwägungen, zum Boykott des Referendums aus. Damit wurde der Einschüchterungswirkung des Wahlverfahrens Rechnung getragen. In offener Wahl konnten die Iraner(nen) nur eine grüne (ja) oder eine rote (nein) Karte in die Wahlurne werfen. Neben den linken und demokratischen Organisationen (z.B. Volksfedayin, Demokratische Nationalfront) riefen sowohl die fortschrittlichen religiösen Volksmodjahedin als auch die „Islamische Republikanische Volkspartei“ (Ayatollah Shariat Madari) zum Boykott der Wahlen auf.

Hauptkritikpunkt ist die Schaffung einer Art „Überpräsident“ („Wal-Faqih“), der mit umfassenden Vollmachten ausgestattet ist. Dieses Amt geht auf ein Khomeiny-Buch zurück, in dem er ausführt, daß der islamische Gottes- und Gesetzesgelehrte (Faqih) am besten geeignet ist, in einem muslimischen Staat die Herrschaft auszuüben. Praktisch statuiert die iranische Verfassung dieses Amt allerdings mit diktatorischen Vollmachten aus. Fol-

gende Rechte hat dieser „Überpräsident“ (gemeint ist im konkreten Khomeiny) u.a.: Ernennung des vom Volk gewählten Staatspräsidenten, Benennung der Kandidaten für das Staatspräsidentenamt, Benennung der sechs geistlichen Mitglieder der höchsten islamischen Überwachungsinstanz, der die Aufgabe hat, die vom Parlament verabschiedeten Gesetze zu kontrollieren. Der „Überpräsident“ ist als oberster religiöser Hüter der Streitkräfte und berechtigt, sowohl die Oberkommandierenden der drei Armeegattungen als auch den Oberkommandierenden der Revolutionsgarden zu ernennen, außerdem kann er Krieg und Frieden erklären. Neben dem Recht, den obersten Richter des Verfassungsgerichtes zu benennen, ist er als oberster religiöser Hüter außerdem beauftragt, überall drückt einzugreifen („Neue Zürcher Zeitung“, 1.12.79).

Weitere wichtige Kritikpunkte der Verfassung sind, daß zum Streikrecht nichts ausgesagt wird und die Möglichkeit zur Bildung von Syndikaten nicht vorgesehen ist. Stattdessen ist diffus festgelegt, daß Arbeiter an der Geschäftsführung teilnehmen und an der Verbesserung der Lebensqualität beteiligt werden.

Den Frauen wird nach der Verfassung kein einziges konkretes Recht eingeräumt. In der Preamble zur Verfassung taucht die Bemerkung auf, daß die Frauen nicht mehr „Sexualobjekt“ und „Instrument der ökonomischen Profits“ sein sollen. Selbst diese Bemerkungen kann man vor der gesellschaftlichen Wirklichkeit (Verschleierung der Frauen, Verdrängung aus der Arbeitswelt) und der übrigen Gesetzgebung nur als frauenfeindlich bezeichnen. Ökonomische, politische und soziale Rechte der Frauen werden nicht erwähnt, besonders üble Vorrechte für Männer werden dagegen nicht unterstrichen: die Polygamie (gilt selbstredend nur für Männer), die provisorische Heirat (ein Mann kann eine Frau für einen sehr kurzen Zeitraum zum Bumsen ehelichen, diese im Schismus mögliche Form der Ehe ist nichts weiter als eine verschleierte Prostitution), das Ehescheidungsrecht, das dem Mann das ausschließliche und willkürliche Recht zur Verstoßung der Frau gibt.

In Artikel 19 wird zwar die Gleichheit aller Bürger, unabhängig von Rasse, Farbe, Sprache oder politischer Überzeugung festgelegt, gleichzeitig wird aber der Schismus zur Staatsreligion erhoben, sodaß die ebenfalls islamischen Sunniten zu einer zweiten Klasse werden (die nationalen Minderheiten - bis auf die Aserbeidschaner - sind vorwiegend Sunniten). Das Recht auf Selbstverwaltung

oder Autonomie für die nationalen Minoritäten wird mit keinem einzigen Wort erwähnt (zu Beginn der Verhandlungen mit den Kurden, die jetzt allerdings aus Syrien gehen zu sein scheinen, wurde von der iranischen Regierungsdelegation die Einfügung eines solchen Passus angedeutet) („Le Monde“, 2./3.12.79).

Klar, daß eine solche „Verfassung“ auf breite Ablehnung stieß. Das machte sich zunächst in einer sehr geringen Wahlbeteiligung bemerkbar. Gewählt wurde nur zwei Tage nach den beiden wichtigsten Feiertagen des Trauermontats, an denen zu riesigen antiamerikanischen Protestdemonstrationen aufgerufen wurde. An beiden Wahltagen wurde ständig in Fernsehen und Rundfunk für die Wahlen mobilisiert, u.a. mit der Parole „Amerika sagt nein zu unserer Verfassung, aber wir bleiben auf der Linie unseres Imams und sagen ja, ja, ja!“ („Süddeutsche Zeitung“, 4.12.79). „Mindestens 90% der Wähler stimmten für die Verfassung, aber wir bleiben auf der Linie unseres Imams und sagen ja, ja, ja!“ („Süddeutsche Zeitung“, 4.12.79). Trotzdem war die Wahlbeteiligung außerordentlich gering. Am zweiten Tag blieben deshalb die Wahllokale bis 12 Uhr nachts geöffnet.

In den Minderheitsgebieten wurde praktisch überhaupt nicht gewählt, die Wahlbeteiligung betrug maximal fünf Prozent. Sowohl in Kurdistan, Belutschistan und Aserbeidschan kam es zu schweren Auseinandersetzungen und Protestaktionen. Wahlen gingen in Flammen auf. Zu den schwersten Unruhen kam es in Aserbeidschan. Das nationale Problem wird hier allerdings überlagert durch die Differenzen zwischen Ayatollah Khomeiny und dem zweithöchsten Ayatollah Iran, Shariat Madari, der aus Tabriz stammt und hier die meisten seiner Anhänger besitzt, seinen Sitz hat er allerdings, ebenso wie Khomeiny, in Qom.

Shariat Madari sagt sich, zunächst etwas verkläuselt, gegen die Teilnahme an der Wahl ausgesprochen. Er äußerte, es gebe Widersprüche zwischen einzelnen Artikeln in der Verfassung, wenn diese besetzt würden, würde er auch wählen. Er spielte dabei vor allem auf den Artikel 110, die Einrichtung eines „Überpräsidenten“ an. Seine Meinung wurde so verkürzt in Fernsehen und Rundfunk verbreitet, daß die meisten Aserbeidschaner sie als „ja“ zur Verfassung auslegten. Aus diesem Grunde betrug die Wahlbeteiligung in Tabriz, der Hauptstadt Aserbeidschans, 50%. Als die Bevölkerung von der Manipulation des Fernsehens und Rundfunks erfuhr, entzünd sich der Protest in riesigen Demonstrationen, in denen die Abschaffung des Artikels 110, die Freilassung von 73 Menschen, die von Revolutionsgarden verhaftet worden

Fortsetzung nächste Seite



Shakaa wird nicht ausgewiesen

In ihrem Kampf gegen die fortschrittlichen arabischen Bürgermeister in den besetzten Gebieten, die sich der israelischen Besatzung entgegenstellen, hat die israelische Regierung eine Niederlage erlitten. Ihren Beschluß, den Bürgermeister von Nablus, Shakaa, aufgrund seiner Sympathien für die PLO auszuweisen, mußte sie nach mehreren Wochen harter Auseinandersetzungen zurücknehmen. Damit ist der Fall Shakaa zwar erledigt, das Mißtrauen der Bevölkerung in den besetzten Gebieten gegenüber den Autonomieplänen Israels, der USA und Ägyptens aber gewachsen. Die Proteste gegen den Ausweisungsbeschluß brachten die arabischen Bürgermeister vom Gazastreifen und dem Westjordanland. Die Regierung hatte beständig versucht, die besetzten Gebiete untereinander zu spalten und geplant, möglichst rasch den Autonomieplan für den Gazastreifen anzuwenden, nachdem deutlich war, daß im Westjordanland weitgehend Übereinstimmung unter den Palästinensern besteht, jegliche Pläne zu boykottieren.

Ein größerer Stolperstein für die israelische Regierung ist allerdings der Streit um die zionistische Siedlung Elon Moreh.

Während von den Linken und Liberalen Kräfte die Siedlungspolitik heftig kritisiert wird, versuchen die rechtsradikalen Kräfte um die Gush Emunim (zionistische Siedlerbewegung) um den Landwirtschaftsminister Sharon, die Regierung zu einer Forcierung der Siedlungspolitik zu zwingen, andernfalls die Regierung zu kippen, nach dem Motto, es gehe nicht um den „Fortbestand der Regierung oder der Ministerliste“, sondern um die „Aufrechterhaltung des Zionismus und der Staatlichkeit“ (Sharon).

Shakaa wurde am 11. November verhaftet und in das Zentralgefängnis von Ramleh gebracht.

3 Tage vorher war er beschuldigt worden, er habe für einen Palästinenser-Überfall auf einen israelischen Bus Verständnis geäußert, bei dem 34 Menschen ums Leben kamen. Seine Ausweisung wurde beschlossen. Tatsächlich hatte Shakaa in einem privaten Gespräch mit dem israelischen Aktionskoordinator in den besetzten Gebieten, Dani Matt, geäußert, daß die israelische Regierung mit Terroraktionen der Palästinenser rechnen müsse, solange die Okkupation und das Töten anhalte. Daß diese Äußerung nur der Anlaß für seine Ausweisung sein sollte, wurde darin deutlich, daß er in diesem Gespräch regelrecht zu dieser Stellungnahme gedrängt worden war, indem Matt ihn insgesamt fünfmal gefragt hatte, ob er diese Aktion recht fertige.

Shakaa gilt als einer der unbequemsten Bürgermeister im Westjordanland; unter anderem hatte er im Juni einen Protestmarsch gegen die Siedlung der Gush Emunim in Elon Moreh mitorganisiert, die verboten worden war. Nachdem es unter den arabischen Bürgermeistern, der arabischen Bevölkerung, in der israelischen Arbeiterpartei und auf internationaler Ebene zu starken Protesten gegen die Ausweisungsverfü-

gung kam, wurde die Beschuldigung gegen Shakaa erweitert, er habe lange als ein Führer der PLO im Westjordanland gewirkt, und es gebe genug anderes, was man Shakaa zur Last legen könne.

Innerhalb einer Woche nach seiner Verhaftung traten sämtliche Bürgermeister des Westjordanlandes sowie der Bürgermeister von Gaza zurück. Einige unter ihnen hatten in der letzten Zeit selber schon unter Beschränkungen, Prozessen etc. durch die Besatzer geküht. Bemerkenswert ist, daß angeblich die PLO und Jordanien die zum großen Teil anfangs zögernden Bürgermeister aufgefordert hatten, nicht zurückzutreten, um nicht den Besatzungskräften die Verwaltung zu überlassen. Die radikaleren Kräfte unter den Palästinensern hatten dagegen zu einem Massrücktritt aufgefordert (israelischer Rundfunk, nach „MD“, 14.11.). Der ansonsten gemäßigte Bürgermeister von Bethlehem, Freij, erklärte: „Die Israelis können nichts machen, weil niemand mit ihnen zusammenarbeiten wird. Sogar die Straßenkehrer würden sich weigern, zu arbeiten“ (Le Monde, 17.11.).

Es fanden Streiks in Nablus, Ramallah, El-Burh, Hebron und Ost-Jerusalem statt, die Schulen streikten ebenfalls, es gab zahlreiche Protestkundgebungen. Am 16. 11. trat Shakaa in den Hungerstreik. Er erinnerte daran, daß Westjordan seine Heimat und nicht die der Besatzer sei, daß die israelischen Soldaten von daher zu gehen hätten. Nachdem sich die israelische Regierung in Gesprächen mit den zurückgetretenen Bürgermeistern nicht von dem Ausweisungsbeschluß abbringen ließ, zogen diese entsprechende Schlüsse: So erklärte Freij, dies sei das Ende des Autonomieplans, und der Bürgermeister von Gaza erklärte der ägyptischen Autonomieverhandlungsdelegation, das Interesse an einem Autonomieplan im Gazastreifen sei sehr gering geworden, nachdem er verstanden habe, was die Israelis unter Demokratie und Autonomie verstünden (NZZ, 25./26. 11.).

Als offensichtlich wurde, daß die Regierung in der Frage der Ausweisung einen Rückzieher machen mußte, forderte sie den Rücktritt Shakaa's. Ausserdem versuchte sie, die Regierung mit der Frage der Siedlung Elon Moreh zu verknüpfen. Die palästinensischen Grundeigentümer sollten ihre Klagen auf die vollständige Räumung der Siedlung Elon Moreh zurückziehen (IHT, 26.11.). Doch

waren zu verfahren. Die palästinensischen Grundeigentümer sollten ihre Klagen auf die vollständige Räumung der Siedlung Elon Moreh zurückziehen (IHT, 26.11.). Doch diesen Vorhaben mußte sie gleich aufgeben, nachdem dies öffentlich wurde. Shakaa ließ außerdem mitteilen, er sei zu keinerlei Kuhhandel über seine Freilassung bereit. Sein Amt werde er nicht aufgeben. Schließlich mußte die Regierung am 5.12. bekanntgeben, Shakaa werde freigelassen und könne seinen Posten als Bürgermeister wieder einnehmen. Es lägen zwar genug Gründe für eine Ausweisung vor, aber mittlerweile (?) habe auch Shakaa „gegen den Mord an Unschuldigen“ ausgesprochen (SZ, 6.12.)

Nahost-Kommission

Streik angekündigt, weil die Regierung ihnen Geld vorenthält. Die jetzigen Preiserhöhungen haben eine Wut ausgelöst, die Israel seit langem nicht mehr gekannt hat. In den armen Stadtvierteln von Jerusalem, in denen hauptsächlich die orientalischen Juden (aus arabischen und afrikanischen Ländern) wohnen, gab es 2 Tage lang Protestaktionen, in denen Mülltonnen und Autoreifen in Brand gesetzt wurden und der Verkehr blockiert wurde. In Sprechchören riefen die Demonstranten „Millarden für die Siedlungen, aber Armut bei uns“. Um die erwarteten Demonstrationen niederzuschlagen, waren extra Polizeikräfte aus anderen Städten nach Jerusalem geholt worden. 5000 Menschen folgten einem Demonstrationsmarsch der Organisation „Frieden jetzt“, auf der Demonstration wurde die Regierung zum Rücktritt aufgefordert, weil sie „aus Geldmangel die wichtigsten Lebensmittel unmöglich teuer macht und stattdessen Milliarden in die jüdische Besiedlung der besetzten Gebiete steckt“ (Welt, 26.11.).

Ein Generalstreik der Gewerkschaft Histadrut, der für den 27.11. geplant war, wurde vom Arbeitsgerichtshof verboten und dann von der Histadrut abgeblasen. Doch ist damit sicher nicht der Protest beendet, denn die Auswirkungen der Einsparungen werden in den nächsten Monaten voll durchschlagen.

Nahost-Kommission

Blutbad im Allerheiligsten

In der großen Moschee von Mekka, dem Ziel von jährlich mehr als einer Million muslimischer Pilger, kann weder gebetet werden. Auch der letzte der Besatzer, die am Vorabend der Jahrhundertwende 14./15. Jh. muslimischer Zeitrechnung in großer Zahl bewaffnet in die Moschee eingebrungen waren, ist hingerichtet oder wartet in einem saudischen Gefängnis auf seine Hinrichtung. Dieser mörderische Ausgang der Besetzung, bei dem der saudische Gewaltapparat letztlich die Oberhand behalten hat, ist dennoch mehr ein Schwächendenn ein Stärkebeweis, und das in mehrfacher Hinsicht.

Saudi-Arabien preist sich gern als Hüter und Wächter der heiligen islamischen Stätten an und leitet daraus propagandistisch seinen politischen Vormachtsanspruch in der islamischen Welt ab. Allein die Tatsache, daß die bewaffnete Besetzung einer Moschee, und noch dazu, unter den Augen der Bewacher möglich war, muß bei jedem Muslim mehr als Zweifel an der saudischen Qualifikation für diese Aufgabe erwecken. Jeder Muslim weiß, daß es strikt verboten ist, in einer Moschee Waffen auch nur mitzuführen, geschweige denn, sie ihrem Zweck entsprechend einzusetzen. Dieses Verbot gilt natürlich nicht nur für die nach Mekka pilgernden Gläubigen, sondern auch für die Hüter der heiligen Stätten. Die saudische Regierung war nach der Besetzung der Moschee in einer Zwickmühle: Einerseits mußte sie, wenn sie noch ein bißchen von ihrem selbstaufgebaute Image retten wollte, möglichst rasch die „Panne“ wadertgut machen, d.h. die Besetzung beenden; doch wie sollte sie das anderswärts bewerkstelligen, wenn keine Waffen eingesetzt werden durften?

Der Konflikt wurde, wie man weiß, auf recht fadenachtige Weise mithilfe islamischer Rechtsverdreher geklärt. Der oberste Klerus, die königstreue „Ulema“, erstellte ein Gefälligkeitsgutachten. Der Rat der geistlichen Würdenträger „sand heraus“, daß Töten sogar in der heiligsten aller Moscheen erlaubt sei, wenn die Bewaffneten in der Moschee allen Aufforderungen, die Waffen niederzulegen, nicht nachkommen (Süddeutsche Zeitung, 26.11.79).

Die Erklärung der Ulema war das Freizeichen für das grausame Schauspiel, das folgte. Es gibt keine zu-

verlässigen Angaben über die Anzahl der Toten und Verletzten, die Opfer der zweiwöchigen Schlacht zwischen saudischer Armee, Nationalgarde und Polizei einerseits, und den Männern und Frauen andererseits, die die Moschee besetzt hatten oder als Geiseln genommen waren, gehandelt worden. Zahlen zwischen 70 und mehreren Hundert Toten.

Die Besetzung der Großen Moschee war nicht nur eine Schlappe im Hinblick auf das saudisch-arabische Image unter den gläubigen Muslimen in aller Welt, sondern führte auch die beharrlich wiederholte Behauptung, in Saudi-Arabien gäbe es keinerlei Opposition, ad absurdum.

Seit der Schah aus dem Iran vertrieben wurde, fragen sich die westlichen Imperialisten besorgt, ob der „persische Virus“ wohl auch auf Saudi-Arabien übergreifen könne. In der hiesigen Presse ergibt sich zu dieser Frage ein merkwürdiges Bild: So gut wie keine Berichte über Aufstände, Unruhen oder auch nur Unmut in der saudischen Bevölkerung, aber jede Menge über offizielle saudisch-arabische Beteuerungen, daß es für ihre imperialistischen Freunde keinen Grund zur Beunruhigung gäbe, und daß alle Berichte in (vorwiegend arabischen) Zeitungen anderer Länder, die etwas anderes behaupten, gelogen seien. Der Anlaß der Dementis wird immer nur vage angedeutet, aber immerhin und ihnen Hinweis auf einige Konflikthorde zu entnehmen. In den letzten Monaten scheint es mehrere blutig niedergeschlagene Putschversuche gegeben zu haben („Welt“ und „Süddeutsche Zeitung“, 23.4.79). Ob es hierbei einen Zusammenhang mit den fraktionsartigen Differenzen innerhalb des Königshauses gibt, die im Kontext der saudischen Haltung zum ägyptisch-israelischen Friedensvertrag offenkundig geworden sind und zu zeitweiligen Mißstimmungen im Verhältnis USA-Saudi-Arabien geführt haben, ist unklar. Ebenfalls dementiert wurden Meldungen der Beirut-Zeitung „al-Safir“, daß im Ölgelbiet von Dhahran Unruhen unter den Arbeitern (überwiegend Ausländer) blutig niedergeschlagen worden seien („Tagespiegel“, 12.7.79).

Die Besetzung der Großen Moschee war erstmals eine oppositionelle Aktion, die sich bei bestem Willen nicht verheimlichen ließ. Verläßliche

Informationen über die Motive oder Ziele der Besatzer – vermutlich einige Hundert, z.T. mit Familien – hat die saudische Regierung aber zu verhindern gewußt. Sie ließ lediglich verbreiten, daß es sich um abtrünnige Muhame handle, die einen neuen Mahdi (Erlöser) ausgerufen hätten. Anderen Quellen zufolge hat sich eine „Union des Volkes der Arabischen Halbinsel“ für die Besetzung der Moschee verantwortlich erklärt mit den Worten: „Wir erwarten nicht den Mahdi, wir erwarten die Revolution“ („Frankfurter Rundschau“, 28.11.). Immer wieder berichtet wird auch, daß Beduinen, – die von der „Sozialpolitik der Königsfamilie am stärksten getroffene Bevölkerungsgruppe – an der Besetzung beteiligt gewesen seien. In Presse und Rundfunk wurden die Mutmaßungen und Gerüchte über die Herkunft der Besatzer auf die Frage zugespitzt, ob es sich um einen religiös oder politisch motivierten Angriff gehandelt hat. Bezogen aber auf ein Land, in dem die Herrschenden Politik mit der Religion machen, wo emanzipatorische und demokratische Regungen mit der ganzen Bandbreite islamischer Folterstrafen (von Handhacken bis zum Steigen) brutal unterdrückt werden mit Hinweis auf das islamische Recht, und wo zugleich eine korrupte Oberschicht in Saus und Braus lebt, ist es müßig zu fragen, ob ein religiös motiviertes Aufbegehren auch politische Forderungen beinhaltet. In einer so rückständigen Gesellschaft, wo religiöse Vorurteile und Werte in der Bevölkerung tief verankert sind, wird selbstverständlich jeder Massenprotest sich zunächst des religiösen Gewandes bedienen.

Auf jeden Fall haben die sozialen und politischen Widersprüche in der saudischen Gesellschaft sich offenbar schon so zugespitzt, auf der einen Seite die im westlichen Stil prassende und eine oberflächliche Modernisierung durchpeitschende unermesslich reiche Oberschicht, auf der anderen Seite die in islamischen Idealen (des dem Lebensstil der Oberschicht widersprechen) niedergehaltenen einheimischen Bevölkerung und die anwachsende überwiegend ausländische Arbeiterkraft. Man wird hoffentlich bald wieder von Saudi-Arabien hören!

Nahostkommission

Afrika

Afrika

Britische Regierung deckt Rassistenanschläge in Sambia

In einer Kette von Bombenanschlägen zerstörten Kommandos der rhodesischen Rassistenarmee in den vergangenen Wochen fast sämtliche lebenswichtigen Verkehrsverbindungen des schwarzafrikanischen Nachbarstaates Sambia zur Außenwelt. Mehrere Brücken, über die Sambia Lebensmittel importieren muß, wurden in die Luft gesprengt, Straßenverbindungen wie Schienenwege vollkommen zerstört. Alle Verbindungen Sambias zu Mozambique, Tansania und Malawi sind mit diesen Anschlägen z.T. auf Monate hin unterbrochen. Übrig bleibt anscheinend nur noch der Schienenweg nach Angola (der allerdings auch des öfteren Ziel terroristischer Anschläge der UNITA ist). Sambia ist ein vollkommenes „Binnenland“ und ist auf Im- und

Exporte existentiell angewiesen. Die Überfälle wurden vom Sicherheitsrat der UN scharf verurteilt („IHT“, 26.11.).

Der sambische Präsident Kaunda veranlaßte angesichts dieser Situation eine Generalmobilisierung seiner Streitkräfte. Ausserdem verlangte er die sofortige Abberufung des britischen Botschafters Allison aus Lusaka. Kaunda deutete an, daß die britische Regierung im voraus von den rhodesischen Angriffen gewußt und diese mit ihrem Schweigen gedeckt habe. Vor 30 000 Menschen in Lusaka klagte Kaunda die britische Regierung an, daß sie auch im nachhinein „keinen klaren Standpunkt zu den Überfällen“ der Rassisten beziehe („IHT“, 24.11.). Der sambische Außenminister

Chakulya bezeichnete seinen britischen „Amtskollegen“ in diesem Zusammenhang als „Erfascherten“ („FR“, 26.11.). Als daraufhin ca. 2000 Jugendliche vor der britischen Botschaft in Lusaka protestierten – hierbei gingen wohl einige Scheiben zu Bruch – wurde Allison tatsächlich „auf unbestimmte Zeit“ aus Lusaka abberufen.

An dem erneuten Skandal erweist sich die ganze Scheinheiligkeit der britischen Imperialisten, die sich momentan – mit einem Erfolg, auf der Londoner Verfassungskonferenz zu Rhodesien gern als „Vermittler“ aufspielen und tatsächlich aber die Patriottischen Front ständig die Pistole auf die Brust setzen und diese zu immer weitgehenden Zugeständnissen erpresst.

Afrikakommission

Transkei: RSA verschärft Unterdrückung

Das Regime des ersten, „unabhängigen“ gewordene Homelands Transkei zeigt sein blutiges Gesicht. Am 1. November ließ Mantazuma, Präsident (und gleichzeitig größter Schnapsladen- und Hotelbesitzer) der Transkei 25 Organisationen durch ein „Gesetz zur öffentlichen Sicherheit“ verbieten. Unter den 25 befinden sich so honorierte Verbände wie der Weltkirchenrat und der Südafrikanische Kirchenrat (SACC). Das Verbot dieser beliebte nicht revolutionären Organisationen, die z.T. sogar in der RSA selbst erlaubt sind (!), läßt einige Rückschlüsse auf das seit dem 26.10.1976 „unabhängige“ Marionettenregime zu. Die einzige diplomatische Anerkennung hat das Regime bisher auch nur von seinen Herren in Pretoria gefunden, die auch 2/3 der gesamten Staatsfinanzen tragen.

Die Wirtschaft der Transkei ist völlig bankrott. 47 500 Arbeitsplätze stehen 3,2 Millionen „Bürger der Transkei“ gegenüber, von denen ca. 2 Millionen in der Transkei dahingevegetieren. Vor kurzem führte Mantazuma noch zusätzliche Steuern ein, die dem Volk das letzte Hemd vom Leib reißen – Steuern für jede Hütte, für jedes Stück Vieh. Daß diese Politik zum Widerstand der Bevölkerung führen muß, war einkalkuliert der Polizei- und Militärapparat steht voll und ganz unter Kontrolle der RSA.

Mantazuma kündigte bereits am „Unabhängigkeitstag“ an, daß er „die gerechten Gesetze der RSA“ übernehmen wolle – und hat sogar diese rassistische Gesetzgebung noch verschärft.

Auf diesem Weg versucht er derzeit, einen seiner Hauptkontrahen-

ten auszuschalten. Am 26. Juli ließ er den „König der Xhosas“ Hauptling Sabata Dabindyebo verhaften. Er steht unter Anklage, der Unterminierung der „Würde des Präsidentenamtes“ (2 Jahre Gefängnis) bzw. auch der Sabotage der „Unabhängigkeit der Transkei“ – was nach den Gesetzen der RSA/Transkei Hochverrat ist und für eine Lebensstrafe reicht. Sabata ist seit Jahren offener Gegner der Bantustan-Politik der RSA und genießt anscheinend hohes Ansehen unter der Bevölkerung. Zu diesem Prozeß hat sich das Transkei-Regime einen berühmten berühmten Ankläger besorgt: den südafrikanischen Chefankläger Percy Yutar. Dieser brachte 1964 die damalige ANC-Führung für Jahrzehnte ins Gefängnis (nach „FR“, 12.11.79).

Afrikakommission

Fortsetzung von Seite 49

grundstehen soll.

Die Wit großer Teile der israelischen Bevölkerung über diese Siedlungsvorhaben wird vor allem bestärkt durch die Tatsache, daß die Siedlungen zu gegebenenmaßen zum großen Teil überhaupt nicht wirtschaftlich lebensfähig sind. Die „Neue“ beschreibt dies in einem Beispiel: „Auf den Anhöhen oberhalb von Nazareth (45.000 Einwohner), einer Stadt mit arabischer Bevölkerung und Hochburg des Christentums, ist eine ultramoderne Stadt, Natrat-Eli, aus dem Boden gestampft worden, die ausschließlich Juden vorbehalten ist. Die für 50.000 Einwohner erbaute Stadt ist zu zwei Dritteln leer.“ Das Budget von Nazareth ist auf 134 Millionen Pfund beschränkt, das von Natrat-Eli beträgt für fast dreimal weniger Einwohner 300 Millionen Pfund. In Nazareth müssen Wohnungen gemietet und als Klassenzimmer benutzt werden, während in Natrat-Eli eine bedeutende industrielle Zone geschaffen worden ist, in der die Einwohner von Nazareth – Bauern, die am wenigsten qualifizierten Arbeitsplätze besetzen (Neue, 17.11.). Aufgrund der Finanzkrise werden den arabischen Städten Gelder vorenthalten, so daß sie die Gehälter der Angestellten nicht auszahlen können und kein Geld für notwendige Projekte haben. Die arabischen Stadträte in den besetzten Gebieten hatten schon für den 15. Oktober einen

pakistan



Daß US-Botschaften derzeit ein heißes Pflaster sind, bekamen auch die Kreise dieser Institution in Islamabad, der Hauptstadt Pakistans, zu spüren. In den Angriffen der 3.000 bis 4.000 Demonstranten entzündete sich wieder auch die Wut gegen das seit einhalb Jahren herrschende Militärregime unter General Zia-ul-Haq. Unter dem Banner der „Islamischen Republik“ unterdrücken die Militärs jede oppositionelle Regierung im Lande. Prügeltreffen, öffentliche Auspeitschungen und Verhaftungen sind an der Tagesordnung.

Die versprochenen Wahlen wurden unter fadenscheinigen Vorwänden bisher zweimal verschoben. Fortschrittliche Presseorgane wurden verboten oder zensuriert, die Redakteure sitzen häufig mehr im Gefängnis als in den Redaktionsräumen. Beim Vorgehen gegen die Demonstranten vor der Botschaft stellten sich Armee und Polizei voll auf die Seite der US-Imperialisten. Zwei Demonstranten wurden erschossen, 46 verletzt.

Vorher hatten Antimperialisten die Botschaft in Brand gesteckt, wobei auch ein US-Marineinfanterist getötet wurde. Im Stahlrahmenraum der Botschaft, fensterlos, mit Stahlwänden versehen, sechs mal neun Meter groß und ausgestattet mit eigener Stromversorgung und Sprechfunkgeräten („Stern“, 29.11.79) verschanzen sich die Botschafts-Innenleute. Daß einem solchen Raum sicher nicht nur Bargeld, sondern hochbrisantes Material lagert, läßt sich denken. Aus ihrer militärischen Lage wurden die dort verschanzten US-Agenten denn von Hubschraubern der pakistanischen Armee gesteuert. In Karachi, einer anderen Großstadt in Pakistan, gingen die Bullen mit Tränengas gegen Demonstranten vor, die Straßenzüge gegen das US-Konsulat warfen.

Während die UdSSR und die VR China im Weltisolationismus die iranische Botschaftsbesetzung verurteilten, unterstützt die Koreanische DVR den „gerechten Kampf“ der Iraner gegen den US-Imperialismus.



Südkoreas Opposition meldet sich

Nach dem abrupten Ableben Park Jung-Hui hatte es von einigen namhaften bürgerlichen Oppositionsführern in Südkorea zunächst ein Stillhalten gegenüber der neuen Führung gegeben. Verbunden damit war sicherlich die Hoffnung auf eine Liberalisierung. Die Bestimmung der Gründer des Koreanischen CIA und der Park-Partei (DRP), Kim Jong-Pil als Nachfolger Parks in der Parteiführung hatte allerdings schon auf eine Fortsetzung der bisherigen Politik schließen lassen. Daß auch die neuen Herren in Südkorea mit der Opposition ähnlich umspringen gedenken wie ihr verbliebener Vorgänger, zeigt die Antwort auf einen Appell des „Katholischen Rats für Recht und Frieden“, daß „eine allzu behutsame Behandlung der allgemeinen Forderungen nach politischen Reformen nur Unruhe und Verwirrung im Land auslösen werde“ („FR“, 30.11.79). In einem Dekret des Premierministers Choi wird jede „indirekte politische Agitation“ unter strenge Strafe gestellt.

Wer es nicht bei Appellen beließ, bekam die Staatsmacht direkter zu spüren. Als sich am 24. November nach dem Tode Parks die (bürgerliche) Opposition auf die Straße begab und ca. 1.000 Leute in der Konferenzhalle des CVJM gegen die geplante Präsidentschaftswahl protestierten, wurden 80 Personen verhaftet. In Flugblättern, die dort verteilt wurden, wurden auch erstmals die USA angegriffen: „Wir lehnen jede äußere Einmischung in den Prozeß der Demokratisierung Südkoreas ab. Die USA müssen aufhören, die Leute des Park-Regimes zu unterstützen“ („Le Monde“, 28.11.79).

In den letzten Tagen sind in Südkorea mindestens 258 Personen verhaftet worden. Anlaß waren unter anderem Demonstrationen oppositioneller Gruppen („FR“, 30.11.79).

In der derzeitigen Auseinandersetzung geht es vorwiegend um die anstehende Wahl des durch Parks Ableben freigewordenen Präsidentenamtes. Das Regime will diese Wahlen nach der Notstandsverfassung durchführen, das heißt innerhalb von drei Monaten. Für die Zeit danach wird dann eine „Demokratisierung“ in Aussicht gestellt.

Die Opposition dagegen verlangt eine umgekehrte Reihenfolge: „Zuerst die Ausmerzung aller Elemente der Diktatur einschließlich Verfassungsänderung, Freilassung politischer Häftlinge und Wiederherstellung der Meinungs- und Pressefreiheit, und danach auf dieser Grundlage wirkliche Wahlen“ („Süddeutsche Zeitung“, 29.11.79).

Hintergrund ist allerdings die Tatsache, daß die Ursache für die kurz vor Parks Tod ausgebrochenen Unruhen in Pusan und anderen Industriestädten des Landes natürlich bis heute nicht beseitigt sind. Inflation, Arbeitslosigkeit, Verbot wirklicher Gewerkschaften und politische Teilnahmslosigkeit Stattdessen wurden jetzt die ersten beiden der bei den Unruhen Verhafteten mit bis zu drei Jahren KZ-Strafe bestraft.

Asien/Australien-Kommission



Die Polizei und der südkoreanische Geheimdienst (KCIA) sind bekannt für ihr brutales Vorgehen. Verhaftungen sind an der Tagesordnung.

Unverhüllte Kriegsdrohungen Chinas

Während die chinesischen Truppen an der Grenze zu Vietnam ihre Übergriffe und Manöver in letzter Zeit weiter intensivieren, haben offizielle chinesische Vertreter offen mit erneutem militärischen Eingreifen gegen die indochinesischen Länder gedroht.

Im Verlauf der 14. Runde der Verhandlungen zwischen China und Vietnam äußerte der chinesische Delegationschef, der stellvertretende Außenminister Han Nianlong, unverbunden, daß „die chinesische Regierung fest Thailand und die anderen



ASEAN-Staaten in ihrem gerechten Kampf gegen ausländische Aggression und in Verteidigung ihrer staatlichen Souveränität unterstützt.“ („Xinhua“, 22.11.79).

Der chinesische Botschafter auf den Philippinen (einer der ASEAN-Staaten) wurde noch direkter. Auf die Frage, ob die chinesische Zusage, auch militärische Unterstützung einschleife, antwortete der Diplomat: „Sie umfaßt alles.“ („Süddeutsche Zeitung“, 24.11.79).

Asien-Australien-Kommission

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
 Lerchenstraße 75
 2000 Hamburg 50
 Telefon Verlag: 43 53 06
 Telefon Redaktion: 439 59 02

Rheinland-Pfalz

Siedpfalz
 G. Wilmmer
 Postfach 22
 6748 Bad Bergzabern

Sozialistischer Studentenbund
 Büro
 Schillerstraße 4
 2000 Hamburg 13
 Tel. 44 98 14

Schleswig-Holstein

Flensburg
 Peter Petersen
 Postlagerkarte 098245 A
 239 Flensburg

Geesthacht
 Postlagerkarte 02/2054 Geesthacht
 Jeden Sonnabend von 10 - 12 Uhr
 vor Herbie

Kappeln
 Dagmar Schneider
 Postlagerkarte
 234 Kappeln

Kiel
 H. Lankau
 Postlagerkarte 08 88 83 A
 2300 Kiel 1

Lübeck
 Postlagerkarte 082 314 A
 24 Lübeck 1

Neumünster
 Angelika Schucknecht
 Postlagerkarte A 023573
 2350 Neumünster

Pinneberg
 (Eutin, Plön, Malente)
 Postamt Eutin
 Postlagerkarte A 023853
 2430 Eutin

Pinneberg/Steinburg
 Postlagerkarte A 022 826

Pinneberg/Steinburg
 Postlagerkarte A 022 926
 208 Pinneberg

Reinhold
 Postlagerkarte
 2430 Eutin

Bremen

Bremerhaven
 KB c/o Arbeiterbuch
 Sonnenstraße 8
 2850 Bremerhaven
 Tel. 0471-81537

ARBEITERKAMPF Vertriebsstelle
 Am Schwarzen Meer 104
 28 Bremen 1
 Tel. 44 36 74

Niedersachsen

Braunschweig
 Postlagerkarte 081 378
 33 Braunschweig
 Verkauf jeden Sonnabend
 11 - 13 Uhr, Kohlmarkt

Cuxhaven
 Verkauf jeden Sonnabend
 10 - 12 Uhr vor Feststadt
 Norddeichstraße

Emden
 Postlagerkarte 0674 58 A
 2270 Emden

Göttingen
 Buchladen Rote Straße
 Rote Straße 10 z Hd KB
 38 Göttingen

Hannover
 V. Campen
 Postfach 1262
 3 Hannover 1

Hildesheim
 Postlagerkarte A 019 084
 32 Hildesheim
 Jeden Sonnabend von 10 - 12 Uhr
 Fußgängerzone / Hoher Weg

Lüneburg
 Postlagerkarte A 017 890
 314 Lüneburg
 Sonnabend Bächerstraße 11 13 Uhr

Stade
 Jeden Sonnabend von 10 - 12 Uhr
 am Pferdemarkt

Wasser-Emm-Gebiet
 Postlagerkarte 070 178 A
 29 Oldenburg

Wolfsburg
 Verkauf jeden Sonnabend
 11 - 13 Uhr Kaufhofpassage

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
 J. Reents Vertriebsbüro
 Buddenstraße 9
 48 Bielefeld
 Mittwoch von 18 - 20 Uhr

Bochum
 Postlagerkarte A 056011
 463 Bochum
 Jeden Sonnabend von 10 - 13 Uhr
 Kortumstraße/Innenstadt
 Jeden Di/Mi/Do von 12 - 14 Uhr
 Uni/Mensa

Duisburg
 Postlagerkarte 080 190 A
 41 Duisburg

Düsseldorf
 Jeden Sa 11 - 13 Uhr Kottwiler Str.
 Nähe Kurparkplatz
 Den Ak gibt's außerdem im Buchh.
 H. Heine, Völkler Pl. 8 und
 Buchladen Bundeschuh, Tiegelstraße 39

Kamen
 Jeden Samstag von 10 - 13 Uhr
 und Mittw. von 15.30 - 18 Uhr
 in der Einkaufstraße

Mönchengladbach 2
 Postlagerkarte A 008 748
 4060 Mönchengladbach
 Verkauf jeden Sonnabend
 von 11 - 13 Uhr im Rheyd.
 (Fußgängerzone)

Köln
 Dienstag
 Buchertisch-Fachhochschule für
 Sozialarbeit
 Mittwoch Buchertisch Uni

Hessen

Darmstadt
 Edwin Herrmann

Darmstadt
 Edwin Herrmann
 Am Eichbaumweg 52
 61 Darmstadt

Frankfurt
 Postlagerkarte
 2430 Eutin

Kassel
 Florian Röh
 Kirchweg 77
 3500 Kassel

Baden-Württemberg

Freiburg
 schriftlich über Buchladen Joe Fritz
 c/o Kommunistischer Bund
 Wilhelmstraße 16

Heidelberg
 AK Lesekreie jeden Montag und
 Buchertisch jeden Mittwoch
 (Altstadt/Mensa) Kontakt über
 Postlagerkarte 080 845 B
 AK Verkauf dienstags 12 - 14 Uhr
 Mensa Triplex

Karlsruhe
 Heidi Zorn
 Humboldtstraße 13
 75 Karlsruhe

Stuttgart
 Postlagerkarte 924 B
 7000 Stuttgart 1

Mannheim
 Der Andere Buchladen
 c/o KB-Sympathisanten
 M 26
 6800 Mannheim 1

Bayern

Bamberg
 Verkauf jeden Dienstag
 Buchertisch 11 - 13 Uhr
 Gesamthochschule

Landshut
 A. Fierbeck
 Postfach 2413
 83 Landshut
 Verkauf jeden Sa 10 - 12 Uhr
 Altstadt vorm. Oberpaur

Nürnberg
 P. Tröstler
 Postfach 150 472
 85 Nürnberg

Würzburg
 Postlagerkarte 079303 A
 9700 Würzburg
 Verkauf mittwochs nach
 AK-Erscheinens, Alte Mensa

Verfasserangabe:

Fortsetzung von Seite 52

sprach zwischen kapitalistischer Restauration und den Eingriffen der Neuen Bourgeoisie in den „freien Lauf der Kräfte“, dort, wo sie ihre Herrschaft, ihre Existenz als Neue Bourgeoisie gefährdet sieht. Die „Reform“-Bestrebungen der Dubček-Fraktion waren der Versuch, diesen Widerspruch in Richtung „freien Lauf der Kräfte“ aufzulösen. Jan Skála hat recht, wenn er schreibt: „Die anfängliche Zurückhaltung (der Arbeiterklasse — d. Verf.) in der CSSR ist aber auch darauf zurückzuführen, daß die bereits 1967 eingeführte Wirtschaftsreform nicht eine größere Freiheit, sondern vor allem Rationalisierung und die Gefahr einer Arbeitslosigkeit versprach“ (35). Das System des „real existierenden Sozialismus“ (kapitalistische Restauration unter Beibehaltung der speziellen Existenzform der Neuen Bourgeoisie als Staats- und Parteibourgeoisie) ist ohne „politbürokratische Diktatur“ nicht lebensfähig, weil der „freie Lauf der Kräfte“, d.h. die spontane Entwicklung des Systems, unweigerlich zur vollständigen Restauration des Kapitalismus drängt. Dieser Widerspruch zeigt auch beispielsweise auch in der jüngsten DDR-Reform (s. AK 166): Einerseits erweiterte Autonomie der Kombinate, um mit den ökonomischen Schwierigkeiten fertig zu werden — andererseits verstärkte Zentralisierung, direkte Unterordnung der Kombinate unter die Industrieministerien.

Bahro sitzt einer gefährlichen Illusion auf, wenn er behauptet „Ökonomisch gesehen kann die sozialkapitalistische Gruppierung auf jede Roll-Back-Politik verzichten, weil unser Block sukzessiv (schrittweise — d. Verf.) wieder in den einheitlichen Weltmarkt integriert wird, auf dem sie dominiert“ (36). Richtig ist, daß der RGW zunehmend in den kapitalistischen Weltmarkt integriert wird, falsch ist die Behauptung, der Imperialismus könne daher auf ein Roll-Back verzichten. Der rationale Kern des Geschwafels der Revisionisten über die „Systemkonkurrenz“ liegt gerade darin, daß der kapitalistischen Restauration (getragen durch die Neue Bourgeoisie) und dem Roll-Back des Imperialismus der Weltmarkt das Interesse liegt, auf dem die Wiederherstellung eines einheitlichen Weltmarkts, d.h. auf die Etablierung eines „normalen“ Kapitalismus in den osteuropäischen Ländern abzielt, besteht die Neue Bourgeoisie an einem System, das ihrer speziellen Existenzform gerecht wird, was kapitalistische Restauration und Beibehaltung der Monopolstellung von Partei- und Staatsapparat bedeutet (Ob das auf die Dauer überhaupt möglich ist, ist eine andere Frage).

„Gesellschaftsformation eigenen Typs“ oder Staatskapitalismus?

„Gesellschaftsformation eigenen Typs“ oder Staatskapitalismus?

Bahro hat selbstredend unbedingt recht, wenn er schwerwiegende Unterschiede zwischen dem „real existierenden Sozialismus“ und dem traditionellen Kapitalismus westlicher Prägung betont. Richtig ist auch, daß von daher eine Klassifizierung der osteuropäischen Länder als staatskapitalistisch problematisch ist, weil sie Gefahr läuft, die Unterschiede zu verwischen; insbesondere dann, wenn die enormen ökonomischen und politischen Schwierigkeiten der RGW-Staaten vernachlässigt werden. Die Erklärung der Sowjetunion zur „aufsteigenden Supermacht“ ist blanke Unsinns angesichts der ökonomischen (und damit auch militärischen) Unterlegenheit der SU gegenüber dem Imperialismus. In dieser Unterlegenheit (und in nichts anderem) liegt in der Tat ein fundamentales Interesse der Sowjetunion an einer „friedlichen Koexistenz“ (sprich Kooperation) mit dem Imperialismus bei der Aufteilung der Welt. Für die Einschätzung der Sowjetunion sind zwei Fragen entscheidend: 1. Was sind die Grundlagen der Herrschaftsverhältnisse in der SU, welche Produktionsverhältnisse bestehen tatsächlich und 2. in welche Richtung wird sich die SU entwickeln, um aus dem permanenten Dilemma herauszukommen. Meiner Ansicht nach trifft der Begriff Staatskapitalismus die SU am genauesten, weil er zum einen das Moment der kapitalistischen Restauration enthält und zum anderen das der besonderen Rolle des Staatsapparates. Mit dem Begriff wird keineswegs die Möglichkeit weiterer Restauration in der SU bezweifelt, sondern festgehalten, daß die Produktionsverhältnisse im wesentlichen kapitalistisch sind. Der Begriff grenzt sich eindeutig von Theorien der „eingefrorenen Übergangszeit“ (Mandel), der „eigenständigen Gesellschaftsformation“ (Bahro,

Damus u.a.) ab. Der größte Nachteil des Begriffes liegt darin, daß er sich nicht abgrenzt von den Hingespinnsten der „KPD“.

Wenn davon gesprochen wird, daß die Neue Bourgeoisie versucht, ihre spezielle Existenzform abzusichern, dann kann dabei nicht übersehen werden, daß die kapitalistische Restauration in den RGW-Staaten Strömungen hervorbringt, die auf die Wiederherstellung eines „regulären“ Kapitalismus abzielen und daß diese Strömungen (wie die Dubček-Fraktion) auf massive Hilfe des Imperialismus rechnen können. Es besteht also die Gefahr einer Restauration eines kapitalistischen Systems westlicher Prägung in den osteuropäischen Staaten.

Bei dem Streit um die Einschätzung des „real existierenden Sozialismus“ geht es nicht um Worte; es geht darum, ob eine sozialistische Entwicklung in diesen Staaten überhaupt möglich ist. Bahro verneint dies, wenn er behauptet, die Arbeiterklasse im RGW könne nicht „Klasse für sich“ sein, sei generell zu Herrschaft unfähig. Von einem Sozialismus unseres Verständnisses (Diktatur des Proletariats) kann dann keine Rede mehr sein und das von Bahro anvisierte „Bündnis aller progressiven Elemente“ mag alles mögliche, aber sicher keinen Sozialismus herstellen. Bahro hat nicht erst in Offenbach mit der Mischung aus Bspredigt und utopischem Sozialismus „Farbe bekommen“ bereits in der „Alternative“ es „Um den jungsozialistischen Flügel der Sozialdemokratie gruppieren sich heute die progressivsten Elemente der westdeutschen Gesellschaft ... Auf die Dauer kann die Stunde einer großen marxistischen Partei, einer Union aller wirklichen Sozialisten in Westdeutschland nicht ausbleiben. Aber sie wird ein qualitativ anderes Subjekt als die Arbeiterklasse politisch artikulieren“ (37). Zur Strategie einer solchen Union erklärte Bahro im „Spiegel“ Interview, das System in der BRD müsse „evolutionär transformiert werden“ unter anderem indem „ein Keil“ zwischen Staat und Monopole getrieben werde. Und Bahro sagt auch: „Das, was ich sage, kann man in der theoretischen SED-Literatur finden. 'Neue Gesellschaft' lesen, das kann man ...“.

Zweifelsohne — das kann man. Nur daß Bahro bei den Linken viel populärer ist als die abgewandte SPD, deren „theoretische Zeitschrift“ kein Alternatives in die Hand nimmt.

Jan, RGW Kommission
KH/Gruppe Hamburg

Anmerkungen:

1. Internationalismus-Rundbrief Nr. 4, herausgegeben vom Sozialistischen Büro
2. Bahro, Sachs Vorträge, in: Bahro — Eine Dokumentation, EVA 1977, S. 17
3. abenda S. 17
4. abenda S. 17
5. abenda S. 17
6. abenda S. 17/18
7. abenda S. 17/18
8. abenda S. 17/18
9. abenda S. 17/18
10. „Die Alternative“, EVA 1977 S. 203
11. Ann. 2 S. 24
12. Lenin-Werke Bd. XXIX S. 307-424
13. Ann. 10 S. 285
14. Ann. 2 S. 26/27
15. abenda S. 26
16. abenda S. 26/27
17. abenda S. 10
18. Ann. 10 S. 306
19. abenda S. 307
20. Ann. 2 S. 16
21. Ann. 10 S. 308
22. Ann. 2 S. 16
23. abenda S. 28
24. abenda S. 29
25. Rede in Offenbach „tam“ vom 8. und 11. 79
26. Ann. 2 S. 30
27. abenda S. 28
28. Ann. 10 S. 218/217
29. Ann. 2 S. 13
30. Interview im „Spiegel“ Nr. 43/79
31. Ann. 2 S. 50
32. Ann. 10 S. 371
33. abenda S. 304
34. abenda S. 304
35. Jan Skála in „So oder So/Else“
36. Ann. 10 S. 220
37. abenda S. 222

WEITERE UNTERSTÜTZUNG FÜR APELL

Für den im AK bereits mehrfach abgedruckten Appell für die gefangenen Revolutionäre und Demokraten in China gibt es neue Unterschriften:

- + Helmut Korte, u.a. in der Bahro-Solidarität engagiert
- + Fachschaftsrat Politik an der Uni Freiburg (einstimmig angenommen am 22.11.79)
- + R. Hoffmann, Politikdozent an der Uni Freiburg, sowie eine Anzahl Freiburger Studenten.

Polen: Giereks Sorgen — Die Unzufriedenheit wächst

Trotz Vorbeugehaft für bekannte Dissidenten — wie Adam Michnik vom KOR — und Wohnungsdurchsuchungen ist es im November in Polen, nicht nur in Warschau, sondern auch in Krakau und Katowice zu Kundgebungen und Demonstrationen gegen die Politik der PVAP-Führung gekommen. In kleinerem Umfang auch in Gdansk, Poznan, Lodz und Lublin.

Am Freitagabend, 9. November, wurden (nach Angaben der Warschauer Dissidenten-Szene) mindestens 113 Menschen in Vorbeugehaft genommen oder während der Warschauer Kundgebung verhaftet. Der Sprecher der „Bewegung zur Verteidigung der Menschenrechte“ (ROPCO), Andrzej Czum, wurde unmittelbar nach der Kundgebung inhaftiert und unter Anklage gestellt. Alle anderen sollten nach Angaben von Jacek Kuron (KOR) freigelassen worden sein. „Allerdings sei zu befürchten, daß mindestens sechs Personen vor Gericht gestellt würden“ („TAZ“, 14.11.).

Außerer Anlaß der Manifestationen war der 61. Jahrestag der nationalen Wiedergeburt Polens nach fast 150 Jahren der Teilung. Am 10.11.1918 kam Marshall Pilsudski aus preußischer Haft nach Warschau zurück. Am 11. November begann die Bevölkerung Warschaws spontan, die Garisolen der deutschen Okkupanten zu entwaffnen. Einige Tage später übertrug der von Deutschland und Österreich eingesetzte Regentstatthalter unter dem Druck der Ereignisse die gesamte Macht dem bürgerlichen Pilsudski, um Schlimmeres für die Bourgeoisie zu verhindern. (Die junge Sowjetrepublik gewährte das „Recht auf Losrennung“ — Lenin, so bilden sich Sowjets unter Führung der Arbeiterparteien und fordern die Räte-Republik, in Lublin konstituiert sich die „Provisorische Volksregierung“, November-Revolution in Deutschland).

Im September gaben Mitglieder des national-konservativen ROPCO während einer — nicht genehmigten — Demonstration von 4.000 Menschen zum Grab des „Unbekannten Soldaten“ in Warschau die Gründung der „Partei für Freiheit und Unabhängigkeit“ bekannt. Ihr Ziel sei es, „mit allen Nachbarn Freundschaft zu suchen“, mit den Russen, den Deutschen und anderen. Niemals werden wir aber wieder kinnhaken, Sklaven irgendeiner Seite zu sein“ (nach „Süddeutsche Zeitung“, 3.9.79).

Das überwiegend sozialdemokratisch bestimmte KOR hat anlässlich des 40. Jahrestages des Einmarsches sowjetischer Truppen in den Ostteil des zuvor von den Hitler-Faschisten überfallenen Polen die Aufklärung und Strafverfolgung „sowjetischer Völkermordverbrechen“ gefordert. Es hat somit das heikelste Tabu der VR Polen öffentlich angestrichelt und klagt an:

- „die Deportation von 1,6 Millionen Zivilisten in die SU, von denen 600.000 starben,
- 230.000 gefangene Soldaten, von denen nur 82.000 überlebten,
- 15.000 kriegsgefangene Offiziere, die in sowjetischen Lagern verschwand, darunter 4.500 in Katyn ermordet,
- 30.000 Untergrundkämpfer, die beim ersten Sowjeteneinmarsch 1944 verschleppt wurden“ („Spiegel“, 19.11.).

Das KOR beteuert, daß „das Ziel nicht Rache, sondern Urteil“ ist: „Alle Menschen müssen das Bewußtsein haben, daß Verletzungen der Staatsgewalt nicht die Ausführenden von der Verantwortung befreien“ („FAZ“, 19.9.).

Etwas 5.000 Menschen zogen am Samstagabend nach einer Gedenkmesse in der Warschauer Johanneskathedrale mit Fackeln und Transparenten zum „Grab des Unbekannten Soldaten“ auf den Siegesplatz. Unmittelbar nach dem Verlassen der Kirche waren Demonstranten von der kirchlichen Geheim-Polizei unter Einsatz von Tränengas angegriffen worden.

Im Demonstrationzug wurde immer wieder die Parole „Ohne Freiheit kein Brot“ gerufen. Das verdeutlicht,



Polen: Arbeiter (hier die Kollegen des Traktorenwerks Ursus, als sie einen Schnellzug gestoppt haben) bewiesen der Staats- und Parteiführung schon mehrmals ihre kämpferische Entschlossenheit.

daß die Opposition ihre Kritik nicht nur gegen die Wirtschafts- und Innenpolitik der PVAP richtet, sondern auch gegen die geringe Souveränität Polens innerhalb der „real-sozialistischen“ Staatengemeinschaft, insbesondere die Abhängigkeit von der Sowjetunion.

Ein Novum für die polnische Opposition ist die Aktionseinheit von sozialdemokratischen Teilen des KOR und des national-konservativen ROPCO, zumal ROPCO das KOR als „Systemverbesserer“ abqualifiziert. Erstmals waren die Organisatoren mit Lautsprechern ausgerüstet.

Die Menge stimmte wiederholt Luchüch und patriotische Lieder an und legte während der halbstündigen Abschlussskundgebung Kränze am Mahnmahl nieder. Die zahlreichen „Sicherheits“-polizisten hielten sich zurück. Andrzej Czum (ROPCO) kanntezeichnete das „Freiheit“ als das Hauptanliegen seiner Bewegung, würdigte alle Menschen, die für die Sache der polnischen Freiheit gekämpft hätten, und forderte: „Wir werden Freiheit nicht in Abhängigkeit und darum haben wir auch kein Fleisch und keine Wohnungen“ („TAZ“, 13.11.). Er forderte die Zuhörer auf, die Wahlen zum Parlament des Jahres in kommenden Jahr zu boykottieren.

ROPCO-Mitglied Wojciech Ziembinski griff diesen Aufruf auf: „Über die Wahlen sei es den Polen nicht möglich zu sagen, ob wir den Kommunismus wollen oder nicht“. Er erklärte seine Verbundenheit mit den verurteilten „Charta 77“-Mitgliedern in der CSSR, und weiter: „Die Polen fühlen sich solidarisch mit den geknebelten Volksgruppen — Weißrussen und Ukrainern — die einst mit uns in der CSSR, und weiter: „Die Polen fühlen sich solidarisch mit den geknebelten Volksgruppen — Weißrussen und Ukrainern — die einst mit ihnen im politischen Zwischenkriegsstaat gelebt hatten“ („SZ“, „FR“, 13.11.).

Bemerkenswert erscheint, daß die Partei- und Staatsführung, sowohl bei den Demonstrationen als auch bei den „präventiven Aktionen“, eine gewisse Zurückhaltung zeigte. Offenbar ist sie bestrebt, die oppositionelle Bewegung einzudämmen, nicht aber eine Zerschlagung durchzuführen. Andererseits lassen die Breite der Proteste in mehreren Städten und das Verlangen nach umfangreicher Unabhängigkeit für die VR Polen ein fraglich erscheinen, ob es zwischen der Parteiführung und der Opposition bei dem bisherigen Zustand zwischen relativer Koexistenz und begrenztem Konflikt bleiben wird.

Die Kundgebungen fielen in eine Zeit, in der die PVAP-Führung um Vertrauen in der Bevölkerung werben. Doch an diesem Aufruf ist die Bevölkerung gewöhnt. Das Vertrauen, das Gierek nach seiner Amtsübernahme Ende 1970 von der Arbeiterklasse gewährt wurde, ist weitgehend ins Wanken geraten. Die PVAP-Führung versucht, die katastrophale wirtschaftliche Lage Polens u.a. auch mit der verstärkten Kohleförderung — Polens wichtigstem Exportgut — zu lindern. Was immer zu Lasten der Bergleute.

Am 5. Oktober kam es in der Nowa-Huda-Grube zu einer Gasexplosion (sieben Tote), am 10. Oktober gab es in der Dimitroff-Grube eine Kohlenstaub-Explosion (34 Tote), schließlich am 31. Oktober einen Brand in der Zeche „Silesia“ (22 Tote). (Alle Angaben nach „Zycie Warszawy“).

Die Kumpel sind bestürzt und aufgebracht. Für sie sind die Unglücksfälle auch das Ergebnis der Antreiberei. Sie werfen der PVAP-Führung vor, auf Kosten der Sicherheit die rückwärtsschiebende Steigerung der Kohleförderung zu erzwingen.

Das hat den Ex-Bergmann Gierek bewogen, sich wieder einmal „als Arbeiter“ an die polnische Arbeiterklasse zu wenden. Er ließ sich bei seinen „Hausbesuchen“, der Zeche „Sosnowice“ (seiner offiziellen „Partei-Grundorganisation“) blicken und ließ sich „einen herzlichen Empfang“ bereiten („Zycie Warszawy“, 12.11.).

In einer vom Fernsehen übertragenen „offenen Aussprache“ — mit vorher eingereichten Fragen — mit „solchen Kumpeln“, kam Gierek den Arbeitern scheinbar entgegen. Auf die Frage, ob die gegenwärtigen Schwierigkeiten nicht auf überhöhten Investitionen zurückzuführen seien, erwiderte er, „man habe seit 1970 für 2,5 Millionen zusätzliche Arbeitskräfte aus den geburtenstarken Jahrgängen Arbeitsplätze schaffen müssen“. Die Schwierigkeiten seien Gegenstand der Sorge der Parteiführung und räumten ihm selbst den „Schlaf von den Augen“. In eindringlichen Worten betonte er, daß seine „Lebensarbeit mit dem Wohlergehen der Nation und der Verbesserung der Lebensbedingungen“ gewidmet sei.

Dann zog er aber wieder andere Seiten auf. Die Lösung der wirtschaftlichen Probleme „erfordere Zeit, große Mittel, Konsequenz, Ausdauer und Energie“. Vor allem aber verlangte er gute und ergebige Arbeit: „Mit der Qualität der Arbeit stehe es aber nicht zum besten“, wobei er die Bergleute üblich ausnahm.

Zynisch forderte er die Bergarbeiter auf, „nicht höhere Förderleistung um den Preis der Sicherheit zu erzwingen“. Damit gestand er indirekt ein, daß die Grubenunglücke auf Arbeitsethik zurückzuführen waren. Zuletzt der Arbeiterklasse wieder den „Schwarzen Peter“ zuschiebend, ein, daß die Grubenunglücke auf Arbeitsethik zurückzuführen waren.

Zuletzt der Arbeiterklasse wieder den „Schwarzen Peter“ zuschiebend, behauptete Gierek, „daß hohe Anforderungen an die Partei, die Gesellschaft, den Staat nicht Hand in Hand gehen mit der Erfüllung der bürgerlichen und beruflichen Pflichten“ (Zitate „Zycie Warszawy“, 12.11., „TAZ“, „FR“, „FAZ“, „SZ“, 13.11.).

Die Opfer, die die Parteiführung von der Bevölkerung verlangt, sind betrüblich. „Unter diesen Umständen“, wie es eine Studie der Freien Universitätsgesellschaft Polens bedrohlich einschätzt, „sei zu erwarten, daß sich der Unmut des Volkes früher oder später radikal entlade wie in den Jahren 1956, 1970 und 1976 ...“ (siehe AK 166).

In Polen sind die großen notwendigen „Reformen“ innerhalb des Gebildes vom „realen Sozialismus“ lange vernachlässigt und verstimmt worden. Es hat sich ein Zustand entwickelt, der eine radikale „Umwälzung“ erforderlich macht, die nicht mehr systemimmanent sein kann...

Das Besondere der polnischen Lage ist, daß die Oppositionellen, aber auch das unzufriedene Volk keine Möglichkeit einer radikalen Alternative sehen, birgt sie doch auch die Gefahr einer sowjetischen Intervention — auf die alle Dissidenten-Gruppen zweifelnd verweisen.

Deshalb ist bei der polnischen Bevölkerung neben viel Zorn und Unmut auch große Geduld und Ratlosigkeit zu verzeichnen. Doch der Winter nimmt Einzug und nichts spricht dafür, daß die Probleme der letzten Winter, wie das zusammenbrechende Transportwesen, Stromsperrn und Kohlemangel, anders werden.

Indes ist im Februar der VIII. Parteitag der PVAP und Gierek hat den Zerstörer seiner „Karriere“ lange hinter sich. In einer ähnlichen Konstellation (Dezember 1970) hat die polnische Arbeiterklasse schon einmal spontan die Initiative ergriffen...

Udo, RGW-Kommission (22.11.)

Bilanz nach 3 'tollen' Monaten

Am 22.8.79 wurde von der „Zentralsektion“ (ZL) der bisher schwerste Fraktionskampf im KB seit dessen Gründung 1971 ausgelöst. Drei Monate zunehmender Polemik, Unterstellungen und offener Feindseligkeit liegen nun hinter uns. Die Situation ist unersetzlich geworden. Verhärtete Fronten in den fraktionierten Bereichen, weit verbreitete Apathie gegenüber der „ideologischen Auseinandersetzung“ im AK, offene Konfrontation in der Wahlpolitik, Bindung von Kräften durch zunehmend irrationalere „Auseinandersetzung“ im Inneren, verminderte Handlungsfähigkeit nach außen.

Mit dieser Stellungnahme wollen wir eine Bilanz machen und unsere Überlegungen für die weitere Entwicklung unserer Organisation, des KB, darlegen.

Die Ausgangspunkte der ZL-Fraktion

In der ersten Phase der Auseinandersetzung profilierte sich die ZL als die „knallharte“ ML-Fraktion im KB, die sich zum Ziel gesetzt habe, gegenüber ausufernden „kleinbürgerlichen Fehlströmungen“ die „alten Ideale“ des KB hochzuhalten, speziell den Marxismus-Leninismus. In dieser Phase der Fraktionsmacherei nahm die ZL vor allem den Feminismus und den „Utopismus“ aufs Korn. Angekündigt (aber nicht realisiert) war damals u.a. auch ein Artikel-Projekt gegen den Liberalismus in der Diskussion über die „Thesen zur Fraktionsbildung (I)“. Als „liberalistisch“ bezeichnete die ZL alle Tendenzen, Fraktionen (damals ging es konkret um die „Kritik-Fraktion“) zumindest bis zum Kongreß des KB ein Recht auf Bruch der Organisationsdisziplin einzuräumen. Als besonders „liberalistisch“ sah die ZL die zahlreichen Stimmen an, die eine Verpflichtung von Fraktionen auf die Einhaltung von Beschlüssen für falsch hielten (Genau das aber fordert die ZL heute für die ZL mit Selbstverständlichkeit!).

Mit einschlägigen Äußerungen errang sich die ZL in dieser Phase auch den Ruf, Befürworter eines hetorischen und „prinzipienfesten“ Stills in der Bündnispolitik zu sein. Sein grandioser Irrtum, wie sich in zwischen herausgestellt hat!

Insbesondere die Frauen-Politik des KB war in dieser Phase Gegenstand von heftigen „prinzipienfesten“ Polemiken der ZL-Fraktion, wobei uns mangelnde „Abgrenzung“ gegenüber der „kleinbürgerlichen Frauenbewegung“ zum Vorwurf gemacht wurde. Von der „kleinbürgerlichen Frauenbewegung“ müsse man (frau) sich erst einmal „abgrenzen“ bevor man sich zusammenschließen könne. Den in der Frauen-Politik aktiven Genossinnen wurde „Waffenstillstand mit dem Feminismus“ vorgeworfen, was wiederum zur Ausbreitung von „Grauzonen des Feminismus“ im KB selbst führte.

In dieser Phase entwickelte sich die Polemik der ZL in groben Zügen folgendermaßen:

- Im AK 160 eröffnete die ZL den Angriff auf die „Grauzonen des Feminismus“ im KB. In diesem Artikel führte sie erstmals das Mittel der Zitatenfälschung und der gezielten Verfälschung von Zusammenhängen in die Debatte ein. Seitens der ZL-Fraktion wurde es Mode, andios wiederzukäuen, daß es im KB einen „Waffenstillstand“ mit dem Feminismus gebe.

Im AK 161 führte die ZL erstmals die Vorwürfe ein, die LG-Mehrheit schüre „Angst vor der leninistischen Organisation“ und vor dem „ideologischen Kampf“.

Im AK 163 „vertiefte“ die ZL die nur auf Unterstellungen und plumpen Verdrehungen basierenden Vorwürfe. Dort hieß es nun, die Mehrheit der Organisation und das LG wolle „Waffenstillstand und friedliche Koexistenz“ mit den „Fehlströmungen“ im KB. Dies und die „Überstrapazierung des Reform-Aspekts“ führe zur „Zersetzung“ des KB.

Im AK 165 publizierte die ZL einen von Zitatenfälschungen strotzenden Artikel gegen die „Thesen“ von F. Antifa aus AK 162. F. wurde von Seiten der ZL vorgeworfen, es „feiere“ und „bejubele“ die Krise des KB. In diesem Artikel führte die ZL erstmals die These in die Debatte ein, daß Hauptursache der Krise der Linken nicht deren eigene Fehler, sondern eine 1973/74 begonnene „ideologische Offensive der Bourgeoisie und deren Agenturen“ sei.

Im AK 166 wurde der LG-Mehrheit von der ZL ein „Angriff auf die Politik Lenins“ unterstellt. Damit hatte die Polemik der ZL für die erste Phase ihren krönenden Abschluß erreicht.

Gleichzeitig deutete sich im AK 166 bereits die weitgehende Umorientierung der ZL auf neue Themen und völlig neue, teilweise entgegengesetzte Argumentationslinien an. Dem „Mehrheitsblock“ des KB wurde plötzlich und ohne inhaltliche Beweisführung unterstellt, er plane eine „Abkehr von der Wahlbewegung“ und verschanze sich zu diesem Zweck hinter „maximalistischen Forderungen“ gegenüber den Grünen.

Das neue „Zweckbündnis“ der ZL-Fraktion

Mit dem AK 166 (12.11.79) eröffnete die ZL die zweite Phase ihrer Fraktionsmacherei. Nachdem sie mit dem „knallharten“ und „prinzipienfesten“ ML-Profil wenig Anklang in der Organisation gefunden hatte, bemühte sie sich jetzt um ein „anti-sektierisches“ und liberalistisch-pluralistisches Profil. Drei Hauptstränge verfolgt sie dabei:

1. Die ZL versucht, die komplizierte und ernste Situation der Linken in der Wahlbewegung auszubestimmen. Derzeit unvermeidlich auftretende taktische Meinungsverschiedenheiten versucht die ZL zur Frage eines „Ausstiegs aus der Wahlbewegung“ hochzuspielen. Zugleich sucht die ZL jetzt das Bündnis mit genau dem zum Opportunismus und zur Anpassung neigenden Kräfte, die sie in der ersten Phase so massenhaft zu bekämpfen vorgab. Die ZL spekuliert dabei hemmungslos auf den in der gesamten Linken erkennbaren Trend zur Selbstauflösung und zur ideologisch-organisatorischen Verschmelzung mit den Grünen.

2. Mit einer aus heilerem Himmel vorgetragenen, inhaltlich nicht ausgeführten Kritik am LG versucht die ZL, traditionell „Unzufriedene“ als Bündnispartner für ihre Fraktionsmacherei einzufangen. Dem LG wird unterstellt, es betreibe einen „Zickzackkurs“ zwischen „kurzzeitigen Spurts“ und plötzlichen „Vollbremsungen“. Im LG selbst, in dem die ZL bis zu ihrer Beurlaubung am 25.11. vertreten war, wurde eine solche „Kritik“ der ZL niemals zur Diskussion gestellt.

3. Die ZL wendet sich an alle liberalistischen Strömungen im KB, die eine Abneigung gegen Organisationsdisziplin, Einhaltung gewisser „Spielregeln“ oder solidarischen Auseinandersetzungs, demokratischen Zentralismus, usw. haben. Mit einem verlogenen Gejammer, der Meinungskampf im KB wolle „administrativ abgewürgt“ werden (nach drei Monaten umfassender und z.T. zermürbender Diskussion!) wirbt die ZL ausgerechnet um das Mitleid jener „schwankenden kleinbürgerlichen Elemente“, deren „Hilflosigkeit“ sie in der ersten Phase der Auseinandersetzung anstufte.

Die ZL auf den Spuren der „Kritik-Fraktion“

Besonders klar zeigt sich der taktische Wechsel der ZL-Fraktion in ihrem Verhältnis zur Fraktionsbildung im KB. In der Auseinandersetzung mit der „Kritik-Fraktion“ und auch noch in der ersten Phase ihrer eigenen Fraktionsmacherei gebärdete sich die ZL als konsequenteste Vertreterin rigider Organisationsprinzipien. In dieser Phase kritisierte die ZL vor allem den in der Erörterung der „Thesen zur Fraktionsbildung (I)“ aufgetretenen Liberalismus.

In der neuen Phase ihrer Fraktionsmacherei hingegen hat die ZL weitestgehend die alten Argumente der „Kritik-Fraktion“ übernommen, dargelegt in einer Resolution, die gegen 2 Enthaltungen auf der Bundeskonferenz der ZL-Fraktion am 24./25.11.79 angenommen wurde. In dieser Resolution heißt es:

1. Die Beurlaubung der ZL sei ein Versuch des LG, „die politische Auseinandersetzung auf rein administrative Weise durch Hinausdrängen der von der ZL repräsentierten Strömung (zu) liquidieren“. Über einen solchen Schritt (Beurlaubung der ZL wegen Verstoß gegen die Organisationsdisziplin) könne erst auf dem 1. KB-Kongreß im Januar entschieden werden. Das entspricht

wortgenau der Argumentation der „Kritik-Fraktion“ – mit der Schlussfolgerung, daß hinsichtlich der Organisationsdisziplin offenbar bis zum 1. Kongreß Narrenfreiheit herrschen soll. Der Argumentation des LG, daß sie mit ihren diffamatorischen Unterstellungen zur Wahlpolitik des KB („Abkehr von der Wahlbewegung“) die Organisationsdisziplin und innerorganisatorische Solidarität grob mißachtet habe, hat die ZL-Fraktion bisher nicht einmal inhaltlich widersprochen.

2. In ihrer Resolution beansprucht die ZL, „daß die Rechte und Pflichten von Fraktionen im KB erst auf dem KB-Kongreß Anfang Januar geklärt werden sollen“. Genau dies war auch die Argumen-

ten Einzelnen überlassen, Randnotizen wie die „leninistische Ausrichtung nach innen“, die in dem Artikel noch als Versatzstücke auftauchen, als unverwundlich abzulehnen und sich trotzdem zur ZL-„Plattform“ zu bekennen.

Der Profilwechsel der ZL von den „Knallharten“ zu den liberalistisch-pluralistischen zeigt unzweifelhaft, daß es der ZL bei ihrer ganzen Fraktionsmacherei keineswegs um die Verteidigung irgendwelcher (möglicherweise abwegiger) „Prinzipien“ geht, sondern daß nach Belieben heute diese und morgen jene Argumentationslinie gewählt wird, um einer prinzipienlosen Fraktionsmacherei zu dienen. Oberstes bzw. einziges „Prinzip“ scheint dabei der



Satz zu sein: „Der Zweck heiligt die Mittel“.

Kennzeichnend für das Wesen dieser Fraktion als opportunistische Sammlungsbewegung ist zudem die Tatsache, daß die zwei zentralen Vorwürfe die ihre Plattform gegen die Mehrheit erhebt („Zickzackkurs des LG“, „Abkehr von der Wahlbewegung“), nur als schlichte Behauptungen ohne jede Beweisführung und Konkretisierung in den Raum gestellt wurden.

Der Zweck heiligt die Mittel

Die Aktivitäten der ZL-Fraktion haben die innere Krise des KB rasant verschärft.

1. Die ZL-Fraktion hat Formen in die innerorganisatorische Diskussion eingeführt, die uns bisher vor allem von Seiten des KB bekannt gewesen waren: Massive Verfälschung und Verdrehung von Zitaten und Zusammenhängen, Ausrichtung der eigenen Fraktion mit Unterstellungen und Lügen Geschichten. Kennzeichnend für die ZL-Anhängerschaft ist eine weitgehende Bereitschaft zur blinden Gläubigkeit und zum Kadesvergehorsam gegenüber den von der ZL ausgehenden Unterstellungen, Verdrehungen und Lügen. Diese Bereitschaft hat auch durch die wiederholte und detaillierte Widerlegung von Lügengeschichten der ZL und durch ihren totalen taktischen Wechsel offensichtlich nicht gelitten.

2. Die dreimonatige Auseinandersetzung mit der ZL hat, teils wegen ihrer Breite und Unüberschaubarkeit, teils wegen der von der ZL gewählten Methoden, in der Organisation weit hin Widerwillen, teilweise auch Apathie und Resignation hervorgerufen. Das zu Beginn der Auseinandersetzung breit vorhandene Interesse, sich mit eigenen Beiträgen an der Diskussion zu beteiligen, war zeitweise gegen Null zurückgegangen und hat sich erst in letzter Zeit wieder belebt.

3. In wachsendem Maß ziehen sich die Mitglieder der ZL-Fraktion aus der politischen Arbeit des KB zurück, melden sich wegen Fraktionsgeschäften von anderen Terminen ab usw. Die Organisationsmehrheit trägt angesichts dieser Entwicklung nicht zur Hauptlast der Arbeit, sondern ist ihrerseits gezwungen politische Arbeiten zu reduzieren, um nicht total ins Hintertreffen gegenüber der geschlossenen und aggressiv agierenden ZL-Fraktion zu geraten. Zunehmende Lähmung der Handlungsfähigkeit des KB ist die Folge.

4. Die Aufstellung und Überstrapazierung unserer Widersprüche durch die ZL-Fraktion hat eine Schwächung der Abwehrkräfte des KB nach außen zur Folge. Angesichts eines schweren organisatorischen und ideologischen Drucks seitens der grünen Sammlungsbewegung und ihres „linken Flügels“ läuft dieser Kurs der ZL objektiv darauf hinaus, den KB für die integrationspolitischen Manöver der Bourgeoisie (Rückgewinnung des „Protestpotentials“ durch die SPD, Isolierung der „K-Gruppen“) „sturmreif“ zu machen.

5. In der Wahlbewegung ist offensichtlich geworden, daß der KB nicht mehr „an einem Strang zieht“, obwohl es gerade hier angesichts einer komplizierten und schwierigen Lage für die revolutionäre Linke besonders notwendig wäre. Die ZL-Fraktion betreibt in der Wahlbewegung einen völlig autonomen Kurs, wobei sie zudem ihre Ziele nicht gegenüber der Organisation offenlegt. Von Lenins „Einheitsfrontprinzipien“ (Bemühung um Kurzung nach innen, dann gemeinsames Handeln nach außen) kann bei der ZL in der Wahlbewegung nicht mehr die Rede sein. Zudem liefert sie mit verantwortungslosem Geschwätz („Abkehr von der Wahlbewegung“) und antikommunistischer Demagogie (vgl. letzte BuLi-VV) den Opportunisten in der Wahlbewegung Munition.

6. In den Bereichen, wo die ZL-Fraktion entweder dumm oder zu mindern massiv vertreten ist, herrscht nach drei „tollen“ Monaten ganz eindeutig die Auffassung vor, daß eine Zusammenarbeit nicht mehr möglich ist. Eine gemeinsame politische Arbeit und „Anleitung“ findet kaum noch statt, dafür werden die Herde durch fraktionelle Schlächen in Atem gehalten.

Die Situation der Linken

Die Krise der Linken ist mit der Her-

Die Situation der Linken

Die Krise der Linken ist mit der Herausbildung der Grünen Partei in ein neues Stadium getreten. Die Grüne Partei scheint den linken Gruppen und Organisationen traditionelle Einflusssphäre streitig zu machen, in denen die Linken bisher weitgehend „konkurrenzlos“ waren. In Teilen der Linken („JAZ“, SB, „Langer Marsch“, AL Westberlin usw.) macht sich ideologische und organisatorische Selbstauflösung gegenüber den Grünen breit. Die Thesen, daß es heute auf „rechts und links“ nicht mehr ankomme, daß die „Erhaltung der Gattung“ höher zu werten sei als der Klassenkampf usw. gewinnen an Boden. Die „KPD“, ehemals stämmige Vertreterin eines dogmatischen „Marxismus-Leninismus“, scheint bereits in den Auflösungstrüben zu sein, der von dieser Entwicklung ausgeht.

In dieser Entwicklung liegen Risiko und Chance für die Kommunisten eng beieinander: Auf der einen Seite formiert sich hier ein „Protestpotential“, aus dem ein sozialistischer Gegenpol gegen die SPD hervorgehen könnte. Auf der anderen Seite nähert sich dieses „Protestpotential“ teilweise aus den kommunistischen Gruppen und Organisationen selbst, stellt sie vor das Dilemma zwischen Anpassung und Isolierung.

Die Aufgabe der Kommunisten besteht in dieser Situation nicht in erster Linie darin, auf alle Züge „aufzuspringen“, ohne sich über kurz- und langfristige Ziele ihres Engagements Klarheit zu verschaffen. Gegenüber wechselnden Mode-Trends und Auflösungserscheinungen in der Linken besteht die Aufgabe der Kommunisten vor allem darin, „langfristige Klarheit zu schaffen“, d.h., den Gang der Entwicklung zu analysieren und einzuschätzen, sich intensiv mit den Strömungen der Linken und der demokratischen Bewegungen auseinanderzusetzen, orientierend zu wirken.

Fortssetzung nächste Seite

Bilanz nach 3 'tollen' Monaten

Fortsetzung von Seite 54

Diese Funktion hat der KB gerade in der Wahlbewegung, soweit es die ZL-Fraktion angeht, derzeit fast völlig eingebüßt.

Die Linke befindet sich — wie auch die ZL in ihrem „Plattform“-Aktuell anerkannt — in einer Phase des Umbruchs und der Umgruppierung. Früher bedeutende Gruppen verschwinden oder verfallen, neu Gruppierungen und Strömungen entstehen. Hieraus müßten sich die Arbeitsschwerpunkte des KB ergeben. Der KB könnte die Funktion übernehmen, sich dem Wuchern revisionistischer Thesen und Theorien entgegenzustellen, Antworten auf die neuen Fragen vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus aus zu erarbeiten. Auf diese Weise könnte der KB zu einem politisch-theoretischen und organisatorischen Anziehungspunkt werden.

Der KB kann diese Funktion aber nicht erfüllen, solange unsere Kräfte in erster Linie von der immer unfruchtbareren Auseinandersetzung mit der ZL-Fraktion gebunden werden, solange der KB nicht zu einheitlichem Handeln (bei voller Freiheit der innerorganisatorischen Diskussion) in der Lage ist, solange die ZL mit verantwortungslosem Geschwätz die Politik des KB diffamiert und unglaubwürdig macht.

- + Die ZL-Fraktion wertet ihre Fraktionsgeschäfte vorrangig gegenüber der Arbeit innerhalb der Strukturen des KB.
- + Die ZL-Fraktionsleitung hat angeordnet, den finanziellen Beitrag ihrer Anhänger an den KB auf einen sogenannten „Mündestbeitrag“ zu senken, und zwar z.T. rückwirkend ab Oktober. Dieser Mündestbeitrag reicht noch nicht einmal aus, um die vier freigestellten Funktionäre des KB, die zur ZL-Fraktion gehören, zu bezahlen! Zugleich wurde eine Fraktions-Kasse eingerichtet.
- + Die ZL hat sich weitgehend aus der Arbeit am AK — abgesehen von ihren Polemik Artikeln — zurückgezogen und geht zudem frech mit

Spaltung des KB rollt

Wie aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen verlautet, find im leitenden Gremium des KB Ausschlußanträge gegen Vertreter der KB-Minderheitsfraktion gestellt worden, da diese gegen das Prinzip der Einheit der Aktion verstößen habe. Die KB-Spaltung läuft also ein paar Wochen früher ab als allgemein erwartet.

aus „tax“, 6.12.79

„Getrennt marachieren ...“

Es ist allerhöchste Zeit, dem gegenwärtigen Zustand des KB ein Ende zu setzen. Das kann derzeit unserer Erfahrung und Einschätzung nach nur durch eine organisatorische Trennung der ZL-Fraktion vom KB erreicht werden, da eine Zusammenarbeit in einer Organisation sich vorerst als unmöglich erwiesen hat und die Konfrontation immer weiter verschärft, statt sie zu entspannen.

Wir befürworten, daß die ZL-Fraktion sich als autonome Organisation formiert — mit eigener Leitung, eigenen Strukturen, eigenem Zentralorgan, eigenen Finanzen usw. Dieser Prozeß sollte bereits vor dem 1. AK-Kongreß im Januar bzw. parallel zu diesem abgeschlossen sein, um zu erreichen, daß auf dem 1. Kongreß tatsächlich mit Blick nach vorn diskutiert werden kann, statt den unfruchtbarsten Fraktionsstreit mit der ZL noch einmal aufzukochen. Dieser

der Behauptung haunieren, sie sei redaktionell „kaltgestellt“ worden. Aus den genannten Gründen kann eine ausdrücklich erklärte organisatorische Trennung nur des bestehenden Zustand konstatiert werden. Zudem könnte — und wenn es derart durchwegs nicht danach steht — in einer solchen Trennung auch eine kleine Chance liegen, daß sich die ZL-Fraktion eine „Rückbesinnung“ auf die eigene Aufgabe und die eigene Rolle im KB leisten wird. Statt einer zynischen Auseinandersetzung, die eine Konfrontation, ein Zusammenstoß zwischen den auf der linken stehenden Drücke erzeugt werden könnte.

Wir wollen uns in diesem Sinne da für einsetzen, daß die sich aus der ZL-Fraktion bereits herausbildende autonome Organisation und der KB in möglichst engem Bezug zueinander bleiben sollten, daß möglichst intensive Beziehungen auf der Grundlage des „klassischen Gegensatzpaars“ von Zusammensein und Auseinandersetzung entwickelt werden.

Wir befürworten dringen, eine solche organisatorische Trennung noch vor dem 1. Kongreß des KB (Anfang Januar 1980) auf einer Delegierten-Konferenz zu beraten und zu beschließen.

...

Dieser Artikel wurde als Entwurf des LG in vielen Bereichen des KB diskutiert und in der Stoßrichtung für gut befunden zusammen mit klei-

- neren Änderungsvorschlägen. So schlossen sich das „Alternative Zentrum“ Hamburg und das „Komitee“ Hamburg dem Artikel an. Im „Alternativen Zentrum“, das aus der Aufregung des alten „Zentrum“ hervorgegangen ist, sind folgende Bereiche vertreten:
- + ÖTV-Bereich (Mehrheit),
- + Chemie-Bereich (Minderheit),
- + Bezirk Barmbek (Minderheit),
- + Bezirk Eimsbüttel (Minderheit),
- + Bezirk Bergedorf (Minderheit),
- + Lehrer (Mehrheit),
- + Pastoren,
- + Anti-AKW Zelle,
- + Anti-Fezelle,
- + Kulturzelle,
- + Nahost-Kommission,
- + Lateinamerika-Kommission,
- + Druck/Hilf-Bereich.

- Im „Komitee“ sind vertreten:
- + Bezirk Wandsbek,
- + Bezirk Steilshoop,
- + Bezirk Harburg/Wilhelmsburg,
- + Bezirk St. Pauli/St. Georg,

- + Metall-Bereich,
 - + Jugend-Bereich,
 - + Bez. Altona.
- Außerdem erklärten folgende Organisationsstelle und Genossinnen ihre Unterstützung für den Artikel:
- + AG Frauen Hamburg,
 - + Kinder-Kommission Hamburg,
 - + Zellen I bis III im Kinder/Erzieher-Bereich Hamburg,
 - + Ordeleitung Bremen,
 - + KB-Orsgruppe Braunschweig,
 - + 11 Genossinnen aus Schleswig-Holstein,
 - + 2 Gen. aus Paderborn,
 - + 9 Gen. aus Bochum,
 - + 2 Genossen aus Nürnberg (Mitglieder der erweiterten ZRK),
 - + Ortsgruppe Marburg,
 - + 6 Gen. aus Lüneburg.

Bei den Unterstützern außerhalb von Hamburg ist zu berücksichtigen, daß die Zeit zur Diskussion des Artikel-Entwurfs relativ kurz war und nur nach dem Zufalls-Prinzip relativ wenig Genossinnen in die Diskussion einbezogen werden konnten.

In der Diskussion um Änderungen am ersten Entwurf gab es zwei Hauptpunkte: 1. Eine Reihe von Genossinnen trat dafür ein, im ersten Teil („Ausgangspunkte der ZL-Fraktion“) breiter auf die damaligen Thesen der ZL einzugehen, da vielfach gar kein Über- und Durchblick mehr über die Thesen der ZL vorhanden sei und der Artikel hierzu eine Zusammenfassung leisten sollte. Auf diese Vorschläge sind wir nur wenig eingegangen, zum einen mangels ausreichender Zeit; zum anderen auch, weil wir bei einem Ausbau dieses Teils befürchteten, daß die Hauptlinien des Artikels schwerer erkennbar sein würden. Eine solche Zusammenfassung soll deshalb besser Gegenstand eines späteren Artikels sein. 2. Der Schlußteil des ersten Entwurfs, der zunächst insgesamt „freundlicher“ und hoffnungsvoller gegenüber der ZL-Fraktion gehalten war, ist auf allgemeines Drängen hin (nach Konfrontation auf der BuLi-VV vom 1./2.12.) zugespitzt worden.

Ausschluß-Anträge gegen die ZL

Die Vorfälle auf der Vollversammlung der Hamburger Bunten Liste am 1./2.12.79 (vgl. Bericht an anderer Stelle dieses AK) haben offenbar „das Faß zum Überlaufen gebracht“. Im Redaktionsschluß lagen hierzu folgende Ausschluß-Anträge vor:

1. 10 Genossinnen aus dem Bezirk Eimsbüttel beantragten am 2.12. den Ausschluß von drei Mitgliedern der ZL sowie zwei weiteren Vertretern der ZL-Fraktion, die sich auf der BuLi-VV besonders hervorgetan hätten. „Diese Gen., die größtenteils als KB-Mitglieder bekannt sind, haben in aller Öffentlichkeit mit einer „kommunistischen Argumentation“ triviale Gen. sowie den KB insgesamt in abstoßender Weise angegriffen und diffamiert. Um weiteren Schaden vom KB abzuwenden, halten wir es unabhängig von der weiteren Auseinandersetzung mit der ZL-Fraktion für unumgänglich, diese menschenverachtenden Gen. mit sofortiger Wirkung aus dem KB auszuschließen.“

2. 25 Genossinnen aus dem Druck/HBV-Bereich Hamburg beantragten am 2.12. „umgehend den Ausschluß der gesamten Fraktion um die HBV-Bereich Hamburg beantragten am 2.12. „umgehend den Ausschluß der gesamten Fraktion um die ZL“ in der Begründung heißt es u.a.:

„Seit mehr als drei Monaten versucht die ZL, mit den Mitteln der unehrlichen Behauptungen, Stimmungsmache etc., sich innerhalb des KB eine eigene Organisation aufzubauen. Dabei scheuen sie vor einer Zersetzung des KB von innen her nicht zurück und verfolgen allein machtpolitische Interessen ohne Rücksicht auf die politische Substanz und Glaubwürdigkeit des KB. Die jetzt vollzogene Wendung der ZL-Schwärze, die Differenzen offen und gegen den KB gerichtet in die Öffentlichkeit zu tragen, stellen eine neue Qualität dar. Dabei bildeten die antikomunistischen Auffälle und Stimmungsmache seitens der ZL und ihrer Anhänger auf der BuLi-VV vom 1. und 2.12.79 den absoluten Höhepunkt...“ Diese Vorfälle hatten das Bild der ZL-Fraktion aber nur „abgerundet“. Die Anhänger der ZL, die sich mit der bisherigen Praxis der ZL, insbesondere mit dem Vorgehen auf der letzten BuLi-VV, nicht voll identifizieren können, sollten Gelegenheit haben, sich entsprechend schriftlich dazu zu äußern.“

3. 12 Genossinnen des Chemie-Bereichs Hamburg beantragten am 3.12., die Fraktionsleitung der ZL-Fraktion (als politisch verantwortlich für das Auftreten der ZL-Fraktion auf der BuLi-VV) sowie „die Akteure (Redner), die nicht nur extrem organisatorisch schädigend, sondern auch direkt antikomunistisch aufgetreten sind, sofort, und zwar unabhängig von einer organisatorischen Trennung, auszuweisen...“ Auf Grund der Erfahrungen flammende und unfruchtbar Fraktionsmacherei bei uns im Bereich begrüßen wir eine organisatorische Trennung von der ZL-Fraktion. Wir halten dies für einen vorwärtstreibenden Schritt zur Wiederaufnahme der politischen Debatte angesichts der entstehenden Aufgaben (Wahl, Kongreß!).

4. 1 Gen. des Chemiebereichs Hamburg beantragten darüberhinaus den sofortigen Ausschluß der gesamten ZL-Fraktion. Auch wenn vor allen Dingen die ZL-Leitung und ein enger Umkreis von ihr aktiv diese antikomunistische und organisatorisch-schädliche Politik betrieben haben, meinen wir, daß keiner der übrigen Mitglieder der Fraktion das Recht hat, im KB zu bleiben, der sich nicht sofort von der Politik der ZL, die ih-

ren Höhepunkt auf der BuLi-Vollversammlung an diesem Wochenende fand, distanzieren.“

5. Die Kulturzelle (Hamburg) hat „aufgrund der Vorfälle auf der letzten BuLi-VV“ am 4.12. „den sofortigen Ausschluß der ZL sowie sämtlicher eingetragenen Fraktionsmitglieder, soweit sich letztere vom Vorgehen der ZL noch nicht distanzieren“, gefordert. „Mit ihrem antikomunistischen Vorgehen hat die ZL eindeutig den Bruch jeglicher Solidaritätsbasis herbeigeführt. Diese Provokation können mit ihrem Wissen über innerorganisatorische Dinge nur noch dazu beitragen, den KB zu diffamieren und, besonders in der Wahlpolitik, zu diskreditieren.“

6. Die Ortsleitung Bremen hat am 4.12. den „Ausschluß derjenigen Genossinnen und Genossen“, die „sich öffentlich auf der BuLi-VV gegen den KB geäußert haben“, gefordert. Außerdem fordert sie die „sofortige Entbindung aller Hamburger ZL-Wahlbeiräte, die diesen Kurs mitgetragen haben, von dem Recht, in der Wahlbewegung als KB-Vertreter aufzutreten.“

7. Der Jugendbereich Hamburg hat am 3.12. gefordert, „daß die fallige organisatorische Trennung... so schnell wie möglich durchgeführt wird“ und „alle dafür notwendigen Schritte sofort eingeleitet werden sollten.“

8. Die „Kampgruppe“ Wandsbek (Hamburg) hat am 4.12. den Ausschluß von drei Mitgliedern der ZL und zwei weiteren Mitgliedern der ZL-Fraktion beantragt, die sich auf der BuLi-VV „als Organisatoren und Sprecher“ der ZL-Linke „hervorgetan haben.“

9. Die AG Frauen Hamburg hat am 3.12. den Ausschluß aller Mitglieder der ZL-Fraktion beantragt, soweit sich diese „nicht umgehend von dem Treiben der ZL auf der BuLi-VV vom 1./2.12. distanzieren“. „Wir meinen mit unserem Ausschlußantrag nicht nur einzelne, sondern die gesamte Fraktion, weil niemand aus diesem Kreis... sich von dieser antikomunistischen Hetze abgegrenzt hat... Die Ausschüsse sollten noch vor dem KB-Kongreß durchgeführt werden.“

10. Das „Komitee“ (Hamburg) hat am 3.12. Ausschlußantrag gegen die ZL-Mitglieder gestellt, „die auf der BuLi-VV gegen den KB gehandelt haben“. (Das „Komitee“ ist eine „Anleiter“-Runde folgender Hamburger Bereiche: Wandsbek, Steilshoop, Harburg/Wilhelmsburg, St. Pauli/St. Georg, Metall/Jugend und Altona.)

11. Eine Hamburger Erzieher-VV hat am 3.12. Ausschlußantrag gegen drei Mitglieder der ZL sowie gegen einen weiteren Genossen der ZL-Fraktion gestellt. „Auf der BuLi-VV hat sich in erschreckender Weise gezeigt, daß sich die ZL-Fraktion bereits als eigene Organisation befreit, indem sie sich öffentlich gegenüber der KB-Mehrheit einen erbitterten Machtkampf lieferte...“ „An die Anhänger der ZL-Fraktion stellen wir die Forderung, sich von dem Vorgehen ihrer Fraktionsgenossinnen zu distanzieren und kritisch dazu Stellung zu nehmen.“

12. Die VV des Bezirks Altona (Hamburg) nahm am 6.12. einstimmig eine Resolution an, in der es heißt: „Die ZL-Fraktion habe durch ihr Auftreten auf der BuLi-VV am 1./2.12. „sich selbst außerhalb der Organisation gestellt“. Erforderlich sei daher „eine organisatorische Trennung von der ZL, mit der eine gemeinsame Politik derzeit nicht mehr möglich“

ist. Unserer Ansicht nach kann die Entscheidung über die Abtrennung der ZL, die de facto bereits als autonome Organisation handelt, nicht bis zum Kongreß aufgeschoben werden... Lieber alle Essentia als grüne Philistophie!“

13. Die Zelle III im Kinder/Erzieher-Bereich (Hamburg) hat am 5.12. sehr detailliert begründete Ausschlußanträge gegen die sechs Mitglieder der ZL gestellt. Außerdem Beurlaubungsantrag gegen die sechs anderen Mitglieder der ZL-Fraktionsleitung und gegen drei weitere Mitglieder der ZL-Fraktion (wegen deren provokativem Auftreten auf der BuLi-VV). Die Beurlaubung soll dazu dienen, eventuell Vorwürfe zurückzunehmen bzw. richtigerstellen im Falle der Fraktion. (Auf eine Klärung der Position der ZL auf der BuLi-VV verzichtet.)

Weitere Anträge sind angekündigt, liegen aber bei Redaktionsschluß noch nicht vor.

Zustimmung zur Beurlaubung der ZL

Die „Beurlaubung“ der ZL (vgl. AK 167) ist im KB weit-hin auf Zustimmung und Erleichterung gestoßen. Laut ZL-Sprechregelung habe das LG die Anordnung ausgegeben: „Ergebnisadressen“ an das LG zu schicken, in denen die Beurlaubung begrüßt wird. Die ZL scheint nicht begreifen zu wollen, wieviel Widerwillen sie mit ihrem ganzen Vorgehen bei der Organisationsmehrheit produziert hat. Gemessen an der breiten Zustimmung zu der „Beurlaubung“ ist das Spektrum schriftlich vorliegender Stellungnahmen eher gering. Hier eine Übersicht:

+ Die Ortsgruppe Münster begrüßte die Beurlaubung der ZL als „eine allerletzte Mahnung an die ZL, zur solidarischen Auseinandersetzung innerhalb des KB zurückzufinden. Wir verheihen nicht unsere Befürchtung, daß die beurlaubten Genossen die ZL nicht für eine grundlegende Selbstkritik, sondern für den Ausbau ihrer Fraktion nutzen.“

+ Eine Delegierten-Konferenz des KB (Ortsgruppen außerhalb Hamburgs) übernahm am 2.12. mit 61 gegen 7 Stimmen (2 Enthaltungen) die Münsteraner Resolution.

+ Die Ortsgruppe Bochum begrüßte am 3.12. die „Beurlaubung“ der ZL. Das Verhalten der ZL in der Wahlarbeit sei „schwer organisatorisch-schädigend und untragbar für eine kommunistische Organisation“. „Wir fordern die „ZL-Gruppe“ dazu auf, sich noch vor dem KB-Kongreß als eigenständige Organisation zu formieren.“

+ Die „Mehrheitsgruppe“ im Chemie-Bereich Hamburg erklärte am 26.11. „Wir betrachten die Beurlaubung der ZL als einen logischen Schritt aus der bisherigen Auseinandersetzung, bei der der Bruch der Einheit recht außen in der Wahlfrage die bisherige Krönung war, und befürworten sie als eine politische Notwendigkeit im Sinn der Klärung der Fronten (Wer Sturm ist, braucht sich nicht zu wandern, wenn er Wind erntet).“

Fortsetzung nächste Seite

Die örtliche Leitung des KB-Göttingen [Mehrheit] erklärt:

„Die ZL-Fraktion hat auf der DK in Hannover erklärt, sie werde sich in der Wahlpolitik nicht mehr an Mehrheitsbeschlüsse der Organisation halten, also angekündigt, sie werde ihre eigene Politik, unabhängig von den Diskussions- und Entscheidungsprozessen innerhalb des KB verfolgen.“

Mitglieder der Fraktionsleitung (10) sowie verschiedene Göttinger Mitglieder der Fraktion haben diese Haltung mit der Wahlpolitik des KB begründet: diese Politik würde auf die Zerstörung speziell der Bunten Liste und auf eine Isolierung des KB von „der Wahlbewegung“ hinauslaufen, die Krise des KB verschärfen und die Organisation in die politische Bedeutungslosigkeit stürzen.“

Ähnlich wie bei der Spaltungsdrohung am Anfang der Auseinandersetzung nimmt die ZL wiederum eine Art „Notwehr- und Ausnahmerecht“ in Anspruch („wir müssen die Notbremse ziehen!“). Sie mag das so interpretieren und vor ihren Anhängern rechtfertigen; nach leninistischem Verständnis stellt sie sich damit außerhalb der Organisationsdisziplin. Praktisch arbeitet sie in der Wahlpolitik im Bündnis mit verschiedenen opportunistischen Kräften und Organisationen gegen den KB, stellt sich also selbst außerhalb der Organisation.

Die ZL-Fraktion ist eine Minderheit im KB, die sich nicht mehr an die Organisationsdisziplin gebunden fühlt, sie macht schlicht was sie will. Dieser Verständnis und die daraus resultierende Praxis programmiert einen ständigen Grabenkrieg innerhalb der Organisation zwischen Mehrheit und Minderheit. Der politische Meinungskampf innerhalb der Organisation verliert dann seinen Sinn und wirkt sich auf die Politik und den Zusammenhalt der Organisation direkt schädlich aus, wenn die demokratischen Prinzipien, nach denen die Auseinandersetzung organisiert werden muß, von einer Seite explizit aufgekündigt wird. Es wäre nur logisch, wenn die ZL-Fraktion daraus die Konsequenz einer organisatorischen Trennung zieht, anstatt weiterhin mit unkomunistischen Mitteln und Taktikereien den KB in ein forgesetztes, aufstrebendes Glück Hack zu stürzen. Letzteren Endes schadet diese Politik allen Beteiligten und verhindert eine konstruktive Zusammenarbeit nach einer — nach Lage der Dinge — unausweichlichen Trennung.

Wir fordern das LG und die ZL-Fraktion auf, sofort Gespräche über die Modalitäten einer organisatorischen Trennung und über die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit und Auseinandersetzung zwischen „privilegierten Bündnispartnern“ einzuleiten. Bis zum 1. KB-Kongreß sollten solche Vereinbarungen möglichst unter Dach und Fach sein.“

(unterstützt in einem Meinungsbild auf der Göttinger MV am 7.12. von 23 Gen. bei ca. 34 Anwesenden)

Pro-ZL

Die Bundeskonferenz der ZL-Fraktion am 25.11. nahm bei zwei Enthaltungen einstimmig eine Protestresolution gegen die „Beurlaubung“ der ZL an. In dieser Resolution heißt es, die „Beurlaubung“ „stellt nun vor der gesamten Organisation bloß, daß die LG-Mehrheit die politische Auseinandersetzung auf rein administrative Weise durch Hinausdrängung der von der ZL repräsentierten Strömung liquidieren will. Dies ist ein weitreichender Schritt in Richtung Spaltung.“ Die „Beurlaubung“ sei „... eine g a l t“, „wegen ihrer politischen Tragweite“ könnte sie erst auf dem KB-Kongreß (Anfang Januar) behandelt werden.

Das „Zentrum“ (36 Anwesende) hat am 28.11. eine Protestresolution gegen die „Beurlaubung“ der ZL beschlossen. In der Resolution wird der ZL „das Vertrauen ausgesprochen“ und die „sofortige Aufhebung“ der Beurlaubung gefordert. Mit der Beurlaubung sei „der demokratische Zentralismus verletzt“ worden, da die Genossinnen der „Zentrumsbereiche“ vorher nicht gefragt wurden. Außerdem könne „die Beurlaubung von Leitungsmitgliedern nur auf einem Organisationskongreß entschieden werden“. In der Resolution wird behauptet, im AK gebe es eine „Meinungszensur“ (unter Hinweis darauf, daß im AK 167 kein ZL-Artikel war — es lag allerdings auch gar keiner vor!). Das LG wolle „eine freie Debatte verhindern“. Der ZL-Fraktion müsse „angemessener Raum im AK gegeben werden“.

Die Ortsgruppe Bielefeld nahm Anfang Dezember eine Resolution an, in der es heißt, das LG sei „nicht befugt, sich einen Beschluß zu fällen“. Überhaupt sei es „ein Unding, leitende Fraktionsmitglieder von ihren Funktionen im KB zu beurlauben“. Entscheidungen von solcher Tragweite können nur vom KB-Kongreß getroffen werden. Als Rechte der ZL-Fraktion werden in der Bielefelder Resolution gefordert:

- Teilnahme an allen Sitzungen der Leitungsorgane,
- Einsichtnahme in alle Organisationsunterlagen,
- Innerorganisatorische Verbreitung ihrer Positionen ohne Bedingungen über die offiziellen Informationswege,
- Teilnahmemöglichkeit an allen KB-Terminen, wo bestehende Differenzen zur Diskussion stehen,
- Zugang zum technischen Apparat des KB.

- Teilnahmemöglichkeit an allen KB-Terminen, wo bestehende Differenzen zur Diskussion stehen,
- Zugang zum technischen Apparat des KB.

Fortsetzung von Seite 55

+ Die Ortsleitung Bremen begrüßte am 3.12. die „Beurlaubung“ und erklärte dazu u.a.: „Wir betrachten dies als notwendige Maßnahme, um weiteren Schaden von der Organisation abzuwenden.“ Für die ZL ist die Beurlaubung die letzte Gelegenheit, nach einmal zu überprüfen, ob sie an der Existenz einer nach außen einheitlich handelnden Organisation auf der Grundlage freier innerorganisatorischer Diskussion und Kritik interessiert ist. Wir sind der Meinung, daß das Verhalten der ZL in der Wahlpolitik genügend Gründe für den Ausschluß hergibt. Dem LG und anderen Teilen der Organisation angesichts maßloser Sonderrechte (und noch maßloser Forderungen nach solchen), die die ZL für sich in Anspruch nimmt, vorzuwerfen, es würde die politische Auseinandersetzung auf rein administrative Weise „liquidieren“, ist nicht nur demagogisch, sondern ist darauf ab, über die Strömungen im KB zu mobilitieren, weiterhin auf die Trümpfe zu drücken. Die ZL unterscheidet sich hierin heute in nichts mehr von der „Kritik-Fraktion“. Das Vorgehen der ZL stellt auf eine Zerstörung der marxistisch-leninistischen Organisation.“

+Die VV des SSB (Studenten) Hamburg hat am 27.11. mit knapper 2/3-Mehrheit u.a. beschlossen: „Wir stehen heute — nachdem die ZL ihren Vorwurf gegenüber der Mehrheit der Organisation aufrechterhält — hinter dem Beschluß des LG, die ZL zu beurlauben. Wir sehen in der unbewiesenen Vorwürfe der ZL ein organisationschädigendes und diffamatorisches Verhalten und fordern die ZL auf, diese Vorwürfe selbstkritisch zurückzunehmen.“

+Die VV der Westdeutschen KB-Genossinnen unterstützte am 1.12. mit großer Mehrheit die Beurlaubung der ZL „wegen ihres organisationschädigenden und diffamatorischen Verhaltens“. Die ZL wurde aufgefordert, „ihre Vorwürfe und Handlungsweise selbstkritisch zu

Freiheit der Diskussion oder Narrenfreiheit

Die ZL unternimmt derzeit den Versuch, dem KB eine „stalinistische“ Behandlung ihrer Fraktion vorzuwerfen. In einem (bisher fraktions-internen) Papier der ZL heißt es dazu: „Weder die Bolschewiki noch die Menschewiki sind früher auf die ‚Idee‘ gekommen, wechselnde Mehrheiten in der SDAPR und ihren Leitungen dazu einzusetzen, Disziplinarstrafen gegen Mitglieder der sich in der Minderheit befindlichen Fraktion aufgrund einer Politik entlang den fraktionellen Differenzen zu verhängen, obgleich sich beide Fraktionen über lange Jahre hinweg in aller Öffentlichkeit z.T. scharf bekämpft hatten.“

Erst nach Lenins Tod konnte sich in den kommunistischen Parteien eine bürokratische Pervertierung der innerparteilichen Demokratie und des Fraktionsrechtes (sog. „Stalinismus“) durchsetzen. Diesen Geist des „Stalinismus“ bringt Uibricht auf der Sitzung des Sekretariats der EKKI 1928 auf den Punkt, wo es um die Auseinandersetzung mit einer rechten Strömung in der KPD (Brandier, Thalheimer, später KPO) ging: „Die erste Phase des Kampfes gegen die Rechten sind organisatorische Maßnahmen, die zweite der ideologische Kampf gegen sie.“ Zu deutsch: zuerst Liquidierung, danach Heißkampagne zur Isolierung der Opposition in der Öffentlichkeit. Die LG-Mehrheit hat sich in ihrem Kampf gegen die Zentrumsfraktion in diese unheilvolle Tradition gestellt. Demgegenüber sind Lenin, Mao und andere revolutionäre Führer stets von der Notwendigkeit eines umfassenden politisch-ideologischen Kampfes, nicht nur in der Partei, sondern auch in der Öffentlichkeit ausgegangen, der keineswegs durch administrative Maßnahmen unterdrückt werden darf. Insbesondere Lenin und andere Führer der Bolschewiki haben (mit einer einzigen „vorübergehenden“ Ausnahme 1921/sog. „Kronstädter Aufstand“) sich stets für die umfassendste Entfaltung des interfraktionellen Meinungsstreits eingesetzt.“

Die von der ZL jetzt eingeschlagene Argumentationslinie wird hier deutlich genaug. Es soll so getan

werden, als wolle das LG (das bekanntlich „als gewählte“ „administrativ“ einen politischen Meinungskampf abwickeln und als müsse man den „stalinistischen Methoden“ des LG die Prinzipien von Lenin und Mao entgegenhalten. Tatsächlich hat, öffentlich nachvollziehbar, im AK im Ende August ein heftiger und umfassender Meinungskampf „getobt“. Derartige Widersprüche offen auszutragen entspricht alter „Tradition“ des KB, das wurde zu keinem Zeitpunkt in Frage gestellt. Es wäre vollständig „legitim“, wenn die ZL bestimmte, von der Organisationsmehrheit abweichende Auffassungen zur Politik des KB in der Wahlbewegung hat, diese auch öffentlich zur Diskussion zu stellen. Wenn dies das Recht betrifft, würde, wäre der KB tatsächlich auf einem falschen, verhängnisvollen Weg. Nur mit dem durchaus nicht der Fall.

In den gut drei Monate langen Auseinandersetzungen hat die ZL eine Neigung gezeigt, nicht an den realen Kern von Meinungsverschiedenheiten zu gehen und über die es einen sachlichen Streit zu führen. Stattdessen hat sie systematisch eine Polemik des großen und einprägenden Schlagworts geführt, um daran ihre Anhängerschaft „auszurichten“. So sagte die ZL nicht etwa: „Im KB wird sich zu wenig mit dem Feminismus auseinandergesetzt“, sondern: „Im KB gibt es einen Waffenstillstand mit dem Feminismus“. Sie begnügte sich nicht mit der Behauptung, das LG wolle den innerorganisatorischen Kampfabwachen, sondern sprach gleich von einem „Waffenstillstand mit den Fehlströmungen“, usw. usw.

Diese Neigung der ZL zur propagandistischen Übertreibung war schon schlimm genug, solange sie auf unterorganisatorische Fragen beschränkt blieb. In der Wahl-Frage mußte sie verheerend wirken: Im AK 166 tuschte die ZL plötzlich die durch absolut nichts belegte Unterstellung auf, der „Mehrheitsblock“ des KB beschuldige eine „Abkehr von der Wahlbewegung“ und verschleierte sich zu diesem Zweck hinter „massive

historischen Forderungen“. Irgendwelches Argument hierfür wurde nicht angeführt. Ebenso gut hätte die ZL also behaupten können: „Der Mehrheitsblock will 1980 die Wahl der SPD empfehlen“ oder war: „Der KB wird vom Staatssicherheitsdienst der DDR finanziert“ usw. usw. (Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt). Würde Genosse X aus dem KB so etwas oder ähnliches als Behauptung in die Welt setzen, würde es schwerlich viel Publikum dafür finden. Anders liegt der Fall jedoch selbstverständlich, wenn eine solche Behauptung von Leuten mitgliedern des KB vorgebracht wird. In diesem Fall müssen Außenstehende selbstverständlich vermuten, daß hinter solchen Behauptungen „tieferes Finsternis“ oder zumindest der berühmte „wahre Kern“ stecken. Daraus ergibt sich für Leitungsmitglieder eine besondere Verantwortung. Auch für die ZL mußte klar sein, daß ihre Legende vom „Ausstieg aus der Wahlbewegung“ dem KB erheblich schaden würde und daß diese Legende von einigen Leuten sofort aufgegriffen werden würde, um linke Politik in der Wahlbewegung als „AB-Mehrheitspolitik“ zu diffamieren. Die unklare bestehende Meinungsverschiedenheiten zur Wahlpolitik offen und auch öffentlich zu diskutieren, ist also nicht nur „legitim“, sondern notwendig. Zweifellos mußte es dabei aber um die Herausbildung der realen Streitpunkte und nicht um das überfallige Auftreten von mehr weitgehender, dafür aber total unbewiesener Unterstellungen gehen. Eben das liegt dem „administrativen Vorgehen“ gegen die ZL zugrunde. Die jetzt plötzlich (im totalen Widerspruch zu ihren früheren „qualitativen“ Thesen) von der ZL vertretene (von der „Kritik-Fraktion“ übernommene) These, daß politische Differenzen ein Freibrief für Nazistilerei seien, mußte, daß gegen „Anderdenkende“ auf gar keinen Fall „administrativ“ vorgegangen werden dürfe, teilen wir selbstverständlich nicht. Hierfür ausgehört Lenin und Mao zu bezeugen. Jedoch der ZL schon ein

Aus der ZL-Szene

Die Kontinuum-Zieler von der ZL warben derzeit bei Liberalen und Undogmatischen um Mitleid. Man sei „innerorganisatorisch kaltgestellt“ worden, heißt es — und ein paar Tage später findet sich auf wunderbare Weise (Telepathie?) diese Spitzrede in der „FAZ“ wieder. Nun ist ja spätestens seit Brokdorf II bekannt, wie die Kommunisten mit Anderdenkenden umspringen. Die ZL wird also willige Ohren für ihre Legendenbildung gegen den KB finden.

So weiß die ZL mal wieder von einer Kampagne zu berichten, die man gibt es angeblich darum ihnen die Darstellung ihrer Ansichten im AK zu verbieten. In AK 167, so klagt die ZL, habe sie bereits nichts mehr veröffentlicht dürfen. Grundsätzlich ist das allerdings, daß die ZL weder für den AK 167 noch für diesen AK (168) Artikel abgegeben hat. Sie scheint es also für klüger zu halten, die Auseinandersetzung um ihre Unterstellungen gegen die Wahlpolitik des KB, um ihre Thesen von der „ideologischen Offensive der Bourgeoisie und ihrer Agenturen“ etc. pp. erst einmal nicht mehr öffentlich weiterzuführen. Dahinter scheinen folgende Überlegungen zu stehen: 1. Die ZL ist zu da bei, ihre ganze Argumentationslinie total zu stellen (von „qualitativ“ auf „quantitativ“ und „antitektisch“), daher ist eine öffentliche Pause sinnvoll. 2. Das Fehlen von Postums-Artikeln der ZL im AK soll als handfester Beweis für die Legendenbildung gegen den KB (Die lassen uns nicht mehr!) dienen. Hinzu kommt, daß die ZL derzeit mit einer überschäumenden Fraktionsarbeit alle Hände voll zu tun hat. Gang schon clever von der ZL, sich einerseits um eine Stellungnahme innewandern zu ihren Unterstellungen im AK 166 („Abkehr von der Wahlbewegung“) herumzudrücken und daraus gleichzeitig das Märchen von der Zensur im AK zu spinnen.

Was aus der ZL-Fraktion verläuft, hat die ZL beschlossen, die Beurlaubung gegen sich (und gegen andere Mitglieder ihrer Fraktion) aufzuheben. Das LG habe nur Meinung der ZL zukünftig zu vertritt. Jedoch der ZL schon ein

Die ZL-Fraktion verläuft, hat die ZL beschlossen, die Beurlaubung gegen sich (und gegen andere Mitglieder ihrer Fraktion) aufzuheben. Das LG habe nur Meinung der ZL zukünftig zu vertritt. Jedoch der ZL schon ein

Mit „Verständnis“ meinte die ZL, daß ihre Anhänger den Beitrag an den KB jetzt auf ein „Minimum“ (20 Mark für Verdienende 5 Mark für andere) gekürzt haben. Teilweise haben die ZLer schon seit Oktober keine Beiträge bezahlt und künden jetzt „rückwirkend“.

Es liegt auf der Hand, daß bei 150 bis 200 Mitgliedern der ZL-Fraktion von diesen „reduzierten“ Beiträgen nicht einmal mehr die Löhne für die vier freigestellten ZL-Funktionäre gezahlt werden können, die bisher immer noch vom KB bezahlt wurden.

Die ZL-Fraktion hat derzeit nach unseren Schätzungen (offizielle Angaben liegen nicht vor) zwischen 150 und 200 Mitglieder. Von diesen kommen ca. 54% aus den alten „Zentrums“-Bereichen. Ca. 16% kommen aus der übrigen Hamburger Ortsgruppe, insbesondere aus dem SSB (Studenten). Ca. 30% kommen aus Ortsgruppen außerhalb Hamburgs, vor allem aus den bisher von der ZL „angeleiteten“ Bereichen Schleswig-Holstein, Westfalen, Hannover und Göttingen. Zur ZL-Fraktion sind außerdem seit kurzem die Ortsgruppen Landshut und Bielefeld gestoßen. Die ZL-Fraktion hat im Bezirk Fehmarn eine 2/3-Mehrheit, im Chemie-Bereich eine Mehrheit, im Bezirk Barnbek eine knappe Mehrheit, außerdem eine recht starke Minderheit im OTV-Bereich (Post und Angestellte).

Von den ca. 30 „Fach-Kommis“ des KB (vgl. Übersicht in EW 30) gehören folgende zur ZL-Fraktion: Afrika-Kommission, Danemark-Kommission, Großbritannien-Kommission, Portugal-Kommission, AG-Schwul, Skandinavien-Kommission. In der Kommission Betrieb und Gewerkschaft haben bisher noch ZL-Anhänger mitgearbeitet, allerdings ihre Tätigkeit zunehmend zugunsten der

Meldungen aus China

Meldungen aus China

Kampagne gegen „Unruhestifter“

Nach Berichten von Radio Schanghai wurden Anfang November mehrere „Unruhestifter“ festgenommen oder verurteilt. Nach diesen Berichten hatten seit dem 20. Oktober über 40 „Unruhestifter“ die Eingangshalle des Rathauses von Schanghai zu „besetzen“ versucht. Die „Unruhestifter“ hätten in den Gängen herumgelegen, einige hätten sich dort sogar eingequartiert; sie hätten Wandzeitungen und Plakate geschrien und den Dienstbetrieb gestört.

Namentlich genannt wurde u.a. ein „Unruhestifter“, der andere „aufgehetzt“ habe, ein- und ausfahrende Autos anzuhallen und der am 4. November verhaftet wurde. Weiter genannt wurde eine Frau, die eine Kopfverletzung bei einem Arbeitsunfall erlitten hatte und sich seither, angeblich zu Unrecht, um eine Entschädigung bemüht hätte. Sie habe Wandzeitungen am Rathaus angebracht und Flugblätter verteilt; außerdem habe sie zusammen mit anderen Barrikaden aus Banken in der Rathaus-Halle gebaut. Eine andere Frau habe Leute „aufgehetzt“, sich um das Rathaus zu versammeln und habe dabei von Ausländern Fotos machen lassen (!); außerdem habe sie am 20. Oktober eine Gruppe von 20 Leuten zur „Besetzung“ der Eingangshalle geführt (Radio Schanghai, 4.11. — nach „SWB“, 10.11.).

Kampagne gegen die „Mauer der Demokratie“

In der chinesischen Presse hat eine massive gelenkte Kampagne gegen die sogenannte „Mauer der Demokratie“ — die einzige Stelle, wo in Peking erlaubterweise politische Wandzeitungen angebracht werden dürfen — begonnen. Die „Mauer der Demokratie“ habe mehr Schaden als Nutzen gebracht, heißt es jetzt. Sie sei „von

den, um die soziale Ordnung und Sicherheit zu zerstören“. Mehrmals wurden im November Menschen an der „Mauer der Demokratie“ festgenommen, weil sie Protokolle von dem Prozeß gegen den kürzlich zu 15 Jahren Haft verurteilten „Bürgerrechtler“ Wei Jingsheng verteilt hatten. Anfang Dezember wurde die „Mauer“ in eine Straße am Stadtrand verlegt. Wer eine Wandzeitung anbringen will, muß sich registrieren lassen.

Drei „Dissidenten“ wurden (nach einer Meldung der französischen Nachrichtenagentur AFP vom 29.10.) in Tientsin verhaftet, als sie eine Wandzeitung gegen Polizei-Übergriffe anbringen wollten.

Zunahme der Kriminalität

Im Gefolge der Entwicklung nach dem Rechtsputz von 1976 hat in China die Kriminalität, vor allem die Jugend- und Bandenkriminalität, drastisch zugenommen (vgl. dazu auch AK 166, S. 50). Zur Veranschaulichung einige neue Meldungen:

+ Zwei Jugendliche wurden in Schanghai am 26.10. zu acht bzw. zehn Jahren Haft verurteilt. Sie sollen Anführer einer Bande gewesen sein, die einen Bus auf der Straße stoppte, die Passagiere ausraubte und Frauen beistieg.

+ Am 19.10. wurden drei Bandenführer zu fünf bis sieben Jahren Haft verurteilt. Laut Anklage hatte die Bande Straßenkämpfe, Raubüberfälle und einen Zusammenstoß mit der Polizei organisiert.

+ Am 18.10. wurden 15 Bandenmitglieder zu Freiheitsstrafen von unterschiedlicher Länge verurteilt („Hsinhua“, 2.11. — nach „SWB“, 10.11.).

+ In der Stadt Changsha, Hauptstadt der Provinz Hunan, wird über Taschendiebstahl auf der Straße geklagt. Teilweise handele es sich um Schulab-

len-Leuten verführt“ wurden. Die Taschendiebstahl würden sich häufig in Schlangen an Bushaltestellen mischen und dann beim Einsteigen „tätig“ werden (Radio Changsha, 27.10. — nach „SWB“, 10.11.).

+ In einer Fabrik in der Provinz Kwangtung wurde eine Gruppe von Arbeitern erwischt, die im großen Stil den Diebstahl von Kupfer aus dem Betrieb organisiert hatte — insgesamt über 4 Tonnen Kupfer (das dann wahrscheinlich „schwarz“ an andere Betriebe verkauft wurde) („Hsinhua“, 22.10. — nach „SWB“, 10.11.).

+ In der Stadt Changchun (Provinz Kirin) wurden im September vier Jugendliche als „Räufelstrolche“ verhaftet und weitere festgenommen. Laut Anklage hätten sie auf den Straßen „Zwischenfälle“ provoziert und Passanten überfallen (Radio Changchun, 1.11. — nach „SWB“, 10.11.).

+ In Tientsin wurden im Oktober fünf Jugendliche abgeurteilt. Sie hatten Autos gestohlen und damit Ausflüge gemacht. Der Hauptangeklagte wurde zu drei Jahren Haft verurteilt (Radio Tientsin, 28.10. — nach „SWB“, 10.11.).

Die Meldungen widerspiegeln eine sich vertiefende sozialistische Gesellschaft, in der plötzlich das „Reichwerden“ zum höchsten Ideal erklärt worden ist, ohne daß die Masse der Bevölkerung eine Chance hat, diesem Ideal ein bißchen näher zu kommen.

Wieder Aktivisten der Kulturrevolution verhaftet

Liu Huaide, Chen Guangyu und Wang Zhenlu wurden am 12.10. verhaftet. Die drei hatten als Bahnarbeiter zu Beginn der Kulturrevolution eine „Rebellenorganisation“ gegründet und geleitet. Am 24. und 29. Dezember 1966 sollen sie die Blockade von Zügen für insgesamt 83 Stunden organisiert haben (Radio Hefei, Provinz Anhwei, 2.11. — nach „SWB“, 10.11.).

Beitrag zu: Überlegungen zur Krise im KB (AK 166)

Überraschungen war man ja - was die Krisenbeiträge der ZL angeht - gewöhnt, aber das nun vorgelagte, griffige Thesenpapier (ZL) stellt doch die bisherigen Krisenbeiträge in den Schatten.

Überrascht wird der Leser/die Leserin schon in der Einleitung der „Überlegungen ...“, handelt es sich dabei doch um eine angebliche „zusammengefaßte Bewertung der bisher sichtbaren Differenzen“ aus der „Sicht“ der ZL. Überrascht allein deshalb, weil gerade diese Thesen über einen „Umschichtungsprozess“ bzw. „Neuformierungsprozess“ innerhalb der Linken erstmals im AK 166 offengelegt worden sind; von einem „Versuch einer zusammengefaßten, geriffelten Darstellung von Bedeutung und Umfang der Kontroverse“ kann in diesem Zusammenhang nicht gesprochen werden. Allerhöchstens ließen sich einige dieser nun veröffentlichten neuen Thesen der ZL aus ihren Darstellungen zur „Stolypinischen Reaktion“ errahnen, wenn man sich in die Logik und Argumentationslinien der ZL „hineingedacht“ hat. Ich halte dieses Vorgehen, bislang im AK voranthalten, „Überlegungen“ nun als „zusammengefaßte Darstellung“ den Leser/innen zu präsentieren, für unlauter und völlig unüblich. Warum die ZL zu dieser bislang unüblichen Methode übergegangen ist, wird einem im Zusammenhang mit den „Stolypin-Artikeln“ jedoch klar: wesentlicher Ausgangspunkt der ZL war und ist, nach „Innen“ die „Konturen schärfen zu ziehen“, um - gemäß der ZL-Interpretationen über die Lehren aus den Zeiten Rublands 1907 - 1912 - für den nächsten Aufschwung „fit“ zu sein. Das genau ist das Rezept zur „Krisenbewältigung“ der ZL, daß sie nun sehr verlockend und schmackhaft in ihren „Überlegungen ...“ anzubieten haben.

Der Speck, der der Maus dort angeboten wird, ist sehr verlockend - jedoch sollte sich die Maus diesen fetten Bissen sehr genau von allen Seiten her beschauern, ehe sie zu beißt. Sehen wir uns den „Bissen“ also mal etwas genauer an.

Grob lassen sich die 25 Thesen der ZL wie folgt unterteilen: Thesen 1 - 10 behandeln die „ideologische Krise“ des KB, die restlichen Thesen (11-25) behandeln die derzeitige Massenbewegung in der BRD setzen sich im Zusammenhang mit dieser Massenbewegung mit den Aufgaben und Perspektiven des KB auseinander. Im ersten Teil der ZL-Thesen ist sehr bemerkenswert, daß die „Krisenursachen ... im Inneren unserer Organisation zu suchen sind“, die „Krise ... ideologischer Natur“ ist. Klar ausgegrenzt wird sich von der Tatsache, daß die „innere Krise“ nicht bzw. nicht hauptsächlich (?) irgendwelchen sog. „objektiven Faktoren“ von außen geschuldet ist. Wortklaubig begründet die ZL ihre These, daß nur von „inneren Ursachen und äußeren Einwirkungen“ gesprochen werden kann, da eine „andere Sichtweise“ den „dialektischen Materialismus ... auf den Kopf“ stellen würde.

Einschränkend erwähnt die ZL, daß die „objektiven Krisenfaktoren“ in der „ersten Phase unserer Krisenbewältigung“ noch „eine gewisse Berechtigung“ gehabt hätten. Einschränkung betont die ZL ebenfalls, daß eine „Krisenbewältigung“ nicht „unabhängig von den äußeren Bedingungen“ zu meistern sei.

Sehr widersprüchlich - und keinesfalls „dialektisch“, finde ich. Hier muß sich bei der ZL eine eigenartige „Metamorphose“ vollzogen haben, denn noch in ihrem „Einstiegsartikel“ aus AK 160 („Krise, Utopismus und Entsolidarisierung“) schrieben die Genoss/innen u.a.: „Die Hinwendung zu Versuchen individueller Schein-„Emanzipation“ hat u.E. das Ausbleiben echter gesellschaftspolitischer Veränderungen zur objektiven Grundlage“ (Hervorhebung von mir). Erst die in These 1 beschworene „Rückbesinnung“ auf die „Klassiker“ scheint diese „Metamorphose“ bei den ZL-Genoss/innen vollzogen zu haben. (Nebenbei bemerkt: die geforderte „Rückbesinnung“ der ZL auf die „Klassiker“ und die Grundlage unserer Politik unterstellt zumindest daß die LG(Mehrheit) diese Positionen bereits verlassen hat - das ist in meinen Augen eine demagogische und durch nichts belegte Unterstellung!)

Nun einiges zur Dialektik. Ich finde, die ZL legt von Beginn der Krisen-debatte an ein sehr merkwürdiges, mechanistisches Verständnis von „dialektischem Materialismus“ an den Tag. Deutlich wurde dies m.E. schon sehr frühzeitig an dem Basteln von „Begriffspaaren“ (Utopismus/

Entsolidarisierung, jetzt: „innere Ursachen und äußere Einwirkungen“ usw.). Diese Sichtweise negiert wesentliche Elemente einer dialektisch-wissenschaftlichen Herangehensweise - nämlich einmal, daß ein Ding bekanntlich nicht nur zwei, sondern mehrere Seiten haben kann (als Beispiel meine ich z.B. das Herangehen der ZL an die „utopistische“ Forderung nach Aufhebung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit, und jetzt ihre Krisenbewältigungsvorschläge). Die ZL nimmt aus ihrer Betrachtungsweise z.T. grobe und unzulässige Vereinfachungen oder Übertreibungen vor, die sich aus ihrer „dialektischen“ Sicht ergeben. Das zweite auffällige Merkmal ihrer „dialektischen“ Betrachtungsweise betrifft die Bestimmungen von Haupt- und Nebenseite; als Beispiele hierfür seien genannt die „Begriffspaare“ „Zweckbündnis und Keimform“ oder „innere Ursachen“ (als Hauptseite) und „äußere Einwirkungen“ (als „Neben-seite“). Als Wesen der Dialektik betrachte ich immer noch, das „Ding“ alleine zu untersuchen, dabei eine „Haupt-“ und „Neben-seitenbestimmung“ vorzunehmen und dabei zu berücksichtigen, daß bei dieser Bestimmung Wechselverhältnisse, sogar Umkehrungen „galtig“ sind usw.

Schon bei der gesamten Krisen-debatte innerhalb des KB läßt sich das anschaulich belegen, daß die „innere Krise des KB“ zahlreichen Faktoren geschuldet, deren Ursachen eben nicht „auf einen Nenner“ zu reduzieren bzw. zu vereinfachen sind (als „hauptsächlich“ Ursachen sind benannt worden die wiederum unterschiedlichen „äußeren Faktoren“ - angefangen beim „China-Portugal“-Schock, den Auswirkungen der Repression, den Problemen der individuellen/kollektiven Emanzipation (Frauenfrage!) bis hin zu „inneren Faktoren“ wie Unzufriedenheit mit den „Strukturen“, „Verweigerungshaltungen“ bis hin zur Infragestellung bis Ablehnung einer marxistisch-leninistischen Kaderorganisation usw. usw.).

Jede(r) Genoss/Genossin wird bei sich selbst festgestellt haben, daß eine „Haupt-seitenbestimmung“ zum Teil sehr problematisch ist, weil gleich mehrere (innere und äußere) Faktoren zusammenfließen usw. Umgekehrt halte ich es deshalb für undialektisch, die - anfangs auch von der ZL noch eingestandenen - objektiven Ursachen unserer Krise als platte Nebenseite abzutun. Der Streit über die Dialektik ist keinesfalls „akademisch“, sondern hat knallharte politisch-praktische Konsequenzen im Sinne einer „Krisenbewältigung“, die genau von den äußeren Faktoren abstrahieren soll.

Ich halte diese Lösungsvorschläge der ZL für gefährlich, die Beispiele, die die ZL für die Leugnung „äußerer Faktoren“ heranzieht, verdeutlichen dies. So würden bestimmte „enttäuschende internationale Entwicklungen“ nur eine ziemlich „untergeordnete“ Rolle für unseren „Zerfall“ spielen, sondern der „Kern“ würde in der „ideologischen Offensive“ der Bourgeoisie liegen. Natürlich war gerade der KB - was internationale Entwicklungen betrifft - (China, VR China usw.) auf „das Schlimmste gefaßt“, aber zwischen politisch-theoretischen Einsichten über bestimmte „enttäuschende Entwicklungen“ und der Verarbeitung dieser Prozesse besteht ein Widerspruch, wobei sich letzterer in Resignation, politischer Apathie usw. niederschlagen kann und sich ja auch niedergeschlagen hat. Und das in anderen Teilen der Linken weitaus stärker als bei uns.

Anders ausgedrückt: wenn die „Idee“ des Marxismus-Leninismus und der Mao-Tse-Tung-Ideen bis in unsere Reihen hinein stark diskreditiert ist (im übrigen eine Banalität, denn die Herrschenden haben diese „Ideen“ angegriffen, seit es den Marxismus-Leninismus gibt!) durch die „Ideen“ der bürgerlichen Gesellschaft, der Reformisten, „Realsozialisten“ usw., so heißt für mich die Konsequenz daraus keine einseitige „Rückbesinnung“, sondern eine Verstärkung des ideologischen Kampfes dort, wo diese „Ideen“ herkommen - nämlich von „außen“. Nicht umsonst forderte das LG (Mehrheit) in den jetzigen Auseinandersetzungen mit der ZL die Notwendigkeit der Verstärkung der theoretischen Arbeit, d.h. des „Konturen-Ziehens“ gegenüber allen möglichen Strömungen, die auf uns einwirken. An dieser Front „hinkt die kommunistische Bewegung nach“, bleibt die kommunistische Bewegung „trotz großer Fortschritte objektiv hinter den Anforderungen zurück“ („Unser Weg“ 16/17, S. 16/17).

Wohlgemerkt: das hat nichts mit einer sektiererischen Bündnispolitik zu tun, auch nichts mit einem von der ZL unterstellten „Rückzug“ von der Wahlbewegung - im Gegenteil! Das „Konturen-Ziehen“ bezieht sich auf den Punkt des dialektischen Verhältnisses von Zusammenarbeit und Auseinandersetzung mit der in Bewegung geratenen Linken!

Ich kann es mir - als Westberliner - nicht verkneifen, auf den Hinweis der ZL auf die „einmalige Jahre früher zermürbte“ Westberliner Ortsgruppe (These 7) einzugehen - wird gerade Westberlin als „zusätzlicher Beleg“ dafür angeführt, daß bestimmte „internationale Entwicklungen“ eine völlig untergeordnete Rolle als Krisenursache spielen würden, sondern der Grad der „unterschiedlichen ideologischen Festigung“ entscheidend sei. Diese „Beweisführung“ seitens der ZL-Genoss/innen verdeutlicht eher die Ungleichzeitigkeit und den Grad von Zerfallserscheinungen; sie kennzeichnet und belegt u.a. auch, daß die „unterschiedliche ideologische Festigung“ nur ein Krisenmerkmal ist und gerade in Westberlin besondere Bedingungen bestehen (u.a. eine recht breite „linke Szene“, ein relativ starker Einfluß der „KPD“, eine relativ breite links-reformistische Strömung usw.) vor dem Hintergrund einer (gegenüber diesen „Bewegungen“) überforderten Westberliner Ortsgruppe.

Außerdem kann gerade anhand des Westberliner KB nachgewiesen werden, daß der Vorwurf der ZL, die LG (Mehrheit) würde die Krise nur „verwalten“, ist absurd.

Der faktischen Auflösung der Westberliner Ortsgruppe sah die LG (Mehrheit) keineswegs „tatenlos“ zu, sondern sie war das Ergebnis z.T. scharfer politischer Auseinandersetzungen u.a. an der Wahlfrage, die auch im AK nachzuvollziehen ist. Doch dies nur am Rande.

Eine weitere Bemerkung dazu: wenn die ZL eine „Rückbesinnung“ auf die „Klassiker“ und die „Grundlagen unserer Politik“ fordert, so ist mir unverständlich, warum die ZL nicht verstärkt in die Vorbereitung des 1. KB-Kongresses „einstiegt“, denn schließlich sollen anhand der diversen Resolutionsentwürfe für den Kongreß „schärfere Konturen“ und ein Prozeß politischer Vereinheitlichungen von Positionen des KB eingeleitet werden. Für absolut negativ und boykottistisch halte ich z.B. das Vorgehen von SSB-Genoss/innen in Westberlin, die sich zur ZL rechnen, wenn sie für den Kongreß ausdrücklich nur einen „politischen Klärungsprozess“ anhand der ZL- und LG (Mehrheits-)Positionen vollziehen wollen. Ich schenke mir an dieser Stelle, auf weitere Punkte, insbesondere die Thesen vom „ideologischen Angriff der Bourgeoisie“ - siehe hierzu den Artikel „ZL auf Entdeckungstour“ (AK 166), einzugehen.

Einige Anmerkungen zum zweiten Teil der ZL-„Überlegungen ...“ (Thesen 11-25).

Was spontan aus diesen Thesen hervorsteht, ist die Anbelegung einer sich „neu formierenden westdeutschen Linken“ seitens der ZL. Da ist von einem neuen „Formierungsprozess“ die Rede, von „Umdenkprozessen ... im Lager des sog. Spontaneismus“ usw.

Erstmals auf diese Entwicklung ist der KB im Artikel „Kommunisten und Wahlbewegung“ eingegangen, wo er der „Herausbildung“ einer „sozialistischen Partei“, „nicht unbedingt ablehnend“ gegenüberstand (und steht). In diesem Zusammenhang betonte der KB, sich in diesen „Neuformierungsprozess“ mit Beiträgen zur politischen Auseinandersetzung „einzuräumen“.

Interessant ist dabei, daß die ZL diesen „Formierungsprozess“ erst einmal beschreibt, den verdrossenen und krisengeschüttelten KB/ler/innen „anbietet“, o h a dabei in die „Grazonen“ der Ökologiebewegung, der Wahlbewegung, des links-reformistischen Spektrums usw. heranzuzöbern. Interessant deshalb, weil anhand der „Grazonen des Feminismus“ innerhalb des KB ja der Versuch des „Konturen-Ziehens“ unternommen wurde.

Das heißt nicht, einer sektiererischen Massen- oder Bündnispolitik das Wort zu reden, sondern sich verstärkt damit auseinanderzusetzen, daß dieser „Formierungsprozess“ innerhalb der Linken, der Bürgerinitiativbewegung, der Ökologiebewegung die Gefahr eines „Rechtsrucks“ innerhalb der Linken in sich birgt. Ein Teil der linken Kräfte ist gerade eifrig dabei, bereits glittige und innerhalb der Linken „vereinheitlichte“ Positionen zu räumen, was sich vor allem bei den Diskussionen um die Bundes-

tagswahlen zeigt (so die „Mode“, daß „Links-Rechts-Schemata“ bereits „historisch überholt“ seien, die Anbahnung eines „deutschen historischen Kompromisses“ (Horacek) usw.).

Während ein Teil der damaligen APO noch die Hoffnung und Illusionen hatte, durch den „Marsch durch die Institutionen“ Veränderungen innerhalb der SPD zu erreichen - und zwar mit dem subjektiv ehrlich vorhandenen Willen und Versuch, marxistische Positionen innerhalb der SPD zu verankern - so verläuft ein nicht unbedeutender Teil des derzeitigen „Formierungsprozesses“ zwar außerhalb der SPD, aber auch unter zunehmender Aufsicht „marxistischer“ Positionen. Vor dieses - und eine ganze Reihe anderer - Probleme gegenüber der Massenbewegung steht sich der KB verschäft gestellt. Ich habe hier nur beispielhaft einige wenige Probleme angerissen, um damit deutlich zu machen, daß das „Abwerfen von ideologischem Ballast“ innerhalb des KB sich nicht allein durch „schärfere innere Konturen“ vollzieht, sondern gerade im ideologischen Kampf mit „Fehlströmungen“ innerhalb des „Neuformierungsprozesses“ der linken und radikaldemokratischen Kräfte.

Die Forderung der ZL nach „ideologischer Einheit von anti-sektiererischer Massen- und Bündnispolitik einerseits und klarer leninistischer innerer Ausrichtung“ läßt den Zusammenhang von „Fehlströmungen“ innerhalb des „Umdenkprozesses“ der Linken und die Rolle, die der KB innerhalb dieses „Formierungsprozesses“ unbedingt spielen muß, außer acht: Eine „ideologische Festigung“ bzw. Vereinheitlichung des KB ist nur möglich durch das Führen solidarischer Diskussionen über die zahlreichen auftauchenden Fragen, durch verstärkte Untersuchungsbearbeitung im KB einerseits und im Prozeß eines verstärkten politisch-ideologischen Eingreifens, das - wenn notwendig - „Konturen-Ziehen“ innerhalb des „Formierungsprozesses“ der linken Bewegung andererseits. Vorbedingung auch hier: eine verstärkte Untersuchungstätigkeit an dieser „Front“.

Nur in dieser „Dialektik“ - im ideologischen Kampf nach „Innen“ u n d „außen“, kann sich der KB „zu einem erheblich bedeutsameren Faktor“ entwickeln. Hier sehe ich auch den Zusammenhang, wenn wir mit Recht von einer „Krise der Linken“ gesprochen haben. Ein „Her-

auskommen“ aus dieser Krise sehe ich u.a. in einer solidarischen Diskussion/Auseinandersetzung mit wesentlichen Teilen dieser Linken!

Ich schreibe diese Position auch vor dem Hintergrund als Mitglied in der AL-Westberlin, wo in der Tat die Schwierigkeit auftaucht, den Anforderungen und Problemen, den unterschiedlich auftretenden politischen Positionen innerhalb der AL überhaupt noch nachzukommen. Es „strömt“ im wahren Sinne des Wortes schon fast täglich so viel Neues auf einen ein, daß kaum noch damit fertig zu werden ist.

Ich kann in diesem o.a. Zusammenhang die These 21 (Schlingerkurs der LG-Mehrheit in der Wahlbewegung, Ann. AK) überhaupt nicht teilen, sondern muß diese als plumpe Unterstellung und Demagogie schärfstens zurückweisen! Während die vorangestellte These 20 (Zusammenarbeit mit den linken Grünen gegen die rechten Grünen, Ann. AK) m.W. im KB „vereinheitlicht“ ist, kann ich sowohl aus den konkreten Erfahrungen der Arbeit in der Alternativen Liste Westberlin als auch aus dem, was ich dem AK entnehme hinsichtlich der Wahlberichterstattung/Auseinandersetzung, keinerlei „Schlingerkurs“ und „kursartige Spurts“ usw. erkennen.

M.E. hat der KB in der Wahlfrage seit geraumer Zeit eine durchgängige und richtige Politik verfolgt, die - kurz und grob gesagt - die Stärkung und Verbreiterung radikaldemokratischer Elemente sowie erarbeiteter linker Inhalte (Repression, Frauenpolitik usw.) in Wahlbündnissen zur Grundlage hatte und hat. Die Positionen im letzten AK zum Offenbacher Kongreß bestätigen diesen „Kurs“ meines.

Es ist eher der ZL vorzuwerfen, daß sie die von ihr so beschworene Einheit des KB gerade in der Wahl-debatte annehmend - zumindest an einigen Fragen - verlassen hat. Bestärkend daran finde ich besonders, daß mir die ZL-Positionen von „dogmatischen“ Linken, die nicht im KB sind, zugebilligt gemacht oder - in Andeutungen - sogar schon öffentlich in der „TAZ“ (z.B. vom 13.11.) erörtert werden.

Abschließend halte ich daran fest, daß eine solidarische politische Auseinandersetzung mit den nun zutage getretenen ZL-Positionen innerhalb des KB nötig und möglich ist. Eine „Rückbesinnung“ auf den bevorstehenden Kongreß des KB bietet dazu eine gute Möglichkeit...

D., Westberlin

kritik

alle brauchen kritik

denkmal abonniere ich die kritik ab der nächsten Ausgabe. ☐ ja ☐ nein

weiterhin bestelle ich die bereits erschienene Kritik, und zwar

Ostern, ☐ Sommer



Olle & Wolter

kritik

warum?

Im ersten Teil gibt es eine erste, eine zweite, eine dritte, eine vierte, eine fünfte, eine sechste, eine siebte, eine achte, eine neunte, eine zehnte, eine elfte, eine zwölfte, eine dreizehnte, eine vierzehnte, eine fünfzehnte, eine sechzehnte, eine siebzehnte, eine achtzehnte, eine neunzehnte, eine zwanzigste, eine einundzwanzigste, eine zweiundzwanzigste, eine dreiundzwanzigste, eine vierundzwanzigste, eine fünfundzwanzigste, eine sechsundzwanzigste, eine siebenundzwanzigste, eine achtundzwanzigste, eine neunundzwanzigste, eine hundertste.



Stalin

Wie immer die Bewertung der Rolle Stalins ausfallen mag, er gehört zweifellos zum Kreis derer, die man die „großen Männer“ der Politik des 20. Jahrhunderts zu nennen pflegt. Es ist das Verdienst Isaac Deutscher, diese historische Dimension in seinem hier erstmals vollständig auf Deutsch vorliegenden Werk zum Ausdruck gebracht zu haben.

Der Autor schildert das Leben des Winston (Iwanowitsch) Djugatschili, seine Kindheit und Jugend, den Eintritt in die sozialistische Untergrundbewegung im zaristischen Rußland, seine Metamorphose zu Stalin, seine bescheidene Rolle in der Revolution von 1917, den allmählichen, unmerklichen und schließlich unaufhaltsamen Aufstieg des Josef S. nach der Revolution, seinen Machtkampf um die totale Herrschaft und deren Ausübung bis zu seinem Tode 1953.

Deutscher versteht es, die Entwicklung der Person nachvollziehbar und gesellschaftlich Entwicklung der von und nachwirkenden sozialen Rußlands zu verknüpfen.

Darmit ist diese Biographie, spannend wie ein Roman geschrieben, zugleich ein geschichtliches Werk von dauerndem Rang.

Neue Deutsche, Josef Stalin, eine politische Biographie, 2 Bände, 728 Seiten, DM 38,-

© Verlag Olle & Wolter

kritik

Über all die vielen, anderen, schönen und wichtigen Bücher aus unserem Verlagsprogramm gibt unser kleiner Prospekt Auskunft. Wer sich informieren will, bekommt ihn kostenlos zugeschickt. - Postkarte genügt!

Verlag Olle & Wolter Postfach 4310 1000 Berlin 30

Politikastertum statt Polemik

2. Teil Zu einigen realen Differenzen

Soweit möglich werde ich im folgenden die Verdrehungen, Verfälschungen u.a.m. vernachlässigen, um mich auf die Herausarbeitung einiger wesentlicher Differenzen zu konzentrieren. Ich möchte damit noch mal das Hauptanliegen meiner „Thesen“ unterstreichen, nämlich: weg von unfruchtbaren Debatten an Nebenfronten; Konzentration auf die „brennenden Fragen der Bewegung“. Nach dem überraschenden Erscheinen der „Überlegungen zur Krise“ seitens der ZL in AK 166 will ich auch hierauf Bezug nehmen.

Zum „Bejubeln der Krise“

Die ZL behauptet: „Ein Kernstück in F.'s „Thesen zur Krise“ ist seine Tendenz, bekannte Krisenerscheinungen der kommunistischen Organisation pauschal und einseitig als „Stärkung der demokratischen Bewegung“ zu bejubeln“ (AK 165, S.53, Sp. 4, Abs. 3). Dazu führt die ZL folgende Argumente auf: Erstens bedeute die Krise „auch eine personelle kudemäßige Schwächung“; zweitens „mißachtet (F.) schlicht die konkrete Erfahrung einer sich teilweise vollziehenden „ideologischen Aufweichung“ unserer Reihen ... und stellt dies schlicht als falsche Ängste, Einbildungen, Hirngespinnste usw. der „kommunistischen Zirkel“ dar“ (Zitate aus dem Abschnitt „Gegen das Bejubeln der Krise“); drittens „übersieht er dabei schlicht, daß die „Eigenständigkeit“ in

Krise“; drittens „übersieht er dabei schlicht, daß die „Eigenständigkeit“ in erheblichem Umfang schlicht aus anti-kommunistischen Abgrenzungsmechanismen besteht“ (AK 165, S. 54, Sp.5, Abs.4); viertens werde von mir nicht der „Parteiliche Standpunkt einer kommunistischen Organisation“, sondern der der „gesamten Bewegung ... hauptsächlich und in erster Linie“ der der „eigenständigen demokratischen Bewegung“ eingenommen (Aus dem Abschnitt „Gegen das Bejubeln der Krise“).

Zu recht weist die ZL darauf hin, daß der Abgang von Mitgliedern der Zirkel/des KB deren Arbeit schwächt (These 7). (Mit Recht betont sie das Vorhandensein von „ideologischen Aufweichung“ als Gefahr und als weitere Schwächung. Zweifellos wäre es ein gehöriger „Grund zum Erschrecken“, wenn aus der Spaltung der „kommunistischen Bewegung“ nur eine demokratische Bewegung hervorginge. Denn wenn aus Kommunisten — wie weit sie auch entwickelt sein mögen — „Nur-Demokraten“ werden, ist das sicher kein Grund zum Feiern!)

Dies allerdings ist auch nicht der „Kerngedanke“ meiner Thesen. Der „erfreuliche“ Kernpunkt meiner Darstellung besteht natürlich nicht in der Umwandlung („Zerfall“) der „kommunistischen“ in eine demokratische Bewegung, sondern im Entstehen demokratischer Bewegungen, die ungleich breiter sind, als die bisherige „kommunistische Bewegung“ und ihr altes radikal-demokratisches Umfeld. Viele der neuen Bewegungen sind in der Kritik an etablierten Parlamentarismus entstanden, wesentlich in Kritik an der SPD/FDP und der von ihnen betriebenen Politik des sozialen Abbaus, der „Rechtsentwicklung“, dem Atomprogramm etc. Die Entfaltung einer solchen breiten demokratischen Bewegung links von der SPD und außerhalb des Parlaments hat die bisherige Rolle der „kommunistischen Bewegung“ der Nach-APO-Zeit als Stellvertreter eines nur relativ gering entfalteten demokratischen Protestes gesprengt. Die jetzige Wahlbewegung verschärft diesen Vorgang noch. Die Anforderungen dieser Bewegung übersteigen auch die bisher für den begrenzten Rahmen einigermaßen ausreichenden Führungsqualifikationen der „kommunistischen Bewegung“ und drohen, die kommunistischen Gruppen zu überrollen.

Allerdings ist diese neue demokratische Bewegung selbstverständlich nicht „eigenständig“ in dem Sinne, daß sie etwa als „dritte Kraft“ unabhängig zwischen Bourgeoisie und kommunistischer Politik wäre. Ich habe die Kennzeichnung „eigenständig“ gebraucht, um klar zu machen, daß sich hier neue demokratische Kräfte in der BRD entwickelt haben, denen von der „kommunistischen Bewegung“ ein eigener Stellenwert beigemessen werden muß.

Die SPD-Führung versucht jetzt, an die Spitze der neu entstehenden Bewegung zu spuren, um sie wieder in den Griff zu bekommen und zugleich die Kommunistischen Gruppen ins Abseits zu drängen.

Ich sehe die Gefahr für die Entwicklung kommunistischer Politik gegenwärtig darin, daß es den „kommunistischen Zirkeln“ nicht gelingen könnte, eine eigene Alternative für die bevorstehenden Kämpfe zu entwickeln und damit vor dem sich abzeichnenden sozialdemokratisch/revisionistischen Roll-Back zu kapitulieren.

Vor diesem ganzen Hintergrund sind auch die Hinweise in meinen „Thesen“, Austritte seien „kein Grund zum Erschrecken“ und die „neuen Strömungen im demokratischen Spektrum“ dürften nicht nur als „Fehlströmungen“ betrachtet werden, denen entgegengetreten werden müsse, sondern müßten „auch als Bereicherung des eigenen Kampfes“ verstanden werden, zwar etwas verkürzt, aber kein „Bejubeln“ der Krise. Mir kam es darauf an, solchen Haltungen entgegenzutreten, die den gesamten Prozeß nur als „Zerfall der kommunistischen Bewegung“ begreifen, die Entstehung neuer demokratischer Kräfte dagegen geringschätzen.

Wie berechtigt meine Warnung ist, zeigte die Antwort der ZL auf meine „Thesen“. Zwar gesteht sie das „Entstehen neuer Protestpotentiale“ zu (AK 165, S.54, Sp.5, Abs.3) — in denen allerdings der „Antikommunismus und starke Abgrenzungsmechanismen gegenüber den K-Gruppen“ verankert seien. Es gebe dort „eine

Da mag folgen, wer will! Ich habe bisher von Faschisierung das Verständnis eines allseitigen gesellschaftlichen Prozesses, in dem sich verschiedene Aspekte verbinden — die ideologische Offensive, die politische, die ökonomische etc. Und dann weiß die ZL offenbar selber nicht, ob sie jubeln oder trauern soll. Überraschend stellt sie in ihren „Überlegungen“ eine „anscheinende Massenbewegung“ (These 11), sogar eine „Linksentwicklung in der Massenbewegung“ (These 14) fest, sieht einen objektiven „gesellschaftspolitischen Prozeß der Herausbildung einer neuen Partei“ (These 17). Dann bricht als Hauptlinie die Trauer wieder durch: Die Bewegung habe „im Zuge ihrer Verbreiterung an Substanz verloren“ (These 11), verflache politisch auf Grund des wachsenden Antikommunismus und der Unvereinbarkeitsabschluß-Praktiken (These 12). Da man von den „Grünen“ nicht wisse, ob sie für diesen „Formierungsprozeß“ als möglicher „Magnet (und vorübergehender Motor)“ oder als Spaltung wirkten, müsse „innerhalb“ der Bewegung, sprich der Grünen, Einfluß genommen werden, wenn der KB nicht zu einer „politisch bedeutungslosen Sekte (à la KBW/KPD/ML)“ verkommen“ will (These 19). Preis für den Eintritt: Aufgabe der von der ZL als „maximalistisch“ (ebenda) bezeichneten Forderungen und Programme der „Bunten“!

ke“ gegenüber sozialdemokratischen und revisionistischen Thesen und Theorien.

In der ersten Phase der Anti-AKW- und Umweltschutzbewegung war es — nach dem etwas verspäteten Absprung — nicht zuletzt der KB, der „dominierte“. Der KB konnte Orientierung und organisatorischen Halt geben, solange die Bewegung überschaubar blieb. Mit ihrer Verbreiterung blieben unsere Kräfte zurück. In der Wahlbewegung konnte der KB sogar initiierend wirken. Nachdem sich eine breite Bewegung entfaltet hat, wächst auch der Einfluß von Sozialdemokraten und Reformisten. Aus dieser Lage der Dinge folgt ein entschiedener Kampf um ein eigenes Profil „bunter“ und kommunistischer Gruppen in der Wahlbewegung, um zu versuchen, die Strategie der „Grünen“ aufzuhalten.

Das Bewußtsein zu schaffen, daß die gegenwärtige Krise des KB und anderer Organisationen der Zirkel eine Krise der revolutionären Selbstverständnisses der bisherigen kommunistischen Bewegung vor dem Hintergrund gewachsener und wachsender Anforderungen ist, daß die Erarbeitung einer kommunistischen Alternativen eine Überlebensfrage für kommunistische Politik ist, war das Hauptanliegen meiner „Thesen“. Ich halte das sehr wohl für einen „parteilichen“ Standpunkt einer kom-

entwickelt, in der die radikale Linke, speziell die kommunistische Bewegung, einige Lücken auf diesem Gebiet schließen mußte“.

Es waren wohl auch nur ganz kleine Lücken, die die „kommunistische Bewegung“, z.T. speziell der KB, füllte?

• In der Entwicklung einer jahrelangen Kampagne gegen die „Terroristen“-Hetze — von den Aktionen nach der Erschießung Petra Schelmus bis zu unserer Stammheim-Berichterstattung;

• in der Entwicklung von Kampagnen zu Chile, Portugal, Angola u.a.m.;

• während der Durchführung der „Russell“-Kampagne, in der die politische und organisatorische Initiative des KB eine wesentliche Stütze der Vorbereitung wurde;

• in der Entwicklung der Politik der antifaschistischen Aktionseinheit(en), in der es dem KB wesentlich zu verdanken ist, daß über den Protest der VVN hinaus unter dem Stichwort „antifaschistische Aktion“ sich der Protest verbreitete.

Noch peinlicher wird der Versuch der ZL — entgegen ihren eigenen Aussagen an anderer Stelle — für die Nach-APO-Zeit eine breite demokratische Bewegung zu erfinden!

• der „jahrelange Massenkampf“ um die Verbesserung des Schulsystems — das waren zersplitterte Kämpfe ohne organisierende Kraft;

• die „Anti-Barzel-Kampagne“ war voll in der Hand der SPD — nach

der „Anti-Barzel-Kampagne“ war voll in der Hand der SPD — nach dem Abbruch der Kampagne durch die SPD blieb nahezu nichts;

• die „breite Kampagne gegen den §218“ ist ein Beweis für die Stellvertreter-Funktion der „kommunistischen Bewegung“ — in diesem Fall vor allem des KBW, der über seine örtlichen Komitees die größte Demo gegen den §218 (Herbst 1975 in Bonn) organisierte;

• die „Kampagne gegen die Berufsverbote“ wurde vor allem von der DKP organisiert.

Bis hierher haben die Widersprüche der ZL-Argumentation zur Rolle der „kommunistischen Bewegung“ schon reichlich „getanzt“ — in der Beurteilung der Rolle der SPD gegenüber den demokratischen Bewegungen fangen sie nun aber mächtig an zu „hocken“!

Zur Erinnerung: Wir kämpfen in den demokratischen Bewegungen „schlicht um untergeordneten Einfluß“, behauptete die ZL im AK 165. In ihren „Überlegungen“ (AK 166) ergaben sich für die ZL aber doch „realisierbare Alternativen zum „kleineren Übel“, war von „Tendenz zum Verlust (Verfall) traditioneller Integrationskraft der SPD“ die Rede. „Es beginnt sich eine Krise auch in der SPD zu entwickeln“ (These 15). — Dann geht es wieder andersherum: Der Verlust der „traditionellen Integrationskraft der SPD sollte allerdings nicht verwechselt werden mit einem Verlust ihrer generellen (ideologisch abgesicherten) Integrationskraft schlechthin“ (These 16). Was denn nun? — Ist die „Dominanz“ der Sozialdemokraten nun „unbestritten“ — oder nicht? Die ZL hat darauf offensichtlich keine eindeutige Antwort. In der Praxis zeigt sich ihre Politik als Verharmlosung der von der Sozialdemokratie ausgehenden ideologischen Gefahr und Ablenkung von der Auseinandersetzung mit ihr (zugunsten des „Kampfes“ gegen Feminismus, Utopismus etc. pp.).

Eine besonders starke Begründung dafür, warum die Kommunisten gegenwärtig in den „derzeitigen Massenbewegungen“ nur eine „nebenebeneordnete Rolle“ spielen können, ist aus „Russisch Roulette“ noch erwähnenswert: das liegt nach Ansicht der ZL nämlich an ihrem „politisch-ideologischen Bezug zur Arbeiterbewegung“, die sich in einer „weitgehenden politischen Abstinenz“ zu den „derzeitigen demokratischen Massenbewegungen“ befindet (AK 165, S.55, Sp.1, Abs.3 und 4) — als ob der Einfluß der Kommunisten in „von Natur aus proletarischen“ Bewegungen (Arbeitskämpfe etc.) größer wäre!

Abschied von der „Faschierungs-These“?

Die Göttinger Genossen Ha. und Kl. haben auf dem Pfingst-Kongreß des KB die „Faschisierungsthese“ des KB prinzipiell in Frage gestellt (vgl. Auseinandersetzung im UW und Artikel im AK 167, S.57). Die ZL, ansonsten

Fortsetzung nächste Seite



sowohl ideologische als auch politisch-organisatorische Dominanz reformistisch-kleinbürgerlicher und sogar tendenziell reaktionär-kleinbürgerlicher Strömungen (Gruhl und Co.)“ (ebenda, Abs.5). Dieses Verständnis der Krise als purer Zerfall „der politisch ideologischen Grundlagen unserer Politik unter Einschluß der Klassiker“ (AK 166, S.55, These 1) findet in den neuesten „Überlegungen“ der ZL im AK 166 ihren bisherigen Höhepunkt: Objektive Krisenursachen werden glatt gekugelt. Als „untergeordneten“ Punkt bezeichnet die ZL z.B. die revisionistische Entwicklung der VR China und vergleichbare internationale Entwicklungen (These 7). Zu den „untergeordneten Faktoren“ gehört inzwischen auch die Faschisierungspolitik. Schon in „Russisch Roulette“ (AK 165) fand die ZL ja die merkwürdige Formulierung, die Faschisierungspolitik sei „nur ein, wenn auch wichtiger Aspekt“ der „politisch-ideologischen Propagandaoffensive“ (AK 165, S.54, Sp.4, Abs.8). Jetzt heißt es: „Als Kern des gegen uns wirkenden Drucks schätzen wir nicht die Faschisierungspolitik der westdeutschen Bourgeoisie, also die konkrete Repressionspolitik (mit der Verdinglichung und Einschüchterung als Ergebnis) ein, sondern den umfassenden Angriff der Bourgeoisie und aller ihrer Agenturen auf die Idee des Leninismus und Maoismus (K-Gruppen-Hetze)“ (These 10).

Es bleibt als Methode der „Krisenbewältigung“: Einerseits strengste „ideologische Säuberung“ nach innen; andererseits nach außen die Orientierung auf eine prinzipienlose Nachtrabpolitik, das „Machbare“, das „hier und heute Erreichbare“.

Demgegenüber ist ein wesentlicher Gedanke meiner „Thesen“: Zu dem notwendigen „Rückgriff“ auf die „Grundlagen“ muß sich als zweites die Weiterentwicklung dieser Grundlagen, ihre Konkretisierung gesellen, wenn die „ollen Kamellen“ nicht toten Buchstaben bleiben sollen, ohne Bezug zur politischen Wirklichkeit. Dies gilt selbstverständlich besonders in einer Situation, in der der Sozialismus durch eine revisionistische Entwicklung im Weltmaßstab zum einen und durch Sekterismus der „kommunistischen Bewegung“ in der BRD zum anderen so gründlich in den Augen der Massen verunehrt worden ist.

Die Auseinandersetzung mit ideologischer Aufweichung muß konzentriert werden, darf sich nicht voluntaristisch an Themen aufhängen, die aus irgendeinem Grund „in“ sind oder vordergründig die größte Aufmerksamkeit hervorrufen. So halte ich die Begründung der ZL für ihre „Feminismus“-Artikel, sie habe an der laufenden Debatte anknüpfen müssen, einfach für albern! Die „Hauptfront“ der ideologischen Auseinandersetzung liegt m.E. an der „offenen Flaa-

munistischen Organisation.

Die „Stellvertreterrolle im demokratischen Kampf“

Die ZL bescheinigt mir „ahistorische Ignoranz“, wegen meiner Darstellung, daß die „kommunistische Bewegung“ der Nach-APO-Zeit häufig in „Stellvertretung“ für eine zu gering entwickelte demokratische Bewegung gehandelt habe. „Total ungerichtet“ sei auch meine Behauptung, „kommunistische Bewegung“ und demokratische Bewegung seien in dieser Zeit „mehr oder weniger identisch“ gewesen (AK 165, S.54, Sp.3, Abs.4). Sie könne „nur noch den Kopf schütteln“ wo es doch — schon „mit flüchtigem Blick“ erkennbar — „den jahrelangen Massenkampf um die Verbesserung des Schulsystems, die Anti-Barzel-Kampagne (gegen das Mißtrauensvotum), die breite Kampagne gegen den §218, die Kampagne gegen die Berufsverbote und und und ...“ gegeben habe (Zitate aus dem Abschnitt „Führungs-krise“). Immerhin schreibt aber auch die kopfschüttelnde ZL von einer „katastrophalen Schwäche“ des „demokratischen Sektors“, es gebe „kaum Kontinuität demokratischer Entwicklungen und daher auch nur eine sehr schwache „demokratische Tradition“. Daher habe sich „ab und dann eine aktuelle und punktuelle Situation (wie präzise! — Anm. F.)

Fortsetzung von Seite 58

auf der Jagd nach „scharferen Konturen“, fiel in diesem Fall durch totale Enthaltsamkeit auf — kein Wort war von ihr zu dieser Auseinandersetzung bis heute zu hören oder zu lesen. Inzwischen ist zweifelhaft, ob dabei wirklich nur der „Zweckbündnis-Aspekt“ der ZL gegenüber Ha. und Kl. ausschlaggebend ist, oder ob die ZL tatsächlich selbst schon in eine ähnliche Richtung tendiert wie die Göttinger Genossen. Zwei Passagen in den ZL-Artikeln der letzten Zeit lassen eine solche Interpretation zu:

1. Im AK 165, S.34 schrieb die ZL: Die „Faschisierungspolitik“ sei „nur ein, wenn auch wichtiger Aspekt“ der „politisch-ideologischen Propaganda-Offensive der westdeutschen Bourgeoisie“ (Sp.4, letzter Absatz). Wir waren bisher wohl eher geneigt, umgekehrt zu formulieren, also die „Propaganda-Offensive“ als Teil der Faschisierung zu sehen. Hier wäre aber die Annahme möglich, daß die Verfasser von der ZL sich nur sehr „unglücklich“ ausgedrückt haben und vielleicht sagen wollten: Die „Propaganda-Offensive“ umfasse mehr als nur eine faschistische bzw. faschisierende Komponente, z.B. auch eine integrationistische?

2. In ihren „Überlegungen zur Krise“ schrieb die ZL: „Als Kern des gegen uns wirkenden Drucks schätzen wir nicht die Faschisierungspolitik der westdeutschen Bourgeoisie, also die konkrete Repressionspolitik (mit der Verängstigung und Einschüchterung als Ergebnis) ein, sondern den umfassenden ideologischen Angriff der Bourgeoisie und aller ihrer Agenturen auf die Idee des Leninismus und Maoismus („K-Gruppen“-Hetze)“ (AK 166, S.55, Sp.3, Abs.3). Soweit die ZL überhaupt noch an unserer „Faschisierungsthese“ festhalten will (das eben ist ja die Frage), ist ihr auch hier eine „sehr unglückliche“ Formulierung unterlaufen: Sie setzt die „Faschisierungspolitik“ einfach gleich mit „konkreter Repressionspolitik“ und setzt den „ideologischen Angriff“ in Gegensatz dazu — im Widerspruch übrigens zu AK 165, wo die Faschisierungspolitik als einen Aspekt der „ideologischen Offensive“ definierte. Hier müßte sich die ZL einmal entscheiden, was sie nun eigentlich meint. Abgesehen davon macht die ZL einen weiteren Fehler, indem sie schematisch („entweder-oder“) die Frage stellt, ob denn nun konkrete Repression oder ideologische Offensive den „Kern“ des Drucks gegen uns darstellt. Die Wahrheit ist, daß beides in dialektischem Zusammenhang miteinander wirkt. Nebenbei gesagt wird die These der ZL vom Angriff der Bourgeoisie

heißt ist, daß beides in dialektischem Zusammenhang miteinander wirkt. Nebenbei gesagt wird die These der ZL vom Angriff der Bourgeoisie („und ihrer Agenturen“) auf die „Idee“ des Marxismus-Leninismus auch durch Wiederholungen nicht richtiger. Die „Idee“ des Marxismus-Leninismus ist in den letzten Jahren kaum Gegenstand von Angriffen gewesen, speziell die „K-Gruppen“-Hetze“ richtet sich kaum gegen die „Idee“ des Marxismus-Leninismus, sondern nur gegen bestimmte Elemente, die keineswegs ein marxistisch-leninistisches Privileg sind, wie z.B. unsere Haltung zur „Gewaltfrage“. Auch die reformistische „K-Gruppen“-Diffamierung im Sinne von „Wir waren die stärkste der Parteien“ hat kaum und höchstens indirekt die „Idee“ des Marxismus-Leninismus angegriffen. Vielmehr hat sie durch demagogische Kritik am „real existierenden“ „K-Gruppen“-Spektrum indirekt auch den Gedanken einer generellen Untauglichkeit des Marxismus-Leninismus zu suggerieren versucht. Einen wirklichen Angriff auf die „Idee“ des Marxismus-Leninismus erleben wir erst seit ein paar Monaten (Thesen Bahros, Ökologismus statt Marxismus etc.), und es wäre sicher „verkürzt“, diesen Angriff einfach der Bourgeoisie oder auch nur „ihren Agenturen“ zuzuschreiben.

In den neuen Auffassungen der ZL wird eine Tendenz erkennbar, die Faschisierung nicht mehr zum Bestandteil der gesellschaftlichen Analyse zu machen (wie in den „Überlegungen zur Krise“ bereits geschehen), sondern die Faschisierung eventuell auf die „konkrete Repression“ zu reduzieren und ihren ideologischen Aspekt abzutrennen, verschiedene Arten von ideologischem Druck (reaktionäre, integrationsistische, reformistische u.a.) unter dem Oberbegriff „ideologische Offensive der Bourgeoisie“ zusammenzuwerfen, den ideologischen Aspekt einseitig überzubetonen gegenüber der „konkreten Repression“...

Revisionismus — keine Gefahr?

Die ZL zeigt sich „verblüfft“ über meine „These“: „Mit der revisionistischen Entwicklung in der VR

China, Kuba, Vietnam sind die spontanen Hoffnungen auf eine gültige und schnelle Alternative zur imperialistischen Krisenpolitik als übertragbares Rezept gescheitert; der Revisionismus verschiedenster Couleur (von DKP bis „KPD“) gewinnt an Boden“ (AK 162). In der ZL-Polemik wird so getan, als hätte ich damit nur gesagt, DKP und „KPD“ gewönnen an Boden. Es sei „blanker Unfug... freie Erfindung, daß sich DKP und „KPD“ zu Lasten des KB mästen würden“ (AK 165, S.55, Sp.1, Abs.2). Dagegen bringt die ZL vier Argumente: erstens seien die „jüngsten Wahlergebnisse“ für die DKP keine „berauschende(n) Bodengewinne“ (AK 165, S.53, Sp.3, Abs.1); zweitens habe die „KPD“ „trotz aller geschickten Bündnisanstrengungen“ ihre „Massenorganisationen“ z.T. auflösen müssen, ein bloß vierzehntägiges Erscheinen der „Roten Fahne“ erwägen müssen (ebenda); drittens ergebe es der DKP und „KPD“ ähnlich wie uns: „Der Einfluß beider nimmt eher ab als daß er stagniert“ — wobei es „spezielle Ausnahmen, wie etwa im Antifa-Sektor“ gebe. Als „Beweis“ folgt die Behauptung: „Das läßt sich leicht belegen“ (AK 165, S.55, Sp.1, Abs.2); viertens soll es „nebenbei... nicht allzu logisch“ sein, wenn die gescheiterten Hoffnungen auf die VR China oder Kuba „gerade in eine Zuwendung zu DKP und „KPD“ gemündet wären, also zu Bodengewinnen in der Massenbewegung für die hiesigen Bruderparteien der dort herrschenden Revisionisten umgeschlagen wären“ (ebenda, Abs.2). — Auch hier wieder die völlig unsinnige Einengung des Revisionismus auf DKP und „KPD“. Aber selbst in diesem Rahmen ist die Argumentation der ZL nicht haltbar: Selbstverständlich müßte sich der politische Einfluß einer Partei, erst recht einer wie der DKP, nicht allein (und in diesem Fall nicht einmal in erster Linie!) an ihren Wahlergebnissen — wie die ZL unterstellt. Die DKP hat bei früheren Wahlen von ihrer Rolle als Protestpartei links von der SPD profitiert — sie bekam auch Stimmen von Leuten, die ansonsten mit der DKP nichts am Hut haben. Nach Auftauchen der Grünen und Buntten als wählbare und attraktive Alternative hat die DKP ca. 50% ihrer Stimmen an diese Gruppierungen verloren. Der Stimmenverlust der DKP sagt jedoch wenig über reale Veränderungen des politischen Einflusses der DKP aus, den diese vor allem in der pazifistischen Bewegung und in den Gewerkschaften hat.

Ganz im Gegensatz zu ZL-Beobachtungen (?) scheint die DKP die allgemeine Krise der Linken in der BRD besser zu überstehen als der KB, zumindest gegenwärtig. Den Orientierungsschwierigkeiten der „kommunistischen Bewegung“ setzt sie ein gewisses Beharrungsvermögen entgegen. Dementsprechend tritt die DKP als organisierende Kraft im linkssozialdemokratischen und revisionistischen Bündnispektrum nach wie vor mit großem Einfluß auf. Das gilt für die DKP-Dauerbrenner wie Berufsverbote, das gilt auch immer noch für die „Friedensbewegung“, die unter dem dominierenden Einfluß des „Entspannungs“-Schwindels steht. Hier kämpft die „Neue Linke“, speziell der KB, mit der Parole „Für eine wirkliche Abrüstung“ tatsächlich um ersten zaghaften Einfluß.

Darüber hinaus ist zu beobachten, daß die DKP Anpassungen an die neuen Massenbewegungen vornimmt. So die neuerliche Öffnung gegenüber der Anti-AKW- und Umweltschutzbewegung, wo die DKP im Rahmen des BBU auch praktischen Einfluß ausübt. Ähnliches vollzieht sich gegenüber der Frauenbewegung, wo die DKP vor allem die Bewegung „Frauen zum Bund — Nein danke“ zu dominieren versucht.

Wenn die ZL allerdings als „Anzeichen der allgemeinen „Stagnation“ der DKP gerade den „Antifa-Sektor“ nennt, so ist das eher ein Witz, der wohl der Unkenntnis der ZL in dieser Frage „geschuldet“ ist: Gerade der Antifa-Sektor ist der Bereich, in dem die DKP (vor allem in Gestalt der VVN) gegenwärtig zunehmend durch die neue Antifa-Bewegung, nicht zuletzt durch den KB, in Schwierigkeiten kommt und Boden verliert!

Nicht besser sieht es für die ZL-Argumente bezüglich der „KPD“ aus. Richtig ist, daß die „KPD“ wie der KB in der Krise steckt. Richtig ist auch, daß die „KPD“ in diesem Zusammenhang einige „Massenorganisationen“ aufhob und Mitglieder verlor, daß sie derzeit sogar am Rande der Auflösung steht. Nicht richtig ist jedoch, daß sie „trotz geschickter Bündnisbemühungen auf dem Zahnfleisch geht“. Die „KPD“ hat in ihrer Krisen-Diskussion eine umfassende Revision bis dahin (wenigstens verbal)

geltender Grundsätze „marxistisch-leninistischer“ Politik eingeleitet (Parteaufbau, Orientierung an Betriebsarbeit u.a.m.) und propagiert die Umwandlung der „KPD“ in ein „ideologisches Zentrum“. Dessen Aufgabe soll vor allem die Propagierung des „antibegemonistischen Kampfes“ sein. Rund um das „ideologische Zentrum“ hat sich die „KPD“ inzwischen kultur-kritische Organe geschaffen, wie die „Berliner Hefte“, wie „Spuren“ (nicht zu vergessen das neue Verlagsprogramm von „Oberbaum“), die eine relativ gute Verbreitung finden.

Eine Weiterentwicklung des revisionistischen Kurses kündigte sich in der „Roten Fahne“ kürzlich unter der Überschrift „Theorie im Umbruch — Umbruch der Theorie“ („RF“, 44/79) an. Dieser Artikel gibt den Stand der Diskussion wieder, wie er vorher z.B. von den „Berliner Heften“ vorgetragen wurde (Abkehr vom Marxismus). Die „KPD“ betreibt auf dieser Linie in zunehmendem Maße eine zwar opportunistische, aber durchaus nicht erfolglose Vereinigungspolitik mit Vertretern der linken Sozialdemokratie und neuer revisionistischer Strömungen von Dutschke bis Bahro. Mit „nationaler Frage“ und Stoßrichtung gegen die Sowjetunion werden heute von der „KPD“ gewiß mehr Partner angesprochen als z.B. noch vor zwei Jahren.

Die ZL kann wohl nur deswegen so blind gegenüber diesem Prozeß sein, weil sie inzwischen selbst zu einem ähnlichen prinzipienlosen Opportunismus in der Wahlpolitik übergehen zu wollen scheint. Zudem läßt sich die gegenwärtig blühende Entwicklung revisionistischer Strömungen selbstverständlich nicht auf DKP oder „KPD“ begrenzen, sie vollzieht sich in erster Linie außerhalb bestehender Organisationen. Es bilden sich neben den „orthodoxen“ revisionistischen Strömungen gegenwärtig neue heraus, die auch mit linkssozialdemokratischen und ökologischen zusammenfließen. Zum einen sei verwiesen auf die Entwicklung des „Euro-Kommunismus“. Wesentlicher allerdings sind die neo-revisionistischen Kräfte so unterschiedlicher Herkunft wie Bahro, Dutschke, Teile der „KPD“, Teile des SB u.a.m. Unter dem Schlagwort der „Krise des Marxismus“ verbindet sich dieser revisionistische Reflex auf den weltweiten Rückschlag des revolutionären Lagers mit der Wiederentdeckung der „nationalen Frage“ als „Lebensfrage“, mit Parolen wie „Ökologie vor Ökonomie“ usw. zu einem ideologischen Kusterbunt, das eine starke Anziehungskraft auf die sich zersetzende Linke ausübt.

Es ist außerdem eine Binsenweisheit, daß in Zeiten der Krise des revolutionären Marxismus-Leninismus alle Spielarten des Revisionismus auch in revolutionären Organisationen und Bewegungen „Boden gewinnen“, insbesondere in solch ungefestigten wie der bisherigen „kommunistischen Bewegung“ und ihrem radikal-demokratischen Umfeld. Die Position der ZL zur Frage des Revisionismus ist eine gefährliche Verharmlosung dieser Tatsache.

Abschließend erscheint es mir angebracht, gerade die ZL noch einmal daran zu erinnern, daß auch Teile des KB in diesen Strömungen des Sozialdemokratismus und Revisionismus abgetrieben begannen bzw. bereits abgetrieben sind. Auf diese Gefahr habe ich bereits in meinen „Thesen“ aufmerksam gemacht. Umso dümmter ist die Unterstellung der ZL, ich wolle das Vordringen bürgerlicher Ideologie in unseren Reihen als Bereicherung „abfeiern“ (AK 165, S.54, Sp.1, Abs.5). Konkret wären im KB als wichtigste Stationen zu nennen: die „Struktur“-Diskussion am Anfang der Krise, in deren Verlauf Vorschläge auftauchten, den KB in die Bunte Liste aufzulösen; die „Struktur“-Kritiken aus Westberlin sowie auch der Hannoveraner „Wellenlängen“-Gruppe, die auf Erledigung des demokratischen Zentralismus als Prinzip revolutionärer Organisation abzielten; das Auftreten der „Kritik-Fraktion“, die den Marxismus-Leninismus grundsätzlich „in Frage stellt“ und inzwischen zur Grünen Partei übergelaufen ist.

Die Verharmlosung der Bodengewinne des Revisionismus seitens der ZL, verbunden mit der arroganten Illusion, sie hätten bereits alle Antworten auf die „brennenden Fragen der Bewegung“ fix und fertig in der Tasche, laufen auf eine theoretische und ideologische Entwaffnung unserer Organisation hinaus, führen letztlich zur Kapitulation vor dem drohenden sozialdemokratischen und revisionistischen Roll-Back.

Die Verharmlosung der Bodengewinne des Revisionismus seitens der ZL, verbunden mit der arroganten Illusion, sie hätten bereits alle Antworten auf die „brennenden Fragen der Bewegung“ fix und fertig in der Tasche, laufen auf eine theoretische und ideologische Entwaffnung unserer Organisation hinaus, führen letztlich zur Kapitulation vor dem drohenden sozialdemokratischen und revisionistischen Roll-Back.

F., Antifa-Kommision 18.11.79

Rotbuch zum Rotwerden...

Rotbuch zu den
Gewerkschaftsausschüssen

mit Gutachten zum Russell-Tribunal

Die Zeitschrift „DASDA“ zu diesem Buch: „...Die abgedruckten Dokumente beweisen: innerhalb der Gewerkschaftsbewegung rollt eine wahre Säuberungswelle. Und man muß nicht gleich einer K-Gruppe angehören, um davon erfaßt zu werden...“

650 Seiten, Paperback

22 DM

ISBN: 3-88305-011-3

In einer mehrjährigen wissenschaftlichen Arbeit hat eine Arbeitsgruppe des KB diesen bisher detailliertesten und umfangreichsten Bericht zur Ausschlusspraxis und zum Abbau demokratischer Strukturen im DGB erstellt. Es ist ein Handbuch von Gewerkschaften für linke Gewerkschaftspolitik.



Bisher erschienen:

Bisher erschienen:

UNSER WEG Nr. 1
Revisionismus-Kritik
50 Seiten A 4 DM 4,—
September 1978

enthält Texte speziell zur DKP, ihrer Programmatik und ihrer Praxis.

UNSER WEG Nr. 2
Zur Kritik
des „realen Sozialismus“
94 Seiten A 4 DM 7,50
Oktober 1978

enthält Texte zur „Oktoberrevolution“, Diskussion um den „realen Sozialismus“, Biermann sowie Bahro.

UNSER WEG Nr. 3
Zur Kritik
des „Eurokommunismus“
38 Seiten A 4 DM 3,—
Januar 1979

enthält Kritiken zu den einzelnen Parteien, sowie Texte über den Streit zwischen den „Eurokommunisten“ und „Realsozialisten“.

reents
verlag

UNTERSTÜTZUNG NUR GEGEN VORAUSZAHL!
Preiskosten gelten zu Lasten des Empfänger.
Rechen und bei Einzelbestellungen 50 Pf. 10% zu überweisen auf unser Konto.
Rechen Bank Hamburg: BLZ 250 000 00 — Kto. 451 93 26
oder
Postbank Hamburg: BLZ 250 100 26 — Kto. 2408 55 207
J. reents-verlag, Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50



Einzelbestellungen

Hiermit ermächtige(n) ich/wir den Verlag J. Reents, Hamburg, den von mir/uns zu entrichtenden Abonnementpreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines/unseres Girokontos

Kto. Nr.

Kto. Ich.

bei der

BLZ

mittels Lastschrift einzuziehen.

den.....
* Nichtzutreffendes bitte streichen

Unterschrift



Harrisburg war nur der Anfang

Als am 1.4.79 US-Präsident Carter den Kontrollraum des Katastrophenzentrums besuchte und anschließend behauptete, daß die Techniker alles im Griff hätten, wußte er da, daß ein längerer Aufenthalt als 10 Min. nicht erlaubt war! - daß dieser Raum 2 Tage vorher nur mit Atemgeräten zu betreten war?

Ein reich bebildeter Band voller Fakten, einer Analyse des Unfalls, und Untersuchungen über die Energiepolitik nach Harrisburg... u. a. d. Unfall- und wendendeckende AKW's...

152 S.
DM 13,80

Strauß



NEIN DANKE!

„Ich bin ein Deutschnationaler und fordere bedingungslos Gehorsam“ Strauß im CSU-Hauptquartier vor Gefreuten.

Aus dem Inhalt:
Skandale und Affären pflastern seinen Weg
Strauß und die Internationale des Terrors
Strauß - ein Faschist?
Die „Sonhofener Rede“
Anti-DGB-Papier im Wortlaut
u. v. a. m.

100 S.
DM 7,50

NAZIM HIKMET



Der Volksdichter Nazim Hikmet (1902-1963) gilt als einer der bedeutendsten Schriftsteller nicht nur in der Türkei sondern auch in der Weltöffentlichkeit. Sein fünfteiliger Roman in Versform „Menschenlandschaften“ schildert die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Türkei aus der Sicht der verschiedenen Menschen.

Bisher erschienen Band 1 und Band 2 Band 3 in Vorbereitung

Erster Band
120 Seiten
Vorwort v. p. mhl
ISBN 3-88041-012-4

DM 14

Zweiter Band
164 Seiten
Vorwort Abdulla Dibo
ISBN 3-88041-022-9

DM 15

DM 14

DM 15

IRAN

Neue Diktatur oder Frühling der Freiheit?



Aus dem Inhalt:
mit über 30 Interviews mit bedeutenden Persönlichkeiten und Politikern der Opposition - in 12 von 30 Interviews mit Frauen und Frauenorganisationen wird ihr Kampf um ein demokratisches Iran und ihre Gleichberechtigung geschildert - mit bisher teilweise erstmals in der BRD veröffentlichten Foto-Dokumenten

344 S.
DM 17,-

J. Reents - Verlag, Lerchenstr. 75, 2000 Hamburg 50

Ich/wir wollen den Arbeiterkampf im Abonnement beziehen.
Der Bezugspreis soll
halbjährlich - DM 27,50
jährlich - DM 55,-
abgebucht werden (bitte Rückseite beachten).
wird überwiesen auf das Konto J. Reents,
Postfach Hamburg 812 200 10020
Kt. Nr. 2405 95-203
Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar.

Ort, Datum Unterschrift

Abo Karte

J. Reents Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50

mietkampf

GREIF ZU

Hausbesetzungen in verschiedenen Städten

Mainz: Aus Protest gegen die fortschreitende Wohnraumzerstörung wurde am 30.11. ein Haus in der Mainzer Altstadt besetzt. Die etwa 30 Studenten wollen damit auch auf ihre katastrophale Wohnsituation aufmerksam machen. Das besetzte Haus steht unter Denkmalschutz und ist im Besitz des Landes. Trotzdem soll es zusammen mit einem ebenfalls unter Denkmalschutz stehendem Nachbarhaus einer Polizeidienststelle Platz machen. Die Besetzer fordern die Stadt auf, die Wohnraumzerstörung durch eine Veränderungssperre zu stoppen. Die Besetzer haben ihre Aktion auf drei Tage begrenzt. Bei Karzenschimmel und Gitarrenmusik herrschte gute Stimmung. Große Transparente an der Fassade machten auf die Situation aufmerksam. Hintergrund dieser Aktion ist der Wohnraummangel in Mainz: Nur 7% der Studenten haben einen Wohnheimplatz, 3000 Familien oder Alleinstehende sind beim Wohnungsamt gemeldet!

Angriff auf Sozialwohnungen

Am 30.11. verabschiedete der Bundestag mit den Stimmen der SPD/FDP das Wohnungsbauänderungsgesetz, das einen weiteren Schritt in Richtung „Liberalisierung des Wohnungsmarktes“ darstellt.

Die Miethöhenbeschränkung und die Vermietung nur an Sozialmieter entfällt demnach, wenn Hausbesitzer die öffentlichen Mittel für die Sozialwohnungen vorzeitig zurückzahlen. Die Bindungen entfallen dabei sofort, wenn die Wohnung leer steht oder „schlebelegt“ ist, d.h. wenn das Einkommen des Mieters über 40% über den für Sozialwohnungen festgelegten Höchstgrenzen liegt. Der Vermieter kann dann sofort die „ortübliche“ Miete verlangen. Wird die Wohnung als Eigentumswohnung verkauft, kann der Käufer bei Eigenbedarf sofort kündigen.

Nur wenn der Mieter berechtigt ist, eine Sozialwohnung zu mieten, hat er zehn Jahre Kündigungsschutz und bei Verkauf der Wohnung ein Vorkaufrecht für sechs Monate. Kauft ein Dritter die Wohnung, bleibt die zehnjährige Kündigungsschutzfrist bestehen, auch wenn Eigenbedarf angemeldet wird. Zieht der Mieter jedoch aus, ist die Wohnung auf jeden Fall „frei“ und alle Bindungen des sozialen Wohnungsbaus entfallen.

Das Gesetz sieht vor, daß diese Regelungen nur dort in Kraft treten, wo „kein erhöhter Bedarf an Sozialwohnungen“ besteht - was von den Landesregierungen entschieden wird. Die CDU/CSU hatte gefordert, daß diese Einschränkung nicht ins Gesetz aufgenommen wird und daß die Schonfrist für Mieter statt zehn nur drei Jahre betragen soll. So verweigerte sie ihm die Zustimmung, bezeichnete jedoch das Gesetz als „Schritt in die richtige Richtung“.

Zum zweiten Mal innerhalb weniger Monate wurden die Althypotheken teurer. Betroffen hiervon sind insbesondere auch Sozialwohnungen, die mit variablen Hypothekenzinsen finanziert wurden. Die Mieter müssen mit hohen Mieterhöhungen rechnen. Nach Berechnungen der Neuen Heimat kann ein einziges Prozent mehr Zins zu einer Mieterhöhung von einer Mark pro Quadratmeter führen. Das Wohnungsbauänderungsgesetz und die Neubaumietenverordnung erlaubt dabei Vermietern unter Einhaltung von bestimmten Fristen die Mieten auch rückwirkend zu erhöhen („FR“, 23.11.79).

Den Verkauf von Sozialwohnungen die Finanzbehörden von Bund und Ländern steuerlich erleichtert. Gewinne aus dem Verkauf von Sozialwohnungen, die in Eigentums-

wohnungen umgewandelt werden, können steuerfrei auf Neuinvestitionen übertragen werden, wenn die Gebäude mindestens sechs Jahre zum betrieblichen Anlagevermögen des Verkäufers gehört haben („FR“, 24.11.).

Ausverkauf von Arbeitersiedlungen?

Die Bergbaugesellschaften im Ruhrgebiet wollen in den nächsten Jahren 50.000 Wohnungen verkaufen. Die Arbeitersiedlungen bezeichnete das als Auftakt einer Vertreibung des Großteils der Mieter und verlangte einen Verkaufstopp. Die Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt, daß die neuen Besitzer zum Teil die dreifache Miete verlangen.

Goldgräbermentalität

macht sich auf dem Wohnungsmarkt breit, erklärte der neue Mietervereinspräsident Jahn, ohne Rücksicht auf die Mieter würden die Wohnungspreise unabsichtlich beruhsichtigt.

Durch Verdrängungsmodernisierung, Mangel an Mietwohnungen besonders in Ballungsgebieten und die Spekulation mit Altbauten sei der Markt für Mietwohnungen praktisch zusammengebrochen. Mindestens 500.000 Wohnungen fehlen in der BRD. Mieterbund und DGB forderten eine erhebliche Beschleunigung des Baus von Sozialwohnungen und die Ausweitung des Sozialen Wohnungsbaus („Die Neue“, 30.11.). Der Mieterbund bezweifelt jedoch die politische Bereitschaft der Verantwortlichen hierzu, da die Finanzen für verstärkte Ausgaben nicht zur Verfügung gestellt werden.

Menschenhändler

2,2 Millionen DM in knapp zwei

Menschenhändler

2,2 Millionen DM in knapp zwei Jahren verdiente ein Hamburger Menschenhändler durch die Vermietung von illegal eingeschleusten ausländischen Kollegen.

Die Firma Kolobau, die insbesondere Türken und Jugoslawen auf Baustellen für 30 DM pro Stunde vermietete, zahlte den Arbeitern lediglich 7 DM und führte keinerlei Rentenversicherungs-, Krankenversicherungs- und Arbeitslosenversicherungsbeiträge ab, ebenso keine Lohnsteuern („Die Neue“, 14.11.79). Als die Firma aufblühte, floh der Besitzer, sein Prokurist wurde festgenommen.

Wohnungskommission

Wohnungskommission

